



Arbeiterkampf

Jg 7, Nr.106, 13.6.77 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 1,-

Unsere Krankenhäuser: Strahlenverseucht!

„In Krankenhäusern und bei praktischen Ärzten laufen die Patienten Gefahr, gesundheitgefährdende Strahlenüberdosen zu erleiden“ („Frankfurter Rundschau“, 1.6.77). „68% der Röntgengeräte deutscher Ärzte und Krankenhäuser sind für Patienten und Personal gefährlich“ („Hamburger Morgenpost“, 2.6.77). „Schwere Mängel wie beispielsweise mangelhafter baulicher Strahlenschutz, wurden bei knapp neun Prozent aller Geräte festgestellt“ („Hamburger Abendblatt“, 2.6.77).
Zu diesen alarmierenden Ergebnissen kommt eine Untersuchung der Vereinigung der technischen Überwachungsvereine (VdÜV) aus dem Jahre 1976. Strahlenschutzexperten hatten bei einer Untersuchung von fast 13.000 Apparaten festgestellt, daß nicht einmal ein Drittel der Anlagen in Krankenhäusern ohne Mängel waren, bei den praktischen Ärzten nur zu 37,8%, bei den Zahnärzten 50%, ebenso bei den Industriebetrieben („FR“, 1.6.77).
In einem Krankenhaus des Ruhrgebiets wurde „einer der schockierendsten Fälle“, wie die „Frankfurter Rundschau“ schrieb (1.6.77), entdeckt. „Die dortige Therapieanlage war in einem völlig strahlensicheren Raum aufgestellt. In der dahinterliegenden Operationsabteilung (III) wurde infolgedessen eine starke Strahlenverseuchung festgestellt. Der TÜV-Sachverständige maß in den OP-Räumen 600 Milliröntgen pro Stunde... Das bedeutet bei einer Einhaltdauer von monatlich 30 Stunden eine Überschreitung der höchstzulässigen Strahlendosis um das 450-fache!“ („FR“, 1.6.77).
In einem anderen Krankenhaus fand man an einem Röntgengerät gleich 15 erhebliche (!) Mängel:

kein geeigneter Patientenschutz, keine Kontrolle über den Austritt der Strahlung, kein Zählmesser etc. Die hauptsächlichsten Mängel wurden bei den Filterungen der Röntgenstrahlen festgestellt. „Eine schwache Filterung der Strahlen bedeutet eine höhere Strahlendosis für den Patienten als vorgesehen. Ferner fehlt es häufig an „Gonadenschutzmitteln“, die bei diagnostischen Untersuchungen einen Schutz für die Keimzellen bieten sollen“ (erläuterte Rolf Jantzen, Leiter der Meßstelle für Strahlenschutz in Hamburg, nach „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt“, 12.6.77).
Bei fehlerhafter örtlicher Bestrahlung können laut Jantzen „Heut-rötungen und Geschwüre, die Krebsentarten könnten (!), entstehen“. Und bei falscher Ganzkörperbestrahlung ist „die Erbsubstanz... gefährdet, es können Mißbildungen auftreten“.
Dabei besteht nach Jantzen „ein kleines (!) Leukämierisiko sowie das Risiko von Magen-Darm-Störungen... bei jeder Strahlenbehandlung, wobei durch defekte Geräte das Risiko erhöht wird“ (Hervorhebungen von uns, ebenda, 12.6.77).
Diese Zustände sind nur ein - wenn auch sehr krasser - Ausdruck kapitalistisch organisierter Gesundheitspolitik.
Die Anlagen „auf Stand zu halten“, ist teuer. Zu teuer, denn die „Dämpfung“ der Kosten im Gesundheitsbereich wird groß geschrieben. Die „Sorge um das Wohl der Patienten“, auf die die Ärzte ihren Eid ablegen müssen, ist dabei offenbar Nebensache...
ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Volksentscheid gegen AKW

Basel (12. Juni, ap): Um die „größte Zusammenballung von Atomkraftwerken auf der Welt“ im Dreiländer- eck (Schweiz, Frankreich, BRD) zu verhindern, hat die „Volksinitiative zum Schutz der Bevölkerung vor Atomkraftwerken“ in der Schweiz einen Volksentscheid angestrengt und mit „überraschend großer Mehrheit“ gewonnen. Die Schweizer Behörden sollen damit verpflichtet werden, „mit allen zur Verfügung stehenden rechtlichen und staatlichen Mitteln“, den Bau von AKWs in der Nord-Schweiz und in der „Nachbarschaft“ zu verhindern. Bei einer Stimmbeteiligung von 45% wurden 47.633 Ja- und nur 14.816 Nein-Stimmen abgegeben. In einem Um-

kreis von höchstens 80 Kilometer von Basel sind (in der Schweiz, der BRD und Frankreich) in Betrieb, im Bau oder geplant 14 Atomkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 15.000 Megawatt.
Dieser Baseler Volksentscheid war der erste, der in Europa über das Problem der Atomkraftwerke stattfand. Er soll eine weitere Volksentscheidung in der Schweiz einleiten, für die bereits über 125.000 Bürger mit ihrer Unterschrift gestimmt haben. Damit soll eine Änderung der Schweizer Bundesverfassung erreicht werden, so daß die Gemeinden und Kantone ein größeres Mitspracherecht bei Genehmigungsverfahren für AKWs erhalten.

»High noon« in Hamburgs SPD

62 SPD-Mitgliedern, die sich in einem gemeinsamen unterschriebenen Brief mit dem geschäftigen Jus-Vorsitzenden Benninger und dessen Positionen solidarisiert hatten, droht jetzt der Ausschuß. Sie müssen sich innerhalb von 14 Tagen, bis zum 21. Juni („12 Uhr mittags“), von dem Papier distanzieren, anderenfalls werden sie ausgeschlossen!
Alle 62 sind Funktionäre in der

SPD oder in den Gewerkschaften, oder beides. Sie sind zu 80 Prozent GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft)-Mitglieder, darunter 2 Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses des Landesvorstandes, eine Reihe von Personalräten usw. Die meisten Unterschriften wurden dem „Stamokap“-Pflügel bei den Jusos zugerechnet.
Fortsetzung auf Seite 2

Geisel "befreiung"

8 Tote

Helmut Schmidt gratuliert...



Keine Geisel war bis zu dieser blutigen „Befreiungs“aktion von den südmolukkischen „Terroristen“ verletzt oder gar getötet worden. Vielmehr hatten die Geiselnahmer immer wieder neue Zugeständnisse an die niederländischen Behörden gemacht und die Mehrzahl ihrer Geiseln freigelassen, obwohl auf keine ihrer Forderungen eingegangen worden war!
Am frühen Morgen des 11. Juni griffen Militäreinheiten der niederländischen Armee mit Starfighter (1), Panzern, Granaten, Raketen und Maschinengewehren sowohl den Zug in Assen als auch die Schule in Bovensmilde an, wo die Südmolukker von den ursprünglich 165 Geiseln noch 55 festhielten (siehe hierzu auch AK 105). Zwei der Geiseln überlebten diesen Angriff nicht. Sechs der neun südmolukkischen Geiselnahmer im Zug wurden an ihren Schlafplätzen von Raketen und Maschinengewehren zerfetzt. Es gab zahlreiche Verletzte, darunter einen Südmolukker, der in Lebensgefahr schwebt.

Unmittelbar nach dem Starfighterangriff gingen Soldaten und Panzer gegen den Zug vor, darunter 100 Soldaten der Marine-Infanterie („Elite-Truppe“), die sich bereits zuvor in hundert Meter Entfernung vom Zug eingegraben hatten. Die Tür des Maschinenwagens, in dem der größte Teil der Südmolukker geschlafen hatte, wurde gesprengt - war noch darin überlebt hatte, mit Maschinengewehren niedergemacht.
Nach diesem Angriff war der Zug von Tausenden von Kugeln durchdrungen, teilweise ganze Teile aus den Waggons herausgesprengt.
Minutenlang mit dem Beginn der Geisel „befreiung“ am Zug wurde

auch die Schule in Bovensmilde, wo noch vier Lehrer festgehalten wurden, angegriffen: Drei mit schweren Maschinengewehren bestückte Panzerspähwagen und ein Kettenfahrzeug rollten, aus allen Rohren schießend, auf die Schule zu. Einer der Panzer durchbrach die vordere Hauswand - rund 25 Marine-Infanteristen sprangen, mit ihren Maschinengewehren um sich fegend, in das Schulinnere. - Ein Wunder, daß bei diesem Wahnsinnsakt keiner verletzt wurde.

Der Terrorangriff war schon lange beschlossen

Der Angriff war schon Tage zuvor, als die Südmolukker noch mit Verhandlungen hingehalten wurden, beschlossen!
Über die Angehörigen der Kaserno von Assen hatte das „Verteidigungs“-ministerium eine Urlaubssperre für das Wochenende (11./12.6.) verhängt. Schon am Donnerstag waren diese Einheiten auf volle Stärke gebracht worden. Am Freitag flogen diese „Einheiten“ auf volle Stärke gebracht worden. Am Freitag flogen die Militärhubschrauber auf ihren stündlichen Patrouillenflügen über dem Zug näher heran als an den vorangegangenen Tagen. Ein Major erklärte gegenüber AP, hochstehende Militärs seien am Freitag „zu Beratungen“ zusammengekommen. Eben-

Fortsetzung auf Seite 2

SPD/FDP beschließt "Anti-Terror-Paket"

Im Windechatten der bürgerlichen Propaganda nach der Budeck-Erklärung beschloß das Bundeskab- nett am 18. Mai „Sofortmaßnahmen zur Anti-Terrorismusbekämpfung“. Dafür sollen bis 1980 knapp 60 Mio. DM bereitgestellt werden, außerdem wird der Personalbestand des Verfassungsschutzes und der Polizei auf- gestockt.
Darüber hinaus arbeitete die SPD-Bundestagsfraktion in mehreren Sitzungen an einem Katalog von Maßnahmen zur „Inneren Sicherheit“. Diese Maßnahmen ermöglichen im wesentlichen eine bessere Überwachung der gesamten Bevölkerung. Die 60 Mio. DM, die neben der mittelfristigen Finanzplanung für die „Innere Sicherheit“ zusätzlich bereitgestellt werden sollen, dienen folgenden Zielen: „Frühes Erkennen einer Gefahr, schneller Zugriff und zügige Aburteilung“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 25.5.77). Die beschlossenen Maßnahmen im einzelnen:
- Der Verfassungsschutz soll aus-

gebaut werden.
- Das Informationssystem der Polizei („INPOL“) soll erweitert werden (INPOL ist ein Verbund von Datenbanken - Computern - dessen Fäden alle im Zentralcomputer im Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden zusammenlaufen. An diese Zentrale wiederum sind 215 Polizeidienst- und Grenzübergangsstellen angeschlossen, die jeden Verdächtigen in Sekundenschnelle überprüfen können. Es soll ein Teleskopierverbund zwischen den Kommandozentralen der Polizei errichtet werden: BKA-Wiesbaden, BKA-Außenstelle Bonn, Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Bundesminister des Innern.
- Der Schutz- und Begleitschutz für Exponenten des bürgerlichen Staates soll erweitert werden.
- Die Kriminaltechnik zur Analyse von Sprengstoffen, Schriftstücken und KFZ-Merkmalen soll perfektioniert werden.
- Der Fahndungsapparat wird durch die Installation eines Langwellen-

Rundsendernetzes geskulptiert.
Damit soll das In-Gang-Setzen einer bundesweiten Fahndung und deren zentrale Lenkung in Minuten möglich sein.
- Die Bereitschaftspolizei soll für den Einsatz im Gelände (Schutz von AKWs) mit mehr Punktgirten ausgerüstet werden sowie mit mehr „Beweissicherungsgarben“ (Kameras etc.).
- 141 Spezialdienststellen sollen bei der Polizei eingerichtet werden.
- 19 zusätzliche Stellen werden bei der Bundesanwaltschaft eingerichtet.
 („Welt“, 20.5.77; „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 20.5. 1977).
In den SPD-Fraktionssitzungen zum Thema „Innere Sicherheit“ wurden noch weitergehendere Forderungen aufgestellt. So tritt der Vorsitzende des Bundestagsginnenausschusses, Wernitz (SPD), zusammen mit Kanzler Schmidt und Justizminister
Fortsetzung auf Seite 2

Geisel "befreiung"

Fortsetzung von Seite 1

falls am Freitag besichtigte der Staatssekretär im Haager Gemeindeministerium, Jo Hendriks, die Räume in der Groninger Universitätsklinik, in die die Geiseln nach ihrer "Befreiung" eingeliefert werden sollten, er wollte sich „davon überzeugen, daß alles in optimaler Bereitschaft ist, wenn die Patienten vom Zug eingeliefert werden“ („apial“, 11.6.). Im Laufe der Nacht vor dem Angriff wurden mündliche vom Zug und der Straße nach Groningen führenden Straßen abgesperrt, um den erwarteten zahlreichen Sanitätsfahrzeugen den Weg freizuhalten.

Spezialdemokraten

Nach der Aktion erklärte Ministerpräsident Den Uyl (Sozialdemokrat) in brutaler Offenheit, daß die Regierung nie die Absicht gehabt hätte, den Geiselnahmern das Verlassen des Landes zu gestatten oder ihren ursprünglichen Forderungen nachzugeben.

„Wir mußten Gewalt anwenden, um Schlimmeres zu verhindern“, so Den Uyl; libidische und geistige Gesundheit der Geiseln seien in „äußerster Gefahr“ gewesen. Diese in den 20 Tagen der Geiselnahme oft gebrauchte Behauptung wird auch durch die Wiederholung nicht wahrer, den einzigen wirklichen Schaden haben die Kinder davongetragen, denen auf Anweisung der niederländischen Regierung mit Darmkrankheitsträgern infiziertes Essen in die Schule gebracht wurde. Die Kinder mußten tagelang mit schweren Magenleiden im Krankenhaus liegen.

Während der 20 Tage sind die 88-Molukker mehr und mehr von ihren Forderungen abgerückt, haben zuerst die Kinder freigelassen, dann mehrere erkrankte oder gesundheitlich gefährdete Geiseln.

Den Uyl wäre jedoch nicht der überaus gewiesene Sozialdemokrat, als der er sich in den letzten Jahren immer wieder gezeigt hat, wenn er neben dem Einsteigen für die militärische Aktion nicht auch noch eine (Krokodil)träne parat gehabt hätte: Die Anwendung von Gewalt sei eine „Niederlage“ für die niederländische Regierung gewesen, der Tod der Ge-

seln wie der der „Terroristen“ sei zu betrauern. So wollte er sich von vornherein der zu erwartenden Kritik, auch aus dem „eigenen Lager“, entziehen.

Ohne solche Anwendungen von „Mitsgefühl“ gratulierte Bundeskanzler H. Schmidt seinem Amtskollegen Joop den Uyl: In einem Telegramm sprach Schmidt der Haager Regierung „trotz des blutigen Endes der Geiselnahme von Aasen und Bovenmilde seine Anerkennung für die geduldige und unermüdete Haltung“ (nach „Ap/Id“-Meldung, 11.6.) aus.

Auf dem Weg nach rechts

Nach dem Wahlergebn vom 25. Mai (s. AK 105), das eine Stärkung der großen bürgerlichen Parteien bei teilweise katastrophalen Einbußen der radikal-demokratischen und linken Parteien erbrachte, wodurch die zukünftige Regierungskoalition in jedem Fall weiter nach rechts ausgerichtet sein wird als die bisherige Koalition, stellt der Bürgerkriegsplan der niederländischen Regierung gegen die 88-Molukker einen weiteren Schritt in Richtung auf ein „Modell Deutschland“ dar. Zwar sind in den letzten Jahren schon häufiger brutale Übergriffe von Militär und Polizei etwa auf Hausbesitzer, auf Molukkerwohnungen etc. vorgekommen, dies stellte jedoch bisher eher die Ausnahme von der Regel in diesem „liberalen Land Westeuropas“ (NDR II) dar. Trotz – im Vergleich zur BRD – breit entwickelter und starker demokratischer Bewegung steht dieser Entwicklung die revolutionäre Linke in den Niederlanden in einer sehr schwachen Position gegenüber.

Wir rufen die niederländischen Demokraten und die Linke auf, den Versuchen der Regierung, ein „Modell Deutschland“ auch für sich zu übernehmen, mit aller Kraft zu bekämpfen.

Wir verurteilen mit Abscheu den Bürgerkriegsplan der niederländischen Regierung, der zwei Niederländer und sechs 88-Molukker das Leben gekostet hat.

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wir übernehmen, mit aller Kraft zu bekämpfen.

Wir verurteilen mit Abscheu den Bürgerkriegsplan der niederländischen Regierung, der zwei Niederländer und sechs 88-Molukker das Leben gekostet hat.

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

"High noon" in Hamburgs SPD

Fortsetzung von Seite 1

In ihrem Papier hatten die Parteileitungsverläufe gegen Benneter und andere kritisiert („inhaltlich nicht gerechtfertigt und in der Methode für undemokratisch parteischädigend“) und die Benneter-Außerungen (die Mitgliedschaft in der SPD sei „kein Dogma“; CDU/CSU seien Parteien des Klassenkampfes, Kommunisten politische Gegner) gebilligt. Die Kampagne gegen Benneter solle „nur ablenken von a) einer falschen Wirtschafts- und Sozialpolitik, mit der – unter Verantwortung der SPD – den abhängigen Beschäftigten ... die Lasten der kapitalistischen Krise aufgedrückt werden; b) der Verwicklung in Korruption und Lüge, der Vermischung von Funktion und Geschäft ...; c) der Gefahr, die viele etablierte Genossen für ihre Funktion ... und persönliche Macht sehen, wenn die konsequent demokratisch-sozialistischen Kräfte in der Partei weiter an Boden gewinnen (???)“.

Die Unterzeichner ... werden einer solchen Politik und solchen parteiinternen schlimmen Manövern ihren Widerstand entgegenzusetzen“ („Hamburger Abendblatt“, 8.6.77).

Der Hamburger SPD-Landesvorstand bezeichnete die Resolution als „diffamierend und sachlich unzutreffend“ und verfügte – mit Rückenbedeckung des SPD-Bundesvorstandes die oben erwähnten Zwangsmaßnahmen.

Bei einigen der Unterzeichner – zumal bei den führenden Jusos-Strategen (wie Detlev Albers) – zeigten sich bald nach den Drohungen der SPD-Oberen erste Zurückweich-Tendenzen.

So wird in der Presse behauptet, Albers habe überhaupt nicht unterschreiben wollen, sei zur Unterschrift gezwungen worden. Dann wird er-

klärt, der Protestbrief datiere schon vom 10. Mai, sei irgendwie an eine Nachrichtenagentur gelangt und über diesen Weg beim Hamburger Landesvorstand gelangt. Schließlich wird behauptet, „daß Albers zur Zeit versucht, die 62 Unterzeichner für eine Distanzierung von der alten platten Solidarität mit Benneter und für eine etwas differenziertere Argumentation (!) zu erwärmen“ („Frankfurter Rundschau“, 11.6.77).

Dem entgegen steht, daß sich die Hamburger Jusos-Landeskonferenz (11.6.) mit den 62 Unterzeichnern solidarisch erklärt und die Inhalte des Briefes unterstützt haben soll.

„High noon“ ist am 21. Juni! Man darf gespannt sein ...

IFD-Kommission

16 SPD-Linke traten aus

In Hamburg sind 16 SPD-Mitglieder, überwiegend Jungsozialisten, aber auch der ehemalige Vorsitzende des SPD-Distrikts Blankenese und drei Kreiselektoren, aus der SPD ausgetreten. Die Genossen kritisieren nach Presseberichten den innerlichen Entfremdungsprozeß, die „verfehlte Regierungspolitik“ und das Parteiverfahren gegen Benneter („Welt“ und „Bild“, 2.6.; eine authentische Stellungnahme lag uns leider nicht vor). Offensichtlich wird unter den Ausgetretenen diskutiert, eine „sozialistische Arbeitsgruppe“ zu bilden, ähnlich wie es die vor kurzem ausgetretenen Buchholzer Jusos gemacht haben.

SPD-Kommission

SPD/FDP beschließt "Anti-Terror-Paket"

Fortsetzung von Seite 1

Vogel für das Abhören von Gesprächen zwischen politischen Gefangenen und ihren Verteidigern ein; so tritt er für eine noch selbstloseren Zusammenarbeit von BKA und Landeskriminalämtern ein. Zum Beispiel soll das BKA ohne Rückfragen bei den Landesämtern Fahndungsbilder sofort und eigenständig veröffentlicht werden können. Außerdem fordert Wernitz, den Personalbestand des BKA aufzustocken („Bild“, 30.4.1977).

Nach SPD-Vorschlägen sollen Banken per Gesetzänderung verpflichtet werden, technische Sicherungen wie automatische Kameras einzubauen – andernfalls verlieren sie den Versicherungsschutz („Hamburger Morgenpost“, 28.5.77).

Der Münchner Polizeipräsident Schreiber fordert eine Verankerung des Demonstrationsrechtes, wonach in Zukunft jeder als Krimineller vorurteilt werden sollte, der sich nach Aufforderung durch die Polizei nicht aus einer „gewalttätigen“ Demonstration (wie in Brokdorf oder Grohne) entfernt („Welt“, 25.5.77).

Der Obmann für „innere Sicherheit“ bei der SPD-Bundestagsfraktion, Heinz Penzky, fordert den Einsatz von Polizeibeamten als Agenten. Hierzu sollen Polizisten durch Änderung des § 163 StPO vom „Logikprinzip“ befreit werden; d. h. sie sollen von der Pflicht entbunden werden, Straftaten zu verhindern oder sofort zu verfolgen, um als Polizeispitzel nicht aufzufallen („PPP“, 16.5.77).

Darüber hinaus sollen Bullen straflos bleiben, wenn sie in „Terroristen- und Rauschgiftbanden“ eingeschleust, selbst Verbrechen begangen („Bild“, 24.5.77). Innenminister Maihofer „hat bereits eine wohlwollende Prüfung zugesagt“ („Stern“ vom 8.6.77).

Druckerstreik gegen Verlegerwillkür

Bremen: Seit dem 2. Juni erscheinen in Bremen die beiden Zeitungen „Weser-Kurier“ und „Bremer Nachrichten“ nicht mehr. Der Besitzer der beiden Zeitungen, Hermann Rudolf Meyer, übte sich mal wieder in seiner



Der Chef des Bundeskriminalamtes, Horst Herold, setzte sich vor der SPD-Fraktion dafür ein, die „Anti-Terror-Truppe“ GSG 9 des Bundesgrenzschutzes in Zukunft verstärkt einzusetzen, da sie bisher „zu wenig“ eingesetzt werde („Stern“, 8.6.77).

Im Übrigen stellt Herold einen ganzen Katalog von Forderungen auf:

- Melde- und Ausweispflicht für Hotelgäste;
- Anmeldepflicht für Wohnungsvermieter;
- fälschungssichere Papiere für Ausweise;
- fälschungssichere Kraftfahrzeug-Kennzeichen;
- Ausweise-Hinterlegung beim Automaten;
- Autobahn-Kontrollstellen der Po-

lizei;

- Unterstützung der Polizei durch Telefonämter, Post- und Geldboten sowie Mitarbeiter der Stadtwerke („Hamburger Morgenpost“, 28.5.77).

Herold findet sich in wesentlichen Punkten im Einklang mit der CDU, schließt allerdings mit seiner letzten Forderung den Vogel ab: Die Ausweitung der Telefon-Abhörpraxis auf Massenüberprüfungen, der Einsatz von Post- und Geldboten als Hilfspolizisten und Polizeispitzel sowie die Verpflichtung der Zählerkontrollanten von den Elektrizitäts- und Gaswerken, im Auftrag der Polizei in Wohnungen herumzuschneffeln. Bis zum „Blockwart“ der Nazi-Diktatur wäre dann nur noch ein kleiner Schritt!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Im Frühjahr 1974 wollte er Redakteuren und Technikern die Zulagen streichen. Ein kurzer Streik bewirkte die Rücknahme.

Vor fast genau einem Jahr rechnete er den Arbeitern ihre Zulagen

Ein gelungener Versuch der Entrenchung der Unternehmensleitung würde nicht nur uns treffen, sondern beispielhaft weitreichende politische Folgen für die gesamte Wirtschaft haben. Wenn mit einem wilden Streik,

Druckerstreik gegen Verlegerwillkür

Bremen: Seit dem 2. Juni erscheinen in Bremen die beiden Zeitungen „Weser-Kurier“ und „Bremer Nachrichten“ nicht mehr. Der Besitzer der beiden Zeitungen, Hermann Rudolf Meyer, übte sich mal wieder in seiner Lieblingsrolle als Provokateur gegenüber der Belegschaft. Wie bereits vor einem Jahr bei den Technikern beider Betriebe, versuchte er in diesem Jahr den Angestellten und Redakteuren den Lohn zu kürzen.

Die 6,6% Tarifierhöhung rechnete er auf die überhöhten Leistungen an. Als am 31. Mai die Gehaltsabrechnungen vorlagen, mußten die meisten feststellen, daß bei fast 70 % der Angestellten zwischen 30 DM und 170 DM der überhöhten Zulage gestrichen waren. Bei den besser verdienenden Redakteuren gab es Anrechnungen von 150 DM - 200 DM!

Diese Kürzung hatte Meyer sorgfältig vorbereitet. Bereits Ende April hatte die Erhöhung auf der Abrechnung stehen müssen. Meyer zahlte die alten Löhne und Gehälter aus und versprach, in den ersten beiden Mai-Weekenden nachzuschützen. Als sich das nicht geschah, redete er sich mit Schwierigkeiten bei der EDV-Anlage aus, um dann Ende Mai das „Geheimnis“ zu lüften: Gehaltskürzungen.

Auf Drängen der Belegschaft beauftragte der Betriebsrat für den 2. Juni eine Betriebsversammlung ein, die die Geschäftsleitung ablehnte. Sie wurde trotzdem durchgeführt. Dort beschloßen die Kollegen ihre Forderungen:

1. Zurücknahme sämtlicher Streichungen im überhöhten Bereich
2. Gleichstellung der Angestellten mit den Technikern, die im letzten Jahr die vertragliche Festsetzung der überhöhten Leistungen erstreikt hatten.
3. 30 DM mehr für alle Kollegen.

Der Betriebsrat sollte die Forderungen dem Verleger vorlegen. Die Belegschaften warteten in der Kantine auf die Antwort. Meyer lehnte ab und stellte ein Ultimatum: In weniger als einer halben Stunde wird die Arbeit aufgenommen oder Aussperrung. Ab 17.30 Uhr sperrte er dann aus.

Am nächsten Tag erschienen dann keine Zeitungen, wohl aber Flugblätter des Verlegers, in denen er behauptete, die Belegschaft sei in einen „wilden Streik“ getreten.

Verleger Meyer:
Napoleon auf Provokationskurs

Das Vorgehen Meyers ist nicht neu:

Im Frühjahr 1974 wollte er Redakteuren und Technikern die Zulagen streichen. Ein kurzer Streik bewirkte die Rücknahme.

Vor fast genau einem Jahr rechnete er den Arbeitern ihre Zulagen auf die Lohnerhöhung von 6% an. Nach drei Tagen Streik erkämpften die Drucker einen Teilerfolg – ihre Zulagen wurden vertraglich abgedeckt, allerdings behielt sich die Geschäftsleitung vor, Kürzungen im Einzelfall vorzunehmen.

Meyer befristete die Aussperrungen auf drei Tage. Danach erklärten ihre Kollegen den Streik. Zu Verhandlungen mit der IG Drupa kam es erst am 9.6. Meyer ließ sie allerdings nach 15 Minuten platzen, da angeblich die Verhandlungen eine anonyme Bombendrohung ausgesprochen worden war. Die „Berufsschaft“ zu Verhandlungen hatte Meyer am 8.6. mit einem Aushang bekundet. Dort bot er u.a. an:

- Aussparung der Anrechnungen bis 31.7.
- aber kein Verzicht auf die Anrechnungen.

Gleichzeitig ging er gegen die Kollegen wieder in die Vollen. Wer weiterstreike, muß damit rechnen:

1. Volle Haftung ... für Produktionsausfall und sonstige Streikschäden
2. Jeder streikende Arbeitnehmer haftet vielmehr für den gesamten ... Schaden.
3. Fristlose Entlassung wegen baharlicher Arbeitsverweigerung
4. Keine Bezahlung der Streikzeit ...
5. Keine Arbeitslosenunterstützung
6. Keine gewerkschaftliche Streikunterstützung
7. Abmeldung bei der Krankenkasse ... kein Anspruch auf Krankenkassenleistungen

Erfreulich ist, daß daraufhin beispielsweise Bremer Ärzte ihre Bereitschaft zur kostenlosen Behandlung von Streikenden erklärten!

Die Drohung verfehlte allerdings ihre Wirkung. Der Streik ging weiter. Am 11.6. tritt Meyer wieder mal mit einem Hetzflugblatt an „seine“ Leser ran. Darin erklärt er die höheren Ziele seines Kampfes:

Er will das ganze System verteidigen und retten: Was steht hinter dem Streik? „Unter dem Vorwand des Lohnkampfes wollen die Streikenden mit ungesetzlichen Mitteln die Entrenchung der Unternehmensleitung betreiben. Alles, was von der Streikmannschaft unter ihren Anführern gegen uns unternommen wurde und wird, insbesondere die Lahmung der Produktion als gestieles Druckmittel und die tagelange Behinderung aller Arbeitswilligen, ist Nötigung und Anwendung von Gewalt.“

Ein gelungener Versuch der Entrenchung der Unternehmensleitung würde nicht nur uns treffen, sondern beispielhaft weitreichende politische Folgen für die gesamte Wirtschaft haben. Wenn mit einem wilden Streik, also ungesetzlich und unter Zuhilfenahme betriebsfremder Elemente, alles erreicht werden könnte, was sich irgendwer ausdenkt, würde am Ende die Zerstörung aller rechtstaatlichen Grundlagen unseres Staates stehen.“

Laut Aussagen der Kollegen in ihrem Info Nr. 4 hat Meyer gesagt: „Der Ausgang des Konflikts wird auch für die Freiheit und Unfreiheit der Presse von entscheidender Bedeutung sein ... Meine Streikkasse reicht für ein halbes Jahr ... Ich gehe bis zur Einstellung beider Zeitungen.“

Bedenkt man, daß Aussperrung und Streik den Verleger schon Millionen DM gekostet haben, mit denen er ohne weiteres die gestrichenen Zulagen über Jahre im Voraus hätte bezahlen können, gibt es für das Verhalten Meyers zwei Möglichkeiten: – hier handelt es sich um eine besonders extravagante Ausgabe eines kapitalistischen Napoleon, der sich in die Schlacht von Waterloo stürzt, mit dem missionarischen Gedanken – ohne mich der Weltuntergang – oder er versucht über derartig bewußt herbeigeführte Provokationen der Belegschaft für noch härtere Auseinandersetzungen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Immerhin hat er vor drei Jahren die „Bremer Nachrichten“ aufgekauft und versucht, die beiden Blätter zu fusionieren. Seine Absicht, nur noch eine Zeitung herauszugeben, hat er immer noch nicht aufgegeben. So wurde durch Rationalisierungen die Belegschaft in beiden Betrieben im selben Zeitraum von 1650 auf 1030 verringert.

Vermutlich handelt es sich bei Meyers Motiven um beides.

Solidarität notwendig

Neben einer trotz der schwierigen Situation hohen Widerstandsbereitschaft für Streik, organisierten die Drucker-Kollegen am 4. Juni eine Demonstration in der Bremer Innenstadt, an der sich 800 Drucker, Familienangehörige und viele, die sich solidarisch erklärten, beteiligt haben. Mittlerweile sind über 150 Solidaritätsadressen bei den Kollegen eingetroffen, etwa 20.000 DM wurden zur Unterstützung bisher gesammelt. Um den Kampf gegen Verleger Meyer durchzustehen, ist Solidarität notwendig. Unterstützt die Bremer Drucker!

Solidaritätskassen auf das Konto:
Bank für Gemeinwirtschaft Bremen
Kontonummer 1093 90 90 00.

KB/Gruppe Bremen

Nachrichten vom Widerstand



Brokdorf-Prozeß gegen KB ausgesetzt

Am 6. Juni wurde vor dem Amtsgericht Itzehoe der Prozeß gegen den Pressereferenten des KOMMUNISTISCHEN BUNDES fortgesetzt. Zur Erinnerung: Es geht dabei um eine angebliche Beleidigung der Polizei durch ein Flugblatt des KB, das den brutalen Polizeieinsatz gegen die Besetzer des Bauplatzes Brokdorf am 30.10.76 kritisierte.

Wie berichtet, war bereits der erste Verhandlungstag eine rechtstaatliche Farce (siehe AK 105). Der zweite Verhandlungstag war eine rechtsstaatliche Farsche. Der Termin endete mit einer Bankrotterklärung des Gerichts und vor allem der Staatsanwaltschaft. Der Prozeß mußte vom Gericht ausgesetzt werden, weil die Verteidigung dem Gericht nachweisen konnte, daß nicht einmal die einfachsten Prozeßvoraussetzungen erfüllt waren. Den Ausgang dieses zweiten Prozeßtages hatten sich Staatsanwalt Tiskatz und Richter Geng offensichtlich anders vorgestellt. „Mit dieser Entscheidung habe ich nicht gerechnet“, schlüpfte der Staatsanwalt und schleppte dem Richter die Ermittlungsakte quer über den Tisch.

Auch am 2. Verhandlungstag wurde die Öffentlichkeit wieder massiv behindert, wurde das Gericht von bewaffneter Polizei abgeriegelt. Anträge auf Herstellung ungehinderter Öffentlichkeit wurden abgewürgt, „bedauerlicher“ Formel angesetzt, Anträge auf Herstellung ungehinderter Öffentlichkeit wurden abgewürgt, Tonbandaufzeichnungen nur beschränkt gestattet.

Besonders peinlich für die „Würde der Justiz“ führte sich wieder der Staatsanwalt Tiskatz auf. Bereits am ersten Prozeßtag war ihm eindeutige Parteilichkeit nachgewiesen worden: Als amtierender Staats-

anwalt des Prozesses ist er zugleich Mitglied einer von der Landesregierung gegen die Brokdorf-Demonstranten eingesetzten „Sonderermittlungskommission“. Er hat der Verteidigung Beweismaterial vorenthalten und konnte nicht einmal beweisen, ob die Beleidigungsklage überhaupt von einem zuständigen Beamten der Polizei gestellt worden war. Er hatte die Polizei erst eigenhändig dienstlich „ersucht“, die Anzeige zu stellen. Er ließ wegen „Verleumdung“ und „übler Nachrede“ ermittelt (was an Tatsachen bewiesen werden muß). Den Strafantrag stellte er aber nur wegen „Formal-Beleidigung“ aus (was ohne „Wahrheitsbeweis“ abgehen kann). Am zweiten Prozeßtag stellte sich heraus, daß weder der Richter noch der Staatsanwalt es für nötig gehalten hatten, einen diesbezüglichen Befangenheitsantrag der Verteidigung an die Oberstaatsanwaltschaft weiterzuleiten. Stattdessen behauptete der Richter, das selbst entscheiden zu können.

Am ersten Verhandlungstag hatte die Verteidigung wegen der mangelnden Prozeßvoraussetzungen Einstellung des Verfahrens beantragt (Kein ordnungsgemäßer Strafantrag, Befangenheit des Staatsanwalts, offensichtliche Richtigkeit der im Flugblatt inkriminierten Behauptungen). Der Antrag war abgelehnt worden. Stattdessen versuchte das Gericht sich mit der Ladung des Polizisten Fleischfresser zu retten. Er sollte beweisen, daß er berechtigt war, im Namen der „beleidigten Beamten“ die Anzeige zu stellen.

Fleischfresser legitimierte sich zwar als Gesamt-Einsatzleiter der

Polizeiaktion vom 30.10. Er mußte aber zugeben, nicht zu wissen, welche Polizei-Einheiten die Platzräumung vorgenommen haben. Er mußte zugeben, daß sein Untergebener Müller (mit dem die Besetzer wegen eines „Waffenstillstandabkommens“ verhandelt hatten) für die Durchführung der Räumung völlig selbständige Entscheidungen traf. Er wußte nicht, welche Mannschaften ihm noch unterstützten, als das Flugblatt verteilt wurde. Mit anderen Worten: Er konnte keineswegs angeben, w e l c h e Beamten sich „beleidigt“ gefühlt haben sollen! Er konnte also den Strafbefehl leider nicht nachträglich legitimieren wie geplant. Peinlich, peinlich!

So im Widerspruch verwickelt, verriet Fleischfresser, er sei nur auf die Frage „präpariert“, ob er Einsatzleiter gewesen sei oder nicht. Das Gericht gab dann plötzlich an, Fleischfresser habe überhaupt nur eine begrenzte Aussagegenehmigung. Das sei „telefonisch“ mit „jemandem“ abgesprochen. Eine Auskunft, war der „jemand“ sei, wurde verweigert. Auf Anfrage, ob denn wenigstens eine Aktennotiz zu dem „jemand“ existiere, antwortete der Richter: „Nein, ich weiß es aber“. Diese Faxen des Gerichts kosteten fast eine halbe Stunde.

Trotz seiner „Präparation“ hat Fleischfresser ein paar Kleinigkeiten verraten, die die AKW-Gegner heiß interessieren:

– So sagte er, er sei zugleich Oberkommandierender der „NWK-Ordnungskräfte“ (also der „Werksschutz“-Truppe) gewesen.



– So sagte er, ein besonderer Einsatzbefehl für Art, Umfang und

– So sagte er, ein besonderer Einsatzbefehl für Art, Umfang und Zeitpunkt des Einsatzes (ob chemische mace, wiewiele Bullen und wann sie eingesetzt wurden) sei überflüssig gewesen: „Das war nicht mehr nötig“ – das sei schon einen Tag vor dem Einsatz festgelegt worden!

– So gab er zwar zu, daß der Einsatz wie von uns beschrieben verlaufen

sei, aber ob die Kritik an dem Einsatz eine Beleidigung sei, das sei eben eine „subjektive Einschätzung“!

Da der Einsatzleiter Fleischfresser seine Kompetenz für die Anzeige nicht belegen konnte, wurde das Gericht trickreich: Man könnte ja noch andere Beamte vorführen, etwa einen Unterstaatsanwalt Schmidke. Notfalls könnte man nachträglich auch einen aktiv an der Räumung beteiligten Bullen finden, um sich „beleidigt“ gefühlt habe!

Zu allem Überfluß erwies sich nicht einmal die örtliche Zuständigkeit des Itzehoeer Gerichts als richtig ermittelt. Nach dem Pressengesetz ist der Ort der Herstellung des Flugblatts für den Prozeßort maßgebend, nicht aber irgendein Ort der Verbreitung. Hier flüchtete der Richter total aus. Trotz unzuverlässiger Gesetze, einschließlich der ihm vorgehaltenen Kommentare, meinte er: „Ich habe die Gesetze auch gelesen. Ich bin da oben anderer Auffassung“. – Schallendes Gelächter auf den Zuschauerreihen und der Pressebank einschließlich des Gerichtspersonals!

Die Verteidigung verlangte auf Grund erwiesenermaßen fehlender Rechtsgrundlage für das Verfahren erneut die Einstellung. Das Gericht weigerte sich lediglich die Verhandlung aus, um den Staatsanwalt Gelegenheit zu geben, seine „Ermittlungen“ nachzuweisen.

Die Aussetzung des Verfahrens ist trotzdem ein Teil-Erfolg gegen die Absicht der Landesregierung, in einem der ersten Anti-AKW-Prozesse eine exemplarische Verurteilung durchzusetzen. Die Schamlosigkeit der staatsanwaltschaftlichen „Er-



mittlungen“ geht ja nicht nur auf Unfähigkeit zurück, sondern beweist

– „Ermittlungen“ geht ja nicht nur auf Unfähigkeit zurück, sondern beweist auch, wie sicher sich Landesregierung, NWK und Strafverfolgungsbehörden der „unabhängigen Justiz“ wähnten. Unsere Verteidigung hat gegenüber diesem Gericht die einfachsten Grundsätze bürgerlich-demokratischer Prozeßführung durchsetzen müssen und konnten.

Berufsverbot für AKW-Gegnerin

Stade. Eine Kollegin aus der „Stader Initiative gegen AKW“, die im DRK-Kinderkinder in Stade als Kinderpflegerin arbeitete, wurde zum 31.3. fristgerecht und am 14.3. fristlos gekündigt. In der fristgerechten Kündigung wurde vom DRK (Deutsches Rotes Kreuz) bekanntgegeben, daß die Entlassung aus „Personaleinsparungsgründen“ vorgenommen werden müsse.

Daß tatsächlich politische Gründe zur Entlassung geführt hatten, erwies sich in einem Gespräch zwischen DRK-Verantwortlichen, Kolleginnen und der gekündigten Kinderpflegerin: Ihr wurde vorgeworfen, im Kindergarten ein Info der „Initiative gegen AKW“ verteilt zu haben und außerdem einen Aufruf zur Demonstration am 19.2. nach Brokdorf verteilt zu haben. Beides sei „parteiliche Betätigung“ und im DRK-Kinderkinder verboten.

Die Kollegin verfaßte hierzu eine persönliche Erklärung, in der sie u.a. von einem faktischen Berufsverbot spricht, denn sie wird in Stade und Umgebung wohl kaum noch Arbeit finden, da der DRK-Vorsitzende gleichzeitig Direktor des Arbeitsamts ist.

Nachdem nun die Stader Initiative gegen AKW ein Flugblatt gegen diese Disziplinarmaßnahme verteilt hatte, erhielt die Kollegin die zweite Kündigung. Diesmal eine fristlose und noch Hausverbot!

„Gründe“:

– Weitergabe von Informationen an die Bürgerinitiative;
– Bezeichnung „einer schwerwiegenden Amtsverletzung“ gegen örtlichen DRK-Vorsitzenden (wegen der Behauptung des Berufsverbots im Zusammenhang mit dem „Nebenjob“ beim Arbeitsamt).

Die Kollegin ging daraufhin zum Arbeitsgericht. Aber bereits bei der ersten Gerichtsverhandlung wurde klar, wo der Zug hingehet. Der Richter verkündete schon das Urteil, als er meinte, auch bei Gewinn des Prozesses sei eine Weiterbeschäftigung nicht gewährleistet, da das „Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ gestört sei. Er berief sich auf § 9 des Kündigungsschutzgesetzes. Für das DRK war dieser Ausspruch der „Wink mit dem Zaunpfahl“. Am 26.4. stellte der Vorstand des DRK den Auflösungsantrag des Arbeitsverhältnisses nach § 9! Somit war die Sache klar: Das Gericht lehnte zwar die „offiziellen“ Kündigungsgründe allesamt als unbegründet ab, löste aber trotzdem das Arbeitsverhältnis wegen „Zerrüttung des Vertrauensverhältnisses“ auf, da die Kollegin den DRK-Boß zu Recht für das faktische Berufsverbot verantwortlich gemacht hatte!

Die Kollegin will zwar in die Berufung gehen, was jedoch nach dieser „Kündigung“ gegen sie durchgesetzt wurde, ist das Berufsverbot! Sie ist jetzt schon 3 Monate ohne Arbeit!

KB-Gruppe Stade

Prozesse und Verfahren gegen die AKW-Gegner

Insgesamt wurden 500 Verfahren aufgrund der drei Brokdorf-Demonstrationen angestrengt. Von diesen wurden bisher 230 eingestellt. Fünf Strafbefehle sind bisher ausgestellt worden, gegen einen wurde kein Widerspruch eingelegt, d.h. eine rechtskräftige Verurteilung liegt in diesem Fall schon vor.

Von den 27 bekannten Ermittlungsverfahren nach dem 19.3. (Grohnde) wurde bisher eins eingestellt.

Die am 20.3. ausgestellten Haftbefehle gegen Christian aus Hannover und Bernd aus Hamburg wurden am 9.5. bzw. am 13.5. aufgehoben. Die Vorwürfe des „versuchten Totschlags“ konnten nicht länger aufrechterhalten werden. Die Vorwürfe des „schweren Landfriedensbruchs“, der mit sechs Monaten Mindeststrafe Haft bedroht ist, bestehen aber noch weiter.

Als weitere Teilerfolge können wir es ansehen, daß Jens Pommerenke sämtliche Verfahren beim Arbeitsgericht gegen den TÜV gewonnen hat und auch noch beim TÜV arbeitet. Dies jedoch mit einer Einschränkung, er arbeitet nicht mehr in seiner alten Abteilung. Ebenso, daß der Ausschlussantrag gegen den AKW-Gegner Peter II. aus dem Betriebsrat der Dresdner Bank Hamburg vom Arbeitsgericht zurückgewiesen wurde.

– Gegen Fritz Störin (Hamburg) gilt immer noch die einstweilige Verfügung des Landgerichts Hamburg vom 18.2. Darin wird ihm bei einer Geldstrafe bis zu 500.000 DM untersagt, die Ziele der BIs zum Kampf gegen das AKW Brokdorf konkret selbst in Worten und Taten zu vertreten oder zu unterstützen. Außerdem läuft gegen ihn immer noch ein Ermittlungsverfahren wegen „Aufrufs zu strafbaren Handlungen“, aufgrund seiner presserechtlichen Verantwortlichkeit für den Aufruf der Bundeskonferenz zum 19.2. nach Brokdorf.

– Gegen Jens Scheer („KPD“) laufen Ermittlungsverfahren wegen Aufruf zu „strafbaren Handlungen“ und „Anstiftung zu schwerem Landfriedensbruch“. Zusätzlich wird gegen ihn wegen „Hausfriedensbruchs“ ermittelt.

Stand der bisherigen Ermittlungen

– Der erste Prozeß zum 30.10. (Brokdorf I) endete am 23.5. nach drei Verhandlungstagen mit einer Verurteilung. Johann wurde wegen „versuchter Sachbeschädigung“ mit sieben Tagessätzen à 27 DM bestraft, von dem Vorwurf des schweren Hausfriedensbruchs jedoch „mangels Tatbewußtseins“ freigesprochen.

– Nach zwei Verhandlungstagen wurde der Prozeß gegen Kai Ehlers, KB, auf unbestimmte Zeit ausgesetzt (siehe Artikel in diesem AK).

– Gegen zwei Bergedorfer KBWler sind Strafbefehle wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung in Höhe von 600 bzw. 1.050 DM ergangen. Sie wurden am 30.10. in Bergedorf bei einem Polizeieinsatz gegen einen Infostand verhaftet, da sie Megafone benutzt hatten. Die ersten Verhandlungen am 6.6.77 und 8.6. sind geplant, da die Polizeizeugen im Urlaub sind. Der erste Prozeß findet am 16.6. um 12.15 Uhr im Amtsgericht Bergedorf statt, der andere ist auf unbestimmte Zeit vertagt.

– Auch gegen eine AKW-Gegnerin aus Eckernförde soll ein Prozeß wegen Hausfriedensbruchs laufen. Hier Hogen jedoch keine weiteren Informationen vor.

Bußgeldbescheide und Ermittlungsverfahren

– Ein Mitglied der BI Celle weigerte sich am 19.3. sich von der Parole „Keine AKW“ zu distanzieren. Diese Parole stand an der Grohnder Kirche und der Pastor fragte ihn danach, als er zufällig vorbeikam. Jetzt ist gegen den AKW-Gegner ein Verfahren eingeleitet worden.

– In Itzehoe und Flensburg wurden Bußgeldbescheide gegen Plakatkleber verhängt. In Itzehoe wegen Plakaten zum 19.2. zweimal 150 DM, da „öffentliches Verkehrsmittel widerrechtlich in Anspruch genommen“ worden sei.

– In Hamburg gibt es mindestens zehn Ermittlungsverfahren gegen Plakatkleber.

– In Itzehoe ist wohl der erste Bußgeldbescheid (in Höhe von 200 DM) aufgrund von Verteilen von Flugblättern, die zum 19.2. nach Brokdorf mobilisierten, ergangen. Begründung: „Die Demonstration war zu diesem Zeitpunkt verboten“!

– Gegen neun AKW-Gegner aus Hamburg laufen Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruchs. Sie waren bei einer zweiten „Begleitdemonstration“ zur Solidarität mit Bernd L. nach einem Polizeieinsatz festgenommen worden.

– Gegen etliche Teilnehmer der Grohnde-Demonstration am 19.3. soll ein Prozeß wegen Amtsmißbrauch, Nötigung und Eingriff in den Straßenverkehr geführt werden.

– Busfahrer, die uns nach Grohnde gefahren haben, erhielten Bußgeldbescheide wegen Überschreitung der zulässigen Arbeitszeit. Die Polizei überprüfte – soweit dies möglich war – sämtliche Fahrtensschreiber.

– Wegen Aufruf zu strafbaren Handlungen laufen drei Ermittlungsverfahren, begründet mit Verteilen und/oder Unterzeichnen von Flugblättern, die zum 19.2. nach Brokdorf mobilisierten.

– Dem presserechtlich Verantwortlichen des Flugblatts, das zum Ostermarsch der Flensburger BI aufrief, soll demnächst der Prozeß gemacht werden. Begründung: Aufruf zu einer verbotenen Demonstration, wahrscheinlich sogar Auslegung nach § 88a (Aufforderung zur Gewalt).

– Wegen Beleidigung der Polizei wird gegen den presserechtlich Verantwortlichen der Lübecker BI „ermittelt“. In einem Flugblatt wurde ein Polizeieinsatz am 12.3. in der Lübecker Innenstadt dargestellt und kritisiert.

– Vor kurzem wurden zwei Bremer AKW-Gegner zu mehreren tausend DM Geldstrafe wegen Beleidigung des Oberkreisdirektors Bernhard verurteilt. Sie hatten ein Lied gesungen, in dem eine mögliche Schließung von Grundstücken zugunsten der NWK, die auch Bernhard mit vorgenommen haben soll, geschildert wurde.

IKAH („Arbeiterhilfe“) Hamburg



Nachrichten vom Widerstand



Riesige Anti-AKW-Fete im JZ-Gluckstadt

Am 4.6.77 fand mit 500 Leuten die größte Fete statt, die je im Jugendzentrum Glückstadt veranstaltet worden ist. Träger der Veranstaltung war die „Atomenergie-AG“ des Jugendzentrums, die aus ca. 20 Jugendlichen besteht. Das großartige Mobilisierungsergebnis kommt dadurch zustande, daß in Glückstadt selbst viel Wirbel gemacht wurde (Verteilen von Flugblättern vor den Schulen, in der Stadt; Plakate in vielen Läden) und daß man durch die umliegenden Orte und Dörfer gefahren war, um die Jugendlichen zur Anti-AKW-Fete einzuladen. Dementsprechend wurden mit dieser Veranstaltung überwiegend Jugendliche (zum großen Teil 13 - 16 Jahre alt) erreicht, die bisher noch nie auf einer Anti-AKW-Veranstaltung gewesen waren.

Das Programm war sehr bunt:

- Eine Musikgruppe aus dem Jugendzentrum mit eigenen Liedern,
- Eine Diashow zur Gefährlichkeit von AKW's
- Sketchen von Jugendlichen aus Glückstadt
- Das Hamburger Aufstandorchester
- „Hau-Ruck“ aus Elmshorn
- Schraubstock
- King Harvey, Rockgruppe aus Glückstadt

und zwischendurch kurze Redebeiträge. Die Stimmung war von Anfang bis Ende sehr gut (Sprechchöre, viele haben mitgesungen usw.). Von daher ist zu erwarten, daß die Fete zur Vorbereitung der Anti-AKW-Bewegung beitrug und sich insbesondere in Glückstadt noch mehr Jugendliche an der „Atomenergie-AG“ beteiligen.

Erfolgreiche Aktion gegen das AKW Neupotz

Am 4./5.6. wollte das Plakplenum, ein Zusammenschluß der BIs gegen das AKW Neupotz, eine Veranstaltung auf dem Gelände des ge-

planten AKW durchführen. Das Betreten des Bauplatzes wurde trotz Einspruchs mit der hahnhebschenden Begründung verboten. „... da eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit besteht. Diese Gefahr wird darin gesehen, daß das von ihnen als Veranstaltungsort vorgesehene Gelände im Naturschutzgebiet „Pfälzische Rheinauen“ liegt.“ Deshalb müßten die BIs auf einen Ausweichplatz gehen.

Bis zu 250 Menschen beteiligten sich am 4.6. an dem Programm. Es wurde ein Fußballturnier organisiert, Folkgruppen spielten, etc. Leider gab es auch einen Beschluß, welcher es politischen Organisationen vortage, ihre Literatur anzubieten.

So wurde die BI Bergzabern ange-macht, weil sie die Broschüre „Warum kämpfen wir gegen Atomkraftwerke“ (Herausgeber: Kommunistischer Bund) anbot. Schließlich konnte diese aber doch verkauft werden.

Am 5.6. wurden morgens in den umliegenden Dörfern Flugblattaktionen gemacht. Am Spätag zum geplanten AKW Bauplatz beteiligten sich dann trotz schlechten Wetters noch 80 - 100 Personen.

Insgesamt ein gelungenen Anfang für die noch junge Anti-AKW-Bewegung in der Pfalz.

KB Genossen aus Bad Bergzabern.

Gersthaim immer noch immanzt

Seit vier Monaten halten Teile der badi-schen und elsässischen Bevölkerung den Bauplatz des geplanten AKW Gersthaim besetzt.

Obwohl es in letzter Zeit etwas „stiller“ um den Platz geworden ist, ist der Widerstand ungebrochen. Das sieht man z.B. an den Besucherzahlen der obligatorischen Sonntagsveranstaltungen, oder am Plan für die Platzwache, auf dem sich für über 70 (!) Gemeinden - hauptsächlich

aus dem Elsaß - für die Besetzung haben eintellen lassen. Mittlerweile kommen sogar die Bürgermeister und Gemeinderäte von Eschau, Plöbshelm, Nordhouse und mehrere andere Dörfer zur Platzwache. Durch diese aktive Unterstützung der Bevölkerung aus den umliegenden Dörfern konnte ein Abflachen der Bewegung verhindert werden. (aus: „Was Wir Wollen“, Besetzerzeitung der badi-sch-elsässischen BIs).

Rotenburg/Wümme: Am 10.6. fanden im Jugendzentrum zwei Veranstaltungen gegen AKW statt. Es wurde der Film „Was lange währt...“ zu Brokdorf und Grohnde gezeigt. Nachmittags kamen etwa 25 Besucher, am Abend waren es dann 50 Jugendliche. Auch in Rotenburg werden die Anti-AKW-Aktivitäten verstärkt. Der Abend endete mit der Ankündigung des Zeltlagers in Eensham zu dem von Rotenburg aus eine Fahrt organisiert wird.

Veranstaltung gegen Angriffe auf AKW-Gegner

Kiel: Am 10. Juni fand in Kiel eine von ca. 140 Menschen besuchte Veranstaltung des Ermittlungsausschusses statt.

Es wurde über die laufenden Prozesse und insgesamt über die Angriffe gegen AKW-Gegner informiert. Als direkt Betroffene von Strafverfahren waren eingeladen: Fritz Storim, gegen ihn läuft ein Strafverfahren und Berufsverbot, Kai Ehlers, als Prozessverantwortlicher des KB (Strafverfahren wegen Beleidigung der Polizei in einem Flugblatt), Bernd Löwe (Ermittlungsverfahren wegen „Tot-

Bremen, an dem ca. 130 - 140 Jugendliche teilnahmen, wurde folgende Resolution mit großer Mehrheit verabschiedet:

„Resolution gegen die Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung“
Gegen das Atomprogramm der Atomindustrie und der Bundesregierung haben sich immer mehr Menschen in unserem Land zusammengeschlossen und in Bürgerinitiativen organisiert. Diese Bewegung ist den AKW-Betreibern ein Dorn im Auge. Deshalb versucht der Staat im Auftrag der Atomindustrie durch Polizei, Bundesgrenzschutz, Justiz und Presse die Anti-AKW-Bewegung zu verfolgen, zu kriminalisieren und letzten Endes zu zer schlagen. Dafür stehen die willkürlichen Polizeibergriffe von Mobilien Einsatzkommandos am 19.2. in Brokdorf auf wehrlose AKW-Gegner, die ziellose Hetzkampagne der Presse, die die AKW-Gegner in gewalttätige und friedliche spalten will, sowie zahlreiche Prozesse, die gegen AKW-Gegner aus dem gesamten Bundesgebiet verhängt worden sind. Auch die Gewerkschaftsführer reihen sich mit Gewerkschaftsauschlussverfahren wie gegen Heinz Brandt in die Verfolgung von AKW-Gegnern ein. Diesen Verbrechen der Kriminalisierung muß die Anti-AKW-Bewegung geschlossen entgegen treten und sich mit den verfolgten AKW-Gegnern solidarisieren. Nur dadurch kann die Anti-AKW-Bewegung weiter an Stärke gewinnen. Die Teilnehmer des Pfingstlagers von BDP/NFI solidarisierten sich mit solchen verfolgten AKW-Gegnern wie Kurt Sommer, Jens Scheer, Bernd und Werner aus Bremen, mit Fritz Storim, Kai Ehlers und Jochen P. aus Hamburg sowie allen anderen verfolgten AKW-Gegnern.
Wir fordern:
SOFORTIGE EINSTELLUNG ALLER PROZESSE UND ERMITT-

Die Behörden und die Polizei hatten zwar erklärt, sie würden das Lager tolerieren, wenn die Veranstalter eine Wiese finden, aber andererseits war alles getan worden, um zu verhindern, daß eine Wiese gefunden werden konnte. Auch der Festplatz wurde verweigert, das Gericht erklärte ihn zu „Privatgrund“. So beschlossen diejenigen, die dann zum Lager gekommen waren, kurz vor dem ersten einmal auf den Weserwiesen zu lagern. Dort wuchs dann das Lager, von ab und zu vorbeifahrenden Polizeifahrzeugen beobachtet, bis auf zeitweise 700 Leute an. Mit Musik, Referaten und einer Demo von ca. 350 Leuten zum AKW Grohnde war das Lager ein schöner Erfolg.

Straßenfest der BI St. Georg verboten

Für den 25.6.77 hatte in Hamburg die Bürgerinitiative St. Georg bei der Behörde ein Straßenfest angemeldet, an dem sich auch andere Initiativen des Stadtteils beteiligen wollten. Das Straßenfest wurde mit der provokatorischen Begründung verboten, daß wegen mehrerer beantragter Informationsstände „hauptsächlich eine Informationsveranstaltung der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe und nicht ein Stadtfest durchgeführt werden soll“ - und eine Informationsveranstaltung könne eben nicht genehmigt werden - basta, es seien nur einzelne Informationsstände erlaubt (aus dem Schreiben des zuständigen Beamten). Dazu muß gesagt werden, daß bereits mehrfach Info-Stände der BI von den Bullen abgestimmt wurden. Es ist nur allzu offensichtlich, daß hier Anti-AKW-Informationen unterdrückt bzw. illegalisiert werden sollen.

Die Bürgerinitiative kündigt an, sie werde sich in jedem Falle dort auf dem beantragten Platz treffen, und gegen das Verbot mit allen zur Verfügung stehenden juristischen Mitteln angehen.

Anti-AKW-Aktionstage am 17./18./19. Juni

Eensham: Die BBA-Bremerhaven und eine Reihe anderer nordwestdeutscher Anti-AKW-Initiativen veranstalten ein gemeinsames Zeltlager in Overwarfe, nahe Eensham vom 16.6.77 - 19.6.77.

Vom Lager soll eine intensive Öffentlichkeitsarbeit unter der umliegenden Bevölkerung durchgeführt werden. Die AKW-Gegner aus den örtlichen Initiativen wollen die Gelegenheit nutzen, eine verstärkte regionale Zusammenarbeit einzuleiten. Geplant ist im Zuge des Zeltlagers auch eine Lagerfete, eine Anti-AKW-Festveranstaltung und als Abschluß eine Demonstration zum AKW in Eensham. Die BBA Bremen hat auf ihrem Plenum am 10.6. die Unterstützung des Lagers beschlossen.

Philippburg: In Philippburg (bei Karlsruhe) soll es am 17.6. zu einer Kundgebung gegen das AKW am Ort kommen. Der Veranstalter ist die Bürgeraktion Umweltschutz Waghäusel. Die Kundgebung, die um 14.00 Uhr beginnt, wird unterstützt von der KKW NEIN Initiativgruppe Karlsruhe.

Hannau: Auch hier ist am 17.6. eine Informationsveranstaltung und Kundgebung geplant. In einem Flugblatt der Initiativgruppe Umweltschutz Hannau werden dazu alle Atomanlagen in Hannau und Umgebung aufgelistet:

- die Nukem und drei ihrer Tochtergesellschaften, die Brennelemente für Leichtwasserreaktoren, Hochtemperaturreaktoren und für „Schnelle Brüter“ herstellen,
- in der Nähe von Hannau der Atomreaktor Kahl, der erste in der BRD
- die Atomruine Großweilheim, der nach kurzer Betriebsdauer wegen Überhitzung der Brennstäbe außer Betrieb gesetzt wurde,
- die Transportfirma Transnuklear, die ihr Geld damit verdient, möglichst unschuldig die hochgefährlichen Stoffe durch die Gegend zu „karren“.

Daneben existieren noch zwei militärische Anlagen:
- Abschlußrampe Kilianshöfen, Neben dieser Abschlußrampe für bünd-

kleine Sprengköpfe haben die US Streitkräfte hier auch unbekannte Mengen von Atom Sprengkörpern deponiert.

- chemische und biologische Waffen haben die US Streitkräfte in Waffgang gelagert.

Mit dieser Ansammlung gehört Hannau zu den Städten Europas, die die größte Konzentration an lebensgefährlichen Stoffen haben.

Dem muß entgegengetreten werden! Deshalb Kundgebung am 17.6. um 13.00 Uhr.

Bibla: Während das Genehmigungsverfahren für den Block C des AKW Bibla weiter läuft, findet am 26. Juni ein Erörterungstermin statt. Gegen den Bau von Block C haben inzwischen nahezu 50.000 Menschen Einspruch erhoben, das ist nach Wyhl die zweithöchste Zahl an Einsprüchen gegen ein AKW in der BRD. Auf dem Erörterungstermin soll nun den Einwohnern die Möglichkeit gegeben werden, ihre Einwände zu begründen. Die im Raum Rhein-Main-Neckar zusammenarbeitenden BIs haben auf den letzten Koordinierungstreffen beschlossen, zu dem Erörterungstermin eine breite Mobilisierung zu starten. Sie soll sich gegen den weiteren Ausbau des AKW Bibla sowie gegen weitere AKW's im Rhein-Main-Neckar Raum richten.

Es wurden folgende Aktionen vereinbart: Vom 24.6. - 27.6. ist ein Zeltlager geplant zu dem verschiedene Gruppen, Schülerverbände und Vertretungen, Jugendzentren usw. eingeladen werden. Das Programm wird aus Redebeiträgen, Dia-Vorträgen, Musik und Theater bestehen. Während des Zeltlagers findet am 25. Juni ein Aktionstag statt. An diesem Tag soll nochmal für die am darauffolgenden Tag stattfindende Demonstration und natürlich den Erörterungstermin selber mobilisiert werden. Es soll mit Veranstaltungen und Info-Ständen an die Öffentlichkeit gegangen werden. Am 26.6. findet dann eine zentrale Demonstration in Bibla statt mit anschließendem Fast im Zeltlager. So werden die AKW-Gegner für den am 28.6. stattfindenden Erörterungstermin sicher gut gerüstet sein.



Besetzer treffen in Gersthaim

schlags“), Peter Ham als wegen seiner AKW-Gegnerschaft angegriffener Betriebsrat und noch einige mehr. Als der KBW bei der im Anschluss stattfindenden Diskussion mit seinem altbekannten Schwachpunkt kam, daß die einfachen Polizisten ja eigentlich auch auf unserer Seite stehen, verließen die meisten der Teilnehmer den Saal.

Zweite Konferenz der bayerischen Initiativen gegen Atomlagen geplant

Die Nürnberger Initiative gegen Atomkraftwerke schlägt die Durchführung einer zweiten Regionalkonferenz der bayerischen Initiativen in Nürnberg vor. Unterstützt wird dieser Vorschlag bisher von Vertretern aus München, Landshut, Schweinfurt, Würzburg, Bamberg und Erlangen. Als Termin wird der 17./18.6. vorgeschlagen. Laut Einladungsschreiben der Nürnberger Initiative sollen die Ziele der Konferenz sein:

- Aktionen und Erfahrungen der letzten Zeit auszuwerten
- örtliche und regionale Aktivitäten für die nächste Zeit zu diskutieren
- möglichst breit und vielfältig Informationen der einzelnen Initiativen auszutauschen
- eine noch bessere Einheit und Zusammenarbeit unter den bayerischen AKW-Gegnern herzustellen.

Pfingstlager in der Nähe von Bremen

Auf diesem von dem BDP-Bremen, Naturfreundejugend und dem Antimilitaristischen Arbeitskreis

LUNGSVERFAHREN! WEG MIT DEM ATOMENERGIEPROGRAMM!

Berichtigung zum Aktionstag um Kalkar

Die Veranstaltung am 20.5. in Kalkar wurde nicht, wie fälschlich berichtet, von der BI Duisburg unterstützt, sondern nur von einigen Mitgliedern der BI Duisburg und einer Musikgruppe aus Duisburg.

Sternfahrt zum AKW-Zwentendorf

Österreich: Am 12.6. planen die in der „Initiative österreichischer Atomkraftgegner“ (IOAG) zusammengeschlossenen Verbände und Organisationen eine Sternfahrt zum AKW Zwentendorf bei Wien. Am 11.6. findet ein Rahmenprogramm mit Information und kulturellen Beiträgen statt.

Für das AKW-Zwentendorf planen die Betreiber die Durchführung eines Probebetriebs. Gleichzeitig haben in Allensteig die zweiten Probebetriebe begonnen. Die österreichischen AKW-Betreiber versuchen so, ihr Programm zu beschleunigen. Die anwachsende Anti-AKW-Bewegung stellt sich u.a. mit der Aktion in Zwentendorf darauf ein.

Grohnde

In der Nähe von Grohnde fand ein dreitägiges Pfingstlager statt, das von verschiedenen Bürgerinitiativen (BIs) des Weserberglandes beschlossen worden war.

„Deutschland braucht Kernseife“

Dieser Slogan zierte unversehens den Propagandabus, den die „Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen“ seit einigen Wochen quer durch die Dörfer Lüchow-Danzenbergs rollen läßt. Nur eine geringfügige Änderung der Originalaufschrift („Deutschland braucht Kernenergie“) führte zu diesem schönen Resultat. Die Folge: zur „Beseitigung des Schadens“ mußte der Bus für einige Tage ausrangiert werden. Auch bzw. gerade, wenn die Ober-schwelme vom DKW-Vorstand behaupten, diese Korrektur stünde „im Widerspruch zu der bisher feilen und sachlichen Auseinandersetzung bei der Diskussion um den Bau des Deutschen Entsorgungszentrums“, ist diese Aktion nachahmenswert!

KB/Gruppe Lüneburg

KBÖ auf AKW-Supermächte-Trip

Österreich: Der KBW-Bruder KBÖ, der offensichtlich im Koordinationskomitee für die Demonstration in Zwentendorf sitzt, benutzte diese Position, um der Bewegung seinen besonderen Stempel der „Supermächte“-Theorie aufzudrücken. In dem offiziellen Aufruf der IOAG schlugte der KBÖ folgenden Passus ein, der nicht Grundlage der IOAG ist:

„Die Lieferung und Anreicherung des Reaktorbrennstoffes werden von den USA und der Sowjetunion kontrolliert. Gerade diese beiden Mächte rüsten heute flieberhaft auf. Sie bereiten sich auf einen Krieg vor und vernichten dabei, sich die Kontrolle über die Energieversorgung anderer Länder zu sichern. Eine größere Abhängigkeit von ihnen vergrößert nur die Gefahr, von ihnen erpreßt und in einen solchen Krieg hineingezogen zu werden“ (zitiert nach „rotfront“, Juni 1977).

Von hier aus „Vaterlandverteidigung“ ist es kein weiter Schritt mehr. Die österreichische Anti-AKW-Bewegung tut gut daran, sich schleunigst von derartigen Positionen zu distanzieren, will sie glaubwürdig bleiben.

Fortsetzung auf Seite 5

Nachrichten vom Widerstand

Fortsetzung von Seite 4

Lieber heute aktiv als morgen
ruftaktiv

Hamburg: Rund 120 AKW-Gegner versammelten sich am 11.6.77 zu einer Kundgebung vor dem Luftschutzbunker in der Bramfelder Straße, der durch Umbauten gerade „stahlensicher“ gemacht werden soll.

Die BTU-Stadteilgruppen Barmbek, Dulsberg, Hamm, Uhlenhorst und Wandbek/Farmsen hatten zur Vorbereitung dieser Kundgebung gemeinsam eine Aktionswoche mit Informationschriften über den „Schutz“-bunker, mit Ständen und Hausgitarren durchgeführt.

Breiteres Aufsehen erregte ein Schreiben der „Bunkerbehörde“ der „Unfreien Hansestadt Hamburg“, unterzeichnet vom neuernannten „Bunkerpenator“ Stark (nicht zu verwechseln mit Innenminister Staack ...), in dem es u.a. heißt:

„... Leider kann dieser Strahlenschutz-bunker nur 1.700 Menschen Platz bieten. Natürlich viel zu wenig für die gesamte Bevölkerung im Einzugsgebiet (vorsorglich werden hohe Persönlichkeiten ausbezogen).“

Wir sehen uns daher leider gezwungen, eine Auswahl unter den Barmbekern und Barmbekern zu treffen und vorsorglich die Plätze heute schon aufzustellen. Wir sind dabei auf Ihre Mithilfe angewiesen: – Geben Sie bitte eine Person in Ihrer Familie oder Nachbarschaft an, der Sie einen Platz zukommen lassen würden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Person im zugehörigen Alter und im Besitz (ihm) gelisteten und körperlichen Kräfte sein muß. – Die von Ihnen benannte Person muß unter Angabe einer schriftlichen Begründung bis zum 30. Juni 1977 dem Ortsamt ... bekanntgegeben werden (Name, Anschrift, Alter, Geschlecht, Beruf, weitere gesellschaftliche Tätigkeiten, Gesundheitszustand, politische Gesinnung, Familienstand).“

Die Angabe der Telefonnummer des Ortsamtes in dem Schreiben erwies sich als sehr vorsorglich: Wie aus dem Ortsamt zu erfahren war, standen dort die Telefone einen Tag lang nicht mehr still. Die Bunkerbehörde

(oder war es die Innenbehörde?) ließ über Rundfunk verbreiten, daß es sich bei dem Schreiben um eine Fälschung handle, gegen deren Verbreiter man „Strafanzeige“ erstatten werde.

Die zahlreichen beunruhigten Anrufe aus der Bevölkerung und das recht lichterliche Dementi der Innenbehörde zeigen jedoch, daß das satirische Schreiben von der Wirklichkeit gar nicht weit entfernt ist: Für 160.000 Barmbeker stehen 1.700 „Schutz“-plätze für den Fall atomarer Verunsicherung zur Verfügung, für 250.000 Wandbeker 5.000 Plätze.

Bei der Kundgebung am 11.6. schützten 20 Bullen wacker den „Schutz“-bunker vor einem Angriff der (heute!) gar nicht stattfindenden. Die Teilnehmer der Kundgebung fanden es sowohl vernünftig, eine Reihe von Anti-AKW-Liedern kräftig zu schmettern und Spiele zu machen wie auch sinnvoller, weitere Informationen über die „Schutz“-maßnahmen zu hören und untereinander zu diskutieren.

Bezuggruppen Barmbek und Wandbek
KB/Gruppe Hamburg



Am 11.6. vor dem Barmbeker „Schutz“-Bunker

Paradoxe Urteilsbegründung in Grafenrheinfeld:

Berstschutz „gefährdet“ die Sicherheit!

Ende Mai wurde die Urteilsbegründung im Prozeß gegen das AKW Grafenrheinfeld nachgereicht. Das Gericht hatte die Klage der Stadt Schweinfurt und der Gemeinde Bergrheinfeld gegen den Bau des AKW's kostenpflichtig abgewiesen.

Im Gegensatz zum Freiburger Gericht, das den Bau des AKW's Wyhl verboten hatte, hält das Würzburger Verwaltungsgericht einen Berstschutz für den Reaktordruckbehälter des bereits teilweise fertiggestellten AKW's für nicht notwendig. Als Gründe werden die „verbesserte Qualitäts- und Sicherheitsprüfungen“ angeführt. Ein Bersten sei demnach „nach menschlichem Ermessen unwahrscheinlich“.

Dazu muß man wissen, daß die Bayernwerke AG unmittelbar nach Erteilung der Baugenehmigung im pausenlosen Tag- und Nachtschicht von ca. 1.000 Arbeitern den Bau fortgesetzt haben. Mittlerweile sind von den geplanten 1,5 Milliarden schon 600 Mio. verbaut. So werden Fakten geschaffen, die das Gericht entsprechend beeinflussen sollen – mit Erfolg, wie man sieht.

Das Urteil des Würzburger Gerichts schließt sich in seiner Urteilsbegründung ausdrücklich der Stellungnahme der Reaktorsicherheitskommission (als „Bewertungsmittel“) an. Die Bundesregierung hatte ihren Wunsch nach dem erfolgten Ausgang des Verfahrens durch ein Telegramm an das Gericht zum Ausdruck gebracht, in dem die Meinung der Reaktorsicherheitskommission, die für die Bundesregierung arbeitet, dem Gericht bekanntgegeben wurde.

Schon vorher hatte die Bundesregierung mitteilen lassen, daß sie mit dem entsprechenden Gutachten ihrer Kommission auch den Prozeß um den Bau von AKW's in Wyhl in 2. Instanz zu gewinnen gedenkt.

Zu dem Urteil muß man folgendes wissen:

- In Großbritannien sind wegen der Gefahr des Berstens Druckwasserreaktortypen überhaupt verboten!
- Die neuen Werkstoffe, die das Gericht (!) anzupreisen wußte, können ebenfalls spröde werden und somit bersten.

– Ausdrücklich wurde im Urteil behauptet, daß Risse, die zum Bersten des Reaktors führen könnten, mit Sicherheit festgestellt würden.

In der Tat wird davon ausgegangen, daß der Reaktorbehälter risikolos werden könnte, genau dies ist auch die Begründung dafür, daß ein Berstschutz unerwünscht ist. Denn bei einem Berstschutz muß die Betonauswand des AKW's direkt an den Druckbehälter anschließen, während derzeit ein Zwischenraum für Kontrollen des Druckbehälters gelassen wird, an dessen Sicherheit offensichtlich nicht einmal die AKW-Betreiber glauben wollen. So schrieb auch der TÜV im Gutachten zum AKW Ueberlingen:

„Die Gutachter weisen darauf hin, daß bei vorliegenden Bedingungen (dickwandige Elemente, schwere Zugänglichkeit bei Wiederholungsprüfungen usw.) die Prüfverfahren nicht erprobt sind und der Nachweis der Durchführbarkeit und ausreichender Zuverlässigkeit noch erbracht werden muß. ... Wiederholungsprüfungen des Reaktordruckbehälters sind nach Angaben des Herstellers zur Zeit nur von innen möglich. ... in der Praxis kann nicht damit gerechnet werden, daß ein fehlerfreier Werkstoff vorliegt“ (nach Strohm, Friedlich in die Katastrophe, S. 162).

Hauptinteresse der AKW-Betreiber war es, bei diesem Prozeß den Berstschutz möglichst vom Tisch zu bringen. Für sämtliche anderen Einwände erklärte sich das Gericht nicht „zuständig“, so für den Standort, die Entsorgung, Sabotage, Kriegefall und Wiederaufbereitung – was das Gericht natürlich nicht hinderte, dem Bau zuzustimmen.

Das Würzburger Urteil macht deutlich, daß die Gerichte lediglich die Funktion übernehmen, bei massiven Protesten AKW-Bauten vorübergehend zu stoppen. Da in Grafenrheinfeld weniger Proteste gegen den Bau als in Wyhl zu erwarten waren, wurde entsprechend erst einmal in Grafenrheinfeld dem Weiterbau von seiten des Gerichts zugestimmt.

KB/Gruppe Nürnberg

WSL und Faschismus: Selbstdarstellung

In verschiedenen AKs, zuletzt in AK 102, davor im „Antifaschistischen Steckbrief Nr.3“, wurden im und um den „Weltbund zum Schutz des Lebens“ (WSL) herum rechtsradikale Umtriebe nachgewiesen.

So gibt es z.B. verschiedene Kontakte führender WSL-Aktivisten zu dem Faschisten-Kreis um die faschistische Roeder-Christophersen-Bande. In der Vergangenheit haben solche offenkundigen Verbindungen zu erheblichen Auseinandersetzungen geführt und dem WSL den Vorwurf eingebracht, eine „neofaschistische Tarnorganisation“ zu sein.

Natürlich ist dem in der Anti-AKW-Bewegung aktiven WSL der KB nicht unbekannt. Zu einem Gespräch zwischen verschiedenen Bürgerinitiativen in Bodenwerder am 28.3.77 lud denn der WSL-Vertreter H. Gründer auch extra den KB ein. Eine Reaktion auf unsere Fragen an den WSL, wie er es mit den Faschisten halte, konnte also nicht lange ausbleiben. Inzwischen legen uns verschiedene Stellungnahmen vor.

Ein Brief vom westdeutschen WSL-Präsidenten Werner G. Haverbeck (9.März) eröffnete die Selbstdarstellungsserie. Hauptsächlich zeichnet sich das Schreiben dadurch aus, daß es auf unseren Vorwurf, der WSL sei ein Verband „brauner Ratensänger“ (was sicher nicht stimmte) überhaupt nicht eingeht. Haverbeck: „Wir haben die Meinung, daß es Wichtiges gibt, als sich innerhalb der Bürgerbewegung für Umweltschutz gegenseitig zu befeinden. Wir hatten, einfach gesagt, keine Zeit uns mit solchen Querelen zu beschäftigen.“ Zu konkreten Einzelheiten, was das Treiben von Faschisten im WSL betrifft, meint Haverbeck: „Wenn Sie heute noch auf solche Zusammenhänge hinweisen, dann sind Sie leider 2 1/2 Jahre hinter der Zeit zurück.“

(Hier sei eine Anmerkung gestattet: eine WSL-Schrift, in der der Faschist G. Schwab, Gründer und „Papst“ des WSL bis heute, hochgejubelt wird und aus der wir zitierten, ist offenbar selbst Haverbeck zu kompromittierend. Aber, schreibt er, da im 5. sterblichen WSL-Verlag „Verband für Lebenskunde“ erschienen ist, was kann er als

Präsident der Sektion B R D des WSL da schon machen...? Sollte Haverbeck beim Abfassen seines Briefes ganz vergessen haben, daß er, zusammen mit eben diesem Schwab, bei Erscheinen der erwähnten WSL-Schrift in der Schriftleitung des WSL-Organ „Lebenskunde“ saß, das in eben diesem Verlag „Verband für Lebenskunde“ erscheint? Und da soll kein Einfluß möglich gewesen sein?)

Generell heißt es dann: Der WSL/BRD nehme die parteipolitische „Neutralität“ sehr ernst und arbeite daher mit allen Gruppen zusammen, die die Notwendigkeit des Umweltschutzes und Lebensschutzes erkannt haben und so solidarisch mit anderen Verbänden und Gruppen der Widerstandsbewegung zusammenstehen.“ So ganz zufriedenstellend kann das auch vom WSL selbst nicht erachtet werden sein, zumal im AK durch Benennung neuer, aktueller Fakten die Haverbeck'sche Position „Alles Schnees vom vergangenen Jahr“ nicht mehr so ganz stichhaltig erscheinen konnte.

Anders als Haverbeck geht H. Gründer (siehe oben) in einem Brief vom 3. April auf konkrete Punkte ein: zu „rechten Tendenzen“ im WSL habe er zunächst gesagt: „Na und? Warum sollen denn nicht einige Bundesgenossen 'rechts' stehen, so wie andere halt links?“ Er führt dann einige (aus dem AK bekannte, z.T. aber auch zusätzliche) Fakten an, z.B., daß „kürrlich als Beilage an alle Empfänger des WSL-Organ „LSI – Lebensschutz-Informationen“ das faschistenfreundliche Blättchen „VgM – Heiße Eisen“ verschickt wurde. (Darin wird u.a. für die faschistischen Zeitungen „Mut“, „Deutsche Wochenzeitung“, „Nation Europa“ und „Unabhängige Nachrichten“ geworben; im Beirat des „VgM“-Blattes sitzt übrigens ex-WSL-Präsident Braker, Dingdongli). Dazu Gründer: „all das habe ihn alarmiert“. Um nicht ins „Zwielicht“ zu geraten, d.h. zur Vermeidung des Eindrucks, der WSL identifiziere sich mit Faschisten, müsse doch vom WSL aus „sehr rasch und sehr genau Klarheit (ge)schaffen werden, Öffentlich(!), notfalls mit gerichtlichen Schritten.“ Beherzigungswort!

Es folgte am 11. Mai ein Brief

vom WSL-Präsidentenmitglied Frau Haverbeck-Brenzel.

Ausdrücklich als Antwort „auf Ihre Fragen an den WSL“ (gemeint sind die unbenannten aus AK 102) bezeichnet, geht das Schreiben nicht mit einer Silbe darauf ein, sondern bringt, wieder einmal, „grundsätzliche Überlegungen!“ Und die sehen dann z.B. so aus: „In der ersten Deutschen Republik gab es zwei Parteien, die sich besonders unerbittlich bekämpften, Kommunisten und Nationalsozialisten. Dies ist ein historisches Faktum. Nachdem die eine der

denfalls die noch lebenden Nationalsozialisten ebenfalls verfolgt, vernichtet und zum Teil hingerichtet. Die Mitläufer und die Kinder wurden 'umgezogen'. Heute gibt es als zugelassene Partei nur noch die Kommunisten.“ Frau Haverbeck, so ist zu lesen, findet es bedauerlich, daß sich Kommunisten und Faschisten „gegenseitig verteideln“. Im WSL jedenfalls sei für beide Platz.

Der Selbstdarstellungen „noch nicht genug: Am 22. Mai schrieb uns Baldur Springmann, WSL-Landvorsitzender von Schleswig-Holstein und



Der WSL-Vorsitzende Haverbeck am 12.3.77 in Gießen

beiden Parteien 1933 durch allgemeine Wahlen an die Regierungsmacht kam, wurde die Situation für die andere Partei katastrophal, sie wurde verboten, ihre Anhänger verurteilt, im Ausland, Untergrund oder in Konzentrationslagern. Es muß allerdings angenommen werden, daß dies im umgekehrten Fall, also bei Machtübernahme durch die Kommunisten, für die unterlegene Partei der Nationalsozialisten genau solche Folgen gehabt hätte.

Nach dem 2. Weltkrieg – nach Untergang des „3. Reiches“ – wurden je-

stündig Inszenen in der Zeitschrift „Bauernschaft“ des Faschisten Christophersen. Christophersen ist u.a. Verfasser der antisemitischen Heftzeitschrift „Auschwitz-Lüge“, in der der Völkermord der Nazis an den Juden geleugnet und die KZ's als reine Idyllen dargestellt werden. Dazu schreibt uns Herr Springmann: „Die in der 'Bauernschaft' vertretenen Ansichten sind teilweise nicht die meinen, besonders nicht das, was ich für anti-jüdisch und unnötig aggressiv halte. Thies Christophersen oder schätze ich als aufrechten Menschen.“ Amosinus

ruft auch Springmann zur „Aktionseinheit“ zwischen Faschisten und Kommunisten auf: „Gegenseitige Faschisten- und Kommunistenhetze nützt ausschließlich den Trägern und Nutznießern solcher Verhältnisse, an deren Veränderung wir ein gemeinsames Interesse haben. Ich würde es ausgesprochen gut finden, wenn ihr weniger Antifaschismus, dafür aber mehr pro vita („für das Leben“) - Aktion bringen würdet.“ Ja, seit wann ist das ein Widerspruch?

Vorläufig letzte Selbstdarstellung: ein kurzes und im Ton etwas barockes Schreiben des WSL-Landvorsitzenden Hamburg vom 3. Juni: „... wenn es so weitergeht, ist es egal ob rot oder braun: überleben werden wir es nicht... Bei aller Anerkennung ihrer Umweltschutzaktivitäten, die Sie auch ruhig auf Staaten östlicher Feldpostnummer ausdehnen sollten, würde uns allen ein wenig mehr Verständnis füreinander gut tun. Ich habe jedenfalls keine Lust, weiter auf Dinge einzugehen, die es bei uns nicht gibt, und sehe daher die Sache als erledigt an.“

Aber dazu gehören immer 2 x 2. Und wir sehen die Sache keineswegs als erledigt an. Der einheitliche Tenor der uns vorliegenden Briefe ist etwa der, daß der WSL gar keinen Grund sieht, sich von Faschisten zu distanzieren, da er gut mit ihnen zusammenarbeitet und sie z.T. als „aufrechte Menschen“ schätzt. Darüber hinaus vertritt der WSL die „Aktionseinheit“ von Faschisten und Kommunisten“ auch noch als besondere Theorie. Fakt ist: Wir haben weder „Toleranz“ noch „Verständnis“, wenn etwa die millionenfachen Opfer der Nazi-Tyrannie von einem Christophersen, Roeder oder sonst einem dieser Schweine verhöhnt werden. Wir haben auch kein Verständnis für ein kumpelhaftes Verhältnis zu solchen Leuten. Da hört für uns der Spaß auf, und wir werden diese Kumpel weiter bekämpfen. Als Material dafür sind die Briefe von den verschiedenen WSL'n gut geeignet. Wir werden sie daher demnächst insgesamt als Dokumentation im Wortlaut veröffentlichen.

Antifa-Kommision
KB/Gruppe Hamburg



HERR ROSENBAUM

ES IST
SOWEIT!



Der Massenmörder Rosenbaum, dem mindestens 148 eigenhändige grausame Morde an jüdischen Gefangenen nachgewiesen werden konnten, muß in seinem Kurot die Koffer packen und zurück in den Knast.

Am 9.6.77 hob der Hamburger Senat die Entscheidung der „Gnadens-Kommission“ vom 14.12.76 wieder auf, durch die Rosenbaum für ein halbes Jahr „probeweise“ in Freiheit gesetzt worden war. Erst in zwei Jahren soll eine erneute Gnadensentscheidung für ihn möglich sein.

Diese Entscheidung ist beachtlich, wenn man zum einen bedenkt, daß der Senat zunächst ganz offensichtlich auf eine endgültige Freilassung Rosenbaums zugestimmt hatte und daß es abgesehen vom kommunistischen Bund und der jüdischen Journalistin Peggy Parnass kaum öffentlichen Protest gegen dieses Vorhaben gegeben hat. Zu der Entscheidung des Senats und der jüdischen Journalistin Peggy Parnass kaum öffentlichen Protest gegen dieses Vorhaben gegeben hat. Zu der Entscheidung des Senats mag das provokatorische und halbschamlose Vorgehen von Rosenbaum selbst beigetragen haben, der im Überschwang der Gefühle nach seiner vorübergehenden Haftentlassung und schon von Kopf bis Fuß auf „Resozialisierung“ eingestellt, gleich mehrere Prozesse gegen alle anstrebte, die ihn noch einen Nazi-Mörder nennen wollten:

— So gegen Peggy Parnass wegen eines Artikels, den sie in „konkret“ und im Westberliner „extra-dienst“ veröffentlicht hatte und den auch der AK abdruckte.

— So auch gegen den Gefängnisarzt Dr. Mendel Friedland (Vorstandsmitglied der jüdischen Gemeinde in Hamburg), der über Rosenbaum zutreffend bemerkt hatte: „Wenn er so viel Mitleid, das er für sich selbst aufbringt, für seine Opfer aufgebracht hätte, dann würden sie noch alle leben“.

— So schließlich eine ganze Reihe von Klagen und Verfahren gegen den kommunistischen Bund. Insbesondere wollte Rosenbaum uns verbieten lassen, seinen Namen in Zusammenhang mit seinen Verbrechen zu nennen. Dies sei, so ließ Rosenbaum seinen Rechtsanwalt mitteilen, seiner „Resozialisierung“ abträglich. Außerdem hat er uns verbieten lassen — und ist damit bisher auch beim Gericht durchgekommen — über seine Begünstigung im Knast zu berichten.

Ein Nazi-Mörder, der sich nicht mit der geschnittenen Freiheit begnügt, sondern auch noch wild in der Gegend herumprozessiert und die Gerichte und Politiker womöglich in Verlegenheit bringt — das war dem Hamburger Senat denn wohl doch etwas zu heiß.

Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft mitgeteilt, daß sie ein von Rosenbaum gegen den KB angestrebtes Strafvermittlungsverfahren eingestellt hat. Rosenbaum hatte Anzeige wegen Beleidigung u.ä. gestellt, weil in ei-

nem Plakat des KB Rosenbaums Verbrechen in Zusammenhang mit seinem Namen und Adresse veröffentlicht worden waren. In seinem Schreiben an Rosenbaum meint Staatsanwalt Steffen, es „ist Ihnen in soweit Recht zu geben, daß die von dem Beschuldigten gegen Sie erhobenen Vorwürfe schwer wiegen. Diese Vorwürfe sind jedoch nicht isoliert zu werten, sondern an dem gegen Sie ergangenen Urteil zu messen. Dann jedoch kommt man nicht unklar, festzustellen, daß Sie wegen Mordes an mindestens 148 Menschen, begangen durch 18 selbständige Handlungen, rechtskräftig verurteilt worden sind.“

In der Tat — da hatte der Rosenbaum sich einfach zuviel vorgenommen mit seiner „Resozialisierung“. Aber immerhin laufen noch einige der Verfahren Rosenbaums gegen den KB und wahrscheinlich auch noch gegen Peggy Parnass und Dr. Friedland. Wir werden darüber im nächsten AK berichten und ebenso über die Begünstigung von NS-Verbrechern im Knast.

Klammheimlich: Nazi-Mörder Krahnert soll frei bleiben

Daß für die Rückholung Rosenbaums in den Knast nicht prinzipielle Erwägungen, sondern die Umstände dieses Vorgangs und speziell das dumm-freche Auftreten von Rosenbaum selbst ausschlaggebend waren, geht klar daraus hervor, daß der Hamburger Senat im selben Arbeitsgang zugunsten eines anderen Nazi-Mörders entschied: Max Krahnert, ein lebenslanger Haft verurteilter SS-Hauptsturmführer, bleibt vorerst frei. Seine bisher schon in aller Stille unterbrochene Haft soll für mindestens ein weiteres Jahr ausgesetzt werden!

Krahnert war als Chef des „Sonderkommandos 1005“ verantwortlich für die Ermordung von mindestens 500 russischen Zwangsarbeitern. Verurteilt wurde er 1968 (zu lebenslanger Haft plus 15 Jahre) lediglich wegen gemeinschaftlichen Mordes an Juden in drei Fällen und wegen Beihilfe zum Mord in sieben Fällen.

Bei der jetzt erneuerten Strafsatzung soll das „Alter“ und der „Gesundheitszustand“ des Nazi-Verbrechens eine Rolle gespielt haben. Selbst der Prozeß wurde herangezogen: „Krahnert habe bei seinen Taten unter dem Eindruck gestanden, er müsse die Verbrechen begehen“ („Bild“, 6.6.77) — so schon das Gericht 1968.

Und wir stehen unter dem Eindruck, daß dieser Verbrecher ebenso wie Rosenbaum zurück in den Knast gehört!

Antifa-Kommunisten
KB/Gruppe Hamburg

Roeder in den Knast!

Gegen den faschistischen Ex-Rechtsanwalt Roeder („Deutsche Bürgerinitiative“) und seine Freunde Christophersen („Die Bauernschaft“) und Schönborn („Kampfbund Deutscher Soldaten“) sind mehr als 50 Strafvermittlungsverfahren im Sande verlaufen, nur in ein paar Fällen wurde wenigstens eine Geldstrafe verhängt. Zu den Taten dieser Nazi-Bande gehören u.a. mehrere Überfälle auf Ausstellungen über das KZ Auschwitz, Verherrlichung des Nationalsozialismus und Verwendung nationalsozialistischer Kennzeichen, ständige antisemitische Hetze.

Der Antifaschistische Arbeitskreis Hamburg (2 Hmb.36, Postlagerkarte 057869 A) hat sich das Ziel gesetzt, umfassend die Informationen über Roeder, Christophersen, Schönborn und ihre Verbindungen zu sammeln und eine Dokumentation herauszubringen, die als Grundlage für eine Kampagne „Roeder in den Knast!“ dienen soll. Die Vorbereitungen sind inzwischen soweit gediehen, daß am 18./19. Juni in Frankfurt ein Treffen des Arbeitskreises mit allen Interessierten stattfinden soll. Im Folgenden geben wir auszugsweise eine Erklärung des „Arbeitskreises“ vom 10.6.77 wieder.



Nazi Roeder

Sind Roeder und Co „Spinner“?

In einem gewissen Sinne sind diese Nazis tatsächlich „Spinner“, nämlich daß sie — wie alle anderen Faschisten — mit der alten Ideologie des Hitlerfaschismus haushalten gehen. Sie wärmen da eine Ideologie auf, mit der aufgrund der Erfahrungen, die die Völker Europas mit dem NS-Terror gemacht haben, bestimmt nicht mehr „ein Staat zu machen“ ist.

Aber Roeder und Co sind in einem anderen Sinne eine Gefahr. Sie sind in der faschistischen Szene die ideologischen Provokateure, die — allen anderen voran — offen und unverhüllt die Beseitigung von Demokratie und die Errichtung einer faschistischen Diktatur propagieren.

Nun leugnen oder verharmlosen Faschisten verschiedener Couleur schon seit 1945 die NS-Verbrechen — nur eben nicht so frech und unverhüllt wie Roeder, Christophersen und Schönborn. So schreibt Christophersen in seinem „Erlebnisbericht“ („Die Auschwitz-Lüge“) mit nicht zu überbietendem Zynismus, was er als SS-Mann im KZ Auschwitz gesehen haben will, und schildert das Leben der Häftlinge als eine wahre „Idylle“.

„Mir fiel auf, wie elegant unsere Häftlinge gekleidet waren... Lippenstift, Puder und Schminken gehörten mit zu den Utensilien der weiblichen Häftlinge.“ „Ich habe während meiner Zeit in Auschwitz nicht die geringsten Anzeichen von Massenvergasungen bemerkt. Auch der Geruch von verbranntem Fleisch, der oft über dem Lager gelegen haben soll, ist eine glatte Lüge. In der Nähe des Hauptlagers war eine große Beschlagschmiede. Der Geruch von dem Einbrennen der Hufeisen war natürlich nicht angenehm...“ (S.27). Christophersen weiß natürlich sehr genau, daß er mit seinem „Erlebnisbericht“ in Faschistenkreisen nichts „Neues“ sagt — dafür gibt viel „wissenschaftlicher“ gehaltener Nachweise, die die Verbrechen des Hitlerfaschismus leugnen sollen. Christophersen will provozieren. Ein enger Freund von diesem Ahnazi, ein gewisser Dr. Wilhelm Stäglich, bringt es so auf den Punkt, daß Chr.'s „Erlebnisbericht“ eben „wegen seiner 'falschen' Inhalte bereits weltweites Aufsehen erreichte...“ („Das Institut für Zeitgeschichte — eine Schwindelfirma“, S.5).

Offen gegen Demokratie — für Faschismus!

Offen gegen Demokratie — für Faschismus!

Ebenso „kretzlerisch“ hetzen Roeder und Co gegen jede Form von Demokratie — wiederum offener und frecher als ihre Gesinnungsfreunde von der NPD, dem „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes“ (DKEG) usw. —

— „Die Demokraten müssen weg. Wenn sie nicht mit uns reden, werden sie eines Tages die Gewalt zu spüren bekommen. Wir werden dafür sorgen, daß sie verschwinden“ — so ROEDER („FR“, 29.8.75).

— CHRISTOPHERSEN „bekannt“: „Ich bin kein Demokrat — ich bin ein Faschist“ (Sonderdruck der „Bauernschaft“, Heft 3 von Chr.).

— ROEDER: „Ich bekenne mich stolz zum Dritten Reich“ („Neue Revue“, 28.7.75).

— „Wir sind Nationalsozialisten, und wir bleiben Nationalsozialisten“ bestätigt Erwin SCHÖNBORN („die taz“, 26.4.76).

— Und CHRISTOPHERSEN gibt das „Kampfbund“ bekannt: „Ob ich heute noch Nationalsozialist bin? Ja, Adolf Hitler ist gewesen — er kommt nicht wie-

der. Für uns gilt es, das Dritte Reich aufzubauen“ („Bauernschaft“, Nr.4/76).

Dieses Trio und ihr Anhang machen entsprechende Aktionen, fordern die Freilassung von Heß (Hitlers „Stellvertreter“) unter dem Motto „Ich bereue nichts!“, veranstalten NSDAP — Gründungsfeste und laden zu „Reichstagen“ usw.

„Gemäßigter“, also auf Tarnung bedacht (aus taktischen Gründen) Faschisten machen heute solche Sprüche nicht. Dadurch sind Roeder und Co in die Lage versetzt, sich bei alten und neuen Nazis, die die Politik z.B. der NPD als zu „schlapp“ empfinden, als aktionskräftige „Alternative“ zu präsentieren. Röder und Anhang propagieren heute „kretzlerisch“, was andere Faschisten zwar auch im Inneren ihres Herzens vertreten, aber nicht offen sagen, weil sie sich ein „demokratisches“ Mantelchen umlegen.

Dieses Trio ist der politisch führende „Kopf“ im der militanten Faschistenbewegung und setzt durch Aktionen einiges in Bewegung. Sie sind es, die durch ihr provokatorisches Auftreten anderen braunen Terrorgruppen den „Weg weisen“!

— Wenn Roeder sagt „Die Demokraten müssen weg“ („FR“, 28.7.75), dann sagt Hoffmann: „Dieser ganze untere Parteienstempel muß weg“ („die taz-Extrablatt“, Febr.77). Und die „Wehrsportgruppe“ des Hoffmann schreibt zur Tat: Am 4.11.76 droht sie auf Antifaschisten in Tübingen mit Knüppeln, Totschlägen und Tränengas ein („Arbeiterkampf“ 95).

— Eine Schülertheatergruppe aus Ulzen hatte ein Theaterstück eines NS-Literaten aus dem „Tausendjährigen Reich“ aufgegriffen und überarbeitet, um nachzuweisen, daß die Nazis Geschichtsklitterung betrieben. Roeder mit Anhang verurteilt unter Prügeleien die Aufführung und erzwingt eine „Diskussion“ mit ihm. Von solchen Aktionen ermutigt, treten in den folgenden Tagen mehrere örtliche Faschisten mit einer Lautsprecherkampagne auf und forderten ebenso einen Stop der Theateraufführung. Als demselben Stück in Hamburg aufgeführt werden sollte, wiederholten nähere oder entferntere Gesinnungsfreunde dieses Spektakel.

Roeder — ein „Einzelgänger“?

Roeder — ein „Einzelgänger“?

Die Anzahl der in der „Deutschen Bürgerinitiative“ (ROEDER), der „Bauern- und Bürgerinitiative“ (CHRISTOPHERSEN) und dem „Kampfbund Deutscher Soldaten“ (SCHÖNBORN) organisierten Faschisten ist nicht sonderlich. Aber darauf richtet das Trio auch nicht sein Hauptaugenmerk.

Wie sie zum einen die Rolle der „Katz“ (im Sinne einer politisch-ideologischen Ausrichtung) in der militanten faschistischen Bewegung spielen so sind sie zum anderen politische Reklamekader, die ihr offenes faschistisches Gedankengut in die braune Szene hineintragen. Die Veranstaltungen, auf denen sie „Schulung“ mit oben beschriebenen Inhalten betreiben, sind derartig zahlreich, daß es an dieser Stelle unmöglich ist, hier alle aufzuzählen. Exemplarischen Charakter trägt jedoch die von Christophersen einberufene „NSDAP — Gründungsfest“ im Hamburger „Haus des Sports“, auf der der Chef der US-amerikanischen NSDAP/Auslandsorganisation, die Rade „Warum der Amerikaner noch Adolf Hitler verehrt“ hielt.

Auf derartigen Hetzveranstaltungen knüpfen sie ihre Verbindungen zu anderen Faschisten. Ohne zu übertreiben, kann man sagen, daß die Drei zu allen wesentlichen militanten Terrorgruppen in der BRD enge Kontakte unterhalten: Hoffmanns „Wehrsportgruppe (WSG)“, „Bund Helmschützler Jugend“, „Wiking-Jugend“ (WJ), „Bund Volkstreuer Jugend“, „Arbeitskreis Volkstreuer Verbände“, „Deutsch-Völkische Gemeinschaft“, „Faschistische Front“, „Freundeskreis der NSDAP“, „Stahlhelm“, „NPD“, „DKEG“, „Gesellschaft für freie Publizistik“, diverse „NS-Kampfgruppen“ u.a. aus Mainz, Essen und Freiburg — und nicht zuletzt die NSDAP/AO (Aufbauorganisation und/oder Auslandsorganisation), die bundesweit durch Hakenkreuz-Plakate bekannt wurde.

Aber auch im Ausland sind sie aktiv. Insbesondere Christophersen und Roeder haben häufig „Schulungsreisen“ unternommen: Südafrika, die USA, Österreich, die Schweiz, Frankreich, Schweden und Dänemark sind nachweislich ihre Reiseziele gewesen — unter ihnen Gruppenführer, deren Bezeichnungen schon alles sagen: „Nordische Risikopartei“ (Nordische Reichspartei, Schweden) und „Danmarks Nationalsozialistische Ungdom“ (Nationalsozialistische Jugend Dänemarks — häufiger Vertriebenenstelle für den Fall, daß doch einmal irgendwelche Hetzschriften von Christophersen in der BRD verboten werden). Jedoch besonders steht Christophersen Mitgliedschaft in der „Technischen Kommission“ der „Europäischen Neuordnung“ (ENO) hervor. Mitglieder der ENO, einer faschistischen „Internationalen“, sind u.a. die Italienische „Ordine nero“ und die französische „Ordre nouveau“ (beide: „Neue Ordnung“), die durch grausame Bombenanschläge das Leben vieler Antifaschisten und Demokraten auf dem Gewissen haben.(...)

Wohin ist das Gabel?

Angesichts solcher Umtriebe der Bande um Roeder, Christophersen und Schönborn, die relativ ungehindert ihr Unwesen treiben können, ist es notwendig, daß sich Antifaschisten unabhängig von ihren politischen Ansichten zusammenschließen und zur Aktion gegen die neo-faschistischen Gruppen schreiten.

Wir müssen eine breite Öffentlichkeit über Roeder und Co schaffen und so Druck auf die Gerichte und den Staat ausüben. Dann ohne breiten Druck werden die Staatsbehörden gar nichts gegen die Faschisten unternehmen.

Wir müssen eine breite Öffentlichkeit über Roeder und Co schaffen und so Druck auf die Gerichte und den Staat ausüben. Dann ohne breiten Druck werden die Staatsbehörden gar nichts gegen die Faschisten unternehmen. „Nur wenn das 'demokratische Image' der BRD vor der Öffentlichkeit (vor allem vor der internationalen demokratischen Öffentlichkeit) total ungleitwürdig zu werden droht, ist ein gewisses Einschreiten von Staatseite zu erwarten. Im wesentlichen wird allerdings der Spielraum, den die Faschisten für ihre Aktivitäten haben, sowie die Möglichkeit ihrer Förderung durch Polizei und Gerichte nur durch Proteste der Bevölkerung eingeschränkt werden können“ (aus unserem Januar-Aufruf). Deswegen wird es notwendig sein, daß Antifaschisten selbst den Aktionsradius der Nazis einschränken bzw. wir ihnen gar nicht erst die Möglichkeit geben, ihren braunen Sud öffentlich auszuschütten und entsprechende Aktionen zu machen. Die Faschisten verstehen nur eine Sprache: den eingeschlossenen Kampf aller Antifaschisten (und das schließt militante Aktionen ein) gegen ihre Umtriebe und ihre Existenz überhaupt.(...)



Polizei schützt die Roeder — Truppe (vorn im Bild) vor antifaschistischen Demonstranten. Pfeil: Roeder.

Antifa-aktuell

Pfingst-Treffen der Revanchisten

Die Pfingsttreffen der schlesischen und sudeten-deutschen Landsmannschaften dieses Jahres in Essen und in Wien waren wieder ein Stell-dich-hin für alle Kräfte, die den Traum vom „Großdeutschen Reich“ noch nicht ausgeträumt haben. In Essen verkündete „Schlesien“-Chef Hupka (von der SPD zur CDU übergetreten): „Die deutsche Frage ist offen und muß offengehalten werden... Schlesien ist nicht Ausland... Das letzte Wort über Schlesien ist noch nicht gesprochen“ (nach „tat“, 3.6.77). Unbekümmert um die „Ostverträge“ teilte Strauß in einem Grußtelegramm seine Ansicht mit: „Schlesien gehört zu Deutschland“, Kohl hatte telegraphiert, die

CDU/CSU wolle auch für die Deutschen außerhalb der Bundesrepublik eintreten, „bei es in Ostpreußen oder Schlesien, sei es in Brandenburg oder Thüringen“.

Das Treffen wurde von der Stadt Essen mit 10.000 Mark und vom Land Niedersachsen mit 20.000 Mark bezuschußt. Dazu durfte Ministerpräsident Albrecht (genannt „Der Grinser von Grohnde“) als Redner auf der Eröffnungsveranstaltung auftreten.

Die Sudeten-deutschen konnten erstmals seit 1959 wieder in Wien zusammenkommen. Bundeskanzler Kreisky (SPÖ) hatte alle Proteste der CSSR gegen dies Revanchisten-Treffen eiskalt abgewiesen: „Überflüssiges kommunistisches Geschrei“ (lt. „Welt“, 23.5.).

Die Sudeten (das ist ein Gebiet im Westen der heutigen CSSR) gehörten übrigens niemals zu Deutschland – außer in Hitlers „Großdeutschem Reich“ nach der gewaltsamen Annexion! Dies hinderte Sudeten-Chef Becher (CSU, vorher NSDAP) nicht, zu verkünden, für ihn seien „Prag und Karlovy Vary immer noch deutsche Städte“, und das „Münchner Abkommen“ über die Annexion der westlichen Tschechoslowakei sei „die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts“ (nach „tat“, 3.6.).

Illustrierte „Ehrentage“ ließen sich auch in Wien sehen: Minister Ertl, Bayerns Ministerpräsident Goppel, ein österreichischer Minister (der die Größe seiner Regierung überbrachte). Für das geistliche Wohl sorgte Wiens Erzbischof Kardinal König, der reichlich Segen spendete.

SPD-Rechte wollen Partei gründen

Propagiert vom rechtsextremen „Deutschland-Magazin“ will die „Sozialdemokratische Union“ (SDU) des Braunschweiger Oberstadtdirektors Weber, eine rechte Abspaltung der SPD, am 17./18. 6.77. ihren Gründungsparteitag abhalten.

Angeblieh sollen schon ca. 150 Ortsverbände dieses Vereins existieren. Ganz offensichtlich klappt es mit den Überritten aus der SPD aber nicht ganz so, wie es sich diese Vögel erhofft hatten. Zugunsten ihrer Freund Weber zur Hilfe gerufen, um der neuen Strauß-Zutreiber-Partei den Anschein von Gewicht zu verleihen.

„Deutschland-Stiftung“ verteilt „Adenauer-Preise“

Während in den vergangenen Jahren die Verleihung der „Konrad-Adenauer-Preise“ immer in Verbindung stand mit einer reaktionären Kampagne (so z.B. 1974, als die führenden Propagandisten der „4. Partei“ „ausgezeichnet“ wurden), traf sich diesmal die reaktionäre Korona um Strauß und „seiner“ Deutschlandstiftung im kleinen Familienkreis: Hans Habe, Hel-

mut Schelsky und Otto von Habsburg erhielten diesmal den mit 10.000 DM dotierten Preis. Die Preisreden hielten Strauß, Matthias Walden und Maier (CSU-Kultusminister), die Preisverleihung übernahm Alt-Nazi Heilmut Lemke; das Schlusswort hatte Gerhard Löwenthal – wie gesagt, man war un-ter sich.

Strauß ist ein Rüpel

Laut Gericht darf man jetzt in aller Öffentlichkeit den CSU-Vorsitzenden Strauß als „CSU-Rüpel“ bezeichnen.

Der DKP-Sekretär für Öffentlichkeitsarbeit in Bayern, Schuler, hatte im Zusammenhang mit einer Passauer Strauß-Rede den sicherlich etwas zu müden Ausdruck „Rüpel“ in einem Flugblatt gewählt.

Er und ein Flugblattverteiler waren daraufhin angezeigt worden. Der Staatsanwalt forderte für beide Geldstrafen. Der Richter sprach beide frei, da sie im berechtigten Interesse gehandelt hätten, denn, wer wie Strauß in der Politik mit harten Bandagen kämpfe, müsse sich gefallen lassen, das die Gegenseite das gleiche tue. Der Staatsanwalt legte Berufung ein.

Frey vor Gericht: Wieder mal davongekommen?

In einem Revisionsverfahren vor dem Landgericht München I wurde am 2. Juni Nazi-Frey, Chef der „National-Zeitung“ (NZ) und der „Deutschen Volksunion“, wieder einmal freigesprochen. In erster Instanz war er letztes Jahr – zusammen mit dem verantwortlichen Redakteur des Frey-Blattes, Wetzel – verurteilt worden. Die „NZ“ hatte ein Buch des SS-Obersten Skorzeny angesprochen, für das als „jugendgefährdende Schrift“ nicht erworben werden darf. Die Indizierung dieses eines Buches ist natürlich ein Witz, angesichts der Unzahl von SS- und sonstiger Nazi-Schriften, für welche die gesamte Faschistenpresse Woche für Woche wirbt (s. z.B. die „NZ“ vom 3.6. für Skorzenys Buch „Meine Kommando-unternehmen“). Auch die „Strafe“ in Höhe von 1.500 Mark für Frey und 840 Mark für Wetzel spricht für

sich. Das Gericht hatte Frey/Wetzel auch nicht als „vorsätzliche“ Täter erkennen wollen, sondern hatte sich entschlossen, sie lediglich wegen „fahrlässigen“ Werbens für die SS-Schrift zu belangen.

Vom Landgericht wurde nun jedoch herausgefunden, Frey und Wetzel hätten weder „vorsätzlich“ noch „fahrlässig“ gehandelt. – Die Oberstaatsanwaltschaft in München hat Revision angekündigt.

„Politischer Gefangener“ aus der DDR als Nazi-Schmierer

Zu drei Wochen Arrest in einem Fall sowie Geldbußen von 300 und 2.500 DM verurteilte das Landgericht Karlsruhe zwei Angehörige der neofaschistischen „Kampfgruppe Priem“ („die tat“, 10.6.77), die durch Schändung eines antifaschistischen Mahnmals aufgeflogen waren und beim Parolen-Schmierern („Heil Hitler“, „Juda verreckt“, NSDAP jetzt“) erwischt worden waren.

Ihr Anführer, Arnulf Priem, ehemaliger NPD-Landtagskandidat, ist noch nicht verurteilt, weil er ein anderer Kumpel leugnet, an den Schmier-Aktionen beteiligt gewesen zu sein.

Übrigens: Priem hat in der DDR wegen ähnlicher Aktionen im Gefängnis gesessen.

„Die Bundesregierung hatte sich für seine Freilassung als politischer Häftling eingesetzt“ („die tat“, 10.6.77).

Eine gute Frage...

Der bayrische Landtagsabgeordnete Gays (SPD) hat an die CSU-Regierung eine schriftliche Anfrage zu den Umtrieben der faschistischen paramilitärischen Hoffmann-Wehrsportgruppe aus der Gegend von Nürnberg gerichtet. Die CSU-Regierung soll sagen:

- Wieviele Personen hat die Hoffmann-Bande bisher ausgebildet?
 - Wieviele und welche Waffen besitzt sie?
 - Woher stammt das Geld der FAS?
 - Was gedenkt die Regierung dagegen zu tun?
- Gute Fragen; an die richtige Adresse? Auf die Antwort darf man gespannt sein!

VERLAG ARBEITERKAMPF

Diese Broschüre ist zu bestellen beim Verlag Arbeiterkampf (Bestell- und Lieferbedingungen siehe Großanzeige Rückseite)



DM 3,-

Die CDU war immer schon die Hauptpartei der Reaktion

Nazi-Schmierereien und Provokationen

Ende Mai wurde der jüdische Friedhof in Cham (Oberpfalz) zerstört. Eine Woche später wurde die zehn Kilometer entfernte KZ-Gedenkstätte im Wetterfeld bei Roding ebenfalls verwüstet, hölzerne Gedenktafeln für die Opfer der Nazi-Herrschaft wurden aus der Verankerung gerissen und verbrannt („UZ“, 7.6.77).

Am 6.6. wurde in Hamburg die Synagoge in Hamburg-Elmsbüttel mit mehrfachen Nazi-Parolen beschmiert. Am gleichen Tag wurden in Hamburg Tonndorf zwei 20-jährige Faschisten festgenommen, die gerade Nazi-Aufkleber anzubringen versuchten („Hamburger Morgenpost“, 7.6.77).

Ein Schaukasten, in dem auf den zur Zeit in Köln laufenden Film „Widerstand in Köln“ hingewiesen wird, wurde aus der Verankerung gerissen, in das Hinweisschild auf das Kölner Büro der VVN wurden Hakenkreuze eingeritzt („tat“, 3.6.77).

Zum 17. Juni, dem von allen Rechten gepriesenen „Tag der Deutschen Einheit“, plant die NPD eine Provokation in Frankfurt.

Unter dem Motto „Das Deutschlandtreffen der NPD ist der Kampf für Deutschland“ wird u.a. NPD-Vorsitzender Mußnag sprechen, außerdem der Vorsitzende der Jungen Nationaldemokraten. Aus allen Teilen des Landes werden die Faschisten mit Bussen nach Frankfurt gekarrt. Besonders unverschämte ist, daß die Faschisten planen, eine Demonstration durch Arbeitsviertel zu machen.

Zum Thema „Kampf dem Sowjet-

imperialismus“ will ein Wilfried von Oven in einigen westdeutschen Großstädten sprechen. Er ist nicht etwa, wie einige AK-Leser meinen könnten, Mitglied der „KPD“, sondern war ein enger Mitarbeiter Goebbels. Nach 1945 setzte er sich nach Südamerika ab. Über Goebbels hat er ein Buch geschrieben, voll des Lobes für diese „übertragene Persönlichkeit“. Dieser Faschist, der im Juni eine Rundreise durch die BRD plant, wird von der „National-Zeitung“ als „Vorkämpfer der Auslandsdeutschen in Südamerika“ angekündigt. Seine Vorkämpferrolle besteht darin, daß er regelmäßiger „National-Zeitung-Berichterstatte“ aus Argentinien war und ist. Nachdem seine eigene Zeitung in Argentinien ihr Erscheinen einstellen mußte, hat er seine Leser aufgefordert, in Zukunft die „National-Zeitung“ zu abonnieren.

Termine für Antifaschisten: München: 13.6., Bürgerbräukeller Stuttgart: 14.6., Eduard-Pfeiffer-Haus Frankfurt: 15.6., Gaststätte Frank Köln: 16.6., „Im Kölsche Boot“ Hannover: 17.6., Herrenhäuser Brauereigaststätte.

Am 18.6. tritt er mit dem BfJ, dem DKEG und Arbeitskreis Volkstreuer Verbände in Detmold-Klüt zu einer Sonnwendfeier und Heimatabend auf.

Am 18. Juni trifft sich in Rottenbach b. Coburg der faschistische „Nation Europa-Freunde e.V.“ zu einer „Sonnwendfeier“.

Ebenfalls diesem „alten deutschen Brauchtum“ frönen will am 19./20. Juni der Nazi Manfred Roeder. Seine „Deutsche Bürgerinitiative e.V.“ hat hierzu eingeladen im Haus auf dem Knüll in Schwarzenborn/Hessen, das sich Roeder vom Geld seiner Anhänger erbaut hat.

Neues von Roeder & Co.

Nach dem (mißglückten) „Reichstag zu Flensburg“ am 23.5.75 (siehe Ak 62) veranstalteten die Nazis um Roeder ihren „Reichstag“ 1976 in Fritzlar. Dieses Jahr war Regensburg der auserwählte Ort dieses Spektakels. Die „Stadtvieler“ dankten diese zweifelhafte Ehre und erlaubten die Durchführung des „Reichstages“ für den 23./24. Mai.

Am Abend des 23. Mai hielten Roeder und 60 Getreue einen „Apell für die Toten des Zweiten Weltkrieges“ ab: „Zum Singen lagen Texte alter Nazislieder aus, in denen Hitler als Führer triumphiert und Schmähungen von Juden vorkommen“. Seltene bekannte Sprüche wie „Verbrecher regieren uns“, die Demokratie sei eine „perverse Staatsform“ und „Ohne Deutsches Reich keine Zukunft der Völker“ waren zu hören (Alle Zitate aus „die tat“, 10.6.77). Am Samstag wurde von den Nazis eine „Freiheitskundgebung“ in Kehlheim an der Donau unter dem Motto: „Ich

bereue nichts!“ des noch einsitzenden Kriegsverbrechers Heß durchgeführt. Die Polizei sah stattdessen zu!

„Erst als eine Gegendemonstration, ebenfalls aus Regensburg angefahren, aufzog, das KZ-Lied „Wir sind die Moorsoldaten...“ erklang und im Sprechchor zu hören war „Nazis raus aus dieser Stadt“, löste die Polizei die unangemeldete, also illegale Kundgebung auf.“

Angesichts dieser insgesamt recht wohlwollenden Behandlung lobte Roeder die Stadtherren und die Polizei: „So gut wie in Regensburg ging es noch nirgends“.

Mit einem Freispruch auf Kosten der Staatskasse endete am 18.5.77 vor dem Amtsgericht in Nürnberg ein Prozeß gegen Roeder. Angeklagt war er wegen Verwendung und Verbreitung nationalsozialistischer Kennzel-

chen sowie wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz.

Zusammen mit Angehörigen eines „Freundeskreis Freien Europa“ hatte er am 16. Oktober '76 in Nürnberg auf offener Straße eine „Ehrung“ der 1946 hingerichteten faschistischen Hauptkriegsverbrecher durch eine Kranzniederlegung durchführen wollen. Die Kranzschleifen waren mit Sprüchen wie „Euer Tod für Deutschland“ und „Es lebe Deutschland“ garniert und wurden nach einer Rangelei von der Polizei beschlagnahmt. Das Urteil: Freispruch auf Kosten der Staatskasse!

Dafür wurde aber einem völlig unbeteiligten Passanten, der zufällig in das Gerangel um die Kränze hineingeriet und sich gegen die ungerechtfertigte Festnahme zur Wehr setzte, wegen „Widerstandes gegen die Staatsgewalt“ und „Körperverletzung“ der Prozeß gemacht: 300 DM Geldstrafe! Der „Rechtstaat“ wie er lebt und lebt!

Nazi-Verbrecher vor'm irdischen und „himmlischen“ Richter

Am 153. Verhandlungstag im sogenannten „Majdanek-Prozeß“ hat sich der Verteidiger, Rechtsanwalt Ludwig Bock, eine unverschämte Provokation geleistet: Er stellte den Antrag, die polnische Zeugin Henrica Ostrowska wegen „Verdachts der Beihilfe zum Mord“ festzunehmen. Frau Ostrowska mußte in dem KZ wegen ihrer Deutschkenntnis Magazin-Dienste leisten und wurde u.a. gezwungen, Giftbüchsen mit dem Gas Zyklon B auszuliefern oder gar selbst zur Gaskammer zu bringen. Hieraus leitet der saubere Herr „Rechts“-Anwalt Bock seinen zynischen Antrag ab. Landgerichtsdirektor Bogen wies den Antrag ab „offensichtlich rechtsmißbräuchlich“ ab; selbst einige Verteidiger distanzieren sich von Bocks Auftritt. Die zuständige Rechtsanwaltschaft hat sich, wie bereits bei früheren rassistischen und faschistischen Äußerungen Bocks, bisher nicht geäußert.

Zu dreimal lebenslänglicher Freiheitsstrafe wegen Mordes wurde der ehemalige KZ-Lagerführer und SS-

Oberscharführer Helmut Schnabel in Hannover verurteilt. Der mitangeklagte Rudolf Klinker, ehemaliger SS-Mann, erhielt eine Jugendstrafe von sechs Jahren Freiheitsentzug wegen Mordes in einem Fall. (Er war zur Tatzeit Heranwachsender).

Beide Angeklagten waren in den Jahren 1943/44 an der Ermordung jüdischer Menschen in den estnischen KZ's Viivikoni II, Valvra und Erda beteiligt. Trotz der Schwere der Anklage, trotz der eindeutigen Aussagen zahlreicher Zeugen wurden die Angeklagten in der Zeit der Verhandlung nicht einmal in Untersuchungshaft gehalten. Erst am Tage der Urteilsverkündung wurden beide wegen Fluchtgefahr im Gerichtsmal verhaftet.

Man wird abwarten, ob sie nun wieder wegen „schlechter Gesundheit“, „hohen Alters“ o.ä. freigelassen werden sollen, was bei Leuten diesen Schlages die Regel ist.

Der 1946 wegen Erschießung von 71 amerikanischen Kriegsgefangenen zum Tode verurteilte, 1956 aber –

das Urteil war in eine lebenslängliche Haft umgewandelt worden – freigelassene Joachim Peiper ist für tot erklärt worden.

Die Leiche, die am 14.7. letzten Jahres in Peipers abgebranntem Haus gefunden wurde, ist allerdings bis heute nicht eindeutig identifiziert worden. Angeblich wollte Peiper sich in Través „zur Ruhe setzen“. Bis zuletzt war er allerdings Lektor für den „Motorbuch-Verlag“, dessen Programm aus Nazi-Traditionsbüchern besteht. Sein Haus soll nach Angaben der französischen „KP“ Zentrum einer geheimen SS-Organisation gewesen sein.

Nach Erklärung des Gerichtes, „es gebe zwar keinen absoluten Beweis für den Tod Peipers, doch seien die Anhaltspunkte für sein Ableben stark genug, um die Sterbeurkunde auszustellen“ („FAZ“, 1.6.77), bleibt weiterhin die Frage, ob Peiper den Brand und einen Mord insofern hat, um seine Machenschaften unkenntlich zu machen. Freuen wir sich jedenfalls Peipers Frau: kommt sie doch in den Besitz einer ansehnlichen Witwenrente.



Hausdurchsuchungen gegen Linke und AKW-Gegner

Am Freitag, dem 20.6., fanden bei zwei Wohngemeinschaften in Bremen und Midlum (nahe Bremerhaven) zum Teil überfallartige Hausdurchsuchungen der Polizei statt, die mit Verdacht auf einen „Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz“ begründet wurden. Nachdem sie eine von innen verriegelte Tür geöffnet hatten, drangen sieben bis acht Bullen in die Bremer Wohngemeinschaft ein und holten die Bewohner aus den Betten, während mit MP's bewaffnete Polizisten das Haus von außen „sicherten“. Alle Anwesenden wurden einer totalen Leibrevision unterzogen.

Die Bullen beschlagnahmten einige Cannabispflanzen und – „zu Untersuchungszwecken“ – Pfeifen, eine Glaspitze und einige noch verpackte Kanülen.

Intensives Interesse zeigten sie an politischem Info-Material, u.a. den Anti-AKW-Flugblättern einer Bewohnerin. Eine Schreibmaschine erweckte das zusätzliche Interesse der Bullen – sie nahmen Schriftproben mit.

Von den Räumlichkeiten der Wohngemeinschaft fertigten sie zahlreiche Fotos an.

Offensichtlich diente der Verdacht auf ein Rauschmitteldelikt in erster Linie als Vorwand, um Jungbullen der Landkreispolizei die Möglichkeit zu einer Übungsaktion zu verschaffen. Daneben hatte die Aktion auch die Kriminalisierung und Einschüchterung der WG-Bewohner zum Ziel. Drohungen wie „im Herbst kommen wir wieder“ oder „Wir sehen uns noch wieder“ fielen.

In Midlum war von dem Polizeibericht zugleich ein aktiver AKW-Gegner betroffen, gegen den die Polizei mit einer BI-Aktion in der Bremerhavener Innenstadt ermittelt.

Polizisterror in Bayern

Vorwand für einen Großeinsatz der Münchner Polizei war kürzlich eine Gruppe von 30 Personen in der Nähe des Amtsgerichts (R. Polizeibericht eine sog. „Menschenansammlung“). Etwa 100 Bullen rück-

ten aus, und da man angeblich einen Bombenanschlag vermutete, wurde ein in der Nähe befindliches Café total geräumt und der Straßenbahnverkehr auf diesem Platz total gestoppt. Die Bullen fanden auch einen „verdächtigen“ Karton, in dem allerdings nur altes Papier war. Alle Personen wurden überprüft, außerdem wurden fünf festgenommen, weil sie angeblich Widerstand geleistet hätten. Daß die Festgenommenen nun eine Anzeige wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt bekommen, und daß eine Frau von einem Polizeihund gebissen wurde (sechs mal), gehört zu den „normalen“ Begleiterscheinungen des Polizisterrors.

Brutale Polizeiwaffen ...

wurden gegenwärtig in der Polizeiführungsakademie in Hiltrup erforscht. Und zwar ausdrücklich zum Kampf gegen Demonstranten!

So testet die Polizei die „Wirkung von Infraschall“ auf den Menschen. Bei Infraschall handelt es sich um Schwingungen, deren Schwingungszahl unterhalb der Hörschwelle liegt. Dieser unhörbare Infraschall kann „einen Mann auch über größere Entfernungen in eine Art Schüttelfrost versetzen und völlig kampfunfähig machen“.

Weiter wird die „Wirkung von elektrischen Impulsen auf den Menschen“ getestet. Offenbar soll dies wohl für den Einsatz von elektrischen Schlagstöcken gedacht sein (nach „Spiegel“, Nr. 23/1977).

Polizisterror in Braunschweig

Am 26. Mai 1977 herrschten in der Nähe der „Ase“, der größten Atommülldeponie Westeuropas, Brokdorfer Zustände: Über 1.200 Polizisten aus ganz Niedersachsen führten eine der größten Polizeieinheiten in der Geschichte des Landes Niedersachsen durch. In der Nähe eines Schloßes mit der Aufschrift „Atomlagerstätte Herzogberg“ kreisten den ganzen Tag über Hubschrauber in der Luft und positionierten sich die 1.200 Bullen in Reih und Glied. Dann tauchten plötzlich etwa 300 „Stör“ auf – als Demonstranten verkleidete Bullen, die sich mit allerlei Wurfgeschossen versorgten hatten.

Diese „Demonstranten“ hielten zunächst eine „friedliche Kundgebung“ ab. Währenddessen marschier-



ten die Bullen auf die Demonstranten zu und „schnappten sich nach dreimaliger Aufforderung, das Feld zu räumen, die „Rädelsführer“ („Braunschweiger Zeitung“, 27.5.77).

Das ganze soll angeblich dazu dienen haben, „in einer Übung zu erproben, wie größere Einheiten am besten dirigiert werden können“ („Braunschweiger Zeitung“, s.o.). Ob das tatsächlich das Ziel war, oder ob es mehr darum ging, die Polizisten, die zum Großteil am nächsten Tag nach Göttingen transportiert wurden, um dort den AStA zu überfallen, in richtige „Kampfstimmung“ zu bringen, sei dahingestellt.

Nur wenige Tage später, am Sonntag, den 5.6., kam es noch schlimmer. In der „Husarenkaserne“ in Braunschweig fand ein „Tag der offenen Tür“ statt. Vor der Kaserne hatten die „Soldaten- und Reservistenkomitee“ (SRK) und der KBW einen angemeldeten Informationsstand aufgebaut. Gegen 11 Uhr wurden auf dem Gelände der Kaserne einige Rekruten verurteilt. Als während dieser Verurteilung einige Zwischenrufe aus den Zuschauerreihen laut wurden, stürmten sofort Bullen in die Menge, nahmen willkürlich sieben Leute fest und schleppten sie zur Wache. Sofort danach wurde der Informationsstand des SRK vor der Kaserne abgeräumt. Anführer der Polizeieinheit war ein Bulle namens Bieger, der erst vor kurzer Zeit eine Anzeige erhalten hatte, weil er nachts in der Innenstadt einen Jugendlichen zusammengeschlagen hat (die Anzeige wurde natürlich niedergeschlagen und dafür Anzeige gegen die Zeugen der nächtlichen Prügelei erstattet).

Während der Aktion ging ein Polizist von hinten gegen einen Flugblattverleiher vor, nahm einen Schlüssel zwischen die Finger und schlug ihm damit voll ins Gesicht. Dabei schlug er dem Flugblattverleiher ein Auge aus!

Daß dieser Polizeieinsatz keine Ausnahme war, zeigt ein Vorfall, der sich wenige Tage später in Braunschweig ereignete:

Am 2.6.77 demonstrierten 120 Studenten der FHS/Braunschweig und einige Dozenten zur Staatsanwaltschaft, da dort ein Dozent der FHS verhaftet werden sollte, gegen den in Zusammenhang mit dem Mord an der Ullrich-Artikel aus der Braunschweiger Fachschaftszeitung „Fettpresse“ in der Fachhochschulzeitung eine Ermittlungsverfahren läuft.

Kaum im Gebäude angekommen, wurden die Studenten von mehreren Polizeibeamten und Beamten der Staatsanwaltschaft aufgefordert, das Gebäude sofort wieder zu verlassen. Noch während die Studenten diskutierten, was nun zu tun sei, rumpelte ein Bulle einen Kommilitonen absichtlich an und spritzte daraufhin acht Studenten aus z.T. nur 50 cm Entfernung „chemical mace“ ins Gesicht.

Das gibt's auch noch!

Vier Frankfurter Polizisten wurden zu neun Monaten Haft (mit Bewährung natürlich) verurteilt. Grund: Sie hatten nach der Demonstrationen anlässlich des Todes von Ulrike Meinhof zwei Demonstranten, die sich auf dem Nachbauseweg befanden, verfolgt und brutal niederknüttelt. Nach dem üblichen Strickmuster wurde den Demonstranten eine Anzeige wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt“ und wegen „Landfriedensbruch“ verpackt.

Für die Polizisten, daß sich der Vorfall direkt vor einem Gerichtsgebäude abspielte und ein Staatsanwalt zufällig die ganze Szene mitverfolgte. Der Staatsanwalt trat als Hauptbelastungszeuge in dem Prozeß gegen die vier Polizisten auf, wobei er die folgende Aussage machte: „Ich habe gesehen, daß die Demonstranten nur durch seine Aussage war es möglich, daß den Polizisten der Frazz gemacht werden konnte. Zweifelloser ein Ausnahmefall! ...“

Für Selbsterfahrung bei der Polizei

Im Herbst 1976 stellte sich in West-Berlin ein Polizist als Demonstrationsobjekt zur Verfügung. Bewiesen werden sollte, daß chemical mace („chemische Keule“) eine vollkommen harmlose Waffe sei. Zum Beweis wurde vor Presse und Fernsehen einem Polizisten chemical mace ins Gesicht gesprüht. Der Polizist taumelte, schrie und hatte, wie er später sagte, ein Gefühl, als seien ihm die Augen aus dem Kopf gefahren. Nach dieser wahrhaft nicht sehr überzeugenden Demonstration wurde in West-Berlin die offizielle Benutzung der chemical mace vorerst gestoppt. Jetzt ist zu erfahren, daß eben dieser Polizist sich wegen einer starken Hautentzündung behandeln lassen muß. Ob das wohl irgendeinem Polizisten zu danken gibt?

Kampf dem Faschismus!

Hamburg: Abfuhr für die Faschisten

„Deutsche Arbeitsplätze für Deutsche Arbeitnehmer“ – unter dieser Parole wollte die NPD am 6. Juni in Hamburg-Langenhorn eine Veranstaltung durchführen. Doch die Neo-Nazi hatten die Rechnung (mal wieder) ohne die Antifaschisten gemacht, die vor dem Veranstaltungsort (einer Kneipe) Sprechchöre riefen – „Nazis raus“ – und den Wirt aufforderten, der NPD den Raum zu kündigen. In und um die Kneipe hatten sich etwa 12 Faschisten zusammengetrotelt, als der Wirt seinen Laden dichtmachte und die NPD vor die Tür setzte. 35 Antifaschisten waren hocherfreut. Pech dagegen für die NPD:

Schon am 23.4. waren sie auf dem Langenhorn Markt beim Verteilen provokatorischer 1.Mai-Flugblätter (die übliche Stimmungsmache gegen ausländische Kollegen enthalten) von Antifaschisten behindert worden.

Nun ist der erste, uns bekannte Versuch der NPD, in Langenhorn eine öffentliche Veranstaltung zu machen, gescheitert. Doch antifaschistische Wachsamkeit ist auch hier weiterhin geboten.

Bezirksgruppe Langenhorn
KB/Gruppe Hamburg

Antifaschistischer Arbeitskreis gegen Freilassung von SS-Kriegsverbrechern

Nach einer von Alt- und Neonazi-Sympathisanten angeheizten Kampagne für die Freilassung des SS-Kriegsverbrechers Roder, der in Italien einsitzt, hat sich in Sindelfingen ein „Arbeitskreis gegen faschistische Bestrebungen“ gebildet.

In der Lokalpresse waren zuvor zwei Lehrer aus Weil im Schönbuch als „Bolschewisten“ und „Kommunisten“ angegriffen worden, weil sie gegen die Roder-Kampagne und gegen das Treiben einer ortsbekannten Neonazistin protestiert hatten. Diese Melitta Erdmann, Vertreterin

eines Zirkels „Kultur und Wissen“, schickt u.a. Broschüren an Geschichtslehrer, in denen die Ermordung von Millionen Juden durch die Nazis gelobt wird. Die lokale Presse veröffentlicht dazu hauptsächlich profaschistische Stellungnahmen, darunter auch eine Danksagung Reders! Die erste öffentliche Veranstaltung des antifaschistischen Arbeitskreises war mit 200 Besuchern ein guter Start; für die weitere Arbeit haben ehemalige KZ-Häftlinge ihre Unterstützung zugesagt. (Nach „tat“, 3.6.77).

Antifaschistische Ausstellung in Hamburg

Bis zum 30.6.77 findet in den Ausstellungsräumen der Universität Hamburg, von Melle-Park (im neuen wirtschaftswissenschaftlichen Institut), die Ausstellung „Zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandes und der Arbeiterbewegung in Hamburg 1932 - 1948“ statt. Für die Ausstellung zeichnen verantwortlich Wolfgang A. Schneider-Bernens und Marianne Hausteil unter Mitarbeit von Ulrike Knolle. Die VAN (Hamburger Organisation der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“) unterstützt diese Initiative mit einem eigenen BÜCHERTISCH.

In dieser Ausstellung wird auf 23 Schautafeln an Hand von Bildmaterial auf wesentliche Ereignisse und Aktionen der Arbeiterklasse, aber auch auf den Terror der Nazis in Hamburg 1932 - 1948 aufmerksam gemacht.

Inbesondere ist eine Bildtafel der „Abhagen-Bästlein-Jacob-Gruppe“ gewidmet, die während der Nazi-Diktatur in Hamburg aktiven Widerstand geleistet hat.

Besondere Beachtung verdient außerdem der Dokumenten- und Bildteil zum KZ Neuengamme, auf dessen Gelände heute die Jugendstrafanstalt Vierlande/Bergeedorf bei Hamburg steht. Wahrscheinlich ist sich heute kaum ein Hamburger Schulkind bewußt, daß in unmittelbarer Nähe Hamburgs sich ein Vernichtungslager der Nazis bestanden hat. Um so wertvoller ist diese Aus-

stellung, da sie eine Gegeninformation bringt zum aktiven Totschweigen der Nazi-Vergangenheit und des aktiven Widerstands der Hamburger Arbeiterklasse.

Eine Dokumentation der Ausstellung in Buchformat (DM 9,80) ist erhältlich bei:

Wolfgang A. Schneider-Bernens
Dulsberg-Nord 27
2 Hamburg 70

Die Ausstellung ist auch zu verleihen. Anfragen an die oben genannte Adresse.

Antifa-LeserInnen
KB/Gruppe Hamburg

Aktion gegen Nazi-Treffen

In Nassau/Lahn fand, wie seit Jahren, zu Pfingsten ein Treffen von über 2.000 SS-Leuten der „Leibstandarte Adolf Hitler“ und „Hitlerjugend“ statt. Erstmalig allerdings wurden sie dabei gestört: Mit Flugblättern war eine Demonstration gegen das Treffen angekündigt worden (unter Beteiligung von Sozialdemokraten), zu der etwa 70 Menschen erschienen. Vor dem polizeigeschützten Versammlungsort – der Stadthalle – stellten sich Demonstranten mit Transparenten auf (u.a. „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem die SS kroch“). Die Kolping-Blaskapelle sagte ihr Auftreten vor den SS-Faschisten ab, als sie erfuhren, wenn sie da aufspielen sollte. Als Hauptredner trat der ehemalige SS-Ver der „Leibstandarte“, der CDU-Bundestagabgeordnete Hans Wimbach, auf. Als Reaktion darauf, daß das Treffen trotz aller Proteste nicht verboten worden war (stattdessen aber z.B. Presse- und Fernsehjournalisten von SS-Leuten belästigt und behindert und von der Versammlung ausgeschlossen wurden), kündigte der niederländische Widerstandskämpferverband an, er werde zum Boykott des in Holland belagerten Ausfuhrortes Nassau aufrufen, „da dort keine SS-Treffen mehr stattfinden“ („tat“, 3.6.77). Inzwischen ist von Sozialdemokraten das Verbot künftiger SS-Versammlungen in Nassau gefordert worden („tat“, 10.6.77).



Selbsterfahrung mit chemical mace bei der West-Berliner Polizei



Erneuter Gesinnungsprozeß gegen KB-Presseverantwortlichen

Flensburg. Am 21. Juni findet vor dem Flensburger Landgericht der zweite Prozeß gegen den Presseverantwortlichen des KB in Flensburg, P. Petersen statt. Die Anklage lautet auf „Verfassungsfeindliche Einwirkung auf Bundeswehr und öffentliche Sicherheitsorgane“ (§ 89 StGB).

Dem Genossen wird die Herausgabe der anti-militarischen Soldatenzeitung „Arbeiter und Soldat“ vorge-
worfen. In dieser Zeitung war u.a. die Rolle der Bundeswehr als Bürgerkriegsarmee enthüllt und die tägliche Menschenschinderei beim Bund angeprangert worden. Darüber hinaus rief die Zeitung dazu auf, innerhalb der Bundeswehr Widerstand zu entwickeln. Im Juni letzten Jahres fand der erste Prozeß gegen P. vor dem Flensburger Landgericht statt. In diesem Prozeß konnte der Genosse an einer Unzahl von Artikeln aus bürgerlichen Zeitungen (1) eindeutig nachweisen, daß alle in „Arbeiter und Soldat“ aufgestellten Behauptungen den Tatsachen entsprechen und nicht einmal von der bürgerlichen Presse bestritten werden (auch wenn sie dort anders interpretiert werden). Das Gericht sprach daraufhin den Genossen mit der Begründung frei, eine verfassungsfeindliche Absicht sei ihm nicht nachzuweisen. Allerdings bewege sich die Propaganda in der Soldatenzeitung auf dem „schmalen Grat zwischen Legalität und Illegalität“. Die Staatsanwaltschaft legte gegen dieses Urteil Revision ein, die im Dezember 76 vor dem berichtigten 3. Senat des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe (auch als Baader-Meinhof-Senat bekannt geworden; u.a. saß darin auch der Aktenschieber und Kump-Freund Albrecht Mayer) verhandelt wurde. Bundesanwalt Bruns, seines Zeichens auch Ankläger in Stammheim, begründete die Revision mit nichts anderem, als daß P. nicht auf dem Boden der „freiheitlich-

demokratischen Grundordnung“ stünde, Mitglied des KB sei, und man von daher den politischen Hintergrund der Sache sehen und verurteilen müsse. Der BGH folgte dieser Argumentation voll und ganz. In seiner Urteilsbegründung schrieb er u.a.:

„Das Urteil (des Landgerichts, AK) läßt darüberhinaus jegliches Eingehen auf etwaige Erkenntnismittel außer acht. Das Urteil (des Landgerichts, AK) läßt darüberhinaus jegliches Eingehen auf etwaige Erkenntnismittel außer acht. Das Urteil (des Landgerichts, AK) läßt darüberhinaus jegliches Eingehen auf etwaige Erkenntnismittel außer acht.“

Nach dieser Argumentation ist es klar, daß nach dem Willen des BGH vor allem die KB-Mitgliedschaft des Genossen und die daraus vom Gericht abzuleitende „verfassungsfeindliche Absicht“ der Zeitung im Mittelpunkt des Prozesses stehen. Der BGH fordert ein Gesinnungsurteil unabhängig von der Richtigkeit der in der Soldatenzeitung behaupteten Tatsachen.

Es steht zu befürchten, daß das Flensburger Landgericht dieser Verurteilung von höherer Stelle folgen wird.

Der Prozeß selbst beginnt am 21. Juni um 9.00 Uhr in Zimmer 38 des Flensburger Landgerichts.

Ein Flensburger Genosse

Die Politischen Gefangenen des „Modell Deutschland“ 6. Teil

Im Februar/März hatten wir diese Serie begonnen und darin 40 politische Gefangene vorgestellt. Mit diesem AK beginnend wollen wir über weitere Gefangene berichten. Dabei soll diese Artikelserie einen Überblick verschaffen, in dem vor allem auf die Haftbedingungen eingegangen werden soll.

Andreas BAADER,
Gudrun ENSSLIN
und Jan-Carl RASPE,
JVA Stuttgart-Stammheim

Seit ihrer Verhaftung 1972 sind sie in Isolationshaft. Besuche werden nur den engsten Verwandten und Verteidigern gestattet. Alle Besucher werden durchsucht. Es gab keinerlei Kontakte zu anderen Gefangenen, außer zu sogenannten „Beigängern“, die als Köder geschickt wurden, um zu spionieren. Eine Milderung der Isolation gab es 1975, als Umschluß für die drei zusammen mit der damals noch lebenden Ulrike Meinhof gestattet wurde. Die RAF-Gefangenen führten mit bis heute vier Hungerstreiks einen verzweifelten Kampf gegen die Isolationshaft, anfangs noch mit der Hauptforderung nach Gleichstellung mit den „normalen“ Gefangenen und schließlich in diesem Jahr streikte sie für Zusammenlegung mit anderen Gefangenen aus der RAF. Der erste Hungerstreik Anfang '73 dauerte drei Wochen und wurde erfolglos abgebrochen. Der zweite - vom 8.5. bis 29.6.73 - ebenfalls. Ein dritter Hungerstreik begann am 13.9.74. Von Anfang Oktober 1974 an wurden sie zwangsernährt. Die Justiz verrückte diesen Streik mit allen Mitteln zu brechen, u.a. wohl auch, weil sich immerhin über 40 Gefangene daran beteiligten. Mehrfach wurde sogar lebensgefährlicher - Trinkwasserentzug angewendet. Die Zwangsernährung wurde meist äußerst rabiat durchgeführt und hatte nicht selten Verletzungen zur Folge.

Der vierte Hungerstreik im April 1977 wurde beendet, weil offenbar gegen eine Zusammenlegung zu größeren Gruppen (bis zu 15 Gefangenen) von Seiten der zuständigen Behörde keine Bedenken bestehen. (Zum Verlauf des Prozesses, der vom Mai '75 bis Anfang '77 dauerte, siehe AK 104. Zur Untersuchung der Todesumstände von Ulrike Meinhof, Holger Meins, Katharina Hamerschmidt und Siegfried Hauser siehe laufende Berichterstattung über die Arbeit der Internationalen Untersuchungskommission - IUK.)

Manfred GRASHOF
(in Haft seit dem 2.3.72),
Klaus JÜNSCHKE
(seit 8.7.72)
JVA Zweibrücken,
Joh. Schwebel-Str. 33
6660 Zweibrücken

Sie sind im Prinzip den gleichen Haftbedingungen wie die „Stammheimer“ unterworfen. Der Prozeß gegen Grashof, Jünschke, Grundmann lief ziemlich im Schatten von Stammheim ab, u.a. auch weil der Stammheimer Prozeß von den Angeklagten als für alle ähnlichen Prozesse als richtungweisend und ausschlaggebend angesehen wurde.

Trotzdem ging natürlich die Gegenseite nicht minder gegen andere Gefangene vor. In Zweibrücken wurde bereits im Februar 76 (1) eine Abhöranlage im Besucherraum entdeckt, der für die Anwaltsbesuche von Grashof, Jünschke, Grundmann und Lutz Tauter (Stockholm-Prozeß) reserviert war. Auch im Kaiserslautern-Prozeß trieb der Kronzeuge Müller sein Unwesen. Wolfgang Grundmann wurde Ende 76 - nach 4 1/2 Jahren U-Haft entlassen, weil sein Gesundheitszustand lebensbedrohlich war. Anfang dieses Monats verurteilte das Landgericht Kaiserslautern schließlich Manfred Grashof und Klaus Jünschke zu lebenslanger Haft, während Wolfgang Grundmann

vier Jahre bekam. Die Urteile lagen erheblich unter den Forderungen des Staatsanwalts (zweimal lebenslang, zweimal lebenslang, zehn Jahre). Bemerkenswert, daß das Gericht die „Zeugen“-aussagen Müllers „mit größter Vorsicht“ wertete, weil er schon in anderen Fällen die Unwahrheit gesagt habe!

Brigitte ASDONK
(in Haft seit 8.10.70)
z.Zt. U-Gefängnis Holstenglacis
2000 Hamburg 36

April 76 wurde sie u.a. wegen Mitgliedschaft in der RAF zu zehn Jahren verurteilt. Nachdem sie nach dem Ausbruch der vier Gefangenen aus dem Westberliner Frauenknast Lehrterstraße in die berüchtigte JVA Lübeck verlegt worden war, beteiligte sie sich dort Ende 76/Anfang 77 an dem dortigen Hungerstreik (vgl. AK 96). Mit der Verlegung nach Hamburg beendete sie den Hungerstreik. Während des vierten RAF-Hungerstreiks (April 77) wurde sie - wie auch andere in Hamburg Gefangene mehrfach zwangsernährt (s. dazu auch AK 105).

Ronald Augustin
(seit 24.3.73 gefangen)
z.Zt. JVA Hannover
Schulenburg Landstr. 3
3000 Hannover

Er ist holländischer Staatsbürger. Wegen angeblicher RAF-Mitgliedschaft wurde er zu sechs Jahren verknackt. Nach seiner Verhaftung war ihm über eine Woche lang ein Anwalt verweigert worden. Er wurde in Hannover sechs Monate lang im Toten Trakt gefangengehalten. Darüberhinaus entzog man ihm während des ersten RAF-Hungerstreiks zeitweise das Trinkwasser!

IKAH, Hamburg

Willy Piroch freigesprochen!

Bamberg. Willy Piroch, der bereits vier Jahre im Knast war, wurde im November letzten Jahres nach Verbüßung seiner Haft erneut in U-Haft gesteckt. Weil er sich gegen die unmenschlichen Haftbedingungen zur Wehr setzte, brumnte ihm die Leitung der JVA Ebrach eine neue Anklage wegen „Gründung einer kriminellen Vereinigung“ (§ 129) auf (siehe letzter AK).

Am 7. Juni fällte die Staatsanwaltschaft in Bamberg die Entscheidung: Freispruch für Willy und Entschädigung für die halbjährige U-Haft!

Vorausgegangen waren noch etliche „Schnitzereien“ des Gerichts: Obwohl am vorletzten Verhandlungstag (27.5.) die Unglaublichkeit des „Kronzeugen“ und Zutritts für die Leitung der JVA Ebrach, H., noch mehr erhärtet wurde (so berichtete ein Zeuge, daß ihm ebenfalls Vergünstigungen bis vorzeitige Entlassung in Aussicht gestellt wurden, wenn er ebenfalls für die JVA-Lei-

tung spionierte; davor hatten sich schon die Beschuldigten des Kronzeugen H. gegenüber Willy, er habe einen Brandanschlag in der Gefängnischreinerei geplant, als falsch herausgestellt), verweigerten die Richter der Verteidigung eine erneute Vernehmung des Hauptbelastungszeugen, die die Anklage wahrscheinlich endgültig hätte in sich zusammenbrechen lassen. Daraufhin beantragte der Verteidiger, den vorsitzenden Richter und die beiden berufsrichterlichen Beisitzer wegen Befangenheit abzulehnen.

Hinzu kam noch, daß das Gericht trotz der nicht mehr aufrechterhaltenen Anklage über den Antrag der Verteidigung auf Aufhebung des Haftbefehls nicht entschied.

Facit des Verteidigers: „Der Angeklagte hat den Eindruck, daß er nicht mehr wegen der in der Anklageschrift dargestellten Vorwürfe in Haft belassen wird, sondern wegen seiner politischen Gesinnung in Vorbehaftung gehalten wird.“

Der Befangenheitsantrag wurde abgelehnt. Trotzdem entschloß sich die Kammer, Willy am 31. Mai rauszulassen. Die Anklage war zu haltlos, und die Zeitungen hatten über den Verlauf des Prozesses besser als gewöhnlich unterrichtet.

Willy Piroch wurde vom Vorwurf der Gründung einer „kriminellen Vereinigung“ im Knast freigesprochen und erhält Haftentlassung. Nicht ohne Bedauern stellte der vorsitzende Richter Barthelmann fest, er halte Willy zwar für einen Anarchisten, aber trotzdem müsse man die Gesetze des „Rechtsstaates“ auch auf ihn anwenden.

Insgesamt wurden anlässlich des Prozesses schon viele Mißstände im Ebracher Knast an das Licht der Öffentlichkeit gebracht, und es ist unbedingt notwendig, daß diese Enttarnungsarbeit fortgesetzt wird.

KB/Gruppe Nürnberg

Klassenjustizurteil von Lüneburg — Eine Bedrohung auch für aktive AKW-Gegner?

Mit Genugtuung hat die bürgerliche Presse ein Klassenjustizurteil des letztinstanzlichen Oberverwaltungsgerichts in Lüneburg vom 3.5. zur Kenntnis genommen.

Stellvertretend wurde einer der über 100 Jugendlichen, die im Dezember 1971(1) ein seit langer Zeit leerstehendes Fabrikgebäude in Hannovers Innenstadt besetzt hielten, verurteilt. Dieser Jugendliche soll nun für die gesamten Kosten aufkommen, die den Bullen durch die gewaltsame Räumung entstanden sind!

Die Jugendlichen hatten damals das Gebäude besetzt, um auf diese Weise für ein unabhängiges Jugendzentrum zu kämpfen, das ihnen immer wieder verweigert worden war.

Ohne Ankündigung waren eine Woche nach der Besetzung nachts vier Hundertschaften vor dem Gebäude aufgetaucht. Insgesamt waren 1500 Polizisten auch aus anderen Bundesländern zu dieser Räumungsaktion zusammengezogen worden, die teil-

weise „im Hintergrund“ in Alarmbereitschaft standen. Zum ersten Mal sind Panzerwagen der Polizei eingesetzt worden, mit denen die Türen der Fabrik niedergewalzt wurden. Obwohl sich die Jugendlichen alle in einem Raum versammelt hatten, „eroberten“ die Bullen sofort wichtige „Schaltstellen“, wie z.B. die außer Kraft befindliche Elektrizitätsanlage der Fabrik. Das hatte uns damals gezeigt, daß die Bullen „futurologisch“ die „gewaltsame Räumung einer von Arbeitern besetzten Fabrik geübt“ hatten.

Für diese Bürgerkriegsmanöver der Polizei soll jetzt ein willkürlich herausgegriffener „Rädelführer“ die Kosten zahlen!

Dieser „Gerichtsentcheid dürfte sich auch auf die Verfahren auswirken, die im Zusammenhang mit der Besetzung des Kernkraftwerkes Grohnde anstehen“ orakelte die hannoversche Allgemeine Zeitung („HAZ“, 6.5.77).

Inzwischen sind auch die ersten

Berechnungen angestellt worden, aus denen hervorgeht, daß die Bullen „Schutzmaßnahmen“ für mindestens 3,9 MILDM ergriffen hatten. Insgesamt haben die Kosten des „Schutzes“ des AKW Grohnde über 9 MILDM betragen.

So viel läßt es sich der Atomstaat also kosten, um sein Atomprogramm gegen den Willen der Bevölkerung durchziehen zu können.

Einen Teil dieser Ausgaben soll auf Einzelpersonen, Gruppen oder Organisationen“ abgewälzt werden. Angedroht wird, daß jeder der 26 in Grohnde verhafteten AKW-Gegner als Gesamtschuldner zum „Ersatz des Schadens“ verurteilt werden könnte (alle Angaben aus „HAZ“, 11.5.77).

Das werden wir verhindern müssen! Unser Kampf gegen die Kriminalisierung ist ein unabdingbarer Bestandteil unseres Kampfes gegen Atomanlagen!

KB/Gruppe Hannover

Hungerstreik

In den Vollzugsanstalten Stuttgart-Stammheim und Aichach sind die Gefangenen Verena Becker und Sabine Schmitz am 25.5.77 in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Sie fordern ihre Zusammenlegung mit den im 7. Stock der Stammheimer Anstalt inhaftierten Gefangenen aus der RAF.

Der Leiter des Stammheimer Gefängnisses hatte ihnen am 30.4.77 „auf verbindliche Erklärung des Justizministeriums“ mitgeteilt, daß „unter Berücksichtigung der Forderungen der medizinischen Gutachter sofort eine Konzentration politischer - d.h. Gefangener nach § 129 (= kriminelle Vereinigung) StGB - auch aus anderen Bundesländern in Stammheim und eine

Vergrößerung des Hafttraums in die Wege geleitet wird.“

Diese Zusage wird inzwischen systematisch verzögert. Anstatt Verena Becker und Sabine Schmitz in den 7. Stock des Stammheimer Gefängnisses zu verlegen, oder sie zumindest in Stammheim zu belassen, wurde Sabine Schmitz am 24.5. nach Aichach verlegt. Verena Becker soll in die JVA Buhl verlegt werden.

Ziel des Hungerstreiks ist die Rückverlegung von Sabine Schmitz nach Stammheim und die Aufhebung des Verlegungsbeschlusses für Verena Becker.

IKAH Hamburg (nach IVK-Fremdmittlung vom 30.5.77)

Presseerklärung der Internationalen Untersuchungskommission zur Klärung der Todesumstände von Ulrike Meinhof

AMSTERDAM 7. Mai

Arbeitsergebnisse vom 7.5.77. Anlässlich des ersten Jahrestages des Todes von Ulrike Meinhof (8.9. Mai 1976) tritt die Internationale Untersuchungskommission erstmals mit konkreten Arbeitsergebnissen an die internationale Öffentlichkeit. Die in der bisherigen Arbeit der Untersuchungskommission aufgetretenen Zweifel an der Selbstmordthese verstärken sich durch die von der Arbeitsgruppe Medizin erstellte Analyse der offiziellen Obduktionsgutachten. Die Obduktionsgutachten weisen aus, daß den Obduzierten ein bereits verletztes Stranggefäß vorgelegt worden ist. Bei der Entbehrung der Leiche hing diese in einer Schlaufe von ca. 80 cm Länge, die einen Kneidurchmesser von ca. 20 cm aufwies. Dem Obduzierten wurde aber eine Schlaufe von nur 51 cm vorgelegt. Sie schloß sich eng um den Hals, der Kopf raus aus ihr nicht herausfallen. Tatsächlich aber — die vorgelegten Photographien und die Maßangaben bei der Entbehrung bestätigen dies — war die Schlaufe so groß, daß bei eintretender Bewußtlosigkeit der Kopf durch das Körpergewicht aus der Schlaufe herausfiel. Dieses Problem konnte von dem Gutachter durch die Kürzung des vorgelegten Strangverlaufs nicht erkannt werden. Deshalb wurde eine völlig willkürliche Darstellung bei den Einzelheiten über den angeblichen Selbstmord gegeben. Eine ausführliche Dokumentation, die weitere Fehler-

interpretationen nachweist, wird in nächster Zeit veröffentlicht.

Die Arbeit der Internationalen Untersuchungskommission wird durch die Behörden der BRD ungeheuer erschwert, mit allen Mitteln boykottiert.

1.) Bei Hausdurchsuchungen ohne Durchsuchungsbefehl wurden gezielt die Materialien beschlagnahmt, die für die Internationale Untersuchungskommission gesammelt worden waren.

2.) Personen in der BRD, die diese Dokumente sammelten, werden mit fadenscheinigen Begründungen verhaftet zur Zeit Christian Möller und Ingrid Bartsch, Merburg. Christian Möller steht im Impressum der Dokumentation „Ulrike Meinhof — ein Selbstmord?“ Ebenso erging es Rechtsanwalt Dr. Cressant, dem Testamentvollstrecker von Ulrike Meinhof, im Sommer 1976.

3.) Der Internationale Untersuchungskommission wurde mit Schreiben vom Justizministerium von Baden-Württemberg vom 16.4.1977 und der Staatsanwaltschaft Stuttgart vom 22.4.1977 mitgeteilt, daß ihr weder eine Akteneinsicht noch eine Lokalbesichtigung genehmigt werde, da sie formal kein Recht darauf habe.

In ihren Untersuchungen zu den Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD kommt die Internationale Untersuchungskommission zu dem Ergebnis, daß es sich hierbei um eine spezifische Form der Folter an Gefangenen handelt. Die Anwendung dieser Folter,

langjährige soziale und sensorische Deprivation d.h. Isolierung von anderen Personen und Verhinderung sinnlicher Wahrnehmung kann nur den Zweck verfolgen, ihre politische Identität zu brechen. Wir unterstützen deshalb die im Hungerstreik der politischen Gefangenen vorgetragene Forderung nach Zusammenlegung von mindestens 15 Gefangenen, wie es auch die vom Gericht bestellten Gutachter seit 1975 gefordert haben.

Im Namen der Kommission
Henrik Kauffholz, Sekretär, Aarhus

Mitglieder der Untersuchungskommission:
Prof. Lello Basso Rom, Rechtsanwalt
Michèle Beauvillard, Paris, Simone de Beauvoir, Paris, Prof. Georges Caselle, Antoni, Pierre Robert Cezelle, Paris, Raimon Jacques de Curnons, Brüssel, Prof. Paul Jensen, Pao Höjden & Heltarp, Dänemark, RA Faruq Kanaletti, Athen, Journalist, Hendrik Kauffholz, Aarhus, Ombudsman Johann van Minnen, Brüssel, Prof. Lofte Naute, Groningen, RA Denis Payot, Genf, Margareta von Trotta, Schauspielerin, München.

Korreo in der BRD: W. Zikoff, P.O. Box 13 68 24 — 1000 JUK

Sekretariat EJAELANDSCADE,
127-8000 ARNHEM
Tel. 06-13 97 34 Cbx 1 30 40 03

Schwere Mißhandlungen politischer Gefangener!

Seit einiger Zeit sitzen in Westberlin die Genossen Ronald Fritsch, Gerhard Klöpfer, Till Meyer, Ralf Reinders, Fritz Teufel, Andreas Vogel, Dreher, Norbert Krücher und Adomelt in Untersuchungshaft. Ihnen wird u.a. vorgeworfen, Lorenz entführt zu haben.

Am 21.3.77 wurden diese Gefangenen im Rahmen der „Beweisführung“ wieder einmal zu einer „Gegenüberstellung“ ins Westberliner Polizeipräsidium gebracht.

Die Vorfälle, die sich bei dieser „Gegenüberstellung“ ereigneten, brachten die Anwälte der Betroffenen auf einer Pressekonferenz an die Öffentlichkeit.

Danach wurde den Gefangenen z.T. zwangsweise Haare und Bart geschoren, Fritz Teufel wurde gezwungen, sich eine bestimmte Kleidung anzuziehen. Obwohl ein Gerichtsbeschuß vorliegt, der besagt, daß Gefangene nur dann gefesselt werden dürfen, wenn es für ihre (?) „Sicherheit“ unbedingt erforderlich ist, waren also die ganze Zeit mit Handschellen gefesselt, die selbst zu den Mahlzeiten nicht abgenommen wurden. Und dies im schwerbewachten und -bewaffneten Polizeipräsidium!

Die „Gegenüberstellung“ selbst wurde mit unwürdevoller Brutalität durchgeführt.

Zwei bzw. drei Gefangene wurden vor einem sogenannten „versteckten Spiegel“ (das ist eine Glasscheibe, die von der einen Seite her als Spiegel und von der anderen als Fensterglas funktioniert) postiert. Zwischen den Gefangenen standen jeweils vier bzw. fünf „Füllpersonen“.

Die von mehreren Beamten des SEK (Westberliner MFK) bewachten Angeklagten waren durch Knebelketten gefesselt, ein Folterinstrument, das durch Drehen an einem Stab angerufen werden kann.

Die Gefangenen verurteilten diese Prozedur zu unterlaufen, indem sie während der Gegenüberstellung den Kopf senkten, Grimassen schrien oder auch nur die Augen schlossen. Die SEK-Beamten rissen ihnen daraufhin an den Haaren, traten und schlugen sie in die Nierengegend und an den Kopf und — zogen die Knebelketten an, was unvorstellbare Schmerzen verursachte! Bei Ralf Reinders wurden die Ketten so fest zugezogen, daß tiefe Schnittwunden am Handgelenk auftraten. Bei einem anderen Gefangenen stieß ein SEKler einen Kugelschreiber hinter dem Ohr in den Kopf und riss den Stift nach oben, so daß eine mehrere Zentimeter lange Rißwunde entstand!

Jede dieser „Gegenüberstellungen“ dauerte ca. 20 Minuten und alle liefen in der gleichen Weise ab!

Insgesamt waren die Gefangenen ca. 20 Minuten und alle liefen in der gleichen Weise ab!

Insgesamt waren die Gefangenen dieser Prozedur am Samstag sechs Stunden ausgesetzt!

Nach einer Behandlung durch den Gefängnisarzt am Samstagabend wurde dasselbe am darauffolgenden Tag wiederholt.

Die Forderung einer Mißhandlung an den Vertretern der Bundesanwaltschaft, die Quälereien zu beenden, wurde stängemäßig beantwortet: „Ich will sehen, ob wir die Durchführung nicht verändern können.“ Die „Durchführung“ wurde nicht geändert!

Ursache dieser unmenschlichen Behandlung der politischen Gefangenen war nicht das „Ausflippen“ einzelner verurteilter Beamter, sondern dies war ein geplantes Vorgehen der staatlichen Behörden! Anders läßt es sich nicht erklären, daß bei allen „Gegenüberstellungen“ in gleicher Weise verfahren wurde. Anders läßt sich auch die Anwesenheit und das Verhalten des Vertreters der Bundesanwaltschaft nicht erklären. Hier wird deutlich, daß diese Folter von höchster staatlicher Stelle, wenn nicht angeordnet, so doch zumindest gebilligt und unterstützt wurde.

Aufgrund dieser Vorfälle erstatteten die Rechtsanwälte der betroffenen politischen Gefangenen am 24.5. Strafanzeige gegen die beteiligten Beamten und verlangten gleichzeitig, daß ein Gerichtsmediziner die Mißhandlungen zur Beweissicherung untersucht. Diesem Antrag ist bis heute nicht nachgegangen worden.

Solidarität mit den politischen Gefangenen

Solidarität mit den politischen Gefangenen

Wenn heute dieser Staat wieder zur offenen Folter politischer Gefangener greift, dann ist eine Solidarisierung aller fortschrittlichen und demokratischen Menschen gegen diesen Staat überlebenswichtig — konkret heute schon für die politischen Gefangenen, auf längere Sicht für alle fortschrittlichen Menschen!

SB/ Westberlin

(nach Darstellung von RA Spengenberg auf der Westberliner Veranstaltung am 3.6.)

Urlaubsantrag für Rolf Pohle gestellt

München. Aus Anlaß einer Veranstaltung zum 10. Jahrestag der Ermordung von Benno Ohnesorg in München wurde von 15 fortschrittlichen Organisationen und Initiativen ein Urlaubsantrag für Rolf Pohle gestellt, dem allerdings nicht stattgegeben wurde. Das Ziel war, daß Rolf auf der Veranstaltung einen Beitrag über die damalige Studentenbewegung halten sollte: Er war nämlich damals, und das wird heute vor allem von MSB und KHB (Studentenorganisation des „Arbeiterbundes“) systematisch verschwiegen, ASKA-Vorsitzender in München und so wesentlich an den Auseinandersetzungen beteiligt. So organisierte der ASKA nach der Erschießung von Benno Ohnesorg einen Schweigemarsch, an dem über 10.000 Menschen teilnahmen. Auch an den Protestaktionen nach dem Dutschke-Attentat und an der Besetzung des Springer-Hauses war Rolf maßgeblich beteiligt. Nach den Auseinandersetzungen wurde von ihm die unabhängige Rechtshilfe der APO aufgebaut, die neben Studenten auch ausländischen Kollegen half (so z.B. griechischen Kollegen, die von der Junta verfolgt wurden). Rolf trat als einziger Rechtsreferendar der Gruppe als Anwalt vor Gericht auf.

Aus Angst, auch nur in irgendeiner Weise mit der „Terroristen“-Verbindung gebracht zu werden, stiegen MSB- und KHB-Akten in München daraufhin aus der Aktionsreihe zu der Veranstaltung aus!

Wie unsolidarisch und politisch schädlich ihr Verhalten ist, wird deutlich, wenn man weiß, was derzeit gegen Rolf vorbereitet ist!

Da mittlerweile 2/3 seiner alten Haftstrafe vorbei sind und sein Rechtsanwalt einen Antrag auf Verkürzung der Haftzeit gestellt hat (den sogenannten 2/3 Antrag, dem bei „normalen“ Kriminellen meistens stattgegeben wird!), mußte sich die Staatsanwaltschaft wieder etwas neues einfallen lassen. Es resultiert eine neue Anklage gegen ihn zusammengebastelt, diesmal wegen „räuberischer Erpressung“. Bei der Lorenz-Entführung war eine der Forderungen, daß jedem der freigelassenen Gefangenen 20.000 DM ausgehändigt wird. Da Horst Mahler nicht mitflog, waren 20.000 DM übrig, und die soll angeblich Rolf Pohle von Albertz für sich gefordert haben!

Interessant an der Sache ist auch, daß in diesem Fall der Druck auf die griechischen Behörden wesentlich be-

vor geklappt hat als beim ersten Mal: Da der erste Auslieferungsantrag nur für die jetzige Strafe von Rolf galt, mußte für das neue Verfahren auch ein neuer Auslieferungsantrag an die griechische Behörde gestellt werden, der diesmal schnell und unter Ausschluß der demokratischen Öffentlichkeit durchgezogen wurde! Der Export des „Modells Deutschland“ geht rasant voran!

Das Ziel dieser neuen Klage ist es, die Haftzeit für Rolf um weitere Jahre zu verlängern und ihn damit physisch und politisch kaputt zu machen. In diesem Zusammenhang müssen auch die Vorschläge der CDU im Bundestag gesehen werden, die eine lebenslange Sicherheitsverwahrung für „Gewalttäter“ vorsehen! Wenn kommen da nicht düstere Erinnerungen an den Hitler-Faschismus hoch!

Gerade an der Universität wird es notwendig sein, gegen die unsolidarische Haltung der AKten die Initiativen über die Situation der politischen Gefangenen zu verbreitern und die aktive Solidarität mit Rolf Pohle zu verstärken!

KB-Sympathisanten München

Was geschieht mit Sonnenberg?

Der bei einem Schußwechsel mit der Polizei anlässlich der Buback-Fahndung schwerverletzte Günter Sonnenberg wurde am 21.5. von der Neurochirurgischen Abteilung der Universität Tübingen in das Krankenhaus des Stammheim-Gefängnisses verlegt.

Drei Tage zuvor war ihm vom Ermittlungsrichter des Bundessgerichtshofes der Haftbefehl eröffnet worden. Ob Günter Sonnenberg in der Lage war, diesen Vorgang überhaupt zu erfassen, ist aufgrund seiner schweren Kopfverletzung zweifelhaft.

Obwohl bei einem Schwerverletzten, der bewußtlos ist oder kein bzw. nur ein beschränktes Erinnerungsvermögen hat, der Grundsatz gilt, daß nach dem vermutlichen Willen des Patienten gehandelt werden muß, tut die Bundesanwaltschaft das gesamte Gegenteil. Sonnenberg wurde ein Pflichtverteidiger zugeordnet. Sonnenbergs Eltern wurden solange eingeschüchtert, daß sie inzwischen jede Heranziehung eines Verteidigers, der das Vertrauen ihres Sohnes haben könnte, abgelehnt haben. Dies obwohl sie eine Woche vor der Gefangennahme Sonnenbergs Rechtsanwalt Cressant gebeten hatten, die Verteidigung ihres Sohnes zu übernehmen.

Cressant wurde auch verweigert, sich um einen ausreichenden medizinischen Schutz von Sonnenberg zu bemühen.

Uwe Folkerts wurde am 3.5.77 zusammen mit Johannes Thimms bei dem Versuch verhaftet, den Schwerverletzten zu besuchen, in dem er nach ersten Meldungen seinen Bruder Knut vermutete. Eine

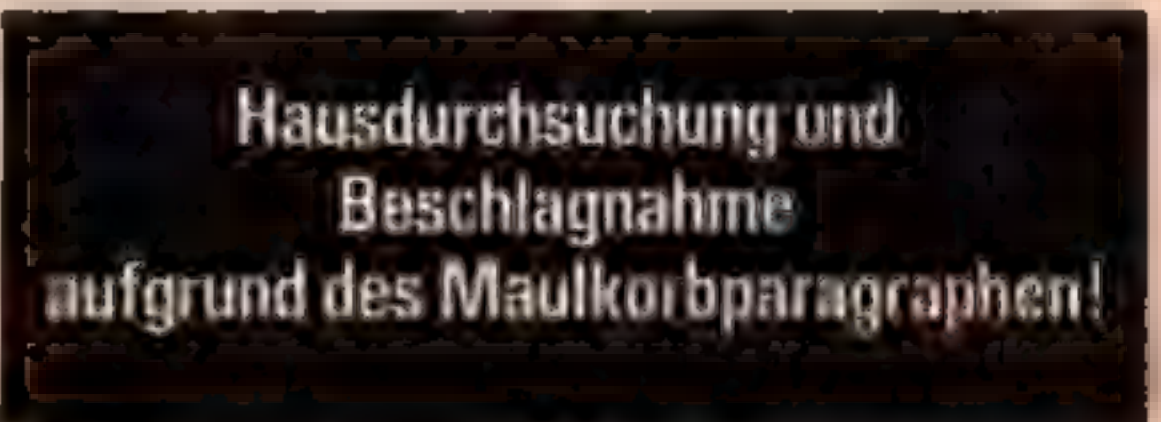
Krankenschwester aus Karlsruhe, die sich bemühte, einen Facharzt für die Kontrolle der Behandlung Sonnenbergs zu finden, wurde am 12.5. von einem Beamten des Bundeskriminalamtes an ihrem Arbeitsplatz zum Zweck ihrer Vernehmung als Zeugin mit dem Hinweis festgenommen: „Wenn Sie versuchen, abzuheulen, werde ich Sie von hinten erschließen!“ Durch die Bemühungen der Krankenschwester war erstmals bekannt geworden, daß der Gesundheitszustand von Sonnenberg wesentlich besser war, als die vom BKA lancierten Pressemitteilungen über seinen „klinischen Tod“ es vermuten ließen.

Sonnenberg wurde nach Stammheim verlegt, als der Fachschaftsrat der evangelischen Theologen an der Uni Tübingen durch seine Grußadresse öffentliche Solidarität mit dem verwundeten Gefangenen zeigte.

Die Verlegung Sonnenbergs nach Stammheim weist erschreckende Parallelen mit der Behandlung von Siegfried Hauser auf. Auch er wurde trotz lebensgefährlicher Verletzungen am 29.4.75 nach Stammheim verlegt, wo er fünf Tage später starb. Seinem ständigen Wunsch, einen Anwalt seines Vertrauens sprechen zu können, war nicht entsprochen worden. Wir fordern deshalb

Sofortige Zulassung von unabhängigen Ärzten und Anwälten zur Kontrolle von Günter Sonnenbergs Zustand!

IKAB Hamburg (nach einer Pressemitteilung des IVK/Sektion BRD/Cressant vom 22.5.77)



Anfang Juni wurden zwei Fälle bekannt, in denen gegen Linke Literatur aufgrund des Maulkorbparagraphen 88a vorgegangen wurde.

Hausdurchsuchung in Melbeck

Am 6.6. wurde eine Hausdurchsuchung in einem Privatraum und in Hausdurchsuchung in Melbeck

Am 6.6. wurde eine Hausdurchsuchung in einem Privatraum und in gemeinschaftlich genutzten Räumen des „Büchertisch-Kollektivs“ an der FH Lüneburg durchgeführt.

Gegen acht Uhr morgens waren das Haus und die Zufahrtstraßen von mindestens neun Einsatzfahrzeugen der Polizei umstellt bzw. abgeriegelt. Die Fahrzeuge waren mit über 30 Bullen besetzt.

Die Polizisten drangen in die Wohnung ein, und acht Beamte des Kriminalrats 7 der Lüneburger Kriminalpolizei (das ist die politische Abteilung) durchsuchten in Gegenwart von drei Bewohnern die Räume. Der Hausdurchsuchungsbefehl war vom Amtsgericht Lüneburg am 24.5.77 (1) wegen eines angeblichen „Vergehens nach § 88a StGB“ ausgestellt worden. Gesucht wurde vorwiegend nach der Dokumentation „88a in Aktion“ oder wie man Bücher verbrennt, ohne sich die Finger schmutzig zu machen“. Herausgeber dieser Dokumentation, die bereits im September '76 erschienen ist und öffentlich auf der Buchmesse ausgestellt war, sind 60 Verlage und Buchhandlungen aus der BRD, einschließlich des „Büchertisch-Kollektivs“. In dieser Dokumentation sind verschiedene Beiträge über die bisherige Anwendung des § 88a und seine Auswirkungen, die Selbstzensur verschiedener Verlage, abgedruckt.

Bei der Hausdurchsuchung wurden neben mehreren Dokumentationen über politische Haft, politische Verfolgung und allgemeiner Repression in der BRD auch persönliche Notizen wie Taschenkalender, Adressen und persönlicher Schriftverkehr beschlagnahmt.

Darüberhinaus wurde sämtliche Korrespondenz mit Buchhandlungen und Verlagen eingezogen.

Nach zwei Stunden war die Hausdurchsuchung beendet. Anschließend beschlagnahmten die Bullen in der FH Lüneburg die Dokumentations-Plakat, das sich gegen die bisher durchgeführten Ermittlungen im Rahmen des § 88a wendet und das am Schwarzen Brett hing.

Beschlagnahme von linker Literatur im großen Stil

Am 6.6. schlugen die Geisungsschaffler und Zensoren gleich wieder zu. Ein LKW, der aus Westberlin kam, wurde von westdeutschen Kriminalbeamten und von Beamten des Bundesgrenzschutzes angehalten. Ca. 40 Buchtitel des Oberbaumverlages und insgesamt 360 Bücher wurden beschlagnahmt.

Darüberhinaus durchwühlten die Bullen den ganzen LKW, öffneten Aktentischen, private Briefe, Buchführungsmaterial und nahmen den Fahrer des LKWs (1) fest. In der Beschlagnahme-Anordnung heißt es: „Die Beschuldigten (die Fahrer) reisten mit dem LKW am 6.6.77 gegen 13 Uhr 30 aus Berlin kommend in die Bundesrepublik Deutschland ein. Die Druckerzeugnisse haben größtenteils linksradikalistischen Inhalt...“

Hieraus ergibt sich der Verdacht, daß die von den Beschuldigten beförderten Schriftstücke zum Landfriedensbruch im Sinne des § 123a StGB auffordern. Da die Beschuldigten diese Schriftstücke vorrätig halten, besteht gegen sie der Verdacht auf Straftat gemäß § 88a, 126 StGB... Amstgericht Heilmstedt, Bishoff, Richter.“

Beschlagnahmt wurden Titel von Franz Mehring, Charles Bettelheim, die „Polistik über die Generalität“, die „Barfüßige Armin“ (über Aspekte des Gesundheitswesens in der VR China) etc.

Diese Beschlagnahmeaktion zeigt in erschreckender Weise das Ausmaß der politischen Unterdrückung in der BRD: Da werden Titel beschlagnahmt, deren wissenschaftlicher und dokumentarischer Wert unumstritten ist, und da fallen prominente Autoren des westeuropäischen Auslands unter die Zensur. Von dieser Beschlagnahmeaktion bis zur Bücherverbrennung der Nazis ist der Weg nicht mehr weit — das Spektrum der Schriften, die von den Nazis auf den Index gesetzt wurden, war auch nicht viel größer. Sofortige Auslieferung des beschlagnahmten Materials!

Weg mit dem Maulkorbparagraphen 88a!

IKAB Hamburg

Groenewold-Dokumentation beschlagnahmt!

Am 27. Mai wurden in der Hamburger linken Buchhandlung „Arbeiterbuch“ einige Exemplare der Dokumentation „Juristische Unterlagen zum Prozeß gegen Kurt Groenewold“ beschlagnahmt. Soweit bekannt, ist dies die bisher einzige Aktion, die auf den Beschlagnahmebeschluß des Landgerichts Hamburg vom 24.5. (Az. 93/77) erfolgte. Es ist sicher dabei nicht zufällig, daß gerade das Arbeiterbuch Ziel der Bußenaktion gewesen ist.

Die Beschlagnahme beruht auf einem angeblichen Verstoß gegen den § 333 d des Strafgesetzbuches, der es verbietet, vor Abschluß eines Verfahrens oder vor der Einführung in einer öffentlichen Verhandlung „amtliche Schriftstücke“ zu veröffentlichen. Das Verfahren gegen Groenewold aus dem hier, angeblich ungesetzlich, Schriftstücke angeführt wurden, beinhaltet, die Anklage wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung, der RAF. Diese Anklage selbst ist schon eine Ungeheuerlichkeit, da sie schon ausschließlich die Verteidigtätigkeit von RA Groenewold zum Gegenstand hat (im Stammeimer RAF-Verfahren), und zudem noch erhoben wurde, bevor die RAF selbst rechtskräftig verurteilt worden ist. RA Groenewold hat sich gegen die Anklage mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln öffentlich zur Wehr gesetzt. Wenn es schon möglich war, eine solch ungeheuerliche Anklage zu erheben, die unmittelbar

eine Kriminalisierung der Verteidigtätigkeit in einem politischen Verfahren bedeutet, so sollte es doch nicht möglich sein, ohne weiteres eine Verurteilung über die Bühne zu ziehen. Gegen das Vorhaben, diesen Fall breit bekannt zu machen, richtet sich jetzt die Beschlagnahmeaktion.

Die Gründe für die Beschlagnahme sind an den Haaren herbeigezogen, weswegen auch das Hamburger Amtsgericht zuerst den Beschlagnahmeantrag der Staatsanwaltschaft ablehnte. Es wurden nämlich in der Dokumentation lediglich Schreiben des Generalbundesanwalts zu Verfahrensfragen veröffentlicht und Strafanzeigen, die von Anwälten der Verteidigung gestellt wurden!

Es ist hieraus schon ersichtlich, daß die Staatsanwaltschaft nur ihrer reaktionären Logik folgt und einem Unrecht weiteres folgen läßt, d.h. die Öffentlichkeit unbedingt zu unterbinden versucht, so ist die Aktion auch eine Vergeltung gegen gelungene Verteidigerarbeit im Groenewold-Verfahren.

Wenige Tage vor der Aktion hatte Groenewold in einem Verwaltungsgerichtsverfahren durchgesetzt, daß Bundesjustizminister Vogel die Namen von sechs Journalisten nennen mußte, denen er die Anklageschrift gegen RA Groenewold übergeben hatte. Vogel hat also selber das getan, was RA Groenewold jetzt vorgeworfen wird, unter dem durchsichtigen Vorwand, er

müsse sich gegen die Informationspolitik von RA Groenewold wehren! Angesichts der millionenfach öffentlich vollzogenen Vorverurteilung von RA Groenewold durch die bürgerliche Presse, Radio und Fernsehen ist dies der reine Hohn.

Es ist nur zu offensichtlich, daß der Maßstab der Justiz in der Verfolgung fortschrittlicher Rechtsanwälte (wie auch anderer fortschrittlicher Kräfte) kaum Grenzen gesetzt sind, es sei denn, wir schaffen sie!

IKAH, Hamburg

Zeitungsverkauf erlaubt

II FLON. 23. Mai. Das Amtsgericht Plön hat entschieden, wer politische Zeitchriften feilbietet, braucht dazu keine Reisegewerbekarte. Aufgrund dieser Entscheidung durfte die Stadt Plön dem Anbieter der Zeitchriften auch kein Bußgeld von 100 Mark auferlegen. Das Gericht verurteilt die Stadt deshalb dazu, einen Bußgeldbescheid aufzuheben.

Der Zeitungsverkauf hatte vor dem Kreisberufsausschuß in Plön die kommunikativen Zeitchriften „Arbeiterkampf“, „Rebell“ und „Bankrott“ angeboten und auch verkauft. Er besaß aber keine Reisegewerbekarte. Das rief das Ordnungsgemäß auf den Plan.

Das Amtsgericht Plön stellte dazu fest, daß nach der Gewerbeordnung zwar jemand ordnungswidrig handelt, der ohne die erforderliche Reisegewerbekarte Waren feilbietet. Aber im Urteilsantrag heißt es, daß diese Vorschrift „auf das Verhalten des Betroffenen unanwendbar“ ist, weil der Verkauf von Zeitungen eine Preisverpflichtung darstellt, die gemäß dem Landespressgesetz von keiner Zulassung abhängig gemacht werden dürfe, auch nicht von der Erlangung einer Reisegewerbekarte. Im Urteil des Amtsgerichts (AG Plön 2 OW/10 13.11.77) heißt es unter Hinweis auf Artikel 3 des Grundgesetzes: „Verbreitung und Verkauf auch politischer Schriften auf öffentlichen Straßen sind Teil der freien Meinungsäußerung und Meinungsbildung und unterliegen deshalb grundsätzlich keiner Erlaubnispflicht.“

1/34/1/2

24.5.77, „Frankfurter Rundschau“

blum. Es ist aber trotzdem ganz interessant, noch einmal kurz die Be-

blum. Es ist aber trotzdem ganz interessant, noch einmal kurz die Begründungen der nunmehr drei Jahre dauernden Ablehnung zu rekapitulieren. Kandidatur auf einer Liste „Demokratische Front“ an der Uni, Teilnahme (I) an Berufsverbotsveranstaltungen, womit sie das „Eindringen von Verfassungseindern in den öffentlichen Dienst“ befürwortet hätten, Teilnahme an Vietnam-Demonstrationen und an Prozessen gegen Teilnehmer dieser Demonstrationen. Bei einer betroffenen Lehrerin kam außerdem noch hinzu, daß sie eine zeitlang in derselben Wohnungsgemeinschaft lebte, in der auch ein Vorsitzender eines „Kollektivs“ (nach dem Bayrischen Hochschulgesetz ist die Verfassung des Studentenrats abgelehnt) ASTA sein Zimmer hatte.

Dieselbe Lehrerin wurde aufgrund eines Urteils kurze Zeit wieder als Lehrerin zugelassen. Hierbei ließ sich die Schulbehörde etwas Besonderes einfallen. Diese Lehrerin bekam bei jeder Stunde, die sie gab, einen Aufpasser mit in den Unterricht. Diese „Doppelbesetzung“ sollte dem „Schutz der Schüler vor einer nicht verfassungstreuen Lehrkraft“ dienen. Abgesehen von der psychischen Belastung wurde hier eindeutig das Urteil schon vorweggenommen und die Kollegen indirekt aufgefordert selbst zu kündigen. (Süddeutsche Zeitung, 2.6. und Nürnberger Nachrichten, 3. 6.)

Oldenburg. Die Oldenburger Regierung hat den Pädagogen Gernot K. mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert. Er unterrichtet seit acht Jahren an der Grundschule in Grabstedt und ist Kontaktlehrer an der Universität Oldenburg, d.h. er betreut Studenten während ihrer praktischen Ausbildung auf insgesamt sieben Seiten. Laut der Schulabteilung in rund 70 Einzelposten unter Angabe von Ort und Datum genau auf, durch welche Aktionen K. gegen das niedersächsische Beamtengesetz verstoßen haben soll. („Nord-West-Zeitung“, 2.6.77). Die Einzelvorwürfe zeigen dann auf, daß wiederum auf Grund des Verfassungsschutzes zurückgegriffen wird, was laut Bundesverfassungsgerichtsurteil „eigenlich“ nicht erlaubt ist. So wird ihm der Verkauf der „KVZ“ vorgeworfen oder die Teilnahme an Demonstrationen des KBW. Hinzu kommt die Teilnahme an Antifahrerprotesten, die Verurteilung wegen „Verleumdung und Übler Nachrede“, weil er während des Bundeskongresses ein Plakat mit dem Text: „Der Bundeskongress ist ein Scheißkongress“ aufgestellt habe. Weiterhin wird ihm vorgeworfen, gekleidet wie ein Hauptvorwurf ist allerdings, daß er diese Aktivitäten als KBW-Mitglied unternommen habe.

Nachrichten aus dem Knast



Düsseldorf. Richter Joeres hat einen Brief an Gerhard Albus (JVA Köln-Ossendorf) nicht weitergeleitet, weil darin angeblich der Staat verunglimpft wird. Der Brief enthielt ein Aufruf-Flugblatt „Zur Vorbereitung des Russen-Tribunal über die Repression in der BRD“. Das Flugblatt enthalte „Schuldungen über die staatlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland, die den Teilnehmern eines Vergehens nach § 90a, Abs. 1 Nr. 1 StGB erfüllen.“

Werk. Die Schwelmeren in diesem Zuchthaus reifen nicht ab! Nach den letzten Streikaktionen, die sich gegen die Psycho-Abteilung B/1 richteten und die bis jetzt noch nicht zu dem gewünschten Erfolg führten (vergl. letzte AKA), hat sich die Firma Vollmer KG Bonn (Kerzen und Teelichter), die sich mit den Gefangenen „brennen“ schon dumm und dämlich verhält, eine drastische Lohnkürzung „verfügt“. RUCKWIRKEND über 70 Wochen setzte sie die Akkordsätze um 25% herauf, sodaß die Gefangenen bei ihrer „Entlohnung“ am 25.5 auf eine noch leeren Lohntafel blicken mußten.

44 von 55 Betroffenen traten daraufhin in einen unbefristeten Streik. 16 Gefangene erhoben gemeinsam Beschwerden und stellten Antrag auf ein Disziplinarverfahren und Strafanzeige.

Bayern. Jetzt wird auch noch die Unterstützung von außen rationiert. Seit dem 8.5.77 ist es in allen bayrischen Knästen verboten, den Häftlingen mehr als eine Briefmarke pro Brief zu schicken. „Überflüssige Briefmarken werden - gegebenenfalls unter Verwendung einer zugesandten Marke (I) - an den Absender zurückgeschickt, da die Aufbewahrung der Marken an der Zonsstelle mit zu hohen Verwaltungsaufwand verbunden ist“, so Dr. Stärk, leitender Regierungsdirektor. Begründung: „Bei der Zuordnung von Briefmarken haben sich erhebliche Probleme ergeben“ - alles. Mit so einer schwachsinnigen Begründung wird versucht, die Außenkontakte der Häftlinge zu unterbinden.

IKAH Hamburg

Lothar Gend in Lebensgefahr

JVA Werk. Seit 29.3.77 befindet sich Lothar Gend, verurteilt zu 15 Jahren Knast wegen angeblich verurteilten Polizeimordes in der JVA Werk in Isolationshaft (Sondertrakt B1). Bereits seit drei Jahren hat L.G. Grund, sich im Knast wegen ärztlicher Nichtbehandlung eines Zwölffingerdarmgeschwürs, einer geschwulstigen Entzündung des Dickdarms und Gelenkrheumatismus zu beschweren, obwohl bekannt ist, daß alle drei Krankheiten akute Lebensgefahr bedeuten.

Am 20.4. verschlechterte sich der Zustand von L.G. plötzlich wie folgt: Magen- und Darmkrämpfe, Erbrechen, Durchfall, schwere Kreislaufstörungen, hohes Fieber (Puls 120), Zittern und Schütteln am ganzen Körper, Schmerzen im Bauch, in den Gelenken und Muskeln (aus einem Brief von L.G. vom 20.4. an die Knastgruppe Ossendorf in Köln). Erst nach mehrmaligem Bitten um Untersuchung, diagnostizierte der Anstaltsarzt lediglich eine Infektion der Bauchspeicheldrüse, obwohl alle Krankheitsmerkmale „auf einen Aufbruch des Zwölffingerdarmgeschwürs hindeuten“ (Protesterklärung der Verteidigerin, 27.4.). Beim Amtsgericht Arnsberg wurde ein Antrag auf förmliche Untersuchung und Behandlung gestellt, worauf das Gericht erst nach Annahme der Verlegung von L.G. in das Anstaltskrankenhaus Bochum verfügte. L.G. lebte dies jedoch ab, da bereits am 12.2.77 dort eine Fehldiagnose gestellt worden war und er befürchten mußte, daß er dort nicht adäquat behandelt wird. Stattdessen forderte er die Untersuchung und Behandlung durch einen Arzt seines Vertrauens.

was jedoch bis heute abgelehnt wurde.

Zur Unterstützung seiner Forderung fand am 24.4. vor der JVA Werk eine „Krachaktion“ der Knastgruppe Ossendorf („Zornige Antizellen“) statt, an der sich ca. 50 Personen beteiligten. Durch Hupen, Plakate und Winken machten sie auch andere Gefangene auf die Situation von L.G. aufmerksam. Ein unverhältnismäßig großes Polizeiaufgebot und zwei Hubschrauber versuchten, die Solidaritätskundgebung zu stören und aufzulösen. Die Bullen kreuzten die Demonstrationen ein und zogen mit MPAs, wildem Fotografierten, Plakateabreißen und Personalaufnahme ihren Terror ab. Bullenkommandos am Ort. Wer sich an einer solchen Aktion beteilige, sei auch schon zum Kreis der Terroristen zu zählen. Eine Woche später erhielten sämtliche an der Aktion Beteiligten eine gerichtliche Vorladung wegen Teilnahme an einer verbotenen Kundgebung.

Von welcher Seite der Terror tatsächlich ausgeht, zeigt sich auch daran, daß die Freundin von L.G. und die Knastgruppe Ossendorf seit der Aktion keine Besucherlaubnis mehr erhalten mit dem Hinweis, seit der Aktion bestehe Alarmstufe II für den Sondertrakt B1.

FÜR EINE SOFORTIGE HAFTVERSCHÖNERUNG FÜR LOTHAR GEND! FÜR EINE BEHANDLUNG VON L.G. DURCH EINEN ARZT SEINES VERTRAUENS! FÜR BESSERE HAFTBEDINGUNGEN, GEGEN JEDE ISOLATIONS-HAFT!

KB-Sympathisanten Köln



Politische Verhöre Willkür Gesinnungsterror

Darmstadt. Am 2. Juni hob das Verwaltungsgericht Darmstadt das Ausbürgerungsverbot auf, das der bremische Kulturminder Krollmann (SPD) gegen drei Lehramtskandidaten verhängt hatte. Die drei Betroffenen, Peter K. (ehemaliger ASTA-Vorsitzender der Uni Marburg), Margitta H. und Helga H. mußten zweieinhalb Jahre auf diesen Prozeß warten. Die Mitgliedschaft in einer Partei, die von den Behörden für verfassungswidrig gehalten wird und die Nichtbeantwortung der Frage nach der Parteimitgliedschaft, so argumentierte das Gericht, könne für eine Ablehnung einer Aufnahme in den Vorbereitungsdienst nicht ausreichen.

Marburg. Anfang Juni sind in Marburg die Studenten des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften in einem einwöchigen Vorlesungsstreik getreten. Sie protestieren damit gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen als Folge von drohenden Berufsverböten gegen den Diplomsoziologen A.B. und den Tutor P.S. Beide dürfen ihre Tätigkeit an der Uni wegen der gegen sie eingeleiteten „Anhörungsverfahren“ nicht aufnehmen.

Freiburg. Ein Freiburger Gericht verurteilte den Sprecher der Freiburger Bürgerinitiative gegen Berufsverbote, Norbert M., zu 300,-DM Geldstrafe wegen „Übler Nachrede“. M. hatte den Regierungsdirektor Waldenspühl als „Spezialist für verfassungswidrige Verhöre“ bezeichnet.

Konstanz. Dem Diplompsychologen Dieter B. droht an der Universität Konstanz ein Berufsverbot. B. war im Januar als wissenschaftlicher Assistent in Konstanz eingestellt worden. Sein Arbeitsvertrag wurde hierbei auf 6 Monate befristet. Begründung seines „Verhaltens“ müsse überprüft werden. Jetzt erhielt B. ein neues Schreiben von der Universität, in dem eine Weiterbeschäftigung davon abhängig gemacht wird, daß Zweifel an seiner Verfassungstreue ausge-

klärt würden. Diese „Zweifel“ stützen sich auf ein anonymes(!) Schreiben, in dem behauptet wird, er sei zeitweilig (!) DKP- und MSB-Mitglied gewesen. Darüber hinaus wird in dem Schreiben behauptet, B. sei 1974 wegen Teilnahme an einer Aktion an der Bonner Uni zu 400 DM Geldstrafe verurteilt worden. Ist dies alles schon eine Ungeheuerlichkeit, kommt noch die Tatsache hinzu, daß B. damals rechtskräftig freigesprochen wurde.

Hamburg. Das Hamburger Verwaltungsgericht hat in drei Fällen die Berufsverbotepraxis des Senats der Stadt als rechtswidrig zurückgewiesen. Die Klagen der drei Lehrer Gustav D., Ingeborg K. und Uwe P. wurde durch das Gericht voll antprochen, indem die von der Behörde ergriffenen Bescheide zur Einleitung von Berufsverböten aufgehoben wurden.

Hamburg. Der Hamburger Senat hat ein Berufsverbotsverfahren gegen die Regierungsrätin z.A. am Hamburger Finanzamt für Kraftfahrzeugsteuer, Petra C., eingeleitet. Ihre „Verfassungstreue“ wurde in einem Anhörungsverfahren in Zweifel gezogen, weil sie es ablehnte, die Frage nach einer möglichen Zugehörigkeit zur DKP oder SDJ zu beantworten.

Augsburg. Der Bayrische Verwaltungsgerichtshof hat jetzt drei Berufsverböte für Lehrer in der 2. Instanz zurückgewiesen und gleichzeitig eine weitere Revision in der 3. Instanz nicht zugelassen. Ob die drei Lehrer jetzt wieder unterrichten dürfen ist nicht raus. Denn laut Bundesverfassungsgericht dürfen die Gerichte der Schulverwaltung die Einstellung von Nachwuchtlehrern nicht unmittelbar verordnen, „da das den Ermächtigungsspielraum der Exekutive einschränken würde.“

Es ist jetzt noch möglich, die Einstellung an die Schulbehörde gegangen, den Antrag der 3. Instanz zu verabschieden. Ob und wie die Behörde nun entscheidet, ist ein anderes Pro-

Modell Deutschland Berufsverbote



Es gibt in der BRD keine Berufsverböte. Auch keine Gesinnungsschnüffelei. Auch werden keine Beamten entlassen, die Unkeibewegungen anhängen. Dieser sensationellen Aussage des Vorsitzenden der Innensenatskonferenz Kurt Neubauer (SPD) tritt die Broschüre entgegen. Aus dem Inhalt:

- PSU (Frankfurt) ereignet Initiative für ein Rusei-Komitee über die Repressionen in der BRD
- Kritik des Auswärtigen - Bundesregierung antwortet mit chauvinistischer
- Meinungsterror und Gesinnungsschnüffelei einige Beispiele

64 Seiten
Format A5
DM 2,50

massenmedien



»Rotstift« beim NDR: Rationalisierungswelle läuft an!

Am 3. Juni mußten die Kollegen des NDR aus der Presse erfahren, daß die Direktorenkonferenz am 2. Juni ein Einsparungsprogramm beschlossen hat, dem vor allem die Bildungs- und Kursus-Programme im 3. Programm zum Opfer fallen sollen. Damit sehen sich die Kollegen nicht mehr nur der ständigen politischen PreSSION und Zensur ausgesetzt, sondern müssen nun auch den Verlust ihrer Arbeitsplätze befürchten.

Eingeleitet wurde dieser Rationalisierungsplan, an dessen Ende eine noch nicht abzusehende Zahl von entlassenen Arbeitsplätzen stehen soll, von der schleswig-holsteinischen Landesregierung und dem Präsidenten des Landesrechnungshofes, der in seinem NDR-Prüfungsbericht Kritik an der »Wirtschaftsführung« geübt hatte. Der Präsident kam zu dem Ergebnis, daß »...bei einer engeren Anpassung des Vergütungssystems des NDR an die Besoldungs- und Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst Einsparungen im Personalkostenbereich möglich gewesen wären.« (»Frankfurter Rundschau«, 3.6.77).

Stoltenberg forderte: »...wesentlich nachhaltigere Anstrengungen«, um »durch eine effektive Organisation und Sparweise die Anzahl und ihre Mitarbeiter vor einer gefährlichen Krise zu bewahren.« (»FR«, 3.6.77).

Ihre Mitarbeiter vor einer gefährlichen Krise zu bewahren.« (»FR«, 3.6.77).

Begründet werden diese Maßnahmen mit der angeblich schlechten finanziellen Situation des NDR, der 1975 mit einem Defizit von 34 Mill. DM abgeschlossen haben soll. Die »Frankfurter Rundschau« berichtete dann auch am 3. Juni von der Direktorenkonferenz u.a.

»Das meiste Geld im NDR verschlingen die Personalkosten. Im vergangenen Jahr lag deren Anteil am Gesamthaushalt bei 57 Prozent. Im Jahre 1980 sollen es nach einer Hochrechnung bereits 88 Prozent sein.«

Angeichts solcher Alarmmeldungen »ergriffe sich doch vielleicht der Vorschlag, von den 3.200 NDR Mitarbeitern bis 1980 ein Drittel rauszuschmeißen - oder? Geradezu zurückhaltend nehmen sich dagegen die von Intendant Neuffer (SPD) beschlossenen Maßnahmen aus:

1. Entlastung des NDR von Zahlungen im Rahmen des Finanzausgleichs unter den ARD-Anstalten (jährlich sind das 25 Mill. DM).
2. Herabsetzung des NDR Anteils am

ARD-Fernsehprogramm von derzeit 20 auf 19 %.

3. Einstellung der Schulfunk-Produktion, falls die Kosten dafür nicht von den Vertragsländern (Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein) übernommen werden.

4. Einstellung der Produktion von Schulfunk-Begleitheften.

5. Prüfung der mit der Einführung der Hörfunkwerbung in einem 4. Programm verbundenen Folgen.

6. Prüfung der zeitlichen Einschränkung des 3. Fernsehprogramms.

(»Frankfurter Rundschau«, 6.6.77). Während Intendant Neuffer behauptet: »Die freiwerdende redaktionelle und produktionsmäßige Kapazität soll für verstärkte Eigenproduktionen in anderen Bereichen eingesetzt werden.« (Hausmitteilung Nr. 5), weiß die »FR« zu berichten, daß allein durch die Einstellung des Schulfunksektors zwölf Redakteure mit Kündigung zu rechnen hätten (»FR«, 3.6.77).

Es deutet alles darauf hin, daß das ganze ein propagandistisches Begleitkonzept für eine beginnende massive Rationalisierungspraxis im NDR darstellt mit zweierlei Absicht:

1. Eine generelle Verunsicherung der NDR-Kollegen herbeizuführen, in der sich jeder um seinen Arbeitsplatz besorgt nicht.

NDR-Kollegen herbeizuführen, in der sich jeder um seinen Arbeitsplatz besorgt nicht.

2. In diesem Einschüchterungsklima die jetzt angekündigten Maßnahmen als geradezu »besonnen«, aber »unausweichlich« erscheinen zu lassen, um einem zu erwartenden Widerstand gleich den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Gelingt dem NDR-Verantwortlichen dieser Plan, sind weitere Angriffe zu erwarten. Intendant Neuffer ist zur Durchsetzung dieser Linie derzeit der geeignete Mann, konnte er sich doch in letzter Zeit unter dem Licht der klotzigen CDU-»Rotfunk«-Kampagne als »Wahrer der Rundfunkfreiheit« profilieren, der sich vor »seiner Mitarbeiter« in den Redaktionen gestellt hat.

Am 6. Juni haben die Kollegen auf diese Angriffe reagiert. Auf einer Mitarbeiterversammlung der von dem jetzigen Sparmaßnahmen betroffenen Abteilungen verabschiedeten sie einen Brief an den Intendanten, in dem sie gegen die Maßnahmen protestieren. Sie kritisierten dabei vor allem die Taktik Neuffers, erst die Presse zu informieren, aus

der die Kollegen dann die Informa-

tionen erhielten.

»Gegen dieses Verfahren protestieren die Mitarbeiter der Hauptabteilung Bildung- und Kursprogramm auf das entschiedenste. Dieses Verfahren hat zwangsläufig dazu geführt, daß die »Überlegungen« in der Presse als »zwingende Notwendigkeiten« hingestellt werden und - vor allem - daß die Mitarbeiter vernachlässigt werden und um ihren Arbeitsplatz fürchten. Wir verlangen nun eine rückhaltlose Information und Diskussion mit den Betroffenen über den Krisenplan.« Die kommenden Auseinandersetzungen werden zeigen, ob es den Kollegen gelingt, die »Selbsttätigkeit« der NDR-Leitung zu durchkreuzen, was davon abhängt, die Diskussion über den Rahmen der derzeit Betroffenen hinaus auf weitere Kreise zu verbreitern. Sowohl der Betriebsrat, der Redakteursrat, als auch die Gewerkschaften RFFU (Rundfunk-Film und Fernsehunion im DGB) und DAG sollten hier in die Pflicht genommen werden. Die erste Stellungnahme der RFFU läßt in diesem Hinsicht nichts Gutes erwarten.

»Sie befürchtet Entlassungen und fordert statt Programmkürzungen höhere Rundfunk- und Fernsehgebühren« (»Hamburger Morgenpost«, 7.6.77). Nicht nur, daß die RFFU die höhere Rundfunk- und Fernsehgebühren (»Hamburger Morgenpost«, 7.6.77) nicht nur, daß die RFFU damit im Widerspruch zur Mitarbeiterversammlung steht, die eben nicht bereit ist, den »Krisenplan« als »zwingende Notwendigkeit« anzuerkennen und erstmal Informationen fordert, - sondern die RFFU bietet als »Alternative« zur beabsichtigten Rationalisierungswelle einen weiteren Griff in die Tasche der werktätigen Bevölkerung. Das schafft nicht gerade die Solidarität über den NDR hinaus. Und überhaupt: Die NDR-Kollegen sind auch Gebührenzahler! Lautet der RFFU-Kampfruf jetzt »Gegen Rationalisierung Loh- und Gehaltskürzung« ???

Nein zum Krisenplan!

Keine Rationalisierung auf Kosten der NDR-Kollegen!

Keine Rationalisierung auf Kosten der Informations- und Rundfunkfreiheit!

Medienkommission KB/Gruppe Hamburg

Neue Angriffe gegen das »Blatt«

Im Zuge der verschärften Hetze gegen die »Terroristen« nach dem Tod von Buback geriet auch das »Blatt« (Münchner Stadt Alternativzeitung)

(Münchner Stadt Alternativzeitung)

Am 31.5. wurde im dritten Programm des Bayerischen Rundfunks (BR) in der Sendung »Aktuelles Studio« ein Film über das »Blatt« gezeigt. Dieser Sendung die dem »Blatt« gegenüber als »Blatt-Portrait« angekündigt worden war, diente einzig und allein der Diffamierung der Alternativzeitung als Beispiel für eine der »Terroristenansammlungen« in der BRD!

Kurz zum Hergang der Ereignisse:

Ein gewisser Grabert, freier Mitarbeiter des BR trat an das »Blatt« heran, um einen Film über die Zeitung zu drehen. Nach einigen Hin und Her gab das »Blatt«-Redakteure ihr Einverständnis. Zu ihrem großen Erstaunen allerdings wurden im Interview keinerlei Fragen über das Blatt selbst gestellt, sondern ausschließlich nach bewaffnetem Kampf, »Terroristen« und Buback-Mord gefragt. Hierdurch gewarnt, wie auch durch den Hinweis eines Kameramachers, daß der Film dem ausschließlichen Zweck verfolge, das »Blatt« in die Terroristenecke zu drängen, wurden die Fragen des Interviewers nicht beantwortet, sondern nur noch ein erklärendes Statement abgegeben.

Die Sendung selbst übertrifft dann noch die Befürchtungen. Eröffnet wurde sie mit den beiden angeblich exemplarischen Sätzen aus dem Göttinger Buback-Artikel. Es folgte ein Interview mit einem Vertreter des Tübinger ASA, der an das als »Buback-Attentäter« inhaftierten Sonnenberg Blumen geschickt hatte. Dann eine kluge Zwischenbemerkung des Moderators: So etwas gebe es nicht nur bei ASA, sondern auch bei den sogenannten Stadtzeitungen. Dann folgte der »Blatt«-Film, und wieder Herr Dutzig, der Moderator, mit der verständnisvollen Bemerkung, einige Zuschauer würden sich jetzt sicher fragen, warum nicht einfach verboten wird. Zur Krönung des Abends schließlich ein Interview mit Herrn Trommter, Chef des bayerischen Landeskriminalamtes, in dem er die Gelegenheit ergriff, sich ausführlich über »Terroristen«, deren »Geldbeschaffung« usw. auszulassen (er braucht wohl kaum noch gesagt

zu werden, daß Äußerungen eines »Blatt«-Redakteurs, in denen dieser feststellt, daß sich das »Blatt« keineswegs vorwiegend mit Stadtgerüchten befaßt, frech aus dem Film geschnitten wurden!).

Das »Blatt« hat in einem »Offenen Brief« an den Intendanten des BR zu diesen Vorfällen folgendes erklärt: »Daß Herr Grabert sich bei uns trotzdem nur nach »Terroristen«, Buback-Mord etc. erkundigte, hat Methode und kann getrost im Zusammenhang damit gesehen werden, daß z.B. der Polizeipräsident Dr. Gehrig, der bereits einige Prozesse gegen das BLATT geführt hat, bereits am 17.5., also zwei Wochen vor Sendetermin und eine Woche vor dem geplanten Sendetermin über den Film Beschwerde

Wir sind der Meinung, daß die gesamte betreffende Ausgabe des »Aktuellen Studios« als »eine public-relations-Sendung für das bayerische Landeskriminalamt bzw. für die Vorstellungen von innerer Sicherheit der bayerischen Regierung geplant und durchgeführt wurde. Dabei wurde das BLATT neben dem Tübinger ASA ganz offensichtlich als Aufhänger und Hintergrundmaterial ausgenutzt und mißbraucht!«

Inzwischen hat auch die Staatsanwaltschaft des »Wert« des Materials erkannt und beim Bayerischen Rundfunk bereits wegen des Films vorgesprochen! Wahrscheinlich geht es ihr dabei vor allem um das nichtveröffentlichte Bildmaterial! Im offenen Brief forderte das »Blatt« den Intendanten des BR auf, entsprechend dem Verhalten eines Itzeboor Zeitung des Material nicht herauszugeben (Diese Zeitung hatte sich erfolgreich geweigert, nach der Brokdorf-Demonstration vom 19.2. Bilder von Demonstranten der Polizei zu überlassen).

»Nachdem es der Presse in der BRD seitens des Staates immer schwerer gemacht wird, unangenehme Anzeichen zu vertuschen, und ebenso Nachrichten zu veröffentlichen, ist es eines ehrenhaften Journalisten unwürdig, Informationen und damit den Informanten dem Staatsschutz zu übergeben.« (Offener Brief)

KB-Sympathisanten München

»Fall Kraushaar«

»Fall Kraushaar«

NDR-Redakteur soll vor Gericht

Hamburg. Gegen den NDR-Redakteur Karl-Heinz Harenberg soll ein Gerichtsverfahren nach § 120 StGB eingeleitet werden. Harenberg hatte von einem Teilnehmer der Bundeswehr-Führungskademies in Hamburg das Tonband mit der berichtigten Rede des chilenischen Offiziers Kraushaar erhalten, in der dieser den Putsch der Faschisten verteidigt und Lobeshymnen auf die Junta gehalten hatte. Trotz Protesten aus der Öffentlichkeit unternahm die Bundeswehr nichts gegen Kraushaar.

Die Veröffentlichung der Rede durch Harenberg soll nunmehr nach § 120 StGB geahndet werden, der Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe vorsieht für den, der unbefugt »das nichtöffentlich gesprochene Wort eines anderen auf

Tonträger aufnimmt oder eine so hergestellte Aufnahme gebraucht oder einem dritten zugänglich macht« (nach »BD« 31/XI). Dies ist einmal mehr ein Fall von Unterstützung für die »freie Meinungsäußerung« von Faschisten durch die bundesdeutsche Justiz und ein massiver Eingriff in die Arbeit von Redakteuren und Journalisten, die ihre Aufgabe ernst nehmen über solche Schweinereien eine Öffentlichkeit herzustellen!

SOFORTIGE EINSTELLUNG DES VERFAHRENS GEGEN HARENBERG!

Medien-Kommission KB/Gruppe Hamburg

München: Neue Vorstöße für CSU-Sender

Die CSU ist bekanntlich seit langem bemüht, aus dem Bayerischen Rundfunk (BR) einen CSU-Sender zu machen. Seitdem das Volksbegehren 1973 eine Privatisierung abgelehnt hat, werden zusehends fortschrittliche Redakteure ausgetauscht und vor allem leitende Posten mit strammen CSU'ern oder eindeutig CSU-kursteuernden Leuten besetzt. Wo das mal nicht möglich ist, werden kurzerhand neue übergeordnete Posten in CSU-Hand geschaffen. Hinzu kommt, daß die BR-Redakteure »alle eine Art von Selbstzensur ausüben. Mit anderen Worten, es ist meistens gar nicht mehr nötig, daß der gut ausgebildete und besetzte Kontrollapparat (Zensur) apparat mäßig wird, denn die Journalisten schreiben von vornherein nur die Sachen, die sie genehmigt werden.« - so BR-Chefreporter Dagobert Lindau (bekannt als Moderator des »Weltspiegel«) anlässlich einer Veranstaltung der »Bürgerinitiative für Rundfunkfreiheit« am 28.4.77

in München

Doch diese »Selbstzensur« reicht der CSU keineswegs aus.

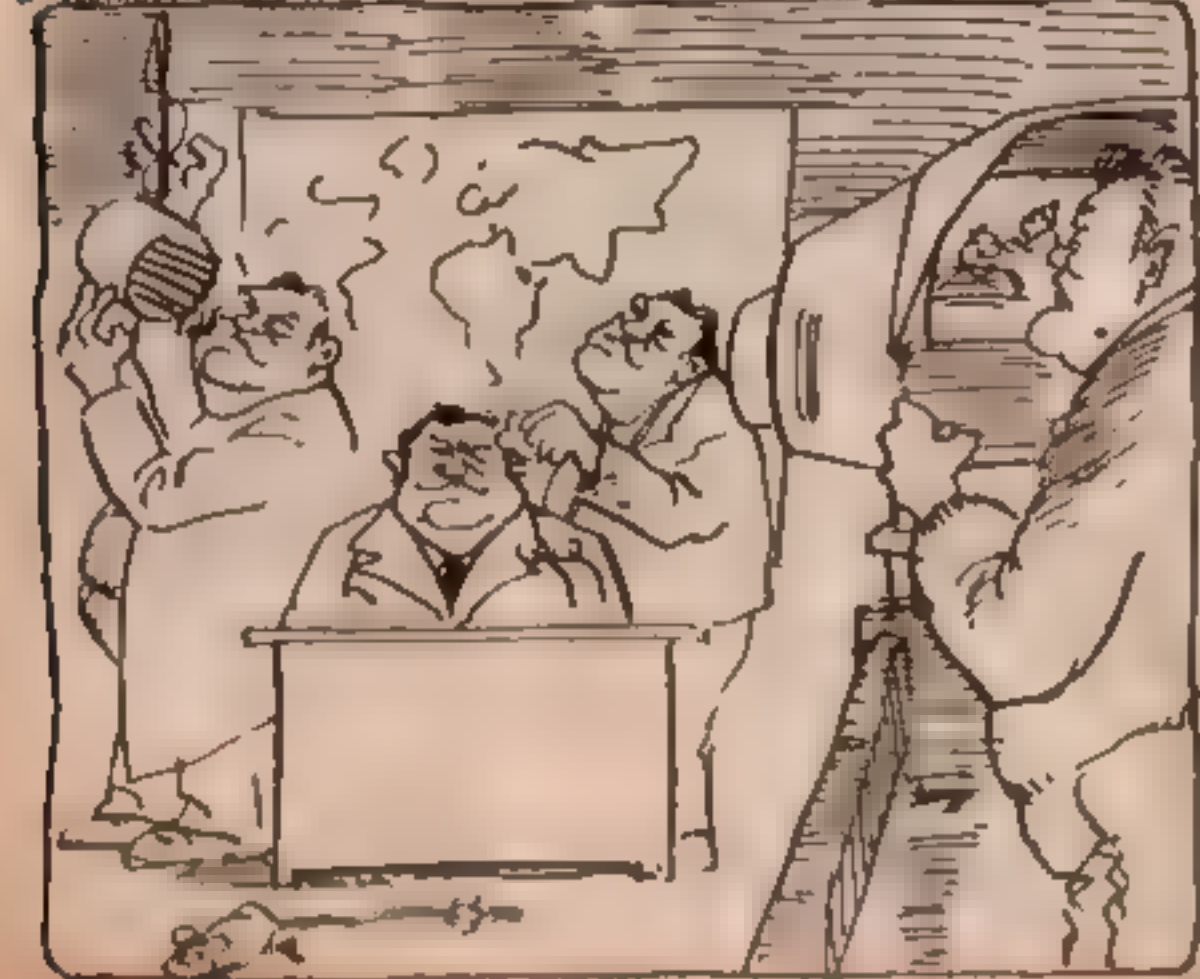
Zum einen hat die CSU durch einen vorgeschobenen Journalisten Klage vor dem bayerischen Verfassungsgerichtshof angestrengt, um einen strammen rechten Privatrundfunk trotz

Zum anderen wird laufend weiter gegen jeden noch verbliebenen fortschrittlichen Ansatz im BR gehetzt, ständig spricht die CSU von »nichtausgewogenen Sendungen«. Das jüngste Beispiel spielte sich so wie folgt ab: Der Programmbereichleiter des BR im Fernsehen, Schönhuber, hatte in einer Münchner Zeitung geschrieben, daß in den Spitzen der Medien »nicht selten liberale Bildungsbürger eine Musik zulassen, bei der die Progressiven und Radikalen den Ton angeben und den Takt schlagen«. Der »Bayernkurier« zog sofort nach und bezeichnete diese Verlogenheit als einen »vorzügliches Artikel«, und

kam dann weiter zu der Feststellung, daß immer mehr Linke in die Rundfunkanstalten einzögen. Immer nach dem Motto, man muß lang genug eine unwahre Sache behaupten, dann werden einige schon dran glauben. Als der Bayerische Journalistenverband und der BR-Personalrat diese Hetze scharfste zurückwiesen und der Chefredakteur im Fernsehen eine Hebelungsklage androhte, mußte sich schließlich der Intendant Vöth Mitte Mai dieses Jahres entschließen. Schönhuber nach den »Beweggründen und Beweisen« seiner Äußerungen zu fragen, die allerdings natürlich nicht geantwortet werden konnten.

Mit einer bloßen Mißbilligung des Hauptabteilungsleiters Schönhuber durch den Intendanten wurde die Angelegenheit vorerst leider schon erledigt. (Alle Angaben nach »Süddeutsche Zeitung«, 3.6.77)

KB/Gruppe Nürnberg



Betrieb und Gewerkschaft



Metall

Betriebsärzte in der BRD

Nur olympiareife Arbeiter haben eine Chance



Ihr Glück, daß der Maschine nichts passiert ist!

Vor zwei Jahren trat das Arbeitssicherheitsgesetz in Kraft, das die Betriebe verpflichtete, Werkärzte einzustellen oder sich an überbetrieblichen werkärztlichen Zentren zu beteiligen.

Ist damit tatsächlich „ein Beitrag zur Humanisierung der Arbeitswelt“

geleistet worden, wie damals die SPD- und DGB-Führung behauptete?

In den Nachkriegsjahren trat der DGB gegen per Gesetz verordnete Werkärzte mit der Begründung auf, daß solche Betriebsärzte aber die Vollstrecker eines „biologischen So-

zialisationsprozesses“ seien. „Die Kranken (liegen in der nächsten Rezession aus) sind als Behälter der Gesundheit der Kollegen. Diesen Standpunkt gab der DGB Anfang der 60er Jahre auf und forderte angesichts der steigenden Unfallzahlen selbst ein Betriebsärztegesetz, das dann auch vor zwei Jahren verabschiedet wurde.“

Auf einer Arbeitstagung der IG-Metall am 31. März und 1. April dieses Jahres versuchte die IGM-Führung eine Bilanz der bisherigen Arbeit der Betriebsärzte zu ziehen. Inhaltlich kam selbst IGM-Vorstandsmitglied Janzen zum Schluß, daß der DGB Anfang der 50er Jahre vertreten hatte. Janzen sprach allerdings von „Anlaufschwierigkeiten und daß Fehlentwicklungen eingeleitet wurden. Dazu wurde kritisiert, daß es viel zu wenig Betriebsärzte gibt.“ Ende 1976 gab es insgesamt 2.300. Die kommunizistische Vereinigung schätzt selber, daß noch 7.000 bis 9.000 gebraucht werden. Um diesen Bedarf zu decken, werden Ärzte in einem 14-tägigen Schnellkursus vorläufig zu Arbeitsmedizinern gemacht.

Nur Arbeiten die Werkärzte für die Gesundheit der Arbeiter?

Janzen selbst sagte dazu: „daß manche Unternehmensleitungen mit Hilfe des Betriebsarztes versuchen, geradezu olympiareife Belegschaften zusammenzustellen.“ Betriebsärzte werden nämlich vor allem für Einstellungsuntersuchungen benutzt, um jeden gesundheitlich geschädigten Arbeiter oder Angestellten von vornherein auszuschließen. So haben heute Kollegen, die durch frühere Tätigkeiten erlitten haben, kaum noch Chancen, wieder eingestellt zu werden. Eine besondere Schwärmerie ist es, daß bei einigen Betriebsärzten Frauen vor der Einstellung einen Schwangerschaftstest machen müssen.

Auch bei laufenden Untersuchungen im Betrieb wird nicht etwa untersucht, wie gesundheitsgefährdende Arbeiten abgestellt werden können, sondern werden gesundheitlich be-

reits geschädigte Kollegen ermittelt, die dann im besten Fall an einen anderen Arbeitsplatz versetzt oder gleich gekündigt werden (aus „persönlichen Gründen“). Es ist gar nicht ungewöhnlich, daß Kollegen, die blutiger krank waren, zum Betriebsarzt bestellt werden, damit untersucht wird, ob der Kollege für den Betrieb überhaupt noch tauglich ist. Besonders gut klappt das in einigen Großbetrieben mit eigenen Betriebskrankenkassen. Dort muß der Kollege eine Bescheinigung unterschreiben

sten nutzen und keinen Schritt zur Sicherung der Gesundheit der Kollegen bedeuten. (Angaben u.a. aus „Presse- und Funknachrichten der IG Metall“ vom 6./7.4.77). Und das bei einer selbst im Vergleich mit anderen kapitalistischen Staaten hohen Quote an Unfällen und Berufskrankheiten. Im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie steht die BRD im westeuropäischen Vergleich hinsichtlich der Unfallhäufigkeit auf Platz zwei. Mit 113 Unfällen je 1 Mio. Arbeitertunden lag sie 1973 weit über dem Durchschnitt

	Angezeigte Berufskrankheiten	Davon Lärmschwerhörigkeit
1966	26 061	903
1967	26 217	1 123
1968	25 793	1 192
1969	27 427	1 833
1970	25 960	2 007
1971	27 200	3 163
1972	30 273	4 606
1973	32 827	6 337
1974	36 194	9 890

Die Tabelle gibt nur die Zahl der angezeigten Berufskrankheiten an. Die tatsächliche Zahl liegt im Dunkeln, dürfte aber ein Vielfaches der angegebenen Fälle ausmachen. Das zeigt z.B. das Ausmaß der Lärmschwerhörigkeit, das nicht daran liegt, daß es jetzt lauter geworden ist, sondern daß mehr Fälle erkannt werden. Aber auch diese Zahlen enthalten vermutlich nur einen Bruchteil aller durch Lärm am Arbeitsplatz verursachten Gesundheitsschäden, denn bislang gibt es keine bundesweiten Kontrolluntersuchungen aller gefährdeten Arbeiter. Als gefährdet gelten alle Arbeiter, die in Bereichen ab 90 dB (A) arbeiten. Dieser Wert ist völlig willkürlich festgelegt. „Nach Schätzungen aus dem Bereich der metallverarbeitenden Industrie müßten bei einem Richtwert von 85 dB (A) etwa 80 %, bei 90 dB (A) aber nur etwa 15 % der Arbeitnehmer überwacht werden“ (Aus: Rolf Kasika, Gesundheit am Arbeitsplatz).

(freiwillig), daß der Werkarzt Einsicht in die Krankenakte nehmen

(freiwillig), daß der Werkarzt Einsicht in die Krankenakte nehmen darf. Vielfach wird das sogar ohne Wissen des Kollegen gemacht.

Weiterhin sind viele Betriebsärzte dazu verpflichtet, die Einhaltung der Alkoholverbote im Betrieb zu kontrollieren und dafür bei den Arbeitern Alkoholtests durchzuführen, um „Säufer“ zu ermitteln und rauszuschmeißen (siehe AK 101).

An diesem Punkt wird wohl schon deutlich, daß Werkärzte ausschließlich den Zielen der Kapital-

der EG-Staaten (103). Noch immer erleidet etwa jeder zehnte Beschäftig-

der EG-Staaten (103). Noch immer erleidet etwa jeder zehnte Beschäftigte einmal im Jahr einen Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit. Vor allem steigt die Zahl der Berufskrankheiten immer mehr (siehe Tabelle).

Für männliche Arbeiter sinkt die Lebenserwartung Jahr für Jahr. Weniger als die Hälfte aller Arbeiter erreicht einigermaßen gesund das 60. Lebensjahr, die meisten scheiden wegen Berufsunfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit schon früher aus dem Berufsleben aus.

Die Haltung der Gewerkschaftsführer zur Massenarbeitslosigkeit

Angesichts der Tatsache, daß sich die Zahl der Arbeitslosen nun schon im dritten Jahr um die Millionenengrenze bewegt, sind jetzt wohl die letzten Hoffnungen verfliegen, daß es sich hierbei um ein kurzfristiges, konjunkturelles Problem handelt. Stattdessen steht fest, daß Massenarbeitslosigkeit wieder dauerhaft zum Erscheinungsbild des westdeutschen Kapitalismus gehört. Sicher ist außerdem, daß sich die Zahl von derzeit etwa einer Million Arbeitslosen nicht verringern sondern zukünftig noch erheblich erhöhen wird. Diese Tatsache ist auch DGB-Chef Vetter bewußt.

„Wenn nichts entscheidendes geschieht, können wir in eine Arbeitslosigkeit hineingeraten, die die Zahl einer Million verblieben läßt“ („Frankfurter Rundschau“, 31.5.). Nach Meinung des Leiters der Abteilung Automation beim IG Metall-Vorstand, Friedrichs, werden zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung mindestens drei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze benötigt. Der Gewerkschaftsvorstand geht dabei davon aus, daß (neben den derzeit eine Million Arbeitslosen) durch Rationalisierungsmaßnahmen weitere 1,17 Mio. Arbeitsplätze vernich-

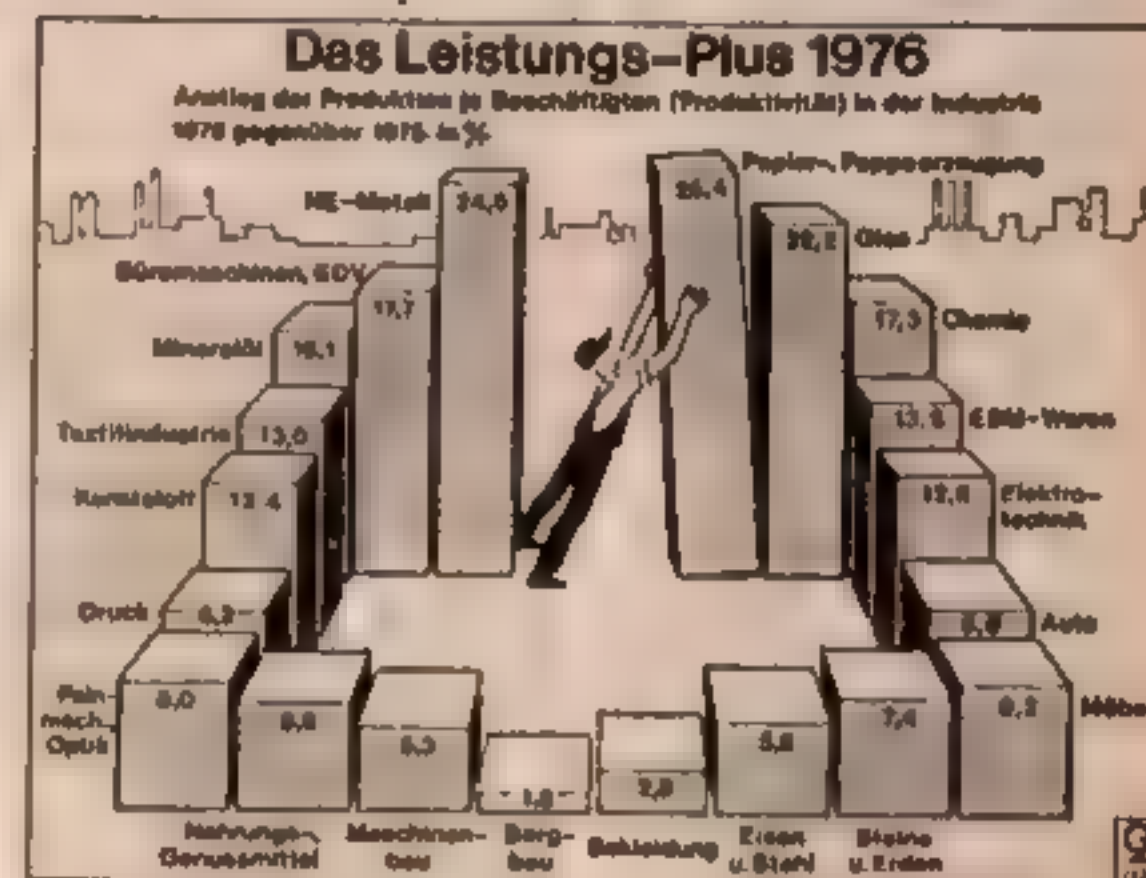
tet werden. Zusätzlich zu den in der Industrie anstehenden Entlassungen, zeichnet sich in den Büros eine massenhafte Arbeitsplatzvernichtung ab. Nach Meinung der IG Metall bestehen in den Büros je nach Einzelfall „Rationalisierungsreserven“ von 20 bis 90 Prozent! Durch das Vordringen der Mikro-Elektronik wird diese Entwicklung in einem noch nicht vorstellbaren Maße beschleunigt!

„Zu befürchten ist, daß Arbeitsplätze dahinschmelzen wie Schnee in der Sonne. Es gebe Schätzungen, nach denen der Schaffung eines neuen Arbeitsplatzes durch die Mikroelektronik die Vernichtung von fünf alten Arbeitsplätzen gegenüberstehe“ („Technologie-Tagung des IG Metall 1977“).

Es ist klar, daß diese Entwicklung den westdeutschen Gewerkschaftsführern auf besondere Art „Sorge“ bereitet. Denn ihr Kurs der Anpassung und „Sozialpartnerschaft“ schließt die Möglichkeit, Rationalisierungen und Entlassungen grundsätzlich zu bekämpfen, aus. Den besten Beweis hierfür gab die Automobilindustrie, wo tausende von Arbeitern mit dem Segen der Ge-

werkschaftsführer auf die Straße flohen, weil es sich aus der Sicht der Kapitalisten um „notwendige Schrumpfungprozesse“ in diesem Industriebereich handelte. Nach dem gleichen Schema wird heute von den Gewerkschaftsführern der Abbau von Arbeitsplätzen auf den Werften und in der Stahlindustrie als „objektiv notwendig“ anerkannt. „Gekämpft“ wird nur, und auch dann hauptsächlich mit dem Maul, wenn sogenannte Mißmanagement zu Entlassungen führt. Aber nicht zur Schrumpfungprozessen, sondern auch Rationalisierungen stehen die Gewerkschaftsführer „aufgeschlossen“ und nicht als „Maschinenstürmer“ gegenüber IGM-Vorsitzender Loderer. „Wir sind uns dabei im klaren darüber, daß es nicht darum gehen kann, das Rad der technischen Fortschritte zurückzudrehen. Wir brauchen den Fortschritt nicht nur, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer (!) Wirtschaft in der weltweiten Arbeitsteilung (!!) zu erhalten. Wir wollen ihn nutzen, um die Qualität des Lebens aller Arbeitnehmer in Zukunft zu verbessern“ („Metall“ 11/77).

Der zweite IGM-Vorsitzende Mayr ist sogar davon überzeugt, daß die



Mit 2,5 Prozent weniger Arbeitskräften produzierte die deutsche Industrie im vergangenen Jahr 7,2 Prozent mehr Waren. Am stärksten gestiegen ist die Produktion je Beschäftigten in der Papier- und Pappherstellung (plus 25,4 %) und in der NE-Metall-Industrie (plus 24,5 %).

Fortsetzung von Seite 13

„Arbeitnehmer wissen, daß die Regierung neue technologische Entwicklungen fördern müsse“ („Metall-Pressedienst“, 21.4.).

Hier werden von den IGM-Führern in bekannter demagogischer Art die Tatsachen auf den Kopf gestellt. Denn kapitalistische Rationalisierung hat noch nie zur „Humanisierung der Arbeitswelt“ und zu einer Verbesserung der „Qualität des Lebens“ geführt; im Gegenteil, Massenarbeitslosigkeit und steigende Arbeitslosigkeit waren auch immer die Folgen. Die Gewerkschaftsvorstände sind natürlich nicht so blind, diesen Zusammenhang nicht zu erkennen.

Der Gewerkschaftsstrategen ist andererseits aber auch klar, daß die Massenarbeitslosigkeit nicht völlig untätig hinnehmen können, da sie sonst Gefahr laufen, mit ihrer Politik voll abzuwirtschaften. Aus diesem Grund fallen gegen die Auswirkungen einer von ihnen akzeptierten Entwicklung ab und zu wortbedingte Sprüche.

Der IG Metall-Vorstand ist hier besonders aktiv. Loderer bezeichnete die Arbeitslosigkeit „als krasseste Form der Inhumanität“ und Mayr warf den Unternehmern vor, „die betriebliche systematische Beschäftigungsabbau“, und er versprach, „die gegenwärtige Massenarbeitslosigkeit wird von uns nicht hingenommen“ („Metall“, 11/77).

Die augenblickliche, prekäre Situation auf dem Arbeitsmarkt und die nicht eben optimistischen Prognosen für die kommenden Jahre führt die DGB-Führung sogar zu Überlegungen, die in der Regel mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen belegt werden.

DGB-Chef Vetter: „Wenn die Marktwirtschaft nicht in der Lage ist, die Vollbeschäftigung wiederherzu-

stellen, dann muß sich diese Marktwirtschaft die Frage stellen lassen, ob sie als Ordnungssystem dieser Wirtschaft für die Zukunft unverändert vertretbar ist“ („Welt der Arbeit“, 4.2.).

Doch so kämpferisch die Gewerkschaftsvorstände bisweilen in Worten auftreten, so wenig haben sie in Taten vorzuweisen.

Das inzwischen von der Bundesregierung verabschiedete 16-Milliarden-Investitionsprogramm bezeichnete Vetter „als einen ersten Schritt“. Gewiß, es fragt sich nur, wozu. Denn schon einmal hat die Bundesregierung ein Investitionsprogramm vorgelegt, das von den Kapitalisten nicht zur Arbeitsplatzschaffung, sondern zur Arbeitsplatzvernichtung benutzt wurde. Um die Wiederholung einer derartigen Entwicklung beim jetzt laufenden Investitionsprogramm möglichst zu vermeiden, fordern die DGB-Führer „Erfolgskontrollen“, öffentliche Auflagen und für sich selber Kontrollrechte durch paritätische Mitbestimmung auf allen Ebenen wirtschaftlicher Entscheidungen. Forderungen also, die den Arbeitern noch nie nutzen und von denen die Kapitalisten nichts zu befürchten haben. Der DGB-Vorstand erklärt denn auch ganz blauäugig: „Wir wollen mitreden, wenn, in welchem Umfang und mit welchen Folgen rationalisiert wird“ („WdA“, 29.4.).

Im März d.J. trat das IGM-Vorstandsmitglied Janzen mit der Forderung nach einem Vollbeschäftigungsgesetz an die Öffentlichkeit. Nach seiner Meinung müsse ein solches Gesetz sicherstellen, daß alle Maßnahmen der Wirtschaft, Finanz-, Forschungs-, Bildungs- und Sozialpolitik auf das Ziel der Vollbeschäftigung ausgerichtet werden („Metall-Pressedienst“, 1.3.).

Ebenfalls ein Vorschlag, der gut klingt, aber nichts bringt. Zu einem solchen Gesetz wird es erstens nicht kommen, und zweitens würden sich die Kapitalisten genauso wenig daran halten wie an das in manchen Bundesländern verankerte „Recht auf Arbeit“.

Der neueste Trichter, auf den die Gewerkschaftsführer im „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ gekommen sind, heißt „Arbeitszeitverkürzung“. „Um das Recht auf Arbeit verwirklichen zu können, wird die stufenweise Einführung der 32-Stunden-Woche gefordert, die Verlängerung des Jahresurlaubs, der Abbau von Überstunden und eine Ausdehnung der schulischen Ausbildungszeit“ (IG Metall-Angestelltenkonferenz).

Hierzu ist zu sagen, daß die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung richtig ist als Mittel, um der zunehmenden Arbeitslosigkeit und Akkordschere durch längere Erholungszeiten entgegenzuwirken. Falsch bzw. sogar demagogisch wird die Forderung jedoch wenn sie den Kampf gegen Stillelegungen und Entlassungen ersetzen soll. Dadurch wird die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung zum Ablenkungsmanöver, und genau das wollen die Gewerkschaftsführer bezwecken. Zudem meinen sie es aber auch mit der Arbeitszeitverkürzung nicht ehrlich. Das beweist zum einen der Metall-Tarifabschluß 1976.

Obwohl schon damals die Arbeitslosigkeit bei über einer Million lag, gab man sich mit einem Tag Urlaub mehr (ab 1977 bis Ende 1978) zufrieden. Und wie soll es nach Ansicht der IG Metall-Strategen weitergehen im „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“? „Ob erste Forderungen schon in der Tarifrunde 1978 zu erwarten sind,

läßt der Tarifexperte Mayr ebenso offen wie die Frage, ob beim Urlaub entfallen oder eine andere Art der Arbeitszeitverkürzung verlangt wird“ („FAZ“, 27.5.).

Sicher ist nur, daß auf dem bevorstehenden IGM-Gewerkschaftstag lang und breit über das Thema debattiert werden wird, aber konkrete Schritte zur Durchsetzung sind nicht zu erwarten.

Werden die Gewerkschaftsführer tatsächlich Arbeitszeitverkürzungen anstreben, gäbe es auch heute schon geeignete Mittel, z.B. durch die Organisation eines breiten Osterferienboykotts. Stattdessen können die Verweigerung von Streikaktionen im

Opel die Ausnahme

Die Gewerkschaftsführer sind nach wie vor weder willens noch in der Lage, gegen Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit entschieden zu kämpfen. Ihr einziges Interesse liegt in der Verhinderung einer Radikalisierung, die auch ihnen langfristig schaden könnte.

Für die Arbeiter ergibt sich daraus die Konsequenz, im selbständigen Kampf sowohl Arbeitszeitverkürzungen durchzusetzen, als auch Stillelegungen und Entlassungen zu verhindern.

Metall-Kommision
Kf/Gruppe Hamburg

Streik bei SKF

Am 1. Juni ging ein Streik der 2.000 Arbeiter und einem Teil der Angestellten im Werk Stuttgart-Bad Cannstatt der SKF Kugellagerfabriken zu Ende.

Die Arbeiter hatten nach einer Betriebsversammlung am 27. Mai die Arbeit niedergelegt. Auf der Betriebsversammlung wurde angekündigt, daß der Rollenbau ab 22. Juni in das Schweinfurter Werk verlegt werden soll. Dabei hatte die Geschäftsleitung noch Ende letzten Jahres erklärt, daß bis 1979 kein Produktionsabbau stattfinden

2.000 Arbeiter gegen geplante Entlassungen mit einem mehrtägigen Streik und einer Demonstration in die Stadt. Die Schweinfurter Kugellagerfabriken konnten damals die Entlassungen vorläufig verhindern, ließen sich dafür aber auf Kurzarbeit ein.

Auch der Streik in Stuttgart-Bad Cannstatt brachte den Arbeitern nicht gerade einen großen Erfolg. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, daß die Zylinderrollenfertigung nach Schweinfurt verlegt wird, aber die dort beschäftigten 71 Arbeiter an gleichwertigen Arbeitsplätzen beschäftigt werden und ihr Lohn nicht abgebaut werden darf.

Das Ziel des Streiks (Erneuerung der vor Jahresfrist gegebenen Zusage der Geschäftsleitung, daß bis 1979 kein Produktionsabbau stattfinden wird) wurde nicht erreicht.

Metall-Kommision

Chemie

Tariffbetrug in Rheinland-Pfalz

In einem Nacht- und Nebelbesuch am Wochenende des 4. und 5. Juni haben die Gewerkschaftsführer der IG Chemie mit den Kapitalisten den Tarifvertrag abgeschlossen. Ergebnis: 7% mehr Lohn und Gehalt ab 1. Mai 77, zusätzlich DM 165,- für den Monat April. Die Kollegen der BASF erhalten allerdings DM 175,- im April.

Vorausgegangen ist diesem Verrat eine ungeheure Mobilisierung, insbesondere der Kollegen der BASF, durch die IG Chemie-Führung für einen Streik. Zu dieser Mobilisierung gehörten während der ganzen Verhandlungsdauer seit April Demonstrationen, Vertrauensleuteversammlungen, Betriebsversammlungen, Lawinen von Flugblättern und ganz zum Schluß die Urabstimmung, in der sich 82,5% der Kollegen in Rheinland-Pfalz für Streik aussprachen. (s. Berichterstattung im AK 105). Diese Streikmobilisierung sollte nach Angaben der IG Chemie-Führung dazu dienen das „Lohnndiktat“ der Unternehmer zu durchbrechen (Hans Schweitzer, Bezirksleiter der IG Chemie). Unter dem „Lohnndiktat“ verstanden die Gewerkschaftsführer den 7%-Abschluß in Nordrhein und Hessen. Nun, das Lohnndiktat ist durch den Abschluß nicht durchbrochen worden, es stand auch nicht in der Absicht der Gewerkschaftsführer, das Lohnndiktat zu durchbrechen. Absicht der Gewerkschaftsführung war es, den Kampfgeist der Kollegen insbesondere bei BASF zu lähmen. Wie wir schon im letzten AK näher ausführten, haben die Kollegen von BASF seit 1973 zu jeder Tarifrunde Kampfmaßnahmen durchgeführt. Diese Kampfbereitschaft sollte in dieser Tarifrunde gebrochen werden. Darin hat sich nicht nur die Gewerkschaftsführung beteiligt, sondern gerade die BASF-Geschäftsleitung hat ihren Anteil dazubetragen (s. AK 105). Am 7. und 8. Juni mußten die Kollegen nochmals abstimmen, diesmal, ob sie den Tarifvertrag annehmen. Das Ergebnis zeigte bereits deutlich, daß die Resignation bei vielen Kollegen bereits eingesetzt hat. Lediglich 62% beteiligten sich an dieser „Urabstimmung“, von diesen entschieden sich 64,4% für die Annahme des Tarifvertrags, d.h. effektiv entschieden sich nur 39,9% der Kollegen für den Tarifvertrag, aber das stürzte die Gewerkschaftsführung keineswegs, der Tarifvertrag ist damit angenommen. Bei BASF entschieden sich sogar 67,1% der abstimmenden Kollegen für den Tarifvertrag, ganz sicher ein Ergebnis des Spaltungswunsches der Gewerkschaftsführung, den sie mit der höheren April-Prämie für BASF durchführte.

Ausdruck der Resignation ist die geringe Wahlbeteiligung. Bei der Ur-

in FORMIER

7/77

82,5% für Streik

In der BASF 83,4%.

KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN:

Ein Danke an alle

Wie geht es weiter

Wahlbeteiligung in 28 Betrieben: 82,5% (BASF 83,4%)

Stimmen für einen Arbeitskampf: 82,5% (BASF 83,4%)

Gegen einen Streik: 17,5% (BASF 16,6%)

Durch den Streik gehen die Verhandlungen für die Durchsetzung eines Arbeitskampfes zu Ende.

Wie geht es weiter

Immer wieder betonen wir die Hauptaufgabe nach der Streikmobilisierung die Streikdurchsetzung. Die Streikdurchsetzung ist unsere Aufgabe. Wir werden sie mit aller Kraft und mit aller Energie durchsetzen. Wir werden sie mit aller Kraft und mit aller Energie durchsetzen.

abstimmung, wo es um die Frage Streik ja oder nein ging, beteiligten sich 92,2% der Kollegen.

Die Gründe, warum sich von den abstimmenden Kollegen die Mehrheit für Annahme ausgesprochen, sind sicher vielfältig, aber einige lassen sich doch genauer angeben: Viele Kollegen wußten nicht, warum sie noch gegen einen Tarifvertrag abgeben sollten, wenn die Gewerkschaftsführung es sowieso anscheit. Hinzu kommt, daß diese Urabstimmung im Betrieb stattfand, wo in den Wahllokalen während der Abstimmung gleichzeitig Vorgesetzte auf Anweisung der Geschäftsleitung anwesend waren (s. einem Vorschlag des „Arbeitsrats der Arbeitgeberverbände“). Den Kollegen wurde aber nicht nur durch die bloße Anwesenheit der Vorgesetzten zugezogen, sondern schon viel früher: durch Flugblätter der IG Chemie, die das Ergebnis als „Durchbruch“ feierte (die IG Chemie behauptete, sie hätte tatsächlich bei 7,25% - 7,38% abgeschlossen), durch Annahme von Meistern im Betrieb

etc. Hinzu kam die Angst, allein gelassen zu werden.

Chronologie des Streikverrats

Im folgenden wollen wir an Hand von Flugblättern der IG Chemie und der BASF zeigen, wie die Kollegen planmäßig in die Niederlage getrieben wurden.

Zu Beginn der Tarifverhandlungen wurde von der IG Chemie-Führung im Flugblatt „Informiert“ 1/77 bereits angekündigt: „Ob die Tarifkommission unsere Forderungen in ihren Verhandlungen durchsetzt? Hierzu drücken wir die Solidarität aller Arbeitnehmer... Denkt daran: Solidarität ist unsere Kraft, gemeinsam erreichen wir mehr.“ Dies gilt insbesondere für die diesjährige Tarifrunde.

Im Gegensatz zu früheren Tarifrunden, rief die IG Chemie bereits zu Beginn der Verhandlungen zur „Solidarität“ auf. Bereits in „Informiert“ 3/77 schrieb die Gewerkschaftsführung: „Die Unternehmer haben uns überflüssige 6% angeboten

und wollen uns nach dem Abschluß im Heizen (= 7%) das gleiche Angebot machen. Es liegt nun bei den Arbeitnehmern der chemischen Industrie in Rheinland-Pfalz, zu prüfen, ob sie mit einem Ergebnis von 7% zufrieden sind. Wir halten unsere Forderungen nach wie vor aufrecht. Die Lage ist ernst geworden. Wer mehr als 7% will, muß sich auf einen Arbeitskampf einrichten.“ Zwischen der Gewerkschaftsführung und einem „Angebot der Kapitalisten von 7%“ das Schwächung hatte sich nicht lassen, schrieb sie in „Informiert“ 4/77: „Streik in der Chemie? Jetzt stellt sich für jeden von uns die Frage: Sollen und können wir das Lohnndiktat der Unternehmer annehmen? WIR MEINEN NEIN! RICHTIG! EUCH AUF EINE AUS EINANDERSETZUNG EIN!“ Bereits zu diesem Zeitpunkt stand fest, daß die IG Chemie nicht mehr 9,5% wie ursprünglich forderte, sondern sich den Kapitalisten auf 7,5% (!) angenähert hatte. Bei allen weiteren Aktivitäten ging es also nur

noch um wenige Prozentanteile hinter dem Komma und nicht um „eine Brechung des Lohnndiktats“. Und dann wurde die Gewerkschaftsführung ganz stark („informiert“ 5/77): „Urabstimmung genehmigt! Rüstet Euch! Jetzt zeigen wir, was ein längerer Hebel stützt. Jetzt wollen wir wissen, ob es den Unternehmern um die Zehntel-Prozente geht. Oder um eine Demonstration ihrer Macht. Anhand der wollen wir dem Kuchen etwas wegschneiden, was sie sich dabei ganz schön die Finger verbrennen. Denn es ist unser Recht, uns gegen ungerechtfertigten Druck zu wehren. Machen wir die Buben zu... Rüstet Euch für den Kampf und kämpft!“ Während dieses „Anheißphasen“ kam es auch zu den ersten Kampfkampagnen der BASF-Kollegen: Am 9. und 10.3. demonstrierten jeweils einige tausend Kollegen und am 19.3. kam es zur größten Demonstration, die es in der chemischen Industrie je gab: Im Anschluß an eine Betriebsversammlung demonstrierten 12.000 BASF-Kollegen

Fortsetzung auf Seite 15

Fortsetzung von Seite 14

durch das Werk (a. Berichterstattung im AK 105). Mit dieser Kampfstimmung zogen die Kollegen am 23. Mai in die Urabstimmung, die am 25. Mai beendet war und mit 82,5% für Streik ausging. Jeder erwartete den baldigen Streikbeginn. Aber jetzt begann sofort die Hinhaltetaktik der Gewerkschaftsführung: „Wann wir mit dem Streik beginnen ist unvorhersehbar. Denn wir müssen die strategische und taktische Führung in diesem Arbeitskampf behalten. Deshalb wird der Streikbeginn von der Streikleitung ... erst kurz vor Beginn bekanntgegeben... Macht keine Einzelaktionen! Unser sorgfältig ausge-

arbeiteter Plan darf nicht durch spontane Aktionen gestört werden! (11)“ („Informiert“ 7/77). In allen folgenden Flugblättern wurde das gleiche ausgesagt: nicht die Taktik durchkreuzen, abwarten, was die Streikleitung sagt ...

Aber das erste, was bekannt wurde, war, daß der Streik erstmal ausgesetzt wurde, weil neue Verhandlungen mit den Kapitalisten unter Vermittlung des Ministerpräsidenten Vogel von Rheinland-Pfalz, des Bundesarbeitsministers Ehrenberg und des Ludwigshafener Oberbürgermeisters begannen. Diese „Vermittlungsversuche“ zogen sich eine Woche

hin, bis am Wochenende 4/5 Juni der berichtigte Abschluß erfolgte. Lediglich einmal durften sich 5-6000 „Anliner“ Luft machen. Am 3.6. lief die Gewerkschaftsführung zu einem zweistündigen Warnstreik auf („Mannheimer Morgen“, 3.6.77).

Noch am 3.6. erklärte Schweinert (also kurz vor den erneuten und endgültigen Verhandlungen), daß die Chancen einer Einigung „1:9 dagegen stehen“ würden und daß er kein „geschöntes Ergebnis“ um 7% akzeptieren würde. Tja, Worte sind bei Gewerkschaftsführern also Schall und Rauch ...

Insgesamt hat die IG Chemie-Führung einen ungeheuren Aufwand für dieses Theater getrieben: 1,5 Millionen (!) der Mitgliedsbeiträge hat sie verschleudert, sie hat Gewerkschaftssekretäre aus anderen Betrieben (z.B. Kodak aus Hamburg) eingesetzt, um die „BASF-Kollegen zu unterstützen“, wie es so schön heißt.

Eine der wichtigsten Lehren aus diesem Tarifverrat ist wieder einmal, wenn nicht sofort auf Vollstreik orientiert wird, und zwar an der Gewerkschaftsführung vorbei, endet jede versuchte Kampfmaßnahme fast zwangsläufig in der Niederlage.

Chemiekomitee KB/Gruppe Hamburg
(nach Informationen eines Genossen aus Ludwigshafen)



Das BASF-Tor war für etwa eine halbe Stunde von rund 200 Auszubildenden blockiert. Die Jugendlichen demonstrierten mit einem „Sit in“ gegen angebliche Abhör-Pläne der Unternehmensleitung im Falle eines Streiks.



Warnstreik der „Anliner“ am 3. Juni

Auch in Hamburg 7 %

Am 9. Juni schloß auch die Hamburger Gewerkschaftsführung mit 7% ab, obwohl bereits die Schlichtung eingeleitet war und obwohl auch für Hamburg mehr versprochen war. Auf einer Funktionärskonferenz am 1.6. wurde noch groß vom Leder gezogen, man müsse solidarisch zusammenstehen, auch ein Streik in Hamburg würde nicht ausgeschlossen. In mehreren Betrieben wurden bereits Streikkleidungen gebildet, z.B. bei der Norddeutschen Affinerie. Bei der „norddeutschen Schleifmittelindustrie“ gab es auch einen Warnstreik an dem sich 250 Kollegen beteiligten, für eine Stunde ...

Natürlich waren auch in Hamburg die starken Worte der Gewerkschaftsführung nicht ernst gemeint. Aber in Hamburg hat sowieso kaum ein Kollege daran geglaubt, daß die Gewerkschaftsführung zu

Kampfmaßnahmen blies würde. Immerhin steckt den meisten Kollegen noch der Tarifverrat von 1971 in den Knochen, wo die Hamburger Kollegen und die Kollegen anderer Betriebe nach einem Streik das gleiche erleben mußten, wie heute die BASF-Kollegen. In Hamburg gibt es aber z.Zt. auch wenig Streikbereitschaft, weil für jeden Kollegen sichtbar ist, daß die Situation nichts geändert hat. In Hamburg zeigt es sich deutlich, was die Gewerkschaftsführer in Rheinland-Pfalz jetzt bezweckt haben: Nach einer solchen schweren Niederlage dauert es Jahre, bis sich die Arbeiterklasse davon erholt hat, und bereit ist wieder zu kämpfen.

Chemiekomitee KB/Gruppe Hamburg

„Ungereimtheiten bei Roemtsma“

Am 6. Juni brachte das Fernsehemagazin „report“ einen Beitrag zur fristlosen Kündigung eines Betriebsrates der Firma Roemtsma/Werk Westberlin. Bei der letzten Betriebsratswahl war er von den Kollegen mit den meisten Stimmen gewählt worden und hat sich für ihre Belange stark gemacht. Im April letzten Jahres wurden in seinem Spind ein Plastikbeutel mit 179 Zigaretten und eine „Rote Fahne“ gefunden. Also ein „kommunistischer Dieb“? Der Kollege sagte, daß diese Sachen nicht von ihm stammen und vertrat die Meinung, daß hier manipuliert wurde. Folgende Ungereimtheiten wurden in der Sendung festgestellt:

- Das Unternehmen bot ihm an selbst zu kündigen

- In der ersten Instanz vor dem Arbeitsgericht wurden ihm 4000,- DM geboten

- Der Kollege wollte Anzeige bei der Kripo erstatten, diese nahm jedoch lediglich die Anzeige von Roemtsma auf

denklichen Kündigungsfrist zugestanden hätte. Bei einem Betriebsratsmitglied von einer ordentlichen Kündigung zu reden ist ein Hohn. Da hätten sie ihn bis Mitte '79 auszahlen müssen.

Für die Kollegen in den verschiedenen Unternehmensbereichen waren die Ungereimtheiten damit nicht vergessen. Die ungewöhnlich schnelle Reaktion des Vorstandes machte sie eher noch stütziger.

Aber es kam noch „netter“! Am 8. Juni ließ es vor Arbeitsbeginn: „Bombendrohung - können wir mal in ihre Tasche sehen!“ Stimmige Burschen mit Sprengfunkgeräten bewaffnet, Männer einer Wach- und Schließgesellschaft durchsuchten in Westberlin die Kollegen.

Angewidert waren „Bombendrohungen“ in Westberlin und im Werk Hannover-Langenhagen eingegangen. Ein Anrufer hatte angeblich gedroht: „Die „Rote Fahne“ können sie im Staub lesen.“

Waren da linke Extremisten am Werk? Unseres Erachtens weht der Wind aus einer ganz anderen Richtung, denn es ist von der Roemtsma-Geschäftsleitung geplant ein neues „Sicherheitsystem“ einzuführen. Und wie erreicht man, daß die Kollegen ein solches System sang- und klanglos einführen lassen oder sogar selber nach mehr „Sicherheit“ rufen??

Chemiekomitee KB/Gruppe Hamburg

1. Mai-Demonstration in Stade gewerkschaftsfeindlich?

Am 1. Mai haben Bürgerinitiativen, Frauen- und Schülergruppen und der KB eine Demonstration mit Kundgebung und anschließendem Volksfest organisiert. Die Gewerkschaftsführung hatte zu einem Gottesdienst (!) mit Plastikkonfetti und Seifenblasen eingeladen.



Der Jugendvertreter der Alumnium Oxid Stade (AOS) soll jetzt wegen gewerkschaftsfeindlichem Verhalten aus der IG-Chemie ausgeschlossen werden, da er für die Demonstration eingetreten ist und an ihr teilgenommen hat.

In seiner persönlichen Erklärung an den Hauptvorstand der IG-Chemie schreibt er: „Ich frage mich, was an einer Demonstration von Arbeitern und Angestellten am 1. Mai gewerkschaftsfeindlich ist, die für die Forderungen eintritt wie z.B.: Weg mit dem Atomprogramm der Bundesregierung“, „Gegen eine Politik, die uns den Abbau des Lebensstandards, sozialer Leistungen, Arbeitslosigkeit und „Lehrstellenmangel“ beschert, während die Unternehmerprofite kräftig steigen“, „Weg mit den Berufsverboten“ und „Gegen den Abbau der demokratischen Rechte“ um hier nur einige zu nennen. „Ich bin der Meinung, daß 22 000 Kollegen die gegen mich einen Gewerkschaftsausschlußantrag gestellt haben nicht darum geht, gewerkschaftliche Forderungen zu vertreten, sondern Gewerkschafter auszuschließen, die Kritik an der „offiziellen Gewerkschaftsmeinung“ haben, um so jede kritische Auseinandersetzung innerhalb der Gewerkschaft zu verhindern.“ „Durch eine solche Ausschlußpraxis wird die Gewerkschaftsbewegung geschwächt und gespalten.“

Die Stader Initiative gegen AKW hat jetzt begonnen, diesen Fall in die Öffentlichkeit zu tragen und sammelt Unterschriften unter der Forderung: „Keinen Gewerkschaftsausschluß für JV von AOS“

KB/Gruppe Stade



Fristlose Kündigung nach Gewerkschaftsausschluß

Rüsselsheim: Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim hat im April eine ÖTV-Vertrauensfrau, die in der Stadtverwaltung beschäftigt war, fristlos gekündigt und ihr gleichzeitig Hausverbot erteilt.

Diese Kündigung war durch den ÖTV-Bundesausschuss vorbereitet worden, indem diese Kollegin und ein weiterer Kollege auf Antrag der Darmstädter ÖTV-Kreisverwaltung ca. 6 Wochen zuvor ausgeschlossen



und damit „zum Abschluß freigegeben“ worden sind.

„In der Begründung für den Ausschluß heißt es, die Vertrauensfrau habe Flugblätter des KBW verteilt, der zweite Kollege habe bei den Kommunalwahlen auf einem Wahlzettel des KBW kandidiert“ („express“, 17.5.77).

Gegen diese Schweinerei der ÖTV-Fürsten hatten sich die ÖTV-Kollegen und Kollegen der Stadtverwaltung Rüsselsheim in einer Resolution gewandt, sie forderten die Einstellung des Ausschlußverfahren. Dies hat die ÖTV-Fürsten aber in keiner Weise daran hindern können, ihr Vorhaben, Ausschluß und Denunziation, durchzuführen.

ÖTV-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Die gekündigte Kollegin hat vor dem Arbeitsgericht Kündigungsschutzklage eingeleitet (nach „express“, 17.5.77).

Diesem Ausschluß war die von der Darmstädter Kreisverwaltung der ÖTV angeordnete Auflösung des gesamten Vertrauenskörpers in der Stadtverwaltung vorausgegangen („express“, 3/77).

„Die ÖTV-Kreisapitze mit den Repräsentanten Blank und Wannemacher begründete den Schritt damit, die Vertrauensleute hätten auch nach der Entscheidung der zuständigen (?) Organe der ÖTV für eine Prozentforderung an einer Feigkeits-Strategie festgehalten und seien nicht bereit gewesen, die Forderungen der ÖTV in der Turfurunde nach außen hin mitzureden“ (ebenda, 8.5.) -

Denn nur diese Haltung entsprach dem treuen Mitgliederwillen. Der überwiegende Teil der Rüsselsheimer ÖTVler hatte sich für eine Festgeldforderung ausgesprochen, „war aber mit dem Anliegen bei einer Delegiertenversammlung auf Kreisebene, die einen turbulenten Verlauf nahm, nicht durchgedrungen. Die Rüsselsheimer ÖTV-Mitglieder zweifelten bei dieser Delegiertenversammlung an der Legitimation der Beschlüsse mancher ÖTV-Berater, weil die Mitglieder nicht vorher abstimmen durften (1). Stattdessen war mit kaum nachvollziehbaren Ergebnissen von Befragungen (1) operiert worden“ (ebenda).

Innengewerkschaftliche Diktatur ist Trumpf!

ÖTV-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Vorstellung gegen Sparpolitik und Repression in staatlichen und kirchlichen Kindertagesheimen

Hamburg: Am Freitag, den 10.6.77 fand von der Kollegengruppe „angespöckelt“ und der Frauengruppe der „Vereinigung städtischer Kinder- und Jugendheime“ eine Veranstaltung statt, die mit 100 Teilnehmern recht gut besucht war. Anlaß waren eine Reihe von Kündigungsversuchen in staatlichen und kirchlichen Kindertagesheimen.

Die Geschäftsleitung der „Vereinigung“ begründete zum Beispiel eine Kündigung mit dem Entschluß, unter anderem die „mit 20 Kindern in der Organisation der Gruppenführung nur Teilgruppen überblickt“, so daß die ihr obliegende Aufsichtspflicht nicht sichergestellt sein kann.“ Ihr wird in der Beurteilung bescheinigt, „mit Teilgruppen durch eine intensive Beschäftigung durchzuführen“ zu haben. Darüber hinaus sei bei dieser Kollegin „in der zweiten Tageshälfte ein Leistungsabfall zu beobachten“ (Zitat aus der Bescheidurteilung der Heimleitung vom 21.1.77).

Die Vorwürfe, die hier gemacht werden, lauten darauf hinaus, ihr pädagogische Unfähigkeit vorzuwerfen, weil die „Aufsichtspflicht“ nicht gewährleistet war. Dabei wird in dem Bericht nicht berücksichtigt, daß keiner, der den Anspruch hat, sich intensiv und ernsthaft mit den Kindern zu beschäftigen, das nicht in Gruppen von 20 oder mehr Kindern machen kann.

Da aber hier in dem Kündigungsgrund nicht die inhaltliche pädagogische Arbeit in den Mittelpunkt gestellt wurde, sondern die „Aufsichtspflicht“, wird deutlich, worauf in Zukunft Wert gelegt wird: Hauptanrede, wenn hat die Gruppe „im Griff“ und dabei kann man den Kindern nur wenig eigene Entscheidungen lassen, wie und was sie spielen dürfen. Am Beispiel einer anderen Kollegin, gegen die ein Kündigungsversuch läuft, kann man den neuen Stil der Geschäftsleitung weiter verfolgen. Auch in diesem Fall sollen „Aufsichtspflichtverletzungen“ vorliegen, weil die Kinder häufiger unbemerkt die Gruppe verlassen haben sollen. Außerdem fehlt „das Fehlen K. an Durchsetzungsvermögen“, weil die Kinder „von Forderungen kaum noch (zukommen)“. Die Kollegin sollte in ihrer Gegenüberstellung ungenau dar, daß sie den Kindern möglichst viel Entscheidungsfreiheit lassen wollte.

Auch dieser Kollegin wurde „Antriebs- und langweiliger Arbeiten“ vorgeworfen (Zitat aus dem Brief der Heimleitung an die Personalabteilung, 26.1.77).

Einer dritten Kollegin wurde vom Personalärztlichen Dienst attestiert, daß sie auf Dauer für eine Tätigkeit als Erzieherin ungeeignet sei. Der Grund, sie sei insgesamt „nicht belastbar“ und würde immer wieder für längere Zeit ausfallen. Die Kollegin und die Heimleitung aus ihrem Heim bestritten ihr eine gute pädagogische Arbeit und wollen nicht, daß

ihre gekündigt wird, trotz der relativ hohen Fehlzeiten, die von ihnen immer mit aufgetragen werden müssen, weil es keine Krankheitsvertretungen gibt. Der Betriebsrat hat alle drei Kündigungen abgelehnt, aber gegen eine Kollegin Stellung genommen, die ihren Fall auf einer Betriebsversammlung vorbringen wollte. Sie würde sich nur selten schaden, eine kleine Gruppe würde die Kollegin für ihre Ziele mitbringen etc. ...

Die „Begründung“ zum Kündigungsversuch unterscheidet sich zwar von den beiden anderen, aber auch diese paßt in die derzeitige „Sparpolitik“.

Wenn man sich zurückerkinnert, beschloß der Hamburger Senat, bis 1978 insgesamt 1,5 Milliarden DM einzusparen. Bei der „Vereinigung“ fließen dem Sparprogramm bisher 800 Kindertagesheimplätze zum Opfer (in Behördenkreisen spricht man sogar von ca. 2.000 ersparten öffentlichen Plätzen). 80.000 Kichen- und Hausarbeitsstunden pro Jahr sollen durch die Umstellung der letzten Heime auf Teilschichtzeit eingespart werden.

170.000 DM sind 1978 bei den Heimkosten eingespart worden, 1976 bereits 300.000 DM. Und 1977? Sparmaßnahmen gehen so, daß die „Vereinigung“ Erzieher haben will, die möglichst gut funktionieren, d.h. die Kinder ruhig haben und dabei nicht müde und vor allem nicht krank werden.

ÖTV will Arbeitskreis verbieten!

Auch die ÖTV-Führung erweist sich den von Kündigung bedrohten Kolleginnen gegenüber nicht besonders hilfsbereit. So wurde auf einem gewerkschaftlichen Arbeitskreis, der sich mit pädagogischen Fragen beschäftigt, eine Resolution verabschiedet und unterschrieben. Diese Resolution sieht die ÖTV-Führung zur Ablehnung vorgelegt wurde, weil sie jetzt den Arbeitskreis verbietet.

Auf der Veranstaltung am 10.6.77 wurde darüber diskutiert und beschlossen, daß die Kolleginnen auf jeden Fall auf die nächste Sitzung kommen, um zu beraten, wie es weitergehen soll.

Als weitere wurde auf der Veranstaltung beschlossen, eine „angespöckelt“-Dokumentation über die Kündigungsfälle herauszugeben um diese Dinge noch bekannter zu machen.

Noch eine Sache am Rande: Eine Heimleitung, die gerade einen Kündigungsversuch vorbereitete, war auf dieser Veranstaltung anwesend. Als sie nicht Stellung nehmen wollte, wurde darüber abgemurmelt, ob sie noch weiter an der Veranstaltung teilnehmen darf. Die Kolleginnen bestimmten sie muß gehen!

Zwei Erziehergenossinnen KB/Gruppe Hamburg

Rekordergebnis bei der Lufthansa — aber nicht für das Bord- und Bodenpersonal!

Wie gehabt: Nachdem die DAG-Führer im Tarifstreik mit der Lufthansa das fliegende Personal an die Urnen gerufen hatte und sich fast 90 % für Streik ausgesprochen hatten, verhandelten die DAG-Führer nun weiter, um doch noch schnell einen „Kompromiß“ mit den Kapitalisten zu finden.

Obwohl ursprünglich 11,5% für

sollte dann doch gestreift werden („Welt“, 1.6.77). Aber man sei — so Brandt — „in der Sache ziemlich nahe beieinander“, und es gehe eigentlich nur darum, die bereits erzielten Ergebnisse „lesbar“ (!) zu machen („Spiegel“, 6.6.77).

Die DAG-Funktionäre erwiesen sich als gelehrige Schüler des Lufthansa-Herren

„Brandt brauchte mehr Zeit, sich

Abseht, kommt, damit rechnen, von streikrührigen (!) Kollegen hinterher übertrumpft zu werden. Daraus könnte sich sehr schnell eine Tendenz zu härteren Auseinandersetzungen und unvermeidlichen Abschlüssen ergeben... Daher tragen in diesem Konflikt die Arbeitgeber ein besonders hohes Maß an Verantwortung.“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 2.6.77).

Die Verantwortung der Lufthansa-Kapitalisten ist dabei besonders groß, denn ihre „wirtschaftliche Lage“ ist tatsächlich so undurchsichtig wie noch nie. „Lufthansa im Steigflug“ („HA“, 8.6.), „Rekordergebnis der Deutschen Lufthansa“ („NZZ“, 9.6.), „Die Lufthansa schwingt sich in neue Gewinnhöhen“ („FR“, 8.6.), „Derüber können Luftfahrtgesell-

Im laufenden Jahr soll sich die Lufthansa „in noch höhere Gewinnregionen schwingen“. Denn schon in den ersten vier Monaten liegt man „um annähernd 30 Millionen Mark besser als im Voranschlag angenommen“ („Zitate aus „FR“, 8.6.).

Und das ist nicht weiter verwunderlich. Schon während der laufenden Verhandlungen mit der ÖTV haben die Lufthansa-Kapitalisten die Preise für die Inlands-Tickets um 7% heraufgesetzt. Im internationalen Linienverkehr sind es zwischen 4 und 7% mehr. Allein durch diese Preiserhöhungen werden die mickrigen Lohn-erhöhungen „schock wieder in der Kasse sein. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Personalkosten ohnehin nur 30% der Gesamtkosten ausmachen“ („Spiegel“, 4.4.77).

Dazu kommen dann natürlich „interne Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen“ („NZZ“, 9.6.77), die die Personalkosten noch



Piloten im Cockpit des Airbus

alle von ihnen gefordert worden waren, haben sie den Schlichtungsvorschlag (von gestaffelt, zwischen 5,3 und 6,9%) angenommen. Und die Vereinbarungen des Manteltarifvertrages, die ein Schwerpunkt der diesjährigen Tarifrunde sein sollten, sind vage:

Bei einem Spitzengespräch zwischen dem Lufthansa-Chef Culmann und dem DAG-Vorsitzenden Brandt „wurden die entsprechenden Formulierungen protokolliert. Im einzelnen wurde festgeschrieben:

— eine weitere Stabilisierung der

— eine weitere Stabilisierung der Einsatzpläne und

— die entsprechende weitere Stabilisierung der Freizeit“ („Hamburger Abendblatt“, 2.6.72).

Zur Verwirklichung der Verbesserung der Arbeitsbedingungen hat die Lufthansa „die Bereitstellung einer zweckgebundenen Personalreserve von 3% zugesagt“ (ebenda). Das sollen ungefähr 150 Leute sein („Frankfurter Rundschau“, 3.6.77).

Eine einzige Verarschung

„Schon gleich nach Ausscheidung der Unabstimmungszettel griff der DAG-Chef „zum Telefon, um rasch über die Feiertage einen Schlichter zu heuern, der den Rückzug ohne Gesichtverlust ermöglichen könnte“ („Spiegel“, 6.6.77).

Erst wenn dann wieder keine Einigung hätte erzielt werden können,

mit den eigenen Leuten auseinanderzusetzen als mit dem Lufthansa-Management, das entspannt in den Senatssesseln (des Hamburger Senatshaus) saß und sich aus den schwachen Alkoholbeständen des Hauses nährte“ (ebenda).

Der einzige Druck bei diesen Verhandlungen war der, der die Korken zum Knallen brachte... „Die Vernunft hat gestiegt. Das Ergebnis verdient Anerkennung“ („HA“, 2.6.77).

Nur das Fliegen in neue Gewinnhöhen ist schöner nur das Fliegen in neue Gewinnhöhen ist schöner

Die Lufthansa-Kapitalisten haben von vornherein eine harte Haltung eingenommen, und dem streikbereiten Bordpersonal Auspeppung angedroht. Nachschlagsforderungen des Bodenpersonals, die bei einem höheren Abschluß mit dem Bordpersonal automatisch und sehr schnell erwartet worden wären, sollten auf alle Fälle verhindert werden. Aber die (von den Mitgliedern gewünschten) Streiks bei Chemie und Lufthansa haben für die Kapitalisten „eine grundsätzlich weitreichende Bedeutung bekommen. Sollte nämlich der Versuch gelingen, in einer wirtschaftlich so undurchsichtigen Lage (!...), die die Vernunft der Tarifparteien geradezu herausfordert, mit Hilfe eines Streiks höhere Lohnsätze zu erpressen (!), dann muß in Zukunft jeder gewerkschaftliche Verhandlungsführer, der friedlich zu einem

schaften in aller Welt (!) staunen“ („HA“, 8.6.): 1976 hat die Lufthansa „das mit Abstand beste Ergebnis seit ihrem Bestehen erzielt“ („FR“, 8.6.77).

Für 1976 wird der gesamte Unternehmensgewinn der Lufthansa, der Delvag Luftverkehrsversicherungs-AG, der Condor Flugdienst GmbH, der Lufthansa Service GmbH und der Lufthansa Commercial Holding GmbH mit 166,3 Millionen Mark Lufthansa Service GmbH und der Lufthansa Commercial Holding GmbH mit 166,3 Millionen Mark angegeben.

„Zum ersten Mal seit drei Jahren ist es 1976 wieder gelungen, im eigentlichen und traditionellen Geschäft — dem Lufttransport — einen Gewinn einzustreichen“ („FR“, 8.6.). Und dieser „neue Trend“ soll weiter anhalten.

Die Finanzlage ist laut Lufthansa-Chef Culmann „sehr gut, ja fast kritisch gut“ („HA“, 8.6.). Auch die für die Umrüstung der Flotte erforderlichen Investitionen (1978: 360 Mio. DM, 1979: 290 Mio. DM und 1980: 240 Mio. DM) werden daran nichts ändern. „Heute ist die Lufthansa in der glücklichen Lage, als eine der ganz wenigen Gesellschaften in der Welt (!), behaupten zu können, daß sie der Finanzierung der nächsten Investitionsperiode ohne große Sorgen entgegengehen kann“ („Spiegel“, 4.4.77).

ÖTV Kommission
KB / Gruppe Hamburg



Zufriedene Gesichter — DAG-Chef Brandt und sein Partner Culmann vom Lufthansa-Vorstand

weiter drücken sollen.

Und nicht zuletzt auch durch den verhinderten Streik kann der ehemalige Betriebsratsvorsitzende und jetzige Lufthansa-Chef Culmann „sogar nicht euphorisch, aber optimistisch“ in die sichere Zukunft blicken“ („FR“, 8.6.77).

ÖTV Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Aber schön und schlank müssen

im Spital

Unter der Überschrift „Rechtschutz der DPG verhindert Entlassung eines Postfunktionsboten“ war in der „Deutschen Post“ (Mitgliederzeitung des DPG, vom 20.5.77) ein Artikel über die Kündigung eines Postfunktionsboten zu lesen. Dieser Kollege hatte seine Ausbildung mit ausreichenden Leistungen und bestandener Prüfung beendet und wurde trotzdem fristlos gekündigt, mit der Begründung: „Der Postarzt hat bei den Untersuchungen am 9.1. und 3.2.76 eine erhebliche Übergewichtigkeit (121 bzw. 116,5 kg) festgestellt und Sie für die Übernahme in das Beamtenverhältnis wegen Fettleibigkeit höheren Grades (§ 20c Tauglichkeitsrichtlinien der DBP) als untauglich erklärt“ (Zitat aus der Kündigung nach „Deutsche Post“). Und das, obwohl ihm „genügende Wendigkeit“ bescheinigt wurde.

Und nun begann der „Kampf“ der DPG-Führer nicht gegen die Amtsleitung und ihre menschenfeindlichen Paragraphen — sondern gegen die Pfunde des Kollegen. Die DPG erhob Klage und tat, „das einzig Richtige und Nahelegende“ sie schickte den Postfunktionsboten zum Arzt, um unter ärztlicher Kontrolle eine Abmagerungskur einleiten zu lassen.“ („DP“, ebenda). Der Kollege bekam, als er auf 100 kg abgemagert war, einen auf 6 Monate befristeten Arbeitsvertrag. Er konnte das Gewicht halten und wurde als Beamter übernommen.

Diesen „Bombenerfolg“ der DPG kommentierte sie zum Schluß des Artikels: „Man darf nur nicht zu früh aufgeben, den Rechtschutz der DPG nicht vergessen und vor allem — nicht zu dick werden!“

Vorschlag für einen Antrag zum nächsten Gewerkschaftstag: Alle Beamten des höheren Dienstes auf die Waage!

Ein DPG-Mitglied (70 kg)

Zwangseinweisung

Zwangseinweisung von Süchtigen?!

Am 23.5.77 legte der westfälische Gesundheitsminister Pitzold sein neuestes Konzept zur Bekämpfung der Drogen sucht vor:

„Noch in diesem Jahr will er (Pitzold, Anm. AK) die gesetzlichen Grundlagen schaffen, daß Süchtige auch gegen ihren Willen — also zwangsweise — zum Einzug in Nervenkliniken eingewiesen werden können“ („Abend“, 24.5.77).

„Zwischen 4 und 10 Tagen ... würde es dann dauern, bis der Fixer wieder Herr seiner Sinne ist, um aus der Zwangseinweisung in die Rehabilitation entlassen zu werden“ („Abend“, 26.5.77).

Nach der Schließung diverser Therapiezentren für Drogensüchtige im Rahmen umfassender „Spar“-maßnahmen und der Kostensenkung im Gesundheitsbereich macht der Staat erneut deutlich, daß er — ohne eine medizinische Versorgung der Bevölkerung auch nur annähernd sicherstellen zu können — das reibungslose Funktionieren der Patienten auch mit Gewalt „sicherstellen“ will!

ÖTV Kommission
KB / Gruppe Westberlin

Druck

Hauptvorstand der IG Druck setzt sich über sein Kontrollorgan hinweg

Wie wir im ARBEITERKAMPF schon berichtet hatten, hat der Hauptauschuß der DruPa den Ausschluß von sechs Hamburger Gewerkschaftsmitgliedern rückgängig gemacht. Die Gewerkschaftsmitglieder sollten wegen Verletzung eines oppositionellen Streik-Infos während des Druckerstreiks ausgeschlossen werden, da der Hamburger Vorstand im Streik oppositionelle Meinungen für gewerkschaftsfreudig hält. Bei einem weiteren Kollegen wurde der Gewerkschaftsausschuß ebenfalls vom Hauptauschuß zurückgezogen, nachdem dieser mit gerichtlichen Schritten gedroht hatte. Denn diesem Kollegen war nach der Verteilung des Streik-Infos vom Hauptauschuß auch noch zusätzlich die Verteilung des DRUCKARBEITERS (Branchenzeitung des KB / Gruppe Hamburg für die Drucker Kollegen) zur Last gelegt worden, obwohl zuvor der Vorwurf im Ausschlußantrag nicht erhoben worden war.

Im Mai wurde jetzt das wieder aufgenommenen Gewerkschaftsmitglied vom Hauptvorstand mitgeteilt, daß

der Vorstand für den im Herbst anstehenden Gewerkschaftstag „Antrag auf Abänderung des Hauptauschuß-Beschlusses gestellt“ hat. Der Antrag wurde (natürlich) nicht beigelegt!

Gleichzeitig entzog der Vorstand den sieben Mitgliedern „ihre gewerkschaftlichen Rechte“ und sprach sie auch von „Verpflichtungen gegenüber der Organisation“ frei.

Mit diesem Schritt hat sich der Hauptvorstand einfach über den Hauptauschuß hinweggesetzt, der nämlich über Beschwerden über Beschlüsse des Hauptvorstandes bindend entscheidet und ihn somit kontrolliert — allerdings kann der Gewerkschaftstag diese Entscheidungen nachträglich aufheben.

Schon in der jetzigen Satzung ruhen während der Ausschlußverfahren die „Rechte und Pflichten“ der betreffenden Mitglieder — d. h. es braucht nur jemand Ausschlußantrag zu stellen und schon ist der Kollege erst einmal draußen aus der Gewerkschaft!

Diese Regelung soll jetzt nach

dem Willen des Hauptvorstandes noch weiter verschärft werden.

Auch wenn der Ausschluß in der letzten Instanz der Gewerkschaft (dem Hauptauschuß) zurückgenommen wurde, soll der Kollege trotzdem rausgeschmissen werden können, erst einmal bis zu drei Jahren — dem nächsten Gewerkschaftstag nämlich! Wozu das dient, sollte bereits bei Bauer erprobt werden: einem der betroffenen Kollegen sollte ein Platz auf der DruPa-Liste verweigert werden. Ihm selbst oder anderen DruPa-Mitgliedern, die mit ihm eine gemeinsame Liste machen würden, wurde Gewerkschaftsausschuß angedroht. D. h. der Kollege sollte nur kandidieren können, wenn er erneut ein Ausschlußverfahren in Kauf nimmt und möglichst nur als Einzelperson. Es kam bei Bauer nur deshalb nicht dazu, weil es dort keine BR-Listen sondern Persönlichkeitswahl geben

Druck Komitee
KB / Gruppe Hamburg

Wieder eine Entlassung bei Peute Druck

Hamburg. Am 1.6.77 wurde dem Kollegen U.B. bei Peute Druck/Hamburg fristgerecht gekündigt. Begründung: Ungenutzbarkeit der Zusammenarbeit. Der Betriebsrat stimmte mit 6:1 der Kündigung zu.

Zuvor hatte die Geschäftsleitung eine fristlose Kündigung vorgelegt, wegen angeblicher beharrlicher Arbeitsverweigerung. (Der Kollege war, nachdem ihm ein Zahn gezogen worden war, an dem Tag nicht wieder zur Arbeit gekommen.) Diese offensichtlich zu überflüssige Begründung hatte der Betriebsrat abgelehnt.

Der Kündigung vorausgegangen waren zahlreiche Schikanen gegen den Kollegen. Ständig wurde er wegen angeblicher schlechter Leistung, die nie nachgewiesen werden konnte, madig gemacht. Vor einigen Wochen erhielt er eine Änderungskündigung, die ein finanzielles Minus von ca. 200 DM monatlich ausgemacht hat. Die Ungenutzbarkeit der Zusammenarbeit wurde jetzt damit begründet, daß es alle Meister strikt ablehnen mit dem Kollegen zu arbeiten, da er andere Kollegen aufhetzen würde. Darunter befanden sich auch Meister,

bei denen der Kollege noch nie gearbeitet hat. Auch der Meister Günter Soltan, der gleichzeitig BR-Vorsitzender ist, lehnte seine Zusammenarbeit mit U.B. ab. Diese Kündigung beim Gewerkschaftsbetrieb Peute Druck (ehemals Coop) steht im Zusammenhang mit einer ständig steigenden Arbeitslosigkeit. In der Weiterverarbeitung müssen Frauen an einer neuen Faltschachtelklebmaschine fest die doppelte Leistung bringen (für 15 Pfennig mehr die Stunde). Kolleginnen, die diese Arbeit ablehnen wollten, wurde mit Kündigung gedroht. Außerdem gehen Gerüchte über weitere Entlassungen um. Die Kündigung gegen U.B. ist die dritte Kündigung gegen einen fortgeschrittenen Kollegen in den letzten zwei Monaten. Es scheint, daß die Geschäftsleitung und die reaktionäre BR-Mehrheit mit dem Meister Soltan der Spitze Ruhe für weitere Säuerungen gegen die Kollegen haben wollen.

Der Kollege hat inzwischen Klage beim Arbeitsgericht eingereicht.

Lin Gossow von Peute Druck

Politische Kündigung auf krummen Touren

Zum 30.6. wurde die aktive Vertrauensfrau H.P. im Axel Springer Verlag Hamburg gekündigt. Nach sechs Jahren unbeanstandeter Arbeit mußten jetzt drei „angebliche“ Fehler beim Organisieren von Terminen herhalten, um beim Betriebsrat Kündigung zu beantragen, die dieser einstimmig ablehnte. Dennoch bekam die Kollegin ihre Kündigung verbunden mit einer sofortigen Beurlaubung. Bei der Gerichtsverhandlung über eine einstweilige Verfügung, die die Kollegin beantragt hatte, und die vom Gericht abgelehnt wurde, begründete Springer die Beurlaubung damit, daß bei einer Weiterbeschäftigung bis zum Kündigungsdatum dem Verlag großer Schaden „zugefügt“ würde. Für den Gerichtstermin hatte der Verlag einen 20-seitigen Schriftsatz mit eklatanten Erklärungen der Geschäftsleitung, der Anzeigenabteilung, der Abteilungsleiterin und einem Anzeigenvertreter und vier weitere angebliche „Fehler“ im nachhinein zusammengetragen.

Der ganze Aufwand wird nur vor dem im Herbst beginnenden Betriebswahlkampf erklärbar, wo eine aktive Kollegin nicht erwünscht ist. Weiterhin ist diese Kündigung als Vorboten für geplante Rationalisierungsmaßnahmen des Verlages im Angestelltenbereich anzusehen, da solche Rationalisierungen in aller Regel mit der Kündigung aktiver Gewerkschafter eingeleitet werden. Die DGB-Rechtschutzstelle hatte sich keinerlei

Mühe für das einstweilige Verfügungsverfahren gegeben.

Der DGB-Rechtsvertreter suchte noch auf dem Flur der Verhandlung nach einem „Kollateralschaden“ als Verfügungsgrund, nachdem er noch zwei Tage vorher erklärt hatte, es sei alles „klar“ und die Kollegin solle dabei „hauptsächlich ihren Mund halten“. Kein Wunder, er war bereits der dritte DGB-Rechtsvertreter in diesem Fall!

Der VK solidarisiert sich

Der Vertrauensleutekörper wertete in einem Schreiben an die Geschäftsleitung eindeutig die Kündigung „als Disziplinierung einer aktiven gewerkschaftlichen Vertrauensfrau und derber Hinweis auf Einschüchterungsverhalten gegen unsere gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb“ und bekräftigte seine „volle Solidarität“ mit der Kollegin. Auch auf der Betriebsversammlung am 9.6. erklärten Kollegen, daß die Kollegin nicht wegen latenter oder vermeintlicher Fehler gekündigt wurde sondern weil man eine aktive Gewerkschafterin los sein wollte. Derzeit durch die Kollegen gestärkt, organisiert die Vertrauensfrau eine Sammlung für die ausgesperrten Kolleginnen und Kollegen der Wasser-Kurier, die spontan 100.- DM einbrachte.

Springer Zeile
KB/Gruppe Hamburg

450 Habra-Kollegen sitzen auf der Straße



Auf der 1. Mai-Demonstration in Darmstadt traten die Habra-Kollegen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze ein.

Darmstadt. Nur zwei Jahre, nachdem die japanische Firma „Dai-Nippon Printing“ (die größte Druckerei der Welt) die Betriebsbesetzung an der Habra Groß(tief)druckerei in Darmstadt übernommen hatte, wurde die Druckerei dicht gemacht und 450 Kollegen auf die Straße gesetzt. Die Banken hatten „Kredite in Höhe von rund 13 Mio. DM plötzlich als fällig deklariert“ (nach Text intern 44/77).

Schon vorher war die Druckerei stückweise verkleinert worden. Um den verbleibenden Rest der Beleg-

schaft angeblich die Arbeitsplätze zu sichern, wurden die Entlassungen der übrigen Kollegen hingenommen.

Ende 1973 wurde – so die „UZ“ (14.5) – „mit Hilfe der Landesregierung und der IG Druck der Zusammenbruch verhindert“ – allein 300 Kollegen wurden dabei auf die Straße gesetzt, um den Betrieb „zu erhalten“.

Obwohl der Betrieb durch verschiedene Rationalisierungsmaßnahmen die Lohnkosten „weit unter den Bundesdurchschnitt der Druckindu-

strie gedrückt“ hatte („UZ“, 1.6), brachte er den Kapitalisten wohl nicht mehr genug Profit.

So waren auch die Behauptungen, finanzkräftige Gruppen wie Springer, Hotzbrink oder Broschek seien an Habra interessiert, nichts als leere Gerüchte – das lediglich dazu dienen sollte, die Kollegen möglichst zu beruhigen.

Betriebsrat Broschek
KB/Gruppe Hamburg

Broschek: Erfolg für die Kapitalisten

Hamburg. Vor über einem Jahr wurde ein Kollege (BR-Ersatzmitglied) nach dem Druckstreik bei der Broschek/Hamburg aus politischen Gründen entlassen. Der Vorstand war das Verleihen einer Ausgabe des „Streikinfo“ innerhalb des Betriebes. Die Ränge vor den Arbeitsgerichten dauerte über ein Jahr. Der Kollege hatte unmittelbar nach seiner Entlassung eine einstweilige Verfügung auf Weiterbeschäftigung gewonnen, worum sich der Kapitalist allerdings nicht scherte. Der Kollege kam einfach nicht in den Betrieb hinein und schließlich gab auch die 2. Instanz, das Landesarbeitsgericht, dem Kapitalisten „recht“. Aufgrund

der einstweiligen Verfügung brauchte der Kollege nicht weiterbeschäftigt zu werden. Nach einem Jahr (nachdem der Richter erst in Urlaub und dann zur Kur gegangen war) fand endlich der Hauptkündigungschutzprozess statt, den der Kollege auch gewann. Mühe gemacht durch die vielen Prozesse und einstweiligen Verfügungsverfahren stimmte der Kollege dann leider einem Vergleich zu. Der Kapitalist muß dem Kollegen 10.000 DM Abfindungsumme zahlen. Was ihm nur ein Lächeln kostet, ist er dadurch einen unliebsamen linken Kollegen los.

Betriebsrat Broschek
KB/Gruppe Hamburg

Wie sich die Zeiten ändern

Auf dem 6. Ordentlichen Gewerkschaftstag 1982 der DruPa wurde folgende Entschiedenheit angenommen:

„DIE DEBILITIERTEN, PROTESTIEREN AUF SCHARFSTE GEGEN DIE VERURTEILUNG DES REDAKTEURS DER ZEITUNG „METALL“, UNSERES KOLLEGEN H. BRANDT ZU 13 JAHREN ZUCHTHAUS“ (in der DDR). Hatte er doch „BEREITS UNTER DER HITLER-DIKTATUR WEGEN SPINER TREUE ZU SOZIALISMUS UND DEMOKRATIE 11 JAHRE HINTER STACHELDRAHT UND GEFÄNGNISGITTER GESESSEN“ (nach Protokoll Seite 82/83).

Soweit vor vielen, vielen Jahren. Und heute ein Verfahren, um ihn aus dem DGB rauszuschmeißen, da er schließlich der „Brokdorf“-Demonstration in Itzehoe die Zusammenarbeit einiger Gewerkschaftsführer und der Atomindustrie kritisiert hatte.

Broschek-Zelle Hamburg

Springers neues Druckzentrum

Hamburg. Auf der Betriebsversammlung vom 9.6.77 bei Springer in Hamburg gab der Betriebsrat (BR) bekannt, daß die Springer-Geschäftsleitung bis zum Jahre 1980 ein neues Gebäude für die Druckerei inklusive Setzern bauen will. Bis dahin sollen zunächst noch (so der BR) die Arbeitsplätze sicher sein – und dann??? Außerdem wurde bekannt gegeben, daß ab sofort in der Perforatur Bildschürmergeräte aufgestellt sind, woran die bisherigen Perforatoranleiter geschult werden. Überhaupt sollen zunächst nur einige Bereiche mit Bildschürmern ausgerüstet werden, richtig los gehen wird es dann wohl, wenn das neue Druckzentrum steht. So hieß es auch auf der Betriebsversammlung, daß zunächst noch nicht Bildschirme bzw. OCR-Schreibmaschinen in den Redaktionen aufgestellt werden.

Was heißt das für die Kollegen? Die bisherigen Erfahrungen mit diesen neuen Verfahren lauten:

– In Hannover wurden 40 Redakteure und 160 Techniker entlassen (lt. „Spiegel“).

– In Stuttgart fliegen demnächst 150 Kollegen raus (lt. „Zen-

tralorgan“ der IG DruPa).

– In Dänemark wurden bei „Berlingske Tidende“ nach monatelangem Streik „nur“ 150 Kollegen entlassen.

– Bei Gruner und Jahr, Hamburg, droht jetzt durch die Einführung von 28 OCR-Schreibmaschinen im „Wochenanzeiger“ und zwei Maschinen im Satzbereich die Entlassung von 200 Setzern der insgesamt 300 Kollegen.

Zu dieser Problematik der Bildschürmergeräte erklärte der DAG-Vertreter, daß nach einer Studie im Auftrag der Bundesregierung und von der Verwaltungsverfahrengewerkschaft festgestellt wurde, daß eine derartige Arbeit fünf- bis sechsmal anstrengender ist, als mit einem Wahrscheinlichkeit Sehstörungen etc. auftreten und deshalb von dort die Forderung nach fünf Minuten Pause pro Arbeitsstunde erhoben würde. Die Kollegen haben also allen Grund, sich mit dieser neuen Entwicklung auseinanderzusetzen und eigene Forderungen zu entwickeln.

Betriebsrat Springer
KB/Gruppe Hamburg

Kontaktadressen des KB

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lichtenstraße 75
2000 Hamburg 80
Telefon Verlag: 43 53 05
Telefon Redaktion: 43 53 46

Betriebsrat Studentenfürsorge
Büro
Berlinerstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon 44 99 14

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postfach 100 A D 25 20 80
2300 Flensburg

Geesthacht
Postfach 100 07/2084 Geesthacht
Aussenpostamt von 10 bis 12 Uhr
Herrl

Kapeln
Ulrich Juchacz
Postfach 10
2340 Kapeln

Kiel
W.D. Seidel
Postfach 100 086 831 A
23 Kiel

Lübeck
Jochen Hoffmann
Postfach 100 100 100
23 Lübeck

Lübeck
Jochen Hoffmann
Postfach 100 100 100
23 Lübeck

Mölln/Reinbek
M. Müller
Postfach 1111
21 Mölln

Ost-Holstein

Ilmenau (Pfl. Holstein)
H. Lohse
Postfach 100 022 804
24 Ilmenau

Pinneberg/Steinburg
Postfach 100 022 826
20 Pinneberg

Rheinland-Pfalz

Stadtpfanz
G. Weimer
Postfach 77
6740 Bad Dürkheim

Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf
Jochen Hoffmann
Postfach 100 100 100
2000 Düsseldorf

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Rheinland-Pfalz

Stadtpfanz
G. Weimer
Postfach 77
6740 Bad Dürkheim

Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf
Jochen Hoffmann
Postfach 100 100 100
2000 Düsseldorf

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Rheinland-Pfalz

Stadtpfanz
G. Weimer
Postfach 77
6740 Bad Dürkheim

Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf
Jochen Hoffmann
Postfach 100 100 100
2000 Düsseldorf

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Rheinland-Pfalz

Stadtpfanz
G. Weimer
Postfach 77
6740 Bad Dürkheim

Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf
Jochen Hoffmann
Postfach 100 100 100
2000 Düsseldorf

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Rheinland-Pfalz

Stadtpfanz
G. Weimer
Postfach 77
6740 Bad Dürkheim

Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf
Jochen Hoffmann
Postfach 100 100 100
2000 Düsseldorf

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Rheinland-Pfalz

Stadtpfanz
G. Weimer
Postfach 77
6740 Bad Dürkheim

Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf
Jochen Hoffmann
Postfach 100 100 100
2000 Düsseldorf

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

Bonn
Postfach 100 100 100
53 Bonn

HBV

HBV Hamburg:

Sekretäre wollen neuen Ortsvorsitzenden absägen!

Hamburg. In diesen Wochen geht die Probezeit des neuen HBV-Ortsvorsitzenden in Hamburg, Peter Hauschild, zu Ende. Hauschild war vom Düsseldorf Hauptvorstand als Nachfolger von Krause bestimmt worden.

Krause war durch seine Polizeieinsätze gegen linke Gewerkschafter bekannt geworden. Trotz offener Gewerkschaftsmitgliedschaft war es ihm nicht gelungen, auf Mitgliederversammlungen rechte Mehrheiten zu installieren. Als Landesbezirksvorsitzender wurde er für seine „Verdienste“ befördert, aber auch aus der direkten Schußlinie der Mitglieder in Hamburg genommen.

Der neue Vorsitzende Hauschild empfahl sich bei den HBV-Mitgliedern erst einmal durch Kooperationsbereitschaft und linkes Auftreten: So beherrschte SPD-Mitglied Hauschild z.B. einige Delegierte auf Delegiertenversammlungen, daß wohl einige den Hauptfeind der Gewerkschaften verkörpert würden, daß viele Aussagen von Karl Marx zur Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten nach wie vor wahr sind, auch wenn das einige nicht wahrhaben wollten.

Gegen Hauschild haben nun die hauptamtlichen Sekretäre der HBV in Hamburg Stellung bezogen. In einem Brief an den Hauptvorstand, (der allein über die Einstellung Hauschild zu befinden hat), erklärten sie, daß sie nicht bereit seien, mit Hauschild zusammenzuarbeiten. Die Gründe dafür wollen sie nicht den HBV-Mitgliedern, sondern nur persönlich dem HBV-Chef Viethar mitteilen.

Das, obwohl sämtliche ehrenamtliche Gremien, die ehrenamtlichen Ortsverwaltungsvorstandsmittelbesitzer und die Fachgruppenvorsitzenden sich für die Übernahme Hauschild in ein festes Arbeitsverhältnis ausgesprochen haben.

Bei dem Vorgehen der Sekretäre geht es um mehreres:

Zwar haben die Sekretäre nichts prinzipiell dagegen einzuwenden, wenn Hauschild zumindest vorläufig mit linkem Profil auftritt, das haben einige von ihnen selbst bei ihrem Antritt gemacht. Es ist überdies davon auszugehen, daß Hauschild in diesem Sinne auch vom Hauptvorstand eingesetzt wurde. Viethar, der sich immer als Rechtsmaße in der HBV äußert, hat Hauschild nicht aus „Unkenntnis“ nach Hamburg, der linken Hochburg in der HBV, geschickt.

Dennoch haben sich die Sekretäre z.T. so weit als rechte Scharfmacher festgelegt, daß sie nicht in der Lage sind, den neuen Kurs mitzuziehen und derzeit wesentlich durch Inaktivität glänzen und somit einen rechten Kurs fördern werden.

Weiterhin kommt hinzu, daß einige Sekretäre offensichtlich immer noch nicht die Hoffnung aufgegeben haben, selbst auf Hauschild'se Weise steuern zu können. In diesem Sinne werden sie ihn bei Viethar anschwärzen wollen.

HBV Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Buchhandel:

Buchhandel: HBV-Mitglieder gegen mieses Lohnangebot

Hamburg. Seit Anfang April dieses Jahres laufen die Tarifverhandlungen im Buchhandel. Im Buchhandel liegen die Tarife bekanntlich ganz besonders niedrig – nach drei Berufsjahren bei 1.050,- DM. Deshalb hatten die Mitglieder der HBV in der Fachgruppe Buchhandel auf einer Mitgliederversammlung eine Lohnsteigerung von 180,- DM für alle bzw. 100,- DM für Lehrlinge gefordert. Schon in der ersten Verhandlungsrunde war die Tarifkommission von sich aus auf 150,- bzw. 50,- DM herabgesetzt. Zwar braucht sich die Kommission laut HBV-Satzung nicht um die Meinung der Mitglieder zu kümmern, allerdings rief das bei den aktiven HBV-Mitgliedern große Empörung hervor. Inzwischen hatte auch eine Reihe von Kollegen in der Innenstadt Flugblätter vor den Buchhandlungen verteilt, Sandwiches getragen und mit den Kunden diskutiert. Besonders deutlich wurde die Provokation der Kapitalisten durch einen Ausspruch in den Tarifverhandlungen: „Ich weiß auch, daß Sie von 1.080,- DM nicht leben können, aber mehr zahl ich nicht.“ Entsprechend mehr das „Angebot“ aus, das sie am 20.5. gemacht hatten: 6,8 % für alle und 40, DM für Lehrlinge, die auch noch in Zukunft aus den gemeinsamen Tarifverhandlungen herausfallen und erst nach 16 Monaten einen neuen Tarif bekommen sollten.

Trotz dieser Provokation meinten einige Mitglieder, man solle dieses Angebot annehmen, denn man hat den Kapitalisten nichts entgegenzusetzen und 6,8 % sei besser als gar nichts.

Doch die Mehrheit war nicht bereit, nach zweimonatigen Bemühungen einfach klein bei zu geben. Allerdings erscheint derzeit ein Streik im Buchhandel nicht möglich; bei der Übermacht, wie viele Betriebe streikbereit seien, ergab sich ein klägliches Bild. Das liegt zum einen am geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Buchhändler, zum anderen daran, daß die Mehrheit der Kollegen in diesen Kleinbetrieben es nicht ohne weiteres wagt, aufzumucken.

Dennoch wurde das Kapitalistenangebot auf der MV mit großer Mehrheit abgelehnt und beschlossen, die nächste Zukunft dazu zu nutzen, die unzufriedenen Kollegen zu mobilisieren um Arbeitskreis Tarife: die Tarifverhandlungen auszuwerten und neue vorzubereiten.

– In den Betrieben neue Betriebsgruppen aufzubauen und Betriebsräte zu wählen.

– In einigen Betrieben Schwerpunktstreiks zu organisieren. Die Mitglieder erreichten mit ihrer Kampfbereitschaft, daß die Tarifkommission es tatsächlich vorzog, sich diesmal an die Beschlossen zu halten und das Kapitalistenangebot abzulehnen! Ein guter Ansatz zur Verbesserung der Front ist das kürzlich entstandene Lehrlingstreffen. Schon das erste Treffen hatte zur Folge, daß rund ein Viertel der Anwesenden auf der MV Lehrlinge waren und daß ihre Forderungen breiter auf der MV diskutiert werden konnten.

Genossinnen aus dem Buchhandel

DGB-Rechtsschutz: Nur zögernd gegen das Weiterbeschäftigungsverbot

Am 2.6.77 fand bei der Edeka eine Schulung für Betriebsräte statt. Der DGB des Hamburger IK-B-Rechtsschutzes Fürstenau wurde von Betriebsräten gefragt, ob er etwas gegen das Grundsatzzurück des BAG vom 26.5.1977 (s. AK 105 – Aufhebung des Weiterbeschäftigungsanspruchs für gekündigte Arbeitnehmerinnen) tun wolle. Fürstenau antwortete frech: Wir haben uns im DGB über eine Stunde darüber unterhalten. Wir machen vorerst nichts!

Auf das Nachhören, daß doch das Urteil generell die Arbeitnehmer trifft und der DGB nicht zusehen kann, wie ein Recht nach dem anderen abgebaut wird, konnte Fürstenau nur antworten: Das stimmt zwar, vielleicht machen wir ja etwas, aber bestimmt nicht mit dem Fall Iduna; da suchen wir uns etwas leichteres.

Seltige DGB-Rechtmuffung!

HBV Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Iduna-Hamburg

Der rechte Betriebsrat ist zurückgetreten - Neuwahlen!

Hamburg. Am 7.6.1977 beschloß der mehrheitlich rechte Betriebsrat (BR) der Iduna Lebensversicherung in Hamburg den Rücktritt zum 15.9.1977. Zwei Wochen massive Forderungen der Belegschaft nach Neuwahlen führten damit zum Erfolg. Auf sein Konto gehen u.a.:

- die mehrheitliche Zustimmung zu sieben Kündigungen gegen die Linken, Mitglieder und Betriebsräte der HBV-Betriebsgruppe im Jahr 1975;
- zahllose Verstöße gegen demokratische Bestandteile des BetrVG;
- Weitergabe von Beschwerden der Kollegen an die Abteilungsleiter;
- Blockierung jeglicher Informationsweitergabe auf Betriebsversammlungen oder im BR-Info über Severale der Geschäftsleitung.

1975 – Geschäftsführung und rechter BR offen gegen die Belegschaft

Bei der BR-Wahl 1975 forderten über 30 % der Kollegen eine Änderung der BR-Politik. Vier Betriebsräte der HBV-Betriebsgruppe nahmen ihre Arbeit auf, legten im BR alle illegalen Praktiken offen und gingen dann über, in den Abteilungen des Hauses direkt Kollegen zu informieren und über Flugblätter über das Betriebsgeschehen zu berichten.

Der Kapitalist reichte im Herbst 1975 drei der vier Betriebsräte und vier Vertrauensleute ein. Der BR stimmte mehrheitlich zu. Der liberale BR-Vorsitzende Reimann trat zurück, der Geschäftsführer Paul Fechner übernahm das Amt. Mit einer noch um das wachsende Hetzkampagne und Drohungen wurden die Wähler der Linken eingeschüchtert, vor allem die Kollegen aus Großraumbüros und der Abteilungsleiter standen zeitweise unter der Kontrolle von Wacheuten mit Hunden (Abendschicht), über Abteilungseinschulungen wurden die sog. Führungskräfte gedrillt und auf die Abteilungen losgelassen. Die HBV-Führer mischten mit. Sie verteilten ein Distanzierungsflyerblatt von den Linken, verboten ihr (der Betriebsgruppe) ohne Billigung der Ortsverwaltung den Namen HBV zu verwenden, verweigerten den Kündigten bei den Arbeitsschutzprozessen Einfluß auf die Prozeßführung zu nehmen, so daß die Kollegen sich selbst einen Anwalt suchen mußten!

1 1/2 Jahre lang lag die organisierte Arbeit der Kolleginnen und Kollegen der Linken brach. Die HBV verbot sogar im Frühjahr 1976, im Namen der HBV-Betriebsgruppe nur unter Absegnung eines Schreibens Veröffentlichungen herauszugeben. Fechner und Co. gingen daran, aus dem BR endgültig eine erweiterte Personalabteilung zu machen.

BR macht Rechnung ohne den Wirt

In mehreren Auseinandersetzungen im BR war deutlich geworden, daß insbesondere die BR-Clique um Paul Fechner nicht bereit war, selbst minimale Vorschriften des BetrVG bei Überstunden (illegale Genehmigungen) und des Genehmigungsverfahrens für personelle Einzelmaßnahmen (Einstellungen und Versetzungen etc.) einzuhalten. BR-Vorsitzender Fechner stimmte für sich allein so ziemlich allem zu, was die Geschäftsleitung ihm vorlegte. Fechner wurde damit bei den Kollegen im Betrieb zunehmend ungläubiger. So sahen einige Betriebsräte die Zeit für gekommen, bis zur nächsten Neuwahl (spätestens 1978) ihr Image zu verbessern.

Allen voran stellte der DHV (Deutscher Handlungsgehilfen-Verband, eine rechtsnationale Vereinigung) Antrag auf Amtsenthebung gegen Paul Fechner wegen Mißachtung des BetrVG vor allem in der Behandlung der personellen Einzelmaßnahmen. Das, obwohl die DHV-Mitglieder im BR lange Zeit Fechners Politik mitgetragen hatten und heute alles andere als eine auf die Kollegen gerichtete BR-Arbeit machen.

Das Amtsenthebungsverfahren wurde am 18.5. wegen eines Formfehlers gar nicht erst eröffnet. Der Richter redete Paul Fechner über ins Gewissen: „Machen Sie aber bitte nicht so weiter, sonst leidet der Arbeitgeber darunter. Bis zur Verhandlung sollten Sie sich bessern ...; dann

wäre die Luft raus!“

Der neue Termin wurde für den 10.8.77 angesetzt, ein Fingerzeig dafür, daß das Arbeitsgericht kein Interesse daran hat, einen rechten BR-Vorsitzenden abzuschließen.

Aber immerhin brachte der Richter auf den Tisch, daß Fechner nicht alleine verantwortlich für seine illegale BR-Praxis ist.

„Der BR vertritt teilweise auf seine Rechte, der gesamte BR könnte damit aufgelöst werden. Wenn Betriebsräte nicht einmal die grundlegenden Paragraphen kennen, können sie einpacken und nach Hause gehen.“

Und das wohl stärkste: „Wenn Betriebsräte solche Fehler machen, muß er sich nicht über Flugblätter von Linken und Chaoten wundern, auch nicht, daß diese im BR sind. Und Leute wie sie wollten die Linken dann wieder aus dem BR rausheben und die Arbeitsgerichte haben den Ärger davon.“

Nun denn, die Linken schrieben ihre Flugblätter. Und zwar wurde der Dialog zwischen Fechner und dem Richter abgedruckt und am 20.5.77 verteilt. Auf der am gleichen Tag stattfindenden BR-Sitzung zeigten sich die Rechten dann auch total verwirrt. Sollte doch bereits wenige Tage später die turnusmäßige Betriebsversammlung (BV) stattfinden. Die anderen rechten Betriebsräte empörten sich, was Fechner eigentlich einfallen, den gesamten BR in der Verhandlung anzuschulzen (Fechner hatte immer nur wahrheitsgemäß gesagt, er hätte nur aufgrund von Mehrheitsbeschlüssen gearbeitet!), er hätte nicht soviel reden sollen etc. pp.

Trotz der Forderung nach Rücktritt des BR, die massenhaft im Betrieb aufkam, wurde ein entsprechender Beschluß nicht gefaßt.

Der BR soll zurücktreten! Der Beschluß nicht gefaßt.

Der BR soll zurücktreten!

Die ganze Wut und Empörung über den rechten BR entlud sich auf der BV am 24.5.77. In einer weiteren Ausgabe eines Flugblattes (IDUNA-INFO vom KB) wurde über die BR-Sitzung am Freitag berichtet – zumindest das, was am Montag bekannt geworden war.

Bei den ohnehin immer ermüdenden Reden vom BR und Geschäftsleitung regte sich kaum ein Klatscher, vielmehr sah man die Kollegen im IDUNA-INFO lesen. Fechner versuchte sich um eine Stellungnahme zu drücken, indem er behauptete, man dürfe über ein schwebendes Verfahren nichts erzählen.

DHV-Sekretär Roth begründete dann das von der DHV gegen Fechner eingeleitete Amtsenthebungsverfahren folgendermaßen: Hier im Betrieb habe man seinerzeit die freie demokratische Grundordnung verteidigt (er meinte die Kündigungen gegen die Linken). Eine Republik lebe von ihren Gesetzen, wie das BetrVG eines ist. Was der Kollege Fechner hier betreibt, könne man im kommunistischen Manifest nachlesen. Das wäre die Diktatur des Proletariats, sämtliche Grundrechte außer Kraft zu setzen, usw. usf.

Statt des erhofften Beifall regnete es schallendes Gelächter von 700 Kollegen, Buhrufe und Pfiffe! Dann standen etliche Kollegen auf und fragten den BR, was er macht zu der geplanten Total-Kontrolle durch Kameras.

– zur innerbetrieblichen Rationalisierung und zu den Sparmaßnahmen

Die Rechtfertigungsversuche von Fechner & Co. riefen Pfiffe und Hohngefläch hervor. Beifall erteilten die Kollegen, die den Betriebsrat oder die Geschäftsleitung angriffen. Fechner redete schließlich völlig unkontrolliert darauf los. Ein Beispiel dazu:

„Eine Kollegin aus der Abendschicht kritisierte die monotone Flüßerbell. Fechner rief ihr, sich beim BR zu beschweren. Die Kollegin hatte dies bereits getan mit dem Erfolg, daß ihr Abteilungsleiter ankam und ihr drohte, er hätte den besseren Kontakt zum BR und wenn ihr die Arbeit nicht paßt, solle sie gehen. Die Schlange der Arbeitssuchenden stiehe bis zum Dammtor-Bahnhof. Die Kollegin fragte Fechner dann, ob es ihn wundere, daß niemand mehr zum BR kommt, wenn die Geschäftsleitung immer so prompt informiert werde. Fechner dazu: Man müsse schon in Kauf nehmen, daß der Vorgesetzte informiert war

de, wenn man sich beschweren würde (erneutes Pfeifkonzert und Buhrufe).

Einmal ist Schluss!

Gleich nach der Betriebsversammlung ließen die rechten Betriebsräte erkennen, daß sie an Rücktritt nicht im geringsten dachten („Doch nicht bei solcher Stimmung!“). Sie waren jedoch sowohl bereit angeschlossen, daß wenige Tage später Fechner zum Generaldirektor gebeten wurde, tags darauf zum Personalleiter. Am 2. Juni 1977 tagte der BR erneut: Paul Fechner trat zurück, die Sitzung wurde sofort geschlossen und für den 7.6. wieder einberufen. Einziges Punkt sollte sein: Neuwahl des BR-Vorsitzenden.

Am 6.6. ließ Fechner über Hauptpost eine „Persönliche Erklärung“ verteilen. Seine offizielle Rücktritts-begründung lautete demnach:

„Die notwendige vertrauensvolle Zusammenarbeit innerhalb des Betriebsrates ... ist seit geraumer Zeit nicht mehr gegeben.“

Und das freche: „Betriebsratsbeschlüsse, die von einer Minderheit trotz ausführlicher Diskussionen nicht akzeptiert werden, wurden immer wieder heraufgeholt und neu diskutiert. Ergebnis: Es blieb zwar meistens alles beim alten; aber hoher Zeiteinsatz leider ohne produktive Ergebnisse.“

Angespielt wird damit auf die Forderungen der HBV-Linken nach vier Betriebsversammlungen oder nach Behandlungen der Kündigungen im gesamten Betriebsrat.

Nach seinem Abgang als Vorsitzender wollte Fechner den linken BR-Mitgliedern in die Schuhe schieben – die sich größtenteils immer wieder gegen seine illegalen Praktiken ausgesprochen hatten.

Doch dieses Ansinnen der Rechtfertigung des Betriebsrates ... ist nicht mehr gegeben.

Doch dieses Ansinnen der Rechten wurde zum Bumerang: Am Morgen der BR-Sitzung am 7.6. erschien das IDUNA-INFO Nr. 3 des KB. Gegenübergestellt wurde, daß Fechner und der Mehrheits-BR aus dem erklärten Willen der Kollegen nach Neuorientierung der Politik und Neuwahlen nichts besseres zu tun haben, als den angeschlagenen Vorsitzenden zurückzuziehen und zu versuchen, die Schuld auch noch den Linken zu geben.

Der BR hatte sich derart festgelegt, daß nur noch der Rücktritt blieb. Allerdings nicht der sofortige, sondern erst am 15.9. Der 1975 aus Protest gegen die Zustimmung zurückgetretene ehemalige BR-Vorsitzende Reimann will nach eigenen Aussagen eine schriftliche Erklärung abgeben, daß er die Geschäfte auf jeden Fall nur noch bis zum 15.9.77 führen will.

Sicherlich ist es richtig, daß dieser Schritt die einzige Möglichkeit für zumindest einige Betriebsräte der alten Liste I darstellt, wieder einigermaßen „gelultert“ bzw. bumerangwürdig vor den Kollegen darzustehen. Denn die HBV-Liste hatte seinerzeit gefordert, keinen Kündigungen zuzustimmen, während die Liste I durch „Vertrauensvolle Zusammenarbeit“ dem Kapitalisten einige Zugeständnisse „abzurufen“ gedachte, was dann in den illegalen Praktiken gegen das BetrVG endete (das den Kollegen sowie nur minimale Rechte zubilligt). Die HBV-Rechte Müller-Weymann, die sich kollektiv an die Wahlsamungen der HBV-Liste gehalten hatte, macht heute auch wieder auf ganz linke Tatsache ist, daß die BR Rechten in jedem Falle auch gegen die gekündigten linken BR-Mitglieder in der Wahl antreten müssen. Die Verfahren sind noch nicht abgeschlossen, wodurch sie die Möglichkeit haben, sich erneut zur Wahl zu stellen. Die Iduna-Kollegen haben dadurch die Möglichkeit, in der Wahl gegen die Kündigungsstellung zu beziehen und diese Entscheidung nicht den Gerichten zu überlassen.

Freiwillig wurde dies alles durch eine breitere Front unter den Kollegen, auf der heute alle Betriebsräte zumindest teilweise mitbewirken müssen. Bis zum September bleibt den Rechten noch einige Zeit, ihr Image wieder aufzupolieren und zu versuchen, die Kollegen wieder einzulullen. Derzeit nur ein trüber Hoffnungsstimmung – so soll es auch bleiben!

Genossinnen der Iduna
KB/Gruppe Hamburg

GEW

GEW-Hamburg streikbereit — Gewerkschaftsführer betreiben Rückzug

Bei Erscheinen dieses ARBEITERKAMPF ist die Urabstimmung über einen eintägigen Warnstreik der GEW Hamburg fast abgeschlossen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß er erfolgreich endet. Damit wären die Voraussetzungen für den ersten Beamtenstreik in der Geschichte der BRD geschaffen. Der geplante Streik richtet sich gegen die mit dem Sechsten Besoldungs-„erhöhungs“-gesetz verbundene Rückstufung eines Teils der Lehrer.

Nach diesem BesErhG sollen die Bestrebungen, die Lehrerbildung zu vereinheitlichen, wieder aufgehoben werden. Werden z.B. in Hamburg Lehrer aller Schultypen nach A 13 bezahlt (die Gymnasiallehrer mit einer Zulage), sollen nach dem neuen Stufenlehrerplan die Lehrer für die Primar- und Sekundarstufe I (Volk- und Realschullehrer) nach A 12 und die Gymnasiallehrer nach A 13 bezahlt werden. Hamburgs Lehrer wurden von dieser Regelung besonders betroffen, da es hier eine einheitliche Besoldung gibt, während in anderen Bundesländern die Besoldung nach dem Ausbildungsgrad verschieden ge-

und „höhere“ (Gymnasium) zementiert werden.

Notwendig wäre also ein bundeseinheitliches Vorgehen der GEW Streikbestrebungen hat es bisher in Hessen und Hamburg gegeben. Während jedoch der Hauptvorstand der GEW Bund in Hamburg dem dort geplanten eintägigen Warnstreik bisher verbal zugestimmt hat, hat er in Hessen alles unternommen, um ihn zu verhindern. Nachdem dort auf der letzten Landesvertreterversammlung ein linker Sozialdemokrat zum ersten Vorsitzenden gegen einen Frister-Mann gewählt wurde, gründeten die Rechten sofort eine „Initiative für die GEW“, die eindeutig die Handschrift Fristers trägt. Denn gleiche Initiativen wurden schon in Westberlin nach der Wahl Kujawas und in Hamburg nach der Wahl Lamken gebildet, die beide enge Verbindungen zu Frister unterhalten. In anderen Landesverbänden wurde die Diskussion um Streik- oder andere Kampfmaßnahmen gar nicht erst aufgenommen. Damit wird vom Hauptvorstand und insbesondere von Frister der Hamburger Verband bewußt isoliert, obwohl es eindeutig um bundesweite Angelegenheiten geht.

Schon einmal hat es gegen die jetzt laufenden Bestrebungen Vorbereitungen für Streikmaßnahmen gegeben. 1974 scheiterte in Hessen eine Urabstimmung knapp (74%), während in Hamburg mit 79% ein Streik beschlossen wurde, der allerdings vom Vorstand abgeblasen wurde, als die Bundesregierung sich bereit erklärte, neu zu „verhandeln“.

Auf einer Vertrauensleuteversammlung (VV) der Hamburger GEW wurde am 2.5. beschlossen, den Vorstand aufzufordern, beim Bundesvorstand die Einleitung für eine Urabstimmung zu beantragen. Durchgesetzt wurde gegen den Vorstand, daß neben den Forderungen gegen die Besoldungsverschlechterungen gleichzeitig die Forderung nach Einstellung aller Lehrer und nach Verkleinerung der Klassen stehen sollte (siehe AK 105). In der Zwischenzeit startete der Vorstand eine massive Kampagne zur Einschränkung des Streiks allein auf die Besoldungsfrage, wobei er als Begründung angab, ein Streik müsse „erreichbare Ziele“ formulieren. Damit kam er einerseits den Rechten entgegen, die in der Aufnahme weiterer Streikziele eine „Politisierung“ des Streiks sahen, gleichzeitig hält er sich die Hintertür offen, den Streik bei minimalen oder nur scheinbaren „Zuständigkeiten“ des Bundestages abzublenden. Auf der Landesvertreterversammlung am 26.5. gelang es dem Vorstand, diese Linie durchzusetzen, wobei allerdings immer noch rund ein Drittel der Delegierten für die drei Forderungen stimmten.

Fristers falsches Spiel

Überraschend für alle Linken war schon die „Unterstützung“ des Streiks in Hamburg durch die Rechten, hatten diese doch bisher alle Streikvorhaben als „verfassungswidrig“ abgelehnt. Noch überraschender war dann die „volle Unterstützung“ durch Frister. Nachdem mußte schon zu diesem Zeitpunkt stimmen, daß seine Gefolgshäute in Hessen gerade einem möglichen Streik massiv entgegengetreten.

Am 4.6. tagte dann der Hauptvorstand in Hamburg, um sich mit dem Antrag der GEW Hamburg zu befassen. Den ersten schmutzigen Trick versuchte Frister schon in der Formulierung des Streikziels. Es sollte nur noch für eine Vereinheitlichung der Referendareusbildung gestreikt werden. Im Falle, daß der Bundestag eine Vereinheitlichung nach A 12 beschlossen hätte, wäre das Streikziel formal erreicht gewesen — die Hamburger Referendare würden damit von A 13 auf A 12 zurückgestuft! Da Frister mit diesem Vorstoß jedoch auf taube Ohren stieß, mußte er schließlich unsingekränkt dem Hamburger Vorschlag zustimmen. Die Urabstimmung wurde für den 10. bis 14.6. festgelegt. Am 15.6. steht dann das Urabstimmungsergebnis fest, am 16.6. tagt der Innenausschuß des Bundestages, wo die Vor-

entscheidungen getroffen werden. Wenn auf die Entscheidung überhaupt noch Druck ausgeübt werden soll, so müßte der Streik in der darauffolgenden Woche einhellig der Bundestagsdebatte stattfinden. Hier setzt Frister nächster Schlag an. Denn beschlossen wurde, daß der Hauptvorstand erst am 25.6., also nach der Entscheidung des Bundestages, über einen möglichen Streiktermin entscheiden wird. Begründet wird diese Entscheidung damit einen längeren „Verhandlungsplethium“ herauszuschlagen. Eine angesichts dieser Situation geradezu kriminelle Haltung, da es nach der Entscheidung des Bundestages nichts mehr zu verhandeln gibt. Hinter dieser Hinauszögerung steckt allerdings mehr Frister weiß natürlich, was die sozialliberale Koalition in den Bundestag einbringen wird. Auf der Hauptvorstandssitzung umriß er dies folgendermaßen: eine einheitliche Referendareusbildung wird angestrebt, wobei den Ländern für eine gewisse Zeit eine Sonderklausel zugestanden werden soll. Verschwiegen wird dabei, daß schon im Herbst die gesamte Neuordnung der Lehrerausbildung zur Debatte steht. Die „Erreichung des Streikziels“ ist demnach von Frister mit der Bundesregierung voll abgesprochen, die Hamburger GEW-Mitglieder würden voll in die Röhre gucken! Zum zweiten Mal nach 1974!



Erich Fristers Blick in die Sterne — kommt er mit seinen Plänen durch?

Die Ungeheuerlichkeit dieses Vorgehens liegt gerade darin, daß Frister die Hamburger GEW für eine Sache „streiken“ lassen will, die längst zwischen ihm und der Bundesregierung ausgetauscht worden ist.

GEW Hamburg — was nun?

Der Hamburger Vorstand scheint dieser Marschroute Fristers nachzugeben. Im letzten „Informationsdienst für Vertrauensleute“ wird bekanntgegeben, daß die Aktionswoche und damit auch der Streik um eine Woche verschoben worden sei — dies ohne Absprache und ohne weiteres Beschluß der Vertrauensleuteversammlung. „Erste Priorität“ soll jetzt „ein hohes Ergebnis der Urabstimmung“ haben. Nach dem Ergebnis der Urabstimmung soll dem Hamburger Senat eine angemessene Zeit verbleiben, eine Erklärung abzugeben, „daß für den Fall der Beschlußfassung des Sechsten BesErhG mit Besoldungsverschlechterungen für die Referendare durch den Bundestag in Hamburg keine Stufenlehrerbildung angewandt wird“. Dies soll doch wohl bedeuten, daß bei Vorliegen einer solchen „Erklärung“ das Eintreten in den Streik dann „überflüssig“ wäre.

Da sich der Hamburger Senat im Bundesrat gegen dieses Gesetz ausgesprochen hat, wird ihm diese Erklärung nicht weiter schwerfallen — insbesondere nicht bei Offenhaltung (zeitlich begrenzter!) Sonderregelungen für die Länder durch den Bundestag. Das „Streikziel“ wäre damit „erreicht“ — obwohl der erste Schritt zur Besoldungsneuregelung durch den Bundestag gemacht wäre. Für die Lehrer hätte sich jedoch nichts geändert, denn immer noch steht im Gefolge des BesErhG die Vereinheitlichung der Stufenlehrerausbildung bundesweit an, nach der dann die Besoldungsverschlechterungen nach und nach durchgezogen werden. Die Hamburger Lehrer stünden also vor der gleichen Situation wie 1974 — nur mit dem einen Unterschied, daß in der Zwischenzeit ein „linker“ Vorstand gewählt wurde, in dem viele Mitglieder gerade in Bezug auf die anstehenden Kampfmaßnahmen ihre Hoffnungen gesetzt haben. Sollte noch einmal eine gleiche Situation wie 1974 eintreten, so muß dieser Vorstand unweigerlich mit einem erheblichen Vertrauensverlust rechnen.

Schon bei der Formulierung des Streikziels und der Streikdauer (nur ein Tag!) haben die Linken in der GEW Hamburg immer wieder Rückzichten auf die „gewerkschaftliche Einheit“ genommen.

Rückzichten wurden bei der Bestimmung der Streikdauer genommen, weil die „linken“ Sozialdemokraten einen wirklichen Streik ablehnen würden. Jeder realistisch denkende Gewerkschafter weiß allerdings, daß mit einem eintägigen Warnstreik keinerlei Druck gegenüber der Bundesregierung zu entwickeln ist. Rücksicht wird immer noch gegenüber Frister genommen, obwohl er und seine Gefolgshäute eine Ausweitung des Streiks auf andere Landesverbände verhindert haben. Selbst eine scharfe Stellungnahme gegen Frister auf einer angesetzten Streikversammlung am 13.6. in Hamburg wird von vielen Kollegen noch abgelehnt, weil damit die „gewerkschaftliche Einheit“ zerstört

worden würde.

Wie die jetzigen Ergebnisse aber erneut zeigen, kann es keine Einheit mit der Gewerkschaftsrecht geben, selbst dann nicht, wenn es um die „unmittelbaren“ gewerkschaftlichen Ziele wie die Abwehr der Besoldungsverschlechterungen geht. Damit zerplatzt auch die Illusion vieler Linken, daß die Auseinandersetzungen mit der Fristerlinie durch eine Konzentration auf die „eigentlichen“ gewerkschaftlichen Aufgaben zu umgehen ist.

Die Hamburger GEW-Linken steht jetzt vor der Aufgabe, den Streik gegen den Widerstand Fristers überhaupt zustande kommen zu lassen. Hieran werden alle Kräfte gemessen werden müssen, die sich für diesen Streik eingesetzt haben. Die Verschlebung der Aktionswoche muß deshalb zurückgenommen werden, die Hamburger GEW muß dafür eintreten, den Streik anlässlich der Bundestagsitzung durchzuführen. Bevor Frister den Streik wieder absetzen kann, muß von der Hamburger GEW ein eindeutiges Votum vorliegen, den Streik gegen alle Widerstände, sei es von Seiten der Behörde oder von Seiten des Gewerkschaftsvorstands, durchzusetzen.

Mit der Einleitung einer Urabstimmung und den scheinbaren Vorbereitungen eines Streiks soll nach Vorstellungen des Bundesvorstandes der gesamte Protest gegen die Besoldungsneuregelung abgedeckt werden. Für die Lehrer im gesamten Bundesgebiet fängt der Kampf um die Zurückschlagung dieser Pläne jetzt aber erst an.

Der eintägige Warnstreik in Hamburg hätte doch vor allem darin seinen Sinn, den anderen Landesverbänden Mut zu machen, ebenfalls Kampfmaßnahmen zu diskutieren und zu beschließen. Deshalb kommt der kämpferischen Durchsetzung des beschlossenen Streiks durch die Hamburger GEW gegen den Willen des Bundesvorstandes eine besondere Bedeutung zu.

KB/Gruppe Hamburg

Wieder ein rechter Spalterverein gegründet

Hessen. Als Reaktion auf die Wahl des linken Sozialdemokraten Harnischfeger zum hessischen GEW-Vorsitzenden (siehe AK 103) wurden u.a. von den abgewählten Spitzenfunktionären des alten Landesvorstandes, Helmut Schwarz und Gustav Ludwig, „Hirtensbriefe“ an die „bisher schwelgende Mehrheit“ der GEW-Mitglieder verschickt, mit der Aufforderung, einer „Initiative für die GEW“ beizutreten, um den Vorrang einer „Gruppe parteipolitisch extrem linksorientierter Mitglieder“ zu stoppen. Die Linksextremisten hätten „sch fraktionär zusammengeschlossen, ... (um) die Unzufriedenheit der breiten Masse der Lehrerschaft mit der schulpolitischen Entwicklung in unserem Lande dazu (zu nutzen), unter dem Deckmantel gewerkschaftlicher Forderungen ihre auf Beseitigung der gegebenen Staatsform gerichteten Ziele durchzusetzen“.

Gleichzeitig wird das Wahlergebnis der LVV als „Herausforderung“ bezeichnet und unter dem Hinweis angezweifelt, daß die „Minderheit dieser VV ... die Mehrheit der GEW-Mitglieder hinter sich (wisse)“. Anlaß für diesen Brief ist neben der persönlichen Kränkung, nicht gewählt worden zu sein, die Stellungnahme von Harnischfeger, für die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der GEW einzutreten. Unter dem Hinweis, selbst aktiv für die Beibehaltung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB einzutreten, wird diese Stellungnahme als Versuch gebrandmarkt, die GEW zu mobilisieren, sich von den „freiheitlich-demokratischen Grundwerten des DGB abzuplücken“.

Nach Hamburg ist dies ein weiterer Anlauf reaktionärer Sozialdemo-

kriten, durch Organisation einer Fraktion, verlorenes Terrain wieder aufzuholen. Interessant ist, daß diese offenen Fraktionsbildungen die Unterstützung Fristers genießen, während die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber kommunistischen Organisationen u.a. mit deren Fraktionsbildung in der GEW begründet wer-

Bemerkenswert ist an diesem Brief auch, daß die Anwendung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die bisher für „K-Gruppen“ formuliert sind, ausdrücklich auch für die „Angehörigen des Sozialistischen Büros Offenbach“ gefordert wird.

KB/Gruppe Hamburg

IMPRESSUM

Herausgeber — Druck — Verlag
J. Reents Verlag ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 80, Larenstraße 76
V.J.B. & P.: Kai Ehlers, Verlagsschule
Auflage 23.000
Erscheinungsweise 14-tägig
Verkaufspreis DM 1,-
Verlagskonten Dresdner Bank
451 8376, J. Reents und
Postcheckkonto Hamburg
240 505, J. Reents

Urabstimmung: JA

deshalb Protest-versammlung

mit Erich Frister

Montag, den 13. Juni 1977, 18.30 Uhr
audi max, Von-Melle-Park

Urabstimmung: JA

Für einen Warnstreik aller Lehrer!



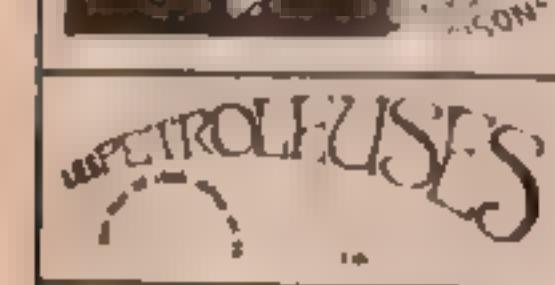
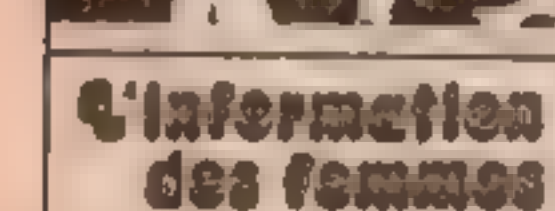
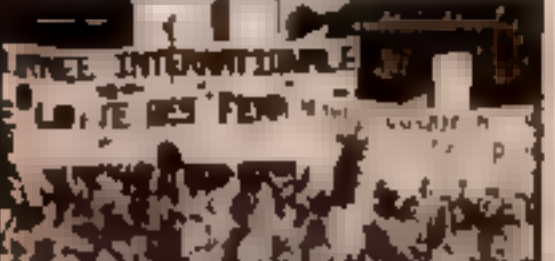
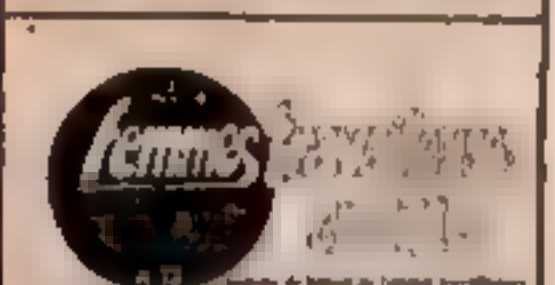
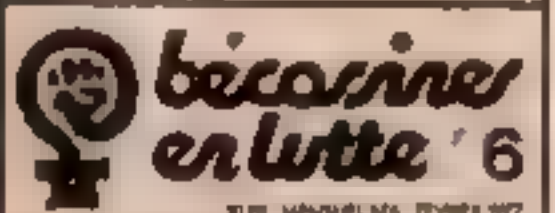
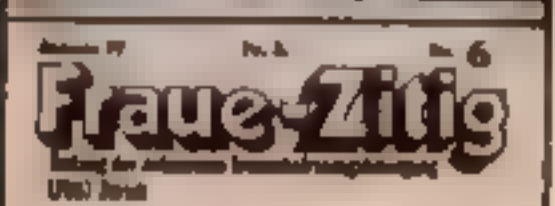
Wendeschmuck im Hamburger GEW-
Haus: Würdiger Empfang für Frister.

handhabt wird. Volk- und Realschullehrer, die an Pädagogischen Hochschulen ausgebildet werden, werden nach A 12 eingestuft, Gymnasiallehrer mit Universitätsausbildung nach A 13. Gleichzeitig mit der Besoldungsverschlechterung ist also eine weitere Spaltung der Lehrerschaft verbunden.

Die aktuell anstehende Bundestagsdebatte wird zunächst die Besoldung der Referendare zum Inhalt haben, die ebenso aufgespalten werden soll, während in Hamburg diese bisher einheitlich nach einem Prozentsatz von A 13 geregelt ist. Der nächste Schlag ist aber schon für den Herbst zu erwarten, da dann eine bundeseinheitliche Regelung der Stufenlehrerausbildung und -besoldung beschlossen werden soll. Als Plan wird z.B. diskutiert, die Volk- und Realschullehrer nach und nach (keine Lohnerhöhungen) auf A 12 zurückzustufen. Natürlich handelt es sich bei diesem Gesetzesvorhaben um eine bundesweite Angelegenheit, denn über diesen Weg sollen alle versprochenen Reformvorhaben zur Vereinheitlichung der Lehrerbildung zu-
sammefassen und die Spaltung der Lehrer in „niedere“ (Volksschule)



Internationaler Frauenkongreß in Paris



Vom 28. bis 30. Mai fand in Paris ein internationaler Frauenkongress statt. Die Idee zu diesem Treffen entstand innerhalb zweier französischer Frauengruppen (Cercle Elisabeth Dimitrieff und „Les Petroleuses“, beide inzwischen aufgelöst) Ende 1975.

Im Mittelpunkt dieses Kongresses sollte die Diskussion um die Frage „Verbindung der Frauenkämpfe und der Klassenkämpfe“ stehen. Um den Kongress vorzubereiten, trafen sich mehrmals Delegierte von Frauengruppen aus mehreren Ländern Europas, allerdings ohne konkretes Ergebnis. Es gab Unstimmigkeiten über die Durchführung, den Aufruf, das Thema. Schließlich fand im Herbst 1976 ein weiteres Vorbereitungstreffen in London statt, auf dem die Differenzen über die Ausrichtung des Kongresses scharf zum Ausdruck kamen und Konsequenzen nach sich zogen. Die Französinnen hatten einen Aufrufentwurf vorgelegt, zu dem einige der Anwesenden grundlegende Widersprüche hatten. Im wesentlichen von den holländischen und einem Teil der englischen Frauen wurde vertreten, die Ausrichtung des Kongresses sei „zu links“, die Dominanz der „linken“ Frauen (vorwiegend Trotzkiistinnen) sei zu stark und nicht repräsentativ für die „autonome“ Frauenbewegung. Diese Frauen beschlossen dann, einen eigenen Kongress nach ihren Vorstellungen in Amsterdam durchzuführen. Dieser Kongress hat inzwischen eine Woche nach dem Pariser Kongress stattgefunden (siehe Artikel in diesem AK).

Im Anschluß an diese Diskussion in London, die die ursprüngliche

Planung des Kongresses in Frage stellte, wurden in verschiedenen Ländern nationale Treffen durchgeführt und die verschiedenen Standpunkte diskutiert (Wir berichteten darüber). Auf dem darauffolgenden Vorbereitungstreffen in Paris im Dezember 1976 wurden die verschiedenen Vorschläge zusammengetragen und beschlossen, den Kongress nicht so eng zu fassen, sondern alle Aspekte der Frauenbewegung miteinzubeziehen, wobei die Klassenkämpfe mit enthalten sein, aber nicht mehr zentral im Vordergrund stehen sollten.

Wir haben damals die Initiative zum Kongress begrüßt und wollten die Möglichkeit nutzen, mit möglichst vielen Frauen über die Standpunkte der Frauenbewegung zu verhandeln. Wir haben damals die Initiative zum Kongress begrüßt und wollten die Möglichkeit nutzen, mit möglichst vielen Frauen über die Standpunkte der Frauenbewegung zu verhandeln.

Alles in trotzkistischer Hand

Leider hat die Breite und Effektivität des Kongresses darunter gelitten, daß die Vorbereitungen und die Arrangements im wesentlichen in trotzkistischen Händen lagen. So war z.B. auf dem Kongress völlig unklar (bzw. ziemlich klar), wer in der zentralen Kommission vertreten war, die den Kongress leitete, wer die Redebeiträge ausgewählt hatte (verschiedene Redebeiträge wurden abgeblockt) und wer die Diskussionsleitung auf den Vollversammlungen machte. Besonders krass zeigte sich das trotzkistische Management, als der französische kommunistische Organisation OCT, die eine sehr intensive Frauengruppe macht, ein Redebeitrag verweigert wurde, während die Diskussionsleitung den anwesenden Feministinnen gegenüber große „Toleranz“ zeigte.

Offenbar ist es zum einen das Bestreben der Trotzkiistinnen – aus der BRD die GIM – sich selbst das Monopol für „linke“ Frauenpolitik zu sichern. Dies können die Trotzkiistinnen nur administrativ-bürokratisch leisten, da sie fast völlig darauf verzichten, politisch in die Frauenbewegung hineinzuarbeiten (Eine Ausnahme bildet das Thema „Lohn für Hausarbeit“). Vor allem gegenüber den reaktionärsten Tendenzen in der feministischen Bewegung (Antikommunismus, Männerfeindlichkeit, Absage an die Einbeziehung gesellschaftlicher Zusammenhänge) verzichten die Trotzkiisten nicht bloß auf jede Auseinandersetzung, sondern betrei-

ben Versöhnlichkeit und Anbiederung. Dies geht auch so weit, daß die Trotzkiistinnen ihre Frauengruppen als „autonom“ ausgeben und teilweise bei der antikomunistischen Demagogie gegen die organisierten Frauen mitwirken.

Der Kongress

Der Kongress selbst dauerte insgesamt drei Tage. Am Anfang sollte am Nachmittag des ersten Tages eine Vollversammlung aller teilnehmenden Frauen sein, auf der aus verschiedenen Ländern Berichte zur aktuellen Situation gegeben werden sollten. Der zweite Tag sollte ganz der Arbeit in den verschiedenen Arbeitsgruppen dienen, die zu verschiedenen Themen gebildet wurden. Am dritten Tag sollten die Ergebnisse dieser Diskussionen zusammengetragen und Resolutionen und Forderungen eingebracht werden.

Schon am ersten Tag wurden die organisatorischen Schwierigkeiten deutlich, denn die Veranstalterinnen hatten mit ca. 500 Teilnehmerinnen gerechnet und gekommen waren nach unserer Schätzung ca. 3.000! So konnte die erste Vollversammlung nur für einen kleineren Teil der Anwesenden effektiv sein, denn in den Hörsaal, in dem die verschiedenen Beiträge auch in verschiedene Sprachen simultan übersetzt wurden, paßten höchstens 400 Frauen. Auf dem Ungelände hatten verschiedene Frauengruppen ihre Informationsstände aufgebaut, so z.B. Frauen von der autonomen „Frauenbefreiungsbewegung“ in der Schweiz, von der Zeitung „La fronde“ aus Lausanne aus der autonomen „Frauenbefreiungsbewegung“ in der Schweiz, von der Zeitung „La fronde“ aus Lausanne, aus Spanien katalanische Frauen aus den Arbeiterkommissionen in Barcelona und baskische Frauen; aus Frankreich die verschiedensten Initiativen und Gruppen (als Beispiel seien nur die MLAC – Bewegung gegen das Abtreibungsverbot – und „Information des Femmes“ – eine der meist gelesenen Frauenzeitschriften – sowie „Femmes travailleuses en lutte“ und die Frauen von OCT genannt); aus England Frauen von „Lesbian Left“, „Gay Liberation“ und „Socialist Women“; aus Italien Gewerkschaftlerinnen und Frauen, die die bekannte „consultori“ (selbstverwaltete Beratungszentren) mittragen; Frauen aus verschiedenen Lateinamerikanischen Ländern, aus Belgien Frauen der Zeitung „Becassines en lutte“, aus der BRD hatten die „Courage“ und „Der Feminist“ (München, Hanselore Mabry) Stände aufgebaut. Diese Aufzählung ist bei weitem nicht vollständig, soll aber einen kleinen Eindruck vermitteln.

Die Arbeitsgruppen hatten sich zu folgenden Themen gebildet:

- Frauen in Betrieben, in Gewerkschaften (3 Arbeitsgruppen),
- Abtreibung (§ 218),
- Beratungszentren in Zusammenhang mit dem Abtreibungsgebot
- Sexualität (Probleme der Homosexuellen);
- Gewalt gegen Frauen, darunter wurden zwei verschiedene Themen zusammengefaßt: a) Repression und b) Vergewaltigung;
- Frauenzentren,
- Frauen und Kinder,
- Lohn für die Hausarbeit,
- Frauenarbeitskreis gegen AKW (auf Initiative von Hamburger Frauen);
- Marxismus und Frauenbewegung (speziell von einer Vertreterin der „Trotzkistischen Liga Deutschlands“, TLD, ins Leben gerufen.)

Wir können unmöglich heute schon einen Überblick über die Diskussionen der gesamten Arbeitsgruppen geben, aber wir wollen versuchen, die wichtigsten Ergebnisse und Diskussionsprozesse zusammenzufassen und die Beschlüsse und Resolutionen, die auf der Vollversammlung am dritten Tag eingebracht wurden, wiederzugeben.

Auf der Vollversammlung am ersten Tag sprachen Frauen aus England, der Schweiz, Frankreich, Lateinamerika und Italien zu Proble-

men wie: „Gasterbeiterinnen“ (Schweiz), Abtreibungskampagnen (England), Beratungszentren (Italien), Folter, Unterdrückung und Zwangssterilisation (Lateinamerika), und zur Situation der weiblichen Gefangenen (Frankreich). Waren die Beiträge hier noch recht allgemein und brachten wenig konkrete Informationen, so war es in den verschiedenen Arbeitsgruppen schon eher möglich, auf die spezielle Situation und die verschiedenen Meinungen unter den anwesenden Frauen einzugehen, wenn auch der Mangel bestand, daß durch die Übersetzungsprobleme und die Berichte der Frauen die Zeit sehr knapp war.

NÜTTLICH UND GEMEINSAAM

Wir können nur über eine der drei AGs und den Beitrag auf dem Schlußplenum berichten. Die Frauen berichteten im wesentlichen über ihre persönlichen Erfahrungen in den Betrieben und über ihre Erfahrungen mit den Gewerkschaften. Gemeinsam wurde festgestellt, daß die reformistischen Gewerkschaften sich der Probleme der Frauen kaum oder gar nicht annehmen, z.B. gibt es in den USA für die Textilbranche, wo überwiegend Frauen arbeiten, keine Gewerkschaft. Bis auf Frankreich und die Frauen in den Gremien der Gewerkschaften kaum vertreten. Überall werden die Frauen in der allgemeinen Krisensituation als erste ent-

FRAUEN KÄMPFEN IN ALLEN LANDESN



lassen bzw. fallen als erste unter den Einstellungsstopp. Nügendwo besteht das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Die Diskussion über die verschiedenen Standpunkte zur Arbeit der Frauen in den Gewerkschaften und in den Betrieben kam zugunsten der einzelnen Berichte leider zu kurz.

AG Abtreibung

Hier wurde ein genaueres Bild über die Situation in den verschiedenen Ländern gegeben.

Frankreich: 1974 wurde ein Gesetz verabschiedet, das die Abtreibung in den ersten 10 Wochen freigeibt, aber in 5 Jahren neu verhandelt werden muß. Die Forderung der Frauen war die völlige Legalisierung. Minderjährige und Ausländerinnen sind auf die Einwilligung der Eltern bzw. des Ehepartners angewiesen, die Kliniken sind nicht verpflichtet, Abtreibungen vorzunehmen und machen von diesem Recht auch fleißig Gebrauch. Die Kosten für eine Abtreibung werden nicht von der Krankenkasse bezahlt. Nach einem relativen Abschwung der spontanen Bewegung nach Verabschiedung dieses Gesetzes kommt es jetzt wieder zu vermehrten Aktionen, z.B. hat die MLAC in Paris ein Projekt vor, wo die Frauen in der Arbeit in einem Zentrum eine Stärkung erfahren sollen und wo auch eine allgemeine Beratung zu Kinderproblemen etc. mit eingeplant ist, nicht nur die Durchführung von Selbsthilfen.

Portugal: Die Situation in Portugal ist besonders schlimm. Abtreibungen sind generell illegal. Es gibt ca. 180.000 Abtreibungen jährlich, ca. 2.000 Frauen sterben daran. Viele

Frauen sind gezwungen, die Eingriffe mit primitivsten Mitteln an sich selbst vorzunehmen. Nach dem Sturz der Faschisten wurden Kliniken besetzt, in denen dann auch Abtreibungen durchgeführt wurden. Der Putsch vom 25. November 1975 führte zur Schließung fast aller dieser „Volkskliniken“. Es gibt heute in Portugal keine breite Bewegung für die Freigabe der Abtreibung, einzig einige Frauengruppen und die MDM (Demokratische Frauenbewegung, starker PC-Einfluß) sammeln Unterschriften.

Spanien: Mit dem Sieg des Faschismus wurden Abtreibung, Verhütung und Scheidung verboten. Es gibt ca. 300.000 illegale Abtreibungen jährlich, vielfach unter den schlimmsten Bedingungen. Im Oktober soll eine Kampagne von der Koordination der Frauengruppen begonnen werden, wobei es heute schon Diskussionen um die Propagerung der Selbsthilfe gibt.

Italien: 1972 wurde durch das Verfassungsgesetz eine Regelung veranlaßt, nach der Abtreibungen bei medizinischer Indikation legal sind. Durch die Ersetzung der Frauenbewegung gab es große Auseinandersetzungen auch innerhalb der linken Bewegung. Die PC hat den Vorschlag einer Fristenregelung ins Parlament eingebracht, während die Vorschläge der PS und der CISA (Radikale Partei) fortschrittlicher waren. Vor einigen Tagen wurde jetzt der Vorschlag für eine Fristenregelung vom Senat abgelehnt, von Christdemokraten und Faschisten und offenbar mit einigen Stimmen der PCI.

Belgien: Hier sind seit 1963 zwar Verhütungsmittel erlaubt, aber die

Abtreibung bleibt weiterhin verboten, es sei denn, die Mutter wäre schwer gesundheitlich gefährdet. Es werden ca. 40.000 Abtreibungen jährlich vorgenommen, 1973 gab es eine große Kampagne für einen Arzt, der wegen praktizierter Abtreibungen mit 30 Tagen Gefängnis bestraft wurde, es kam zu großen Demonstrationen und es bildeten sich Kommissionen und Arbeitsgruppen. 1976 wurden Abtreibungskliniken öffentlich bekannt gemacht und ein Buch mit Adressen herausgegeben, das sofort verboten und eingezogen wurde. Am nächsten Tag standen die Adressen in allen linken Zeitungen.

Schweiz: Abtreibung ist bei einer Strafe von 5 Jahren Gefängnis verboten. Die Situation ist in den einzelnen Kantonen unterschiedlich. Es ist z.T. möglich, über einen Hindernislauf durch verschiedene Ärzte, „beratungen“ eine Abtreibung zu kriegen. Es gibt ca. 500 legale und 50.000 illegale Abtreibungen jährlich. Heute ist die Fristenregelung in der Debatte, auch im Parlament 1975 verabschiedeten Frauen zur Verdeutlichung ihrer Forderungen ein Go-in beim Parlament und bewarfen die Parlamentarier mit frucht beschmutzten Kinderwindeln. Die Frauengruppen haben sich zu einer nationalen Koordination zusammengefunden und wollen im Falle einer Abstimmung über die Fristenregelung diese unterstützen.

Großbritannien: Hier gibt es seit kurzer Zeit eine starke Bewegung für die Freigabe der Abtreibung, die „National Abortion Campaign“ (NAC). Sie hat mehrere Demonstrationen und Aktionen organisiert und tritt für folgende Ziele ein:

1. Freie Abtreibung auf Wunsch der Frau,
2. Gesetzliche Verankerung des Rechts der Frau, ohne jede medizinische oder gesetzliche Einschränkung;
3. Umsetzung in der Praxis, indem die Regierung den Nationalen Gesundheitsdienst (NHS) beauftragt:
 - Abtreibungen durch den NHS frei zugänglich zu machen,
 - private Kliniken in den NHS aufzunehmen und alle Abtreibungen, auch die ausländischer Frauen, kostenlos durchzuführen;
 - Einrichtungen zur Geburtskontrolle zu schaffen, indem Beratungszentren für Fragen der Abtrei-

hung, Verhütung etc. eingerichtet werden, - einen Pensionsfond einzurichten, der die Methoden von Abtreibung, Verhütung und Schwangerschaftsüberprüfung und das Personal in Abtreibungsmethoden ausbilden, - alle Abtreibungsgegner unter den Ärzten, die gegen Abtreibungen sind und Frauen daran hindern könnten, von ihren Posten abzusetzen.

In der anschließenden Diskussion ging es hauptsächlich um die Frage, ob die Frauen die Kontrolle über ihren Körper ganz in die eigenen Hände nehmen sollen oder in erster Linie von den Ärzten eine korrekte Behandlung fordern sollen. Hauptsächlich die Italienerinnen vertreten die erste Forderung. Bei der Aufstellung der gemeinsamen Forderungen kam es zu weitgehender Übereinstimmung: Freie und kostenlose Abtreibung, Verpflichtung der Ärzte, freie Wahl der Methode, umfassende Aufklärung und fortschrittliche Sexualerziehung, kostenlose, sichere und unschädliche Verhütungsmittel, keine Kriminalisierung.

AG Repression

Es wurden Berichte gegeben zur Repression gegen Frauen in Afrika, Spanien, der BRD (im wesentlichen zu den Haftbedingungen), Frankreich und Lateinamerika. Zu dem Bericht der afrikanischen Genossinnen sind wir leider zu spät gekommen, sodass wir nur auf die folgenden Berichte eingehen können.

In Spanien ist die Situation der weiblichen Gefangenen Ausdruck dafür, daß es mit der vielgerühmten „Demokratisierung“ nicht weit her ist. Ein Blick zwischen einer „normal kriminellen“ und einer politischen Gefangenen reicht aus, um sie für 24 Tage in den Kerker zu bringen. 85% der Frauen sind wegen „weiblicher“ Delikte im Gefängnis. Ehebruch, Prostitution, Abtreibung, „böswilliges“ Verlassen des Ehemannes bzw. der Familie. Seit einem Jahr kämpfen die Frauen im Zusammenhang mit der Kampagne für die allgemeine Amnestie für Freilassung aller Frauen.

Es gibt noch eine spezielle psychologische Unterdrückung der weiblichen politischen Gefangenen. Indem sie nur als Gefährtinnen der politisch aktiven Männer betrachtet werden, nicht aber als eigenständig handelnde Menschen.

Aus der aktuellen Situation heraus gibt es für die spanischen Frauen gar keine Diskussion darum, ob sie an der Seite der Arbeiterklasse gegen den Faschismus kämpfen. Es ist für sie eine Selbstverständlichkeit! Die Frauenbewegung selbst ist heute in Spanien illegal.

ins Gefängnis gesteckt wurden und die Mine heute noch besetzt halten. Außerdem wurde auch über die Folter in den lateinamerikanischen KZ's und Gefängnissen berichtet.

In der anschließenden Diskussion, die leider auch hier viel zu kurz geriet, war die wesentliche Frage, wer schuld ist an dieser Repression, was also unser Gegner ist. Die spanischen Frauen brachten hierfür eine Resolution ein, die auch auf dem Plenum vorgetragen und verabschiedet wurde.

1. Überall sind die Frauen einer speziellen Unterdrückung ausgesetzt
2. Die Justiz ist eine Klassenjustiz gegen die Unterdrückten.
3. Die Folter ist international, notwendig ist die internationale Solidarität
4. Der Kampf der Frauen muß an der Seite der Arbeiter stehen. Sonst gelingt es den Kapitalisten, die Menschen innerhalb ihrer Klasse zu spalten und gegeneinander auszuspielen.
5. Konkrete Solidarität mit den Frauen in Bolivien, Afrika, Spanien, BRD, Frankreich und Lateinamerika. Unterstützung des Russelltribunals und Forderung nach dem Kriegesgefangenen-Status für alle politischen Gefangenen.

Beschlossen wurde auch - allerdings ohne weitere Konkretisierung - ein internationaler Kampftag gegen die Repression, evtl. am 25. Oktober, dem Tag der Deklaration der Menschenrechte.

Frauen aus der BRD formulierten am 3. Tag noch eine Resolution zur Unterstützung des Russelltribunals, die auf dem Plenum verlesen und per Akklamation angenommen wurde.

AG Vergewaltigung

Hierzu wurde auf der Vollversammlung nur ein kurzer Beitrag gehalten, ein schriftlicher Bericht soll später erfolgen. Der Beitrag warf unterschiedliche Positionen und Fragen auf, die in der Gruppe nicht geklärt werden konnten. So z.B. die Frage, worin die Ursache für Vergewaltigungen zu sehen ist, oder die Frage, ob Frauen ihre Ehemänner vor Gericht verklagen sollen. Bekanntgegeben wurde, daß nächstes Jahr in Rom ein internationaler Kongress zum Thema Vergewaltigung stattfinden soll.

AG Homosexualität

Die AG erklärte auf dem Plenum, daß für sie die Tatsache ihrer Homosexualität ein politisches Erlebnis mit sich gebracht hat. Sie

AG Lohn für die

Erwartungsgemäß trafen hier die Positionen pro und contra aufeinander. Im großen und ganzen gab es zwei Fraktionen, die aber jede für sich teilweise sehr unterschiedliche Begründungen für ihre Haltung anführten. Die Position contra Lohn für die Hausarbeit, die hier die Mehr-



heit stellte, argumentierte ungefähr so: Die Hausarbeit in ihrer heutigen Form ist reaktionär, weil sie die Frau an die Familie und das System bindet, deshalb wäre ein Lohn dafür eine Verfestigung dieser Situation der Frau in der bürgerlichen Familie und würde eine Kollektivierung der Hausarbeit verhindern. Frauen aus Frankreich waren der Meinung, daß man die Hausfrauen lediglich über Fragen wie Spielplätze für die Kinder oder Freizeitsport ansprechen könnte. Schweizer und spanische Frauen meinten, daß die Forderung die falsche Ideologie weiterverfestigen würde. Andere Argumente waren, den wichtigsten Teil nähme die Erziehung ein, also müßten wir ein Erziehungsgeld fordern, oder z.B. die Forderung nach „Selbstorganisierung der Hausarbeit mit öffentlichen Mitteln“. Die Vertreterinnen dieser Positionen (also gegen Lohn für Hausarbeit) stellten auf dem Plenum die Alternative auf, die Arbeitszeit für alle zu verringern, in Verbindung mit der Forderung nach Recht auf Arbeit für alle, und die Hausarbeit zwischen Männern und Frauen zu teilen, die Familie zu beiseite und ebenso die Arbeitsstellung des kapitalistischen Systems.

Ebenso uneinheitlich war die Position der Beiratsfrauen. Eine Gruppe von ca. 30 Frauen aus der BRD (zu der auch unsere Genossinnen gehörten) vertrat, daß die Mehrzahl der Frauen heute eine unbezahlte Mehrarbeit verrichtet, eine Arbeit, die den Frauen von der Gesellschaft als naturgegeben unterstellt wird. Eine Bezahlung bedeutet eine größere Selbstständigkeit, vor allem auch vom Ehepartner. Sie sahen die Forderungen nicht im Widerspruch zur Forderung nach Kollektivierung der Hausarbeit. Aus dem USA waren Frauen eines Komitees „Wages for

housework“ (Lohn für Hausarbeit), die diese Forderung zur zentralen Frage hochstilisierten. Ihren Gipfel fand diese Strömung in ihrer Sprecherin Selma James auf dem Plenum, die die Meinung vertrat, daß die Frauen die eigentliche Arbeiterklasse seien, und die Männer sich mit ihr verbünden müßten.

Die widersprüchlichen Meinungen spiegeln sich auch am letzten Tag auf dem Plenum wider, wo es zu tu-

multartigen Szenen kam, als die verschiedenen Strömungen - im wesentlichen die Amerikanerinnen - in sehr emotionalen Beiträgen ausgiebig ihre Meinung vertraten. Dies war vor allem auch eine Reaktion darauf, daß - entgegen den Abmachungen in der Arbeitsgruppe - im „offiziellen“ Beitrag zur Position gegen Lohn für Hausarbeit vertreten worden war, was wir für ein unfaires und undemokratisches Vorgehen halten.

AG Frauen und Kinder

In dem Beitrag dieser AG wurde besonders die Benachteiligung der Kinder gegenüber den Erwachsenen hervorgehoben, die geschlechtsspezifische Erziehung von Jungen und Mädchen kritisiert und auch auf die schlechte Lage der Mütter hingewiesen, denen kaum Chancen für einen Ausbildungsplatz oder für Umschulungen offenstehen. Die AG forderte die Frauenbewegung auf, sich mit diesem Problem in Zukunft mehr auseinanderzusetzen und sich für eine kollektive Erziehung der Kinder einzusetzen.

AG Arbeitskreis AKW's

Die Frauen verlasen eine Resolution, in der sie die anwesenden Frauen aufforderten, den Aufbau einer internationalen Anti-AKW-Front zu unterstützen. Sie gingen in ihrem Beitrag auf die Gefährlichkeit der AKW's und auf die wirklichen Interessen und Ziele der BRD-Kapitalisten ein. Gewinnträchtige Exportgeschäfte und Aufbau der BRD als Atommacht. Die Resolution wurde mit großem Beifall angenommen.

Insgesamt gesehen hat der Kon-

gress eine Reihe von positiven Ergebnissen gebracht. Durch die Arbeitsgruppen und Informationsläufe war ein relativ breiter Erfahrungsaustausch und eine recht umfassende Information möglich.

Zu vielen Frauen konnten neue Kontakte geknüpft werden und ein regelmäßiger Austausch der Materialien vereinbart werden. Der gemachte Ansatz ist also positiv und er reiht sich ein in die seit einiger Zeit erkennbare Tendenz aller antikapitalistischen Sektoren zu einer stärkeren internationalen Koordinierung und Diskussion. In diesem Sinne sollte der Kongress nicht der letzte bleiben. Zukünftig aber möglichst ohne trotzkistische Scheuklappen, sondern unter offener Einbeziehung aller Organisationen, die eine fortschrittliche Frauenpolitik machen, und mit demokratischeren Strukturen.

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Kein Platz für die AAO

Unter den Teilnehmerinnen auf dem Pariser Kongress erschienen auch zwei Mitglieder des französischen Zweigs der AAO, die dort einen Stand aufbauten und versuchten, ihre Zeitungen an die Frau zu bringen. In demagogischer Weise versuchten die AAO immer wieder, mit ihren Theorien von der kaputten Kleinfamilie als Wurzel allen Übels an Menschen heranzukommen, die mit diesem Gesellschaftssystem und dessen repressiven und reaktionären Moralvorstellungen unzufrieden sind, und ihnen die Erlösung durch „Selbstdarstellung“ und „freie Sexualität“ zu versprechen. Doch daraus wurde auch in Paris mal wieder nichts. Eine Reihe von Frauen, vor allem aus der BRD, die mit der AAO schon ihre Erfahrungen haben, schrieben kurzerhand eine Wandzeitung auf deutsch und französisch u.a. mit typischen Zitate der AAO. Daraufhin forderten die Frauen, die sich um den Tisch der AAO versammelt hatten, die AAO auf, die Sechen zu packen und den Kongress zu verlassen. Vor der Kamera einer Gruppe von Filmemacherinnen erläuterten noch einmal zwei Frauen, warum sie der Meinung sind, daß solche Tendenzen auf diesem Kongress nichts zu suchen hätten. Dabei wiesen sie auch auf die Homosexuellenfeindlichkeit der AAO und auf die finanzielle Ausbeutung der AAO-Mitglieder hin. Unter großen Beifall der umstehenden Frauen zogen die AAO-lerinnen ab!



Der Beitrag der BRD wurde von Frauen aus dem „Komitee zur Freilassung der politischen Gefangenen“ vorgebracht und bezog sich im wesentlichen auf die Schilderung der Haftbedingungen der weiblichen „RAF“-Gefangenen. Wir versuchten in diesem Zusammenhang innerhalb der Arbeitsgruppe Unterstützung für ein Russell-Tribunal gegen die Repression in der BRD zu erlangen und beschlossen, eine entsprechende Resolution auf der Vollversammlung am 3. Tag vom Plenum verabschieden zu lassen.

Die Französischen berichteten über die Praktizierung des „Modell Deutschland“ in den französischen Gefängnissen, wo es z.B. für Frauen, die im Verdacht sind, lesbisch zu sein, schon genügt, laut zu reden oder kurze Haare zu haben, um schärfer behandelt zu werden. Betont wurde auch, daß gerade in Frankreich und der BRD speziell Leute ausgebildet werden, die in den Ländern der „3. Welt“ gegen die Befreiungsbewegungen eingesetzt werden.

Die Frauen aus Südamerika berichteten über den Streik der Minenarbeiter in Bolivien, in dessen Verlauf die Frauen der Arbeiter den Streik weitergeführt haben, als die Männer

stellten sich zur Aufgabe, nicht nur gegen die Diskriminierung ihrer Homosexualität zu kämpfen, sondern gegen jede Gewaltstruktur, gegen bürgerliche Moralvorstellungen, gegen die reaktionäre Ideologie der Kirche, gegen das gesamte kapitalistische System, das sie in ihrer Identität unterdrückt. Sie kritisierten im Weiteren, daß der Kampf der lesbischen Frauen z.T. getrennt vom Kampf der heterosexuellen Frauen verläuft, und forderten die Frauenbewegung auf, den Kampf gemeinsam zu führen.

AG Frauenzentren

In dieser AG waren vor allem Frauen aus der BRD/Westberlin, Italien und Frankreich. Der Bericht war sehr kurz gehalten und gab nur die wichtigsten Fragen wieder: Das Problem, neue Frauen im Frauenzentrum aufzunehmen, da viele FZ auch als einheitlich geschlossene Gruppe betrachtet, die Beziehung zu öffentlichen und staatlichen Stellen, die fehlende Kommunikation unter den Zentren. Ungeklärt bzw. widersprüchlich war auch die Frage der Öffentlichkeitsarbeit.

Feministinnentreff in Amsterdam

Vom 3. bis 5. Juni fand in Amsterdam ein internationales Feministinnentreff statt, das als Gegenveranstaltung zum Pariser Frauenkongress (siehe Bericht in diesem AK) gedacht war.

Die Initiative zu diesem Gegen-treffen war während der Vorbereitungen zum Pariser Kongress entstanden, weil einige Frauen die Themenstellung („Der Kampf der Frauen innerhalb der Klassenkämpfe“ bzw. später „Die Frauen und die Klassenkämpfe“) zu eng fanden und überdies mit der dominierenden Rolle „linker“ Frauen (Trotzkistinnen) nicht einverstanden waren.

Die Veranstalterinnen des Amsterdamer Treffens bezeichneten sich selbst als „feministisch-sozialistisch“. Die inhaltliche Füllung dieses vielversprechenden Begriffs steht indes noch im Entstehen. Hier ist noch offenkundig noch nicht hinausgekommen über eine Anti-AKW-Front, gegen die linken Organisationen und gegen die organisierten Frauen, sowie über die Erkenntnis, daß die Unterdrückung der Frau „auch“ vom Kapitalismus berührt. Die „feministisch-sozialistischen Holländerinnen“, die den

Amsterdamer Kongress organisierten, geben in ihrer Erklärung Entdeckungen wie etwa folgende von sich: Die marxistische Theorie sei unzureichend, es gebe nämlich nicht bloß den Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, sondern auch den zwischen Lohnarbeit und Hausarbeit. Und: Die „Feministinnen-Sozialistinnen“ dürfen nicht in linken Organisationen arbeiten, weil die Vorstellungen der Linken von der Lohnarbeit ausgehen, die „für uns bloß ein Teil unserer Klassenlage ist“. Und: „Die Frauen brauchen keine Parolen der Klassenkampfes, sondern eine neue Art und Weise, sich auf der Grundlage ihrer Bedürfnisse zu organisieren“. Alles bekannte und bewährte Theorien, aber warum um alles in der Welt bezeichnen sich diese Frauen als Sozialistinnen?

Die Basis für eine Politik mit „feministisch-sozialistischem“ Anspruch ist derzeit gering, weil die Tendenz eindeutig auf eine Polarisierung zwischen sozialistischen Frauen und „radikal“ feministisch-antisozialistischen Frauen („Schwarze Botin“) geht. In der BRD scheint an Öffentlichkeit

zum Amsterdamer Treff in Amsterdam kaum etwas gelaufen zu sein - abgesehen von einer kleinen Notiz der Westberliner „Courage“ in der Spalte „Nachrichten aus der Frauenbewegung“, wo zur Teilnahme an dem Amsterdamer Treffin aufgerufen wurde.

Wer diese Aufforderung allerdings ernst nahm und sich unter der angegebenen Telefonnummer um eine Platzreservierung bemühte, mußte feststellen, daß es damit wohl doch nicht so ernst war. Wie von den Veranstalterinnen zu erfahren war, hatten sie nur Gruppen angeschrieben und eingeladen, deren politische Richtung ihnen ziemlich sicher bekannt war. Aminehend wurde sehr auf die „feministisch-sozialistische“ Exklusivität geachtet. „Klein aber fein“ soll das Kongress-Motto gelaute haben.

Wir sind gespannt auf die Veröffentlichungen über das Amsterdamer Treff in der einschlägigen Presse. Vielleicht kommt ja doch noch heraus, was eigentlich „Feminismus-Sozialismus“ ist?

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Frauen aktuell

Diskriminierung arbeitsloser Frauen

Frauen in der BRD sind überdurchschnittlich von der Arbeitslosigkeit betroffen. Die Diskriminierung geht aber auch bei arbeitenden Frauen weiter.

Lange Beispiele

Die frauenfeindliche Regelung des § 103 des Arbeitsförderungsgesetzes, wonach Frauen die Unterbringung ihrer Kinder nachweisen mußten, wurde zum Januar 1976 fallengelassen. Gleichzeitig wurden mit dem „Rund-erlaß vom 18.12.75“ die Rechte – besonders der arbeitslosen Frauen – erneut eingeschränkt. Dort heißt es sinngemäß, daß Arbeitslose, die bestimmte Arbeitszeitswünsche äußern, nur dann Arbeitslosenunterstützung erhalten, wenn in dem jeweiligen Bezirk entsprechende Stellen „in nennenswertem Umfang vorhanden“ sind.

Das Arbeitsamt Vechta lehnte die Unterstützung einer Arbeiterin ab, die wegen ihrer fünf Kinder bisher in der sogenannten Hausfrauennicht von 14.30 - 23.00 Uhr gearbeitet hatte. In der gewünschten Arbeitszeit seien keine Arbeitsplätze in nennenswertem Umfang vorhanden und eine Arbeitsvermittlung von vornherein ausgeschlossen.

Frauen, die jahrelang Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt haben, haben selbst keinen Anspruch.

Ähnlich ergab es Frauen, die weniger als 20 Stunden die Woche arbeiten. Die Arbeitszeit wird als „geringfügig“ eingestuft und erfüllt nicht die Anforderungen des Arbeitsförderungsgesetzes. Wenn sie Glück haben, können sie unter bestimmten Voraussetzungen Arbeitslosenhilfe beantragen.

Für einen Großteil der Frauen allerdings bleibt nur der Gang zurück ins Haus.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung errechnete für den Zeitraum vom September 1974 – September 1975 einen „Abgang“ von 22% aller arbeitslosen Frauen zurück in die Hausfrauentätigkeit. Von Frauen mit Kindern unter sechs Jahren wurden sogar 44% vom Arbeitsmarkt „verdrängt“.

(Angaben: „Express“, 13.4.)

Entlassen, weil sie ein „Lesben“-Abzeichen trug!

Auf skandalöse Weise ist in England eine Frau von ihrem Arbeitsplatz gefeuert worden, weil sie während der Arbeit ein Lesben-Abzeichen trug. Sie verklagte daraufhin ihre Firma, eine Versicherungsgesellschaft, und führte einen monatelangen Arbeitsgerichtsprozess. Das Gericht war von Anfang an gegen sie eingestellt, sodaß trotz breiter Solidarität der englischen Frauenbewegung der Prozess zu ihren Ungunsten ausging.

Man warf ihr vor, sie wolle durch das Tragen des Abzeichens andere Frauen dazu bringen, lesbisch zu werden, und sie sei eine Gefahr für die jungen Lehrlinge in der Firma. Zudem würde das Abzeichen „geschäftsschädigend“ wirken, wenn die Kunden es bemerkten.

Nachdem das Gericht mit Hilfe eines Lexikons herausgefunden hatte, was Lesbisches eigentlich ist, wur-

den die absteuerlichsten und kretzenlichsten Annahmen dazu laut. So beteuerte der Ankläger, er habe eigentlich keine Vorurteile gegenüber Homosexuellen. Folgt jedoch hinzu, er würde nicht gern neben einem Homosexuellen sitzen. Der Gerichtsvorsitzende hielt es mit der Bibel, wo geschrieben steht „Gott der Herr wird die Pervernen vernichten“.

Louise versuchte vergeblich, ihre Gründe für das Tragen des Abzeichens verständlich zu machen. Sie erklärte, sie trage das Abzeichen, um ihre Identität als lesbische Frau zu sichern und um zu verhindern, daß jemand sie für heterosexuell hält und so behandelt. Außerdem wolle sie die Vorurteile gegenüber lesbischen Frauen dadurch entkräften, daß sie sich als wirkliche Person zeige.

(nach „Spare Rib“, Nr. 1/77)

Eine lesbische Genosin, Hamburg

Frauen-Filmveranstaltung in Darmstadt

Am Mittwoch, dem 25.5., zeigten wir unseren dritten Frauenfilm „Nennen Sie es wie ein Mann, Madame“, der recht deutlich die permanenten Unterdrückungsmechanismen gegenüber Frauen aufzeigt. Die Filmveranstaltung war mit ca. 220 Frauen und Männern gut besucht. Schon im Flugblatt hatten wir vorgeschlagen, an Hand des Filmes darüber zu diskutieren, wie wir Frauen uns gegen unsere doppelte Unterdrückung wehren können und über die Notwendigkeit von Frauengruppen zu reden. Die Diskussion wurde dann aber nicht schwerpunktmäßig um diese beiden Punkte geführt, weil die meisten Leute mehr daran interessiert waren, z.B. die Walpurgisnacht-Demo zu diskutieren oder über Auseinandersetzungen mit dem Darmstädter Frauenzentrum und die Arbeit in der Frauen-AE informiert zu werden.

AG Frauen, Darmstadt

Florida / USA: Gleichberechtigung der Frauen abgelehnt

Mit 21:19 Stimmen hat der Senat von Florida nunmehr zum fünften Mal einen Zusatz zur amerikanischen Verfassung abgelehnt, in dem die Gleichberechtigung von Frau und Mann verankert und jede geschlechtsbedingte Benachteiligung unterbunden werden soll.

Auch Appelle von Carter und Betty Ford konnten das reaktionäre Pack nicht umstimmen.

In den Vereinigten Staaten haben erst 33 Bundesstaaten diesem Zusatz zugestimmt. Zur endgültigen Ratifizierung im Jahre 1979 fehlen allerdings noch drei weitere Staaten.

Im „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ besteht somit die Möglichkeit, daß auch am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts die Gleichberechtigung nicht einmal gesetzlich verankert sein wird. In diesem Jahr haben nämlich schon acht Bundesstaaten die Verfassungsänderung abgelehnt.

Eine Genosin aus dem Metall-Bereich, Hamburg

Leserbrief zum Artikel „Emma“ in AK 104 Weiter so Emma!

Liebe Genossinnen der AG Frauen, mit eurer Stellungnahme zur „Emma“ bin ich nicht einverstanden. Ihr schreibt, daß die „Emma“ im Vergleich zur „Schwarzen Botin“ sich positiv abhebt. Nun, andererseits wäre es ja auch noch schöner! Um etwas Positives an der „Emma“ zu sehen, braucht ihr nicht den Vergleich mit der „Schwarzen Botin“ zu machen. Dieser Vergleich ist meiner Meinung nach völlig unzulässig.

Eure Kritik an auch ein bisschen darauf ab, daß es „das Haar in der Suppe sucht“ und dann natürlich auch eine findet. Richtig ist, daß die Zeitung feministische Tendenzen hat. Aber nehmen wir zum Beispiel den Artikel, den ihr erwähnt, über die vietnamesischen Frauen. Ihr selbst schreibt, daß er sich positiv abhebt vom üblichen Antikommunismus. In genau das ist der Punkt, mindestens 95% des Artikels sind korrekt, denn es wird sehr differenziert die Situation der Frauen in Vietnam und ihre Kämpfe beschrieben. Wenn nun fünf Prozent Femtkram am Ende des Artikels steht, sollten wir dann darauf mit dem Zeigefinger zeigen, nach dem Motto: „Ist gut, sieht mal, die Alice, die Feministin? Nein, wir sollten uns nach der Hauptseite, der Haupttendenz umsehen und das ist zweifellos fortschrittlich bei „Emma“.“

Insofern stimme ich auch nicht mit eurer Kritik überein. „Schreiben wir bereits im AK 98 zur ersten Nummer daß sie ziemlich gemischt“ sei, so ist dieses Konzept bislang durchgehalten worden. Nein, Genossinnen, da differenziert ihr meiner Meinung nach nicht. Die „Emma“ hat sich verändert, so hat sich weiterentwickelt. Okay, die erste Nummer war ziemlich gemischt. Man wußte nicht so genau, worauf die Sache hinausläuft, doch mittlerweile können wir Vergleiche ziehen. Ihr selbst schreibt es in eurem Artikel, daß die Breite bei „Emma“ von Artikeln über das Leben von werktätigen Frauen und über deren Alltag mit all seinen Problemen wie Alkoholismus etc. geht, bis hin zu Frauenmischen, wie Frauenhäusern, Penetration etc. Außerdem in jeder Nummer die Frage: „wie geht es unseren Schwestern in anderen Ländern?“

Ist es da nicht beachtlich, daß in den fünf bislang erschienenen Heften in vier Artikeln über das Leben der fünf bislang erschienenen Heften in vier Artikeln über das Leben der Frauen in sogenannten sozialistischen Ländern berichtet wird? Nr. 1: Vietnam – moderne Amazonen“, Nr. 2: „DDR – unsere roten Schwestern“, Nr. 4: „Der lange Marsch der Chinesinnen“, Nr. 4: „Wo Männer Schleier tragen“ über das Leben der Tuareg-Frauen in der Westsahara.

Damit will ich nicht sagen, daß „Emma“ den Sozialismus propagiert, was ja auch gar nicht die Frage ist, sondern, daß es für eine Frauenzeitschrift in dieser Massenaufgabe eine wohlthuende Tatsache ist, ohne Antikommunismus über Schritte zur Gleichberechtigung der Frauen in sogenannten sozialistischen Ländern zu lesen. Umso mehr zeugt dieses von Courage bei den Schreibenden da der Antikommunismus in der Frauenbewegung derzeit sehr groß ist. Bislang wurde in „Emma“, im Gegensatz zu anderen Frauenzeitschriften, noch kein Unverträglichkeitsbescheid gegen „K-Gruppen-Frauen“ propagiert.

Wenn wir diese Sachen zur Kenntnis nehmen, ist eure Einschätzung „Bislang jedoch bringt „Emma“ den Frauen kaum Nutzen, aber auch kaum Schaden“ nicht richtig. Wenn bringt Emma Nutzen? „Emma“ ist meiner Meinung nach eine Zeitung, die bemüht ist, der Masse der Frauen sehr wohl einen Nutzen zu bringen. Der erste Schritt dazu ist wohl, daß in „Emma“ kontinuierlich versucht wird, das Selbstbewußtsein der Frauen zu stärken.

Der Anspruch, eine Alternative zu „Brigitte“ und „Für Sie“ zu sein, ist, was die Informationen betreffen, wohl erfüllt. Politisch informativ ist „Emma“ auch in Sachen, die nicht nur frauenspezifische Fragen betreffen. So sind ausführliche Artikel zur Traubeaffäre, Atomkraftwerk, Antik-AKW-Bewegung, Polizeiteror etc. zu lesen. Das politische Engagement der „Emma“, weit über frauen spezifische Themen hinaus, zeigt am deutlichsten der Kommentar von Alice S. zum Stammtisch „RAF“. Prozeß in der Juni-Ausgabe hier einige Auszüge: „Denn die in den letzten Jahren rasent schwindenden Bürgerfreihelden gehen nicht auf das Konto der sogenannten „Terroristen“, sondern sind Resultat langfristiger

Politiker-Kalküle. Die RAF war dabei nur willkommener und austauschbarer Vorwand. Was so spektakulärer unter Antiterroristen-Kampf läuft, ist in Wahrheit eine breit angelegte Aktion zur Befriedigung und Drang zur einer Nation von Duckmäusern.“ „Hier soll nicht die Minderheit im Vordergrund, sondern die Mehrheit des Volkes abgeschreckt werden. Die angeblichen Antiterror-Gesetze sind maßgeschneidert für Streikende in Betrieben, Demonstrantinnen gegen den § 218 und Kernkraftgegner. Der RAF-Kritik soll uns ablenken von unseren Sorgen um Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, fehlende Kinderbetreuung, Inflation, Unterbeschäftigung.“ „Wir אלייזleicht haben wir uns distanziert von den „Red-Kalküle““ (als Juni-Ausgabe). Da kann man und frau nur noch einmal bedauern, daß vor einigen Monaten der Vorschlag des KB, Alice Schwarzer für den Initiativsausschuß zur Vorbereitung eines Russell-Tribunals gegen die BRD einzuladen, auf allgemeine Ablehnung und teilweise Unverständnis auch bei Frauengruppen gestoßen ist.

Bei all diesen positiven Wendungen möchte ich aber auch meine Skepsis nicht verschweigen. Skepsis habe ich der „Emma“ und besonders der Alice Schwarzer gegenüber, weil mir die alten Differenzen in der Frauenbewegung um Alice Schwarzer Person immer noch im Hinterkopf sind. Auch ihr damaliger Spruch, sie sei „immer für die Bewegung unterwegs“, ist wohl, freundlich formuliert, als treffend zu bezeichnen. „Emma“ ist keine Zeitschrift der Frauenbewegung! Es ist kein „Bewegungsprojekt“, wie Alice S. vorher versprochen. Mag manche Frau auch denken: „gott-sei-dank“, so wie

heute die Frauenbewegung nach rechts abgedriftet ist, sollten wir wohl ganz froh sein, daß „Emma“ nicht das Sprachrohr der Frauenbewegung geworden ist. Trotzdem sollten wir den Hintergrund der Geschichte und die Rolle der Alice dabei nicht vergessen.

„Emma“ ist ja nicht auf Grund einer politischen Kritik an der Frauenbewegung ausgetreten, schon wäre es ja gewesen. Nein, die gute Alice hat damals Versprechungen gemacht, ein Projekt der Frauenbewegung zu machen, wo ihr wohl von Anfang an klar war, daß sie das gar nicht einhalten wollte. Wenn es ihr um ein Projekt in der Frauenbewegung ging, dann hätte sie auch genauso gut in der „Courage“ schreiben können. Nein, ihre ganze Konzeption der Frauenzeitschrift und das beweist die „Emma“ heute auch, ist darauf angelegt, nicht ein Projekt der Frauenbewegung zu sein, sondern für die breite Masse der Frauen, eben „für Frauen von acht bis 80“.

Alice Schwarzer hat mit ihren Versprechungen die Frauenbewegung damals jedenfalls ganz schön gelehrt. Es ist eben so vermute, daß die Alice, als sie die Frauenbewegung brauchte, diese ihr gut genug war. Heute ist von der Burenfreundschaft nicht mehr viel übrig.

Ich denke einseitig: nur gut, aber andererseits macht es mich auch skeptisch gegenüber Alice und „Emma“, nämlich, ob sie nicht mit der selben Wulst den guten Weg, auf dem sie heute zweifellos geht, morgen nicht wieder aufgibt? Meine Hand möchte ich dafür nicht ins Feuer legen.

Eine Genosin der AG Sexualität KB/Gruppe Hamburg



Kinder

Ein guter Anfang

Darmstadt, Am 3. Juni 1977 fand ein Treffen aller Darmstädter Initiativen, die sich mit alternativer Erziehung beschäftigen, statt. Anwesend waren ca. 60 Eltern und Betreuer aus folgenden Einrichtungen, Verein für nichtrepräsentative Erziehung (KWI, KWI Kinderhof), Kinderbauhof, Kinderhaus Auenstr., Internationale Spiel- und Lernstufe, Schwerladen Landwehrstraße, und zwei Initiativen, die eine gemeinsame Erziehung und Betreuung von Kleinstkindern durchführen. Insgesamt wurden von diesen Initiativen ca. 130 Kinder betreut.

Neben der gegenseitigen Information über die Arbeit und der Probleme der einzelnen Einrichtungen wurde zum Kinderbauhof im Steinbau der Orangerie folgende Presseerklärung verabschiedet:

Presseerklärung:

Mit dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 17.5.1977 die Zuschüsse für den Kinderbauhof zu streichen, soll eine fünfjährige Arbeit zerstört werden. Die anfängliche Modellversuch angelegte Arbeit ist schon lange aus diesem Stadium herausgetreten und hat sich in der Praxis bewährt. Ein Ziel der Betreuung, der Ausgleich von Lernschwierigkeiten in der Schule, wurde voll und ganz erreicht. Selbst Kinder, die unter schwierigsten Bedingungen zur Schule gehen – z.B. ausländische Kinder – sind nicht sitzengelassen und haben den Sprung zur Haupt- bzw. Realschule geschafft. Wenn diese Arbeit nicht weitergeführt wird, bedeutet dies u.a. für die Kinder, daß ihnen das Recht auf eine qualifizierte Ausbildung verweigert wird.

Die pädagogische Arbeit im Kinderhof ist durch mehrere Gutachten der pädagogischen Fachbereiche der TH und der Uni Frankfurt positiv beurteilt worden. Selbst die im Stadtparlament vertretenen Parteien haben in den Sozialausschüssen diese Arbeit für unterstützungswürdig gehalten. In dem Finanzausschuß und in der Erörterung in der Stadtverordnetenversammlung war von dieser Unterstützung seitens der Mehrheitsfraktion nichts mehr zu vernehmen.

Am Geld kann es eigentlich nicht liegen. Die Kosten für die Betreuung der Kinder im Kinderbauhof liegen um ca. DM 1.000,- pro Kind und Jahr niedriger als in den städtischen Einrichtungen. Gleichzeitig mit der Streichung der Zuschüsse für den Kinderhof wird in der Orangerie das Schloß mit einem Aufwand von 4,35 Mio. DM renoviert und als Kongresszentrum ausgebaut. Die Vermutung liegt nahe, daß diese Stadtinitiative diese großzügigen Pläne fördert und daß hierin der eigentliche Grund ihrer Begeisterung liegt.

Nur freut sich wohl keine der Parteien so offen kinderfeindlich aufzutreten. Alle Anwesenden des Treffens verurteilten einstimmig die Art und Weise, wie hier mit Steuergeldern umgegangen wird und wie die Interessen der Kinder, dem sogenannten übergeordneten Interesse der Stadt Darmstadt geopfert werden.

Besonders makaber sieht der Beschluß vom 17.5.77 aus, wenn man sich die Situation der Horteplätze in Darmstadt und speziell in Litzungen betrachtet. Schon jetzt sind alle Horte voll belegt und es liegen lange Wartelisten vor. Es ist unverantwortlich, wenn diese Situation durch die Auflösung des Kinderbauhofes nach dem 31.7.77 noch verschärft wird, ganz zu schweigen von den unüberschaubaren Folgen für die 27 Kinder, die jetzt aus ihrem sozialen Zusammenhang herausgerissen werden sollen. Wenn jetzt die Stadtparlament vertretenen Parteien versuchen, sich den schwarzen Peter gegenseitig zuzuschieben, so kann dies nur als Ablenkung von der eigenen Verantwortung betrachtet werden.

Die Anwesenden fordern die zuständigen Stellen auf, den Beschluß vom 17.5.77 rückgängig zu machen und setzen sich gleichzeitig dafür ein, daß die Arbeit im Kinderbauhof auch über den 31.7.1977 hinaus weiterlaufen kann.

Ungebetene Gäste auf dem VLB-Treffen

Ende Mai dieses Jahres fand wie der ein nationales Treffen des VLB (Verband Linker Buchläden) statt. Unter anderem sollte ein Tagesordnungspunkt der Ausschluß des Verlags „Frauenpolitik“ Münster (bekannt durch die Herausgabe der Frauenzeitschrift „Protokolle“) auf einem nationalen Treffen der Frauenprojekte 14 Tage zuvor in Westberlin sein. Grund: Der Verlag „Frauenpolitik“ arbeitet im VLB mit und betreibt für diesen „Spionage- und Agenten-Tätigkeit“ und arbeitet mit Linken gegen „Frauenprojekte“ zusammen (gemeint ist ein gemeinsames Plakat u.a. mit KB-Frauen gegen die „Schwarze Botin“).

Aber bevor dieser Punkt von den Frauen zum Münster zur Sprache gebracht werden konnte, hatte ein Schutzpatron der „Schwarzen Botin“ vom Westberliner „Kontrast-Druck-kollektiv“ (Mitglied im VLB) die Botinnen persönlich angeklagt. Ungehindert durften denn diese ihren Auftritt auf dem VLB-Treffen machen, obwohl in der Nr. 3 ihrer Zeitschrift sie dem VLB „Prostitution mit der Frauenliteratur“ vorwerfen und sie aufrufen offen für eine „konsequente Trennung von den Linken“ einzutreten, was bei ihnen konkret

heißt: Sie lehnen „auch nur die geringste (punktueller) Zusammenarbeit mit den E-Frauen, geschweige mit der Linken“ kategorisch ab (Zitatzusatz aus der Erklärung der Botinnen, „Bemerkungen zur Linken“, vom 9.2.).

Die Botinnen konnten sich auf dem VLB-Treffen sogar die Dreistigkeit erlauben, wegen der Anwesenheit von KB-Mitgliedern „das Selbstverständnis des VLB“ in Frage zu stellen. Dies wurde immerhin zurückgewiesen, aber die Beteuerungen verschiedener VLB-Mitglieder, „Wir boykottieren euch doch gar nicht, das ist doch bloß der KB Nord“, und „im übrigen sind das Probleme der Frauenbewegung“, führten leider nicht zu einer Verurteilung des Ausschusses des Verlags „Frauenpolitik“ durch das Treffen der „Frauenprojekte“.

Wir können den Auftritt der „Schwarzen Botin“ auf einem Treffen des Verbandes Linker Buchläden nur als Provokation betrachten. Es wird weiter darüber diskutiert werden müssen, ob ausgesprochene Anti-Linke auf solchen Treffen etwas zu suchen haben.

Eine Hamburger KB-Genosin

England

Weltzentrum für Wiederaufbereitung von Atom-Müll und Experimentierfeld für „Schnelle Brüter“

Am 14. Juni beginnt in Großbritannien ein öffentliches Hearing („public inquiry“) über den Ausbau von Windscale (einer großen Wiederaufbereitungsanlage) zu einem der größten Wiederaufbereitungszentren der Welt.

Nach der bisherigen Planung soll die neue Anlage bis 1980 fertiggestellt sein, ca. 600 Millionen Pfund kosten und eine Kapazität von ca. 1.500 Tonnen pro Jahr haben (und damit vergleichbar mit der Anlage, die in Griesen geplant wird). Die alte Anlage, in der bislang ca. 18.000 Tonnen Uran wiederaufgearbeitet wurden („Neue Zürcher Zeitung“ 8/9.5.77), soll weiter

und erneuert werden. Nach der Planung des englischen Atomprogramms wird Großbritannien selbst eine Kapazität von „nur“ ca. 500 Tonnen pro Jahr brauchen. Der Rest soll abgedeckt werden durch Mautaufträge mit Japan, der BRD, Schweden usw. Von diesen Ländern ist Japan mit 150 Millionen Pfund an der Finanzierung beteiligt.

Großbritannien steht in der Frage der Atomindustrie an der Spitze in der Welt. Bereits jetzt decken Kernkraftwerke ca. 13% der Energieproduktion des Landes – der Durchschnitt in Westeuropa lag 1974 bei 2%, für 1985 ist eine Steigerung dieses Durchschnittswertes auf 9% geplant.

In Großbritannien laufen gegenwärtig 32 kommerziell genutzte Reaktoren, im Vergleich dazu in der BRD „nur“ 13, in Frankreich 11, in Belgien 4, in Italien 3 usw.

Seit Jahrzehnten betreiben die britischen Imperialisten die Wiederaufbereitung von Uran, die Plutoniumgewinnung, den Bau von Atombomben und die atomare Aufrüstung ihrer Kriegsmaschinerie.

Auch auf dem Gebiet der „Schnellen Brüter“ haben die Briten die Nase vorn: Im Dounreay in Schottland laufen – mehr schlecht als recht – zwei Prototypen des „Schnellen Bräters“ à 250 Megawatt, der Wundermaschine, von der sich die Imperialisten die permanente Produktion von Uran und Plutonium erhoffen (s. AK 103).

Obwohl gerade der Dounreay-Brüter eher wegen seiner häufigen Fehler bekannt geworden ist, als wegen erbrachter Ergebnisse, forciert man die Entwicklung dieser Reaktoren der „2. Generation“: Es besteht der wahnsinnige Plan – vermutlich bei Dounreay – einen riesigen kommerziell genutzten „Schnellen Brüter“ aufzubauen, der eine Kapazität von 1.300 Megawatt haben soll, also etwa bei der Größenordnung des französischen „Super-Phenix“ liegt, der ja inzwischen sogar von offiziellen Stellen für verantwortunglos gehalten wird (Stellungnahme von Wissenschaftlern des CERN-Europäischen Kernforschungsinstitut).

Auch in puncto „Schnellem Brüter“ wurde der englischen Bevölkerung ein „public inquiry“ versprochen und von Labour-Umweltminister Shore ausdrücklich betont, daß nicht gebaut werde, wenn dieses Hearing nicht zufriedenstellend verlaufe.

Wesentlich haben zwei Gründe dazu beigetragen, daß man sich entschlossen hat, über Hearings die Bevölkerung scheinbar in den Entscheidungsprozeß miteinzubeziehen.

Zum einen ist im letzten Jahr ausgerechnet in Windscale ein Betonstilo für versuchtes Wasser undicht geworden und man sucht tatsächlich immer noch (!) nach dem Leck! „Guardian“: „Die Gründe für das Herauswickeln von versuchtem Wasser im Kernkraftwerk Windscale werden möglicherweise dann, wenn das öffentliche Anhörungsverfahren zur geplanten Erweiterung im Juni beginnt, immer noch ein Geheimnis sein. Das Leck war im letzten Oktober (!) entdeckt worden, aber es konnte kein Riß oder Loch am Stilo, der das Wasser enthält, festgestellt werden. Es war bereits behauptet worden, daß man der Sache auf der Spur sei, obwohl es unbekannt war, ob weiterhin versuchtes Wasser herauswickelte.“ („Guardian“ 24.5.77). Man schätzt, daß täglich an die 100 Gallonen, d.h. 450 Liter Wasser herauslaufen!

Daraufhin gab es breite Proteste, zumal die verantwortlichen Stellen die Sache lange unter Verschluss hielten.

Zum anderen zeigen sich in einer breiteren Diskussion die ersten Auswirkungen der militanten Kämpfe westdeutscher und französischer Kernkraftgegner auf die englische Öffentlichkeit.

Die britische Atomindustrie und ihre Vertreter in Staat, Behörden und Parteien versuchen, einer Radikalisierung durch die Veranstaltung eines „Bürgerdialogs“ sozusagen „von oben“ vorzuzukommen. Der Wink dazu kam unter anderem direkt aus Brüssel, vom europäischen Büro für Umweltsfragen. So warnte ein Professor Suetens, Präsident dieses Büros: „Wir haben bereits in Deutschland und Frankreich gesehen, daß es die Leute auf die Straße treibt, wenn zu diesem Thema keine öffentlichen Hearings gemacht werden oder nur unzureichende. Dann gibt es Aufruhr und Gewalt. Es ist tatsächlich ein explosives Thema.“ („Guardian“ 1.6.77).

Wenn man sich vor Augen hält, daß der britische Imperialismus den anderen westeuropäischen Staaten ein gutes Stück in seinen großwahnwinnigen und menschengefährlichen Plänen voraus ist, um so klarer wird der unterentwickelte Stand der englischen Anti-Kernkraftbewegung, sowohl, was das In-

teresse und die Mobilisierung der Bevölkerung angeht, als auch den politischen Stand der Bewegung. Bislang hält sich die Linke ziemlich raus. Stattdessen führen Organisationen wie „Friends of the Earth“ („Freunde der Erde“) – in seiner Buntstreckigkeit und der Orientierung auf Hearings und Inquiries sicherlich vergleichbar mit dem WSL („Weltbund zum Schutz des Lebens“) – die Proteste an. Typisch ist z.B. eine Großanzeige am 2.5. im „Guardian“, die von namhaften Persönlichkeiten und Organisationen unterschrieben wurde, wie 30 Parlamentsabgeordneten, Maureen Corrigan (eine der nordirischen „Friedensfrauen“), dem Antikomunisten Milovan Djilas, dem Finanzkapitalisten Sir James Goldsmith (der die Anzeige im übrigen auch finanzierte), „Friends of the Earth“, der „Kampagne gegen Waffenhandel“, den „Atomwaffengegnern“ usw. Gefordert wurden:

Von der Regierung, die Arbeit der AKW-Gegner bei den Anhörungsverfahren finanziell zu unterstützen, also Gutachter zu bezahlen usw.

Aufforderung an Jimmy Carter, weiterhin (!) eine führende Rolle bei der Schaffung eines Klimas zu spielen, in dem die Atomenergie weltweit ausgeschaltet wird (!)

Die englische Linke wird hier noch zu klären haben, wo die wirklichen Fronten verlaufen! England-Kommision KB/Gruppe Hamburg

Belgien: Ausdauernder Streik gegen sozialdemokratische „Arbeitgeber“



LIEGE. Ein neuer Streik ohne absehbare Ende läuft seit zwei Monaten (!) bei den Lieges Elektrizitätswerken A.L.E. (Association Liegeoise d'Electricite) mit 1300 Beschäftigten. Da sie im Vergleich zur freien Wirtschaft weniger verdienen, die betrieblichen Lohnunterschiede krasser sind und es erst seit 1975 ein Abkommen über Mindestlöhne in diesem staatlichen Werk gibt, wurden Ende März 77 Forderungen nach 7% Lohnsteigerung und 38-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich aufgestellt. Als die Betriebsleitung 1% für 1977 und 3% für 78 anbot, stimmten die Arbeiter am 4. April für Streik. Ihr Kampf wird unterstützt von einer Solidaritätsbewegung aus allen Landesteilen, darunter auch von den Beschäftigten der Gas- und Wasserwerke (die nur wegen der Wahlen ihre gleichen Forderungen zurückgestellt hatten), sowie vom Verband SOCOLIE (Transformator- und Umspannwerke).

Das besondere an diesem Streik ist, daß den Arbeitern hier Punkt-

onäre der „sozialistischen“ PSB als Kapitalisten gegenüberstehen. Die öffentlichen ALE-Werke werden von einer Mehrheit sozialdemokratischer Verwalter betrieben, was einen Filz von Aufsichtsratsposten, politischen Mandaten und anderen Posten bedeutet. Diese „Sozialisten“ haben sich großzügig eine 10%ige Erhöhung der Bezüge gewährt – die Arbeiter erhalten nichts. Gegen den Streik greifen sie zu üblichen Methoden „unter die Gürtellinie“ („Pour“ 157, 16), die sich in nichts von denen des Privatkapitals unterscheiden. Die Arbeiter werden der „Sabotage“ und des „Vandalismus“ beschuldigt, d.h. übliche Betriebschäden dienen als Vorwand für Repressionen.

Zehn Arbeiter, darunter fünf Gewerkschaftsdelegierte, wurden für drei Wochen beurlaubt, ihr Lohn um 5% gesenkt. Sie sollen „moralische Sabotage“ („Hebdo“ 1.6) verübt haben, indem sie Zulieferbetriebe von der Übernahme bestimmter Arbeiten abhalten wollten!

Ein Gewerkschaftsdelegierter wurde 16 Tage lang inhaftiert; mindestens bis zu seinem auf unbestimmte Zeit vertagten Prozeß soll er keinen Lohn erhalten!

Dem Betriebsratsvorsitzenden von ALE drohte die PSB, ihm sein Schöffennamt zu entziehen.

Die Streikenden und ihre Forderungen werden „unsozial“ diffamiert. „Jede Lohnsteigerung für die ALE-Arbeiter bedeutet weniger Geld für Arbeitslose, Rentner und Kranke“, so Mr. Mottard, Ministerpräsident der Provinz Lige und Präsident im Aufsichtsrat von ALE.

Von den Arbeitern in Femele, der Gemeinde des PSB-Vorsitzenden Andre Cools, wurde eine Karikatur Cools aufgehängt, die sofort von denen Leuten abgerissen wurde. Das Personal brachte am nächsten Tag gleich mehrere neue Karikaturen an. Jetzt schickte Cools Polizei und Feuerwehr aus, um neue Anschläge zu entfernen. Allerdings erklärte die Feuerwehr von Lige später: „Wir bedauern die schädliche Rolle, die einige von uns gespielt haben – wir erklären, keine Streikbrecher zu sein.“

Die Haltung der PSB-Führung stößt allerdings selbst innerhalb der Partei, beim linken Flügel, geführt von J. Yerna, auf Kritik. Dieser verweigerte Cools am 1. Mai in Lige anlässlich der Parteiversammlung die Gefolgschaft, als Cools gegen den „Korporationsgeist der sowieso am besten bezahlten“ betriebl. (und damit die Arbeiter meinte). Bevor Yerna den Saal verließ, wurden ihm unverhüllt disziplinarische Maßnahmen angedroht. In diesem Konflikt zeigt sich schon sehr deutlich, was auf die belgische Arbeiterklasse mit dem Egmont-Plan zukommen wird, den die Regierung Tindemans gegen die massenhaften Proteste vom Februar und März aus mit Hilfe der Beteiligung der sozialdemokratischen PSB in der neuen Regierung durchsetzen will.

Belgien-Kommision KB/Gruppe Bremerhaven

Skandinavien

Staatliche Angriffe gegen die Roskilde Universität

Dänemark. Das Universitätszentrum von Roskilde (RUC) gilt als die fortschrittlichste Universität Dänemarks. Anfang der 70-er Jahre gingen viele, die in der Studentenbewegung Ende der 60-er Jahre eine aktive Rolle gespielt hatten, als Dozenten an die RUC und ein Großteil der Lehrer verstand sich als Marxisten. 1972 wurde dort eine sogenannte Basisausbildung eingeführt. Die Studenten konnten wählen zwischen einer jeweils zweijährigen Ausbildung im naturwissenschaftlichen, humanistischen oder gesellschaftswissenschaftlichen Zweig. Die Studenten hatten dort größere Möglichkeiten, als an anderen dänischen Universitäten, Einfluss auf die Unterrichtsinhalte zu nehmen. Das galt besonders für die Gesellschaftswissenschaften, wo die Studenten und auch viele Dozenten bemüht waren, einen Unterricht zu machen, der der Wirklichkeit entspricht. So wurden in diesem Zweig Seminare abgehalten zur Lage der Arbeiter in Dänemark, der Krise, dem antikapitalistischen Kampf. Die Ausbildung in den Gesellschaftswissenschaften zeichneten sich dadurch aus, daß hier parteiliche Stellung bezogen wurde für die Arbeiterklasse. Die Studenten bemühten sich auch, aus ihrer Ausbildung praktische Konsequenzen zu ziehen und nahmen am Kampf gegen steigende Mieten usw. teil, arbeiteten mit Vertrauensleuten der Kopenhagener Betriebe zusammen, unterstützten z.B. massiv die Blockadeaktionen der Drucker bei „Borlingske Tidende“ im April dieses Jahres.

Der sozialdemokratischen Regierung und den anderen bürgerlichen Parteien waren die vielen fortschrittlichen Dozenten und die Ausbildung in den Gesellschaftswissenschaften lange ein Dorn im Auge. So wurde im Dezember 1976 das Fach Gesellschaftswissenschaften geschlossen, wodurch man auch darauf abzielte, einen Teil der Dozenten zu entlassen. Vorausgegangen war dem der Versuch, die Studenten den gleichen Examenbedingungen wie an anderen Universitäten zu unterwerfen. Die Studenten hatten darauf mit einem Examenstreik geantwortet. 200 wurden von der Universität geworfen, was jedoch wieder zurückgenommen wurde. Eine Rolle dabei spielte, daß die Studenten breite Unterstützung in den Betrieben hatten. Solidaritätsadressen von Vertrauensleuten bekannten usw. Im April dieses Jahres wurde erneut ein Examenstreik durchgeführt, was jedoch die Regierung ziemlich „unberührt“ ließ.

Deswegen wurde im April ein mehrwöchiger Vorlesungsboykott durchgeführt und die RUC besetzt. Den Besetzungsaktionen folgten Besetzungen von Instituten in Aarhus, Odense, Aalborg und Kopenhagen, um praktische Solidarität zu üben. Der Kampf änderte vorläufig mit einem faulen Kompromiß, auf den ein Teil des Lehrkörpers und der Studenten einging. Dieser „Kompromiß“ besagt, daß ab Februar 1978 wieder mit der Basisausbildung in den Gesellschaftswissenschaften begonnen werden soll. Im Februar fangen jedoch kaum Studenten an zu studieren. D.h. daß tatsächlich die Ausbildung in den Gesellschaftswissenschaften erst wieder im nächsten Sommer beginnt. In dieser Zeit will die Regierung ganz sicher einen Teil der Lehrer, die je bis zum nächsten Jahr „arbeitslos“ sind, entlassen.

Den Besetzungsaktionen folgten Besetzungen von Instituten in Aarhus, Odense, Aalborg und Kopenhagen, um praktische Solidarität zu üben. Der Kampf änderte vorläufig mit einem faulen Kompromiß, auf den ein Teil des Lehrkörpers und der Studenten einging. Dieser „Kompromiß“ besagt, daß ab Februar 1978 wieder mit der Basisausbildung in den Gesellschaftswissenschaften begonnen werden soll. Im Februar fangen jedoch kaum Studenten an zu studieren. D.h. daß tatsächlich die Ausbildung in den Gesellschaftswissenschaften erst wieder im nächsten Sommer beginnt. In dieser Zeit will die Regierung ganz sicher einen Teil der Lehrer, die je bis zum nächsten Jahr „arbeitslos“ sind, entlassen.

Den Besetzungsaktionen folgten Besetzungen von Instituten in Aarhus, Odense, Aalborg und Kopenhagen, um praktische Solidarität zu üben. Der Kampf änderte vorläufig mit einem faulen Kompromiß, auf den ein Teil des Lehrkörpers und der Studenten einging. Dieser „Kompromiß“ besagt, daß ab Februar 1978 wieder mit der Basisausbildung in den Gesellschaftswissenschaften begonnen werden soll. Im Februar fangen jedoch kaum Studenten an zu studieren. D.h. daß tatsächlich die Ausbildung in den Gesellschaftswissenschaften erst wieder im nächsten Sommer beginnt. In dieser Zeit will die Regierung ganz sicher einen Teil der Lehrer, die je bis zum nächsten Jahr „arbeitslos“ sind, entlassen.

Dänemark-Kommision KB/Gruppe Flensburg

Russell-Tribunal über die Repression in der BRD

Ein Schritt vor, zwei zurück?

Aus den schon seit Wochen herum-schwebenden Gerüchten über Man-schelein und Manöver hinter den Kulissen des Projekts Russell-Tri-bunal (siehe AK 105) haben sich nun klare Fakten herausgestellt: Unter weitestgehender Umgehung und Aus-kammerung breiter Kräfte, die bis-her wesentlichen Anteil an der Un-terstützungsarbeit gehabt haben, sind in den letzten Wochen Abmachun-gen getroffen worden, mit denen blei-bende Vereinbarungen zwischen den Trägergruppen und -personen umge-stoßen werden sollen. Die treibenden Kräfte dieses Manövers befinden sich im SB („Sozialistisches Büro“), im AK/FU Westberlin und in der trotzkis-chen GIM.

Erreicht haben sie durch ihre Ein-flußnahme auf die Russell-Founda-tion derzeit folgendes:

1. Der im Januar gebildete Initiativ-ausschuß, in dem die bisherige Unterstützungsabteilung im wesent-lichen repräsentiert ist, soll auf ge-löst werden zugunsten eines von der Russell Foundation zu er-nennenden Sekretariats von demokratischen Persönlichkeiten. Dies entspricht vor allem einer alten Forderung des SB, das vor kurzem schon seine Mitarbeiter im Initiativ-ausschuß eingestellt hatte.

2. Unklar wird anstehend be-wußt gehalten, inwieweit Ein-schränkungen an der ursprünglich im Aufruf des Initiativsausschusses ent-haltenen Thematik beobachtet sind. Vor allem die GIM hat sich von An-fang an dafür ausgesprochen, die The-matik im wesentlichen auf die Be-rufsverbote einzuschränken bzw. zu-mindesten den Punkt Gewerkschafts-ausschlüsse auszuklammern.

Es fällt auf, daß jetzt im Aufruf des von der Russell Foundation er-nannten fünfköpfigen „Provisorischen Sekretariats“ vom 31. Mai der Punkt Gewerkschaftsausschlüsse nicht mehr enthalten ist, ebenso auch eine Reihe anderer Punkte, von de-nen uns die Ausländer-Unterdrückung der wichtigsten scheint. Insbe-sondere die Erklärungen, die zum Punkt Gewerkschaftsausschlüsse gemacht werden, sind freilich wi-derprüflich. So schreibt das AK/FU Westberlin zum einen, sie „treten dafür ein, daß die Unverein-barkeitsbeschlüsse der Jury des Tri-bunals zur Beurteilung unbedingt (!) vorgelegt werden müssen“; zugleich wollen sie aber wieder nur „im ein-zelnen nachzuweisende Zusammen-hänge zwischen Gewerkschaftsaus-schlüssen und Berufsverbote“ zum Thema machen (beide Zitate stam-men aus ein und demselben Flug-blatt!).

Die Russell Foundation hat inzwi-schen ein „Provisorisches Sekre-tariat“ ernannt, das am 25. Juni ein Treffen in Köln durchführen will, nach dem es ...

Die Russell Foundation hat inzwi-schen ein „Provisorisches Sekre-tariat“ ernannt, das am 25. Juni ein Treffen in Köln durchführen will, auf dem dann u. a. endgültig die Per-sonen des hauptamtlichen Sekretariats und dessen Arbeitsort festge-legt werden sollen. Danach soll sich der bisherige Initiativsausschuß auflö-sen. Das Sekretariat soll „ausschließ-lich der Foundation verantwortlich“ sein bzw. später der Jury des Tri-bunals. Das Sekretariat soll das dem Tribunal vorzulegende Material „prüfen“ und zweifellos auch aus-wählen - ohne jede Legitimation und Kontrolle durch die westdeut-sche Unterstützungsabteilung.

Bemerkenswert ist auch die be-absichtigte Zusammensetzung des Kölner Treffens vom 25. Juni. Nämlich zum einen je ein Vertre-ter der Organisationen und Grup-pen, die bisher die Unterstützungs-arbeit getragen haben, und zum an-deren demokratische Persönlichkei-ten, die bisher den Aufruf der Rus-sell-Foundation zum Tribunal unter-schrieben haben. Die Unterzeich-ner-Liste weist 66 Namen auf, von denen mindestens fünf ohne weite-re als SB-Köpfe“ zu identifizie-ren sind (Altwater, Büro, Narr, Negt, Neudt), weitere sind SB-Mitglie-der. Es wird also in Köln von vorn-herin eine eindeutige Überreprä-sentation des SB gegenüber den an-deren Trägergruppen bestehen.

Insgesamt wird hier der Versuch unternommen, mit einer erhebliche-„Legitimation“ durch die Rus-sell-Foundation ein von der bisher-igen Unterstützungsarbeit abgehobe-nes Gremium zu institutionalisieren. Diesem Gremium würde es auch über-lassen bleiben, den Themenkreis und das Untersuchungsmaterial des Tri-bunals von sich aus einzuschränken.

Diesem Vorgehen haben die Vertre-ter der Russell Foundation nur mit einem relativ kleinen Kreis der Un-terstützungsabteilung abgesprochen - der KB, der die Initiative von Anbe-ginn an unterstützt hat, wurde nicht

einmal kontaktiert. Eine Bitte von uns um ein nachträgliches Gespräch wurde von der Russell Foundation kurzzerhend abgelehnt!

Wir sehen in diesem Vorgehen eine klare Mißachtung der bisher-igen Arbeit des westdeutschen Initia-tivsausschusses und der bisherigen Un-terstützungsabteilung insgesamt. Die-se Unterstützungsabteilung hat sich in Diskussionen und Auseinander-setzungen immerhin über ein runder Jahr hin demokratisch-repräsentative Grenzen und Arbeitsformen sowie eine inhaltliche Plattform etabliert. Dies alles soll jetzt von einigen Leu-ten anscheinend mit einer Handbe-wegung vom Tisch gewischt werden. Das sind unserer Meinung nach schlechte Vorzeichen für die weitere Unterstützungs- und Mobilisierungsarbeit.

Rückblickend betrachtet scheint es so, als wären wir anfangs allzu blauäugig und naiv an die Sache herangegangen. Wir haben tatsäch-lich die Botschaften aller Betei-ligten ziemlich ernst genommen, auf der Basis von Solidarität und gegen-seitigem Vertrauen mit dem Willen zusammenzuarbeiten und mit der gemeinsamen Unterstützungsarbeit zum Russell-Tribunal auch einen Schritt zur Überwindung der Zer-splitterung der Linken zu tun. Man-che dieser Leute scheinen aber nun der Meinung zu sein, daß linke Orga-nisationen wie der KB zwar ganz nützlich waren, um die Unterstüt-zungsarbeit erst einmal mit in Gang zu bringen und anzukurbeln, aber daß sie sich nun besser ent-ledigt, um erhoffte Bündnispartner nicht zu verschrecken. „Raus aus dem linken Ghetto“, rief in die liberale Öffentlichkeit, ist die Devise, die übrigens unserer Meinung nach nicht bloß eine bedauerliche Verbeugung vor dem herrschenden Anti-kommunismus ist, sondern die zu-dem ... aufbaut. Dem KB, ... auch den vielen Basisgruppen, Frauengruppen usw., die sich bisher nach Kräften für das Projekt einge-setzt haben (im Gegensatz zu man-chen, die sich jetzt im gemachten Nest setzen wollen!), soll es lediglich noch zugestanden werden, das Ganze zu „unterstützen“ (ohne jede reale Ein-flußmöglichkeit) und vor allem nüt-zlich das Geld heranzuschaffen, das zur Finanzierung des Projektes benö-tigt wird. Ein hübscher Plan - aber wird er auch klappen? ...

Die Genossen vom SB, AK/FU und GIM, die sich von Anfang an um die mangelnde Breite der Unterstüt-zungsabteilung geworrt haben und dies, je nach Temperament, in mehr oder minder lauten Klagerufen aus-drückten, haben keine Sensation ent-deckt. Jedem Kenner der westdeut-schen Szene mußte doch klar sein, daß die Unterstützungsabteilung es in der BRD außerordentlich schwer haben würde, zwischen zwei Gefah-ren hindurchzukommen - auf der einen Seite die Gefahr, daß sich linke Organisationen und Gruppen isolie-ren würden; auf der anderen Seite die Gefahr, daß das Projekt in bekannter Weise von DKP und linken Sozialdemokraten zu einer ihrer rou-tinemäßigen und letztlich wirkungs-losen Kampagnen instrumentalisiert werden würde. Mehr noch: Unter-stützt man die konkrete Situation, so ist bei überlappenden Persönlichkeiten und einzelnen demokratischen Organi-isationen durchaus schon eine zustim-mende Reaktion zu registrieren (Trotz Verunsicherung durch die Störmanö-ver von SB, AK/FU und GIM und trotz der teilweise leider schwanken-den und zu Zurückhaltung Anlaß ge-benden Haltung der Russell-Founda-tion). Derzeit würde es gerade darauf ankommen, mit der Unterstützungs-abteilung über diesen Kreis ... zu kommen. Das kann im Wesent-lichen nur heißen SPD und Jusos, Gewerkschaften DKP. Eine derartige Ausweitung der Unterstützungsbe-wegung erreichen zu wollen indem man die linken Organisationen zuzusagen „versteckt“ (de facto ausschaltet!) und dafür „unabhängige Persönlich-keiten“ aufbaut, halten wir für eine Fehlspiegelung. Beispielsweise läßt sich für die SPD und Jusos gerade nach dem Fall Benninger klar zagen, daß im Punkte Zusammenarbeit der-zeit kaum etwas drinlag. Würde selbst bei weitgehenden inhaltlichen Zugeständnissen, was die DKP an-geht, so ist ihre Politik bekannt Be-vorzugte Orientierung auf „Aktions-einheiten“ mit linken Sozialdemo-kraten, darüber hinaus arbitärer Kampf gegen jede Initiative, die sich der Kontrolle des DAP-Parteivorstandes entzieht. Die Verleumdung des Anti-Repressions-Kongresses des

SB, Pfingsten 1976, durch die DKP-orientierte Presse ist als Beispiel wohl noch in Erinnerung.

In diesem Zusammenhang hat das AK/FU Westberlin uns in einem Brief (9.6.77) vorgeworfen, wir seien ge-gen „eine möglichst breite Unter-stützungsaktivität ... die alle demo-kratischen Kräfte in der Bundesrepu-blik umfaßt“, und wir wollten die Unterstützungsabteilung „in ein Kampfbande gegen SPD und DKP umwandeln“. Dieser Vorwurf ist der-art zynisch und infam, daß man ihn wahrscheinlich demnächst noch öf-ter zu hören kriegen wird. Was sind aber die Tatsachen? 1. Selbst-verständlich sind wir für eine mög-lichst breite Unterstützungsaktivität. Nur bezweifeln wir ganz einfach und wohlbegründet, daß es auch nur an-nähernd gelingen könnte, in diese Aktivität „alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik“ (also auch Sozialdemokraten, Gewerk-schaftsgruppen, DKP u.a.m.) ein-zubeziehen. 2. Um ein „Kampfbande gegen SPD und DKP“ geht es nicht, sondern um die schlichte Er-kenntnis, daß von dieser Seite derzeit eher Hindernisse als Hilfe für die Un-terstützungsarbeit zu erwarten sind und wir uns daher auf eine selbstän-dige Unterstützungsarbeit und Mobilisierung einrichten müssen. Diesen Aspekt zu übersehen oder gar zu leugnen, halten wir für mehr als naiv - nach allem, was in den letzten Jah-ren an einschlägigen Erfahrungen

Wir hatten in unserer Kritik dar-gelegt, wie das AK/FU - sorgsam be-dacht, Liberale nicht zu verprellen - für eine Einschränkung der vom Tribunal zu untersuchenden Gegen-stände plädierte, und dazu die fol-gende Passage zitiert: „Auf bestimmte Themenkomplexe muß daher von vornherein verzichtet werden, ande-re dürfen nur mit größter Vorsicht - und das heißt nicht durch die Hin-tertür, sondern lediglich in redu-zierter Form - eingebracht werden.“

Dieser Satz best sich nun in der neuen - echt „sinnentstellend“ ver-fälschten - Fassung des AK/FU etwas anders, nämlich so: „Bestimm-te Themenkomplexe können daher nicht als gemeinsame Arbeitsgegen-stände des Unterstützungs-Komitees vorausgesetzt werden, andere dürfen nur mit größter Vorsicht - und das heißt nicht durch die Hintertür, son-dern auf Grund einer hinängig aller beteiligten Gruppen - eingebracht werden.“

Man beachte die feinen Unter-schiede. Die ursprüngliche Fassung ist erheblich rigider in ihrer For-dierung nach thematischer Einengung. Die Neufassung läßt da viel mehr Spielraum. Dies wird nicht etwa als eine Änderung des eigenen Stand-punktes angegeben, sondern das AK/FU versucht tatsächlich, diese „geklübberte“ Fassung als Original-text des von uns zitierten Papiers durchzuschummeln. Ganz schön frech. Und auch dumm, denn alle

Spontis sowie ein Vertreter der poli-tischen Verteidiger teilgenommen haben.

2. Ist innerhalb der ESGen umstritten, ob die bisher in der Rus-sell-Initiative Federführenden zu ih-rem Vorgehen ein Mandat hatten.

3. Finden wir es bezeichnend, daß die beträchtliche Zahl von Komitees, Initiativen etc., die inzwischen einen Großteil der Unterstützungsarbeit mittragen, für das AK/FU offenbar überhaupt nicht „zählen“.

Nicht zuletzt erlauben wir uns, daran zu erinnern, daß an den Pariser Treffen nicht nur die (vergleichsweise kleinen) westdeutschen Gruppen und die Russell-Foundation teilgenom-men haben, sondern auch zahlreiche ausländische Organisationen und Gruppen, von denen die ganze Initia-tive überhaupt ausgegangen war (PSU!). Sie a l l e haben den Be-schluß, in den einzelnen Ländern Nationale Unterstützungskomitees zu bilden, nach ausführlichen Be-ratungen gefaßt. Wenn das SB und das Westberliner AK/FU diesen Be-schluß ohne Beratungen mit in-gewissen weiteren Unterstützern - fallen lassen, so ist das vergleichs-weise ein Furz im Winde.

Kritik innerhalb der ESG

Zu den Vorverhandlungen im kleinen Kreis zwischen einer kleinen Minder-heit der westdeutschen Unterstützer und französischen Mitarbeiter der Russell Foundation, die zu den heute bestehenden Absprachen geführt ha-ben, liegt inzwischen ein Protokoll der ESG Westberlin vor, das so offen-bar eher unangenehm war, neben Vertretern des AK/FU, der Humanitätschen Union und einer Gerichts-referendargruppe in der ÖTV zum ersuchten Kreis der für das Ge-spräch am 23. 4. Ausgewählten gehört zu haben. Die ESG-Genossen zeigen sich „etwas enttäuscht, da wir das Gefühl haben, man vermischt die ESG als Außengruppe mit in die Grup-penschwierigkeiten hineinzuziehen.“ Zu der Nichtteilnahme der anderen Unterstützer wurde auf der Sitzung gesagt, dadurch solle „nur das völlig unproduktive gegenseitige Hickhack vermieden werden.“ Wei-ter heißt es in dem Gesprächsproto-koll wörtlich: „Daß diese Gruppen Entscheidungen der Foundation im Sinne des 7-Punkte-Papiers und den Vorschlägen des AK (gemeint das Westberliner Aktionskomitee - Anm. ARBEITERKAMPF) als Affront auffassen werden, ist anzunehmen. Ein genereller Umschwung ihrer Politik (etwa eine aktive Be-kämpfung des Tribunals) ist unwahr-scheinlich.“ Ihren Eindruck von die-ser „Gegensatz“ vernein, „für unan-nehmen. Ein genereller Umschwung ihrer Politik (etwa eine aktive Be-kämpfung des Tribunals) ist unwahr-scheinlich.“ Ihren Eindruck von die-tem Gespräch schildern die Genossen so: Sie seien überrascht gewesen, daß sie zuvor von einem Vertreter des AK/FU ausgesucht worden seien, der sie „in persönliche Querelen hineinzuziehen wollte“. Der Ort für das Sekretariat (Westberlin) sei im „Schnellverfahren“ festgelegt wor-den. „Nach unserer Meinung wurde dem zugleich die Personalfrage vorbestimmt“ (!) Sie schätzen ein, daß „ein Sekretariat in Berlin vor-wiegend vom AK (AK/FU - Anm. ARBEITERKAMPF) getragen werden und durch dessen Gruppen un-terstützt“ wird.

Ähnliche Kritik wurde an dem Vorgehen zur Sekretariatsbildung auf einem ESG-Seminar in Gießen geübt (4/5.6.). Mehrere ESG-Gruppen stellten ihre weitere Mitarbeit unfr-age, falls die Foundation nicht ein-deutige Stellung gegen ein reines Berufsverbots Tribunal beziehe. Kein Bereich der Repression dürfe von vornherein rausfallen, insbesondere nicht die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und die Repression gegen Ausländer in der BRD. Dem ESG-Vertreter im Sekretariat wurde vorgehalten, sich offensichtlich nicht an die Beschlüsse verschiedener ESG-Treffen gehalten zu haben!

Hier wird das gesamte undemo-kratische und alles andere als „seriö-ses und überparteiliches“ Vorgehen dieser Leute noch einmal über-deutlich bestätigt. Sie haben offen-bar damit gerechnet, daß sich die von ihnen ausgeschalteten Gruppen dennoch diesem Methoden unterwerfen. Wir haben allerdings - sicherlich mit vielen anderen nicht vor, uns jetzt aus der Unterstützungs-bewegung hinauszurücken zu lassen oder uns auf die Rolle eines bloßen Zuträgers für eine von uns nicht mehr mitzubestimmende Linie der Unterstützungsarbeit reduzieren zu lassen.

Aufruf zur 2. Arbeitskonferenz

Die Vorgänge und Gerüchte um das Projekt eines Russell Tribunals und die westdeutsche Unterstützungsarbeit haben viele Gruppen und Men-schen verunsichert über die weitere Perspektive der Arbeit. Deshalb wird der KB der „Informationsdienst“ (ID) und das Westdeutsche Initia-tivsausschüsse (WISA) der Meinung, daß weder eine Arbeitskonfe-renz durchgeführt werden sollte

um Klarheit in den Stand der Vorverhandlungen die verschiedenen Ab-sprachen etc. zu bringen, damit alle Klarheit wissen um der Russell Foundation die einseitig einseitig Inform-iert wurde. Klarzumachen, daß wir mit der jetzt doch vorgenom-menen Einschränkung der Thematik des Tribunals (wenn auch nicht allein auf Berufsverbote) nicht einverstanden sind, um über ein einheitliches Vorgehen zu beraten.

Zu dieser Arbeitskonferenz wollen wir auch die Lautstunde Gruppen aus den verschiedenen westeuropäischen Ländern einladen die inzwischen für das Russell Tribunal aktiv geworden sind, sowie die Russell-Founda-tion selbst. Wir erwarten auch daß das sog. Sekretariat sich dort der Diskussion mit den Gruppen stellt. Als Termin und Ort schlagen wir das Wochenende 25./26. & 18/7 in Göttingen vor. Der ASa Göttingen hat sich bereit erklärt, die Konferenz zu organisieren und geeignete Räum-lichkeiten zu beschaffen. Bitte kommt mit ein bis zwei Delegierten pro Gruppe und macht eure Teilnahme an bei.

ASa Göttingen, Mülheim, Berlin, Bonn, ...

Westberliner Aktionskomitee: Jetzt wird auch noch gefälscht

Westberliner Aktionskomitee: Jetzt wird auch noch gefälscht

Unser Artikel im letzten ARBEITER-KAMPF, in dem wir das Westberliner Aktionskomitee gegen die Berufs-verbote/FU wegen Mausebelen, Demo-gie und opportunistischer Politik angegriffen hatten, hat das AK/FU zu einer scheinbaren Revision seiner Politik in der Frage der Unverein-barkeitsbeschlüsse veranlaßt. Das AK/FU verbreitete in Westberlin am 10.6. eine Stellungnahme, in der es im Gegensatz zu seinen früheren Er-klärungen schreibt: „Wir (das Ak-tionskomitee) treten dafür ein, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Jury des Tribunals zur Beurteilung unbedingt vorgelegt werden müssen.“ Das AK/FU würde es auch begrüßen, „wenn der Vorstand der Berliner GEW die Ereignisse um die Spal-tung der GEW und ihren schließ-lichen Ausschluß aus dem DGB dem Tribunal vorlegt.“

Dies eben hatten wir bestritten. Wir hatten behauptet, daß das AK/FU die Unvereinbarkeitsbeschlüsse nur anhand solcher Fälle unter-suchen wolle, wo „im einzelnen nach-zuweisende Zusammenhänge zwi-schen Gewerkschaftsausschlüssen und Berufsverbote“ bestünden, sprich wo ein Gewerkschaftsausschluß für den Betroffenen Berufsverbot zur Folge hatte (Zitat aus einem „Strategiepapier“ des AK/FU zum Rus-sell-Tribunal).

Bei einem solchen Vorgehen würde der Ausschluß der GEW West-berlin aus dem DGB natürlich unter den Tisch fallen.

In seiner jetzt erschienenen Stel-lungnahme beschwert sich das AK/FU darüber, von uns „in sinnent-stellender Weise“ zitiert worden zu sein. Um den ARBEITERKAMPF zu „widerlegen“, würden sie nun „den gesamten Wortlaut unserer Strategiepapier“ veröffentlichen (es folgt der Text).

rer Mogelei ertappt zu werden. Und so was wirft uns „sinnentstellendes“ Zitierten vor!

Angesichts solcher Methoden er-lauben wir uns eine gehörige Portion Mißtrauen im Hinblick auf die überraschende Zusicherung des AK/FU, für die Behandlung der UVBs vor dem Tribunal einzutreten. Dies insbesondere deshalb, als sich das AK/FU in seinem „Strategiepapier“ (an der gefälschten, jetzt vielleicht „gültigen“ Stelle) auf die „Einigung aller beteiligten Gruppen“ über die einzubringenden Themenkom-plexe verpflichtet. Das könnte dann so aussehen, daß die UVBs erneut unter den Tisch fallen, wenn etwa die Jusos oder irgend eine andere Gruppe willkürlich ihr Veto dagegen einlegen sollten. Eine Zusammenar-beit in der Vorbereitung und Unter-stützung des Tribunals ist selbstver-ständlich nur dann gegen derartige Manöver abgesichert, wenn eben keine seriöse Einschränkung der Themenkomplexe vorgenommen wird, was ja durchaus nicht bedeu-tet, daß irgendwer gezwungen wür-de, Materialien zu einem Komplex zu sammeln etc., zu dem er nicht arbeiten will oder kann.

Es sei noch erwähnt, daß das AK/FU unsere Aussage, daß seine Mausebelen von der Mehrheit der westdeutschen Unterstützer miß-billigt werden, anzweifelt. „Beitrich-tet man jedoch die wirklichen Ver-hältnisse, dann stellt sich heraus, daß von den Gruppen, die an den Verhandlungen in Paris beteiligt wa-ren - SB, GIM, KB, ESG und Ak-tionskomitee gegen Berufsverbote - nur der KB immer mehrheitlich seine Mehrheit kritisiert“ übt, während alle anderen Gruppen darum bemüht sind, die Foundation konstruktiv bei ihrer Initiative für ein Tribunal zu unterstützen.“

1. Unterschlägt das AK/FU hier-ben, daß an den Pariser Verhand-lungen auch der „Informationsdienst“ gewissermaßen als Repräsentant der

Aktivitäten zum Russell-Tribunal III

Österreich. In Österreich hat sich eine „Initiative zur Unterstützung des Russell-Tribunals über die politische Repression in der BRD“ gegründet. Dies wurde der Russell Foundation in einem Schreiben vom 3. Juni mitgeteilt. In diesem Schreiben heißt es weiter: „Wir ergreifen die Gelegenheit, um darauf hinzuweisen, daß wir nicht die in Eurem Brief vom April 1977 vertretene Ansicht teilen können, daß es ganz entscheidend bleibt, die Aufmerksamkeit auf eine ausreichend beschriebene Tagesordnung zu konzentrieren, d.h. die Berufsverbote. Wir stimmen mit der Mehrheit der westdeutschen Unterstützer überein und halten es für wesentlich für das Tribunal, alle anderen Aspekte der Repression in Westdeutschland zu betrachten und insbesondere die Stellung der westdeutschen Regierung bei der Initiierung von Repressionsmaßnahmen (z.B. Europäische Anti-Terror-Konvention) in anderen europäischen Ländern anzuklagen.“ Die vom Export des „Modell Deutschland“ ausgehende internationale Gefahr betont die Initiative auch besonders in ihrer Plattform: „Deshalb, weil die Verschärfung der Repression mit der Stellung und den Aufgaben des BRD-Imperialismus als Speerspitze nicht nur gegen die Staaten des Warschauer Paktes, sondern auch gegen mögliche sozialistische Revolutionen in Portugal, Spanien und Italien zusammenhängt, wird der Kampf gegen diese Verschärfung zur dringendsten Pflicht der gesamten europäischen Arbeiterbewegung. Gerade auch in Österreich, das unter anderem aufgrund seiner engen wirtschaftlichen Verflechtungen mit eben diesem BRD-Imperialismus, auch für dessen politische Entwicklung – wenn auch meist mit Verdrängung anfällig ist“ in der Plattform werden folgende sieben Arbeitsgruppen genannt, die die österreichische Initiative zur Unterstützung der Repression in der BRD einrichten will: „Berufsverbote und Repression im Öffentlichen Dienst, Betrieb und Gewerkschaft und in den Medien, Verschärfung der gesetzlichen Grundlagen, Militär und Polizei/Ausbau des Gewaltapparates, Politische Prozesse und politische Gefangene, Rechtsradikalismus, Repression gegen Frauen, Repression gegen Ausländer.“ Die österreichische Initiative hat ferner in einem Begleitschreiben an alle westdeutschen Russell-Initiativen, Komitees etc. dazu aufgefordert, laufend Informationsmaterial (Zitungen usw.) zuzuschießen, was auch Adressen, an die sie umgekehrt ihre Arbeitsergebnisse usw. senden soll. Die Anschrift: Österreichische Initiative zur Unterstützung des Russell-Tribunals über die politische Repression in der BRD, A-1040 Wien IV., Belvederegasse 10.

Italien. Loris Continella schreibt in ihrer Tageszeitung vom 24. den Aufruf des westdeutschen Initiativ-ausschusses vom 3.1.77 an die Leitenden Genossen von IC und uns kürzlich noch telefonisch mitgeteilt, daß ihre Organisation sich überhaupt nicht in der Lage sehe, hier irgendwelche Initiativen zu ergreifen.

Belgien. Sehr umfassend macht sich die Organisation „Pour le Socialisme“ in Belgien über die Repression in der BRD zu informieren und im Aufbau einer breiten Unterstützungsbewegung für das Russell-Tribunal mitzuwirken. In der Nr. 138 (8-14.6.) ihrer Wochenzeitung „POUR“ veröffentlichte sie eine vierteilige Beilage unter dem Titel der Hamburger Großveranstaltung „Deutschland – Modell für Europa?“. Darin berichten die Genossen in verschiedenen Artikeln über die Einschränkung der Verleumdungsrechte, über die Repression gegen die Frauenbewegung, über die Berufsverbote-Praxis am Beispiel von Prof. Sigrist sowie über Verfolgungsmaßnahmen gegen den linken Buchhandel. Außerdem enthält diese Beilage das Referat, das Vertreter des KB auf dem Mai-Fest von PIS gehalten haben, und in dem ein zusammenfassender Überblick über Ausmaß und Entwicklung der Repression in unserem Land gegeben wurde. Mittlerweile liegt uns auch die Adresse der belgischen Initiativgruppe für das Russell-Tribunal vor: D. Marlier, 91 rue Van Aa, B-1030 Bruxelles.

Dänemark. Im dänischen Russell-Komitee, das vor gut zweieinhalb Monaten gemeinsam von Mitgliedern des dänischen Landeskommitees gegen Berufsverbote und der IUK zu den Todesumständen von Ulrike Meinhof gegründet wurde, haben jetzt Auseinandersetzungen stattgefunden, die eine Widerspiegelung der in den westdeutschen Unterstützungsgruppen bestehenden Meinungsverschiedenheiten sind. Insbesondere geht es dabei um die Frage, ob die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB mit der Untersuchung über die Repression in der BRD vorgeschlagen werden sollen, was von der Mehrheit des dänischen Komitees z.Z. offenbar abgelehnt wird. Als Begründung wurde angeführt, man würde andernfalls die dänische KP (DKP) „verschrecken“. Daß dies kein wirklich ernstzunehmendes Argument ist, weil die Revisionisten in Dänemark ähnlich wie hierzulande generell Vorbehalte gegen eine Zusammenarbeit mit links von ihnen stehenden Gruppen haben und nicht einmal zu einer ehrlichen Berichterstattung bereit sind, zeigt folgendes Beispiel: ein Mitglied der dänischen KP, das selbst auf der Hamburger Großveranstaltung zum „Modell Deutschland“ war, verbreitete bei seiner Rückkehr, daß „die vom Berufsverbot Betroffenen auf eine Stufe mit der RAF gestellt werden“ sollten.

Das hat zwar mit dem Veranstaltungsablauf in Hamburg nichts zu tun, ist aber „zufälligerweise“ exakt dasselbe, was auch die westdeutsche DKP verbreitet, um ihre Mitglieder und Anhänger zu gruseln. Diese Vorgehensweise macht noch einmal deutlich, wie die Revisionisten hier wie dort gegen das Tribunal arbeiten. Auch die Mehrheitsauffassung im dänischen Russell-Komitee, daß praktische Aktivitäten in Dänemark nicht unternommen werden könnten, solange bei den westdeutschen Unterstützungsgruppen „keine Tätigkeit“ hergestellt ist, bestätigt die tatsächliche Situation, daß dabei ausschließlich auf diejenigen Teile der westdeutschen Gruppen gestarrt wird, die geschweigsam bewußt und mittels verdeckter Absprachen bereits erregte Überstimmungen wieder umzukippen versuchen – während andererseits Fortschritte in der Arbeit, wie sie z.B. durch die Hamburger Veranstaltung dokumentiert werden, offenbar nicht entsprechend in Betracht gezogen werden. Das dänische Komitee hatte in seiner Diskussion im übrigen die Stellungnahme des Westdeutschen Aktionskomitees vorliegen, was nochmal unterstreicht, wozu überaus „positive“ Wirkungen zur Verbreiterung der Arbeit von den Westdeutschen ausgingen.

Nürnberg. In Nürnberg hat sich eine Initiative gebildet, an deren Treffen bislang folgende Gruppen teilgenommen haben: ESG, SB, GIM, KB, Jungdemokraten, Amnesty International, Knappe, Frauengruppe Fachhochschule, FD, Antifaschistische Hochschule, Frauenzentrum, Gewalt gegen Frauen, Fachschaft der FHS Arbeiter und Jugendlicher der Türkei, BDJ/BDP, Ermittlungsausschuß der BI gegen Atomkraftwerke, Initiative fortschrittlicher Kulturschaffender sowie ein Rechtsanwalt. Die Jusos Nbg./Färth und das Bürgerkomitee gegen die Berufsverbote haben Beobachter in diese Initiative entsandt.

Mehrere Aktivitäten sind für die nächste Zeit geplant: darunter die Herausgabe eines Informationsblattes gegen die Repression in Nürnberg und Umgebung, eine Veranstaltung und die Einrichtung von Arbeitsgruppen, wozu T. auch schon Aufschluß hat. Der Vertreter des SB hat sich wenig später in ähnlicher Richtung engagiert, wobei er vor allem die Unvereinbarkeitsbeschlüsse rausgestrichen haben wollte und desweiteren berichtete, daß der Initiativ-ausschuß „nicht mehr arbeitsfähig“ sei und demnach ein neues „nationales Sekretariat“ gewählt werde, an das nun auch sämtliches Material geschickt werden sollte. Alle anderen Beteiligten der Nürnberger Initiative wissen dies jedoch zurück und haben

sich dafür ausgesprochen, daß der Initiativ-ausschuß beidmöglicht ein Treffen aller Russell-Gruppen in der BRD einberufen möge.

Bonn. In Bonn hat ein erstes Treffen einer Russell-Initiative stattgefunden, an dem folgende Gruppen beteiligt waren: Initiative Kommunistische Gruppe (IKG), Spartacusbund, SSB, Bürgerinitiative Umweltschutz Bonn (BUB), Rechthilfefond für Ausländer der ESG, Informationsstelle Lateinamerika (ILA), SB, Komitee gegen politische Repression (ehemaliger Rechthilfefond Bonn), Frauenforum und Frauenkomitee. Zugewagt hat seine Mitarbeit auch das Palästina-Komitee. Das Treffen hat sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, alle Bereiche der Repression in seine Arbeit einzubeziehen und nicht den Aufruf der Russell-Peace-Foundation als Grundlage dafür an Überlegungen wurden bereits getroffen, welche Gruppe jeweils zu welchen Themen mit einer Materialsammlung beginnt.

München. In München hat sich ein Unterstützungskomitee gebildet, auf dessen erstem Treffen das SZ, das BLATT, KB, Akademie Kindergarten, Frauenkassengruppe und einige Unorganisierte anwesend waren. Auf einer Veranstaltung anläßlich des 10. Todestages von Benno Ohnesorg ließ das Komitee per Akklamation eine Resolution zu der Russell-Peace-Foundation abstimmen, mit der die Teilnehmer dieser Veranstaltung die Forderung eines Russell-Tribunals unterstützten und die Foundation aufforderten, daß das Tribunal die Repression in allen gesellschaftlichen Bereichen untersuchen möge.

Hamburg. Die Hamburger Vorbereitungsgruppe wird am 24.6. eine Veranstaltung gegen die Zensur in der Bundesrepublik durchführen, auf der u.a. W. Gottschalk, S. Cobler, A. Münster und E. Fried sprechen werden.

Heidelberg. Ende Mai fand in Heidelberg die „Gründungsfeier“ einer Russell-Initiative (RI) statt, an der zahlreiche Jusos und SPD-Mitglieder, Mitglieder der GIM, der Jungdemokraten und des KB sowie Juristen teilnahmen. Es wurden 5 Arbeitsgruppen eingerichtet: zum Öffentlichen Dienst, Justiz, Ausländer, Medien und nach anfänglichem Übergehen zum Arbeitsgruppe Frauen, zu der sich bereits vorher schon vorbereitende Treffen stattgefunden hatten. Viele Strecken der „Gründungsfeier“ wurden leider damit verlor, überhangende Breite und Öffentlichkeit der Initiative zu klagen. Vertan umso mehr, weil ein maßgeblicher Teil der Initiative die Schritte, die zu einer wirklichen öffentlichen Arbeit und damit auch Verbreiterung der Initiative führen würden, bisher gewollt haben. Obwohl bereits über Wochen hin vorbereitende Diskussionen dieses Kreises stattgefunden haben, ist z.B. nichts Öffentlich zu diesem Treffen und auch nicht zu stattgefundenen Gründungsfeier aufgerufen worden. Auch das nächste Treffen soll nach der bisherigen Mehrheitsmeinung nicht öffentlich bekannt gemacht werden. Generell wird sogar ein Beschluß gefaßt, daß keine Öffentlichkeitsarbeit ohne die Zustimmung der VV der Initiative stattfinden dürfe – und wenn eine Arbeitsgruppe das trotzdem machen möchte, so muß sie dies mit qualitativer Kritik belegen. Wenn diese Ansicht durchgesetzt bleibt, wäre das der sicherste Weg, zu einem Beitrag zum Aufbau einer breiten Unterstützungsbewegung für das Russell-Tribunal zu leisten. Die Ablehnung einer wirklichen „Öffentlichkeitsarbeit“ wird dabei mit einer unsinnigen und vorgeschobenen „Angst“ begründet, von den „K-Gruppen“ speziell dem KB „instrumentalisiert“ zu werden, wobei sich allerdings handfeste antikomunistische Vorurteile verbergen. Dazu wurde sogar mit Lügen operiert, der KB habe Flugblätter „im Namen der RI“ herausgegeben – wozu der Beweis jedoch nicht angetreten werden konnte, weil's frei erfunden ist. Von vorn hier unehrlich vorgegangen wird, liegt wohl auf der Hand! Hoffnungsvoller läuft demgegenüber die Arbeit in der Frauen-AG an, die bereits konkrete Vorstellungen

gen sowohl zur Materialsammlung als auch zur Ergründung praktischer Initiativen entwickelt hat.

Auf der „Gründungsfeier“ wurde noch ein Brief des Graphikers Klaus Staack abgehandelt. Dieser hatte auf eine Aufforderung zur Mitarbeit geantwortet, daß er dazu nicht bereit sei, weil sicher die SPD die Hauptangeklagte wäre, das aber von der „parteilichen Auseinandersetzung mit der CSU/CDU“ ablenken würde, usw. Obwohl damit eigentlich klar sein dürfte, daß hier alle Liebesmüh vergebens ist, hat die Heidelberger RI es sich nicht nehmen lassen, Staack einen äußerst „einfühlsamen“ Antwortbrief zu schicken, in dem palavert wird, daß doch „vor allem“ (!) auch in der SPD Stimmen gegen die Repression in der BRD lautgeworden seien, daß das Heidelberger RI

dem Tribunal natürlich keine „Wertungen“ erteilen wolle, und daß Herr Staack ja auch „nicht zu schwelgen (braucht), wenn Sie glauben, daß andere Kräfte, die die Initiative für ein Russell-Tribunal unterstützen, dabei nicht ehrlich sind und es mit dem Einsatz für demokratische Freiheiten nicht wirklich ernstnehmen“. Diese „anderen Kräfte“ wären nach Auffassung der Heidelberger RI wohl die „K-Gruppen“, denen gegenüber Herr Staack sich mehr für demokratische Freiheiten einsetzt und ehrlicher ist?!

SB/SPD gemeinsam gegen den KB das wäre doch eine interessante Konstellation, die einem Mann mit der schöpferischen Phantasie eines Staack eigentlich den Mund wackrig machen müßte. Wirklich undogmatisch in der Tat!

„Arbeitsgruppe Ausländer“ gegen Einschränkung der Thematik

Am 11. Juni fand das zweite Treffen der „Arbeitsgruppe Ausländer“ im Rahmen der Vorbereitung eines Russell-Tribunals über die Repression in der BRD statt. Im Vordergrund stand der Protest gegen die vom „Provisorischen Sekretariat“ vorgelegte Themenliste, auf der die Repression gegen Ausländer in der BRD nicht mehr auftaucht. Bei Stimmenthaltung des GIM-Vertreters wurde ansonsten einstimmig eine Resolution angenommen, in der die inhaltliche Einengung der zu untersuchenden Themen durch das „Provisorische Sekretariat“ bedauert wird und in der dann im Einzelnen die besondere Unterdrückung ausländischer Arbeiter dargestellt wird – das Ausländergesetz und die Diskriminierung Asylsuchender, Verbote und Massenabschiebungen (Verbot von GUPS und GUSA 1973, Verbotsdrohungen gegen die GIM); Beihilzung durch westdeutsche und ausländische Geheimdienste... Abschließend heißt es in der Resolution „Wir Schweizer des Russell-Tribunals stellen die Frage, wie unsere Ansicht nach dem schwersten Schaden für die Sache der internationalen Solidarität und Wertschätzung dem Ziel der bisherigen Russell-

Tribunale zu Vietnam und Lateinamerika widersprechen“. Unterschriften ist diese Resolution vom ATSB (Bund Türkischer Sozialisten Europa) München, von der EFLE (Eritreans for Liberation in Europe), CISNU (Iranische Studentenvereinigung), VKSE (Kurdische Studentenvereinigung) Frankfurt, Freundschaftsgesellschaft des deutschen und spanischen Volkes Nürnberg, Türkischer Arbeiterverein Nürnberg, PSOE (spanische Sozialisten) Nürnberg, Iran-Komitee Wiesbaden, WISK (Westdeutsches Irland-Solidaritäts-Komitee), Internationales Studentenzentrum Frankfurt, Palästina-Komitee Bonn und Ausländerkommission des KB Hamburg.

Die Resolution soll jetzt verbreitet und weitere Unterschriften dafür gesammelt werden. Darüber hinaus wurde vereinbart, den entstandenen nationalen Arbeitszusammenhang – unabhängig von der letztendlichen Entscheidung der Russell-Foundation – auf jeden Fall aufrecht zu erhalten und auszubauen und sich selbst als integralen Bestandteil der gegen die Repression in der BRD kämpfenden Front zu verstehen.

«Arbeiterbund»: Originalton DKP

Der Münchner „Arbeiterbund“, ehemaliger Stützpunkt der DKP, hat sich in seiner „KAZ“ Nr. 113 (Mai 1977) e r s t a l s zum Projekt eines Russell-Tribunals über die Repression in der BRD äußert. Das ist einzuverlässig – gleich über eine halbe Seite. Der „Arbeiterbund“ teilt uns mit, wie es seiner Meinung nach mit dem Projekt weitergehen sollte – am besten voll in die Arme der DKP. Gerade so verlogen wie die DKP „begeistert“ er das Projekt, das er bisher völlig ignoriert hatte! – um sogleich zu behaupten: „Allerdings, wenn das Tribunal so durchgeführt werden soll, wie der KB, und mit ihm das Sozialistische Büro, die ESG, der Informationsdienst, die GIM, die Frankfurter Initiative gegen die Repression und das Westdeutsche Aktionskomitee gegen die Berufsverbote sich das vorstellen, dann geht das auf Kosten einer organisierten und politischen Wende in München, die heute gegen die Berufsverbote in erster Linie kämpfen“.

Diese Menschen sind, man ahnt es schon, für den AB natürlich „in erster Linie“ in der DKP zu finden. Daher ist der AB auch ganz begeistert über das Schreiben des von der DKP dominierten Hamburger Arbeitsausschusses der Initiativen gegen das Berufsverbot an die Russell-Foundation, mit dem die DKP die bisherigen Unterstützer des Projekts anzuschwärzen und eine Einengung auf das Thema Berufsverbote durchzusetzen versuchte. „Wir unterstützen das Vorgehen des Arbeitsausschusses, weil es der einzig (!) richtige Weg ist, das Russell-Tribunal wirklich zu einem Erfolg im Kampf gegen die Berufsverbote zu machen“ („KAZ“). Logisch, das hätte die DKP selber auch nicht besser sagen können. Ein Haken ist allerdings noch dabei: „Das einheitliche Vorgehen in Sachen Russell-Tribunal muß gegen

den AB und einige andere durchgesetzt werden“ („KAZ“). Ja, das oben ist ja gerade die Schwierigkeit!

Um der DKP zu gefallen, hat der AB wieder mal alles übertrieben: So behauptet er beispielsweise, der „Hamburger Initiativ-ausschuß“ habe sein Streben gegen das Russell-Tribunal im Namen aller (!) Initiativen gegen die Berufsverbote in der BRD unternommen, was wiederum lächerlich ist. Nicht wenige Initiativen ist der Vorwurf des AB, der KB will nichts zu tun haben mit den Berufsverbotsinitiativen und den darin arbeitenden demokratischen Menschen“ („KAZ“). Ist es nicht die DKP, die ihre „Einheitliche These 41“ (keine Zusammenarbeit mit „Mainstream“ usw.) auch den von ihr dominierten Berufsverbots-Initiativen aufzuerzogen hat?

Offenbar ironisch gemeint mokiert sich die „KAZ“: „Großartig mokiert der KB an, nach wie vor sieht der DKP ein Mitmachen beim Russell-Komitee offen“. Der AB geht ganz offensichtlich davon aus, daß ein solches Ansinnen an die DKP für diese völlig unzumutbar ist.

Die Empfehlungen des AB bleiben also die bereits bekannten. Wir sollen die von der DKP diktierten Spielregeln (Schwur aufs Grundgesetz usw.) akzeptieren, sollen (falls die DKP uns überhaupt läßt!) unter totaler politischer Selbstverleugung in den DKP-Komitees „mitarbeiten“ und sollen vor allem in der Sache Russell-Tribunal endlich die führende Rolle der DKP und der von ihr dominierten Komitees anerkennen.

Für wie blöde halten die DKP-Führer die Linken, wenn sie in der „KAZ“ darauf ungeschminkt ihre Ziele propagieren lassen? Etwas mehr „Rouge“ sollte die „KAZ“ schon aufweisen.

Frankreich

Veranstaltung gegen das »deutsch-amerikanische Europa«

Am 16. Mai fand in Paris vor einem Publikum von ca. 800 Menschen die erste Veranstaltung des französischen „Komitees gegen ein deutsch-amerikanisches Europa“ statt. Thema der Veranstaltung war der Kampf gegen die westdeutsche und amerikanische Hegemonie in Westeuropa und die geplante Direktwahl eines Europaparlaments im April/Juni 1978. Grußadressen wurden vorgelesen von Papandreu (Griechenland), Chomeky, MES (Portugal), OC Bandera Roja (Spanien) und einem englischen „Komitee gegen ein deutsch-amerikanisches Europa“, das innerhalb der Labour Party existiert. Beiträge wurden vorgelesen von:

- Darío Fo (Theatertruppe „Comune“ Mitglied der italienischen „Roten Hilfe“)
- Rigault, Theologieprofessor an der Universität Louvain in Belgien.
- Mouta, Mitglied der portugiesischen MUP.
- Mousel, Leitungsgesamte der französischen PSU.
- einem Vertreter der französischen Winterebewegung.
- Jean Pierre Vigier, Mitglied des französischen Komitees, ex-Mitglied im Generalsekretariat der Resistance, bis 1968 Mitglied des ZK der KPF, heute organisiert in der OCT.
- RA Gronewold
- einer KB-Genossin.
- Professor Siegrist.

Außerdem wurde noch ein Beitrag von RA Gronewold vorgelesen.

Die Beiträge von französischer Seite betonten die Gefahr, die vom geplanten Export des Modells Deutschlands in ganz Westeuropa ausgeht. Die Winterebewegung in ihrem Beitrag, daß weder sie noch die Landarbeiter sich etwas von einer noch engeren Zusammenarbeit der westeuropäischen Bourgeoisien versprechen könnten, in Frankreich ebenso wenig wie anderswo. Als Beweis dazu genüge die Betrachtung der aktuellen EG-Agrarpolitik, die sich im Ruin tausender Landarbeiter- und Winterefamilien ausdrückt.

Der belgische Theologieprofessor Rigault erinnerte an die Grausamkeiten des deutschen Nationalsozialismus und forderte dazu auf, alles zu

tun, um die neue Organisation eines „Kriegs Europas“ zu verhindern.

Der MUP-Gesamte erinnerte an die gute Zusammenarbeit zwischen SPD und PS sowie zwischen CDS und CDU/CSU. Bei den westdeutschen Beiträgen gab es ziemlich einschneidende Einschätzungen.

Professor Siegrist vertrat die Auffassung, daß das BRD-Imperialismus ein Leben und eine Kultur des US-Imperialismus sei, was auch die These des schriftlichen Beitrags von RA Gronewold war. Gronewold verlangte außerdem erneut daß eine Unterstützung der politischen Gefangenen in der BRD auch eine Unterstützung ihrer Positionen zur Folge habe bzw. zur Voraussetzung haben müsse. Weiterhin traf er die absurde Feststellung, es gäbe in der BRD nur drei revolutionäre Organisationen, und das wären „natürlich“ die „Bewegung 2 Juni“, die „RAF“ und die „Revolutionären Zellen“.

RA Gronewold erzählte knapp von seinem laufenden Disziplinerverfahren und legte einige Thesen zum westdeutschen Konzept der „inneren Sicherheit“ vor. Zusammengefaßt vertrat er die Position, daß die Repression in der BRD kein Resultat eines für die Bourgeoisie gefährlichen Kräfteverhältnisses sei, sondern vielmehr präventiven Charakter hätte. Die besondere Gefahr dieser Repressionen seien seiner Meinung nach nicht die 3000 Berufsverbote für sich genommen, sondern die Hunderttausende von Ermittlungen, das permanente Schnüffelfeld und die sich daraus ergebende Einschüchterung und Verunsicherung breiter Schichten.

Im Beitrag des KB, der mit viel Beifall aufgenommen wurde, wurde zunächst bekräftigt, daß dies wie auch die kürzlich in Hamburg gegen das „Modell Deutschland“ durchgeführte Veranstaltung des Beweises befinde, daß es weder für die ausländischen Genossen noch für uns um eine chauvinistische, „anti-deutsche“ Kampagne geht. Die Gefahr des „Modell Deutschland“ beschränkt sich nicht auf die westdeutsche Repression innerhalb unserer eigenen Grenzen. Beispiele, wie die BRD-Bourgeoisie

ihre Modell anderen Völkern und Ländern aufzwingen will, gibt es genügend (Italien, Portugal, Spanien, Rolf Pöhle, Detlev Schüttz etc.). Die besondere Gefahr, die von der BRD ausgeht, muß im Zusammenhang mit der wachsenden ökonomischen Stärke des BRD-Imperialismus gesehen werden: das Atomgeschäft mit Brasilien zeigt, daß sich der BRD-Imperialismus heute schon stark genug fühlt, um dem US-Imperialismus in seinem „traditionellen“ Einflusssbereich eine ernste Konkurrenz entgegenzusetzen.

Das Bestreben nach einer völlig unabhängigen Kernenergieindustrie und die Tatsache, daß die BRD bereits heute in der Lage ist, 6 Hiroshima-Bomben pro Jahr zu produzieren, sowie die enge Komplizenschaft mit den reaktionärsten Regimes auf der Welt, zeigen klar und deutlich aus, welche Interessen die BRD verteidigen will und welche Mittel sie dazu bereitstellt. In diesem Kampf können wir uns weder auf die sozialdemokratischen Parteien verlassen noch auf die sog. „Eurokommunisten“. Marchais z.B. hat der atomaren Rüstung der französischen Bourgeoisie vor kurzem sein Ja und Amen gegeben und den Atomkrieg verherrlicht, so würden auch unter einer „Regierung der Volksbefreiung“ die Atomraketen

Auf der anderen Seite ist es aber auch notwendig, den Kampagnen entgegenzutreten, die von der kurven rechten Seite mit „Argumenten“ gegen das „Europaparlament“ organisiert werden (Strauß in der BRD, Chirac in Frankreich usw.).

Die Vertreterin des KB forderte abschließend dazu auf, sich gegen das imperialistische Westeuropa der Polizeistraf und der Arbeitslosigkeit enger zusammenzuschließen, und die bereits begonnene Enthüllung- und Agitationsarbeit gegen die vom „Modell Deutschland“ ausgehenden Gefahren sowie das geplante Ruseß-Tribunal gegen die Repression in der BRD international zu unterstützen.

Frankreich-Kommision
KB/Gruppe Frankfurt

Generalstreik in Frankreich

Am 24. Mai fand in Frankreich der zweite Generalstreik gegen den Barre-Plan statt - der erste war am 7. Oktober vergangenen Jahres ausgerufen worden. Nach allen Berichten war dieser Generalstreik der größte seit dem Mai 1968: die Zahlenangaben reichen bis zu 8 und 10 Millionen Teilnehmern. Eine besonders hohe Streikbeteiligung wurde von den Hafen- und Bergarbeitern, von den Beschäftigten der Elektrizitätswerke und von den Lehrern gemeldet. Ebenso lagen die Post, Eisenbahn und die öffentlichen Nahverkehrsbetriebe (Metro, Busse) an diesem Tag quasi völlig still. Die Berichte über die Demonstrationen weisen ebenfalls sehr hohe Teilnehmerzahlen auf: insgesamt sollen 2,5 bis 4 Millionen Menschen an diesem Tag auf die Straßen gegangen sein. Die größte Demonstration fand am 24. Mai in Paris statt, mit ca. 500.000 Teilnehmern wie schon am 7. Oktober. Hieraus wird auch die Zahlenangaben aus Lyon und Marseille, wo jeweils rund 80.000 demonstrierten. In Rouen und Bordeaux wurde gleichfalls eine beachtliche Demonstrationstärke erreicht.

Die französische Arbeiterklasse hat mit diesem Generalstreik wie auch mit allen anderen Kampfkampagnen in den letzten Monaten (400 Streiks allein im März) erneut gezeigt, daß von ihr gegenwärtig die größte Kampfbereitschaft gegen die in ganz Westeuropa von der Bourgeoisie betriebene „Austeritäts“-Politik ausgeht, daß sie nicht bereit ist, die vom Giscard-Barre-Regime abgeforderten Opfer zu zahlen. Während der Barre-Plan den französischen Werktätigen 1977 z.B. nur maximal 6,5% Lohnsteigerungen zubilligen will, ist nach den bislang vorliegenden Preissteigerungen in den ersten Monaten dieses Jahres eine mindestens doppelt so hohe Teuerungswelle zu erwarten. Die Lebensmittel, vor allem die Gemüse- und Obstpreise, bilden dabei die Spitze: sie stiegen

bereits in den vergangenen 12 Monaten um 20 % (Weiz, 6.6.) Hinzu kommt die hohe Arbeitslosigkeit, die selbst nach offiziellen Angaben bei 5% liegt (über 1 Million).

Mit dem Kampf gegen den Barre-Plan verbinden sich in der französischen Arbeiterklasse allerdings auch große Erwartungen auf eine Änderung ihrer Lage im Falle eines sehr wahrscheinlichen Wahlsieges des „Linksbündnisses“ in 9 Monaten. Die Äußerungen nicht nur der PS-Politiker, sondern auch derjenigen der revisionistischen PCF lassen indes sehr daran zweifeln, daß sich selbst „nur“ auf wirtschaftlichem Sektor viel für die französische Arbeiterklasse verbessern wird. Die Arbeitgeber wer-

den immer ihre Produkte verkaufen und Profite machen können“, versicherte der PS-Nationalsekretär Michel Rocard erst kürzlich wieder in einem Interview mit dem „Spiegel“ (24/77, 6.6.). Die PCF, deren Generalsekretär Marchais erklärt hat, daß die Kapitalisten auch unter einer „Linksbewegung“ natürlich „die Macht behalten“ dürfen (s. AK 104), schwingt dort auf gleicher Wellenlänge. Je mehr die französische Arbeiterklasse aber bereits jetzt schon ihre Kampfkraft entwickelt, desto stärker wird sie auch später dieser möglichen „Linksbewegung“ auf die Finger (s.) heben können.

KB/Gruppe Frankfurt

Faschistische Anschläge

40.000 Antifaschisten protestierten in Grenoble (Frankreich) gegen den Bombenanschlag auf das kürzlich in Betrieb genommene Gewerkschaftshaus, das völlig zerstört wurde. Aufgerufen hatten zu dieser antifaschistischen Demonstration die Stadtverwaltung Grenoble, der Generalsekretär des Departements, die Gewerkschaften und die Linksparteien sowie die revolutionäre Linke.

Der Anschlag ist Teil einer Kette von ähnlichen faschistischen Attentaten.

- So wurde auf eine Gedenktafel, die an den Mord an 43 jüdischen Weisenkindern und den fünf Erziehern durch die Gestapo errichtete Hakenkreuze geschmiedet.
- Ebenfalls wurden Gedenktafeln in Marseille und Ardeche (Südfrankreich) beschmiedet.

Das Ehrenmal zum 30. Jahrestag der Befreiung Europas vom Krieg und Faschismus in Le Havre wurde aus der Verankerung gerissen und zerstört.

sondern auch gegen die Antifaschisten selbst. So wurde in Paris ein Antifaschist durch Sprengstoff verletzt und faschistische Rollkommandos an der Rechtsakademie der Uni sollen die Studenten einschüchtern.

In Anbetracht der faschistischen Anschläge witzten der Widerstands- und der Kriegeropferverband im Departement Drôme bei den Behörden eine Verordnung durch, die „in allen Geschäften und auf allen Märkten des Departements Drôme Ausstellung und Verkauf von Abzeichen, Uniformen und anderen Dingen untersagt, die an das Naziregime erinnern.“

Trotz dieses kleinen Erfolges kommentierte der Vorsitzende des Widerstandskämpferverbandes ANACR die Attentatswelle so: „Wenn sich solche Akte immer zahlreicher und umfangreicher ereignen, so deshalb, weil die Täter ein Maß an Straflosigkeit genießen, das wir kriminalistisch nennen müssen.“ (nach „Yat“ 6.5.)

Unterstützungsausschuß ARBEITERKAMPF gegen Rosenberg

Österreich



Protestdemonstration in Wien gegen den Mondala/Vorster-Besuch

Proteste gegen Vorster-Besuch

Wien. In Österreich gab es gegen das Treffen des südafrikanischen Rassistenchefs Vorster mit US-Außenminister Mondale in Wien mehrere Protestaktionen, an denen sich eine Reihe Ausländerorganisationen, der KBW-Bruder KBÖ, die Trotzkisten der GRM, die Bewegung für den Sozialismus FÖJ und der VSSTÖ beteiligten.

Am 19.5. demonstrierten in Wien unangemeldet etwa 300 Menschen. Am 20.5. waren es dann auf der Demonstration der Aktionsinheit 600.

In Innsbruck beteiligten sich am 18.5. 100 Menschen an einer Protestkundgebung. Darüberhinaus wurden noch eine Reihe Veranstaltungen durchgeführt.

Schwierigkeiten machte der KBÖ, der momentan (so auch in der Anti-AKW-Bewegung) auf vollem „Supermächte“-Trip ist in Innsbruck und in Wien führte er Transparente und Parolen gegen den „Sozialimperialismus“ mit, offensichtlich als besondere Gruß an Mondala gedacht (nach „rotfront“, Juni 77).

Einstellung aller Gerichtsverfahren!

Klagenfurt. Mit der Minderheitenstellung beabsichtigte die österreichische Regierung die Rechte der slowenischen Minderheit in Österreich abzubauen. Die slowenischen Verbände und die Linke Österreichs riefen deshalb zum Boykott dieser Zahlung in den von Slowenen bewohnten Gebieten und zum Eintragen von slowenisch als Sprache dort auf, wo kaum Slowenen wohnen, um so die Abstimmung für absurd und ungültig zu erklären. Der Boykottaufruf wurde von den Slowenen größtenteils befolgt. Insgesamt trugen sich nur 13.263 unter „slowenisch“ ein (die wirkliche Zahl dürfte ein Mehrfaches betragen). Auch viele Österreicher kamen der Aufforderung, sich in nicht slowenischen Gebieten als Slowenen auszugeben, nach. So gibt es beispielsweise z.B. in Wien mit 4.747 jetzt „offiziell“ mehr Slowenen, als in deren Kernland Kärnten (3.941).

Die staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Slowenen geben weiter, unterstützt von reaktionären Verbänden wie dem „Kärntner Heimatdienst“. Im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen den Abbau der Minderheitenrechte sind 24 Verfahren eingeleitet worden:

- gegen 4 Slowenen, weil sie eine Wahlurne verbrannten und antworteten,
- gegen 11 Personen, die in St. Kanzian gegen eine Kundgebung des „Kärntner Heimatdienstes“ protestierten,
- gegen 8 Jugendliche, die Parolen für die Minderheitenrechte an Kaminen und Wände malten;
- gegen den Zentralsekretär des Rates der Kärntner Slowenen, der des „Versuches zur Anstiftung eines Sprengstoffanschlags“ beschuldigt wird.

Die Prozesse sollten am 24.5. beginnen. Am 23.5. demonstrierten deswegen in Klagenfurt etwa 1.000 Menschen. Die Minderheitenrechte und forderten die Einstellung aller Verfahren. Am folgenden Tag wurde am slowenischen Bundesgymnasium ein einseitiger Proteststreik durchgeführt, der geschlossen befolgt wurde.

Die reaktionären Hetzer des „Kärntner Heimatdienstes“ haben derweil den „Abwehrkampf 77“ und den „Ortsaufstand“ (Sturm auf slowenischsprachige Ortschaften wie 1972) angekündigt.

Schweiz

Repression gegen Linke

Schweiz. Auf Einladung schweizerischer Trotzkisten war der in Frankfurt lebende südafrikanische Professor Franz Leo Ende Februar zu einer Südafrika-Veranstaltung in Zürich. Diese Veranstaltung nahmen jetzt die Behörden zum Anlaß, Leo im Kanton Zürich Redeverbot zu erteilen. Seit 1948 müssen Ausländer, die in der Schweiz auf politischen Veranstaltungen auftreten wollen, eine Erlaubnis beantragen. In der dazu erlassenen Verfügung heißt es: „Die ausländischen Redner haben sich jeder Einmischung in innerschweizerische politische Angelegenheiten zu enthalten.“ In der Redebewilligung für Leo hatte die Fremdenpolizei sogar noch weitergehend die Auflage erteilt: „Der Redner hat (...) auf die Neutralität der Schweiz Rücksicht zu nehmen und jegliche Angriffe oder Beleidigungen gegen fremde Staatsoberhäupter oder Regierungen zu unterlassen.“ (Basler Zeitung, 7.6.). Leo hatte u.a. auf die für das südafrikanische Rassistensystem wichtige Unterstützung durch Schweizer Kapita-

liten und Behörden hingewiesen. Die Auflagen für Leo kommen einer totalen politischen Zensur gleich.

Schweiz. Offensichtlich wird die in der Bundesrepublik mehr und mehr gesetzlich abgesicherte Hetzjagd auf linke Verteidiger auch in der Schweiz übernommen. In ihrer Osterausgabe hatte die Springer Zeitung „WELT“ den Zürcher Rechtsanwalt Bernhard Rambert der Beziehungen zu „Terroristen“ beschuldigt. Anlaß dazu war ein Besuch Ramberts im Juli letzten Jahres bei Andreas Baader in Stuttgart Stammheim. Die Schweizer Nachrichtenagentur epk übernahm die „WELT“-Meldung, der nicht einmal eine Quelle zugrunde lag, und erklärte Rambert gleich als „terroristennah“. In dem Zusammenhang wird Rambert völlig konfuse Zeug untergeschoben: er habe bei Baader „parteiliche

Fortsetzung auf Seite 28

Repression gegen Linke

Fortsetzung von Seite 27

Orientierungshilfen" gesucht und dabei bei der „fest ausschließlichen von der DDR finanzierte“ KBW empfohlen worden!

In einer Erklärung protestiert Rambert gegen diese Hetze. Sein Besuch bei Baader hatte der Klärung einer Beschwerde im Auftrag Baader bei der europäischen Menschenrechtskommission gedient. Die Schweizer Sektion des „Internationalen Komitees zur Verteidigung politischer Gefangener in Westeuropa“ schreibt zu dem Vorfall: „Das IVK Schweiz wird sich mit allen Kräften gegen diesen von der spk und verwandten Kreisen auch für die Schweiz angestrebten, bündnerrepublikanischen Weg" wehren" (nach „Informationsdienst“).

Zürich. Zum zweitenmal gelang es der Polizei am 6. Juni, den Frauen-Pirellinen-Sender „101“ auszuheben. Die Betreiberinnen konnten sich allerdings rechtzeitig vor dem Zugriff der Bullen retten. Das erste Mal hatte der Sender im November letzten Jahres zwei Sendungen ausgestrahlt (die in Frauenbuchläden als Kassetten verkauft wurden). Am 21.5. hatte „101“ eine Sendung zum Jurz-Problem gebracht und am 6.6. war eine zur alternativen Nutzung des Zürcher Kasernengeländes geplant. Zum Vorgehen der Polizei schreiben die Frauen in einem Kommuniqué an die Presse: „Wellen-Hexen fliegen höher und geräuschvoller als Helikopter. Hexen haben bekanntlich Besen, die sie zum Fliegen brauchen. Wer auf Hexenjagd geht, kriegt den Besen auf den Kopf“ (Basler Zeitung, 6.6.). Ihre nächste Sendung kündigten sie für den 13.6. an!

Portugal

Breite Studentenkämpfe

An den Universitäten von Coimbra, Porto und Lissabon in Portugal haben in den letzten Wochen die bedeutendsten Studentenkämpfe seit dem Sturz des Faschismus (25. April 74) stattgefunden.

Bereits 1974 war man zu einer demokratischen Verwaltung der Schulen und Universitäten übergegangen. Das sah im konkreten so aus, daß Schüler/Lehrer-Kollektive bzw. Studenten/Professoren-Kollektive die Lehrpläne für die einzelnen Klassen und Fakultäten ausarbeiteten. Die Autokratie der Lehrkräfte wurde auf eine gleichberechtigte Zusammenarbeit hin abgebaut. Die Lehrpläne wurden an das aktuelle politische Geschehen in Portugal angepaßt, z.B. wurden die Erfahrungen der Arbeiterbewegung ausgewertet. Es wurden Untersuchungskommissionen eingerichtet und die faschistischen Lehrkräfte aus Schulen und Universitäten entfernt. An den Unis wurden neue Fachrichtungen eingerichtet. Insgesamt gesehen hatten Schulen und Universitäten eine relativ autonome Stellung. Das änderte sich mit dem Erscheinen der ersten verfassungsmäßig gewählten Regierung des Mario Soares. Das Bildungs- und Forschungsministerium (MEIC) leitet seitdem Sottomayor Cardia. Seit seiner Amtübernahme hat Cardia an

Mehrheit junge Menschen aus Arbeiterfamilien („Pagna Umf“ 12.5.77). Am 24. März dieses Jahres entschied das MEIC plötzlich, daß der Psychologie-Kurs an der Universität Porto nicht existiere. Wer weiterhin diesen Kurs besuchen wolle, habe sich einer Prüfung zu unterziehen. Den Studenten, die bei dieser Prüfung durchfallen würden, wurde eine besondere rosige Zukunft in Aussicht gestellt. Obwohl sie bereits im zweiten Semester des zweiten Vorlesungsjahres waren, hätten sie mit dem ersten Jahr neu beginnen müssen, und hätten obendrein die Chance gehabt, dabei unter den NC des Faches Psychologie zu fallen. Daß ihnen dabei kein Escudo ihrer regelmäßig bezahlten Studiengebühren zurückerstattet worden wäre, ist selbstredend. Auf diese Provokation reagierte der Psych-Kurs geschlossen. Die Studenten weigerten sich, zur Prüfung zu erscheinen!

Eine von 7.000 Studenten unterschriebene Resolution wurde bei der bildungspolitischen Unterkommision im Parlament in Lissabon angenommen.

Außerdem kam es am 29. April zu einer ersten Demonstration in Porto. Cardia ließ sich in seinem Kurs nicht beirren und entschied, daß die Prüfung am 9. Mai unter Polizeischutz im Regierungspräsidium und Kommandositz der PSP geschrieben

werden sollte. Die Situation zugespitzt hatte, rief die nationale Leitung der Studentenschaft zu einer nationalen Tagung am 15.5. in Coimbra auf.

Dort wurde beschlossen, am 17.5. einen Kampftag mit Warnstreik und Demonstration durchzuführen.

In Porto fanden außer an den Fakultäten Medizin und Pharmazie keine Vorlesungen statt. Während der Agitationstätigkeiten kam es zu einer kleinen Demonstration. Während der Agitationstätigkeiten kam es zu einer weiteren Eskalation der Gewalt von Seiten der Polizeikräfte: Einige Studenten waren gerade dabei, Wandzeitungen mit Informationen über die vorhergegangenen Polizeiberichte aufzuhängen, als eine Gruppe Jungfaschisten, organisiert in der JC (Jugendorganisation der CDS, rechtsextreme CDU-Bruderpartei) herumkam und versuchte, das Aufhängen der Wandzeitung zu verhindern. Als ihnen das nicht gelang, riefen sie die Polizei zu Hilfe. Diese erschien nach kurzer Zeit und machte sofort von ihren G3-Gewehren Gebrauch. Zwei Studenten wurden angeschossen.

Coimbra: Keine Faschisten auf Lehrstuhl

1974 hatte das Plenum der Nationalen Studentenschaft von Uni Coimbra sämtliche Lehrkräfte von der Naturwissenschaftlichen Fakultät entfernt, die ihm von der Untersuchungskommission (CIS) als Faschisten oder Sympathisanten von Faschisten benannt worden waren.

Im Februar dieses Jahres wurden vom wissenschaftlichen Rat der Natw. Fakultät zwei ehemalige faschistische Lehrkräfte berufen. Es handelt sich dabei um Redinha, ehemaliger Direktor der Natw. Fakultät, der sich innerhalb der Fakultät permanent von einem PIDE-Faschisten begleitet ließ und häufig die Polizei rief, um Studenten maßregeln zu lassen, sowie um Vitor Crespo, ehemaliger Offizier der faschistischen Legião Portuguesa.

Sobald die Studenten von ihrer Anwesenheit erfuhren, versammelten sie sich dort und beförderten die beiden an die frische Luft. Einige Tage später mußten sie von dem importierten Studenten ein zweites Mal hinausbegleitet werden. Daraufhin sah sich der leitende Rat der Fakultät auf Druck der Repräsentantenversam-



Demonstration der streikenden Typographen in Genf.

Abstimmung vor. Das Ergebnis hat insbesondere noch einen Haken: es verpflichtet die Unterzeichner für die Dauer des Vertrages, also 2 Jahre, auf absozutes „Arbeitsfrieden“ und die Garantie der Herausgabe von Zeitungen. Durch das Raumögern der Verhandlungen und ein vordergründig

gar nicht so schlechtes Ergebnis (noch am Jahresende 1976 wurde in einer Volksabstimmung die Einführung der 40-Stundenwoche in der Schweiz abgelehnt), gelang es schließlich, die wirkliche Kampfbereitschaft der Drucker aus den Auseinandersetzungen herauszuhalten.



Brutaler Bulleneinsatz gegen eine Studenten-Demonstration in Porto

ung gezwungen, den Unterricht aussetzen und an die beiden faschistischen Professoren zu appellieren, keinen Unterricht zu geben, solange ihre Verfahren im Plenum nicht neu behandelt worden seien. Der Präsident des Leitenden Rates ersuchte dann Cardia, ein Plenum einberufen zu dürfen, um die Vorfälle dort bewerten zu lassen. Cardia antwortete, das könne er machen, allerdings sei dies illegal. Tatsächlich hatte Cardia ein Plenum einberufen, auf dem er ein Dekret erlassen, wonach es das Fakultätsplenum nicht mehr gibt, sondern sogenannte „Generalversammlungen der Schule“. Diese Versammlungen haben allerdings keine Vollmacht mehr, sich mit Ausschlussverfahren zu beschäftigen. Cardia verhängte sodann einen Erlaß, den Unterricht an der Natw. Fakultät aussetzen und die Bedingungen zu schaffen, damit die beiden Faschisten Unterricht geben könnten. Wo hier die freundschaftlichen Bande verlaufen, dürfte spätestens jetzt jedem klar sein.

Der Leitende Rat ließ sich darauf jedoch nicht ein, sondern trat zurück. Eine Uni-VV am folgenden Tag beschloß Streik, mit dem Ziel, die Wiederöffnung der Natw. Fakultät zu erzwingen.

Die beiden erwähnten Faschisten sind nicht die einzigen, die wieder in die Universität eingegliedert werden sollen. Insgesamt handelt es sich um mindestens sechs Faschisten; unter ihnen auch Custódio Neves, ehemaliger Rektor der Universität, in dessen Auftrag damals massenweise antifaschistische Studenten von Polizeistreikkräften zusammengeschlagen wurden.

Cardia behauptet, die kämpfenden Studenten seien eine „aktivistische Minderheit“. Die Tatsachen beweisen das Gegenteil: auf der letzten Uni-VV in Coimbra waren 4.000 Studenten anwesend, und ein Antrag der Rechten, den Streik wieder aufzuheben, wurde abgelehnt. An der Demo am 17.5. beteiligten sich mehr als 7.000 Menschen. Dazu sollte man wissen, daß auf der Uni Coimbra ca. 10.000 Studenten immatrikuliert sind.

Unterstützung der Studenten durch die Bevölkerung

Als ein Druckmittel ließ Cardia die Uni Menas schließen. Für die Studen-

ten wirkt sich dies so aus: Ein Mensaeßen kostet 34 Escudos, wovon der Staat 14 Escudos zuzuschüsselt, also ein bemerkenswert billiges Essen. Mit der Unterstützung der Leute von den Kooperativen von Barcelos, die Lebensmittel spenden und mithelfen, eine Kantine zu improvisieren, gelingt es allerdings, täglich ca. 300 Mahlzeiten aussteilen zu können. Hinzu kommen zahlreiche Angebote aus der Bevölkerung, Lebensmittel zu spenden und Studenten zu sich zum Essen einzuladen. Eine Isolierung der Studenten von der übrigen Bevölkerung ist also bislang nicht gelungen.

Grußadressen erhielten die kämpfenden Studenten bereits von diversen Einzelgewerkschaften und auch vom Gewerkschaftsbund Coimbra. An bisher gelaufenen Veranstaltungen der Streiktag beteiligten sich Arbeiterkommissionen, Landarbeiter der Kooperativen von Barcelos und Gewerkschaftsmitglieder und nach der Rückkehr des Chefs vom Betrieb Mondorel geäußerte Kollegen. Auf Musikveranstaltungen erschienen spontan unangekündigte Künstler, um durch ihre Beiträge ihre Solidarität auszudrücken. Während eines vierstündigen Warnstreiks der Metaller von Coimbra, aus anderem Anlaß, gingen studentische Brigaden in die Betriebe und informierten die Kollegen über den Kampf der Studenten.

Auf der bereits erwähnten Nationaltagung der Studentenschaften am 15.5. in Coimbra wurde betont, den Kampf solange fortzuführen, bis die naturwissenschaftliche Fakultät wieder geöffnet wird (und zwar ohne die genannten Faschisten auf den Lehrstühlen!) und bis in Porto das Psych-Kurs-Problem gelöst ist. Als eine weitere Steigerung der Kampfmaßnahmen wurde ein nationaler Generalstreik auf dem Bildungssektor ins Auge gefaßt, sowie eine zentrale Demonstration vor dem Bildungsministerium in Lissabon.

Aus Lissabon verlautet, daß die dortige Uni-VV die Vorschläge der nationalen Tagung der Studentenschaften angenommen hat und sich auf den Generalstreik vorbereitet, wobei die Lehrkräfte ihre Solidarität zugesichert haben.

Portugal-Kommision KB/Gruppe Hamburg



Studenten - Demonstration in Porto

den Universitäten mehrere handfeste Provokationen geschäft, die jedoch auf breiten Widerstand nicht nur der Studenten gestoßen sind. Brennpunkte der sich in letzter Zeit rapide ausweitenden Ereignisse sind Porto und Coimbra.

Der Kampf der Studenten von Porto

Im Herbst 1975 war an der Universität von Porto erstmals ein Psychologie-Kurs eingerichtet worden, in den sich mittlerweile 232 Kommilitonen immatrikuliert haben, in ihrer

wird. Der Psych-Kurs erschien bereits morgens dort, um die Prüfung zu verhindern, und schickte eine Delegation ins Gebäude, die dort kurz vor der von PSP-Bullen verprügelt wurde. Ähnliches passierte Studenten, die nahe an der Tür standen. Ein Student wurde festgenommen, ein anderer verletzt. Nachmittags wurde eine Protestkundgebung durchgeführt.

Schusswaffengebrauch gegen Demonstranten

Da sich inzwischen auch an der

Spanien

Anarcho-Syndikalismus: »Das vereinte Volk funktioniert ohne Partei«

Nach rund 40 Jahren blutiger Diktatur, in der jegliche demokratische Bewegung brutal unterdrückt wurde, tauchte Anfang dieses Jahres auch die anarcho-syndikalistische Gewerkschaft CNT (Confederación Nacional del Trabajo) erstmalig wieder in der Öffentlichkeit auf. An einer von ihr veranstalteten Massenkundgebung in einer Stierkampfabenue nahe Madrid nahmen ca. 25 000 meist junge Menschen teil (El País, 29.3.77). Nicht wenige Spanier waren durch das Wiedererscheinen dieser »Organisation« überrascht, die die stikate anarcho-syndikalische Bewegung Europas repräsentierte und unter der Franco-Herrschaft fast vollständig zerschlagen wurde.

Die Ursprünge der CNT gehen zurück auf das Jahr 1870, als in Barcelona der Gründungskongress der spanischen Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation stattfand. 1910 kam es zur formellen Gründung der CNT.

Bei Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges 1936 umfaßte die ca. 1,5 Millionen Mitglieder und war damit ebenso stark wie die sozialistische Gewerkschaft UGT. Während des Bürgerkrieges kämpften die Anarcho-syndikalisten auf Seiten der Republikaner, Demokraten und Kommunisten gegen die Francotruppen, trugen aber oft zur Schwächung der Kampfkräfte der demokratischen Bewegung bei, da sie – selbst angesichts der mörderischen Gefahr des Faschismus nicht bereit waren, an der Eroberung der politischen Macht mitzuwirken, sondern sich mitten im Krieg vorrangig darauf konzentrierten, in Aragon, der Levante und Katalonien Kollektive zu errichten, um den »freiheitlichen Kommunismus« zu praktizieren.

Italienern legten Wert darauf, die Nächte zu Hause im eigenen Bett zu verbringen. Durruti (die bekannteste Führerfigur des spanischen Anarchismus – AK) beschwerte sich, man sei ihm mit allen Laster des großen Krieges gekommen: der Baby sei krank, die Frau stehe vor der Entbindung, die Mutter liege im Sterben.

In offener Feldschlacht erwiesen sich die Milizen schnell als wenig kampfkräftig. Ihre Anfangserfolge hatten sie mit gewaltigen Verlusten erkauft. Die Milizmänner wußten nicht nur nicht, wie man in Deckung geht, sie wollten es gar nicht wissen. Für den Befehlshaber einer anarcho-syndikalischen Einheit war es Ehrenache, ohne jede Abschränkung an der Spitze Truppe zu marschieren (...). Mit der Munition gingen die Milizmänner nicht sparsamer um als mit dem eigenen Leben: sie verschwendeten Patronen gegen Flugszeuge, ja sogar gegen Kriegsschiffe (...). Offiziere, die zuverlässige »Loyalisten« waren, konnten nicht viel ausrichten, weil die Milizmänner ihnen nicht trauten; weil sie Offiziere und daher grundsätzlich verdächtig wurden ihre Befehle nicht befolgt (Broué/Témime: Krieg und Revolution in Spanien).

Es ist offensichtlich, daß die Anarcho-syndikalisten der CNT unfähig waren, den Ernst der Lage zu begrei-

gliederszahl von 40 000 (nach eigenen Angaben, Cambio 16, Nr. 285) der kleinste der sechs größeren Gewerkschaftsverbände.

Die »politische Partei« der Anarchisten ist der FAI (iberischer Anarchistischer Bund). Die CNT, die sonst jede Form von Parteien ablehnt, erklärt ihr Verhältnis zur FAI so: »Prinzipiell gibt es etwas gemeinsames, das alle politischen Parteien vereint und sie in diesem Fall von dem spezifisch anarcho-syndikalischen FAI unterscheidet. Der FAI bildete sich als ideologische Stütze der CNT. Was alle politischen Parteien konkret vereint, ist, in der einen oder anderen Form, die Machtübernahme. Der FAI dagegen (...) weist jeden Machtanspruch zurück. So ist der Anarchismus wie Salz und Pfeffer für die Gewerkschaft CNT.« (Cuadernos para el Dialogo Nr. 178 – Interview mit Mitgliedern der CNT). Wer in dieser Weise wirklich jeden Anspruch zurückweist, die politische Macht für die Arbeiterklasse zu erobern, ist notwendigerweise dazu gezwungen, den völlig aussichtslosen Versuch zu unternehmen innerhalb des kapitalistischen Systems seine Vorstellungen von der »Selbstbestimmung« und »Selbstverwirklichung« durchzusetzen. Dies als einziges Ziel genommen, führt zur politischen Entfremdung der Arbeiter, nicht zu ihrem Sieg.

Stellungnahmen der CNT lassen die Vermutung zu, daß man wohl bald von einem »Euro-Anarchismus« sprechen kann, denn deren reformistische Haltung geht heute noch weiter, als zu Zeiten des Bürgerkrieges: »Revolution bedeutet nicht, eine Scheibe einzuwerfen. Revolution bedeutet, Stellung nehmen. Wir stellen fest, daß die heutige Gesellschaft sich immer mehr vom Konzept der gewalttätigen Revolution entfernt. Wir wissen, daß wir versuchen müssen, die Selbstbestimmung im ganzen kapitalistischen System zu praktizieren (beispielsweise wie bei den Kibbutzim, Wehrdörfern und waffenstärkenden Festungen der zionistischen Eröberer in Palästina – Anm. AK) obwohl es diese ideologische Differenzen zwischen ihnen und unseren Vorstellungen gibt.« »Wir glauben, daß wir (außer daß man die Maschinerie der kapitalistischen Systems, egal welcher Form sie ist, bezwingen muß), versuchen sollte das kapitalistische System der Selbstbestimmung zu überwinden. Heute sind die Vorkellungen über dieses revolutionäre Wandel, die wir haben, sehr verschieden von den früheren« (Cuadernos para el Dialogo Nr. 178).

Um schon früher enge Zusammenarbeit zwischen CNT und UGT (früher sozialistische, heute sozialdemokratische Gewerkschaft), deren gemeinsame Basis der Antikommunismus und die radikale Phrase waren, steht heute für die CNT wieder auf der Tagesordnung. In Katalonien will die CNT zusammen mit UGT und SOC (Katalonische Arbeiterschicht) eine Gewerkschaftsallianz bilden. Die SPD, die sowohl die sozialdemokratische PSOE als auch deren Ge-

kratische PSOE als auch deren Gewerkschaft UGT massiv finanziell und ideologisch unterstützt, hat das Problem »Anarcho-Syndikalismus« schon im Visier. »Sie könnten für die entstehende spanische Demokratie zu einem ersten Problem werden, wenn es dieser nicht gelingt, sie zu integrieren...« (Parlamentarisch-Politische Pressekonferenz, 4.4.77). Und warum sollte man den spanischen Sozialdemokraten nicht wieder gelingen, die CNT unter schmerzhaften und antikomunistischen Parolen in eine gemeinsame Front zu bringen, zumal der Generalsekretär der CNT, Luis Andres Edo selbst sagt: »Die CNT ist im Moment sehr vielfältig und schwer definierbar. Sie hat noch keine Form angenommen (...). Es gibt heute eine CNT, die sich mit kulturellen Problemen beschäftigt und sich mit allen modernen (?) Strömungen auseinandersetzt« (Informationsdienst »ID« vom 21.5.77).

Der Anarchismus bzw. auch der Anarcho-syndikalismus hat heute in Spanien einen schweren Stand. Die besonders Anziehungskraft der radikalen »direkten Aktion« ist heute, in einer keineswegs revolutionären Situation in Spanien, dahin. Die CNT erkennt das selbst. Der CNT-Generalsekretär spricht sich heute gegen die bewaffnete Aktion aus, »denn der Prozeß der Radikalisierung der Arbeiter läuft nicht parallel, so daß die ursprüngliche Motive der bewaffneten Aktion, die Arbeiterkämpfe zu unterstützen, weggefallen ist« (»ID«, 21.5.77). Selbst mit ihrer traditionellen antiparlamentarischen Haltung – gerade angesichts der Wahlen am 15. Juni – scheint die CNT auch nicht ganz glücklich zu sein. So spricht der Generalsekretär von einem »Risiko«, das die CNT mit ihrer Abstanzhaltung zu den Wahlen eingeht. Die Situation in Spanien begünstigt heute nicht eine (Schein-)Radikalisierung der Anarcho-syndikalistischen Szene, stark hingegen

die starken immanenten Tendenzen zum Reformismus und zur schwärmerischen Phrase (»In unserer Kultur ist die Phantasie zu Hause« – Edo, Generalsekretär der CNT).

Ein weiterer interessanter Aspekt der CNT-Gewerkschaft ist ihr Aufbau auf der Grundlage von Berufsgruppen. Die CNT, deren Grundlage Branchengewerkschaften darstellen, gliedert jede von diesen in die Berufe, die die Branche bilden. In der Bau-gewerkschaft z.B. gibt es folgende Sektionen: Maurer, Schaler, Bau-schreiner, Elektriker, Strukturseure usw. (»Iberien-Nachrichten« Nr. 12). Diese Organisationsform, die nicht vom Betrieb und der Einheit der Arbeiter im Betrieb ausgeht, sondern von den einzelnen Berufsgruppen, geht auf den Frühkapitalismus und die Handwerksgilden zurück, ist also eine ständische Organisationsform. Übrigens ist der reformierte

spanische Faschismus die »Gewerkschaftsfreiheit« nur auf der Grundlage der einzelnen Berufsgruppen zu, weil hiermit eine optimale Spaltung erzielt werden kann und ein Klassenbewußtsein unterdrückt wird.

Daran zeigen sich direkt gegen die Klasseneinheit der Arbeiter gerichtete reaktionäre Züge des Anarcho-Syndikalismus. Zwischen Reformismus, frühkapitalistischer Ideologie und Schwärmerie hat die CNT nicht viel zu bieten: »Die CNT ist anarcho-syndikalistisch durch ihre Inhalte und ihr Streben. Ihre grundsätzliche Taktik besteht in der direkten Aktion, die man sehr richtig definiert hat als »direktes Verhältnis der Organisation zu ihren Problemen« (?!?) (»Iberien-Nachrichten« Nr. 12).

Spanien-Kommission

Leserbrief

KOMITEE PREIS SPANISCH - Hamburg
Peter Teichert, Kolstenstraße 196
2000 Hamburg 50

Hamburg, den 7.6.1977

Leserbrief
an der ARBEITERKAMPF (Spanien Kommission)
an den KOMMUNISTISCHEN BUND (KB)

In der Ausgabe des AK Nr. 104 erschien in Spanien-Teil ein Artikel über die »Gefangen-Organisation im Kampf« COPEL.

Es erstaunt uns, daß mit keinem Wort von der AK-Redaktion erwähnt wird, daß diese Organisation anarcho-syndikalische Positionen bezieht. Sie hat erkannt, daß es keine Kriminellen gibt, sondern nur soziale Gefangene. Die Haltung der COPEL wird auch deutlich, wenn man weiß, daß sie die C.N.T., die anarcho-syndikalistische Gewerkschaft, unterstützt (siehe ID 174, Seite 44).

Da auch sonst im AK der ID zitiert wird, müssen wir annehmen, daß der KB bewußt Informationen über die Anarchisten besonders in Spanien in seiner Presse verschweigt. Das wird auch durch die übrige Berichterstattung über die C.N.T. deutlich. Man scheut sich davor, auch nur eine Stellungnahme zu den Anarchisten und ihrer Gewerkschaft (mehr als 60.000 Mitglieder!) zu beziehen. Es erscheint zwar ein Foto (im AK 103) vom ersten Massentreffen der C.N.T. nach der gescheiterten spanischen Revolution in der Stierkampfabene San Sebastian de los Reyes bei Madrid mit über 25.000 anwesenden Kämpfern der C.N.T., doch der AK weiß nichts dazu zu schreiben.

Uns ist allerdings nicht neu, daß gerade die Kommunisten unsere Ziele immer wieder verzerrten und falsch wiedergeben werden. Wir hoffen, daß der KB diese alte KP-Tradition nicht fortsetzt.

Als revolutionäre Anarchisten kämpfen wir für die Selbst-

bestimmung des Menschen, nicht für eine Parteidiktatur, für die Selbstverwaltung der Betriebe durch die Arbeiter und Angestellten.

Wir fordern auch deshalb auf, zukünftig bewußte Fälschungen bezüglich der C.N.T. zu unterlassen.

In der Hoffnung, daß dieser Leserbrief in nächsten AK abgedruckt wird, verbleiben wir mit solidarischen Grüßen.

Es lebe die C.N.T. / I.A.A.!

KOMITEE PREIS SPANISCH
Hamburg

1. A. Folke

Lieber Genossen

Wie Ihr anhand des nebenstehenden Artikels über die CNT sehen könnt, haben wir unser »Schweigen« über die spanischen Anarcho-Syndikalisten gebrochen. Unser bisheriges Nicht-Eingehen auf die spanischen Anarchisten als eine bewußte Fälschung zu interpretieren hatten wir allerdings für ein starkes Stück. Zum einen ist die CNT erst seit kurzem wieder in der Öffentlichkeit aufgetaucht, zum anderen gibt es eine Reihe anderer linker Bewegungen zu denen unsere Kommission bisher nicht ausreichend Stellung genommen hat. Dies hat jedoch nichts mit böser Absicht sondern vielmehr mit der Unmöglichkeit unserer Kräfte zu tun. Wir haben es in der Vergangenheit insbesondere für wichtig gehalten, die westdeutsche Öffentlichkeit über die ganz verlogenen des sogenannten Demokratisierungsprozesses in Spanien aufzuklären und die reaktionäre Rolle die die westdeutsche Sozialdemokratie und auch die

Christdemokraten in diesem Zusammenhang spielen. Sicher gibt es in unserer Spanien-Berichterstattung noch einiges zu verbessern. Insbesondere was die Vorstellung revolutionärer Organisationen und Bewegungen die zum Teil erst seit kurzem in unser Blickfeld getreten sind (engagierte doch ist der ARBEITERKAMPF ohne Zweifel die einzige linke Zeitung der BRD, die regelmäßig und ausführlich auf die Entwicklung in Spanien eingeht). Was unsere Darstellung der spanischen Anarchisten in diesem AK betrifft so werden wir gewiß in vielen Punkten nicht mit uns übereinstimmen. Wir haben in diesem Artikel insbesondere Wert darauf gelegt, die dem Imperialismus und Faschismus nicht gewachsene Strategie und Taktik der anarcho-syndikalischen Bewegung herauszuheben. Damit wollen wir die Verdienste der spanischen Anarchisten, insbesondere während des Bürgerkrieges, keineswegs leugnen.

Spanien-Kommission



Zweifelloso haben die spanischen Anarchisten bei der Bildung der bewaffneten Arbeiterkomitees im ersten Bürgerkriegsjahr und bei vielen bewaffneten Aktionen gegen francotrois Kasernen und Militärs eine bedeutende Rolle gespielt. Doch die große Mehrheit der Anhänger der CNT widerstrebte sich lange Zeit dem Aufbau einer organisierten, kampfkräftigen Bürgerkriegsarmee und spielte insofern eine äußerst negative Rolle. Es war nicht selten, daß Einberufungsbescheide unter großem Lärm verbrannt wurden. »Frente Libertario«, das Organ der CNT-Milizen, veröffentlichte am 27. Oktober 1936 einen Artikel gegen die Reorganisation der republikanischen Volksarmee: »Schlagen wir die Armea nieder!« (Broué/Témime: Krieg und Revolution in Spanien). Pierre Broué der nach eigenen Aussagen besondere Sympathien für den spanischen Anarcho-Syndikalismus hegt, kommt nicht umhin, den chaotischen Zustand der bewaffneten Abwehrkräfte der spanischen Republik darzustellen: »Umfassende Operationspläne waren unmöglich. Für einen vorgeschlagenen Aufmarsch mochte eine Kolonne zusammengestellt oder verstärkt werden, war der Zweck erreicht, so kehrte jeder dorthin zurück, von wo er gekommen war. Die Milizmänner meuterten gegen jeden, der von ihnen verlangte, daß sie nicht nur Wache stehen, sondern auch Schutzgräben ausheben sollten. Wenn man nicht gerade Wechdienst hatte, ging man nach Hause. War nachts Wache schob und dabei nicht schlief, galt als verrückt. Eine Einheit, die sich von ihrem Standort entfernte, verlor den größten Teil der Mannschaft: die Mi-

fen und den Krieg gegen den Faschismus als eine Experimentierweise für »libertären Kommunismus« anzusehen. »In der Darstellung ihrer Propagandisten läßt sich alle wesentlichen Probleme in nichts auf: danach mußte die bloße Opferbereitschaft der bis in den Tod ergebenden Kämpfer genügen, um die idyllische »freie Kommune« zu verwirklichen und zu blühendem Aufschwung zu bringen (...). den freiheitlichen Kommunismus im ganzen Lande zu errichten, kam ihnen nicht viel schwieriger vor, als ihn für einige Stunden in Liobregat oder Figols zu proklamieren« (Broué/Témime: Krieg und Revolution in Spanien).

Die Faschisten rechneten auch mit der CNT blutig ab: 300 000 Anarcho-syndikalisten kamen (nach Angaben) im Krieg ums Leben oder wurden hingerichtet.

Doch noch 1946 hatte die CNT in Katalonien (ihrer Hochburg) 60 000 »zahlende Mitglieder« (Iberien-Nachrichten, Nr. 11). Die letzte Großaktion, an der die CNT maßgeblich beteiligt war, war der Generaltreik in Katalonien von 1953 (Cuadernos para el Dialogo, Nr. 178). Danach wurde die Organisation durch Großrazien u.ä. fast völlig zerschlagen, der bewaffnete Kampf scheiterte 1961. 1964 beteiligten sich auch die Anarcho-syndikalisten am Aufbau der damals noch nicht von den Revisionisten beherrschten Arbeiterkommissionen in der 2. Hälfte der 60er Jahre begann in Katalonien bereits wieder der Zusammenschluß von ca. 50 anarcho-syndikalistischen Gruppen, die jedoch nicht zu wesentlichem Einfluß gelangten.

Heute ist die CNT mit einer Mit-

MC: »Raus aus der Sektierererecke ...«

Im Hinblick auf die am 15. Juni bevorstehenden „demokratischen Wahlen“ in Spanien hat sich die Zersplitterung der revolutionären Linken sehr plastisch gezeigt. Außer verschiedenen revolutionären oder linkssozialistischen Kandidaturen auf regionaler Ebene gibt es national vier verschiedene Listen, die hauptsächlich von den vier größten, sich auf den Marxismus-Leninismus berufenden Organisationen - PTE, ORT, MC, OFC - gebildet worden (diese müssen als „unabhängige Kandidaturen“ auftreten, da die revolutionären Organisationen insgesamt nicht legalisiert worden sind). Die Ursache für diese schädliche Zersplitterung der Linken liegt hauptsächlich in dem vorherrschenden Sektierertum der linken Organisationen, insbesondere bei den beiden konkurrierenden „ML“-Parteien PTE und ORT.

Zu dem vorherrschenden Sektierertum innerhalb der spanischen Linken kommt ein ebenso verbreiteter Rechtsopportunistismus, der sich bisher in einem recht naiven Glauben an den Fortbestand einer „Einheit der Opposition“, unter Einbezug der Sozialdemokraten (PSOE) und Revisionisten (PCE) fortsetzte (Coordinación Democrática). Die reformistischen Manöver der sozialdemokratischen PSOE und der Eurorevisionisten der PCE (die beide einzeln kandidieren) sind viel zu spät erkannt und viel zu leicht kritisiert worden. Die Illusion einer „breiten antifaschistischen Einheit“ mit PSOE und PCE und ein in gemeinsamer Anstrengung erzielter „demokratischer Bruch“ mit dem Faschismus hat es für eine

der Gesellschaft und der ganzen Welt sind. „Wir bemühen uns, eine nicht sektiererische Haltung einzunehmen, eine Haltung fairer und ehrlicher Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen Parteien und Organisationen und wir bemühen uns ebenfalls, in keinem Fall die Rolle der breiten Volksmassen geringzuschätzen, da wir wissen, daß sie die Hauptrolle spielen müssen; wir regen ihre eigene Initiative an und setzen uns dafür ein, daß sie es sind, die immer mehr Kraft und Entscheidungsbefugnisse bekommen.“ (Servicio al pueblo, 1. Januarhälfte 77).

Wir halten diese Grundeinstellung zu anderen fortschrittlichen Organisationen für prinzipiell sehr positiv, vermessen jedoch die kämpferische Auseinandersetzung im Konkreten! So hat MC unseres Wissens bisher noch nicht Stellung genommen zur weiteren Rechtswendung der chinesischen Politik, insbesondere nach dem Hua-Futsch, sowie zu den reaktionären Positionen, die die verschiedenen Hua-Fan-Chubs (PTE, ORT und andere „ML“-Parteien) in Spanien vertreten. Während ORT und PTE z.B. den Volkskrieg in Lateinamerika gegen das reaktionäre Mobutu-Regime gemäß der imperialistischen und China-offiziellen Propaganda als „Söldnerinvasion“ bezeichnen (PTE schreibt sogar, die UdSSR hätte „die Freiheit zu sagen, der imperialistische Aggressionskrieg sei ein „internes Problem des Volks von Zaïre“, um zu verhindern, daß andere zur Verteidigung des von ihnen angegriffenen Landes eingreifen“ (La Unión del pueblo, 28.4.77) schweigt sich MC

Revolution geschaffen oder erobert werden. Ohne diese Macht, die eigene bewaffnete Streitkräfte voraussetzt, sowie die vorherige Zerschlagung der Unterdrückungsinstrumente des Feindes, werden die Kräfte des Sozialismus dem bürgerlichen Staat immer auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sein. Denn dies ist eines der Grundgesetze der sozialistischen Revolution, um der Bourgeoisie die ökonomische Macht zu entreißen. Ist es notwendig, ihr vorher die politische und militärische Macht zu zerbrechen.“ (Laus „PCE und der Übergang zum Sozialismus“ - Dokumente, März 77, deutschsprachig).

Trotz gewisser Einschränkungen (was den ideologischen Kampf an konkreten Fragen gegen schädliche Positionen innerhalb der „revolutionären“ Linken zu innerparteilichen wie internationalen Fragen anbetrifft), ist MC jedoch offenbar eine der wenigen, wenn nicht gar die einzige uns bekannte bedeutende spanische Organisation, die in einem selbstkritischen Verhältnis zur eigenen politischen Vergangenheit als ehemalige „ML“-Partei steht. Es werden aber auch „Gefahren“ des antisektiererischen Ansatzes, den diese Organisation versucht, beschworen. „Seien wir uns bewußt: Jeder Prozeß der Erneuerung, jeder Prozeß der tiefgehenden Kritik bringt die konkrete Gefahr der Übertreibung mit sich. In gewisser Weise sind die Übertreibungen unvermeidlich, und logisch. Der Kampf um die Überwindung traditioneller Irrtümer der revolutionären Bewegung, der Prozeß der Liquidierung von vorgefaßten Meinungen und Denkläuterei, kann die Gefahr mit sich tragen, daß unter dem Deckmantel der „Erneuerung“ grundlegende Prinzipien der revolutionären Theorie in Vergessenheit geraten.“ (Servicio al pueblo, 2. Maihälfte 77).

Dieser wohlgemeinte (aber leider allgemein gehaltenen) „Warnung“ vor einer „Übertreibung“ beim „Prozeß der Erneuerung“, scheint uns ein generell falscher Gesichtspunkt zu Grunde zu liegen. Nämlich der, daß bei Überwindung des politischen Sektierertums, des Schematismus etc. mehr oder weniger zwangsläufig die Gefahr einer rechtsopportunistischen Revision revolutionärer Prinzipien wächst. Diese Gefahr sehen wir allerdings für die größeren spanischen revolutionären Organisationen nicht für gegeben. Mit Ausnahme vielleicht der FRAP (PCE/ML etc.) und PCP/R (GRAPO...) besteht u.E. das Spezifikum des spanischen Sektierertums (bei ORT und PTE und in geringerem

von Schematismus, von Phraseologie etc. auch die Behebung opportunistischer Fehler in der Praxis erleichtert (und nicht erschwert), weil diese dann viel unverhüllter zutage treten. Wir meinen, daß es sich bei dem von MC eingeleiteten Prozeß naturgemäß um ein einheitliches Behandeln sektiererischer und opportunistischer Fehler handelt und daß eine „Warnung“ vor einer „Übertreibung“ bei diesem Prozeß zum jetzigen Zeitpunkt eher den Versuch einer Abbremsung desselben vor Erreichung des angestrebten Zieles darstellt, bzw. die Gefahren in diesem Zusammenhang uns nicht ausgeschlossen scheinen.

MC und die Wahlen

MC schätzte die sogenannten „demokratischen Wahlen“ vom 15. Juni als ein Täuschungsmanöver der „reformierten Rechten“ Spaniens ein. „Die Entwicklung geht eindeutig in Richtung auf eine rechte, mit vielen Traditionen, Institutionen und Personen des Franco-Regimes verbundene bürgerliche Demokratie, d.h. also kurzfristig ist ein Triumph der Reformpolitik, und damit der Rechten in Spanien abzusehen. Die für Juni angekündigten Parlamentswahlen sind innerhalb des gesamten Reformmanövers ein erster Schlüsselpunkt. Daher auch die fast schon skandalösen Begleitumstände (Wahlgesetz, Diskriminierung der Parteien der revolutionären Linken und sogar Verschärfung des Polizeiterrors), bei diesen Wahlen, die der Rechten unter allen Umständen ein eindeutiges Übergewicht gegenüber der Linken im zukünftigen Parlament sichern soll (unter Rechten sind sowohl die traditionelle Rechte, wie Neofaschisten und auch alle Parteien, die bis vor kurzem noch Positionen des Bruchs vertraten - zumindest verbal - inzwischen aber mit fliegenden Fahnen ins Lager der Reformpolitik übergegangen sind) gemeint.“ (aus dem Brief eines MC-Genossen aus der BRD an den KB).

MC hat im Unterschied beispielsweise zu ORT und PTE - die Frage des möglichen Boykotts dieser zutiefst undemokratischen Wahlen in Spanien aufgeworfen. Ein massiver Boykott aller demokratischen Kräfte wäre tatsächlich eine gute und möglicherweise wirkungsvolle Antwort gewesen. Aber Tatsache ist, daß schon vor dem Referendum (das Suarez inszenierte, um die Zustimmung des Volkes zu seinen „demokratischen“ Täuschungsmanövern zu

erzwingenden Versammlung und Volksentscheid über die Staatsform, wobei MC für eine föderative demokratische Republik eintritt, Bildung von provisorischen Autonomen-Regierungen aller Völker Spaniens, die es fordern, es muß sofort die politische Polizei aufgelöst werden und alle erklärten Feinde der Demokratie aus den Streitkräften und der Gerichtsbarkeit entfernt werden, die sich während der vergangenen vierzig Jahre in der Repression und Verfolgung des Volkes hervorgetan haben. Alle besonderen politischen Gerichte werden abgeschafft, sowohl die zivilen, als auch die militärischen. Die Archive der politischen Polizei werden vernichtet. Eine demokratische Kommission zur Untersuchung der Handlungen der Polizei wird gebildet, die öffentlich die notwendigen Voruntersuchungen durchführt die zu den entsprechenden Prozessen überleiten.“ (MC - „Unsere Ziele“ - Wahlbroschüre). Außerdem wird die Aufkündigung aller internationalen Abhängigkeits-Verträge gefordert, sowie die Auflösung der US-Basen in Spanien, Trennung von Staat und Kirche, Erhöhung der Mindestlöhne, Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit usw.

Zur Wahltaktik der MC

Wir haben von Genossen des westdeutschen Ruhrkomitees der MC einen Brief zu unserer Darstellung der MC-Kandidaturen (in AK 105) erhalten, der einige Richtigstellungen und Zusatzinformationen über die Wahltaktik der MC enthält. Wir zitieren im folgenden einige Passagen aus diesem Brief.

„a) Im Zusammenhang mit unserer Bündnispolitik gegenüber den Wahlen schreibt ihr, daß die MC unter der Bezeichnung CUP, zusammen mit MS (Movimiento Socialista - AK), PCT (Kommunistische Partei der Arbeiter - AK) und PS (?) auftritt und daß dies angeblich die Gründung einer neuen Partei bedeuten sollte.“

Das Bündnis mit den o.a. Organisationen, sowie einer Reihe unabhängiger Leute unter der Bezeichnung CUP ist ein allem auf die Provinz Madrid beschränktes Bündnis (insoweit erbringt sich auch ein weiterer Kommentar zu der angeblichen Gründung einer neuen Partei mit diesen Organisationen). Die Taktik unserer Partei gegenüber den Wahlen vielmehr die Schaffung einheitlicher Linksbündnisse, je nach Bedingungen und Erfordernissen der einzelnen Regionen und Nationalitäten.

In diesem Zusammenhang haben wir in diesem Zusammenhang haben



Wahlkündigung der spanischen Linken: „Spanien ist weder allein auf der Welt...“

Reihe von Organisationen offenbar überflüssig gemacht, rechtzeitig auf eine größere Einheit der Revolutionäre hinzuwirken.

Es ist jedoch offenbar nur MC (Movimiento Comunista - kommunistische Bewegung), die die nicht vorhandene Einheit der Linken ernsthaft bedauert und in ihrer Zeitung eine Auseinandersetzung um die Einheit mit anderen linken Kräften geführt hat.

Diese Organisation bemüht sich seit einiger Zeit, den Schematismus, das schablonenhafte Denken, das Sektierertum, wie es bei den „chinelosen“ Organisationen ORT und PTE anzutreffen ist, zu überwinden. MC bezeichnet die nicht zustande gekommene Einheit der Linken zu den Wahlen als eine Folge von „beschränkter Sichtweise und des Sektierertums verschiedener Parteien. Das Volk wird in jedem Fall der große Vorkämpfer sein.“ (Servicio al pueblo, 2. Maihälfte 77).

Der neue Ansatz der MC

Bereits im Januar 77 schrieb MC in einem Grundsatzartikel „Traditionen, auf die wir verzichten“: „Ein weiteres Merkmal mit einer bedauerlichen Tradition innerhalb der revolutionären Linken das spanischen Staates ist das Sektierertum. Das Sektierertum in den Beziehungen mit anderen Parteien und Organisationen verschiedener Art und des Sektierertum in den Beziehungen mit der großen Masse an unorganisierten Menschen (...). Eine Identifizierung der eigenen Partei mit der Revolution führt zur tatsächlichen Geringschätzung der Rolle anderer fortschrittlicher Parteien, zur Unfähigkeit, von ihnen zu lernen und in der Zusammenarbeit mit ihnen fort zu sein, selbst wenn in formalen Erklärungen das Gegenteil behauptet wird.“ (...).

Die Revolution ist daran interessiert, daß verschiedene revolutionäre Strömungen die verschiedenen Positionen, Ideologien und auch Interessen aufnehmen, die Teil des breiten Kampfstroms für die Veränderung

zu dieser Frage ganz aus.

Die PTE rechtfertigt hier also aus drücklich die Entscheidung marokkanischer Truppen, sowie französische belgische etc. Waffenlieferungen an den Schlächter des Volks von Zaïre Mobutu!

MC hat zur „China-Frage“ lediglich einmal übervorsichtig und „zwischen den Zeilen“ kritisch Stellung genommen. „Das Werk von Mao Tse Tung muß aus einer Einstellung beurteilt werden, die fern jeder mystischen Anbetung ist, die dazu führen würde, das Werk als Rosenkranz von ewigen Wahrheiten zu verstehen, die abseits der historischen und konkreten Wirklichkeit stehen. Nichts würde dem Denken Mao Tse Tungs mehr widersprechen, als dieser kindliche „Maoismus“ derjenigen, die sich als seine Gefolgsleute ausgeben und nur zu einer karikaturhaften Nachahmung seiner Positionen gelangen. Aber das Werk Mao Tse Tungs erfordert es, studiert zu werden, um es in den vielen allgemeingültigen Aspekten anzuwenden.“ (Servicio al pueblo, 10.10.76).

Daß MC gerade die Mao Tse Tung-Schriften „Über den Partesektierismus“ und ähnliche Schriften studiert hat, geht aus einigen ihrer Veröffentlichungen hervor. (Der Revisionismus ist vermeidbar“ - Dokumente Nr. 7, März 1977, deutschsprachig). Hervorzuheben ist, daß MC seit längerem eine sehr gründliche und grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Revisionismus, insbesondere mit der PCE, betreibt und sich anhand der Lenin'schen Grundaussagen sowohl vom „Friedlichen Weg zum Sozialismus“, wie von der „Theorie der antimonopolistischen Zwischenetappe zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ abgrenzt. MC hat ebenfalls eindeutige Aussagen zur Frage des bewaffneten Kampfes als Grundlage zur Erringung des Sozialismus gemacht. „Linke Regierungen“ hat es vielerorts gegeben. Aber wirklich linke Machtstrukturen sind eine ganz andere Sache. Machtstrukturen, die in der Lage sind, die Ausbeuter zu entreignen und den Sozialismus aufzubauen, können nur mittels einer

Maße bei MC) in einer Kombination einerseits typischer „linksektiererischer Phraseologie (die bei ORT und PTE durch die neuere chinesische Generalisierung mit zunehmend reaktionären Thesen verquirlt wird) und andererseits einer rechtsopportunistischen Praxis, die dem antifaschistischen Kampf in Spanien immer weniger gerecht werden kann. Das typische z.B. der ORT- und PTE-Presse - und abgemildert auch noch bei MC - besteht also einmal in ständig wiederholten Verbieten von Allerwelts-Wahrheiten (statt konkreter Analyse und konkreter Anleitung zum revolutionären Handeln), im Beschwören der allgemeinen „Prinzipien“ kommunistischer Bündnispolitik (statt konkreter Schritte auf diesem Gebiet) etc. Die andere Seite dieser Politik besteht dann in einer immer stärkeren Annäherung an die Politik der Euro-Revisionisten in der konkreten Praxis. Tatsächlich ist u.E. diese Art von Politik aus einem Guß, nämlich in dem Sinn, daß die scheinbar revolutionäre Phraseologie eine stark nach rechts driftende Politik beinhalten soll, daß z.B. das langweilige Abfeiern der Prinzipien kommunistischer Bündnispolitik die tatsächliche Untätigkeit dieser Gruppen auf diesem Gebiet nur verdecken soll etc. Wir meinen also, daß der von MC eingeleitete wichtige Prozeß der Erneuerung, d.h. der verbotene Abbau

erhalten und das von der gesamten Opposition zwar boykottiert wurde von ihrer reformistischen Mehrheit aber bloß halbherzig und verbal (AK) einige Oppositionsparteien ihre Absicht, durchblicken ließen, an allgemeinen Wahlen teilzunehmen, auch wenn diese nicht die erforderlichen demokratischen Voraussetzungen erfüllen. Und kurz nach dem Referendum kündigten die Mehrheit der politischen Kräfte der Linken, einschließlich Teile der Linken, ihre feste Absicht an, zu den Wahlen zu gehen. Es ergibt sich daraus von selbst, daß ein genereller Wahlboykott einiger weniger linker Organisationen nicht den Erfolg der Regierung verhindert hätte, noch ein so reichhaltiges Mittel zu Diskreditierung der Wahlen gewesen wäre.“ (aus „Boletín Especial“ des westdeutschen Ruhrkomitees der MC).

Das Programm der MC zu den Wahlen enthält alle grundlegenden Forderungen der revolutionären Linken zur tatsächlichen Liquidierung des Faschismus in Spanien: Bildung einer Provisorischen Regierung, die alle demokratischen Strömungen repräsentiert, eine vollständige Amnestie und Annullierung aller repressiven Gesetze, sowie vollständige politische und gewerkschaftliche Freiheit, Auflösung aller frankistischen Institutionen, allgemeine Wahlen zu einer Verfas-

ser sehr aktiv bei der Schaffung mehrerer Einheitskandidaturen mitgewirkt (Euzkadiko Eskerra (Baskische Linke/AK), Frente Autonómico Aragones, Unidad regionalista de Asturias, CUP in Barcelona, etc.)., die allerdings, was Allianzen anbelangt, weit über die drei o.a. Organisationen hinausgehen, bzw. sich auf grundsätzlich andere Organisationen stützen als die drei (im Baskenland EIA, LAB, etc., in Aragon Karlistische Partei, in Barcelona mehrere nationale Gruppen usw.). Über die genaue Zusammensetzung der einzelnen Kandidaturen sind wir vollständig hier in der Emigration nicht informiert, so daß wir auch kein umfassendes Bild über die einzelnen Allianzen geben können. Allerdings ist es unumgänglich bei der Beschreibung unserer Wahltaktik auf die gerade angeführten Kriterien hinzuweisen und die Sache mit der CUP richtigzustellen, da nur so bei einer Analyse der Wahlresultate auch die Rolle der MC bei diesen Wahlen entsprechend gesehen werden kann.

In Galicien hatte sich die MCG (Movimiento Comunista de Galicia Regionalverband der MC - AK) unter ihrem Namen präsentiert und ist abgewiesen worden. Was die drei Provinzen in Valencia betrifft (Valencia, Alicante, Castellón) so kandidieren wir auf den Listen der PSPV (Partido

FRONTA DE LIBERTAD Y JUSTICIA Y PUEBLOS OPRIMIDOS, UNANIMOS!

SERVIR AL PUEBLO

OFICINA CENTRAL DEL MOVIMIENTO COMUNISTA

SEPTIEMBRE DE MAYO 1977



Eva Forest in »vorläufiger Freiheit«

Die Genossin Eva Forest, deren „Briefe aus der Gefängniszelle“ zu einem „Standardwerk“ der Frauenbewegung wurden, ist nach über 2 1/2 Jahren „Untersuchungs“-Haft vorläufig freigelassen worden. Eva Forest (Ärztin), Kämpferin für die Sache des baskischen Volkes sowie für die Befreiung der spanischen Frau, war im September 1974 zusammen mit Antonio Duran (ebenfalls freigelassen) und anderen verhaftet worden. Sie wurde beschuldigt, an der Hinrichtung des ehemaligen spanischen Regierungschefs Carrero Blanco (20.12.73) beteiligt gewesen zu sein sowie an einem Bombenattentat in der Calle de Correo in Madrid (13.9.74),

bei dem es 11 Tote und 72 Verletzte gegeben hatte. Der letzte Anschlag ist jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit eine Aktion der faschistischen Kommandos gewesen.

In ihren „Briefen aus der Gefängniszelle“ hat die Genossin Eva die brutale Folter und Verhörmethoden der Polizei dargestellt und alle angeblichen „Geständnisse“ entschieden widerrufen.

Eva Forests erste Worte, als sie aus der Madrider Frauengefängnis Yescas verließ, waren: „Ich fühle mich an der Seite des Volkes“.

Spanien-Kommision

ORT sendet Radio Peking

Im Wahlprogramm der spanischen „ML-Organisation ORT“ heißt es unter Punkt 8 über die „Unabhängigkeit, nationale Souveränität und friedliche Koexistenz“ der zukünftigen spanischen demokratischen Republik, die ORT anstrebt:

„Die Republik wird Front machen gegen die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus und gegen den Hegemonismus der beiden Supermächte, USA und UdSSR, und den Weltfrieden verteidigen, sie wird die Zusammenarbeit mit den Ländern (!) der Dritten Welt verstärken, sie wird offen sein für die Kooperation in der Europäischen Gemeinschaft.“

Was die Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt betrifft so hatte bereits das Franco-Spanien ausgezeichnete Beziehungen zu den arabischen Ländern wie Saudi Arabien, Ägypten, und heute besonders zu Marokko und Mauretanien, die den Befreiungskampf des saharischen Volkes blutig bekämpfen. Gute Beziehungen bestehen auch zu den lateinamerikanischen Militärdiktaturen. Weiter so – meint die ORT.

Der Eintritt Spaniens in die EG, das Wirtschaftskartell der europäischen Imperialisten, dürfte die spanische Arbeiterklasse in noch tieferes wirtschaftliches Elend stürzen. Gut so – meint die ORT.

In einem Artikel „Für ein Spanien frei von beiden Supermächten“ („En lucha“, 8.3.77) heißt es:

„Spanien könnte wegen seiner geografischen Lage als Brücke zwischen Europa und Afrika in bedeutender Weise den Kampf der Länder (!) der Dritten Welt gegen die beiden Supermächte mit dem auskommen. Der Widerstand in den europäischen Ländern gegen deren Hegemonie verrufen.“

Spanien könnte nicht nur Spanien hat bereits durch massive Waffenlieferungen den Kampf des neokolonialen Marokko gegen das Volk von Zaïre (sprich „sozialimperialistische Aggression“) unterstützt, und marokkanische Waffen spanischer Herkunft könnten auch im Rahmen einer geplanten imperialistischen Invasion gegen das angolische Volk (sprich das von sowjetischen und kubanischen Söld-

nern besetzte Angola) eingesetzt werden.

Um diese Politik der spanischen Faschisten fortzusetzen, braucht es allerdings gar nicht erst einer „demokratischen Republik“, ebenso wenig, um sich mit dem „Widerstand“ der europäischen Imperialisten gegen die „bolschewistische Gefahr“ zusammenzuschließen.

ORT kommt natürlich nicht umhin, die besondere Abhängigkeit Spaniens vom US-Imperialismus festzustellen, entblößt sich jedoch nicht, auch eine „sozialimperialistische“ Gefahr für Spanien zu erkennen, die sie nicht einmal durch die kleinste Tatsache zu belegen versucht.

Wer die höchste Autorität der rechten chinesischen Führer hat, braucht halt keine Beweise.

Spanien-Kommision

Wolf Biermann Mitglied der PCE

Wolf Biermann, der schon auf der Veranstaltung „Deutschland, Modell für Europa“ am 7. Mai in Hamburg ein Loblied auf die spanische Euro-Revisionisten sang und dafür Pfiffe einiger tausend Teilnehmer erntete, hat an Wahlveranstaltungen der Carrillo-Partei in Spanien teilgenommen und mit eigenen Liedbeiträgen zur Popularität dieser Partei beigetragen, die sie sich gerade durch das obligatorische Zeigen der Faschistenfahne und die Anerkennung der spanischen Monarchie bei vielen Antifaschisten verschert hatte (S. AK 104). Anlässlich seiner Wahlwerbung wurde Wolf Biermann in die PCE aufgenommen. „Der Spanische Sänger und Komponist Victor Manuel überreichte ihm eine Mitgliedskarte der Partei“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.6.77).

Spanien-Kommision

Spanische Emigranten sollen nicht wählen

Die etwa zwei Millionen in den verschiedenen Ländern Europas und Lateinamerikas lebenden spanischen Emigranten sind durch die Wahlbestimmungen praktisch von einer Stimmabgabe ausgeschlossen („Europapress“ spricht sogar von 3,5 Mio Spaniern im Ausland, MD, 21.4.77). Das Phänomen Emigration taucht in den Wahlbestimmungen gar nicht auf, es wird lediglich ein kompliziertes Verfahren der Briefwahl bestimmt, „wenn ein Wähler voraussetzen kann, daß er sich am Wahltag nicht an dem Ort aufhalten wird, an dem er seine Stimme abgeben soll“ (Radio Nacional de España vom 28.3. nach „Monitor-Dienst“ – MD vom 29.3.77).

Die spanischen Emigranten müssen sich zunächst im Wahlregister ihres Konsulats im Ausland eintragen lassen. Viele haben erst nach Ablauf der Frist davon erfahren, da die Ankündigungen höchstens im Kleindruck in der Sprache des betreffenden Landes veröffentlicht wurden. So haben sich ungefähr 30% der Spanier in Belgien, 10% der Spanier in Paris, 25% in der BRD, 15% in der Schweiz (Radio Nacional de España, nach MD vom 21.4.77) registrieren lassen.

Die Eintragung ins Wahlregister des Konsulats genügt keineswegs. Es ist eine schriftliche Bestätigung des Wahlamtschusses des jeweiligen spanischen Stammbezirks notwendig. „In einigen Fällen müssen dabei fünf verschiedene Schreiben zwischen dem Wähler, seinem Konsulat und dem zuständigen Wahlausschuß hin- und hergehen“ (Radio Nacional de España, nach MD vom 29.3.77). Dabei bleiben dann weitere zig Prozent von Wählern auf der Strecke. Der Sinn dieser Maßnahme ist eindeutig: Die Stimmen der spanischen Emigranten würden in ihrer großen Mehrheit den „linken“ Parteien wie PSOE und PCE oder gar der revolutionären Linken zugute kommen. Daran hat die Suarez-Regierung nicht das geringste Interesse.

Spanien-Kommision

Baskische Linke Rückkehr zur Wahlbeteiligung

Nach der blutigen Woche für Amnestie (8. - 15. Mai) im Baskenland, bei der sechs Menschen von den Bullen getötet wurden, hatten die Organisationen der revolutionären baskischen Nationalisten (EIA, BHAS und LAIA), die in der KAS zusammengeschlossen sind, am 18.5. ihren Rücktritt von den Wahlen erklärt. Am 28.5. jedoch beschlossen EIA, die politische Partei von ETA (V) und die mit ihr kooperierende baskische Gewerkschaftsgruppe LAB die Rückkehr auf die Wahllisten und ihre Integration auf die Liste der „Baskischen Linken“ (zu der, wie wir im letzten AK verlesen zu erwähnen, auch MC gehört). Die Frage der Wahlbeteiligung hat offenbar unter den baskischen Revolutionären im

Umfangreichen Meinungsverschiedenheiten geführt.

Die „Kommission für Amnestie“ der vier baskischen Provinzen haben inzwischen eine zweite Amnestiewoche, vom 8. - 15. Juni, also bis direkt zum Wahltag, mit abschließendem Generalstreik beschlossen. (Die spanischen Reformisten - PCE und PSOE - zitiert bereits am den ruhigen Ablauf der Wahlen.) Die letzten etwa 15 baskischen politischen Gefangenen sollen unter diesem Druck freigelassen werden, nachdem in den letzten Wochen 15 andere bekannte baskische Revolutionäre ins Ausland abgeschoben worden waren (Belgien, Norwegen, Österreich, Dänemark).

Von den vier Amnestie-Komitees

hat jedoch lediglich das von Guipúzcoa zur Wahlbeteiligung aufgerufen. „denn keine der vorherigen Forderungen wie totale Amnestie, Rückkehr der Exilierten und demokratische Freiheiten sind von der Regierung Suarez erfüllt worden“ („El País“, 5.5.77).

Insbesondere innerhalb von ETA scheinen die Widersprüche in der Frage des Wahlverhaltens recht stark zu sein. Vertreter des politisch-militärischen Flügels von ETA erklärten gegenüber „El País“:

„Ja, es gibt große Differenzen innerhalb unserer Organisation, aber man kann sie nicht als einen Bruch oder eine Spaltung bezeichnen. Wir befinden uns in einem Zustand offener Diskussion, denn es ist logisch, daß in einem Augenblick der Verwirrung wir dem gegenwärtigen, taktischen, jedoch nicht ideologischen Differenzen entstehen. Wir wollen dem Volk nicht das Bild einer vollständig gespaltenen ETA bieten, wie die Gerüchte es darstellen und wie es sogar in der Presse veröffentlicht wurde“ („El País“, 27.5.77).

Offenbar steht bei den Auseinandersetzungen nicht nur die Frage des Wahlboykotts, sondern auch die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes durch ETA im Mittelpunkt der Diskussion. Die spanische Presse schreibt, daß sich das Kommando, das den spanischen Großindustriellen Ybarra entführt hat und 17 Mio DM Lösegeld fordert, von der Organisation getrennt habe. Hauptkritikpunkt dieses und anderer Kommandos, die unter Führung von Apalategui, genannt „Apala“, stehen, seien „Kontakte“, die ETA seit Oktober vergangenen Jahres mit Vertretern der spanischen Regierung zwecks Garantien für die Befreiung baskischer Gefangener gehabt haben soll („El País“, 26.5.77).

Was an diesen Gerüchten wahr ist und was nicht, können wir schwer beurteilen. Tatsache jedoch ist, daß sich die von ETA selbst ins Leben gerufene politische Organisation EIA zur Wahl stellt und andererseits von ETA vielfältige bewaffnete Aktionen im ganzen Land durchgeführt werden.

Spanien-Kommision

MC: »Raus aus der Sektierercke ...«

Fortsetzung von Seite 30

Socialista del País Valenciano). In Valencia gibt es bereits seit einiger Zeit ein linkes Autonomiebündnis zwischen Karlisten, MCPV (Movimiento Comunista del País Valenciano Regionalverband der MC - AK) und der PSPV (der sog. linke Autonomieblock).

Vor den Wahlen hat sich nun ein Teil der PSPV (nach den uns vorliegenden Informationen eine Minderheitsfraktion) vom Block abgekehrt und sich in Valencia zusammen mit der PSP Tierno Galván (Links Sozialisten) als UNIDAD SOCIALISTA zu den Wahlen gestellt. Die „Unidad Socialista“ war als nationales Wahlbündnis zwischen der PSP und der FPS (föderative linkssozialistische Strömung - AK) gegründet worden und ist auch als „Unidad Socialista“ auf so gut wie allen Wahllisten aufgeführt.

Die Fraktion der PSPV, die auf der Fortführung des Bündnisses mit uns und den Karlisten bestand, hat sich daraufhin mit unserer Unterstützung als PSPV zur Wahl gemeldet während die andere Fraktion als UNIDAD SOCIALISTA (PSP-PSPV) kandidiert. Carlos Dolz, der Generalsekretär der MC in Valencia kandidiert auf einer Liste der PSPV.

Die Spaltung der regionalen linkssozialistischen Partei PSPV ist für eine Vielzahl regionaler und nationaler sozialistischer und linkssozialistischer Parteien in Spanien während des Wahlkampfes einigermaßen typisch. Einzelne dieser Parteien, bzw. Fraktionen derselben, haben Wahlbündnisse mit der sich stark links gebärdenden sozialdemokratischen PSOE eingegangen, andere mit der weiter links angesiedelten PSP und dritte schließlich mit Parteien der revolutionären Linken, letzteres allerdings nur in wenigen Fällen.

Wir halten diese Wahlakt der MC, nämlich die linken und tendenziell revolutionären Sektoren der sozialistischen Bewegung an die revolutionäre Linke heranzuführen für prinzipiell richtig, ebenso wie die Gewinnung unorganisierter Kämpfer für eine Linkskandidatur. Die Parole der „Einheitlichen Volkskandidatur“ (MC, usw.) (oder „Demokratische Front der Linken“, PTE, usw. oder „Einheitliche Kandidatur der Arbeiter“) LCR, OIC, usw.) ist zwar von fast allen Organisationen der revolutionären Linken ausgegeben worden jedoch offenbar nur von MC ernsthaft versucht worden, in Praxis umzusetzen.

Spanien-Kommision

Wahlen in der Türkei

Aus den Wahlen ging die sozialdemokratische CHP, vor allem durch die Stimmen der gesellschaftlichen Opposition, als stärkste Partei hervor. Sie erhielt 41,5 % der abgegebenen Stimmen und hat ihren Anteil gegenüber den letzten Wahlen um 9 % erhöht. Ebenfalls erhöhte die rechtskonservative AP des Ministerpräsidenten Demirel ihren Anteil um 9 % und erreichte 37 % (189 Sitze). Die dritte Partei, die mit Gewinnen rechnete, war die nach NSDAP-Muster aufgebaute MHP (Nationalistische Bewegungspartei) des Vizepräsidenten Türke. Sie verdreifachte ihre Stimmen und erreichte 6,5 %. Ihre Sitze vervielfachten sich dadurch, und sie bekamen dadurch 16 (!!!) statt drei Erbakan fanatisch-islamische MSP (Nationale Heilspartei), die bei den letzten Wahlen 13,5 % der Stimmen und 48 Sitze bekam, halbiert worden. Sie erreichte 8,6 % und 25 Sitze. Den größten Verlust hat die rechte DP zu verzeichnen, die beim letzten Mal 12 % der Stimmen gewonnen hatte. Sie konnte diesmal nur 1,8 % erreichen und mußte sich mit einem Abgeordneten begnügen. Die rechtskatholische CGP hat statt 5,5 % diesmal 1,9 % erhalten. Die links-sozialdemokratische TBP und die revolutionäre TIP konnten nur 0,25 % und 0,12 % der Stimmen erzielen. Vier der neuen Abgeordneten haben bei den Wahlen unabhängig kandidiert.

Die Wahlbeteiligung war mit ca. 73 % außerordentlich hoch, die höchste seit 1961 (1973: 59 %).

Der Wahlkampf

Mindestens 70 bis 80 Menschen kamen bei dem mit großen Massenmobilisierungen verbundenen Wahlkampf ums Leben, mehrere hundert wurden verletzt. Die Anzahl der Bombenanschläge lag bei etwa 30. Am 26.5. explodierte im Flughafen und im Bahnhof von Istanbul im Abstand von 15 Minuten zwei von „unbekannten Tätern“ in der Gepäckaufbewahrung deponierte

Bomben, die fünf Menschen töteten und 51 verletzten. Die Verwüstungen waren beträchtlich.

Aeben die Wahlveranstaltungen und der Wahlkampfbus des Vorsitzenden der CHP, Ecevit, wurden fünfmal mit Waffengewalt angegriffen. Am 26. Mai traf in Izmir auf dem Flughafen bei Ecevit Ankunft ein Leuchtkugelschloß, das die Wirkung eines Dumdum-Geschosses hat, einen der CHP-Ordner am Fuß. Nach zwei Tagen meldete sich angeblich freiwillig ein Polizist, der behauptete, der Schuß habe sich verkehrtlich aus seiner Waffe gelöst. Er habe es aber nicht bemerkt, sondern erst später, als er feststellte, daß eine Patrone fehlte („Cumhuriyet“, 3.6.77).

Am 1. Juni hatte auf dem Istanbul-Taksim-Platz (auf dem am 1. Mai die blutigen Ereignisse stattfanden) eine AP-Kundgebung mit recht mäßiger Beteiligung stattgefunden. Zwei Tage später wollte die CHP dort auch eine Kundgebung durchführen. Daraufhin schickte der AP-Vorsitzende und Ministerpräsident Demirel eine „streng geheime“ Mitteilung an den Generalstab der Armee, den Geheimdienst und das Innenministerium. Die Regierung habe erfahren, daß während der Kundgebung ein Attentat auf Ecevit geplant sei. Gegenmaßnahmen sollten getroffen werden. Von dem Rundbrief setzte er den Staatspräsidenten und den Vorsitzenden der CHP, Ecevit, „vertraulich“ in Kenntnis.

„Die illegalen kommunistisch-terroristischen Gruppen, daneben die ausländischen Organisationen, die in unserem Land ein Chaos planen, und die internationalen Terrororganisationen wollen die Wahlen bzw. deren normalen Ablauf verhindern. Den Mut dazu haben sie aus dem 1. Mai-Massaker und aus dem Izmir-Attentat geschöpft. Sie werden aus einem der höheren Stockwerke des Sheraton Hotels mit einem Gewehr mit Zielfernrohr schießen“ (aus dem Rundbrief nach „Cumhuriyet“, 1.6.77).

Ecevit las den Brief im Rundfunk.

vor und spielte den tapferen Helden „Ich werde morgen reden!“ Der Ministerpräsident sollte die entsprechenden Maßnahmen treffen, und die Leute gegebenenfalls auf frische Tat verhaften. „Ich fordere niemanden auf, zu kommen, die Verantwortung kann ich nicht übernehmen. Aber ich werde da sein.“

Der Rundfunk brachte ständige die „Nachricht“, die Kungebung wurde abgelehnt, aber Ecevit hatte offenbar richtig kalkuliert: Es wurde die größte Wahlversammlung in der Geschichte der Türkei mit über einer halben Million Menschen. Es passierte natürlich nichts.



Süleyman Demirel
Das große Poker
nach den Wahlen

Bei den Wahlen erhielt keiner der politischen Blöcke eine stabile Mehrheit. Ecevit erklärte sofort, daß seine Partei die Regierung aufbauen werde und rief alle Abgeordneten, „die an die Demokratie glauben“, dazu auf, „die Regierung zu unterstützen, oder in die CHP einzutreten“. Es sieht so aus, daß wieder der Abgeordnete Markt in Schwung kommt. Eine Minderheitsregierung Ecevits wird auch von den größten und „einflussreichsten“ Kapitalisten als zur Zeit einzige Lösung angesehen, um eine „stabile Regierung“ zu erreichen. Demirel sprach sich dagegen aus, da die rechten Parteien ja schließlich die Mehrheit der Stimmen erzielt hätten. Die islamische MSP spielt dabei allerdings wieder die Rolle der Schlüsselfraktion. Sie erklärte, wieder an der Regierung beteiligt werden zu wollen. Sie sei „offen nach beiden Seiten“. Eine „stabile Regierung“ ist also sehr schwierig zustandzubekommen, außer einer (durch Überläufer) „gestärkten“ CHP. Eine „MC-Lösung“ (Beibehaltung der „Nationalistischen Front“-Regierung) also eine rechte Koalition, oder ein Koalition der CHP mit dem MSP, würde die Pleite der „demokratischen Lösung“ bedeuten, da die ökonomi-

schen Probleme der Bourgeoisie wegen der Widersprüche der Parteien untereinander nicht gelöst werden könnten, andererseits sich die linke gesellschaftliche Opposition, die bislang hinter der CHP steht, sich im Fall einer CHP/MSP Koalition von der CHP trennen und nach radikalen Lösungen suchen würde.

Die Erfolge der Faschisten und die Aufgaben der Linken

Hervorstechendstes Ergebnis der Wahlen ist der sprunghafte Anstieg der MHP-Faschisten, von drei auf 16 Sitze im Parlament, das ist eine Million Wähler! Das bedeutet, daß die Faschisten noch ungenutzt und offener als bisher angreifen werden, noch mehr Terror entfalten werden. Andererseits haben sie jetzt im Parlament noch mehr Möglichkeiten und ein größeres Gewicht, ihre „Lösungsvorstellungen“ durchzusetzen.

Die TIP („Euroreviz“) bekam nur insgesamt 24.000 Stimmen, da sie wegen ihrer Parteipolitik keine andere linke Gruppe unterstützt hatte. Die TIP hatte trotz mehrfacher Bemühungen anderer linker Gruppen jegliches Wahlbündnis arrogant abgelehnt.

Die Aufgabe der Linken ist jetzt dringlicher denn je, zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Faschisten zu kommen, vor allem, da die allgemeine Stimmung der gesellschaftlichen Opposition die revolutionäre Linke begünstigt. Schließlich überwunden werden müssen die Auseinandersetzungen unter den Linken, die teilweise mit den Waffen geführt werden, während sich die Faschisten immer mehr ausbreiten.

Griechenland/Türkei/Zypern-



Bulent Ecevit

Leserbrief aus Ankara

„Lieber Genosse!

Euer Flugblatt vom 2.5. (1) (womit wir zum Blutmai in Istanbul Stellung genommen haben, die Red.) ist bis hierher gelangt. Zuerst einmal meine Anerkennung darüber, daß Ihr über „Istanbul“ gleich ein Flugblatt gemacht habt. Auch daß Ihr ansonsten in der BRD die einzigste seid, die die Bedeutung der Entwicklungen in der Türkei erkannt haben und die Konsequenzen Informationen darüber verbreiten, hebt Euch wohltuend von anderen Gruppen ab. Ich schreibe Euch, weil ich einige ungenaue Informationen korrigieren will, sofern Ihr das aufgrund neuer Nachrichten nicht schon selbst getan habt:

1. Das Feuer wurde von einigen höhergelegenen Gebäuden und Märgern aus eröffnet. Ein PKW kam erst später und schloß.
2. Der ganze Ablauf der Aktion, insbesondere das Töten (Schüsse von mehreren Seiten genau beim Eintreffen mosaischer Gruppen) zeigt, daß die Hintermänner der Aktion nicht die logisch schwachen Kommandos, sondern der türkische Geheimdienst und/oder CIA gewesen sein müssen.
3. Es ist zumindest unklar, wer die Polizisten erschossen hat. Aus bisher nicht bekannten Gründen machte ein Teil der Polizisten abends in den Unterfluren eine Meuterei. Ich konnte selbst beobachten, daß uniformierte Polizisten für die Kundgebung Sympathie zeigten. Das sollte zu denken geben.

Eine grundsätzliche Kritik habe ich an Eurer Beurteilung der CHP-Politik. Unausgesprochen sehe ich hinter Eurer CHP-Einschätzung eine SPD-Einschätzung. Bei aller berechtigten Kritik an sozialdemokratischen Positionen der CHP darf aber nicht vergessen werden, daß diese Partei 1. viel weiter nach links geht als die SPD, 2. daß ihre Parteibasis sich in den letzten beiden Jahren radikalisiert hat und daß die Parteiführung sich dieser Dynamik nicht so ohne weiteres entgegenstellen konnte und kann, 3. daß nicht nur CHP-Mitglieder sondern auch CHP-Führer täglich faschistischen Angriffen ausgesetzt sind und sich nicht nur als als konsequente Antifaschisten erwiesen haben, 4. daß fast die gesamte türkische Linke (schließlich Mosaischen) sich angesichts der Wahlen hinter die CHP gestellt hat, weil sie weiß, daß die Alternative zur CHP im Moment nur der Faschismus ist.

Wenn Ihr in dieser Situation konsequent sozialdemokratische Politik entlarven wollt, dann müßt Ihr die SPD

entlarven und müßt fragen, warum die SPD nichts zur Unterstützung ihrer „Bruderpartei“ CHP tut (anders als in Portugal). Ich glaube, wenn so eine Kritik in der BRD mal laufen würde, dann würde das der gesamten türkischen Linken helfen, es würde auch in der Türkei für Schlagzeilen sorgen. Die Lage ist hier so bezeichnend, daß die Linken schon jeden Jussupfurs Rückzug Türkei dankbar als Widerstandsbeweis auffassen müssen.

Noch was zum Schluß: Was habt Ihr gegen Ecevits Bemerkung „Laßt Euch nicht provozieren“? Ich glaube, Ihr verkennet da etwas die Lage hier. Natürlich wehrt man sich gegen die Faschisten - auch bewaffnet! Aber jetzt zum Angriff auf Polizei und Militär überzugehen, das wäre purer Selbstmord, das würde auch die weitere Spaltung der Armee in Reaktionäre und CHP-Anhänger abblocken - eine Spaltung, die wahrscheinlich nach den Wahlen offen zutage treten wird.“

Antwort der Griechenland/Türkei/Zypern-Kommission

Lieber Genosse!

Über Deinen Brief vom 12.5.77 haben wir uns sehr gefreut, weil wir dadurch erfahren haben, daß unsere Arbeit auch „vor Ort“ kritisch beobachtet wird. Deine ergänzenden Informationen zum Anschlag auf die Kundgebung am 1. Mai in Istanbul haben wir in späteren Darstellungen aufgrund uns zugänglicher Quellen z.T. verarbeitet. Nicht bekannt war uns, daß Teile der Polizei in den Unterkünften nach dem Massaker gemeutet haben.

Nun zu Deiner Kritik an unserer Einschätzung der CHP.

Es ist natürlich richtig, daß die CHP nicht mit der SPD gleichgesetzt werden kann. Nach dem Putsch 1971 war die CHP die einzige legale Möglichkeit für die Linken, politisch zu arbeiten. Die CHP hatte dadurch einen breiten Zulauf fortschrittlicher Kräfte. Allerdings ist die CHP-Führung heute dabei, dieser Entwicklung den Kampf anzusagen. Deutlich wurde dies beim letzten Parteitag. Mit Methoden, die uns in der BRD von der SPD und den DGB-Gewerkschaften bekannt sind, wurden die fortschrittlichen Kräfte durch Satzungs Tricks, Satzungsänderungen, Ausschüsse usw. z.T. bereits bei der Delegiertenversammlung ausgeschaltet. Besonders betroffen waren die Jugendorganisationen und die Kräfte, die aufgrund der obengenannten

Gründe erst seit kurzer Zeit Parteimitglieder waren. (So durften sich an der Delegiertenversammlung nur Mitglieder beteiligen, die länger als fünf Jahre Parteimitglied waren. Diese Maßnahme richtete sich natürlich in erster Linie gegen die militante Basis der CHP, die sich auch heute aktiv an vielen antifaschistischen Aktionen beteiligt.)

Diese Maßnahmen sind sozusagen das „Rückstufgeld“, das von der CHP insbesondere von der SPD verlangt wird, um in die sozialdemokratische Internationale aufgenommen zu werden.

Aber Du hast natürlich recht, daß die SPD bisher keine vergleichbaren Anstrengungen gemacht hat, die CHP „aufzukaufen“, wie sie es im Fall der PS Portugal getan hat. Insofern haben sich die türkischen Sozialdemokraten mehr auf dem sich radikalierenden Verlauf der eigenen nationalen Klassenkämpfe eingestellt, mit dem Ziel, die Linken zu „integrieren“, als sich internationalen Reglementierungen zu unterwerfen. Wir sind uns durchaus bewußt, daß die westdeutschen Sozialdemokraten sowohl im europäischen wie erst recht im internationalen Rahmen der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien wohl den rechten Flügel bilden. Man sollte angesichts der ökonomischen und politischen Stärke des westdeutschen Imperialismus, den zur Zeit die SPD als Regierungspartei innehat, jedoch die Möglichkeit ihrer Druckausübung auf andere sozialistische und sozialdemokratische Parteien nicht unterschätzen. Und daß die CHP diesen Druck zu spüren bekommt, wenn sie an der Regierung ist, dürfte klar sein. Nichts würde die SPD weniger wünschen, als eine nach links driftende türkische Regierungspartei, die dem zunehmenden Druck der türkischen Massen allzu nachgiebig gegenübersteht. Dies kann weder im Interesse der vielen westdeutschen Konzerne liegen, die Milliarden in der Türkei investiert haben und ebenso wenig im Interesse der „inneren Stabilität“ der BRD-Imperialisten, die ein besonderes Interesse an der politischen Unterdrückung der über 500.000 türkischen Arbeiter in der BRD haben, die unter der Demirel-Regierung bekanntlich gut funktioniert hat („graue Wölfe“).

Lieber Genosse, wir würden es sehr begrüßen, wenn wir auch weiterhin von Dir hören würden.

Für eine unabhängige, demokratische und sozialistische Türkei!

Griechenland/Türkei/Zypern-

BRD-Imperialisten:

BRD-Imperialisten: Stütze des Nationalistischen Front-Regierung und Ausbeuter der türkischen Volkes

Die engen Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland haben Tradition. Schon das deutsche Kaiserreich war im Zerfallstadium des osmanischen Reiches stark engagiert. Militärisch und wirtschaftlich sollte die Türkei zur deutschen Kolonie gemacht werden.

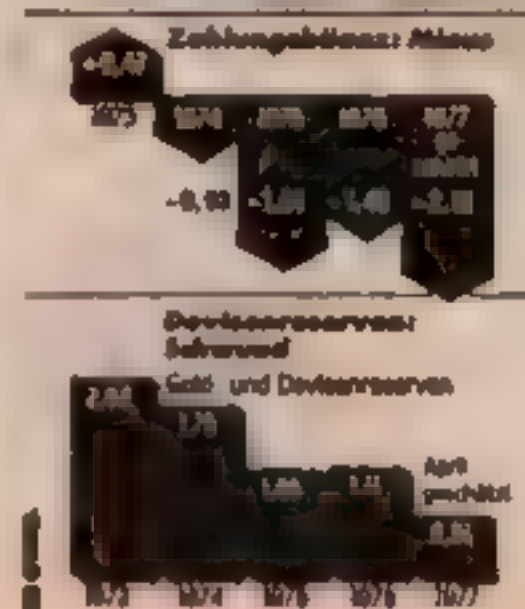
Nach der zweimaligen Zerschlagung des deutschen Imperialismus tritt aber besonders seit den letzten zehn Jahren der BRD-Imperialismus immer stärker in Konkurrenz mit dem US-Imperialismus. Dieser hat die Türkei unmittelbar nach dem Ende des zweiten Weltkrieges in das imperialistische Paktssystem (Nato, Cento) einverleibt und bis in die Mitte der 60er Jahre militärisch und ökonomisch die unumschränkte Herrschaft aus.

Militärisch als Fußstapfen der US-Imperialisten

Nachdem bereits 1967 durch die BRD-Imperialisten der Grundstein für den Aufbau einer eigenen nationalen türkischen Rüstungsproduktion gelegt wurde (u.a. lieferte MBB Produktionsmittel für die Waffenherstellung), sahen die BRD-Imperialisten ihre große Chance, als die USA 1974 ihre Waffenlieferungen einstellten. Anfang 1976 führte Kriegsminister Leber Gespräche in der Türkei, denen dann der Besuch von Kanzler Schmidt im Mai, Kontakte von Genscher und Bahr und Vertretern der Rüstungsindustrie im November 1976 folgten. Nachdem die BRD bereits im März 1976 ein Rüstungsbündnis mit der Türkei geschlossen hatte (in Art. 1 des Bündnisses sollen Waffen im Wert von zwei Milliarden DM geliefert werden. Der Wuchstest der türkischen Bourgeoisie zur Unterdrückung der zunehmenden Opposition und militärischen Aufrüstung ist lang).

50 Leopard-Panzer (die dann in zwei Jahren in dem schon erwähnten Instandsetzungswerk auch in Lizenz

gebaut werden sollen), 100 Marder Schützenpanzer, 56 Alpha-Jets, U-Boote und Raketen systeme. Wenn, wie zu erwarten ist, demnächst das mit einem Jahr ausgehandelte Militärabkommen zwischen der Türkei und den USA wirksam wird, erhält die Türkei noch mehr Waffen im Wert von mindestens 3,5 Mrd. DM. Bis jetzt hat der US-Imperialismus dieses Abkommen davon abhängig gemacht, daß die Türkei Konzessionen in der Zypern-Frage macht.



Die verstärkten Waffengeschäfte der BRD-Imperialisten mit der Türkei sind ein Teil der Expansionsbestrebungen an der Süd-Ost Flanke der Nato. Leber lobte anlässlich seines Besuchs in der Türkei die „entwickelten“ militärischen Beziehungen zwischen der Türkei und der BRD, während er die US-Politik (Waffenembargo) als „dumm und töricht“ bezeichnete. Die Entscheidung für das Waffenembargo sei „keine Zeugnis von politischer Klugheit und Weisheit“.

Daß die BRD-Imperialisten für die Erreichung ihrer expansionistischen Ziele gegenüber den Ländern des Nahen Ostens und auch gegen die sozialistischen Länder nichts zu verschonen haben, machte Leber ebenfalls deutlich: „Alle Abschlüsse seien offen von den finanziellen Möglichkeiten Ankara und der Entwicklung mit der deutschen Privatwirtschaft abhängig.“ („Süddeutsche Zeitung“ 4.2.76).

Zunehmende imperialistische Abhängigkeit ...

Schlagzeilen in der türkischen Presse und Aufmerksamkeiten in den Medien der BRD über den bürgerlichen Preisschub, die mittlerweile nicht mehr zu vertuschende Zahlungsausfälle der Türkei, eine der Hauptursachen und die steigenden Rüstungsgeschäfte, die in keinerlei Verhältnis zu den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Türkei stehen. Das geht sogar so weit, daß zu Gunsten des Aufbaus einer eigenen Rüstungsindustrie und des Waffeneinkaufs bereits geplante Industrialisierungsprojekte zurückgestellt werden. Betroffen sind davon Großprojekte für Eisen und Stahl, Kunstdünger, Energie, Textil, Trinkwasserversorgung usw. in Höhe von 3,6 Mrd. DM. Die Haushaltslage ist so katastrophal, daß fast alles für die Tilgung und Verzinsung der aufgenommenen Kredite draufgeht (die Imperialisten verlan-

Fortsetzung auf Seite 33



Streikende Arbeiter im Werk Profilo, die dem BRD-Konzern AEG gehört

30.000 Metallarbeiter streiken!

Türkei. Am 1. Juni traten 30.000 Metallarbeiter in den Streik. Der Streik war nach langwierigen Verhandlungen von Maden-Is (Gewerkschaft der Metallindustrie im fortschrittlichen Gewerkschaftsverband Dsk) für 34 Metallbetriebe beschlossen worden. Die Kapitalisten hatten sich geweigert, auf die ökonomischen Forderungen der Arbeiter einzugehen und sie waren nicht bereit, die entlassenen Kollegen wieder einzustellen. Eine wichtige Forderung von Maden-Is war, daß alle Kollegen, die in den letzten Monaten wegen Streiks entlassen wurden, wieder eingestellt werden. (Eiliche Arbeiter waren anlässlich der Streiks und Demonstrationen gegen die Staatsicherheitsgerichte Ende letzten Jahres entlassen worden. Die Forderung der Metallarbeiter lautete jetzt, daß diese und alle anderen Kollegen, die

aufgrund ökonomischer Kämpfe entlassen worden waren, wieder eingestellt werden müssen.) Angesichts der hohen Streikbereitschaft machten die Kapitalisten am zweiten Streiktag das „Kompromiß“-Angebot alle Forderungen zu erfüllen, bis auf die Wiedereinstellung der Kollegen, die während der (natürlich illegalen) Streiks gegen die Staatsicherheitsgerichte entlassen worden waren. Aufgrund dieses Angebots fielen drei der 34 Betriebe aus der Streikfront heraus. Die anderen Betriebe streikten weiter und die Zahl der Streikenden wird täglich mehr. Es wird erwartet, daß sich bis Ende Juni ca. 100.000 Arbeiter im Ausstand befinden werden („Cumhuriyet“, 4.6.77).

Griechenland/Türkei/Zypern-

Griechenland

Der 2. Kongreß der Sozialistiki Poria

Griechenland. Vom 20. bis 22. Mai fand in Athen der 2. Kongreß der Sozialistiki Poria (S.P.) statt. Der erste Kongreß hatte anlässlich der Gründung von S.P. 1975 stattgefunden. Die Gründungsmitglieder kamen in ihrer Mehrheit aus der linkssozialistischen PASOK, dem A.Papandreu sowie aus Abspaltungen der revisionistischen KKE (in der „International“ Nr. 26/27 sind wir ausführlich auf die SP eingegangen).

Delegationen bzw. Grußadressen schickten die linkssozialdemokratische „Initiative“ von Mangelis und Tsatos, die Sozialistische Partei Italiens, die revolutionäre PCI und die sozialistische Partei Frankreichs.

Die PSU/Frankreich zeigt in ihrer Grußadresse die Hegemoniebestrebungen der großen westeuropäischen Staaten, „insbesondere des westdeutschen Imperialismus“, auf und betont den Wunsch, gemeinsam gegen das Projekt des „Europaparlaments“ vorzugehen. Der KB warnte ebenfalls vor der Gefahr, die vom BRD-Imperialismus ausgeht, begrüßte die Initiative der „S.P.“ zur Schaffung einer antifaschistischen Aktionsfront und rief zur Unterstützung des „Russell-Tribunals“ auf.

Weitere Grußadressen sandten die „Sozialistische Partei Zyperns“ (EDEK), „Sozialistisch-Faschistische Partei der Niederlande“, „Generalunion Palästinensischer Studenten“ (Grüßrede), „Zentralkomitee Politischer Flüchtlinge Griechenlands“ (Keppo, Grüßrede), „KKE/Inland“, „Vereinigung Zypriischer Studenten Griechenlands“, „Bewegung der christlichen Linken“ und FSP (Linkssozialisten – beide aus Portugal), „EDH“ (Grüßrede), „Jugend der K.P. Iran“ und die ECHO (Linkssozialistische Christen).

Die „EKKE“ und die „KKE/ml“ sandten sehr „herzliche“ Grußadressen. Die „EKKE“ konnte sich ihre „Suprematiegefahr“ natürlich nicht verkneifen. Die „KKE/ml“ begrüßte die Bemühungen der S.P. zur Schaffung einer antifaschistischen, antiimperialistischen Einheitsfront, auch gegen den „imperialistischen Block der EG“.

Diskussionspunkte des Kongresses

Diskussionspunkte des Kongresses

In seinem Rechenschaftsbericht berichtete der Zentralrat der S.P. u.a. davon, „daß die Organisation einfach ein Mechanismus war, der voll in seinen inneren Prozessen (Widersprüchen) aufging, während er nach außen nur auf plötzlich entstandene Empörungen reagierte“.

„Die meisten Mitglieder hätten sich in schwachen Stunden gefragt, wozu gibt es uns überhaupt?“

Als Aufgabe für S.P. wurde eindringlich darauf hingewiesen, daß unbedingt mehr in die Kämpfe eingegriffen und darüber hinaus Initiativen ergriffen werden müssen, die für die gesamte Bewegung Zeichen setzen. Inhaltliche Schwerpunkte will S.P. auf das Zypernproblem und deren fortschrittliche Lösung, sowie auf den Kampf für die „Säuberung und Entnazifizierung“ der Gesellschaft legen. S.P. strebt mit dem neu entwickelten Konzept der „demokratischen Zusammenarbeit“ ein breites Bündnis taktischer Art mit allen fortschrittlichen Gruppen an.

Aufgabe dieses Bündnisses soll „die Zurückschlagung des autoritären Staates der Rechten und die Verbreiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten“ sein.

Die Verwandlung der „demokratischen Zusammenarbeit“ soll in einem Vereinheitlichungsprozeß der Linken über gemeinsame Kämpfe führen.

Unter diesem Aspekt müßte die „demokratische Zusammenarbeit“ sämtliche Sektoren der Linken einschließen.

Um diesen Punkt der „demokratischen Zusammenarbeit“ hatte es in den letzten Wochen eine Debatte in der Organisation gegeben, die auch in der Zeitung von S.P. ihren Niederschlag fand. Eine Reihe von Mitgliedern hatte Bedenken angemeldet, daß bei einem allzu undifferenzierten Herangehen an einen Wiedervereinlichungsversuch mit rechten Kräften (KKE/Inland, EDA und vor allem die „Initiative für Demokratie und Sozialismus“) in Bezug auf bestimmte Positionen die sozialistische Perspektive in den Hintergrund rücken könne.

Anlaß war vor allem eine Gerüchte- und Verwirrungskampagne seitens der EDA, der KKE/Inland und der großen Athener Tageszeitung „Eleftherotips“ gewesen. Der Sekretär der KKE/Inland, Bambas Dhrakopoulos, hatte „Befürchtungen“ geäußert, daß bei einer Vermischung seiner Partei mit „sozialdemokratischen“ Kräften wie der „Initiative“ und der „Sozialistiki Poria“ (S.P.) die (euro) kommunistische Perspektive über Bord gehen könne! Ein Witz. Die „S.P.“ grenzt sich eindeutig vom Eurorevisionismus aufgrund einer linken Position ab, vor allem von seiner ebenso rechten griechischen Variante der „Nationalen Antikolonialistischen, Demokratischen Einheit“ (EADK) mit der „linken“ Hälfte von Karamanlis.

Das weiß Dhrakopoulos natürlich nur allzu genau.

Gegen diesen u.a. auch von der EDA unternommenen Versuch, die „S.P.“ in einen Topf mit der sozialdemokratischen „Initiative“ und der sozialistisch-revisionistischen „Christdemokratie“ zu werfen und die KKE/Inland demgegenüber quasi als „Linksaßen“ erscheinen zu lassen, forderten einige Mitglieder der „S.P.“ schärfere Töne seitens der Organisation.

Vor allem weil die PASOK es mit dem Etikett „sozialdemokratische Abweichung“ ziemlich leicht verstanden hat, diesen Teil ihrer geschaffenen linken Opposition vom Interesse der Öffentlichkeit fernzuhalten und zu isolieren, war die Gefahr, ins „Abseits“ geschoben zu werden, nicht unbeträchtlich. Der Kongreß scheint hier allerdings in eine sehr positive Richtung gewirkt zu haben, was die Öffentlichkeit und die Darstellung der wirklichen Positionen von „S.P.“ angeht.

In der Zeitung von „S.P.“ war außerdem als wesentlicher Punkt der Abgrenzung zu den Sozialdemokraten und Revisionisten die Haltung

zur Frage der Gewalt bezeichnet worden. Gerade das Beispiel Chile habe gezeigt, daß die Reaktion nicht einfach das Feld räumen werde, und es sei deshalb unbedingt erforderlich, das Volk auf die Frage der Gewalt vorzubereiten. Nur dadurch könne überhaupt größere Blutvergießen verhindert werden.

Im Gegensatz dazu habe sich der „Eurorevisionismus“ und erst recht die „Initiative“, die nicht „sozialistisch“ sondern nur „sozialdemokratisch“ genannt werden könne (was auch durch die Praxis von einigen ihrer heutigen Mitglieder in der „Regierung der Nationalen Einheit“ nach dem Faschismus belegt wurde) eindeutig auf den nur-parlamentarischen, „friedlichen“, „demokratischen“ Weg festgelegt.

Eine Einheit mit diesen Kräften sei nur auf einer demokratischen Grundlage, als taktisches Bündnis möglich, und das müsse auch immer wieder klargestellt werden.

Der Kongreß hat hierzu offenbar auch klare Beschlüsse gefaßt.

Insgesamt gesehen scheint die „S.P.“ mit ihrem Kongreß einen gewissen „Durchbruch“ erzielt zu haben. Ihre in den letzten Monaten entfalteten Bemühungen und geknüpften Kontakte, um eine handfeste demokratische antifaschistische Aktionsfront zustandzubekommen, scheinen doch etwas Wind in die griechische Linke gebracht zu haben.

Angesichts des breit verankerten Wunsches in den Massen nach einer Einheit der demokratischen Kräfte bestehen echte Chancen, diese Herangehensweise gegen operettenhafte Einheitsfälschungen einiger Parteiliefer, sowie gegen eine weit verbreitete Abgrenzungs- und Ausschlussakt durchzusetzen.

Offen bleibt allerdings, ob diese Einheit aufgrund der Differenzen in den inhaltlichen Fragen zustandekommt. Dazu müßte vor allem die „KKE/Inland“ gewarnt werden, ihre hirnlosen und unzuverlässigen kläglich gescheiterten „Einheits“-bestrebungen mit Karamanlis aufzugeben und eine konsequente Anti-Regierungspolitik zu betreiben, zumindest in den angeschnittenen Fragen. Bei genügend starkem Druck „von unten“ scheint das möglich, wenn man

in den angeschnittenen Fragen. Bei genügend starkem Druck „von unten“ scheint das möglich, wenn man die Erfahrungen aus der Vergangenheit in Betracht zieht. Ähnliches gilt für die „Initiative“. Beide Organisationen fürchten, daß ihnen sonst die Felle davonschwimmen. Schwieriger wird es bei PASOK und „KKE“, die beide über einen festen Wähler- bzw. Mitgliederstamm verfügen. Ob die S.P. in der nächsten Zeit in der Lage sein wird, den Aufbau einer linken Einheitsfront voranzutreiben, hängt davon ab, ob sie eine wirkliche Massenarbeit entfalten kann und so zu einer ernst zunehmenden Kraft wird. Bisher steckt sie noch tief im Kommentarentum, und ihre augenblicklichen Lichtblicke beruhen mehr darauf, daß sie ohne den Hintergrund der Stärkung des eigenen Parteiladens ehrlich und hartnäckig den weitverbreiteten Wunsch nach einer linken Einheitsfront propagiert – eine Seitenhieb im heutigen Griechenland. Griechenland/Türk-Kommission

Fortsetzung von Seite 32

gen ja schließlich auch ihre Preise). Momentan reichen die Devisenreserven nicht einmal dazu aus, die kurzfristig vorhandenen Verbindlichkeiten bezahlen zu können („Spiegel“ 30.5.77).

Unter diesem Druck der Imperialisten bleibt der türkischen Bourgeoisie kein Handlungsspielraum.

... und „Selbstbedienungsladen“ der BRD-Imperialisten

Bereits seit 1965 ist ein Abkommen über „gegenseitige Förderung und Schutz von Kapitalanlagen“ zwischen der BRD und der Türkei in Kraft. Danach dürfen BRD-Kapitalisten u.a. nicht enteignet werden und der freie Transfer der Gewinne ist gewährleistet. Seitdem haben Investitionen westdeutscher Kapitalisten spürbar zugenommen und betrugen bis Ende 1975 rd. 3 Mrd. DM. Durch Direktinvestition oder Beteiligung sind u.a. folgende Unternehmen in

der Türkei engagiert

Mannesmann (war der „Pionier“ mit der Errichtung eines Röhrenwerkes bereits 1956-58), Siemens, Daimler-Benz, Schering, BASF, Teves, DIAG, AEG Hoechst, Bayer, Bosch, Hanomag-Henschel ...

BRD-Imperialisten - Stütze der Faschisten

Neben dem Kapitalexport ist die BRD auch zum wesentlichsten Handelspartner der Türkei vor den USA aufgestiegen. Hinzu kommt die Abhängigkeit von den Devisen, die die türkischen Kollegen in die Türkei überweisen.

Obwohl die BRD-Kapitalisten ihre Produktion in der Türkei laufend erweitern (so erhöhte Mannesmann die Produktion von 13000 t im Jahre 1959 auf rd. 60000 t im Jahre 1971), ist in einer Liste der größten steuerzahlenden Betriebe, die vor kurzem in der Zeitung Cumhuriyet veröffentlicht worden ist, kein BRD-Unter-

nehmen zu finden.

Direkten Anteil hat die BRD an der Ausbildung und Ausrüstung türkischer Polizei. Einer Polizei, die ihren Nachwuchs seit einiger Zeit ausschließlich von den faschistischen „Grauen Wölfen“ rekrutiert und für unzählige Verbrechen, Folter und Mord an fortschrittlichen Menschen, Revolutionären und dem kurdischen Volk vorantreibt.

Im Januar 1976 bereiste eine Delegation, der der türkische Innenminister und hohe Polizeioffiziere angehörten, die BRD. Besonders Rat holten sie sich vom damaligen Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Kohl, und seinem Innenminister Schwarz. Vereinbart wurde die Lieferung von 6000 Schnellfeuerwaffen, 50 Schützenpanzern und einer unbekannten Zahl von Maschinenpistolen (nach der faschistischen türkischen Zeitung „Tercüman“, 31.1.76 u. 2.2.76).

Darüberhinaus wurde vereinbart, daß technisches „Know-How“ für

den Auf- und Ausbau der Polizei zur Verfügung gestellt wird. Bezüglich der Ausbildung der Polizei ist die Polizeidirektion Mainz behilflich und auf der BGS-Schule Hiltrup dürfen die unter Anleitung des Antiterrorkommandos den Todesschuß üben.

Im großen Umfang ist die BRD auch beim Ausbau des türkischen Fernsehens eingestiegen. Einen 15-Millionen-Auftrag erhielt „Studio Hamburg“ von der Bundesregierung für den Ausbau eines Studios für Farbfernsehen in Istanbul, sowie andere technische Projekte.

Darüberhinaus, und das ist schier unglaublich, wird von der BRD die Produktion von Erziehungsprogrammen ebenfalls über „Studio Hamburg“ finanziert („Welt“, 21.5.75). Welcher Art die Erziehung in der Türkei ist, hat sich allmählich auch bei uns herumgesprochen. In der BRD haben verschiedentlich türkische Kollegen gegen die von der Regierung in Ankara eingesetzten Leh-

USA

Kurznachrichten

Todesstrafe umstritten

In den noch anhaltenden juristischen Streitigkeiten um die Rechtmäßigkeit der Todesstrafe hat der Oberste Gerichtshof jetzt in einer 5:4 Entscheidung eine weitere Einschränkung vorgenommen. Die Richter wiesen die Gesetze einzelner Bundesländer zurück, die bei „Mord an Polizeibeamten“ automatisch die Todesstrafe vorsehen.

Die Entscheidung wurde begründet mit dem Hinweis, daß es trotz aller besonderen Bedingungen des Polizeimordes „falsch ist, davon auszugehen, daß keine mildernden Umstände vorliegen könnten, weil das Opfer ein Polizist ist“ (International Herald Tribune, „IHT“, 7.6.77).

In Kürze wird eine Entscheidung des Gerichtshofes darüber erwartet, ob die Todesstrafe für Vergewaltigung verfassungsmäßig ist.

Botschafter des Big Business

Nicht scheint in den USA leichter zu sein, als Botschafter zu werden – vorausgesetzt, man ist Millionär. So wie der Grundstückshändler Marvin Warner aus Ohio, der sich durch diskrete Wahlspenden die richtigen Freunde zulegte. So zahlte er:

- 6870 Dollar an Senator John Glenn (Ohio),
- 9.000 Dollar an Senator Howard Metzenbaum (Ohio),
- 2.265 Dollar in den Carter-Fond,
- 19.130 Dollar an die Demokratische Partei.

Die Cincinnati Post berichtet, daß Warner nur an dem Botschafterposten „in einem großen Finanzmarkt-Land“ interessiert sei. Obwohl all dies nun bekannt war, stellte der zuständige Senatsausschuß für Auswärtiges vor der Ernennung nicht eine einzige Frage an Warner und das Weiße Haus verneinte es, daß die Ernennung eine Belohnung für die Wahlspenden sei. Über Geld spricht man nicht („IHT“, 7.6.77).

... und noch mehr Big Business

Die US-Steuerbehörden haben in einer Untersuchung enthüllt, daß bei 491 Unternehmen Geheimfonds existieren – für die Zahlung von Schmiergeldern an ausländische Beamte u.a. 71 Fälle wurden an die Fahndungsabteilung übergeben, weil Verdacht auf strafbare Unterschlagung besteht.

Die Behörden dürfen keine Namen von Unternehmen nennen, aber allein die Feststellung, daß es sich um Summen von mehr als 250 Mio. Dollar handelt, zeigt deutlich, daß es sich hier um ganz schön große Brocken und vermutlich um nicht wenige große Namen handelt („IHT“, 7.6.77).

Aufbruch in Chicago

Zwei Tote und 49 Verletzte (darunter auch 23 Polizisten) gab es bei einem Aufbruch meist junger Puerto Ricaner in Chicago.

Während einer Demonstration von Puerto Ricanischen Nationalisten soll Julio Osorio (26) auf Polizisten geschossen haben. Auf jeden Fall war er kurz darauf durchschußt und die Jugendlichen gingen gegen die Polizisten vor. Zwei Streifenwagen gin-

gen in Flammen auf. Vier Stunden tobten die Kämpfe, bis 200 ausgerüstete Polizisten teilweise zu Pferd das Viertel räumten und über 80 Personen festnahmen („IHT“, 6.6.77).

Reaktion steigt gegen Schwule

Im Bezirk Miami (Florida) war im Januar ein Gesetz zum Schutz der Schwulen (gegen deren Diskriminierung in Behörde, Beruf und Wohnung) erlassen worden, wie zuvor schon in 29 anderen Städten vorausgegangen war u.a. der Mord an einem Schwulen, der in Tucson (Arizona) von einem Haufen Schüler überfallen und zu Tode getrampelt worden war.

Gegen dieses Gesetz gründete die Schlagersängerin Anita Bryant die Initiative „Rettet unsere Kinder e.V.“ Sie sammelte zehntausende Dollar Spenden, veröffentlichte in den größten Tageszeitungen ganzseitige Anzeigen mit mittelalterlichen Hetzparolen und behauptete, die Homosexuellen könnten durch das Gesetz „Jugendliche rekrutieren“ („IHT“, 29.3.77). So setzte ein Referendum durch. Obwohl auch die Schwulen und ihre Organisation nicht untätig blieben, und von vielen Seiten Unterstützung fanden, gewann die Reaktion diese Volksabstimmung mit Zweidrittelmehrheit. Damit ist das Gesetz in Miami wieder vom Tisch und die Reaktion hat schon bewaltete Aktionen gegen den Entwurf eines ähnlichen Bundesgesetzes angekündigt.

Da reißt der Mörder sich die Hände

Ein neues Mordinstrument von bisher ungeahnten Möglichkeiten hat die US-Rüstungsindustrie gemeinsam mit den Präsidenten Ford und Carter bis zur Produktion hin entwickelt. Die „Neutronen Sprengköpfe“, auch „erhöhte Strahlung“ genannt. Es ist der erste US-Sprengkopf, der speziell entwickelt wurde, um Menschen zu töten. Durch die neuartige Technik wird die Wirkung der bisherigen Atom-Sprengköpfe von der räumlichen und der zerstörerischen Wirkung auf ein Minimum eingeschränkt. „Gebäude, Fahrzeuge und Waffen bleiben unbeschädigt, aber die entwickelten großen Mengen Neutronen töten die Menschen“, sagt ein Atomwissenschaftler. „Es erzeugt eine enorme Strahlung, die das menschliche Gewebe unbeschädigt, aber die entwickelten großen Mengen Neutronen töten die Menschen“, sagt ein Atomwaffenexperte („IHT“, 7.6.77). „Es tritt sofort völlige Bewusstlosigkeit mit Nervenkrämpfen, Wechsel der Farbe und Verlust der Muskelkontrolle auf. Der Tod tritt nach wenigen Stunden oder binnen Tagen ein.“

Dieses Schlachtinstrument soll im Rahmen eines 10,2 Milliarden Dollar Programms produziert werden. Dafür setzen sich die NATO-Generäle ein, weil die Atom-Sprengköpfe veraltet seien. In einem bereits bewilligten 6 Milliarden Dollar Forschungsprogramm sind schon 1,1 Milliarden Dollar für die Entwicklung neuer nuklearer Sprengköpfe abgesetzt.

USA-Kommission

protestiert, weil die faschistische Zeitungen und Bücher verteilten, die Kinder und Eltern unter Druck setzen usw. Der türkische Erziehungsminister und sein Staatssekretär haben sich zum Ziel gesetzt, alle Schüler zu Nationalisten zu erziehen.

Die Fuldung der faschistischen Banden der MHP (Nationalistische Bewegungspartei), die „Grauen Wölfe“, in der BRD, die finanzielle, technische und ideologische Unterstützung der Nationalistischen Front Regierung unter Ministerpräsident Demirel und insbesondere die Lieferung von Waffen an Polizei und Militär macht die SPD/DP Regierung und den BRD-Imperialismus mitverantwortlich an dem Terror, dem heute jede oppositionelle Strömung in der Türkei und in der BRD ausgesetzt ist. Verbot der MHP und ihrer Tarnorganisationen in der BRD! Sofortiger Stopp der Waffenlieferungen!

Griechenland/Türkei/Zypern, 12.6.76 Kommission



lateinamerika

Colonia Dignidad — ein „geheimnisvoller Ort“?

Chile Die Betreiber des „Musterlagers“ Colonia Dignidad, deutsche Faschisten, haben jetzt eine einstweilige Verfügung gegen Amnesty International erwirkt mit der Auflage, daß AI nicht mehr behaupten darf, daß die Colonia Dignidad ein Folterlager für politische Häftlinge ist. Gleichzeitig allerdings stellte das Gericht fest, daß die Kläger (die Faschisten) nicht in der Lage seien, die gegen sie erhobenen Behauptungen glaubhaft zu widerlegen („Frankfurter Rundschau“ (FR), 27.5.77). Amnesty hat gegen die Entscheidung Widerspruch eingelegt.

Gleichzeitig allerdings verdichten sich die Vorwürfe gegen die Kolonie!

So haben chilenische (II) Journalisten, die vor kurzem zusammen mit dem Gesundheitsminister die Colonia Dignidad besichtigten, „merkwürdige Beobachtungen“ („FR“, 27.5.) gemacht. Sie berichteten über den militärischen Charakter, den dieses Lager hat. So beobachteten sie junge Mädchen, die „mit festem Blick und sicherem Schritt den Eindruck von Nonnen oder Militärkadetten“ machten (aus einem Bericht der Journalisten, nach „FR“, 27.5.). Sie berichteten von einer bis „zum Extrem getriebenen Ordnung“; zusätzlich stellten sie fest, daß es Gebiete gibt, zu denen Fremde und Reporter keinen Zutritt haben. Einem

Journalisten, der versuchte, zu fotografieren, wurde die Kamera weggenommen und der Film vernichtet.

Trotz alledem versuchte der Chef der Kolonie, Oberfascist Herman Schmidt, daß es nichts „Geheimnis“ gäbe. Außerdem seien die in der BRD erwähnten Häftlinge nichts anderes als Werkstätten für die deutschen Bürger!!?

Gespräche mit den Siedlern waren den Journalisten nicht erlaubt.

Wenn das sogar chilenischen Journalisten spanisch vorkommt, na danke!!!



„Polizei und Militär, wohin man auch schaut. Der Flughafen, ja die einzelnen Maschinen werden vom Militär mit umgehängten MPi bewacht, das Flughafengebäude, die Touristenbusse — die Ausfahrtstraßen...“ So die Hamburger „Morgenpost“ (6.5.77) anlässlich des Fußballspiels BRD-Argentinien. Gleichzeitig sind „wir“ aber alle sehr beruhigt, daß die Vorbereitungen für die Weltmeisterschaft 1978 so tadellos laufen. Dazu der DFB-Pressescheff: Es gibt „keine, aber auch gar keine Probleme... Die haben unerhört vieles von uns gelernt.“ (II) Wie man sieht...

Größte Studentendemonstrationen seit 1968 in Brasilien

Seit Anfang Mai fanden im ganzen Land zahlreiche Demonstrationen der Studenten für die demokratischen Freiheiten und Freilassung der politischen Gefangenen statt. Zum 19. Mai war als „Tag der nationalen Proteste“ zu Demonstrationen im ganzen Land aufgerufen worden. Während die ersten Demonstrationen relativ unbehelligt durchgeführt werden konnten (z.B. 10.000 Demonstranten in São Paulo), forderte die Regierung Mitte Mai alle Gouverneure der Bundesstaaten auf, „geeignete, präventive und wirksame Maßnahmen zum Schutz der allgemeinen Ruhe zu ergreifen“ („Monitor-Dienst“, 13.5.77).

Die Regierung bot insgesamt 70.000 Polizisten auf, um gegen die

Aktionen vorzugehen. An einigen Universitäten war das ganze Gelände abgesperrt worden, in São Paulo gingen die Bullen mit Tränengas gegen die Demonstranten vor. Anfang Juni wurden in Belo Horizonte 500 Studenten verhaftet, um ein dort geplantes nationales Studententreffen zu verhindern („Süddeutsche Zeitung“ (SZ), 21./22.5. und 6.6.77). In Brasília strakten Anfang Juni 20.000 Studenten, um gegen die Verweisung von 19 Studenten von der Universität zu protestieren. 50 Studenten wurden verhaftet („SZ“, 8./9.6.77).

Der Kardinal von São Paulo und verschiedene Abgeordnete der Oppositionspartei MDB verteidigten die Aktionen der Studenten. Es sei na-

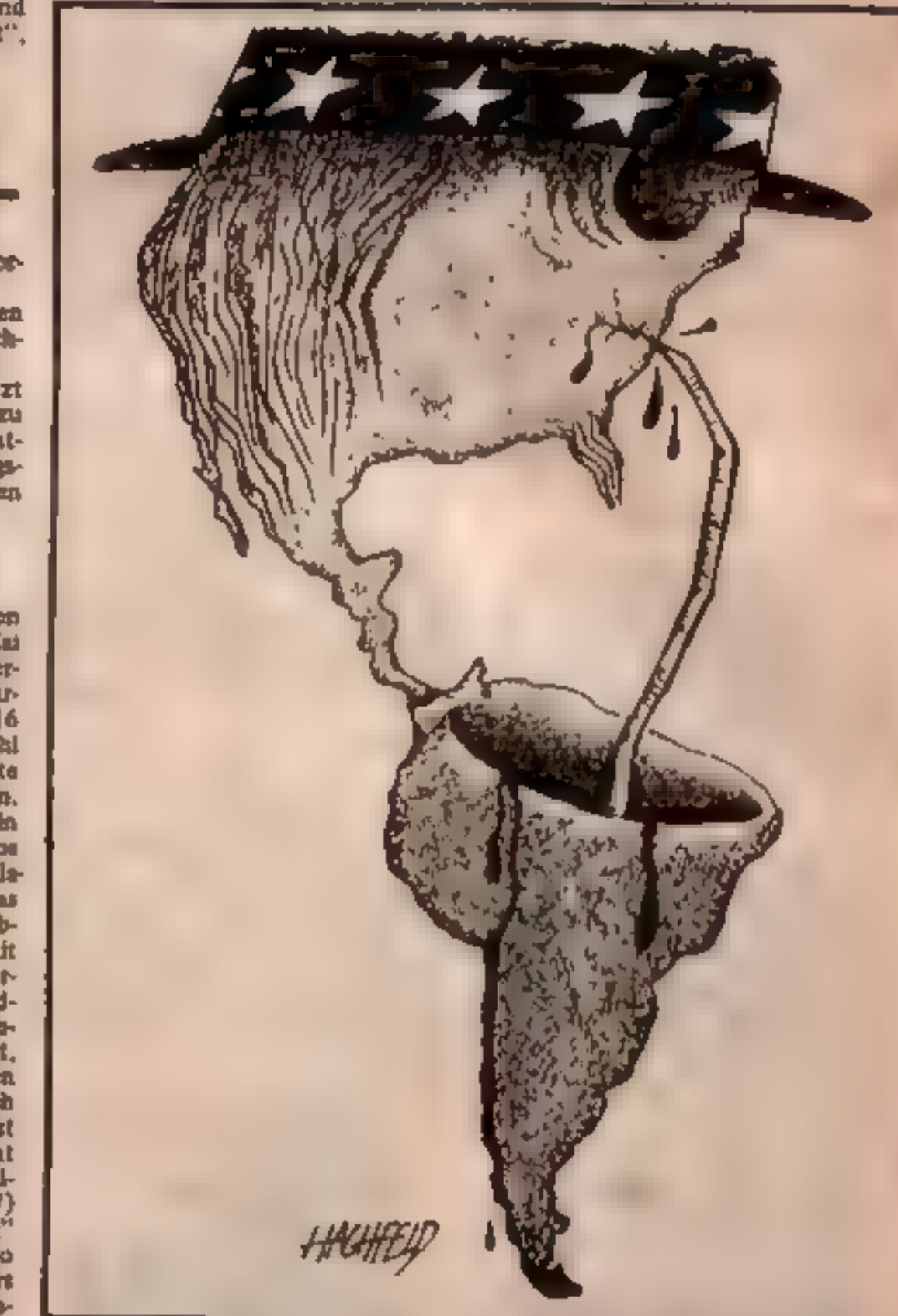
türlich und berechtigt, daß die Studenten gegen ihre Ausbildungsbedingungen protestierten und Demokratie fordern. Darüberhinaus wurde die Regierung aufgefordert, das Demonstrations- und Versammlungsverbot gegen die Studenten aufzuheben.

Die Regierung und ihre Partei (ARENA) antworteten darauf mit dem blöhen Hinweis auf die kommunistische Unterwanderung und die subversiven Absichten der Studenten und verlängerte inzwischen die völlige Zensur gegen alle nach Brasilien eingeführten Bücher und Zeitschriften („Monitor-Dienst“, 13.5.77 und „SZ“, 8./9.6.77).

Lateinamerika-Kommission

Brasilien eingetrunken Bücher und Zeitschriften („Monitor-Dienst“, 13.5.77 und „SZ“, 8./9.6.77).

Lateinamerika-Kommission



derungen der Entführung erfüllt, die Erklärung der „Guerillaarmee der Armen“ wurde vor der BID-Versammlung verlesen. Der Botschafter wurde kurze Zeit später freigelassen.

Erst vor einigen Wochen war der Außenminister Salvadors in San Salvador entführt worden. Da die Forderung nach Freilassung von über 30 politischen Gefangenen nicht erfüllt wurde, wurde der Außenminister vor einigen Tagen tot aufgefunden.

Daraufhin wurde eine massive Repressionskampagne eingeleitet. Die Nationalgarde hat in den Städten massenhafte Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen.

Ein Priester, der Verbindung zur Guerilla gehabt haben soll, wurde

von einer faschistischen Gruppe, dem „weißen Kämpferverband“, erschossen.

Mehrere Bauern- und Gewerkschaftsführer und Priester sollen in verschiedenen Botschaften um Asyl nachgesucht haben.

Der Leiter des Katholischen Rundfunks wurde zum Innenminister gerufen. Dort wurde eine „Warnung“ ausgesprochen, weil die Programme des Senders Angriffe gegen die Regierung enthielten.

In Kürze soll ein Treffen aller mittelamerikanischen Präsidenten stattfinden, offensichtlich um die gemeinsame Antiguerrilla-Strategie zu intensivieren.

Insgesamt herrscht in El Salva-

Fortsetzung auf Seite 35

Lateinamerika-Kurzmeldungen

Gewerkschaftskongress in Argentinien / Erklärung der Bischöfe

In Cordoba fand seit dem Putsch der erste von der Regierung genehmigte Gewerkschaftskongress von 42 Einzelgewerkschaften statt. In einer Abschlusserklärung wurde die Militärregierung aufgefordert, Löhne und Gehälter zu erhöhen, inhaftierte Gewerkschafter freizulassen und die gewerkschaftlichen Freiheiten wieder zuzulassen.

Die katholische Bischofskonferenz Argentiniens hat ihre „tiefe Beunruhigung“ über die zahlreichen Fälle von Verschwundenen zum Ausdruck gebracht, und die Errichtung einer gerechten Ordnung in Argentinien gefordert („Süddeutsche Zeitung“, 21./22.5.77).

Dies ist eine der ersten Erklärungen der argentinischen Kirche gegen die Junta. Sie ist im Vergleich zu den Protesterklärungen brasilianischer Bischöfe äußerst vorsichtig und zurückhaltend.

Zum Schluß wird sogar ein gemeinsamer Nenner mit der Junta in der Ablehnung des Marxismus gefunden. „Derwegen stehen wir vereint in unserer gemeinsamen Ablehnung jeder Form des Marxismus, ohne zu unterstellen, daß die Arbeit für die Armen und Mittellosen systematisch als Marxismus bezeichnet werden darf“ („Monitor-Dienst“, 12.5.77).

Trotzdem hat der oberste — sogenannte — Militärsprecher Argentiniens die Erklärung der Bischöfe kritisiert. Das Dokument sei zwar ernstzunehmen, „aber ein bißchen stark.“

ein bißchen stark...“ („Monitor-Dienst“, 13.5.).

Der Protest der argentinischen Kirche gegen die Junta ist tatsächlich noch kaum entwickelt.

Mit leiser Kritik hat sich jetzt auch die Radikale Partei (UCK) zu Wort gemeldet. Sie fordert öffentlich die Aufhebung des Betätigungsverbots für die politischen Parteien („SZ“, 6.6.77).

Repression in Argentinien

Nach Angaben der argentinischen Polizei kam es am Morgen des 29. Mai zu harten Gefechten zwischen Sicherheitskräften und Guerilleros (wahrscheinlich von der ERP). 10 - 16 Guerilleros und eine ganze Anzahl von Mitgliedern der Sicherheitskräfte sollen dabei getötet worden sein.

Die Militärs haben versucht, ein Haus in einem Vorort von Buenos Aires zu stürmen, wo sie eine Guerilla-Versammlung vermuteten. Das Militär setzte dabei einen Kampfabwehrschrauber ein, der das Gebiet mit Schleinwerfern ausleuchtete. Das verdächtige Haus wurde mit Bordfeuerwaffen unter Beschuß genommen. Das Haus wurde total zerstört, mehrere benachbarte Häuser wurden beschädigt. Es liegt nahe, daß auch unbeteiligte Anwohner verletzt wurden, worüber aber nichts bekannt wurde („ap-al“, Lateinamerikanische Nachrichtenagentur, 29.5.77).

Laut „Süddeutsche Zeitung“ wurde der Montonerosführer Julio Roque bei einer Razzia von Militärs erschossen. Roque soll einer der wenigen aus der Montoneros-Leitung gewesen sein, die nicht ins Ausland gegangen waren („SZ“, 6.6.77).

Guatemala / El Salvador

In Guatemala wurde Ende Mai der Botschafter El Salvadors entführt. Die „Guerillaarmee der Armen“ erklärte sich für die Entführung verantwortlich und forderte die Bekanntgabe eines Kommuniqués auf der Jahreshauptversammlung der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID). In dieser Erklärung wurde die „repressive Politik Guatemalas und El Salvadors“ und die Rolle der USA in diesen Ländern verurteilt. Dem entführten Botschafter wurden Morde an zahlreichen salvadorianischen Bauern vorgeworfen.

In diesem Fall wurden die For-



Razzia in Argentinien

Fortsetzung von Seite 35

1963 und 1969 weiterten sich beide Parteien, an den „Kommunalwahlen“ teilnahmen 1970 riefen sie mit dem Gewerkschaftsbund UMT die Wähler auf, den vom König ausgehenden Verfassungsentwurf zurückzuweisen, und boykottierten die „Wahlen“. 1972 lehnte sie den 3. Verfassungsentwurf ab.

Dieser Boykott wurde jahrelang praktiziert, weil die Oppositionsparteien Bedingungen an ihre Teilnahme stellten, die nie erfüllt wurden. Zum Beispiel, daß eine konstituierende Versammlung gewählt werden sollte, die als einzige eine Verfassung erarbeiten dürfe, zum anderen demokratische Freiheiten und die ordentliche Durchführung der Wahlen.

Mit der Beteiligung an den jetzigen „Wahlen“ haben die Parteien stillschweigend die Verfassung von 1972 anerkannt und weitestgehend auf die Erfüllung der Bedingungen verzichtet. Die Oppositionsparteien selbst sehen es allerdings anders und tun so, als seien ihre Forderungen nach mehr Demokratie erfüllt. Auf dem 25. Parteitag der KPDSU meinte Ali Yata, der Führer der PPS: „Mit unserer Taktik des Bündnisses aller antimonarchistischen Kräfte haben wir, gestützt auf den Kampf der breiten Volksmassen, bedeutende Erfolge errungen, haben wir erreicht, daß unsere Partei legal arbeiten kann, haben wir Koalitions-Reden, und Versammlungsfreiheit erkämpft. So hat unser Land einen würdigen Platz unter den afrikanischen Staaten eingenommen, in denen die Demokratie respektiert wird (!) und wo die Arbeiterklasse, das werktätige Volk, die Möglichkeit haben, ihre legitimen Rechte zu verteidigen.“ (Extradienst, „ED“, 15.3.77)

Entsprechende Darstellungen geben auch die anderen Oppositionsparteien. Nach den „Kommunalwahlen“ im November 1976 protestierten sie allerdings gegen das Wahlergebnis, weil es durch offene Fälschung zustande gekommen war. (siehe auch AK 95, 8.38).

Die Parteien werfen den Behörden vor, ihre Repressionsmaßnahmen ver-

schärfen zu haben, besonders im Hinblick auf die „Parlamentswahlen“, weil die Opposition in manchen größeren Städten bei den „Kommunalwahlen“ die Mehrheit erreichte. „Fast täglich bringen die Zeitungen der Istiqlal und der USFP Berichte über Drohungen (z.B. mit Entlassungen) gegen Parteimitglieder, über die Verhaftung von Beamten, die sich zu einer Oppositionspartei bekennen, an abgelegene Orte, über Behinderung von Parteimitgliedern bei der Ausübung ihrer Funktionen als Gemeinderäte und über Einschüchterungsversuche auch mit „physischen Mitteln“.“ (NZZ, 1.5.77)

Um den „Demokratisierungsprozeß“ angesichts dieser Tatsachen glaubwürdig zu machen, berief Has-



Hassan II. Sultane

san II. Anfang März die Führer der Istiqlal (Mohamed Boucif), der USFP (Abderrahim Bouabid), der MP (Mahjoubi Aherdane) und der Demokratischen Volksbewegung (Abdelkrim Al-Khatib) ins Kabinett. Zwar als Minister ohne Geschäftsbereich (!). Sie sollten praktisch nur zur Wahlfragen Stellung nehmen und die „Wahlen“ mitverbreiten. Die Parteien akzeptierten den Eintritt in die Regierung unter dem Vorwand, besser die „Wahlen“ überwachen zu können.

Ein erster „Erfolg“ des Mittmachens der Opposition wurde die Aufhebung der Prozessur, Mitte März genannt. Nach der Auflösung des

Parlaments 1971 waren alle oppositionellen Zeitungen der Zensur unterworfen worden. Bezeichnenderweise gilt die Aufhebung der Zensur nicht für die französische Zeitung „Le Monde“, die wegen der Berichterstattung über Prozesse gegen die revolutionäre Opposition verboten wurde.

Auch bei den „Wahlen“ wurden die Forderungen der Opposition berücksichtigt: Jede Partei erhielt für ihre Wahlzettel landsweit eine einheitliche Farbe, damit die Vertreter des Regimes bei den vielen Analphabeten nicht um Trüben fischen könnten. Weiter wurden Kopien der Auszählungsprotokolle in den Wahllokalen verteilt. Ebenso wurden die größten „Unregelmäßigkeiten“ in den Wahlurteilen beseitigt.

Warum solche Zugeständnisse? Das Regime weiß, was es an der legitimen „Opposition“ hat. In der Westmarch-Frage steht sie mehr oder weniger hinter dem Regime. Die Kriege gegen Algerien von Seiten der Istiqlal und der USFP. Führer geht teilweise noch über die der Regierungsvorteile hinaus. Istiqlal z.B. behauptet, Marokko hätte die ganze Westmararch haben können. Der König nicht so zögernd vorgegangen wäre („NZZ“, 11.5.77). Bouabid von der USFP meinte: „Wenn es notwendig ist, wird Marokko dort zurückschlagen, wo die Angriffe herkommen, nämlich Tindouf. Bei dem algerischen Tindouf stehen die größten Flüchtlingslager der Sahara, Ann. Rod.) welche Konsequenzen das auch haben mag.“ („Afrikanische“, 30.5.77). Die meisten Oppositionsführer machten Goodwill-Touren in der ganzen Welt, um die marokkanische Besetzung der Westmararch zu begründen.

Der Burgfrieden und die „nationale Einheit“ sind u.a. notwendige Absicherung für die internationale Außenpolitik (vgl. AK 104). Um nach außen zu demonstrieren, wie die „Demokratisierung“ voranschreitet, ist das Regime auf das Mitspielen der Parteien angewiesen. Durch die Wahl des PPS-Führers Ali Yata (angeblich mit Regierungshilfe, „NZZ“, 7.6.77) kann man so-

gar einen „Kommunisten“ im Parlament nachweisen – freilich einen, der das Geschwätz über „Demokratie“ im Marokko zum Nutzen des Regimes eifrig nachplappert.

Ein tatsächlicher Wahlboykott hätte dem neuen „demokratischen“ Image natürlich wieder geschadet – vor allem innenpolitisch, denn die Oppositionsparteien repräsentieren den breiter werdenden „modernen Sektor“ des Volkes (besonders die Stadtbevölkerung), während das Regime praktisch nur in den feudalistischen Kreisen und in der Armees Rückhalt hat.

Angesichts einer Politik, die Marokko in zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten bringen und die Abhängigkeit vom Ausland verstärken wird, (ein Drittel des gesamten Budgets und Mittelausgaben; nach einer UN-Studie wird Marokko 1980 nach Ägypten und Zaire das am stärksten verschuldete Entwicklungsland sein) und entsprechende Folgen für die marokkanische Bevölkerung haben muß, ist eine (scheinbare) Einbeziehung der legitimen „Opposition“ wichtig.

Nachdem die Hoffnungen der USFP auf ein gutes Abschneiden bei der Wahl-Farce wie vornehmbar betrogen wurden, mußte USFP-Chef Bouabid nun auch mit etwas Verap-

tung die Manipulation beim Nennens und kündigte seinen Rücktritt als Minister an. Er meinte, das von ihm selbst mit vorgeschickte „Experiment Demokratie“ sei aufgrund der Manipulationen und Fälschungen „gescheitert“. Die Partei wollte bald entscheiden, ob ihre Abgeordneten die Mandate niederlegen wollten. (Süddeutsche Zeitung, 7.6.77)

Wieviel die nur Wortradikalität ist, wird sich bald erweisen.

Zu vermerken ist auch, daß die politisch sehr ähnliche UNIT vorwiegend taktiert als ihre Abspaltung USFP und die Wahlen schon von vornherein boykottiert hatte.

Wenn sich eine solche Tendenz weiter durchsetzt, d.h. praktisch die „Wahlen“ und den „demokratischen“ Rummal früh genug als Farce erkannt wird, ist damit zu rechnen, daß die Repression wieder stärker auf konsequente Mitglieder der legalen Parteien ausgeweitet wird, die im letzten Jahr in Anbetracht der „Wahlen“ auffällig geschockt worden waren. Unter anderem hat die Primordiale des USFP-Führungsmittels Omar Benjeloun 1976 gezeigt, daß nur bedingtes Wohlverhalten dem feudalistischen Regime nicht genügt.

Nahost-Kommission

Sowjetunion und Marokko:

Standpunkte sehr ähnlich

Die Zulassung der marokkanischen KP (PPS) zu den Wahlen war der Sowjetunion offenbar noch eine Gelegenheit wert. Nach einem Gespräch mit König Hassan II. verkündete der Leiter der Abteilung für Afrikafragen des sowjetischen Außenministeriums, Swodow: „Wir hatten einen Meinungsaustausch über verschiedene internationale Fragen, über die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern und über die Lage im Nahen Osten. Ich stellte fest, daß die Standpunkte der Sowjetunion und Marokkos einander außerordentlich nahe oder ähnlich

sind. Wie immer hat seine Majestät König Hassan II. tiefe Kenntnisse in internationalen Fragen gezeigt.“ (Radio Rabat nach „Monitor“, 12.5.77). Das heißt konkret, daß die Sowjetunion sowohl die Annexion der West-Sahara als auch die Intervention in Zaire im wesentlichen akzeptiert – ein neues Beispiel dafür, daß sie als Gegenleistung für Beziehungen zu reaktionären Regimes zu jeder Lohndellei und jedem Verrat an Befreiungsbewegungen bereit ist.

Nahost-Kommission

Zur Außenpolitik der VDR Jemen

Kennzeichnend für die bisherige Politik der VDR Jemen („Sadjemen“) war, daß sie u.a. den Kampf der „Volkfront zur Befreiung Omans“ (PFLO) gegen das Regime des Sultans Qabus in Oman unterstützt hat. In letzter Zeit hört man aus immer wieder Gerüchten einen K Wechsel der Politik der VDR Jemen.

Anfang April dieses Jahres wurde über arabische Nachrichtenmedien verbreitet, daß Saudi-Arabien erfolgreich zwischen der Volksdemokratischen Republik Jemen (VDRJ) und dem reaktionären Sultanat Oman vermittelt habe. Dieser Meldung zugrunde lag eine offizielle omanische Quelle, in der behauptet wurde, daß „die Bemühungen Saudi-Arabien voll erfolgreich waren, wie der an der südlichen Grenze des Sultanats (zur VDRJ) herrschende absolute Friede und die dort eingeleitete Ruhe bezeugen.“ („Saudi Review“, 2.4.77). In der omanischen Quelle wurde außerdem behauptet, daß „die Anstrengungen der Bruder- und befreundeten Länder fortgesetzt würden, um den Frieden zwischen den beiden Staaten zu stärken und alle Hindernisse zu beseitigen, die die Beziehungen zwischen dem Sultanat von Oman und der Volksdemokratischen Republik Jemen beeinträchtigen.“ („Saudi Review“, 2.4.77). Zwei Wochen später wußte eine iranische Zeitung von dem Ausbruch einer Krise zwischen der jemenitischen Regierung und der in der omanischen Provinz Dhofar operierenden Befreiungsfront (PFLO) zu berichten. Hier berief man sich auf die Meldung in einer kuwaitischen Zeitung („Al-Yakza“), derzufolge militärische Kadres der PFLO von jemenitischen Behörden beim Grenzübertritt nach Dhofar festgenommen worden seien. Erklärt wird dieser angebliche Vorfall wiederum mit der Annäherung zwischen Oman und der VDRJ. „Nach dem Vierergruppentreffen kürzlich in Taiz (Nordjemen), auf dem die Staatschefs von Sudan, Somalia, Nord- und Südjemen über die Zukunft des Roten Meeres beratschlagt haben, wurde vom sudanesischen Präsidenten Gaafar Al Numeiry die Annäherung zwischen dem marxistischen Regime in Aden und dem Sultanat Oman bekanntgegeben.“ („Journal de Taiz“, 12.4.77). Über den Grenzzwischenfall liegen uns keine verlässlichen Quellen vor, vermutlich ist er erfunden oder total entstellt. Interessanter ist ein Dokument der VDRJ bezüglich der behaupteten Annäherung an Oman.

„In einer Erklärung gegenüber der Adener Nachrichtenagentur bestätigten verantwortliche Kreise in der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Jemen, daß die



ständigen Berichte dieser Nachrichtenagentur unbegründet seien. Sie erklärten, die Haltung der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Jemen dieser Frage gegenüber beruhe auf dem Einsehen und der Kenntnis der Gefahren, sowohl auf internationaler als auf nationaler Ebene, die aus dem Risiko entstünden, daß ein arabisches Volk und Gebiet einer ausländischen Invasion ausgesetzt sei. Den verantwortlichen Kreisen zufolge bestehe das Problem durch die britische Präsenz und auch wegen der fortgesetzten Präsenz der ausländischen Militärinterventionen auf arabischem Gebiet in Oman.“ („Monitor-Dienst“, 12.4.77 nach „Radio Aden“, 5.4.). Auffallend an diesem Dokument ist, daß nur die übliche Rolle, die der Iran mit seinen mörderischen Offensiven in Dhofar spielt, sowie die imperialistischen Militärinterventionen genannt werden, die arabischen Unterdrücker aber (der Sultan Qabus selbst, sein Finanzier Saudi-Arabien und die jordanischen Soldatentruppen) überhaupt nicht erwähnt werden. Diese Tatsache deckt sich mit der Behauptung der „Oman-Hilfe“, Frankfurt, daß die jemenitischen Massenmedien zwar die Nachrichten der PFLO noch brachten, aber die Rolle Saudi-Arabien und des Vereinigten Arabischen Emirats nicht mehr erwähnten und auch über Präsenz und Funktion der jordanischen Truppen in Oman schwiegen. Dagegen weiterhin über die Rolle Persiens berichteten („3 Welt-Magazin“, 3.3.77).

Politik der „friedlichen Koexistenz“

Der beschriebenen Zurückhaltung im

propagandistischen Bereich entspricht die seit mehr als einem Jahr zu beobachtende verstärkte Zusammenarbeit der VDRJ mit den arabischen Nachbarländern, die allesamt reaktionäre Regimes haben. Die VDRJ Jemen reagiert damit offenbar auf den starken reaktionären Druck, der zur Zeit auf alle „Außenmächte“ im arabischen Raum ausgeübt wird. Die jemenitische Regierung versucht offenbar daraus Nutzen zu ziehen und die aus dem anti-imperialistischen Kurs resultierende politische und ökonomische Isolation innerhalb der Staaten der Arabischen Liga aufzubrechen, um die immensen Schwierigkeiten beim wirtschaftlichen Aufbau des von den Briten während ihrer Kolonialherrschaft total unterentwickelten Landes mit ausländischer Hilfe zu lösen.

Deutlich geworden ist diese Linie bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Saudi-Arabien im März 1976. Die „Normalisierung“ der Beziehungen erfolgte „auf der Basis der arabischen Brüderlichkeit, guter Nachbarschaft, — Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten mit Blick auf die Erreichung der Sicherheit und Stabilität der Arabischen Halbinsel und die Interessen der arabischen Nation gegen fremde Einmischung“ (aus dem gemeinsamen Kommuniqué, in „Saudi Review“, 11.3.76). Die von den bürgerlichen Massenmedien bis heute verbreitete Behauptung, die VDRJ habe einen Kredit von Saudi-Arabien erhalten als Gegenleistung für das Versprechen, die PFLO nicht mehr zu unterstützen, ist wohl nur dem Wunschdenken der Imperialisten entsprungen.

Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen hat aber eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit eingeleitet. Jüngstes Beispiel hierfür ist die Zusage Saudi-Arabien, die im April nationalisierte Adener Erdölraffinerie (1954 von den britischen Kolonialherren gebaut und bisher im Besitz der British Petroleum) mit saudischem Erdöl zu versorgen, mit Kuwait, Libyen und der VAE (Vereinigte Arabische Emirate) wird noch verhandelt. Diese Zusage ist von enormer wirtschaftlicher Bedeutung, da im Lande selbst (bisher) keine Erdölquellen entdeckt wurden und die Adener Raffinerie zu den Haupteinnahmequellen des Staates zählt.

In dieselbe Richtung wie die Annäherung an Saudi-Arabien gehen die im Feb. 1977 wieder aufgenommenen Vereinigungsbestrebungen mit der

reaktionären Arabischen Republik Jemen, die in völliger politischer und ökonomischer Abhängigkeit von Saudi-Arabien gehalten wird, einen ersten Schritt zur politischen Zusammenarbeit stellt. Dabei der Beschluß dar, sich gegenseitig in den Ländern zu vertreten, wo nur einer der beiden jemenitischen Staaten diplomatische Beziehungen unterhält.

Auch die oben erwähnte Teilnahme an dem Gipfeltreffen der arabischen Anrainer des Roten Meeres ist ein Anzeichen für die Tendenz der jemenitischen Integration in die „gesamt-arabische“ Politik, die trotz anti-imperialistischer Elemente getragen wird von der arabischen Reaktion, was in jüngerer Zeit sehr deutlich wurde im Zusammenhang mit dem libanesischen Bürgerkrieg. Ende Oktober 1976 stimmte auf der gesamt-arabischen Gipfelkonferenz in Kairo auch die VDRJ wie alle anderen Staaten der Arabischen Liga mit Ausnahme Iraks für das von der arabischen Reaktion und im Interesse des US-Imperialismus in Rind ausgeheckte Neun-Punkte-Programm zur Beendigung des libanesischen Bürgerkriegs, mit dem die Rolle Syriens im Libanon anerkannt und unterstellt wurde. Nach Angaben der „Oman-Hilfe“, Frankfurt, die ihre Behauptung allerdings nicht belegt, soll die VDRJ sich sogar bereit erklärt haben, sich mit einem eigenen Truppenkontingent im Libanon neben Syrien, Saudi-Arabien und Kuwaitern zu beteiligen („3WM“, März 1977).

Wir sollten, solange nicht das Gegenteil bewiesen ist, die Politik der VDRJ gegen Unterdrücker von rechts und „links“ verteidigen. Es ist das gute Recht eines jeden fortschrittlichen Landes, seine Interessen gegen äußeren Druck zu sichern und hierbei auch taktische Kompromisse zu schließen.

Mit Mißtrauen sollten wir auch betrachten, daß die Revisionisten die VDRJ als neues Beispiel für die „friedliche Koexistenz“ entdeckt haben. Die „Einheit“ 1/77 kommentiert, daß es für die VDRJ darum geht „die Außenpolitik als wichtigen Faktor zur Sicherung günstiger internationaler Bedingungen für die erfolgreiche Erfüllung der Aufgaben der nationaldemokratischen Revolution zu nutzen.“ Das idyllische Bild von der „friedlichen Koexistenz“ stimmt nämlich für die VDRJ in keiner Weise. Saudi-Arabien, das sich zur Hauptaufgabe gemacht hat, die arabischen Reaktion zu finanzieren und revolutionäre Bewegungen mit allen ihm zur Verfügung stehenden

Mitteln zu bekämpfen, steht für die VDRJ nach wie vor eine ständig wachsende tödliche Bedrohung dar.

Was die Unterstützung der omanischen Revolution betrifft, die auch zur Zeit aufgrund militärischer Rückschläge gegenüber den iranischen Invasionen in einer sehr schwierigen Phase befindet, so scheinen die Meldungen in der imperialistischen Presse nach denen die VDRJ die PFLO nicht mehr unterstützt, jeglicher Grundlage zu entbehren. In dem politischen Bericht, den die PFLO auf ihrem 3. Solidaritätskongreß in Paris, 4-8.2.77, vorlegte, heißt es ausdrücklich: „Ich den Bericht abschließend, möchte ich die Haltung der Demokratischen Republik Jemen betonen, eine Haltung der Solidarität des Volkes, der Organisationen und der Regierung.“ („Palästina-Nachrichten“, Feb. 77).

Nahost-Kommission

Falsche Unterschrift?

Zum Leserbrief im letzten AK haben wir nun noch eine Berichtigung erhalten. Wir betonen ausdrücklich, daß wir selbstverständlich den Leserbrief einschließlich Unterschrift („AK-Leser, GUAS, Generalunion Arabischer Studenten“) wortwörtlich unverändert abgedruckt haben. Wir waren berechtigt anzunehmen, daß der Brief ein offizieller GUAS-Brief ist, da er von einem uns bekannten offiziellen GUAS-Vertreter verfaßt und überbracht worden ist. Wir sind natürlich nicht dafür verantwortlich, wenn der GUAS-Vertreter dann nicht die Billigung seiner Organisation erhält.

Nahost-Kommission

Berichtigung

Bei dem Leserbrief im letzten ARBEITERKAMPF (AK 105, S. 44) handelt es sich bei der Unterschrift um ein M.übertrindis. Richtig muß es heißen „ein AK Leser“, der Mitglied der GUAS (Generalunion Arabischer Studenten) ist. Der Leserbrief drückt selbstverständlich nur die Meinung des einen Genossen aus, der Brief ist keine Stellungnahme der GUAS. Sowohl der Bundesvorstand der GUAS als auch der Vorstand der GUAS-Sektion Hamburg waren an der Erstellung des Briefes nicht beteiligt.

Derselbe AK Leser



asien



Australien — Polizeistation des Imperialismus in Asien

Namentlich seit dem Regierungswechsel Ende 1975 (die sogenannte „liberal-konservative“ Fraser-Regierung löste die sozialdemokratische ALP ab), befindet sich Australien auf dem Weg zur subimperialistischen Polizeikaserne für den pazifischen Raum. Nach der US-Niederlage in Indochina wurde bekanntlich das strategische Konzept der imperialistischen Staaten im pazifischen Raum neu bestimmt. Dieses Konzept sieht in der Hauptsache vor, daß die größeren und militärisch potenten Staaten „Schutzfunktionen“ der US-Imperialisten übernehmen. Es wurde die Acheson-USA-Japan-Australien neu belebt (ANZUS-Pakt, Militärkooperationen). Beispielweise soll der gigantische Stützpunkt „Diego Garcia“ im Pazifik nicht nur von den USA genutzt und getragen werden, sondern speziell Australien soll daran teilhaben. Vor kurzem ist wurde das erste australische Kriegsschiff dort stationiert und Australien soll sich auch finanziell am Ausbau Diego Garcias beteiligen („Neue Zürcher Zeitung“, „NZZ“, 13.5.77).

Die australischen Varniken des US-Imperialismus entwickelten in kürzester Zeit eine eigene „Kalt-Krieg“-Version, die auf eine angeblich „wachsende sowjetische Präsenz“ in diesem Erdteil antwortet: „Wir kennen die russischen Motive nicht, aber der wachsende militärische Aufmarsch, verbunden mit Stützpunkten in Somalia (Geleitzstützpunkt Berbera, Red), vorerst die Sowjetunion in die Lage, bei einer internationalen Krise jederzeit die Erdölversorgung Westeuropas, Japans und Australiens zu bedrohen. Außerdem befähigen die Baren (?) Moskau, sich auch weiter entfernt, im östlichen Teil des Ozeans zu engagieren, sollte die Gelegenheit sich ergeben und das Risiko tragbar sein“ (australisches Verteidigungsweibuch, nach „NZZ“, 12./13.12.76).

Da muß natürlich was geschehen: Die australischen Reaktionäre meinen, daß „die Kommunisten nicht erst im australischen Darwin, sondern schon in Singapur und Malaysia ab-

ma der Richtungs- und Bedeutungslosigkeit zu nehmen, das unter den 70.000 Berufssoldaten seit dem Rückzug aus Vietnam sowie der Beendigung der Vorwärtverteidigung und der Entsendung von Expeditionstruppen zu verpörrt ist“ (Australien hatte seinerzeit eine Expedition-Corps in Vietnam und hat stets bei allen imperialistischen Abenteuer im südostasiatischen Raum mitgemacht) („NZZ“, 12./13.12.76).

Großmachtstreben im Interesse des US-Imperialismus

Vollste Verständnis zeigen die westdeutschen Großbourgeois in ihrer Presse für den aggressiven Kurs ihrer australischen Kumpen und deren Rüstungsanstrengungen: „Geographisch isoliert, gehört der fünfte Kontinent (Australien) mit Japan zu den reichsten Ländern der asiatisch-pazifischen Region – und ist umgeben von einem Meer der Armut, von farbigen (!), möglicherweise nadelischen (!) Nachbarn“ („FAZ“, 4.12.76).

Die steigenden Kriegsvorbereitungen sollen „die militärische Kapazität Australiens aufrechterhalten und weiter entwickeln, um unser Interesse an der Region zu demonstrieren. Als eine nicht gerade kleine lokale Macht könne Australien die Dinge beeinflussen“ („NZZ“, 12./13.12.76).

In diesem Zusammenhang muß es gesehen werden, daß Australien beschäftigt, mehrere pazifische Inseln zu annektieren (Norfolk-Inseln) („New Nation“, 18.3.77). Es wird gar kein Hehl daraus gemacht, daß das neue „Verteidigungskonzept“ darauf abzielt, die australischen Truppen in die Lage zu versetzen, „über längere Zeit hinweg und weit entfernt von Stützpunkten zu kämpfen“ („FAZ“, 4.12.76). Vielleicht auf den Philippinen?

Die aggressiven Absichten sind durchaus im Sinne des US-Imperialismus, für den Australien immer mehr Polizeifunktionen übernimmt. Die angebliche Bedrohung der pazif-

mehr Polizeifunktionen übernimmt. Die angebliche Bedrohung der pazifischen Seewege, der Erdölrouten durch die Sowjetunion dient auch dazu, schon heute erhöhte Präsenz Australiens hier zu rechtfertigen. So fliegen seit einem knappen halben Jahr australische Flugzeuge Aufklärungsflüge über dem Pazifik, die

früher von den US-Imperialisten durchgeführt wurden.

Gigantische Aufrüstung

In diesem Sinne führt die australische Regierung eine gigantische militärische Aufrüstung durch. Während beispielsweise alle anderen Positionen des Etats für 77 gekürzt wurden, wurde der „Verteidigungsetat“ um 10 % erhöht, der Anteil von Neuschaffungen am „Verteidigungshaushalt“ beträgt jetzt 22 % (vormals 10 %). Insgesamt sollen bis 1980 für ca. 36 Milliarden neue Waffen gekauft werden. Um einige zu nennen:

— Hercules C 130 H Transportflugzeuge werden gekauft (das sind „vietnamproble“ US-Transporter). Praktisch die gesamte Luftwaffe soll erneuert werden, mit modernen Allwetterflugzeugen. Boden-Luft-Raketenbasen werden angeschafft. Das australische Heer wird mit bundesdeutschen Leopardpanzern ausgerüstet und die Marine wird ebenfalls nagelneu ausgestattet.

„Der Bau neuer Flughäfen und Stützpunkte für Patrouillenschiffe erhält Priorität. Basen und Docks sollen modernisiert und vergrößert werden. Das gilt insbesondere für „Garden Island“ in Neusüdwest und „Cockburn Sound“ in Westaustralien, die Zerstörer und U-Boote aufnehmen und simultane Operationen der Kriegsmarine im Pazifik wie im Indischen Ozean ermöglichen sollen“ („FAZ“, 4.12.76).

Dazu dient natürlich auch das Engagement im US-Stützpunkt Diego Garcia (s.o.).

Nach seinem verbrecherischen Engagement in Indochina an der Seite der US-Aggressoren haben die australischen Imperialisten vor allem das faschistische Suharto-Regime bei dessen Überfall auf die Demokratische Republik Ost-Timor auf vielfältige Weise unterstützt (u.a. erhielten die indonesischen Invasionstruppen über Australien Hercules-Transportflugzeuge).

Das subimperialistische Australien — porträtiert

Das subimperialistische Australien wird so zunehmend zu einer konkreten Bedrohung für die um ihre Befreiung kämpfenden und die schon befreiten Völker Asiens — hochgerüstete Polizeistation des US-Imperialismus in diesem Erdteil!

Bürgerliche Presse muß Massaker der indonesischen Faschisten in Ost-Timor zugeben!

Fast einhalb Jahre nach der Invasion der Demokratischen Republik Ost-Timor durch die indonesischen Faschisten erscheinen in der BRD-Presse Berichte über dabei von den Indonesiern begangene Grausamkeiten.

Anlaß war der Bericht des ehemaligen Botschafters Australiens in Dili (Hauptstadt Ost-Timors), James Dunn.

Australien unterstützt die Invasion

Wie kürzlich bekannt wurde, war die damalige australische (Labour-) Regierung von der Invasion vorher informiert worden. „Mr. Whitlam (der seinerzeitige sozialdemokratische Premier, Aam. der Red.) sagte zu indonesischen Beamten, die sollten, es so schnell wie möglich über die Bühne ziehen“ („Australasian Express“, 6.5.77). Damals vertrat die australische Regierung diese Haltung allerdings nicht offen, da der Widerstand gegen die indonesischen Invasion in Australien sehr stark war.

Auch nach der Invasion haben die damalige und jetzige (konservative) Regierung die Indonesier immer wieder unterstützt. So wurden mehrmals Australier festgenommen und verurteilt, die Radioübertragungen nach Ost-Timor ausstrahlten und von dort empfangen hatten. Ihre Sender wurden geschleift. Dazu muß man wissen, daß die Funkverbindungen die einzige Kommunikationsmöglichkeit für die Regierung der Demokratischen Republik Ost-Timor ist, da die indonesischen Faschisten eine totale Land- und Seeblockade eingerichtet haben. In dem Zusammenhang muß auch die Lieferung von sechs Patrouillenschiffen an die indonesische Marine gesehen werden. „Sie sind Teil des laufenden Abkommens über Zusammenarbeit bei der Verteidigung, in dessen Verlauf Australien Indonesien innerhalb von drei Jahren mit militärischer Hilfe im Werte von 25 Millionen Dollar unterstützt“ („Melbourne“, 17.2.77, nach „SWB“, 19.2.77).

Vermittlung

Nach dem Machtantritt Suhartos durch den Sturz der Regierung Sukarnos 1965 waren in Indonesien über 500.000 Menschen brutal ermordet worden, weil sie verdächtig waren, Kommunisten zu sein.

Zehn Jahre später hausten die Invasionstruppen in Ost-Timor ebenso barbarisch.

Am ersten Tag der Invasion wurden „fast die gesamte chinesische Bevölkerung von Dili“ („Frankfurter Rundschau“, „FR“, 3.6.77) ermordet. „Exekutionskommandos trieben Zivilisten auf der Mole zusammen und erschossen sie, so daß sie ins Meer fielen und ihre Leichen mit der Flut abgetrieben wurden“ (ebenda). Im bergigen Hinterland wurden „ganze Dörfer ausgerottet“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „FAZ“, 2.2.77). „In einer kleinen, längeren Zeit von der Fretilin besetzten Provinzstadt beispielsweise hätten die Indonesier alle Bürger erschossen, weil sie den Fretilin-Bazillus in sich trügen. Augenommen worden seien nur Kinder unter drei Jahren, die man nach Djakarta deportiert habe“ (ebenda).

Trotz alledem: Der Kampf geht weiter!

Obwohl die indonesischen Faschisten bemüht sind, den Eindruck zu erwecken, daß das „Problem Ost-Timor“ für sie erledigt sei, sieht die Realität wesentlich anders aus. So kontrolliert die Fretilin 80 % des Territoriums Ost-Timors, während die Indonesier nur Dili und einige andere Städte besetzt halten. Im März eroberte die Fretilin sogar drei Städte zurück, wobei zahlreiche indonesische Soldaten getötet wurden (nach „Jahrbuch“, 22.3.77).

Selbst in den Berichten der bürgerlichen Presse wird zugegeben, daß die Unterwerfung „immer noch nicht abgeschlossen ist“ („FR“, 3.6.77). So werden weiter „dreimal wöchentlich nach Australien ausgestrahlte Rundfunkberichte des Senders der Befreiungsbewegung Fretilin“ empfangen.

In einer Rundfunkansprache zum 1. Mai erklärte der Minister für Inneres und Sicherheit der Demokratischen Republik Ost-Timor, Alarico Fernandes, die „Arbeiter Ost-Timors sind mehr als je zuvor dazu entschlossen, bis zum Ende zu kämpfen, um die indonesischen Aggressoren zu ver-

werfen, bis zum Endsieg zu kämpfen, um die indonesischen Aggressoren zu vertreiben, die Ost-Timor in ihre Kolonie zu verwandeln suchen“ („Jahrbuch“, 6.5.77, nach „Monitor-Dienst“, 16.5.77).

Solidarität mit dem kämpfenden Volk Ost-Timor!
Indonesische Faschisten raus aus Ost-Timor!
Viva Fretilin!

Asien-Kommission

Der Kampf gegen Narita weitet sich aus

Am 29. Mai fand eine große nationale Demonstration gegen die Eröffnung des neuen Tokioer Flughafens in Narita statt. Insgesamt waren 18.000 Menschen gekommen. Unter den Demonstranten war eine große Gruppe von Eisenbahnern. Öffentliche Betriebe, die bereits im März eine kurze Arbeitsniederlegung gegen den Bahntransport von Düngestoffen durchgeführt hatten, Ferner beteiligten sich verschiedene Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, die Liga zur Befreiung der Buraku (eine aus der bürgerlichen Gesellschaft ausgestoßenen Klasse) und Studenten.

Auf einer Kundgebung erklärte ein Sprecher des Bauernverbandes, „in dem Augenblick, als unsere Stahltürme rechtswidrig besetzt worden waren, beschlossen wir, alle notwendigen Maßnahmen zur Zerstörung des Flughafens zu ergreifen“. Am 8. Mai haben wir einen sehr wertvollen Genossen durch die Demonstrationen verloren. Wie sollen wir zurückschlagen? ... Wir sollten zurückschlagen, indem wir den Flughafen selbst zerstören“ („New Asia News“, 3.6.77).

Asien-Kommission

Die KP Japans geht immer weiter nach rechts

Kurz vor den bevorstehenden Oberhauswahlen hat die revisionistische KP Japans (JCP) wieder einem Schenker nach rechts gemacht. Am 23.5.1977 forderte ihr Vorsitzender Kenji Miyamoto auf einer Pressekonferenz die sofortige Rückgabe der Insel Habomai und Shikotan von der Sowjetunion. Diese Inseln sind zwei der vier südlichen Kuril-Inseln an der nördlichen Spitze Japans, die seit Kriegsende von der Sowjetunion besetzt gehalten werden. Bis vor kurzem hatte die JCP den Standpunkt vertreten, daß die Rückgabe aller Kurilen-Inseln erst nach Abschluß eines Friedensvertrages mit der Sowjetunion und dem Abbruch des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrages erfolgen sollte. — Dieser Militärpakt bildet die rechtliche Grundlage für die über 150 US-Stützpunkte in Japan. — Allerdings hatte bereits Ende April dieses Jahres JCP-Generalsekretär Tetsuzo Fuwa der rechtskonservativen Regierungspartei (LDP) vorgeschlagen, daß als die Nichtigkeit eines Artikels im Friedensvertrag von San Francisco (September 1951) erklärt sollte, in dem der Verzicht Japans auf die Kurilen-Inseln festgelegt ist.

In der bürgerlichen Presse Japans wird dieser Schritt der Revisionisten als ein wahltaktisches Manöver qualifiziert. Denn aufgrund der Erweiterung der Fischereizone durch die Sowjetunion auf 200 Seemeilen und der gleichzeitigen Einbeziehung der Fischereigebiete um die umstrittenen Kurilen-Inseln hat es in Japan insbesondere unter den Fischern eine

breite Welle der Empörung gegen die Sowjetunion gegeben. Um zu vermeiden, daß diese anti-sowjetische Haltung sich auf das Wahlergebn der JCP auswirkt, habe sich die JCP gegen Moskau stark gemacht („Asahi Evening News“, 28.5.77). Sicherlich wollen die Revisionisten ihr Image aufpolieren. Andererseits muß im Auge behalten werden, daß die wesentliche Forderung nach einer Aufhebung des Militärpaktes mit dem US-Imperialismus überhaupt nicht mehr in diesem Zusammenhang erwähnt wird. Somit steht sich die JCP auf eine Ebene mit der LDP-Regierung. Miyamoto maß sich sogar an zu behaupten, daß die Rückgabebeforderung in dieser Form gestellt worden sei „unter Erwägung sozialistischer Zielvorstellungen und der Förderung des Friedens in Asien im allgemeinen und der vertrauensvollen Beziehungen zwischen Japan und der Sowjetunion insbesondere“ (SWB).

Tatsache ist, daß die JCP eine Zersplitterung, die nur in Verbindung mit der Wahlkampagne gesehen werden kann. Schon im Jahre 1950, als die JCP Führung durch die amerikanische Besatzungsmacht gesteuert wurde, stellte die JCP ihre Politik auf eine Strategie der „weichen Linie“ um, indem sie den Begriff des gewaltlosen Umsturzes aus ihrem Parteiprogramm herausstrich. Er hob sie nicht mehr den Anspruch, eine revolutionäre Partei zu sein. Sie wählte vielmehr — trotz massiver Proteste und sogar bewaffneter Kämpfe — den reformistischen Weg. So ist es eines der Hauptziele der JCP, eine „demo-

kretische Transformation“ anzustreben, nämlich in Form einer Koalitionsregierung mit „demokratischen“ Kräften („Japan Times Weekly“, 17.4.76), d.h. mit den bürgerlichen Oppositionsparteien der Sozialisten (JSP), der Kometo und der demokratischen Sozialisten (DSP) nach den Vorstellungen der JCP ist eine solche demokratische Koalitionsregierung (DKR) „ein Kabinett, das aus einer Einheitsfront der reformistischen Kräfte Japans“ hervorgeht. — Ihr Ziel ist es, die gewaltlose Politik zu reformieren, d.h. zu demokratisieren. Jedoch ist die DKR keinesfalls eine revolutionär-sozialistische Regierung, die auf die Errichtung des Sozialismus in Japan hinarbeitet“ (M.Pohl, Die kommunistische Partei Japans, S. 290f). Das wurde auf dem XII. außerordentlichen Parteitag der JCP im November 1973 verkündet.

Auf dem XIII. außerordentlichen Parteitag wurden konsequent weitere Konzessionen an die bürgerliche Staatsmacht gemacht. Es wurde offiziell die Abkehr von der Diktatur des Proletariats verkündet. Dieser Begriff schmeckte (Miyamoto zufolge) „zu sehr nach gewalttätiger Revolution in spezifisch russischer Situation sowie auch nach den Unterdrückungsregimen von Hitler und Mussolini sowie nach japanischem Militarismus“ (M.Pohl, S. 290f). Mit diesem Scheitern der Demagogie und Hetze (rechts gleich links) haben sich die japanischen Revisionisten endgültig in die Reihe der Bourgeois eingereiht und sind der Arbeiterklasse in den Rücken gefallen. Gleichzeitig wandte

man sich nun auch offiziell und ausdrücklich vom Marxismus-Leninismus ab und setzte dafür den „objektiven“ klingenden, aber parteioffiziell als damit identisch bezeichneten Begriff „wissenschaftlicher Sozialismus“ („NZZ“, 4.8.76) ins Parteiprogramm ein. Schließlich wurde auf demselben Parteitag in einer schon lange vorbereiteten „Deklaration über Freiheit und Demokratie“ ein Bekenntnis zum Parteienpluralismus, zur „Freiheit“ von Presse, Rede, Religion und Kunst sowie natürlich zum Privateigentum kleiner und mittlerer Unternehmer abgelegt.

Daß die JCP den Weg des „Faschismus“ eingeschlagen hat, ist eindeutig. Hierzu hat es in den vergangenen Monaten zahlreiche Treffen und gemeinsame Erklärungen mit den Revisionisten Italiens, Frankreichs und Spaniens gegeben. Der Weg, den die JCP jetzt beschreitet, hat eine lange Geschichte. Die chauvinistische Politik „für Japan“ wurde von der JCP-Führung bereits Anfang des vergangenen Jahres deutlicher formuliert. Um eine stärkere Annäherung an die konservativen Oppositionsparteien Kometo und DSP zu erreichen hatte die JCP kurz vor den Unterhauswahlen im Dezember 1976 von ihrer Hauptforderung nach der sofortigen Auflösung des imperialistischen japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrages Abstand genommen.

Asien-Kommission



afrika

Wieder Überfall auf Mosambik



Trainings - Camp der zimbabweischen Befreiungskämpfer

Am 29. Mai überfielen Truppen und Soldaten der Rassisten erneut die VR Mosambik.

Unter dem Vorwand zimbabwische Guerillas zu „verfolgen“ drängen zwischen 500 und 700 Kiler der Rassistenarmee und ausgesuchte Soldaten bis zu 100 km tief nach Mosambik ein.

„In einem Überraschungsgangriff israelischen Stills (1) (...) besetzten sie die 75 Kilometer von der Grenze entfernte Stadt Mapai“ („Spiegel“, 6.6.77).

„Die Aggressionstruppen wurden unterstützt von Jagdbombern und Kampfhubschraubern (...) das Vorbild dieser Aktion könnte von den israelischen Stills stammen“ schreibt „Le Monde“ vom 31.5.77. Diese Herrschaften scheuen sich, die wirklichen „Vorbilder“ — auch der israelischen „Aktionen“ — nämlich die skrupellosen „Blitz“-Überfälle der Nazi-Armee zu benennen.

Die jugoslawische Nachrichtenagentur meldete, daß die Rassisten bei ihrem Überfall Napalm und Kampfgas gegen die mosambikanische Zivil-

bevölkerung (Dörfer, Industrieanlagen, Schulen und Krankenhäuser) einsetzten.

Die Rassisten selber logen davon, daß die Stadt Mapai und ihre Umgebung „eines der Hauptquartiere der Guerillas ist (und) das drei Guerilla-Camps angegriffen wurden, wobei eine Menge Waffen sowjetischer und chinesischer Bauart erbeutet wurden.“ („Herald Tribune“, 31.5.77).

Fakt ist allerdings, daß sich weder „in Mapai, noch in der Umgebung Camps der Befreiungskämpfer Zimbabwes befinden, sondern ausschließlich einige kleinere Flüchtlingslager und Basen der FRELIMO“ („Radio Moskau“ 1.6.77, nach „Monitor-Dienst“ — „MD“ — 2.6.77).

Die Provokation der Rassisten dauerte bis in die Nacht des 1. Juni als „nach heftigen Kämpfen mit den Volksbefreiungskraften Mosambiks (FPLM) — bei denen die Rhodesier auch Bomber einsetzten — die Truppen und Soldaten wieder den Rückzug antreten mußten“ („Le Monde“, 3.6.77).

In der bürgerlichen Presse ist bisher nichts bekannt über die Zahl der Toten und Verletzten, die die Killer hinter sich gelassen haben (Originaltext aus Mosambik liegt uns leider jetzt noch nicht vor).

Dieser erneute Überfall ist „nur“ ein Glied in der Kette rassistischer Provokationen und Massenmorde gegen Mosambik und andere Nachbarländer:

— Allen im letzten Jahr sind „bei insgesamt 120 Aktionen auf mosambikanischen Boden über 1.000 Zivilisten und 49 (mosambikanische) Soldaten getötet (...) allein bei einem Angriff auf die Stadt Nyazonia im August 1976 sind 913 Zivilpersonen ums Leben gekommen“ („SZ“, 10.6.77).

— Seit Dezember 1976 gibt es ständige Überfälle der Rassisten nach Botswana, „wo bisher über hundert Menschen starben“ („Le Monde“ 6.6.77).

— Ebenso gibt es ständige Übergriffe und Drohungen der Rassisten gegenüber Sambia. Erst jetzt drohte ein Regierungssprecher damit, „daß die Stromlieferungen nach Sambia eingestellt werden könnten, sobald alle sambischen Kupferminen in drei Tagen gesteuert sein würden“. Der Strom wird für die Abwasserpumpen der Minen benutzt. Die Kupferexporte stellen 90 % der Gesamtausfuhr Sambias dar (nach „SZ“, 10.6.77).

Rassisten können sich auf die Imperialisten verlassen

Ähnlich dem Überfall im November 1976 auf die Stadt Mapai hatten es hier die rhodesischen Truppen anschließend bewußt darauf angelegt, in Gefechte mit FRELIMO-Truppen zu

„Bis Oktober 1976 legten die Rhodesier eine extreme Sorgfalt an den

Tag, bei jedem ihrer Einfälle nach Mosambik den Kontakt mit den Truppen der FPLM (der mosambikanischen Volksarmee) zu vermeiden (...) Diesmal haben sich die Aggressionen jedoch direkt auf die Positionen der FPLM bewegt, um sie einzunehmen“ („Africane Asia“, 13.12.76 — auch abgedruckt in der mosambikanischen Zeitschrift „Tempo“).

Die Rassisten wissen nur zu genau, daß die mosambikanische Armee noch sehr schwach konventionell ausgerüstet ist, und erst nach und nach den Zustand einer Guerilla-Armee verliert.

Noch im Dezember 1976 schrieb „Africane Asia“: „Sie besitzt keine Panzerwagen und Luftstreitkräfte. Es fällt ihr daher schwer, einen nationalen Verteidigungskampf zu führen (...)“.

Diese aktuelle Kräftekonstellation erklärt auch den Versuch der Rassisten ihrer aussichtslosen Lage im Befreiungskampf Zimbabwes durch einen offenen Krieg mit der VR Mosambik zu entkommen.

Ganz offensichtlich haben die Rassisten Garantien, daß bei einer von ihnen provozierten Internationalisierung des Konflikts, ihre Hintermänner in den imperialistischen Metropolen und Südafrika die entsprechende Flut von Waffen und Soldaten zur Verfügung stellen werden.

Schon heute sind die „Verurteilungen“ der Aggression durch die USA, Frankreich, Großbritannien und die BRD blanke Zynismen, werden doch die Massaker in Mosambik nicht nur mit Waffen aus diesen Staaten verübt, sondern auch großteils von Soldaten ausgeführt, die dort rekrutiert wurden. Eine Aufstellung der Anti-Apartheid-Bewegung zeigt, wie umfangreich allein die BRD an der Aufrüstung der Rastistenregimes beteiligt ist.

„1. Das rhodesische Regime hat bereits Juni 1976 mit Unimog-Militärfahrzeugen von Daimler-Benz Angriffe gegen Flüchtlingslager in Mosambik durchgeführt (Kommunique des Verteidigungsministeriums von Mosambik vom 29.5.76).

2. Die rhodesischen Streitkräfte sind mit LKW neuester Bauart der Firma Daimler-Benz ausgerüstet (Filmmaterial der Fernsehjournalisten Wilbur Dieck in „Weltspiegel“ vom 2.1.77, sowie mehrmals in der „Tagesschau“).

3. Rhodesien erhielt 1976 eine unbekannte Zahl von Hubschraubern Alouette III von Südafrika. Diese Hubschrauber sind mit Flugelektronik der Firma Becker Flugfunk Baden-Baden Oos Flughafen ausgerüstet (Interview Data 2/76).

4. Rhodesien hat die in deutsch-französischer Genesellschaftsproduktion hergestellte Panzerabwehrrakete Mistral erhalten (50 % Messerschmitt Bolkow-Blohm 50 % Aerospatiale).

5. Die Bundesrepublik dient als Umschlagplatz für drei amerikanische Flugzeuge vom Typ „Boeing 707“, die 1974 an Rhodesien verkauft wurden.

6. Rhodesien erhält seit 1973 aus Südafrika gepanzerte Fahrzeuge. Die Anlage zur Produktion dieser Fahrzeuge nach einer Lizenz von Panhard Frankreich, ist gemäß „Observer“ (14.7.73) durch Firmen aus der Bundesrepublik errichtet worden.

7. Kurz nach dem Besuch des rhodesischen Verteidigungsministers Pieter van der Byl im Herbst 1974 in der Bundesrepublik veröffentlichte „Die Welt“ am 14.12.74 eine Annonce, in der unter einer Adresse in Salisbury für „Sonnie“ Rhodesien Land der unbegrenzten Möglichkeiten! — Besonders Interesse an ehemaligen Soldaten einer Dienstgrade bis 35 Jahre, die gesund und leistungsfähig sind ... fettgedruckt bekundet wurde.

Am 9.1.75 annoncierte ein Oberstleutnant Thelen im „Tagesspiegel“ in Zürich, schriftliche Bewerbungen für eine Tätigkeit in Rhodesien für 200 bis 300 ledige Männer aller Berufsgruppen im Alter von 18 bis 30 Jahren seien an ihn im Hotel „Holiday Inn“ in München zu richten. Am 10.1.75 berichtete die „Daily Mail“ London, daß es sich dabei um eine Anwerbung von Soldaten handele. Die „Süddeutsche Zeitung“ in München publizierte die Anzeige am 11.1.75. Am selben Tag schrieb „The Star“, Johannesburg, daß in Anzeigen im „Tagesspiegel“ und in der „Süddeutschen Zeitung“ Soldaten für Rhodesien geworben würden.

Afrika-Kommission

Anti-Swapo-Allianz

Im Rahmen sogenannter „Kontaktgespräche“ von fünf Vertretern imperialistischer Staaten (USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada und der BRD) mit dem Rastistenregime der RSA wird derzeit versucht, die imperialistische „Unabhängigkeitsbewegung“ für Namibia zu fixieren. Folgende „Neuerungen“ sind bisher bekannt geworden:

— Die von der RSA eingesetzte — und mit ausgesuchten Leuten besetzte — „Turnhallenkonferenz“ ist angeblich „vom Tisch“.

— So soll nun nicht mehr sofort eine Interimslösung von Vorstern Gnaden eingesetzt werden.

— Es soll sogar „freie Wahlen“ unter Aufsicht der UNO geben, an der die SWAPO sich beteiligen soll.

— Die Vertreter der Imperialisten geben Stammesvertretern den Rat „sich zu einer Partei zusammenzuschließen, um ein Gegengewicht zur SWAPO zu schaffen“.

Daß es sich hierbei jedoch nur um Äußerlichkeiten handelt, wird klar, wenn man hinter die Kulissen blickt: — Die „gestrichene“ Interimsregierung heißt nun „Verwaltungsrat“ und hat dieselben Rechte und Vollmachten wie geplant.

— Die Vorbedingung der SWAPO für eine Wahlbeteiligung — Freisetzung aller Häftlinge und vollständiger Abzug aller südafrikanischen Truppen aus Namibia — wurde gar nicht erst diskutiert, geschweige denn erfüllt.

— Das einzige, was wirklich überbleibt, ist der Rat an die Anti-SWAPO-Kräfte, sich gegen die SWAPO zu vereinigen! (Angaben nach „SZ“, v. 8/9.6.77).

Während in der imperialistischen Presse die Gespräche der Vertreter aus diesen Ländern als „Versuche“, das Regime der Apartheid ins Wanken zu bringen“ dargestellt werden, handelt es sich in Wirklichkeit „um letzte Demarchen, um das südafrikanische Regime davon abzuhalten, den Fehler zu wiederholen, den es mit der

Transkei gemacht hat, die kaum ein Staat anzuerkennen gewagt hat“.

Während die fünf nach außen hin auf einer Teilnahme der SWAPO an den Wahlen bestehen, wird hinter den Kulissen alles getan, um eine „demokratische“ Niederlage der Befreiungsbewegung sicherzustellen.

Hierzu gehört nicht nur der Tip an die Vorstern-Bündel, sich gegen die SWAPO zu vereinigen, sondern auch eine breit angelegte Verleumdungskampagne in der westlichen und imperialistisch orientierten Presse gegen die SWAPO:

— So wird die Flucht von Hunderten von Schülern, die sich dem Widerstand anschließen wollten, als Entführung von Kindern „durch blutrünstige Gangster“ dargestellt.

— Die Truppen Savimbi (UNITA) werden lang und breit von den Massenmedien interviewt „über die von den SWAPO-Terroristen und ihren kubanischen Alliierten bezagene Verbrechen gegen das angolanische Volk“.

— Kenia lanciert eine Meldung, nach der zwei ehemalige SWAPO-Kämpfer gerade aus einem teuren Folterlager der SWAPO ausgebrochen sind.

— Sie seien gerade einem Konzentrationslager entflohen, wo mehr als 1.000 Namibier auf Anordnung der SWAPO-Führung festgehalten werden und auf Hungerrationen gesetzt wurden. „Sie erläuterten, daß die Häftlinge wegen der Kritik an der SWAPO-Führung in Einzelhaft gehalten werden und jeder, der einen Fluchtversuch unternimmt, erschossen wird“ („Reuters“ 1.5.77, nach „MD“ 5.5.77).

— So wird von Südafrika in Namibia plötzlich ein neues „Sprecher“ auf’s Schicksal gehoben — Prof. Kerina —, der angeblich kürzlich vom der SWAPO übergelaufen ist. Fakt ist, daß dieser Vogel bereits vor acht Jahren aus der SWAPO ausgeschlossen wurde.

Diese Beispiele ließen sich weitläufig fortsetzen, sie streifen lediglich das „Repertoire“ des letzten Monats.

Ziel: Die SWAPO soll als eine in sich gesplittete „Terrororganisation“ dargestellt werden, die innere Auseinandersetzungen durch Konzentrationslager und Erschießungen löst und aus der die „Vernünftigen“ austreten, um „friedvolle Lösungen“ mit den Rastisten zu suchen!

SWAPO-Präsident Nujoma verurteilt auf der UNO-Konferenz in Maputo dieses neue Manöver, gleichzeitig wies er auf die Erfolgslosigkeit solcher Machenschaften hin.

„Bis heute hat diese Kampagne keine Früchte getragen, die die SWAPO weiterhin das Vertrauen des namibischen Volkes genießt... Wir erwarten nicht darauf, daß wir der Feind Geschenke macht, sondern wenn es sein muß, sind wir bereit weiterzukämpfen bis Pretoria verzehrt und sich ohne Bedingungen zurückzieht“ (Wenn nicht anders angegeben sind die Zitate aus „Africane Asia“, 30.5.77).

Afrika-Kommission

RSA

Unabhängig schreitet der Ausbau der südafrikanischen Militärmachinerie voran, die RSA wird so ihrer Aufgabe als Bollwerk gegen die jungen Volksrepubliken Angola und Mosambik gerecht. Am 22.4. gab der RSA-Kriegsminister Botha bekannt, daß ein neuer Luftwaffenstützpunkt in Ost-Transvaal etwa 110 km von der mosambikanischen Grenze eingerichtet wird („AFP“ 22.4., nach „Monitor-Dienst“ — „MD“ — 27.4.). Am selben Tag wurde in Kapstadt ein neues Gesetzentwurf veröffentlicht, wonach der Kriegsdienst auf 1 Jahre heraufgesetzt und die jährliche Trainingszeit auf 30 Tage verlängert wird („AFP“ 27.4., nach „MD“, 29.4.).

Afrika-Kommission

Entlarvend!

Der sogenannte „Geheimtender“, „Stimme des freien Afrika“, der von den Rastisten für Wahl- und Propagandarbeit gegen die junge VR Mosambik betrieben wird, verbreitete am 22.5.77 folgende Sendung:

„Die sowjetischen Imperialisten sind nun wieder öffentlich entlarvt worden. Die reaktionäre, kriminelle Clique aus Moskau hat wieder ihr wahres Gesicht gezeigt. Die Moskauer reaktionäre, kriminelle Clique wurde in Gegenwart vieler tausend Menschen — darunter auch viele Marionetten des sowjetischen Imperialismus — entlarvt. Sie erschien in Maputo, der Hauptstadt der sowjetischen sozialistischen Republik Mosambik, wo das brutale, unmenachliche System während der UNO-Konferenz heidenhaft und öffentlich vom Delegierten der Volksrepublik China, Thao Young (ph) entlarvt wurde. (...) Der sowjetische Imperialismus hat nichts für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der afrikanischen Völker getan — und er tut auch gegenwärtig nichts für sie.“

Wir fordern das mosambiquische Volk auf, der Warnung des Leiters der chinesischen Delegation bei der UNO-

Konferenz über die wahren Ziele des sowjetischen Imperialismus in Afrika Beachtung zu schenken. Das mosambiquische Volk ist ein afrikanisches Volk. Deshalb muß es die freundschafflichen Warnungen der Volksrepublik China beachten, damit die UdSSR nicht zur Hinterlist herinkommt und herrscht und ausbeutet, so wie es all den anderen Völkern geschehen ist, die das Pech haben, von den sowjetischen Narren beherrscht zu werden.

Das mosambiquische Volk muß sich die Ratschläge der Volksrepublik China zu Herzen nehmen, denn die Chinesen sind und waren das einzige Volk der Welt, das die kriminellen Absichten der UdSSR gegenüber allen Völkern, die sie als ihre Freunde bezeichnet und mit denen sie Freundschafts- und Kooperationsverträge abschließt, entlarvt hat...“ (nach „Monitor-Dienst“, 26.5.77).

Diese Aussagen machen in erschreckender Weise deutlich, wie weit schon heute die reaktionäre chinesische Außenpolitik, als imperialistische Propaganda zu benutzen ist.

Afrika-Kommission

CDU fordert NATO nach Südafrika

Entsprechend den alten Plänen der NATO „angesichts der drohenden Gefahr“ den Wirkungsbereich auf das südliche Afrika auszudehnen (1972), wird regelmäßig in imperialistischen Ländern „laut gedacht“, um diesen Plan warmzuhalten.

Diesmal war es der Vorsitzende des Kriegsmuseums des Bundestages, Wörner.

Er forderte „eine aus mehreren Flottenverbänden zusammengestellte NATO-Flotte im Südatlantik kreuzen zu lassen. Die NATO sollte engstens ein dramatisch wachsenden Einfluß der Sowjetunion in Afrika ihre Unzulänglichkeit geographische Begrenzung aufheben bei einer multinationalen NATO-

Aktion“ (nach „Die Schaff der Bundesrepublik“ 11.1.77). „Ein Hubschrauber“ meinte Wörner „Eine isolierte militärische Intervention der Bundesrepublik wäre das Ungeschickteste, was sich denken ließe“ („Extra-Dienst“, 13.5.77).

Man sieht es diesem Herren förmlich an, wie er es — angesichts der konkreten Kräftekonstellation in der Welt — bedauert, nicht unmittelbar mit seiner „Bundeswehr“ im südlichen Afrika auf Seite der Rastisten zu intervenieren. Aber was heute noch als „ungeschickt“ (!) gilt, kann schon morgen

Afrika-Kommission

Äthiopien

Terror — von den Revisionisten unterstützt

Die Militärregierung in Äthiopien (DRG) hat nach der Ausweisung von 100 US-Angehörigen im Mai jetzt ihre letzten Offiziere aus den USA zurückgerufen, die dort „ausgebildet“ wurden. Es handelt sich um insgesamt 81 Rückkehrer von insgesamt 3.000 Offizieren, die Zahl der seit 1950 in den USA ausgebildeten äthiopischen Soldaten beträgt 23.000 („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „FAZ“, 3.6. und „Süddeutsche Zeitung“, „SZ“, 2.6.77).

Die Verschlechterungen der Beziehungen zum Imperialismus laufen parallel zu einem Ausbau der Beziehungen zu den revisionistischen Ländern, an der Spitze die Sowjetunion. Von dieser Seite werden seit jüngster Zeit verstärkt Waffen und Munition geliefert, die vom DRG zur Bekämpfung der „Revolutionären Volkspartei“ (EPRP) und vor allem des eritreischen Befreiungskampfes eingesetzt werden.

So gibt die regierungsoffizielle „Äthiopien Herald“ die Liquidierung von 2.300 „Politbanditen“ im Zeitraum Anfang März bis Mitte April bekannt, bei denen es sich vor allem um Genossen der EPRP handeln dürfte. Nichtsdestoweniger mußte der DERG in einer Erklärung Anfang Mai zugeben, Addis Abeba „sei noch nicht ganz von Anarchisten gesäubert“ („Radio Addis Abeba“, nach „Monitor-Dienst“, 11.5.).

Der Ausrüttungsfeldzug gegen die linke und revolutionäre Opposition wird von den Revisionisten im Rahmen ihrer intensivierte Beziehungen zum äthiopischen Regime durchaus positiv bewertet. Radio Moskau vom 3.5.77: „Seit dem vergangenen Februar, als der regierende Provisorische Militärrat die Verwaltung von Kapitulantengruppen übernahm, aktivieren die revolutionären Kräfte Äthiopiens ihre Aktivitäten gegen die Konterrévolutionäre... Es kommt zu immer mehr Einsätzen gegen Banden bewaffneter Landbesitzer, Anarchisten, separatistische Gruppierungen und Kriminelle“ (nach „MD“, 5.5.77). Dies entspricht dem Originaltext des DERG.

Bei den von Radio Moskau so titulierten „separatistischen Gruppen“ handelt es sich in erster Linie um die siegreiche eritreische Befreiungsbewegung, im weiteren um ähnliche Bewegungen, z.B. in der Provinz Tigre. Bei den so titulierten „Anarchisten“ handelt es sich um verfolgte Revolutionäre, Kommunisten, Gewerkschafter, Studenten und Lehrer ihre Gleichsetzung mit „Kriminellen“, „separatistischen Gruppen“, „Banden bewaffneter Landbesitzer“ durch Radio Moskau kennzeichnet das Ausmaß von Skrupellosigkeit der sowjetischen Machtpolitik, denen offenbar jedes Mittel recht ist, einschließlich des Massenmordes an den fortschrittlichen Teilen des Volkes, um politischen Einfluß auf die äthiopische Militärdiktatur zu bekommen.

Gleichzeitig wird auf die durchaus bestehende feindliche Haltung der reaktionären arabischen Regimes zum DERG hingewiesen. Die Feindschaft dieser Regimes richtet sich vor allem gegen die antifeudalen Errungenschaften, die die landlosen Massen, Kleinbauern, Arbeiter und Studenten dem DERG abgetrotzt haben. Von den Revisionisten wird zwar die reaktionäre arabische Allianz gegenüber Äthiopien angegriffen, aber damit ist u. a. u. g. l. e. i. c. h. der Terror des DERG gegen die Linke gerechtfertigt: „Es wird immer deutlicher, daß die imperialistischen Mächte und die reaktionären Nachbarn Äthiopiens den Umwandlungen in Äthiopien in offener Feindschaft gegenüberstehen. Angesichts dieser Situation handelt die Regie, um mit Entschlossenheit, um das Land von subversiven Elementen (d.h. vor allem die EPRP — Anm. AK) zu säubern“ (ebenda).

Den Revisionisten gelingt damit ein perfekter politischer Kopfschlag. In Wirklichkeit kostet gerade der erbarmungslose Kampf des DERG gegen EPRP der äthiopischen Revolution ihre besten Kräfte und kennzeichnet das Bestreben des DERG, jede „Radikalisierung“ in Richtung auf eine wirklich sozialistische Perspektive zu verhindern. Eine halbvollendete bürgerlich-demokratische Revolution, kombiniert mit dem Terror gegen links, ist jedoch die beste Ausgangsposition für die arabische Reaktion. Zudem erleichtert ihr der Kampf des DERG gegen das eritreische Volk die (reaktionäre) Einflussnahme auch auf diese Bewegung. Es ist nicht zu verkennen, daß die arabische Reaktion mit der forcierten Unterstützung einzig ihr



Äthiopische Gefangene der eritreischen Freiheitskämpfer

ergeben. Fraktion im eritreischen Kampf (die sich „ELF-PLF“ nennen) die Sabbe-Fraktion) versucht, den berechtigten Befreiungskampf des eritreischen Volkes zu mißbrauchen und — gestützt auf Teile der eritreischen Bourgeoisie — ein von Addis Abeba losgelöstes Eritrea in die Front der reaktionären arabischen Regimes einbinden zu wollen.

Ein Mitglied eben dieser Sabbe-Fraktion hatte kürzlich Kuwait besucht und bezeichnete die „arabischen und islamischen Menschen“ zu verstärkter Hilfe für Eritrea aufgefordert. Ferner kündigte er den Besuch seines Chefs Sabbe an „Uthman Sabbe, der Vorsitzende des Zentralkomitees der Exekutivkomitees, soll in wenigen Tagen in Kuwait eintrifften, um mit führenden Regierungsvertretern Kuwaits zusammenzutreffen, um den Kampf und die politische Situation in Eritrea zu erörtern und darüberhinaus Kuwait für sein Verständnis und seine klare und feste Haltung gegenüber unserer Sache zu danken.“ („AL-RAJ-AL-AAM“, nach „MD“, 23.5.).

In der gegenwärtigen Situation nutzen die revisionistischen Helfskund- und die materielle Unterstützung in den Kampf gegen die äthiopische revolutionäre Linke und die eritreischen Befreiungskämpfer vor allem den Kräften, vor denen sie lautstark warnen: Imperialismus und arabische Reaktion.

Wie eng mittlerweile die Beziehungen der Revisionisten zum DERG geworden sind, bezeugen die Dokumente, die beim Besuch des DERG-Vorsitzenden in Moskau unterzeichnet wurden:

— eine „Deklaration über die Grundlagen für freundschaftliche Beziehungen der UdSSR und dem sozial-

istischen Äthiopien“

— ein „Protokoll über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit“;

— eine „Verabbarung über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit“; und

— eine „Konvention“, die beinhaltet „regelmäßigen Gedankenaustausch über wichtige internationale Fragen gegenseitigen Interesses“ („Radio Moskau“, nach „MD“, 9. und 10.5.77).

Im reaktionistischen Sinne für den DERG hat sich auch Cuba angeschlossen, es arbeiten bereits Cubaner in Entwicklungsprojekten und im Gedenkmuseum („Radio Addis Abeba“, nach „MD“, 3.6.). Die vom reaktionären Numeiri behaupteten 2.500 cubanischen Militärberater gehören allerdings in das übliche Bild antikomunistischer Stimmungsmache in Afrika. Fidel Castro hat die Anwesenheit von militärischem Personal dementiert, jedoch gegenüber dem US-Abgeordneten DeLamo in Havanna die Entsendung von Militärberatern nicht ausgeschlossen, „wenn Äthiopien sie benötigt und anfordert“ („SZ“, 4.6.77). Dies würde bedeuten, daß sich die Cubaner nicht nur den Feudalfaschisten der EDU (organisierte Banden der Großgrundbesitzer) sondern auch der äthiopischen Linken gegenüberstehen. Ganz zu schweigen vom Einsatz gegen die eritreischen Befreiungskämpfer, die sich derzeit anschicken, den Sturm auf die eritreische Hauptstadt Asmara vorzubereiten („International Herald Tribune“, 2.6.77). Es wäre zu hoffen, daß Cuba von einer so weitgehenden Übernahme reaktionärer Positionen der sowjetischen Machtpolitik absteht.

Seychellen: Neue fortschrittliche Regierung oder alter Wein in neuen Schläuchen?

In der Nacht vom Samstag, dem 4.6., auf Sonntag wurde die Regierung der Seychellen gestürzt. Die Seychellen sind eine kleine Inselgruppe im Indischen Ozean, mit nur 60.000 Einwohnern. Der Staatschef und Führer der „Demokratischen Partei der Seychellen“ (SDP), Mancham — er ist zur Zeit auf der Commonwealth Konferenz in London — wurde für abgesetzt erklärt. Anführer des Putsches ist der bisherige Premierminister Albert Rene. Er ist der Präsident der „Verinigten Volkspartei der Seychellen“ (SPUP). Der Putsch verlief relativ blutlos. Lediglich ein Polizeibüro wurde gestürmt und fünf Menschen wurden getötet. Unmittelbar nach dem Putsch wurde eine neue Regierung unter Vorsitz A. Rens gebildet. Fünf englische Polizeioffiziere, die dem Drill der Seychellen-Polizei übernommen hatten, wurden sofort des Landes verwiesen. Über die Inselrepublik wurde der Notstand verhängt („Le Monde“, 7. und 8.6., „NZZ“, 7.6.77). In einem von der neuen Regierung veröffentlichten Kommuniqué heißt es unter anderem, Mancham dürfe nicht mehr einreisen, sein Besitz werde allerdings nicht beschlagnahmt. Die anderen außer Landes weilenden Minister könnten wieder einreisen, sofern sie sich nicht subversiv betätigten. Die Touristen können bleiben („Le Monde“, 8.6.). Mancham wird beschuldigt, korrupt zu sein, wie ein Playboy zu leben, ausländische Investoren geduldet zu haben. Z.Z. findet ein Touristen- und Bauboom statt, mit paradiesischen Abschreibungsraten für die Konzerne, bei gleichzeitiger eklatanter Vernachlässigung der Landwirtschaft und einheimischen Industrie. Resultat die Seychellen müssen fast alle Lebensmittel einführen, die Preise sind in die Höhe geschossen, es gibt tausende von Arbeitslosen. Manchams letzter Coup: Er wollte die Verfassung ändern, um die nächsten Wahlen um fünf Jahre verschieben zu können. Der englische Komprador Mancham — es war schon unter seiner Majestät Chefminister (durch Wahlbetrug) — war ein eifriger Verfechter der kolonialen Abhängigkeit von England, erst 1974 nach Bombenanschlägen und Massenprotesten schwenkte er kurz vor der Wahl auf die gescheiterte neokoloniale Variante um („Neues Deutschland“, 4.5.74). Die Partei Rens, die SPUP, trat seinerzeit die Wahl mit der Forderung nach totaler Unabhängigkeit an und hatte die Losung „Wir wollen kein Volk von Hotelboys sein“. Insgesamt trat die programmatisch sehr

radikal auf. In einem Interview mit der Zeitung „Horizonte“ (21.11.75) sagte Rens: „Die SDP (die Partei des gestürzten Mancham) vertritt hauptsächlich die Interessen der Händler, Geschäftsleute und Großgrundbesitzer. Sie ist auch fest mit imperialistischen Staaten wie den USA, Großbritannien und natürlich Südafrika (...) verbunden. Unserer Bevölkerung wird die ökonomische Potenz genommen, denn die Landwirtschaft, die Fischerei und andere Wirtschaftsbereiche (als den Tourismus) werden immer mehr eingeschränkt, z.B. sind wir schon jetzt vollkommen vom Nahrungsmittelimport aus dem reaktionären Südafrika abhängig (...) die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln wäre möglich.“

„Wir fordern den wissenschaftlichen Sozialismus. Hier auf den Seychellen gilt es mit allen politischen Konsequenzen sozialdemokratische und neokoloniale Varianten zu verhindern, denn wir wollen keine halbe Unabhängigkeit.“

Einer der ersten Gratulanten war der fortschrittliche Nachbar Madagaskar.

Es gibt allerdings auch Hinweise, daß Rens radikale Positionen von 1975 nur Propagandarammel waren bzw. heute revidiert sind. Der „Guardian“ vom 9.6. schrieb, daß das Programm der neuen Regierung „mehr reformistisch als revolutionär“ sei, sie werde keine Schwierigkeiten bei der diplomatischen Anerkennung erhalten, denn es wäre klar, daß sie ihre „engen Beziehungen zum Westen beibehalten will“. Der neue Minister für Erziehung und Kultur meinte, daß der „Tourismus wichtig für uns bleiben wird, und wir werden nichts tun, um das Wirtschaftswachstum zu behindern“. Albert Rens fügte hinzu: „daß sogar südafrikanische Besucher auf den Seychellen willkommen wären, denn sie seien nicht verantwortlich für das ‚barbarische Apartheidregime‘“. Die „Süddeutsche Zeitung“ vom 10.6. vermerkte: „Wertvolle Diplomaten in Victoria (die Hauptstadt der Seychellen — Anm. AK) gehen davon aus, daß die neuen Machthaber nichts gegen ein Fortbestehen der amerikanischen Satellit-Relaxation haben. Die USA zahlen dafür jährlich 1 Mio. Dollar.“

Möglicherweise nicht gerade zufällig ist Albert Rens kurz vor dem Putsch durch mehrere westeuropäische Hauptstädte gereist („AFP“, nach „MD“, 9.5.77) — Ein verabschiedeter Staatstreich? Afrika-Kommission

F. POLISARIO fordert OAU-Konferenz

Im Juli letzten Jahres war auf dem OAU-Gipfel auf Mauritius eine außerordentliche OAU-Sitzung für Anfang 1977 zur Erörterung der Unabhängigkeit der Westsahara beschlossen worden. Diese Sonderveranstaltung wurde bis heute vom derzeitigen rechten OAU-Vorsitzenden Ramgoolam nicht ein-

F. POLISARIO fordert OAU-Konferenz

geleitet. Der Außenminister der Demokratischen Arabischen Republik Sahara, Hakim Ibrahim, hat heute morgen (17.5.) auf einer Pressekonferenz in Maputo den Vorsitzenden der OAU beschuldigt, er sei in erster Linie dafür verantwortlich, daß das außerordentliche Gipfeltreffen über

die Sahara noch nicht stattgefunden habe (...). Außerdem betonte der Außenminister, die Anwesenheit der Delegation der POLISARIO-Front in der Konferenz in Maputo sei ein großer diplomatischer Sieg für das Volk der Sahara. Es ist darauf hinzuweisen, daß Marokko und Mauritien die Konferenz zur Unterstützung der Völker von Namibia und Zimbabwe aufgrund der Anwesenheit der POLISARIO-Front boykottiert haben“ (Radio Maputo, 17.5.77, nach „MD“, 24.5.77).

Afrika-Kommission

FOS Bucraa: Rechnung ohne den Wirt gemacht

Der Ministerpräsident der „Demokratischen Arabischen Republik Sahara“ (DARS) hatte in seiner Rede während der Feierlichkeiten am 20. Mai, dem 4. Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes der F. POLISARIO, gesagt:

„Alle spanischen Arbeiter, die in den Diensten Marokkos stehen, werden als Söldner betrachtet und müssen mit ihrem Tod rechnen“ („Cambio 16“, 12.6.77). Gemeint waren die etwa 340 spanischen Arbeiter (von den kanarischen Inseln), die in den Phosphatminen von Fos Bucraa auf dem Territorium der DARS von der marokkanischen Gesellschaft OCP beschäftigt werden. Die kanarischen Arbeiter hatten bereits wiederholt angekündigt, die Minen zu verlassen, weil ihre Sicherheit dort nicht gewährleistet ist. Sie hatten ein Ultimatum bis zum 30. Juni gestellt („El Pais“, 19.5.77).

Die F. POLISARIO hat das Ultimatum verurteilt. Durch mehrere Sprengstoffanschläge auf Fos Bucraa, bei dem zehn Marokkaner getötet worden sein sollen („Süddeutsche Zeitung“, 4./5. Juni) haben zunächst 130 spanische Arbeiter die Gegend fluchtartig verlassen und 30 kanarische Lastwagenfahrer haben sich ebenfalls geweigert, weiterhin zu fahren („El Pais“, 4.6.77). Die kanarischen Arbeiter stehen unter starkem



Druck der marokkanischen Bewachung, die sind quasi dienstverpflichtet...

„Obwohl seit Monaten kein Gramm Mineral aus den Gruben gefördert wird, noch der Transportband funktioniert, das auf einer Länge von 100 km das Mineral durch die Wüste zum Verladeort befördert, haben die Direktoren der Gesellschaft einen Arbeiterrhythmus aufrechterhalten, der sich dem normalen Betrieb annähert. Die optimistischen Pläne erlaubten an eine lang-

setzung des Minenbetriebs. Ende dieses Jahres zu denken und an eine vollständige Wiederherstellung der Produktion innerhalb von zwölf Monaten“ („El Pais“, 4.6.77). Sie hatten die optimistische Rechnung ohne den Wirt gemacht.

Offenbar beschränkten sich die Aktivitäten der von starken marokkanischen Armeinheiten bewachten kanarischen Arbeiter darauf, bereits gefördertes Phosphat abzutransportieren. Es sollen insgesamt 1001

Tonnen weggeschafft worden sein („El Pais“, 4.6.77).

Nach dem Angriff auf das mauritanische Eisenbergwerk Zouerat am 1. Mai 77, war der Angriff auf Fos Bucraa die zweite bedeutende Aktion der F. POLISARIO in kaum mehr als einem Monat.

Nach Angaben der spanischen Zeitschrift „Cambio 16“ hat ein politischer Sprecher der F. POLISARIO geäußert:

„Nach dem Verteidigungskrieg, den unsere Kämpfer führen mußten, nachdem die Invasionen unserer Land überfallen, sind wir durch eine Phase der Generaloffensive gegangen. Jetzt werden wir unsere Operationen auf die neutralistischen Punkte des wirtschaftlichen und militärischen Systems des Feindes konzentrieren, im Str. von Zouerat. Oder anders gesagt, wir befinden uns am Übergang von einer quantitativen zu einer qualitativen Phase. Diese Veränderung der Art des Kampfes, in der wir die alleinige Initiative haben, wird begleitet von einer Umgestaltung unserer Armeen. Wir befinden uns an einem Wendepunkt, an dem unsere punktuell angreifenden Einheiten (Guerrilla-Armeen) sich in Einheiten zur Besetzung militärischer Ziele verwandeln (Befreiungsarmeen)“ („Cambio 16“, 12.6.77).

Afrika-Kommission

Umsiedlungsaktion Namibia – Bolivien?

Während auf der einen Seite die Bundesregierung die rassistische Apartheidspolitik im Süden Afrikas „unmenachlich und zutiefst menachverachtend“ (Schmidt) nennt, ist sie auf der anderen Seite doch sehr um das Wohl der dort lebenden Rassen besorgt.

So zählen gerade in Namibia, der RSA und Zimbabue (Rhodesien) sehntausende deutschstämmige Einwanderer zu den „staatstragenden“ Kräften des Kasmamus.

Allein in Namibia haben über 30.000 Weiße einen Paß der BRD!

Aber auch diese Vögel brauchen sich um ihre Zukunft kaum zu sorgen.

„Einhundertfünftausend weiße Siedler aus Zimbabue, Namibia und Südafrika, in ihrer Mehrheit deutscher und holländischer Abstammung, sollen ab Mitte dieses Jahres nach Bolivien einwandern.“

Um diesen Plan zu realisieren gab es bereits eine Menge Bemühungen gerade von Seiten der Bundesregierung. So wurden schon anlässlich einer Konferenz in Costa Rica 1976 Kontakte zu den faschistischen Län-

besteht zu 65 % aus Indios, die, um mit den Worten (...) der herrschenden Klasse zu sprechen, „Mistviegel“ sind, denn sie essen mehr und arbeiten weniger“. Man kann sich vorstellen, warum die bolivianischen Faschisten gerade so erpicht auf Auswanderer aus dem südlichen Afrika sind!

„Die Landestelle, in denen die künftigen Einwanderer sich niederlassen sollen, sollen bereits feststehen (...) (hier hat) (...) die bolivianische Regierung große Anstrengungen auf den Gebieten der Straßenbau, der Bewässerung und im Dienstleistungsbereich gemacht.“

Der Hammer
„Diese Verbesserungen der Infrastruktur waren ursprünglich dazu vorgesehen, die Umsiedlung tausender bolivianischer Bauern zu ermöglichen, die (...) hier bessere Lebensmöglichkeiten erhalten sollten.“

Während 1973 die Bemühungen der bolivianischen Faschisten nach „frischem Blut“ weitgehend fehlgeschlagen, da die meisten weißen Auswanderer Angolos direkt nach Portugal oder aber nach Brasilien gingen und sich kein Staat und keine Organisation fand, der die Aktion finanzieren wollte, scheint die jetzige Umsiedlungsaktion zu klappen.

„Die Ansiedlung dieser 30.000 Familien, die bisher im südlichen Kegel Afrikas lebten oder noch leben, wird durch einen 150 Mio. Dollar-Kredit der Bundesrepublik Deutschland finanziert.“

Um die Zusammenarbeit der SPD/FDP-Regierung mit den bolivianischen Faschisten zugunsten der Rassen nicht allzu deutlich werden zu lassen, ließ man sich einen besonderen Trick einfallen: Die gesamte Umsiedlungsaktion wird abgewickelt und finanziert über die KCEM (Zwischenstaatliche Organisation für die europäische Auswanderung) und die „Interamerikanische Entwicklungsbank“. Das ist auch der Grund, weswegen die BRD-Regierung bisher dieses Projekt „guten Gewissens“ demonstrieren konnte, denn eine direkte Zusammenarbeit mit der bolivianischen Regierung gibt es derzeit – zumindest offen – nicht.

Die 150 Mio. Dollar würden auch nicht direkt an Bolivien gezahlt, sondern an die ICEM, die dann den Kredit an die bolivianische Regierung weitergeben würde.

Jedenfalls porrt die Bundesregierung dafür, daß der rassistische Abschaum auch nach der möglichen Unabhängigkeit Namibias nicht selbst arbeiten muß, um gut zu leben – der schwarze Sklave wird durch den Indio ersetzt!

(Zitate – wenn nicht anders angegeben – „3.Welt-Magazin“, 4/77)

Afrika-Kommission



Ein Schwarzer als „Blinderhund“. Nach dem Wunsch der BRD-Regierung soll er demnächst durch einen Indio ersetzt werden. Dann ist nicht die Umsiedlungskosten der Rassen nach Bolivien.

„Für den Fall einer schwarzen Mehrheitsregierung in Namibia“, so erklärte der SPD-Geschäftsführer Bahr, „sei die Bundesrepublik bereit, ehemalige Siedler mit deutscher Staatsangehörigkeit aufzunehmen.“

Nun gibt es unter den Rassen aber eine ganze Menge, die meinen, daß „die Bundesrepublik unter der Herrschaft der SPD zu einem sozialistischen Land verkommen ist, das wir nicht mehr als unsere Heimat bezeichnen können“ (Radio Johannesburg 11.4.76, nach „Monitor-Dienst“ 17.4.76).

dem in Lateinamerika aufgenommen. Während Brasilien, Argentinien und Uruguay es ablehnten weiße Siedler aufzunehmen, war Bolivien geradezu begeistert von diesem Plan.

– Schon 1973 hatte sich Bolivien bemüht, portugiesische Auswanderer aus Angola und Mosambik in's Land zu holen. Ziel: „...frisches Blut, um den Anteil der strukturierten Bevölkerung zu erhöhen“ („Africa Asia“, Nr. 108, 1976), hieß die provokatorische Lösung.

„Die bolivianische Bevölkerung

Kaunda in der BRD

Zwischen dem 3. und dem 6. Juni hat der sambische Staatschef Kenneth Kaunda die BRD bereist, dabei mit Scheel, Schiel und Schmidt Gespräche geführt und anschließend seine dreiwöchige Europa-Goodwill-Tour fortgesetzt.

Wie bei derlei Anlässen so üblich, spuckten Schmidt und Co. einige weitere Millionen aus, um ihren ohnehin erheblichen wirtschaftlichen Einfluß auf Sambia weiter auszubauen.

So wird die Kapitalhilfe der BRD für Sambia für die kommenden zwei Jahre um 10 Millionen auf 80 Mil-

lionen DM, die technische Hilfe auf 6,4 Millionen DM erhöht. Außerdem erhält Sambia eine Million für die „Betreuung von Flüchtlingen“ („Welt“, 7.6.). – Wie bekannt, flimmern auch die aus der VR Angola zurückgeschlagenen UNITA-Soldatentruppen offiziell noch als „Flüchtlinge“.

Regelmäßige Freundschaftsbemühungen, Kapital- und technische Hilfe, „deutsche Fachkräfte“ und Entwicklungshelfer in bescheidenem Umfang prägen schon seit langem das Bild westdeutsch-sambischer Wirtschaftsbeziehungen. Schließlich ist

Sambia ein für die BRD-Imperialisten wichtiger Kupferlieferant: Schon 1966 kamen etwa 20 % der westdeutschen Rohkupferimporte aus Sambia („Nachrichten für Außenhandel“, „NFA“, 18.8.66).

Hier nur eine kurze Aufstellung der in den letzten Jahren von der BRD gewährten Kapitalhilfe (ohne den Anspruch auf Vollständigkeit)

1970:	10	Millionen DM („NZZ“, 3.5.70),
1972:	15,7	Millionen DM („NFA“, 26.7.72),
1973:	27	Millionen DM („Handelsblatt“, 24.4.73),
1974:	14	Millionen DM,
1976:	36	Millionen DM und 6,3 Mio. DM Warenhilfe („NFA“, 23.2.76),
1977:	80	Millionen DM („Welt“, 7.6.77)

Die umfangreiche Kapitalhilfe ist jeweils gepaart mit weitgehenden Abkommen, die speziell die Investitionen des BRD-Imperialismus fördern sollen, so z.B. das „Wirtschaftsabkommen“, zur Intensivierung des deutsch-sambischen Wirtschaftsverkehrs, das „Rahmenabkommen über technische Hilfe“, das den Einsatz westdeutscher „Fachkräfte“ und die Entsendung von Entwicklungshelfern behandelt und das sog. „Investitionsschutz und förderungsbefreiende“, der im übrigen einseitig Vertrag dieser Art, der von Sambia geschlossen wurde (1) („Welt“, 24.10.74).

Entsprechend hat sich auch das Gesamtvermögen des Außenhandels in den letzten fünf Jahren von 282,9 auf 490,6 Millionen DM erhöht, also fast verdoppelt.

Afrika-Kommission

Nachrichten aus Zaire

Die ägyptische Unterstützung für das besetzte Mobutu-Regime während des Volksaufstandes in der Provinz Schaba war weit größer, als bisher bekannt. 1.500 (II) Soldaten aus Ägypten haben nach Angaben des Oberkommandierenden der ägyptischen Streitkräfte, General El Gammal auf Seiten der Mobutu-Truppen gekämpft. Noch am 1. Mai 77 hatte Sadat frech gelogen, „nur“ Piloten aus Ägypten hätten für Mobutu gekämpft (nach „Le Monde“, 27.5.77).

Nach offiziellen Angaben aus Zaire hätten die Operationen des marokkanischen Truppenkontingents (1.500 Mann) in der Provinz Schaba in Zaire am 20.5. auf Mobutu hat eine „Neuorganisation“ der Armee angekündigt („Le Monde“, 3.6.), zuvor aber will er alle die erschießen lassen, die sich geweigert haben, auf seiner Seite gegen das Volk zu kämpfen („Süddeutsche Zeitung“).

Die Kosten für den Militäreinsatz in Zaire betrug Mobutu auf 24 Millionen französische Franc, ein Teil wird durch ausländische (gemeint ist imperialistische) Hilfe gedeckt. In diesem Zusammenhang dankte Mobutu dem Feudalfaschisten Hassan II von Marokko, der in einer wahrhaft königlichen Geste beschlossen hatte, seinem Kumpan das gesamte Kriegsmaterial abzutreten, das seine Soldaten in Schaba benutzt hatten.

Nachdem die imperialistische Intervention Mobutu noch einmal – zumindest vorübergehend – gerettet hat, geht dieser auf Reisen, um seinen Dank abzustatten. Die Stationen dieser Reise sprechen eine deutliche Sprache:

Paris, Belgien, BRD, Ghana und die Elfenbeinküste („Le Monde“, 7.6.77).

Das folgende Flugblatt wurde von der FLNC an die marokkanischen Soldaten in der Provinz Schaba verteilt:

Marokkanische Soldaten!

Warum seid ihr hier im Kongo? Ihr müßt gegen die kongoleschen Patrioten kämpfen, die um ihre wahre Unabhängigkeit ringen. Französische Kolonialisten schicken Euch in den Tod für ihre eigenen neokolonialistischen Interessen. Die französischen Kolonialisten sehen in Euch immer noch Sklaven.

Solidarisiert Euch mit den kongoleschen Patrioten! Helft ihnen, und ihr helft Euch selbst.

Die Nationale Befreiungsfront des Kongo

FLNC

FLNC

Auszug aus dem jüngsten Kommuniqué der FLNC vom 23.5.77

„Anfangs war die Zahl unserer Kämpfer auf 2.800 Einheiten begrenzt. Wir konnten damit allen Angriffen und Verteidigungseinheiten der Mobutu-Feindarmee trotzen. Erst nach den verstärkten Bombardierungen der Zivilbevölkerung waren wir gezwungen, uns zu unseren Stützpunkten im Inneren des Landes zurückzuziehen. Mit uns zog der größte Teil der Bevölkerung, wodurch es für die Mobutu-Soldaten unmöglich wurde, das zuvor besetzte Schaba wieder zu besetzen.“

Heute bin ich (der Oberkommandierende M'Bumba –AK) stolz zu sagen, daß sich die Zahl unserer Kämpfer seit Beginn der bewaffneten Aktionen vervielfacht hat. Aus allen Gegenden des Kongo sind Tausende junger freiwilliger Kongolesen zu uns gekommen und kommen noch immer, um sich uns anzuschließen und mit festem Willen das marokkanische-Regime von Mobutu zu bekämpfen.

Seit Beginn der Kämpfe hat Mobutu im Inneren wie auch nach Außen versucht, uns als von den Russen, den Kubanern oder anderen Söldnern geschickte Eindringlinge hinstellen. Für all diese Gerüchte hat es jedoch niemals einen Beweis gegeben. Alle Länder, die Mobutu unterstützen, müssen wissen, daß die in der FLNC vereinten Kämpfer nur ein Ziel vor Augen haben: Das kongolesche Volk aus dem Chaos und Elend zu befreien, das es bis jetzt kennengelernt hat. In diesem Kampf stützen sich die Kämpfer der FLNC nur auf die Unterstützung des ganzen kongoleschen Volkes. Gegenüber den Lügengeschichten von Mobutu muß ich noch einmal widerholen. Für die FLNC ist der Kampf noch lange nicht zu Ende. Die Wiedereroberung von Dilolo und anderen Städten in Schaba bezeichnet überhaupt nicht den Schluß der Kämpfe. Die internationale Öffentlichkeit muß wissen, daß die zairische Armee kein Vertrauen mehr besitzt und nicht mehr auf Mobutu und sein Regime zählt. Außerdem ist sie gar keine richtige Armee mehr: Die Soldaten sind demoralisiert und unzufrieden. Ausländische Armeen können nicht für ewig im Land bleiben, um einem in den letzten Zügen liegenden Regime wieder auf die Sprünge zu helfen. Und was die FLNC angeht, so wird es für Mobutu immer schwieriger, uns den Weg zu verstellen.

Seit Beginn der Kämpfe hat die FLNC niemals irgendwelche militärische Hilfe bekommen. Sie hat jedoch eine große Menge zairischer Waffen ausländischer Herkunft erbeutet. Damit steht sie sich immer besser imstande, den Befreiungskampf bis zum Ende zu führen.“

Afrika-Kommission

Afrika-Kommission

Afrika-Kommission



Marokkanische Söldner in Zaire

Söldner für Zaire

Seit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1960 hat das kongolesche Volk besonders unter den Grausamkeiten internationaler Soldaten zu leiden gehabt.

Eine der Zentren für die Rekrutierung von Söldnern ist traditionell Belgien. Logisch, daß im Rahmen der internationalen Intervention zur Unterdrückung des Volksaufstands in Schaba dieses schmutzige Geschäft wieder blüht.

Die niederländische Zeitung „Vrij Nederland“ berichtete am 4.5. über den Fall des französischen Ex-Legations-Gilbert M. der über das bereits einseitig bekannte Café „Au Petit Scherboek“ in Brüssel nach Zaire „vermittelt“ wurde. Dieser Fall steht sicher nicht allein auf eine Anfrage eines PSB-Abgeord-

neten im Januar 1976. In der auf die Soldatenwerbungen für die Armee der rhodesischen Rassen in diesem Café hingewiesen und eine Anpassung der belgischen Gesetze an entsprechende internationale Vereinbarungen in der Form gefordert wurde, daß sowohl der Anwerber als auch das Verdingen als Söldner verboten werden kann wurden von der Regierung entsprechende Schritte in „kurzestmöglicher Zeit“ angekündigt. Bis heute nichts. Die belgischen Imperialisten werden ihre Gründe haben.

Belgische Kommission KIB/Ga Brüssel/Leuven

Demokratie Marke Kenyatta

Wie wir bereits in AK 104 berichteten, hatte die KANU, führende Regierungspartei Kenias, in einem gekonnten Gaupersstück die nationalen Wahlen des Landes 24 Stunden vor der Entscheidung beendet. Es waren seit 1966 die ersten nationalen Wahlen überhaupt.

Von Anfang an sabotierte die KANU den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahl. Gegenkandidaten wurde „nahgelegt“ aufgedeckt und ähnlich mehr.

Odinga Odinga, ehemaliges Mitglied der verbotenen „Kenya's People Union (KPU)“ und mittlerweile voll ins Lager der bürgerlichen Opposition integriert, wurde durch die KANU ausdrücklich verboten, für das Amt des Vize-Präsidenten zu kandidieren. Er ist bereits das dritte Mal, daß

Odinga auf diese Weise von einer Teilnahme an den Wahlen ausgeschlossen wurde.

Bei den allgemeinen Wahlen 1974 wurde seine Kandidatur durch ein Gesetz verhindert, das besagte, daß nur derjenige sich zu den Wahlen aufstellen darf, der bereits drei Jahre Mitglied in der KANU ist.

Erst die Ausschaltung jeglicher – sogar bürgerlicher – Opposition bis hin zum Abblasen der Wahlen sind symptomatisch für die Politik der Kenyatta-Ligue.

Um keinen Preis wollen diese Herren ihren totalen Machtanspruch aufgeben, um keinen Preis ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß mit Kompromissen aus dem „oppositionellen“ Lager teilen.

Afrika-Kommission

Afrika-Kommission

Nachrichten aus Schule und Hochschule



Göttinger AStA droht Amtsenthebung

Nach einer sechs Wochen andauernden Kampagne gegen den Göttinger AStA wegen des Abdrucks des „Buback-Nachruf“ droht diesem „Zeit die Suspendierung und die Wahrnehmung seiner Geschäfte durch einen Staatskommissar“ (FAZ, 10.6.). Da es sich bei der „FAZ“ in diesen Dingen um eine „informierte“ Zeitung handelt, ist mit einiger Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß es sich nicht um eine leere Drohung oder vage Vermutungen handelt.

Anlaß für diesen erneuten Vorstoß (nachdem frühere Pläne dieser Art als „tatsächlich unklar“ zurückgestellt worden waren) war die Weigerung des AStA, einer gerichtlichen bestätigten Anordnung des Göttinger Rectors Baug nachzukommen, nach der er sich vom Buback-Nachruf distanzieren und die Verbreitung der beanstandeten Ausgabe der „göttinger nachrichten“ unterlassen sollte, außerdem sollte er ... werden, keine „Erklärungen und Stellungnahmen allgemeiner politischer, nicht hochschulpolitischer Inhalts abzugeben“.

Immer deutlicher wird an dem Vorgehen, daß das Ziel der Aktion das Politische Mandat selber ist. So wird in der „FAZ“ (10.6.) über die Aktion das Politische Mandat selber ist. So meinte die „FAZ“ (10.6.) in einem Kommentar völlig nüchtern und unmissverständlich: Die Radikalen hätten in Göttingen „nichts anderes gesagt als die Radikalen an anderen Universitäten: daß sie nämlich den Mord für politisch richtig halten“. Der Göttinger AStA praktiziert auch nichts anderes als die Mehrheit der Studentenausschüsse an den anderen Hochschulen: er nimmt widerrechtlich ein allgemein-politisches Mandat wahr.“ Das sagt dieselbe bürgerliche Presse, die wochenlang in der Anti-Terroristen-Kampagne gegen den Göttinger AStA inszeniert hat, während es doch in Wirklichkeit um das politische Mandat, um die freie Meinungsäußerung der studentischen Organe und nichts anderes gegangen war. Immerhin – eine reife schauspielerische Leistung.

Ganz auf dieser Linie hat die zweite gerichtliche Instanz entschieden, es sei überflüssig, vom AStA eine Distanzierung vom Buback-Nachruf zu verlangen, „da das Gericht diese Distanzierung in AStA-Erklärungen schon ab gegeben ansah“ (FAZ, 11.6.). Aufrechterhalten werden jedoch die Forderungen nach Nichtverbreitung der „gn“ und Unterlassung allgemeiner politischer Stellungnahmen. Sollte der AStA dagegen verstoßen, ist der Rektor der Universität ermächtigt Zwangsgelder zu verhängen.

Erstmals seit den Hausdurchsuchungen zu Pfingsten meldete sich auch die Staatsanwaltschaft wieder zu Wort. In einer Presseerklärung wiederholte sie die alten Vorwürfe (Billigung einer Straftat, Verunglimpfung, Veruntreuung der AStA-Gelder). Nach der Behauptung, „bei zwei Studenten (haben) sich der Verdacht erheblich verstärkt“, den Artikel verfaßt oder wenigstens von vornherein davon gewußt zu haben, kommt es zu dem Schluß, daß „diese beiden Studenten nunmehr verantwortlich zu vernehmen sein werden“. Als Beweis müssen für diesen Verdacht handschriftliche Aufzeichnungen über die Konzeption der Zeitung und des Artikels herhalten, wobei nicht einmal nachgewiesen wird, daß dabei nur dieser Artikel in Frage kommt, und daß die Aufzeichnungen vor dem Erscheinen der Zeitung angefertigt wurden.

Dann kommen sie zum eigentlichen Kernpunkt, den Vorwürfen gegenüber dem AStA. Dieser wird überhaupt nicht mehr wegen der inkriminierten Artikel angegriffen, sondern wegen „unzulässiger und objektiv strafbarer Verwendung finanzieller Mittel zur Förderung allgemeiner politischer Zwecke“ – sprich Wahrnehmung des politischen Mandats. Vorgeworfen wird ihm die Mitfinanzierung von Demonstrationen



Göttingen: Demonstration gegen den Polizeibericht auf den AStA

fahrten nach Brokdorf und Grohnde und die Verwendung von Geldern für

fahrten nach Brokdorf und Grohnde und die Verwendung von Geldern für „Veröffentlichungen, die sich mit allgemeiner politischen Verhältnissen in anderen Ländern befassen, u.a. in Nahost, Südafrika, Zypern, Portugal, Chile und dem Iran.“ Weiterhin wird ihm die finanzielle Unterstützung von Bürgerinitiativen gegen den Abriss von Wohnraum und Unterstützung von Studenten in Strafverfahren zur „Last gelegt“.

Der Göttinger AStA ist aktuell der herausragende Angriffspunkt für die Herrschenden bei ihrem Versuch, das Politische Mandat zu zerlegen. So überlegen das Rektorat und das niedersächsische Wissenschaftsministerium permanent, ob und wann die Situation für eine Amtsenthebung und die Einsetzung eines Staatskommissars günstig sei und wie dies am besten zu bewerkstelligen sei.

RCDS - Volkverhetzer am Werk

Unter dem zentralen Titel „Linksfaschismus“ widmet der RCDS eine achtseitige Ausgabe (DIN A3-Format) seiner Zeitung „national“ (wovon das Gegenteil der Fall ist) der Politik des KB. In diesem Pamphlet wird der Versuch unternommen, eine direkte Verbindung zwischen der Politik der RAF, des „Roten Brigaden“ und der des KB zu ziehen. Unsere Einladung an ... Veranstaltungen, die dem Zweck, „den Straßenterror zu internationalisieren“, womit natürlich wieder einmal nicht der „Internationalistische“ Terror des Staatsapparates gemeint ist, sondern der auf die Straße getragene Protest von Studenten und arbeitslosen Jugendlichen. Was der RCDS unter Terror versteht wird deutlich in seiner Diffamierung des Protestes gegen den Bau des Atomkraftwerks in Grohnde als „Studentenkriegsfront“, als hätten dort Studenten den Bürgerkrieg geprobt und nicht die Polizei. Er führt dann fort: „Noch tragen die Mescaleros keine Pistolen, noch verkleiden sie ihre Reserve mit Schlagenstöcken, Seitenstechern, Wurfkniven und Wurfgeschossen aller Art“. Selbstverständlich ist natürlich, daß die Polizei mit Schlagwaffen, Chemical mace, Pistolen, Schildern, Wasserwerfern usw. auf ausgerüstet ist, womit sie auf jeden besteht, der sich gegen das menschenfeindliche Atomprogramm zur Wehr setzt. Das ist für den RCDS in Ordnung, denn es kommt von der Reaktion. Diese Verbindung der RAF mit den Atomkraftwerkgegnern kommt nicht von ungefähr: gehört doch der RCDS zu den Kräften in diesem Land, die nichts mehr fürchten, als die Menschenmassen, die sich von der Staatsgewalt nicht mehr von der Wahrnehmung ihrer Interessen abschrecken lassen.

ment ihrer Interessen abschrecken lassen.

Der Gipfel dieser Zeitung ist allerdings der direkte Beweis für die Zusammenarbeit zwischen RCDS und Verfassungsschutz.

Insgesamt werden 6 Telefonnummern und Namen von Göttinger Genossen und Genossinnen angegeben, wobei noch die angebliche Funktion innerhalb des KB hinzugefügt wird. Solche internen Informationen (ob sie nun stimmen oder nicht) können allein vom Verfassungsschutz besorgt sein, insbesondere in der Falle wie sie in dieser Zeitung angegeben werden.

Dieser Verdacht wird noch erhöht, durch die Angabe einer Hamburger Telefonnummer, unter der angeblich die „zentrale Leitungskommission“ zu erreichen sei. In der jedoch in keinem Telefonbuch steht und auch nicht über die Auskunft zu erfragen ist.

Auch hier erübrigt sich die Frage nach der Herkunft. Der RCDS hat sich immer scheinheilig gegen den Vorwurf verwehrt, Spitzeldienste für den Verfassungsschutz zu leisten. Für die gesamte demokratische Studentenschaft wird es von Interesse sein, diese Verbindung genauer kennenzulernen.

Breite Solidaritätsfront ohne den MSB

Gegen die drohende Amtsenthebung und die damit verbundenen Angriffe auf das politische Mandat insgesamt wird am 13.6. in Göttingen eine landesweite Demonstration

stattfinden. Hierzu hat sich eine Aktionskommission gebildet, an der bisher

teilnehmen: AStA Uni, AStA PH, Juso-Hochschulgruppe, SHB/Initiativgruppe, GIM, KfB(KB), SB-Hochschulgruppe, Sozialistische Bündnisliste Uni, SBL, PH, BfU.

Der Göttinger AStA brachte dann diesen breit getragenen Vorschlag in die Konferenz niedersächsischer Asten ein, wo er knapp mit 22:20:11 abgelehnt wurde. Dagegen stimmten alle MSB/SHB-Asten, es enthielten sich die Asten, die von Jusos und MSB gestellt wurden. Alle von Jusos und Basisgruppen getragenen Asten werden allerdings trotz dieses Beschlusses zu einer landesweiten Demo aufrufen. Angehörigen haben sich die Asten aus Kassel und Fulda. Ebenso hat sich in Marburg eine Aktionskommission fast aller linken Gruppen und Organisationen am Ort gebildet bis eben auf MSB und SHB. Damit verfehlt der MSB weiterhin auf dem Kurs, keinerlei Solidarität mit dem angegriffenen AStA zu bekunden. Als Alternativvorschlag brachte er ein, einen allgemeinen „Aktionsstag“ an allen niedersächsischen Hochschulen durchzuführen, der entweder an den Hochschulen an denen der MSB dominiert, als stützgefundene Hälfte, oder auf dem nie etwas über die Angriffe auf den Göttinger AStA zu hören gewesen wäre. Diese Haltung kritisierte in Göttingen selbst der bisher ziemlich treue Bündnispartner SHB. „Überhaupt kein Verständnis mehr haben wir dafür, daß nicht einmal eine verbale Solidarisierung der ver-

stärkte zustande gekommen ist“, besonders wird dabei vom SHB angegriffen, daß der MSB eine Solidarisierung mit dem AStA mit einer Solidarisierung mit den „Terroristen“ gleichsetze.

Die Jusos haben sich dem Vorschlag einer landesweiten Demo angeschlossen, obwohl sie weiterhin scharfe Kritik am Vorgehen des AStA haben. Insbesondere werfen sie diesem vor, durch die Veröffentlichung und die späteren Nichtdistanzierung die Verteidigung des Politischen Mandats und des AStA erschwert zu haben, weil an diesem Kampf nicht so viele Studenten teilnehmen wie es z.B. dann, wenn es um Chloeflugblätter, 1. Mai-Aufrufe oder Ähnliches ginge. Sicher ist es richtig, daß es sich um eine besonders schwierige Frage gehandelt hat, da die Linke hier am besten zu spalten ist. Nicht richtig ist es allerdings, daß dies die Solidarisierung mit dem Artikel, oder gar mit der Politik der RAF zur Grundlage gemacht hat, sondern den Willen, die Meinungsfreiheit und die uneingeschränkte Wahrnehmung des Politischen Mandats zu verteidigen. Schwer gemacht haben sich die verschiedenen politischen Organisationen die Solidarisierung selbst, da sie immer erst den „Terrorismus“ sehen und nicht die Verteidigung der Meinungsfreiheit gegen alle staatlichen Angriffe. Eine breite Einheit war und ist möglich. Die Mobilisierungsergebnisse zu den VVs und zu den Demonstrationen beweisen dies. Und nicht zuletzt zeigt sich dies in dem Zustandekommen eines breiten Bündnisses, aus dem sich der MSB allein wegen seiner Abgrenzungsabsicht gegenüber dem KB ausgrenzt.

Weiter werfen uns die Jusos vor, die Mobilisierung der Rechten begünstigt zu haben. Richtig ist es, daß seit langem zum ersten Mal auf einer VV 1000 Reaktionen auftraten. Aber auch im linken Lager wurde weit mehr als sonst mobilisiert (weit über 3000). Eine Polarisierung innerhalb der Studentenschaft kann bei einer Verschiebung der Konflikte gar nicht ausbleiben, da ein weit größerer Teil der Studenten, der heute aktiv ist, sich in solchen „unruhigen Zeiten“ für die eine oder andere Seite entscheiden muß. Illusorisch wäre es anzunehmen, daß wir alle anderen Studenten auf unsere Seite ziehen können. Aber selbst der Göttinger RCDS gibt zu, daß er in dieser Kampagne keine neuen Leute gewonnen hat, weshalb er eine zur Diskussion stehende Neuwahl gar nicht erst in das Studentenparlament einbrachte.

Nach Berichten von
Göttinger Genossen

Staatsschutz-Ermittlungen gegen Frankfurter Schüler

Ein am 2. Juni in der Bettina-Schule verteiltes Flugblatt („Wir trauern um den Tod von Benno Ohnesorg und vielen anderen“) nahm die Staatsschutzabteilung der Frankfurter Polizei zum Anlaß, nach Sympathisanten der Terroristen unter den Schülern zu fahnden.

In dem Flugblatt war auf die zahlreichen Opfer des Polizeiterrors seit Ohnesorg hingewiesen worden, was in der Öffentlichkeit „verurteilt und heruntergepielt“ wurde. Angesichts dessen sei die bürgerliche Kampagne anläßlich des Todes von Buback ein „Affentheater“, das nur der Verschärfung der Repression – ganz im Sinn von Bubacks „Lebenswerk“ – diene. Dies sind die „schärfsten“ Passagen des Flugblatts, das ohne Impressum herausgebracht worden war. Das Vorgehen des Staatsschutzes soll hier eindeutig noch verschärft werden, da von „kammbrüchlicher Freude“ über Bubacks Schicksal o.ä. keineswegs die Rede ist, sondern lediglich die Frage gestellt wird,

„daß das Todesurteil ... wirklich „als Grund zum Trauern“ sei.“

Die „FAZ“ (8.6., Lokaltell) freilich etw. auf der gewohnten Wellenlänge voll ein. Das „Buback-Pamphlet an der Bettina-Schule“ befasse sich „in zynischer Form mit der Ermordung von Generalbundesanwalt Siegfried Buback“. Die Schulsprecherin habe „nach Angaben einer Zeugin“ das Flugblatt verteilt, und die Staatsanwaltschaft entscheide nun über weitere Schritte. Von Schulleiter Dingeldey (Frankfurter GEW-Vorsitzender) wußte die „FAZ“ zu berichten, daß er „bedauert“, „daß Hersteller und Verteiler des Flugblattes bisher nicht hätten ermittelt werden können.“ Den Inhalt des Flugblattes soll Dingeldey (nach „FAZ“) als „völlig absurd“ bezeichnet haben. Nähere Erläuterungen gab er dazu freilich nicht. Es wäre interessant zu erfahren, wie er das politisch begründet.

Da das Flugblatt, gegen das nun

wegen „Volkverhetzung“ weiterermittelt wird, in Wirklichkeit auch für die westdeutsche Klassenjustiz ziemlich unangreifbar gehalten ist, ist der öffentliche Angriff auf die Schülervertreter an der Bettina-Schule in erster Linie ein Versuch zu werten, fortschrittliche Frankfurter Schülervertreter, die auch im Stadtschülerrat derzeit die Mehrheit stellen, einzuschüchtern und zu isolieren. Gegen dieses Manöver sind bereits erste Schritte eingeleitet worden. Stadtschülerrat und der gleichzeitig in Frankfurt tagende Landes-schülerrat haben gegen dieses Vorgehen protestiert (wobei sich die Revisionisten typischerweise der Stimme enthalten).

Die hessische CDU hat angekündigt, das Flugblatt im Landtag zur Sprache zu bringen. Das zeigt, daß diese Kampagne gegen fortschrittliche Schülervertreter seit am Anfang steht und nach Willen der Rechten noch „Göttinger Dimensionen“ annehmen soll.

Nachrichten

„Bremer Modell“ – endgültig tot

Am 7.6. stellte der Staatsgerichtshof Bremen in einem Urteil fest, daß die dritteinstufige Besetzung (je 1/3 Hochschullehrer, Studenten und Dienstleister) der Gremien an der Universität Bremen „verfassungswidrig“ sei. Die CDU-Fraktion in der Bremer Bürgerschaft hatte eine Verfassungsklage eingereicht. In seinem Urteil stellt das Gericht fest:

– der Gruppe der Hochschullehrer müsse bei der Entscheidung der maßgebliche Einfluß verbleiben
– „ein Recht der Universität, sich im Rahmen der Landesverfassung nach eigenem Verfassungsverständnis in vollem Umfang selbst zu organisieren, werde einer im staatlichen Bereich gegründeten Hochschule durch keine Vorschrift der Verfassung gewährt“

Damit ist das als Reformhochschule von der SPD geprägte und von der DKP als „schrittweise Umwälzung“ der Macht der Monopole unterstützte „Bremer Modell“ nun endgültig gestorben. Auch in Bremen soll normaler Uni-Alltag mit normaler Uni-Hierarchie herrschen (was allerdings die Aktivitäten der Studenten verhindern können).

Die CDU fordert nach diesem Urteil nun den Rücktritt von Franke. Der nun aber, in typischer Manier eines SPD-„Linken“ in Führungsposition, läuft nicht etwa Sturm, sondern erklärt: „Das vom Senat der Bürgerschaft vorgelegte Hochschulgesetz hat damit die Entscheidung des Staatsgerichtshofs quasi schon berücksichtigt“ (alle Zitate „FR“, 8.6.).

Die CDU wird mit ihrer Rücktrittsforderung Schwierigkeiten haben.

KB - Hochschulgruppe Bremen

Münster: Jusos auf Rechtskurs

Nach langem Hin und Her haben die Jusos-Hochschulgruppe und der LHV in Münster einen Minderheiten-AStA mit nur elf der insgesamt 31 Studentenparlamentssitze gebildet. Die

ments der studentischen Selbstverwaltung entgegenwirken“, da „die Summe aller Ordnungsfehler kein Gradmesser für die Richtigkeit der AStA-Politik ist“ (Juso-Flugblatt, 4.5.). Nur die Form wollen sie also ändern: vielleicht mit Blumen, oder einem Trauertand? Man kann Flugblätter quadratisch, rund oder sonstwie herausbringen, bisher sind immer die Inhalte angegriffen worden. Wenn die Jusos davon nicht abweichen wollen (nach eigenen Aussagen), kann mit Veränderung der Form nur der Rauswurf des MSB gemeint sein.

Für den ASB stellt sich nun die bittere Frage, ob er gemeinsam mit den Linken gegen diese Entwicklung angehen will. Skeptisch stimmt uns jedoch, daß er auch in Münster einer der wesentlichen Treiber zur Verhinderung einer Solidarisierung mit dem Göttinger AStA ist.

KB-Sympathisanten, Münster

Münster Gegen zwei bis vor kurzem Vorsitzende des AStA wird von der Staatsanwaltschaft wegen Veruntreuung von Geldern ermittelt. Die Untersuchungen beziehen sich „auf die Begleichung von Ordnungsgeldern in Höhe von 14.300 Mark“ zu der der AStA wegen Wahrnehmung des Politischen Mandats verurteilt worden war und die von den AStA-Vorsitzenden persönlich eingetrieben werden sollen. Da der AStA auch weiterhin das Politische Mandat wahrgenommen hat, beaufen sich die Ordnungsgelder jetzt schon auf insgesamt 40.000 DM.

Würzburg: Protest gegen Bossie geht weiter

Nach der Sprengung der Einführungsveranstaltung des CSU-Profis und Chulverehrs Bossie durch 400 Studenten in Würzburg (s. AK 105) hat es weitere Aktionen gegeben. Am 5. Juni versammelten sich 400 Studenten zu einem Bossie-Tribunal.

Es sprachen ein Vertreter der VVN und eine Genossin, die aus Peru geflüchtet ist, die über die Situation in Chile und Peru berichtete. Die Veranstaltung war nach Jahren der politischen Ruhe in Würzburg ein voller Erfolg. Am 6. Juni versammelten sich wiederum 300 Studenten, um die eventuell stattfindende Verlesung Bossies zu verhindern. Er kam sich „wederum“ zu Studenten um die eventuell stattfindende Verlesung Bossies zu verhindern. Er kam aber wiederum nicht. Ein spontanes Sit-In in der Cafeteria verabschiedete eine Solidaritätsresolution mit dem Göttinger AStA. Dann zogen die Studenten zu einer Versammlung CSA (Christlich Soziale Arbeitnehmer), wo Bossie angeblich sprechen sollte. Als dort nur Bonzen anzutreffen war, wurde die Versammlung beendet. Beschlossen wurde, jetzt zu einer Veranstaltung mit Kulturminister Meier zu mobilisieren, der wesentlich für die Berufung Bossies verantwortlich ist.

Nach einem Bericht der KB-Sympathisanten in Würzburg

Drei Tage Besetzung an der Bremer Uni

Seit dem 2. Juni streiken die Lehrer studentisch an der Bremer Universität gegen Studienverschärfungen und die neue LPO (Lehrerprüfungsordnung). Die LPO sieht eine Verschärfung der Prüfungsklausuren und die Einbeziehung von während des Studiums gefertigten Referaten zur Prüfungsbefreiung vor. Mit knapper Mehrheit hatten es die „gewerkschaftlich orientierten“ der „gewerkschaft des sofortigen Streiks“ eine Urabstimmung durchzusetzen. Knapp 2/3 entschieden sich für Streik. Der AStA aus MSB/SHB/Jusos lud in üblicher Manier dann Hochschullektor Franke in die Uni. Franke kam am 6.6. und verteidigte die LPO. Als Antwort floßen einige Eier, die den AStA „nötigten“, sich von „wilde gewordenen Elitzwerfern und Kleinbürgern“, den „Basisgruppen und Maoisten“ zu distanzieren. Circa 250 Studenten verließen die Versammlung und bereiteten über weitere Kampfmaßnahmen. Es wurde die Besetzung des Bereichs GW II vorgeschlagen (im GW II ist über die Hälfte der Studenten und ein wichtiger Teil der Uni-Verwaltung). Der Vorschlag sollte auf der Streik-VV am nächsten Tag abgestimmt werden. Dort stimmten dann 350 Studenten für diesen Vorschlag, der von Basisgruppen, KB, KSB und KSV befürwortet und auf den Widerstand von MSB, SHB und Jusos stieß.

Das war die Mehrheit und am 6.6. wurde das GW II dichtgemacht. Es wurden verschiedene Streik-Arbeitsgruppen gebildet.

Am 9.6. fand dann mit 1.500 (von 4.500) Studenten einer der größten Uni-VV an der Bremer Uni statt. Zwei Tage vorher war das Urteil des Staatsgerichtshofs Bremen gegen die Drittelpartei an den Hochschulen gesprochen worden. Im Anschluß an diese Vollversammlung demonstrierten über 2.000 Menschen in der Stadt gegen dieses Urteil und für die Streikforderungen.

Am 10.6. fand dann eine stark besetzte Streik-VV der Lehrerstuden (über 600, das entspricht einer gut besetzten Uni-VV) statt. MSB, SHB und Jusos plädierten massiv für Abbruch der von ihnen boykottierten Besetzung. Dieser Boykott fand sich dann als Klage über „mangelnde Beteiligung“ der Studenten in

konkreter „Beteiligung“ „Klage“ fand sich dann als Klage über „mangelnde Beteiligung“ der Studenten in ihren „Argumenten“ wieder. Außerdem fürchteten sie durch die Abriegelung eines Teils der Verwaltung würde man die Dienstleister verschrecken. Der Argumentation mit der zu geringen Beteiligung schloß sich auch eine Minderheit der Basisgruppen an. Die Mehrheit der BGs, der KB, KSB und KSV forderten die Weiterführung der Besetzung. In einer anschließenden Kampfabstimmung wurde schließlich der Abbruch der Besetzung mit 314 274 beschlossen. Der Streik wird am 13.6. zunächst unbefristet weitergeführt.

KB-Hochschulgruppe Bremen

Marburg Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Vogel wurde von der hessischen CDU vorgeschickt, um an der Marburger Uni „schon verlorene Terrain zurückzugewinnen“ („Welt“).

3000 Studenten waren gekommen, die Mehrheit, um Vogel auszupeifen, so daß er selber ins Mikrofon schreien mußte, um überhaupt in den ersten Reihen gehört zu werden. Schon jetzt kündigt die „Welt“ eine weitere Auseinandersetzung an, wenn am 16.6. Alfred Dregger (1) an der Marburger Uni auftreten soll – hoffentlich nicht?

Hannover 70 Studenten der ESG besetzten am 7.6. das Haus der ESG in Hannover nachdem dies von der Kirchenleitung geschloßen worden war.

Anlaß hierfür war eine Umbenennungaktion in „Thomas-Münzer-Haus“ durch die Studenten. Dies muß den Kirchenbonten ganz besonders auf den Magen geschlagen haben, da Thomas Münzer einer der revolutionären Führer der Bauernkriege gewesen ist und somit einer der wesentlichen Gegenspieler Luthers. An der Umbenennung hatten ca. 300 Studenten und mehrere Pastoren teilgenommen.

Noch ein Ermittlungsverfahren in Sachen Buback

In Sachen Buback ist ein neues Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Vor den Kadi gezogen werden soll diesmal der Frankfurter Presseverantwortliche des KB, Klaus Scholz, im Zusammenhang mit einem Flugblatt, das den Titel „Wir trauern um ein großes Schwein“ trug. Mit Poststempel vom 9.6. wurde unserem Genossen mitgeteilt, daß er verbotenerweise „Freude über den Tod“ von Buback geäußert und diesen „als Schwein bezeichnet“ habe. Welcher Straftatbestand damit konkret erfüllt sei, hat die Staatsanwaltschaft nicht mitgeteilt.

Wieder einmal war es der RCDS gewesen, der das Flugblatt für die reaktionäre Presse (und sicher auch für den Verfassungsschutz) „entdeckte“. Der RCDS versuchte, auch gleich einen Angriff gegen den AStA zu landen, weil das Flugblatt in den AStA-Räumen ausgelegt hatte. Im Studentenparlament teilten die Rechten einen Antrag auf Unterbindung „solcher Propaganda“ an der Uni, kamen damit aber nicht durch.

Kiel: Springer im AStA?

„Wir werden dem Göttinger AStA auch dann keine Solidaritätsadresse schicken, wenn er antisemitisch wird“, so der AStA der Uni Kiel zu der Aufforderung, gegen die drohende Amtsenthebung des Göttinger AStA zu protestieren.

Daraufhin wurde von Unbekannten der Nachruf im Namen des AStA veröffentlicht, da sich der AStA selber weigerte, Informationen zu veröffentlichen. Dies geschah in Form einer Petition, aus der jeder erkennen konnte, daß der AStA nicht der Reaktor ist.

Die Reaktion der Jusos ist trotzdem bezeichnend. Zuerst beschuldigten sie einfach ohne einen Beweis Genossen des KB. Dann telefonierten

sie in sämtlichen Druckereien hinterher, am nächsten Tag hing in der Mensa eine Wandzeitung mit dem Titel: „Mit dem KB in den Faschismus“. In den nächsten Tagen erschien ein Flugblatt, in dem der bemerkenswerte Satz: „Die Ratten werfen mit Dreck aus den Löchern, ohne selbst, Lichtschein wie sie sind, an die Öffentlichkeit zu treten!“ zu finden ist. Bemerkenswert, wie weit sich Sozialdemokraten in ihrem Abgrenzungswahn treiben lassen können, denn faschistischer Sprachgebrauch ist dies allemal – wenn nicht sogar mehr!

KB/Gruppe Kiel

CDU hievt griechischen Faschisten auf Professorenessel

Heidelberg. In einer Blitzaktion wurde in Heidelberg der griechische Faschist Iakovidis als Professor berufen. Faktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit – der Antrag auf Berufung wurde nur drei Tage vor der Entscheidung gestellt – wurde die „Verhandlung“ durchgezogen.

Iakovidis wurde erst 1971 Professor in Athen und entwickelte sich zu einem der verbliebenen Repräsentanten gegen den Studentenaufstand im Herbst 1973, in dessen Nachfolge dann die Junta zurücktreten mußte. Seit 1974 erhält Iakovidis trotz

mehrerer Versuche in Griechenland keine Professorenstelle mehr („lat“, 20.5.77). Was dieser Faschist in Griechenland nicht mehr kann, ermöglicht ihm bis heute die CDU-Landesregierung von Baden-Württemberg, in deren Schimulz ja auch eine Unzahl einheimischer Faschisten ihr

Einmalen und/oder immer.

Iakovidis ruhe aus Heidelberg!

KB / Gruppe Hamburg

Bullen in Aktion

Freiburg. In nahezu alter Tradition feierten Freiburger Bullen den 10. Jahrestag des Todes von Benno Ohnesorg auf ihre Weise.

Etwas 50 Studenten nahmen den 2. Juni zum Anlaß, um mit einer Plakatsaktion die verschärfte Militarisierung der Polizei hinzuweisen. Ein Plakat mit der Überschrift „Die Polizei – Dein Freund und Henker“ sollte geklebt werden, auf dem eine unvollständige Aufstellung von Polizeioffizieren seit 1967 aufgeführt ist. Als am Regierungspräsidium die ersten zwei Plakate angebracht waren, tauchten etliche Bullen auf, zunächst noch ohne Kampfabstimmung, rissen die Plakate ab und versuchten die Plakatscheißer an die Wand zu drängen. Als diese sich zur Wehr setzten, zogen einige Bullen zur Verstärkung auf – jetzt in voller Ausrüstung – und knüppelten auf die

festigt“ wurde dieser brutale Bulleneinsatz damit, daß auf den Plakaten die Polizei „böartig“ angegriffen werde, angeblich eine verbotene Demonstration stattfand und daß es sich letztendlich um einen „Akt sinnlosen Vandalismus“ gegen wertvolle Baudenkmäler gehandelt habe (so Regierungspräsident Fernon in der „Badischen Zeitung“ vom 4./5. Juni 77).

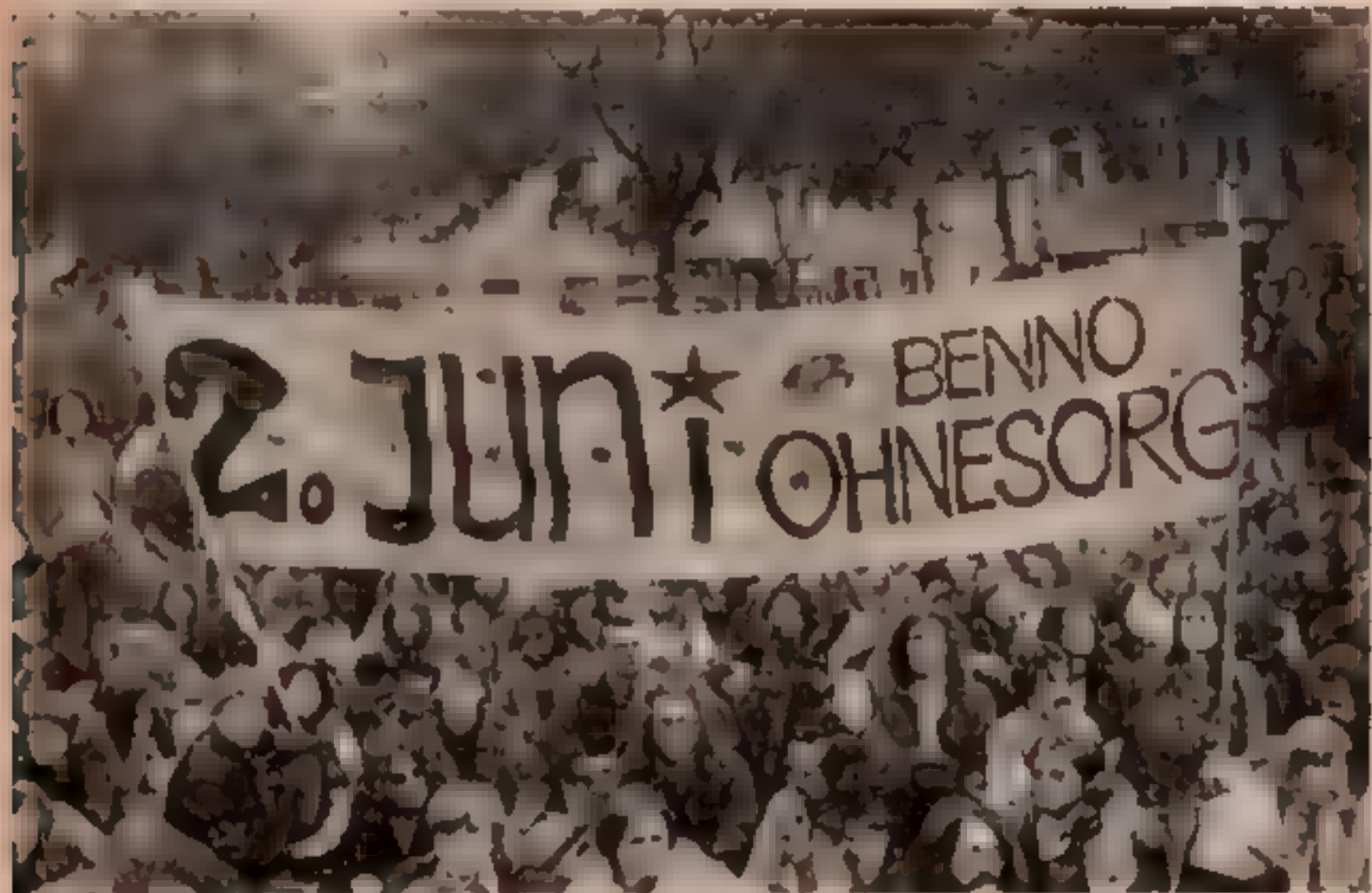
Nach Berichten von
Freiburger Genossen.

Nachtrag zu AK 105

Der öffentliche Aufruf „Benno Ohnesorg war nur der Anfang“ einer Reihe demokratischer Persönlichkeiten der BRD (siehe auch AK 105) hat inzwischen zahlreiche weitere Unterzeichner gefunden, darunter Ernst Bloch, die Asten Labinger und Becham, die Bremer Regionalgruppe der Christen für den Sozialismus, das KKKV Rote Ruhr, der Arbeiter der LHV Hannover u.



Darmstadt: Beim Streik gegen die Einführung einer neuen Prüfungsordnung wurden die Streikposten mit Polizeigewalt aus der Hochschule geprügelt. Die Gebäude wurden von der Polizei besetzt.



Wie die Linke Benno Ohnesorgs gedachte

Westberlin: An einer Demonstration, zu der die gesamte Westberliner Linke - bis auf die Sektierer von „KPD“, KBW und SEW - aufgerufen hatte, nahmen 12 000 Menschen unter der Parole „Vor zehn Jahren haben wir Benno Ohnesorge begraben, glaubt nicht, daß wir das vergessen haben“ teil. Auf der Abschlussskundgebung sprachen GISEN, Erich Fried, Rudi Dutschke und der Göttinger AStA.

Eine gemeinsame Veranstaltung wurde von SB, UStA, Langer Marsch verhindert (siehe AK 105). So fand am 3.6. eine Veranstaltung einer Aktions Einheit aus KB, ASIA der PH, Aktionskomitee gegen Berufsverbote an der HSS und dem SSB statt. Ca. 1500 Menschen kamen. Nach einem einleitenden Beitrag der AE sprach Rechtsanwalt Spangenberg über das Lage der politischen Gefangenen.

Die Autoren der PH Westberlin und der Uni Göttingen sprachen zur Auseinandersetzung um den „Buck-Nachruf“. Dann wurden Beiträge von Karl-Heinz Roth und Peter-Paul Zahl verlesen, die ihre Erfahrungen mit dem 2. Juni und in der Folgezeit darstellten.

Zur Veranstaltung der „Linksunabhängigen“ (wie sie sich selbst gern nennen) am darauffolgenden Tag erschienen zwischen 3 und 4000 Demonstranten. Rudi Dutschke, Otto Schily, ein Vertreter des UStA, Ekkehard Krippendorf, ein Vertreter der CISNU und Erich Fried. Ein Beitrag von Horst Mahler wurde verlesen. Darin heißt es, nicht die Arbeiter der Chemie- und Elektroindustrie, sondern von Horst Mahler wurde verlesen. Darin heißt es, nicht die Arbeiter der Metropolen seien die treibende Kraft im Klassenkampf, sondern die Intellektuellen. Dies dürfte ziemlich unvereinbar mit der Politik der „KPD“ sein, als deren Parteigänger Mahler bisher gegolten hatte. Es scheint, daß Mahler wieder zu Apo-Ladenhütern zurückkehrt.

Rudolf Dutschke sprach dagegen, betonte aber, daß die Genossen um Knaul mit in die laufende politische Diskussion einbezogen werden müßten. Er behauptete dann, die neue Studentenbewegung würde wesentlich an der Bafög-Frage entstehen, was er für „problematisch“ hält, da ein Drittel der Bevölkerung einen schlechteren Lebensstandard habe als die Studenten.

Bremen. Am 2.6. fand eine Demo der Gerichts- und Lehrerreferendare gegen die bestehende Referendaraus-
bildung statt. KJ und Hausgruppen hatten aufgerufen, sich in einem Block dieser Demo anzuschließen und hierbei Transparente zum Tod von Benno Ohnesorg mitzunehmen.

Etwas 200 Studenten schlossen sich diesem Block an. Auf dem Marktplatz wurden Kränze niedergelegt in der Stadt Parolen zum Ausgehmalt

Flensburg. In der Nacht zum 2. Juni wurden an mehreren Schulen Parolen gemalt, woraufhin eine allgemeine Hektik an den Schulen losbrach. Am Abend fand eine Veranstaltung mit ca. 180 Teilnehmern statt (hauptsächlich Schüler).

Es wurde ein Beitrag zur Schülerbewegung 67/68 gehalten, danach sprach ein Mitglied der ASa Göttingen. Die Diskussion verlief hauptsächlich um den „Buback Nachruf“ und die Frage der Gewalt.

Hannover. Zu einer Demonstration halten die Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke, der K8, die CSNU, die C15 (vaterländischer Teil der ungarischen Studenten) und der Anti

repressionskreis (Vorbereitungsgruppe für ein Russell-Tribunal) aufgerufen. Es erschienen 450 Menschen. Der Bahnhofsvorplatz wurde in einer Aktion in Benno-Ohnesorg-Platz um-

Paderborn: Am Westfalen-Kolleg (300 Studierende) hißte der AStA eine schwarze Fahne mit der Parole: „2. Juni - 10. Todestag von Benno Ohnesorg“, die zwei Tage über dem Gebäude wehte. Schwarze Armbinden wurden ausgeteilt, an einer Versammlung nahmen 30 Studenten teil, wg. Augenzeugenberichte vom 2. Juni 67 verlesen wurden

München: Eine Diskussionsveranstaltung mit 200 Leuten wurde von einer breiten Aktionskette getragen. „BLATT“, KB, GJM, Kollektiv Rote Hilfe, Baubuch, Redaktionskollektiv „Komplot“, Bund türkischer Sozialisten, Türkischer Studentenverein, CISNU, Selbstorganisation der Studenten. Peter Schult („BLATT“) berichtete über seine Erlebnisse am 2. Juni und über seine Begegnung mit Rolf Pöhle, der damals in der Münchner Studentenbewegung eine wichtige Rolle gespielt hatte. Über die neue Studentenbewegung sprach ein Vertreter des Göttinger ASIA

Einem bitteren Geschmack bekam die Veranstaltung durch das Verhalten des „Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD“. Getreu seinem Vorbild DKP verließ er die AB, weil auf der Veranstaltung für die Solidarität mit Rolf Pohle geworben werden sollte.

Für die Veranstaltung wurde ein Antrag auf Hafturlaub für Rolf Pohle gestellt, der unterschrieben wurde.

von Basisbuchladen, „BLATT“, Kollektiv Rote Rübe, KB, „Lebache Selbstorganisation der Studenten, Stadtteilzentrum Mühlbach (an), Trikont-Verlag, GIM, Frauen Kunstgruppe München, Knattermaier, Theaterkollektiv Rote Rübe, Festschrift Zeitungswissenschaften, Redaktionskollektiv „Komplot“

Kiel: Veranstaltung verboten

Am 10.6. verbot das Präsidium der Uni Kiel eine Veranstaltung aus Anlaß des 2. Juni. Diese Veranstaltung sollte vom Juso-ASTA, ESC, KB, CISNU und der Frauengruppe unterstützt werden und hatte als Grundlage den Aufruf: „Benno Ohnesorg war nur der Anfang.“ Das Unipräsidium begründete das Verbot mit der Wahrnehmung des Politischen Mandats durch den ASTA und der folgenden Passage im Flugblatt: „Heute, zehn Jahre später, wissen wir, daß es unsere Aufgabe ist, gegen Verschleierung und geschichtloses Vergessen Aufklärung, Wahrheit und Verständnis der kleinen und großen politisch-wirtschaftlichen Zusammenhänge und Verflechtungen zu verbreiten. Dies ist notwendig zur Bekämpfung der Todes, nicht zuletzt des atomaren Todes, der sonst zahllosen Menschen droht. Dies ist zugleich unsere Art, an Benno Ohnesorg zu denken.“

Die Veranstalter erklärten, daß dieses Verbot noch einmal deutlich

Die Veranstalter erklärten, daß dieses Verbot noch einmal deutlich zeige, wie notwendig diese Aktion sei. Alle Referenten haben weiterhin ihre Zusage gegeben. Lauter nahm der Juso-AStA dies zum Anlaß, eine eigene Veranstaltung vorzubereiten.

Nach Berichten der KB-Gruppen
Flensburg, Westberlin, Hannover,
München, Paderborn, Kiel, Bremen

»BRD und Drittes Reich – Todesschuß bleibt immer gleich«

Frankfurt. Aus Anlaß des 2. Juni fand eine Demonstration von der Uni in die Innenstadt statt, die zuvor auf Antrag von KB-Genoss(in)en auf einer Uni-VV beschlossen worden war.

Trotz anfänglicher „Zweifel“, die in Sponti-Kreisen geäußert worden waren („was soll denn ein Traditions-umzug?“) zog der ASiA mit, und es wurde mit knapp 1.000 Teilnehmern eine kämpferische Aktion. Viele „alte“ Parolen setzten sich durch („Wir sind eine kleine radikale Minderheit“, „Ho-bo-ho-ch-Muh“ u.s.), und auch das Demonstrieren im Laufschrift wurde wieder praktiziert. Einer der wesentlichen Inhalte war die Solidarität mit dem Göttinger ASiA. So wurde vor dem Gebäude der „Frankfurter Rundschau“ („Schundchau“) gehalten, die Straße durch Hinsetzen blockiert und der „berichtigte“ Budeck-Nachruf der „Göttinger Nachrichten“ vorlesen (die Rundschau hatte diesen Artikel als „blanken Faschismus“ bezeichnet).

Die Polizei war massiv am Rande der Demonstration anwesend – in voller Kampfausrüstung. So entstand beim Ende der Demonstration noch eine heikle Situation, als sich Bullen und Studenten schweigend gegenüberstanden und eine Konfrontation „in der Luft lag“. Eine ganze Reihe der bekannteren Sponti-Freaks und

2. Juni 77 - Beginn einer Debatte?

In zahlreichen Städten der BRD und besonders in Westberlin haben aus Anlaß des 10. Jahrestages der Ermordung von Benno Ohnesorg Aktivitäten, Demonstrationen und Veranstaltungen der Linken stattgefunden. Allgemein wurde der Schuß auf Benno Ohnesorg als Meilenstein auf dem Weg zum Modell Deutschland begriffen. Es wurde erinnert an die zahlreichen Polizeiofizer, den Ausbau des staatlichen Gewaltapparats und die Verschärfung und Perfektionierung der Repression überhaupt, die – damals noch kaum vorstellbar – inzwischen durchgeführt wurde.

Darüber hinaus wurde von verschiedener Seite der Vorruch einer Aufarbeitung der Erfahrungen der Studentenrevolte und ihrer politischen Bewertung aus heutiger Sicht unternommen. Leider muß gesagt werden, daß dabei bis jetzt im großen und ganzen nicht viel Neues und Interessantes herausgekommen ist. Statt einer konkreten Analyse des Entstehens und des Verlaufs der Studentenbewegung wurde vielfach einer phrasenhaften „Global-Interpretation“ der Vorrug gegeben.

Schlussfolgerungen für die heutigen Aufgaben der Linken – etwa in Bewegungen wie gegen die Atom- anlagen oder in der „neuen“ Studentenbewegung – wurden kaum gezogen. Während dies denjenigen Apogeeen, die heute im Knest sitzen, durch Isolationshaft systematisch unmöglich gemacht werden soll, ist es doch symptomatisch für Gruppierungen wie das SB, wie wenig konkrete Orientierungen dort zu finden sind.

So widmet sich D. Clausen in der „links“ (Juni '77) dem Thema „Wirkliche Bewegung statt traditioneller Politik“. Dies bedeutet für ihn einen pauschalen Verzicht sämtlicher Organisationen, die aus der Studentenrevolle hervorgegangen sind. Diese hätten nur „ohne Bewegung“ ihre Gründung begründen können. „Bewegungen existieren für sie nur als Objekte, die sie für ihre Politik zu instrumentalisieren und zu benutzen trachten“. Und so geht es Spalte für Spalte weiter bis SB-eigene zäh-ermüdenden Polit-Stil: „abwunde Annäherung der traditionellen Politik“, „Geschichtslosigkeit“, „Wahrnehmungsllosigkeit gegenüber den Inhalten der sozialen Bewegung“, „mechanisches Verhältnis der politischen Organisationen zu den sozialen Bewegungen“ usw. Bemerkenswert. Nicht an einer einzigen Stelle wird die Theorie und Praxis dieser schlimmen Organisationen überhaupt benannt; nicht einmal namentlich werden bestimmte Gruppen angegriffen (das wäre wohl unter SB „Niveau“).

Da die „Spontis“ keine Organisation, die DKP kein Ausläufer der Studentenbewegung und die Jungos keine „Spontis“-Kontinuation, die DKP kein Ausläufer der Studentenbewegung und die Jungos ganz gewiß nicht gemeint sind, sind die Adressaten dieser „Kritik“ natürlich die kommunistischen Gruppen bzw. Ansätze, die seit 69/70 entstanden sind. Diese Art von Auseinandersetzung finden wir schlicht feuer

Bemerkenswert ist freilich auch die Einschätzung des Scheiterns der

Studentenrevolte, ein Teil der protestierenden Intellektuellen habe sich den gewalttätigen Konfrontationen der Staatsmacht aufzugeben lassen. Am Ende dieser „Sackgasse“ hätten dann die „terroristischen Praktiken der RAF und ihrer Nachfolger“ gestanden. Dies sei „der Tod der Bewegung“ gewesen. Na also – der Sündenbock ist gefunden!

Ohne den Schaden, den die „Stadtguerilla“ tatsächlich angerichtet hat, herunterspielen zu wollen, fragen wir uns doch, wo ein solcher Schwachsinn über den Tusch der „links“-Redaktion gehen kann. Demgegenüber wird buchstäblich kein Wort über die Spaltung und Aufweichung der Bewegung durch SPD und die Revisionisten verloren, und warum das überhaupt möglich war. Es bleibt zu hoffen, daß derartige Zeug im SB nicht unwidersprochen bleibt.

Zwei weitere Beiträge, die wir hier erwähnen wollen, stammen von Karl-Heinz Roth und Peter-Paul Zahl. Der KB hatte (in AK 104) vorgeschlagen, Hafturlaub für eine Reihe gefangener Genossen und die Möglichkeit ihrer Teilnahme an den Aktivitäten zum 2.6. zu fordern, um demonstrativ unsere Verbundenheit mit den politischen Gefangenen zu unterstreichen.

Diese Forderung wurde von ziemlich vielen Gruppen aufgegriffen. Die beiden o.a. Beiträge wurden dann auf einer Veranstaltung in Westberlin (a.u.) verlesen (die Aktionsinheit, die diese Veranstaltung getragen hat, will die Texte vollständig publizieren).

FPZ, der sich hauptsächlich mit der Frage der „Stadtguerilla“ auseinandersetzt, schreibt: „Die RAF hat im Juni 1972 eine Niederlage erlitten. Es stünde ihr gut an, sie zuzugestehen, sie zu analysieren, über neue, bessere Kampfmethoden mit der Neuen Linken in den Dialog zu treten.“ Andererseits sei die Niederlage der RAF auch unsere Niederlage gewesen. Es warnt vor der Spaltung in „hier Militantismus, Aktionismus, die Selbstsicherungsgruppe oder Seminarismus“. Der Staatsapparat sei in einer Weise aufgerüstet und vorbereitet, daß die Linke „in einer Nacht abgedummt“ werden könnte.

Dabei habe es für die Herrschenden noch als stive Rolle gespielt, ob ihre Opfer „schuldlos“ oder „unschuldig“, „bewaffnet“ oder „unbewaffnet“ gewesen seien. Die Frage des „Selbstmordes des proletarischen Lagers“ zu verdrängen, habe, „mit offenen Augen in den kollektiven Selbstmord zu gehen“.

Karl-Heinz Roth nicht als wesentliches Moment der Apo., „daß es der Arbeiterjugend, den Schülern und Studenten zwischen 1963 und 1969/70 banal darum ging, einen von neuen sozialen Lebensformen getragenen Studenten zwischen 1965 und 1969/70 banal darum ging, einen von neuen sozialen Lebensformen getragenen Alltag zu verwirklichen.“ Es kam zu „massenhaften Ausbrüchen“ aus der Leistungsgesellschaft. Denn die Planung des „Modell Deutschland“ – Reform und Verfeinerung kapitalistischer Herrschaftstechniken bei weitgehendem Verlust sozialer Individualität für die Massen – sei in Konturen sichtbar und als konkrete Gefahr breit empfunden worden.

Die „neuen Inhalte“ der Massenbewegung seien aber nirgendwo ausreichend reflektiert worden, so daß es nicht zu einem „konzeptionellen Selbstverständnis“ kam. Darauf setze die Bewegung schließlich in der Antiriotstandi-Kampagne marbrochen. Was danach kam, sei die Suche nach Möglichkeiten zum „Überräumen“ gewesen. „Neue Innerlichkeit“, „K-Gruppen-Gründungen“ und „Stadtguerilla“.

Roth meint, die Universität sei damals „weitgehend erobert“ gewesen. „Sie wurde aber nicht umgewandelt“ (im Sinne der alternativen Lern- und Lebensbedürfnisse der Gesamtbewegung). In der „neuen“ Studentenbewegung steht er (fälschlicherweise) die Forderung nach einem „gleichmacherischen und alle von familiärer Einkommensherrschaft befreitenden Studentenlohn“ als eine Priorität, was er als Fortschritt bewerten würde. Denn dies schaffe die „sozialökonomischen Voraussetzungen“ für die Verwirklichung von „alternativem Kämpfen und Leben“.

Zum Schluß schlägt er im Hinblick auf die Genossen der Stadtgerichte vor, „eine Art Waffenruhe“ zu verkünden. Auch diese Genossen müßten sich der Kritik unterziehen und an der notwendigen „Strategie-debatte“ teilnehmen. „Wir wollten einen Zustand herbeiführen, der niemand in die Verzweiflung und Attentatspolitik treibt. Der Rückblick auf die zehn Jahre seit dem 2. Juni 1967 sollte Anlaß für die Initiierung einer Amnestiebewegung sein“.



Protestkundgebung und sit-in vor dem Haus der „Frankfurter Rundschau“ wegen der Pressekampagne gegen den Göttinger AStA

China — 8 Monate nach dem Rechtsputsch

Am 6./7. Oktober letzten Jahres wurden in einer vorbereiteten Aktion vier Mitglieder des Politbüros der KP Chinas (Wang Hung-wen, Dachang Tschun-tiao, Djang Tjing und Yao Wen-yan) verhaftet und die Ernennung Hua Guo-feng zum Parteivorstand durchgesetzt. Es begann eine großangelegte Kampagne gegen die „Vierverbände“ und deren „Anhänger“, „Gefolgaleute“, „Agenten“, „Schwarze Hände“ usw. im ganzen Land. Es gab eine unübersehbare Zahl von Absetzungen auf allen Ebenen des Partei- und Staatsapparats. In vielen Fällen gab es auch Verhaftungen und Prozesse. Es fanden mehrere große „Massenkritik-Versammlungen“ mit 50 - 100.000 Teilnehmern statt, auf denen hohe Provinz-

Besonders schwer getroffen von der Hexenjagd der Hua-Gruppe auf die „Anhänger der Vierverbände“ ist das gesamte Presse- und Informationswesen, wo umfassende personelle Veränderungen auf allen Ebenen stattgefunden haben. Abgelöst wurden u.a. die Leiter der Nachrichtenagentur „Jinhua“ und der Zentralen Rundfunkverwaltung, sowie die Redaktionen der Tageszeitung „Renmin Ribao“ und des theoretischen Organs „Hongqi“ (Rote Fahne). Die Schanghai-Zeitschrift „Studium und Kritik“ wurde eingestellt. Ein weiterer Schwerpunkt der „Säuberungen“ war die Verwaltung der Eisenbahnen, die teilweise total umgekrempelt wurde. Die weitestgehende Maßnahme wurde im Eisen-

Der Widerstand gegen die Hua-Gruppe

Aus den offiziellen Angaben geht hervor, daß es vor dem Rechtsputsch — vor allem im Zeitraum Juni bis September 1976 — im ganzen Land zu von den „Linken“ organisierten Protestaktionen gekommen ist: Demonstrationen, Streiks, Sprengung von Sitzungen der Provinz-Parteikomitees und -revolutionärskomitees, gewalttätige Befreiung politischer Gefangener, usw. Nach dem Putsch werden jedoch nur noch wenige derartige Auseinandersetzungen berichtet. Diese betreffen im wesentlichen die Stadt Pooting (Provinz Hopel) und die südchinesische Provinz Fukien. In Pooting sollen über Monate hin bis zum Rechtsputsch wiederholt schwere Kämpfe stattgefunden haben. Nach dem Putsch wurde eine „Entscheidung zur Lösung der Pooting-Frage“ getroffen, die darin bestand, daß die Armee eingesetzt wurde, die die Kämpfe niederschlug, Waffen beschlagnahmte, „schlechte Leute“ verhaftete, öffentliche Prozesse durchführte und „die Diktatur des Proletariats über eine Handvoll konterrevolutionärer Elemente und Oberverbrecher errichtete“ (Anm. 5).

In der Provinz Fukien sollen Anhänger der „Vierverbände“ nach dem Rechtsputsch militärischen Widerstand geleistet haben — „sie schossen auch, töteten Revolutionäre und schafften einen ernsthaften konterrevolutionären Zwischenfall“ (Anm. 6).

In Schanghai, das als Hochburg der „Vierverbände“ galt, soll nach dem Tode Mao's (etwa einen Monat vor dem Rechtsputsch) Munition an die Arbeitermiliz ausgegeben worden sein. (Die Miliz hat normalerweise zwar die Waffen, aber die Munition wird von der Armee kontrolliert). Nach dem Rechtsputsch sollen die „Anhänger der Vierverbände“ in Schanghai einen Geheimversand und eine militärische Aufstandsleitung eingerichtet haben, die sollen geplant haben, Brücken zu sprengen und die Wasser- und Elektrizitätsversorgung zu unterbrechen (Anm. 7).

Insgesamt ergibt sich aus den offiziellen Meldungen, daß der Putsch vom 6./7. Oktober 1976 kaum auf bewaffnete Gegenwehr gestoßen ist und daß derzeit die „Anhänger der Vierverbände“ nirgendwo ein militäri-

rufen...“ (Anm. 8) Meldung aus der Provinz Shand: „... Allerdings bleibt die Entwicklung der Bewegung ungleichmäßig. In einer sehr kleinen Zahl von Einheiten gibt es sehr großen Widerstand gegen die Bewegung. Das liegt an verschiedenen Problemen in den Führungsgruppen dieser Einheiten... Es gibt in den Führungsgruppen Leute, die Falsches gesagt oder getan haben, oder sogar Leute, die mit der Vierverbände verbunden waren...“ (Anm. 9). Bericht aus der Provinz Shand: „... Es gibt immer noch eine Anzahl Offizisten und Einheiten in unserer Provinz, wo der Schwung noch unzureichend ist. Es gibt noch viele Probleme in der Sicherheit und Ordnung des Eisenbahnwesens. Die Sabotage-Aktivitäten der Klassenfeinde sind wehnwitzig. Die kapitalistischen Kräfte in den Städten und auf dem Lande arbeiten Hand in Hand mit Korruption, Diebstahl und Spekulationsgeschäften... Die Ordnung auf manchen Eisenbahnstationen und in manchen Zügen ist nicht stabil genug, und die gesellschaftliche Ordnung in einigen großen und mittleren Städten ist nicht sehr gut... Wir müssen korrupten und spekulierenden Elementen entschlossene Schläge versetzen und die Diktatur des Proletariats ausüben über Verbrecher, die sich befassen mit Diebstahl, Betrug, Mord und Brandstiftung, über Rowdy-Banden, über verschiedene schlechte Elemente, die ernsthaft die gesellschaftliche Ordnung sabotieren und über kriminelle Elemente, die Zwischenfälle verursachen, die zu Arbeitsniederlegungen aufreizen, die Leute anstecken, Material zu stehlen und Sabotage zu verüben...“ (Anm. 10).

An diesem Sünden-Katalog steht zunächst ins Auge, daß der Streik — als Recht in der chinesischen Verfassung ausdrücklich garantiert — kriminalisiert und mit Schwereverbrechen auf eine Stufe gestellt wird. Dieser Angriff auf das Streikrecht findet sich in allen derartigen offiziellen Stellungnahmen. Das heißt, Streik wird nicht nur politisch-ideologisch als Angriff auf Wirtschaftswachstum und Lebensstandard diskriminiert, sondern zusätzlich auch noch polizeimäßig verfolgt und unterdrückt. Dasselbe gilt für die Verbreitung oppositioneller Wandzeitungen, obwohl auch hier die chinesische Verfassung

Stützungsbande im Volk zu schaffen zum einen durch eine ungläubliche Demagogie, mit der alle Mängel und Fehler der Vergangenheit der „Vierverbände“ angelastet werden (So werden sogar die schweren Verluste durch die Erdbeben des letzten Jahres darauf zurückgeführt, daß „Agenten der Vierverbände“ das Frühwarnsystem sabotiert hätten!), zum anderen durch großartige Versprechungen auf Produktionssteigerungen und wachsenden Lebensstandard. Tatsächlich sind die Erfüllung dieser Versprechungen jedoch ange objektive Grenzen gesetzt. Abgesehen von den Erdbeben- und Überschwemmungsverlusten des letzten Jahres hatte die VR China in diesem Jahr mit der schlimmsten Trockenheit seit ihrem Bestehen zu tun, was weitgehende Folgen für die Ernte dieses Jahres haben wird. Hinzu kommt noch, daß die Hua-Gruppe in den kommenden Jahren enorme Summen für die Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft investieren will, was zu Lasten des Konsums gehen wird. Weitere große Investitionen werden für die angekündigte Modernisierung und Ausrüstung der chinesischen Armee nötig sein. Das heißt, Selbst wenn es der Hua-Gruppe gelingen sollte, durch Ausschaltung von Streiks, durch scharfe Kontrolle der Arbeitsdisziplin, durch die massenhafte Ankerbelohnung von „sozialistischen Wettbewerbern“ u.a.m. die Produktion deutlich zu steigern, wird sich das, zumindest in den nächsten Jahren, schwerlich in einer Steigerung des Lebensstandards der breiten Massen niederschlagen können. Zündstoff genug für kommende Klassenkämpfe!

Anmerkungen

1. Z.B. wurde am 14. März in Schenyang (Liaoning) ein öffentlicher Prozeß gegen Dachang Tschang geführt, der 1973 bekannt wurde als „Der Student, der bei der Prüfung ein leeres Blatt abgab“ (Radio Schenyang, 18.3., laut „SWB“ vom 18.3.)
2. Z.B. am 15. März fand in der Präfektur Fuchou (Kiangsi) eine Massenkritik-Versammlung in Anwesenheit des „trauen Gefolgsmannes der Vierverbände in Kiangsi“ statt (Radio Nanchang, 18.3., laut „SWB“ vom 20.3.).
3. Bericht von Radio Schenyang, 14.3., laut „SWB“ vom 17.3.
4. „China aktuell“ wird herausgegeben vom Institut für Asienkunde Hamburg. Die relativ verlässlichen Übersichten dieser Zeitschrift kommen dadurch zustande,



„Anhänger der Vierverbände“ und andere „schlechte Elemente“ werden durch die Straßen gefahren.

funktionäre als „Agenten der Vierverbände“ vorgeführt und teilweise auch gleich verurteilt wurden (Anm. 1).

Die Kampagne ist zum jetzigen Zeitpunkt noch keineswegs abgeschlossen zu betrachten. Das geht auch aus den ständigen Aufrufen der „Vierverbände“ durch die Medien hervor, die Kampagne intensiv fortzusetzen, sich nicht „lax und lauwarm“ zu verhalten, sondern „die Massen voll zu mobilisieren“. Es werden gezielt Funktionäre getadelt, die die Kampagne nicht scharf genug führen. Im wesentlichen abgeschlossen erscheint zur Zeit allerdings die „Säuberung“ in den Reihen der Spitzenfunktionäre. Das schließt einzelne nachträgliche Fälle oder auch eine mögliche zweite Welle von „Säuberungen“ nicht aus. Das bisher weitgehendste Beispiel dafür ist die Provinz Liaoning, wo erst im März dieses Jahres auf eine „wichtige Anweisung des Vorsitzenden Hua zur Lösung der Liaoning-Frage“ hin mehrere Mitglieder des Provinzparteikomitees als „Anhänger der Vierverbände“ abgesetzt wurden. Angeblich hatten sie nach dem Rechtsputsch in der Provinz die gegen die „Vierverbände“ eingerichtete Untersuchungsgruppe kontrolliert und sollen dafür verantwortlich gewesen sein, daß die Kampagne in Liaoning „zu lax“ geführt wurde (Anm. 2).

Da in der Kampagne offiziell kaum Namen genannt werden (bisher ist nur etwa ein halbes Dutzend angeblicher „Anhänger der Vierverbände“ offiziell namentlich angegriffen worden), sondern in Presse und Rundfunk nur Umschreibungen verwendet werden, ist es nur ungefähr möglich, über das bisherige Ausmaß der „Säuberungen“ ein Bild zu gewinnen.

Eine Aufstellung der Zeitschrift „China aktuell“ (Anm. 3) ergibt, daß 30 der 195 Mitglieder des ZK der KP Chinas ihre Posten verloren haben, also rund 25 %. Von den 27 Ministern sind nach dem Putsch vier abgesetzt worden (15 %), nämlich Außenminister Tjiao Guan-hua, Sportminister Chuang Tse-tung, Gesundheitsministerin Lin Hsiang-ping und Kulturminister Yü Hui-yung (Komponenten mehrerer moderner Pekingoperen). Außerdem wurden drei stellvertretende Minister abgelöst

bahnbüro von Chengchow (Eisenbahnverwaltung der Provinz Honan) Anfang Januar getroffen: Dort wurden „auf dem Boden des Terrorismus“ mit Vorsitzenden Hua an der Spitze hohe Armeekader als neue Parteisekretäre eingesetzt (Anm. 4).

Im Vorsitzenden Hua an der Spitze hohe Armeekader als neue Parteisekretäre eingesetzt (Anm. 4).

Gleichfalls schwer betroffen von der Kampagne sind der Partei- und Verwaltungsapparat der meisten Provinzen. Darunter natürlich an erster Stelle Schanghai. Dort war Dachang Tschun-tiao Erster Parteisekretär und Vorsitzender des Revolutionskomitees, Yao Wen-yan war sein Stellvertreter auf diesem Posten und Wang Hung-wen war Vorsitzender der Gewerkschaft. Darüber hinaus sind in Schanghai auch die Mehrheit der Mitglieder des Provinzparteikomitees und des Revolutionskomitees abgelöst worden. Ähnlich schwer ist außerhalb Schanghais anscheinend nur das Revolutionskomitee der Provinz Honan betroffen. Aber in fast allen Provinzen sind im Verlauf der Kampagne mehrere Mitglieder der Revolutionskomitees abgesetzt worden, seltener auch Mitglieder der Parteikomitees. Insgesamt sind mit dem Rechtsputsch nach den Aufstellungen der Zeitschrift „China aktuell“ über 130 Mitglieder von Provinz-Revolutionärs- und Parteikomitees abgesetzt worden („c.a.“, April 1977).

In zehn der 29 Provinzen der VR China wurden neue Parteisekretäre eingesetzt. Abgesehen von Schanghai und Yunnan handelt es sich dabei jedoch nur um Ersatzung verstorbenen Funktionäre oder Umbesetzungen von einer Provinz zur anderen. In Yunnan wurde die alte Provinzpartei-führung, die im vergangenen Jahr besonders scharfen Angriffen als Anhänger Deng Hsiang-pings ausgesetzt war, durch eine Intervention des Politbüros abgelöst.

Unter den Abgesetzten auf Provinzebene befinden sich auch zahlreiche Spitzenfunktionäre der Massenorganisationen — der Gewerkschaften, des Jugendverbandes und in geringerem Zahl auch des Frauenverbandes. Hinzu kommt eine überhaupt nicht abzuschätzende Zahl von Umbesetzungen auf den unteren Ebenen des Partei- und Staatsapparats, der Universitäten (vor allem in Peking und Schanghai) und sogar der Armee. Insgesamt zweifellos zigtausende



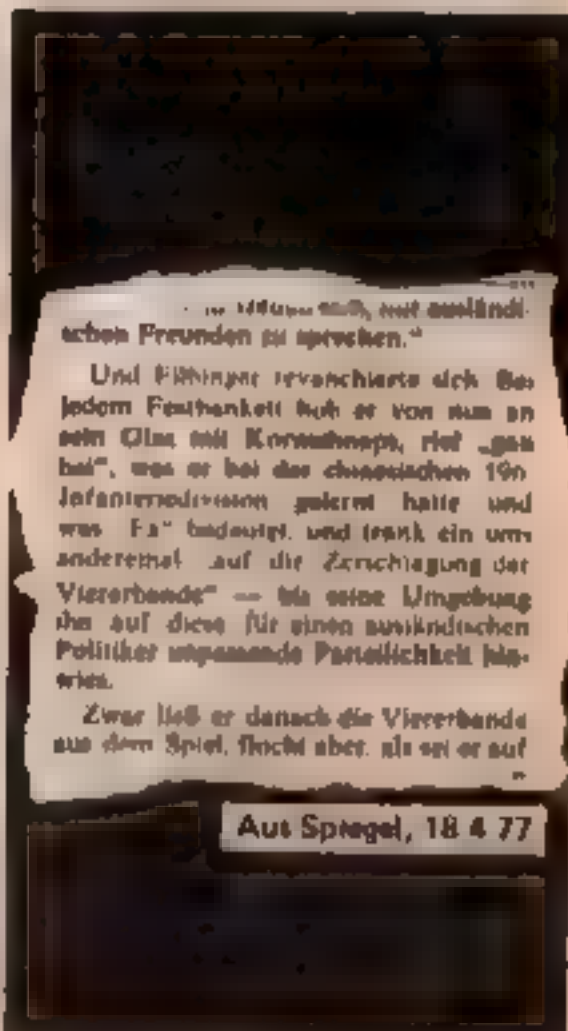
schon Problem darstellen. Allerdings gibt es in allen Provinzen Widerstand in Form illegaler Agitation durch Wandzeitungen, Parolen-Malen und Flugblätter, zu deren „unbarmherziger Unterdrückung“ ständig aufgerufen wird. Auch passiver Widerstand gegen die Kampagne wird beklagt. Meldung aus der Provinz Kiangsi: „... Gegenwärtig wollen sie paar Leute die Urteile aufheben, sie versuchen, einen Gegenangriff zu starten, um Regelungen rückgängig zu machen, einige versuchen vergeblich, den sogenannten „Funken“ in Gang zu halten... Ein paar Leute führen Angriffe im Dunkeln, um auf hundertfacher Art die Bewegung anzugreifen, und einige kommen offen hervor und führen bittre Klagen wegen der Vierverbände, sie schwanken eine Fahne, um ihre Seelen zurückzu-

eindeutige Garantie enthält. Insbesondere jede Kritik an Hua Guo-feng wird als Schmälerung des Rechtsputsches angesehen. Die bürgerliche Presse hat in den letzten Wochen mehrfach von zahlreichen Todesurteilen in der VR China berichtet. Dazu ist zu sagen, daß aus den offiziellen Meldungen (Presse und Rundfunk der VR China) zwar hervorgeht, daß eine Reihe von Prozessen stattgefunden haben und weiter stattfinden aber daß in keinem Fall die Art der Urteile erwähnt wird.

Auf jeden Fall ist die Repression gegen oppositionelle Meinungsäußerungen und gar gegen Widerstandsformen zweifellos stark. Dies läßt auf eine immer noch relativ schwache Position des Putschisten-Regimes schließen. Zwar hat die Hua-Gruppe sofort nach dem Putsch alles unternehmen, um sich eine breite Unter-

stützung zu verschaffen. In Presse und Rundfunk registriert werden ist also ein Funktionär seit September oder Oktober 1976 nicht mehr öffentlich erwähnt worden, so kann mit einiger Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß er nach dem Hua-Putsch abgelöst wurde. Wir beziehen uns auf die Angaben in „China aktuell“ vom April 1977.

4. Bericht von Radio Chengchow (Honan) 21., laut „SWB“ vom 6.4.
5. Bericht von Radio Shifengwan (Hopel), 26.1., laut „SWB“ vom 28.1.
6. Bericht von Radio Fuchow (Fukien), 20.1., laut „SWB“ vom 28.1.
7. Bericht von „Jinhua“, 6.3., laut „SWB“ vom 12.3., und Bericht von „Jinhua“ vom 18.6., laut „SWB“ vom 20.6.
8. Bericht von Radio Nanchang (Kiangsi), 30.4., laut „SWB“ vom 8.5.
9. Bericht von Radio Taiyuan (Shanai), 14.4., laut „SWB“ vom 18.4.
10. Bericht von Radio Shenyang (Liaoning), 20.3., laut „SWB“ vom 1.4.



Und für immer revanchierte sich. Jedem Festhalten hat er von nun an sein Glas mit Kornwasser, viel „gan bai“, was er bei den chinesischen 19n Infanteriedivision gekostet hatte und was „Fa“ bedeutet, und trank ein um andere mal auf die Zertrümmerung der Vierverbände — bis seine Umgebung ihn auf diese für einen ausländischen Politiker unpassende Parteilichkeit hinwies.

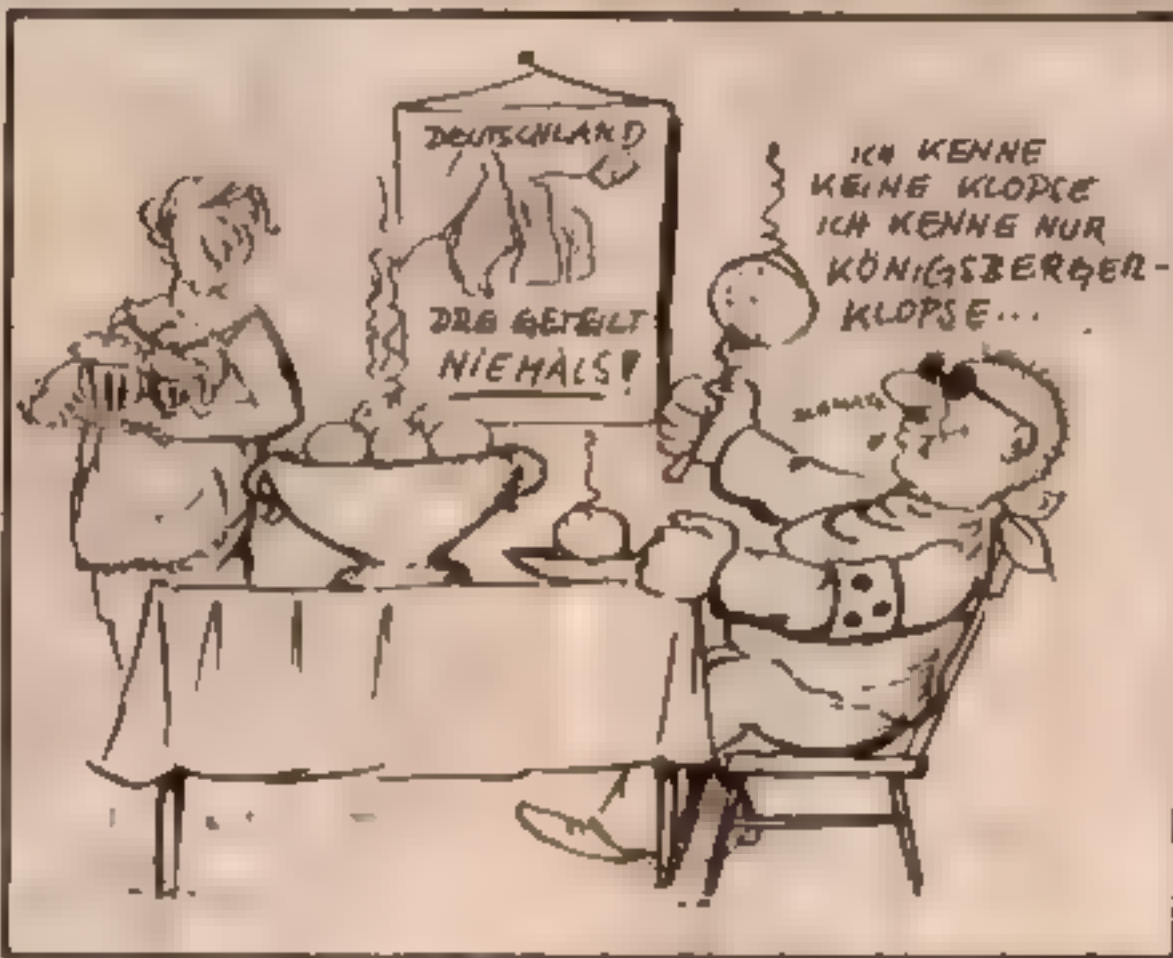
Zwar ließ er danach die Vierverbände aus dem Spiel, nicht aber, als sei er auf

Aus Spiegel, 18.4.77

»Deutsche Maoisten begrüßen das Schlesiertreffen 77«

Ein Flugblatt mit dieser Überschrift verteilte die der CSU und SDU (rechte Sozialdemokraten) nahestehende Provokationsgruppe „Marxisten-Leninisten Deutschland“ („MLD“) auf dem diesjährigen „Schlesiertreffen“ zu Pfingsten in Essen ein einflussreiches, aber keineswegs unlogisches Schriftstück dieses CSU-Freundeskreises. In ihrer Zeitung „Neue Welt“ (Juni-Nummer) erläuterte die „MLD“ ihre Vorstellungen näher: „Die Bewegung der Heimatvertriebenen ist demokratisch und patriotisch... Die Führer der Vertriebenenverbände gehören zu den besten Kräften des deutschen Bürgertums. Gäbe es den Widerstand der Heimatvertriebenen nicht, dann müßte der freie Teil Deutschlands noch mehr um seine Zukunft fürchten“.

Bei so viel gestricheltem Wohlwollen ergibt sich natürlich ganz von selbst auch die Frage: „Wie stehen wir deutschen Maoisten zur Oder-Neisse-Grenze?“ Na, wie wohl? Gar keine Frage. Es ist eine Schande für die deutsche Linke, daß sie nach 1945 das Verbrechen der Vertreibung von mehr als 3 Millionen Menschen, die Annektion polnischer und ostpreussischer Gebiete durch die Sowjetunion und die Abtrennung deutscher Gebiete zugunsten Polens noch rechtfertigt. Die deutsche Frage ist so lange offen, solange Deutschland beseitigt und gespalten ist... Der deutsche Anspruch auf Gebiete, die unter sowjetischer oder polnischer Verwaltung stehen, bleibt



solange bestehen, solange es keine andere Regelung durch einen Friedensvertrag gibt. Wir sagen mit dem großen Freund des deutschen Volkes, dem kommunistischen Revolutionär Tschou En-lai: Wir kennen kein Kaliningrad, wir kennen nur Königsberg! Sowjets raus aus Ostpreußen!

Man wundert sich nachgerade, daß diese Provokationsgruppe noch nicht

auf den Gedanken gekommen ist, auch den „Schandvertrag von Versailles“ („Franzosen raus aus Elsaß-Lothringen!“ oder „Neger raus aus Deutsch-Ostafrika!“) entsprechend anzugreifen. Aber was nicht ist, kann ja noch werden.

Antifa-Kommision
KB/Gruppe Hamburg

DKP: Schwierigkeiten mit dem „Eurokommunismus“

DKP: Schwierigkeiten mit dem „Eurokommunismus“

Der Mythos von der einheitlichen „kommunistischen Weltbewegung“ mit der KPdSU an der Spitze“ zerfällt rapide. Schlimm ist das für die DKP, die von diesem Mythos lebt, um ihre eigene politische Bedeutungslosigkeit zu kaschieren und sich als „international beachteten Faktor“ darzustellen.

Die Wut der DKP ist also verständlich. Daß es dabei zu den DKP-üblichen Dummheiten kommt, wird keinen Kenner der Szene verwundern. So versteigt sich die DKP zu der lächerlichen Behauptung, der sogenannte „Eurokommunismus“ (vor allem von den Revisionisten Italiens, Spaniens und Frankreichs sehr gepflegt) sei überhaupt bloß eine Erfindung der Bourgeoisie, es gebe ihn also in Wirklichkeit sozusagen gar nicht! Etwa: „...Gerade darum versuchen sie (die Herrschenden) auch, entstehende Lücken mit dem von ihnen erfundenen sogenannten Eurokommunismus notdürftig zu klotzen“ (Richard Kumpf, Leiter des Engels-Zentrums der DKP, in der UZ v. 27.5.77). Oder: „...jene Politiker des deutschen Imperialismus, die sich von dem von ihnen erfundenen sogenannten Eurokommunismus eine Schwächung der kommunistischen Bewegung erhoffen.“ (Erika Herzig in der UZ vom 10.6.77).

Mit einer bloßen Erfindung braucht man sich natürlich normalerweise nicht zu befassen, man ignoriert sie am besten. Daher findet der „Eurokommunismus“ und gar eine inhaltliche Auseinandersetzung mit diesem für die DKP und „UZ“ gewöhnlich nicht statt. Aber da diese Erfindung leider einen vorzüglichen Gesprächs- und Interviewpartner der bürgerlichen Medien abgibt, kommt auch die DKP von Zeit zu Zeit nicht umhin, etwas für die Ausrichtung der leicht verwirrten eigenen Reihen zu tun.

So los! In der „UZ“ vom 25.3.77 der Dr. Kumpf vom Engels-Zentrum dem Monsieur Jean Elieinstein gehörig die Leviten. Monsieur Elieinstein ist sozusagen ein Kollege von Dr. Kumpf, nämlich Leiter des PCF-Instituts „Zentrum für marxistische Studien und Forschungen“ in Paris. Der „Spiegel“ Nr. 21/1977 hat ein Interview mit ihm veröffentlicht. Dazu meint der Dr. Kumpf: „Hier laßt auch nicht die Spur einer marxistischen Position vorhanden“, und: „Mit diesem Interview hat Elieinstein Wamer auf die Mühlen der anti-

sowjetischen Propaganda und der professionellen Antikommunisten geleistet und den Kommunisten in der Bundesrepublik einen schlechten Dienst erwiesen.“ Schroffe Worte für eine Partei, die sonst lieber das Eisopfer und die „solidarische Verbundenheit“ in der revisionistischen „Weltbewegung“ preist!

Zuerst hält Dr. Kumpf seinem französischen Kollegen mal das allereinsten Prinzip des „proletarischen Internationalismus“ a la DKP vor. Das ist nämlich das Prinzip der „Nichteinmischung“! Und das bedeutet, daß man nicht in Massenmedien anderer Länder mit Positionen auftritt, die mit der politischen Linie der kommunistischen Partei des jeweiligen Landes nicht übereinstimmen. Da dies in diesem „Spiegel“-Interview geschieht, wird damit unserer Partei Schaden zugefügt.

Ob sich beispielsweise Brechnew bei seinen recht zahlreichen Interviews im Ausland immer an dieses Prinzip hält, wagen wir zu bezweifeln. Aber das genügt als „reiner Sozialist“ ja auch wohl einen Sonderstatus.

Jedenfalls: Elieinstein hat sich eingebracht und das hätte er nicht tun dürfen. Schließlich hält die DKP sich ja gegenüber der PCF und anderen „Bruderparteien“ auch zurück und macht sich nicht in deren „innere Angelegenheiten“ ein. Dr. Kumpf: „Sofern Elieinstein in dem Interview Positionen vertritt, die die Politik seiner Partei betreffen, so betrachten wir das nicht als unsere, sondern als Angelegenheit seiner Partei.“

Das stimmt! Wer hätte je erlebt, daß sich die DKP etwa mit den Vorstellungen auseinandersetzen würde, die die PCF oder PCF zum antikapitalistischen Kampf, zur Christendemo, zur EG oder zur NATO entwickelt haben? Zwar wären gerade diese Fragen, die für den Kampf der Werktätigen unseres Landes eine Bedeutung haben, aber die DKP macht sich da nicht ein Ungemütlich wird sie nur an einem einzigen Punkt, nämlich da n n, wenn der „reale Sozialismus“ (sprich Sowjetunion) berührt wird. Es kann also keine Rede davon sein, daß die DKP die Auseinandersetzung mit dem - eigentlich eh ja zur erfundenen „Eurokommunismus“ mit Blick auf die ungelösten Probleme des Klassenkampfes in der BRD und anderen kapitalistischen Ländern führen würde. Es geht auch nicht um eine prinzipielle Klä-

rung, sondern nur um die momentane Abwehr von Angriffen auf den „realen Sozialismus“. Selbst dabei verhält die DKP sich noch feige und unaufrecht: der Dr. Kumpf z.B. drückt während auf seinen Kollegen Elieinstein ein - verschweigt aber völlig, daß in seinem „Spiegel“-auch ein Text des spanischen „KP“, Chefa Carrillo abgedruckt war, der sich von den Ansichten Elieinsteins nicht im geringsten unterscheidet. Beispielsweise erklärte Carrillo dort: „daß (in der Sowjetunion) nicht ein Staat der proletarischen Demokratie entsteht, sondern ein Staat der Diktatur einer Minderheit über die Gesamtheit des Volkes.“ „Es ist klar, daß man in der Sowjetunion nicht zum sozialistischen demokratischen Staat gelangt ist.“ „Das politische System in der Sowjetunion ist ein Hindernis nicht nur für die Entwicklung der Demokratie, sondern meiner Meinung nach auch für die Entwicklung der Wirtschaft.“ „Wäre es nicht schon besser, die kommunistischen (1) wird objektiv dazu beitragen, daß das politische System im Ostblock demokratisiert und abgewandelt wird.“ (Zitate von Carrillo aus „Spiegel“, Nr. 21/1977). Natürlich ist es günstiger, in der „UZ“ auf den Elieinstein einzudeuten statt auf den in der DKP selbst hochangesehenen spanischen Revisionisten-Chef. Zumal, wenn man weiter behaupten will, den „Eurokommunismus“ habe die Bourgeoisie bloß erfunden.

Es ist ja auch gar nicht so - abgesehen vom heißen Thema „spezialisierter Sozialismus“ - daß die DKP etwa grundlegende Differenzen zu ihren „euro“-revisionistischen „Bruderparteien“ hätte. Die DKP als Ministerpartei kann es sich natürlich leisten, manches etwas „radikaler“ zu formulieren als Berlinguer, Marchais oder Carrillo. Aber wenn Carrillo im „Spiegel“ doziert: „In der Vergangenheit glaubten die Marxisten, daß es, um die kapitalistische Gesellschaft in eine sozialistische umzuwandeln notwendig sei, den kapitalistischen Staatsapparat zu zerstören. Heute glauben wir, daß man diesen Staatsapparat, ohne ihn mit einemmal zu zerstören, auf demokratische Art umwandeln kann“, so ist ihm zumindest das Kopfnicken der DKP-Spitze sicher.

Die Widersprüche ergeben sich nicht daraus, daß DKP-Mies weniger mies als Berlinguer oder Carrillo wäre, sondern daraus, daß jene Parteien im Unterschied zur DKP eine Größenordnung haben die sie für beide Seiten vorteilhaftes Arrangement mit der Bourgeoisie überhaupt erst möglich macht. Dazu reicht es bei der DKP einfach nicht.

Da jubelt der Vaterlandsverteidiger!

NATO-GIPFELKONFERENZ

Stärkung der gemeinsamen Verteidigung notwendig

Vom 10. bis 11. Mai wurde in London ein NATO-Gipfeltreffen abgehalten, auf dem Besorgnis über das Angriffspotential des Warschauer Pakts geäußert und die Notwendigkeit zur Verstärkung der gemeinsamen Verteidigung und Zusammenarbeit betont wurde.

Der britische Premierminister Callaghan sagte in seiner Rede: „Wir verstehen nicht, warum die Sowjetunion mehr von ihren Mitteln für Militärausgaben verausgabt, trotz ihrer erklärten Absicht, nach Entspannung zu streben.“

Der amerikanische Präsident Carter kündigte die Bereitschaft der Vereinigten Staaten an, ihre Bindungen zu den westeuropäischen Ländern „aufrechtzuerhalten und zu verstärken“.

Er sagte: „Die Bedrohung, der sich die Allianz gegenüberstellt, ist in den letzten Jahren ständig gewachsen. Die Sowjetunion hat im wesentlichen ein strategisches Nukleargleichgewicht errungen. Ihre einsatzfähige nukleare Streitmacht ist verstärkt worden. Die konventionellen Kräfte des Warschauer Pakts in Europa zeigen deutlich Offensivcharakter. Diese Kräfte sind viel stärker als für den Verteidigungszweck eng zusammenzuarbeiten.“

Quelle: Peking Rundschau, 24. Mai 77

notwendig.“ Er betonte überdies den Willen der Vereinigten Staaten, zugleich mit der Aufrechterhaltung der nuklearen Abschreckung die „hier [in Westeuropa] stationierten konventionellen Kräfte zu erhalten und zu verbessern.“

Im Abschlußkommuniqué der NATO-Gipfelkonferenz erklärten die Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten ihre „feste Entschlossenheit, die Wirksamkeit des Bündnisses zu bewahren und zu erhöhen“.

Das Kommuniqué hebt hervor: „Besonders besorgniserregend ist das fortgesetzte Anwachsen der Stärke des Angriffspotentials der Streitkräfte der Länder des Warschauer Pakts. Unter diesen Umständen betonen die Bündnispartner nachdrücklich die Notwendigkeit für die Allianz, die für die gemeinsame Verteidigung und zur Abschreckung erforderlichen Kräfte auf einem angemessenen Niveau zu halten. Sie sind entschlossen, ihre Anstrengungen zur gegenseitigen Unterstützung und ihre Zusammenarbeit zu verstärken.“

In dem Kommuniqué wird auch auf „die Entschlossenheit der Bündnispartner“ hingewiesen, „auf allen Gebieten der Verteidigungsproduktion jeglichen Verteidigungszweck eng zusammenzuarbeiten“.

tionellen Kräfte des Warschauer Pakts in Europa zeigen deutlich Offensivcharakter. Diese Kräfte sind viel stärker als für den Verteidigungszweck eng zusammenzuarbeiten“.

Quelle: Peking Rundschau, 24. Mai 77

Polen:

Hat sich das »Komitee zur Verteidigung der Arbeiter« übernommen?

Sechs Mitglieder und vier Anhänger

„Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“ in Haft - das ist die Bilanz des jüngsten Schlags der polnischen Regierung gegen das Komitee. Unter den Verhafteten befinden sich mit Jacek Kuron, Adam Michnik und Jan Jozef Lipinski die führenden Köpfe des Komitees. Dieser Schlag fällt zusammen mit einer politischen Krise des Komitees. Das Komitee war im September 1976 nach den Demonstrationen von Ursus und Radom von Juni gegründet worden, um die Entlassenen von Ursus und Radom zu unterstützen, und entlassenen Arbeiter zu unterstützen. Es waren nach den Demonstrationen mehrere hundert Arbeiter entlassen worden, einige Dutzend zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Das Komitee sammelte Geld für die Angehörigen der Inhaftierten und für die Entlassenen (nach eigenen Angaben rund 300 000 Mark), es organisierte die Verteidigung der Angeklagten usw.

Diese Arbeit des Komitees war außerordentlich erfolgreich. So wurden nach und nach fast alle Verurteilten aus der Haft entlassen - womit die Regierung praktisch zugleich ihre eigene Lüge widerlegte, bei den Verurteilten handele es sich ausschließlich um mehrfach vorbestrafte Schwerverbrecher. Nur noch fünf der Verurteilten sind in Haft. Ebenso konnte erreicht werden, daß die meisten entlassenen Arbeiter wieder eingestellt wurden mußten - zum Teil allerdings auf schlechteren Arbeitsplätzen. Nach Angaben des Komitees waren Ende April nur noch elf Arbeiter in Ursus und weniger als 20 in Radom ohne Arbeit („FAZ“, 3.5).

Hiermit schenken sich die Arbeit des Komitees ihrem Ende zu nähern - nach einer übersaus wertvollen und erfolgreichen Arbeit, die es geschafft hatte, die Regierung zu einer fast totalen Rücknahme der Repressalien gegen die Arbeiter von Ursus und Radom zu veranlassen. Nun aber erklärte das Komitee, seine Arbeit zukünftig auf alle Fragen und Probleme in Zusammenhang mit der Verletzung der Menschenrechte in Polen auszuweiten und einen Unter-

stützungsfonds zu schaffen, der allen Personen zur Verfügung stehen sollte, „die mit dem Regime in Konflikt geraten sind und deren Menschenrechte verletzt werden.“ („Hamburger Abendblatt“, „Welt“, 17.5.). Das Komitee verließ mit diesem Anspruch die konkrete Unterstützungsbasis, die es bisher durch sein Eintreten für die Arbeiter von Ursus und Radom gehabt hatte und bewegte sich sozusagen in Neuland. Dieser Schritt scheint nicht erwartungsgemäß geglückt zu sein.

Zunächst scheiterte der Versuch, den Tod eines Studenten in Krakau zum Fall einer neuen Studenten- und Massenrevolte zu machen. Der Student Stanislaw Pyjas, in der oppositionellen Bewegung engagiert (aber keineswegs Mitglied oder auch nur Mitarbeiter des „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter“, wie z.T. in der westlichen Presse behauptet wurde), wurde am 7. Mai tot in einem Haus aufgefunden, in dem eine Bekannte von ihm wohnte. Nach Angaben der Behörden hatte er 2,6 Promille Alkohol im Blut und war durch die Folgen eines Sturzes zu Tode gekommen. Die Komitee und Anhänger der Opposition unter den Krakauer Studenten jedoch sprachen sogleich von einem politischen Mord, dessen Schuldige es in diesem Falle gelte, und verurteilten eine Protestbewegung in Gang zu bringen. Offenbar war dieses Bemühen so wenig erfolgreich, daß es sich die Regierung sogar leisten konnte, auf jede direkte Repression zu verzichten. Von der Polizei nicht gehindert, versammelten sich am 15. Mai gerade 2.000 der 30 000 Krakauer Studenten (lt. „Welt“ vom 16.5.) zu einer Gedenk Kundgebung für Pyjas. Eine Ausweitung der Proteste gelang nicht.

Der Ansehen spricht dafür, daß die polnischen Behörden und Medien weiterhin Zustimmung gefunden haben, als die davon sprachen, hier solle in provokatorischer Weise ein tragischer Unglücksfall mißbraucht

Fortsetzung auf Seite 46

»Gürtel enger schnallen« statt Sozialismus — Die »höhere Gesellschaft« des Herrn Berlinguer

Der Generalsekretär der italienischen „KP“, Enrico Berlinguer, hat Anfang dieses Jahres auf eine „Gelegenheit zur revolutionären Erneuerung“ hingewiesen, die wir bei aller Aufmerksamkeit gegenüber den bedeutungsvollen Hinweisen dieses großen und weitachtigen Mannes bislang leider viel zu wenig in unserer Presse gewürdigt haben. Der Leser wird vielleicht gleich wissen wollen, worum es geht? Nicht so ungeduldig! Es ist bekannt, daß vielen Lesern gerade unserer Presse eine allzu plumpe Wüßbäuererei eigen ist, die sich am liebsten mit kurzgriffigen, wenig auf analytische und — ja! — philosophische Auskostung bedachten „Erläuterungen“ ab- und zufrieden gibt. Da wird gleich skeptisch die Stirn gerun-

zelt — möglicherweise tun das einige ganz besonders verbohrte (in Dogmen und Prinzipien verbohrte) Leser schon, wenn sie den Namen Berlinguer hören, nur weil sie meinen, das sei in Italien ein ähnlich klingender Name wie hieszulande Schmidt oder Brandt. Wenn jemand also nicht die Andacht und die Toleranz haben sollte, mal unvoreingenommen neue, undogmatische Überlegungen anzuhören, die nicht immer — das geben wir zu — mit den herkömmlichen Gedanken des Marxismus übereinstimmen mögen, dann soll er lieber das Lesen dieses Artikels bleiben lassen.

Es geht in der Tat um etwas „Neues“, das Enrico Berlinguer „zur revolutionären Erneuerung Itali-

ens“ vorzubringen hat; um etwas, „das unter der Haut der Geschichte jedoch vorhanden ist, das also reif, notwendig und daher machbar ist“ — nennen wir es vorläufig, um der prozeduralen Entwicklung dieser philosophischen Entdeckung nicht in die Speichen zu greifen, einfach weiterhin „Das Neue“. Berlinguers Entdeckung: „In der Tat glaube ich, daß wir heutzutage nur dann wirklich und effektiv für eine höhere Gesellschaft kämpfen können, wenn wir die dringende Notwendigkeit DIESER NEUEN erkennen.“ „Für uns ist DIESER NEUE ein Mittel, um die Wurzeln des Übels anzugehen und die Voraussetzungen zu schaffen für die Beseitigung eines Systems, das nicht in eine kon-

junktuelle, sondern in eine tiefe strukturelle Krise geraten ist.“ „Weit davon entfernt, den Interessen der herrschenden Gruppen oder den Bedingungen für ein Überleben des Kapitalismus Vorschub zu leisten, kann DIESER NEUE eine Entscheidung mit fortentwickeltem, konkretem Klassengehalt sein; es kann und muß eine Möglichkeit für die Arbeiterbewegung sein, ihre Forderungen nach einem anderen sozialen Leben zu artikulieren und in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation für ihre alten und immer gültigen Befreiungsziele zu kämpfen.“

Für eine höhere Gesellschaft kämpfen, die Wurzeln des Übels angreifen, Beseitigung des Systems, For-

für Vergeudung, Parasitismus, Privilegien, Verschwendung der Ressourcen und finanziellen Mißwirtschaft ist.

Die Austeritätspolitik ist tatsächlich durch Mangel an Teilkraft, Mut und Ausdauer unwirksam. Beispielsweise war man bis jetzt nicht instand, die notwendige öffentliche Meinung (I) und die notwendige Massenbewegung (II) gegen die Verschwendung zu erreichen. Gegen die direkte Verschwendung, die immer noch enorm ist (man nehme nur den Energiebereich oder die Organisation des Gesundheitswesens) und gegen die indirekte Verschwendung auf breiter Basis, die auf die Nachlässigkeit der Betriebe, der Schulen und der öffentlichen Verwaltung zurückzuführen ist; ... Es gibt eine ganze Skala, wie man gegen die Verschwendungen vorgehen und für Sparmaßnahmen in allen Bereichen eintreten kann, was jedoch den Impuls, die Leitung und das dauernde Engagement einer Regierung erfordert, die tatsächlich in der Lage ist, das heutzutage unerlässliche politische und moralische Ansehen zu verkörpern. ... Vor allem die fehlenden Perspektiven einer Austeritätspolitik, die die Regierung bisher gefordert und realisiert hatte, sind offensichtlich und von großem Nachteil. In diesem Punkt unterscheiden wir uns am stärksten (I) von den Vertretern der Regierung und den herrschenden Gruppen in der Wirtschaft. Sie alle haben im Grunde genommen resigniert, d.h. ihr Bewußtsein steht genau im Gegensatz zu dem, was nötig wäre, um die überaus große Zustimmung des Volkes zu gewissen notwendigen Opfern (II) zu erhalten.“ (Entnommen ist dies den „Schlußbetrachtungen auf der Konferenz der Intellektuellen“, Januar 1977, Rom; auf deutsch veröffentlicht in „Sozialismus für Italien“, Seite 209 bis 221, herausgegeben vom VSA.)

Zur ausdrücklichen Klarstellung zu diesen Ausführungen wollen wir noch ergänzen, daß Berlinguer nirgends und dort von einer „Verschwendung“ beispielsweise bei den Ausgaben für Militär, Polizei, Geheimdienste usw. spricht. Ebenso wenig ist beispielsweise explizit die Rede davon, daß den Kapitalisten zu viel Geld in den Taschen geschmissen würde und man dort „sparen“ würde und man dort „sparen“ müsse. Austerität, Sparpolitik, damit meint Berlinguer unmißverständlich „gewisse notwendige Opfer“ des Volkes, also der Arbeiter, Bauern, Jugendlichen usw. Und seine „Kritik“ am christdemokratischen Regime ist gerade, daß es dabei einen „Mangel an Teilkraft, Mut und Ausdauer“ an den Tag legen würde.

Berlinguers Rede ist ein „Wink mit dem Zauberpfahl“ an den Imperialismus, insbesondere an den westdeutschen Imperialismus. Ihr habt kritisiert — sagt Berlinguer —, daß Italien über seine Verhältnisse lebe, daß es den Gürtel enger schnallen muß. Begrüßt doch endlich, daß das italienische Volk, die italienischen Arbeiter, solange mißtraulich gegenüber Sparpolitik und Opfern sind, wie diese von einer christdemokratischen Regierung gepredigt und verordnet wurden. Wir haben im Grunde doch das gleiche Wirtschaftsprogramm — und den Vorteil, daß wir in den Augen der italienischen Arbeiterklasse ihre Partei sind, daß uns daher weniger Widerstand entgegengesetzt wird, wenn wir es sind, die als Regierung Opfer vom Volk verlangen. Habt ihr vergessen, wie es 1966/67 in der Bundesrepublik war? Habt ihr vergessen, daß die westdeutsche Sozialdemokratie damals der bessere Garant war, um die Krise für die westdeutsche Bourgeoisie zu bereinigen? Und daß all die „Reformen“, die die Bundesrepublik heute so stabil machen, nicht aus der wirtschaftlichen Rationalisierungen, sondern auch die politischen „Reformen“ wie die Notstandsgesetze, die Gesetze zur Bekämpfung des Terrorismus usw., gerade dank der Regierungsbeteiligung bzw. Regierungsbildung durch die Sozialdemokratie so glatt über die Bühne gelaufen sind? Daß wir von Sozialismus reden (eigentlich ja auch nur), daß wir von einer Beseitigung des Systems sprechen (des Systems der zu geringen Stabilität der italienischen Wirtschaft natürlich) — das müßt ihr doch gerade in diesem Zusammenhang verstehen, daß damit die Durchsetzung der „notwendigen Opfer“ für das Volk eine mit den ei-

Fortsetzung auf Seite 47



Hat sich das »Komitee zur Verteidigung der Arbeiter« übernommen?

Fortsetzung von Seite 45

werden. Die Behörden nutzten die Gunst der Stunde, um ihre Verhaftungsaktion gegen das Komitee durchzuführen. Diese Verhaftungen wurden zum einen als „Vorbeugung“ begründet (Die Betroffenen wurden z.T. auf dem Weg nach Krakau verhaftet), zum anderen mit dem § 132 („Beziehungen zu ausländischen Organisationen“), was sich auf Veröffentlichungen in der westlichen Presse bezieht.

Als Protest gegen die Verhaftungen wurde in einer katholischen Kirche ein lebendiger Hungerstreik organisiert, an dem sich anfangs acht und schließlich 14 Menschen beteiligten — Angehörige der Verhafteten, oppositionelle Intellektuelle und Kleriker. Die Behörden konnten es sich leisten, diese Aktion, die erneut eher die derzeitige Ohnmacht und Hilflosigkeit des Komitees demonstrierte, zu tolerieren. Staatsanwalt Rozewicz erklärte dazu ironisch im polnischen Fernsehen: „Wenn jemand nicht essen will, dann ist es ihm erlaubt, nichts zu essen. Das ist keine Straftat.“ ... Die Staatsanwaltschaft hat auf jeden Fall nicht die Absicht, irgendein Strafverfahren gegen die Teilnehmer des Hungerstreiks einzuleiten“ (nach „Monitor“, 3.6.).

Nach dem Tode von Stanislaw Pyjas hatte Springer „Welt“ frohlockt: „Das polnische kommunistische System ist erneut in eine schwere Krise geraten. Der Tod des Studenten Pyjas hat — ähnlich wie seinerzeit die Selbstverbrennung Jan Palachs in Prag — eine Welle der Opposition ausgelöst“ (17.5.). Die „Krise“, die solchermaßen herbeigerufen werden sollte, blieb jedoch aus. Auch der Hungerstreik hatte — gerade durch die demonstrative Zurückhaltung der Behörden — in erster Linie den Aspekt einer für die westlichen Medien inszenierten Show-Wahrnehmung nicht ungeachtet schlug die polnische Presse dagegen stark nationalistische Töne an („Gegen die Interessen Polens gerichtete Handlungen“) und erhob gegen das

Komitee den — durchaus nicht unzutreffenden! — Vorwurf, es würde unbedenklich mit Leuten wie der Springerpresse zusammenarbeiten, die immer noch ein rundes Drittel Polens annektieren möchten.

Das Komitee hat sich in eine Situation hineingemauert, die selbst die SPD-Zeitung „Vorwärts“ (2.6.) zu freundschaftlichen Warnungen an die Adresse der polnischen Opposition veranlaßte. Im „Vorwärts“ wird in diesem Zusammenhang „einer der Aktivisten des Komitees“ mit dem resignativ-massenfeindlichen Spruch zitiert: „Dieser träge, graue Bürger, der sich von der Partei willig einspannen läßt, weil er angenehm leben, verdienen und reisen möchte, ist unser eigentlicher Gegner. Nicht die Partei, der die Hände gebunden sind.“ Das ist eine politische Bankrott-Erklärung, die natürlich in der revisionistischen Presse freundliche Erwählung fand.

Es zeigt sich im Rückblick, daß das Komitee erfolgreich war, solange

es die legitimen Interessen der polnischen Arbeiterklasse unterstützte, aber in die Isolation geriet, nachdem diese Basis verlassen wurde.

Darüber hinaus bestätigt sich noch einmal, daß der Gesprächspartner einer fortschrittlichen Opposition in den revisionistischen Ländern nur die Linke und die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern kann, nicht aber die Springerpresse, Emigranten-Presse, Hetzblätter usw. Die „Disidenten“ der revisionistischen Länder haben inzwischen erste Schritte getan, um an die westliche Linke zu appellieren. Sie sind dabei aber bisher über ein rein instrumentelles Verständnis nicht hinausgekommen — d.h. die westliche Linke soll sich für die „Disidenten“ einsetzen, ohne daß diese ihrerseits auf die Kumpans mit dem imperialistischen Medien verzichten wollen und ohne daß sie überhaupt die Perspektive eines gemeinsamen Kampfes entwickeln. Daraus kann nichts werden!



Studenten-Demonstration in Krakau

genen Wünschen übereinstimmende Perspektive bekommt. Klappen gehört zum Geschäft, und in Wirklichkeit ist, wie ihr endlich glauben könnt, „unser Plan“ kein Programm des Übergangs zu einer sozialistischen Gesellschaft“ (Originalton Berlinguer a.B.O., Seite 217/218).

Wir wünschen dem „Genossen“ Berlinguer in Rom, daß der „Genosse“ Schmidt in Bonn seine Rede ausführlich gelesen hat und seine in der Tat unnötigen Bedenken gegen die italienischen „Eurospare“ endlich aufgibt. Die PCI in der Regierung, das würde auch sicher dazu beitragen,

daß die hiesigen Bewunderer Berlinguers und Co., wie sie sich beim VSA-Verlag, im „Entredant“, in den Reihen des SB, bei Teilen der SPD, „Linken“ (bis hin zu Karlens Volgt) usw. angesammelt haben, eher gezwungen wären, eindeutig Farbe zu bekennen. Statt mit Verdrehungen und Auslassungen eine betrügerische Schönfärberei zu betreiben. Und daß die italienische Arbeiterklasse auf längere (!) Sicht den korrupten, auf Sanierung des italienischen Kapitalismus abzielenden Plänen der PCI folgen wird, das wollen wir nicht so unbedingt als bare Münze nehmen.

„Unter der Haut der Geschichte“ kann das auch umgekehrt sehr bald zur erfolgreichen und nachhaltigen Diskreditierung und zum Wank des italienischen „Reformismus“ führen.

„Nur ein Narr kann glauben, daß die SPD beliebig mit Prinzipien der Arbeiterbewegung umspringen kann, ohne dafür bezahlen zu müssen“, versucht Jochen Steffen (, das da“, 6/77) seine eigene Partei zu belehren. Das gilt ungenügend zweifellos auch für die PCI!

KB/Gruppe Frankfurt

SPENDENLISTE

Nachstehend geben wir die seit der letzten Veröffentlichung neu eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen bekannt. Die Veröffentlichung der Spendeneingänge soll der Kontrolle durch die Spender und Empfänger dienen.

Wir sind grundsätzlich bereit, Geld- und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus sowie dem Kampf der Arbeiterklasse und fortschrittlichen Bewegungen dienen.

Wir bitten alle Spender, bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken; ebenso den Absender, damit wir den Spendeneingang quittieren können. Alle Spenden werden von uns ohne jeden Abzug weitergeleitet.

Für MIR, Chile

C. B., Hamburg	DM 30,00
C. B., Hamburg	DM 50,00
ZDL Gruppe Damp	DM 33,30
Genossen aus dem Sauerland	DM 50,00
M. B., Clausthal-Zellerfeld	
Spendensammlung bei Chile-Veranstaltung der ESO	DM 35,16
KB/Gruppe Butin	DM 38,00
Nelkenverkauf 1. Mai-Demonstration	
BO Wandsbek, KB/Gruppe Hamburg	DM 200,00
BO-Altona, Nelkenverkauf 1. Mai	DM 92,00
Bürgerinitiative (BUU) Wandsbek-Farmen (Hamburg)	DM 40,00
KB/Gruppe Elmshorn	DM 20,00
Summe	DM 588,46
Damit erhöht sich unser gesamtes Spendenaufkommen für den MIR auf	DM 290.122,94

Für Frente Polisario, West-Sahara

ehemalige Ortsgruppe Kiel der KPD/ML (ZB)	DM 2.450,00
Spende bei AK-Verkauf in Stuttgart	DM 15,00
E. V., Wiesbaden	DM 12,00
H. H., Stadellendorf	DM 50,00
H. W. M., Stolberg	DM 15,00
KB/Gruppe Glückstadt	DM 20,00
Summe	DM 2.562,00
Damit erhöht sich unser gesamtes Spendenaufkommen für die Frente Polisario auf	DM 29.152,58

Für PFLP, Palästina

Für PFLP, Palästina	
S. K.-W., Sammlung 8. März	DM 988,30
Ch. B., Hamburg	DM 50,00
Sammelboxe Hamburger HDW-Genossen	DM 20,00
„R. verkauft 2 Stühle“, Hamburg	DM 50,00
KB/Gruppe Bremen	DM 660,00
Betriebszelle Deutsche Lufthansa, Hamburg	DM 50,00
Summe	DM 1.818,30
Damit erhöht sich unser gesamtes Spendenaufkommen für die PFLP auf	DM 121.001,47

Für PRT/ERP, Argentinien

Ch. B., Hamburg	DM 50,00
Damit erhöht sich unser gesamtes Spendenaufkommen für die PRT/ERP auf	DM 870,30

Für SWAPO, Namibia

Maikomitee Bremerhaven, Spende 1. Mai-Fest	DM 56,10
P. D., Tübingen, Erlöse aus einem Fest in der Marquardtei	DM 240,00
Summe	DM 296,10
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die Swapo auf	DM 5.035,90

Für ZANU, Zimbabwe

Maikomitee Bremerhaven, Spende 1. Mai-Fest '77	DM 56,10
Damit erhöht sich unser gesamtes Spendenaufkommen für die ZANU auf	DM 29.393,66

Für ZIPA, Zimbabwe

Maikomitee Bremerhaven, Spende 1. Mai-Fest '77	DM 56,10
Damit erhöht sich unser gesamtes Spendenaufkommen für die ZIPA auf	DM 689,10

Für ANC, Südafrika

Maikomitee Bremerhaven, Spende 1. Mai-Fest '77	DM 56,10
Damit erhöht sich unser gesamtes Spendenaufkommen für den ANC auf	DM 343,07

Tito — »Volksheld« hoch drei

Die „Veremung Jugoslawiens“ hat beschlossen, Präsident Tito zum dritten Mal mit dem Orden des Volkshelden auszuzeichnen“ (MD, 20.5.77). Gewichtiger Anlaß war Titos 85. Geburtstag!

Was muß so ein „Volksheld“ denn wohl für Eigenschaften haben, damit ihm dieser Titel gleich dreimal zugesprochen wird?

Es dürfen in die „komplexesten und schwierigsten Probleme... weder kalt noch verwirrt noch konventionell...“ machen, es muß die „dialektische Seite der marxistischen Theorie mit einer ziemlich genauen Voraussage aufstretender und überraschender Ereignisse zu verbinden...“ können, aber er muß auch wissen, daß „...die beste Theorie nicht immer der Schlüssel für alle Schlüsse ist...“.

Selbst muß „...die Bedeutung (seiner) Auffassungen und Entscheidungen... epochal...“ sein und schließlich muß ihm auch noch „...der Sinn und die Entwicklung der Geschichte und der Gesellschaft bekannt...“ sein. Und so weiter und so heiter...

Man wundert sich, daß die bekanntlich von Orden und schmucken Uniformen angehenden KPdSU-Führer da nicht nachsehen mochten und den 85jährigen mit dem „Orden der Oktoberrevolution“ schmückten?

Es geht das Gerücht um, daß die Herren im Kreml lange Nächte geübt haben, um noch eine unentdeckte, prachtvolle und noch nicht geübte Fähigkeit von Josip Broz Tito zu finden.

Schließlich bekam Tito den sowjetischen Orden für „...seine aktive Beteiligung an der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung“ (MD, 23.5.77).

Alaaf! Alaaf!

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Ungarn „liberalisiert“ Investitions- verordnung...

Das ungarische Finanzministerium hat vor kurzem die Verordnung über die Beteiligung von ausländischen Kapitalisten in ungarischen Betrieben „liberalisiert“. Was bisher nur eine mittelbare Beteiligung (über sog. Holding-Gesellschaften) möglich, so kann fortan überall investiert werden, also auch im Produktionsbereich. Möglich sind Direktinvestitionen bis zu 49% des Kapitals, wobei allerdings das Finanzministerium diese Limitierung unter bestimmten Bedingungen aufheben kann, so daß Mehrheitsbeteiligungen zustande kommen können! Diese Genehmigung werden „ohne weiteres erteilt, sofern die Investitionen den volkswirtschaftlichen Interessen des Staates entsprechen und die Erhöhung des technologischen know how fördern“ („NZZ“, 24.5.77).

Damit diese Maßnahmen auch richtig zum Tragen kommen wurde „zusammen mit der Einführung der Möglichkeit für echte joint ventures... die Gewinnsteuer die sich bisher zwischen 40 und 60% bewegte auf maximal 40% herabgesetzt. Andere Abgaben oder Steuern außer einer Sozialabgabe von 35% der Lohnsumme werden nicht erhoben. Das Finanzministerium kann jedoch abweichende günstigere Steuerlizenzen festsetzen“ (ebenda).

Da kann man nur noch sagen: Auf nach Ungarn, Bourgeois!

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Verlag Arbeiterkampf J. Reents, Lerchenstr. 76, 2000 Hamburg 50

UNSERE LIEFERBEDINGUNGEN

LIEFERUNG erfolgt grundsätzlich nur gegen VORAUSKASSE
Konten:
PSchA Hamburg
Kto. 24 05 95,
J. Reents, Dresdener Bank AG Hamburg
Kto. 45 18 37 8

Bücher und Broschüren

Aus Betrieb und Gewerkschaft:

- Drucker-Streik — Ein großer Kampf, ein miser Abschuß! Juni 76, 66 Seiten, A 4 DM 2,50
- GEW: Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie 108 Seiten, A 5 DM 3,50
- Ernst Thälmann, Über Gewerkschaften 120 Seiten, Paperback DM 3,50

Kampf dem Faschismus:

- Droht ein neuer Faschismus? 278 Seiten, Paperback DM 9,50
- Kampf dem Faschismus 300 Seiten, Paperback DM 11,00
- Modell Deutschland - Berufsverbote September 76, 64 Seiten, A 5 DM 2,60
- 20 Jahre KPD-Verbot — Kampf dem Antikommunismus August 76, 54 Seiten, A 5 DM 2,50
- Schleswig-Holstein „braun durchdrungen“ Juni 76, 48 Seiten, A 4 DM 2,00
- Braune Rattenfänger im Umweltschutzgewand: Weltbund zum Schutz des Lebens Juni 76, 8 Seiten, A 4 DM 0,50
- Die CDU war immer schon die Hauptpartei der Reaktion September 76, 40 Seiten, A 4 DM 3,00

SPD

- Das „kleinere Übel“, das zu immer größeren Übeln führt Oktober 76, 68 Seiten, A 5 DM 3,00

Westdeutsche Linke

- Angola war nur der Anfang März 76, 28 Seiten, A 4 DM 1,50
- KBW am Scheide-Weg Oktober 75, 56 Seiten, A 4 DM 3,00
- Wie der KBW der Bewegung gegen den § 218 schadet Februar 76, 16 Seiten, A 4 DM 0,30
- Der KBW lügt Juni 75, 8 Seiten, A 4 DM 0,30
- Ist der Arbeiterbund noch zu retten? September 76, 64 Seiten, A 5 DM 3,00

Internationales:

- Zum Nahost-Problem 48 Seiten, A 4 DM 2,00
- Palästina — Interviews mit dem Widerstand Februar 74, 120 Seiten, A 4 DM 6,00
- Einige Grundfragen der afrikanischen Revolution Mai 76, 24 Seiten, A 4 DM 1,50
- Es lebe die afrikanische Revolution! Juni 76, 30 Seiten, A 4 DM 2,00
- S. Mutumbuka (ZANU): Schlecht um Zimbabwe Juli 76, 24 Seiten, A 4 DM 2,50

- S. Mutumbuka (ZANU): Schlecht um Zimbabwe Juli 76, 24 Seiten, A 4 DM 2,50
- MPLA: Vitoria Certa — Der Sieg ist gewiß September 75, 30 Seiten, A 4 DM 1,00
- Soldatenbewegung in Westeuropa Februar 76, 55 Seiten, A 4 DM 1,00

Sozialismus

- Zur Außenpolitik der VR China 3. Auflage August 76, 58 Seiten, A 4 DM 3,00
- Die chinesische Kulturrevolution in Dokumenten Februar 74, 134 Seiten, A 4 DM 8,00
- Albanien — Ein Reisebericht Juli 76, 40 Seiten, A 5 DM 2,00

ABONNEMENT

ARBEITERKAMPF, Zeitung des Kommunistischen Bundes

- Jahresabonnement (ersch. 14-tägig) DM 33,80
- Förderabo DM 40,-
- Bitte schicken mir ein Freixemplar
- Ich bestelle diese Nummern zum Thema

REBEL, Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes

- Jahresabonnement (mindestens 8 Ausgaben) DM 8,40
- Förderabo DM 8,-
- Bitte schicken mir ein Freixemplar
- Ich bestelle diese Nummern zum Thema

Die INTERNATIONALE, Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus

- Jahresabonnement (mindestens 6 Ausgaben und alle Sondernummern) DM 14,40
- Förderabo DM 20
- Bitte schicken mir ein Freixemplar
- Ich bestelle diese Nummern zum Thema

Lieferung erfolgt nur gegen Vorauskasse

- PSchA Hamburg BLZ 200 100 20 Kto. 24 05 95
- J. Reents, Dresdener Bank AG Hamburg BLZ 200 800 00 Kto. 45 18 37 8

Anzahl



Datum

Unterschrift

Die Kinderladenbewegung 1967—1970

Vorbemerkung

Wie schon in der Auseinandersetzung mit den Vorstellungen des englischen Pädagogen A.S. Neill angekündigt (AK 102), setzen wir uns in diesem ARBEITERKAMPF mit den praktischen Versuchen einer Antiautoritären Erziehung bzw. sozialistischen Erziehung auseinander, die sich seit 1967 im Zuge der Studentenrevolte in den Kinderläden entwickelt haben. Wir meinen, daß einerseits die verschiedenen Initiativen, die heute wieder verstärkt mit dem Anspruch arbeiten, eine fortschrittliche Erziehung zu praktizieren, aus diesen Erfahrungen lernen können. Andererseits wird der Kampf für eine nicht-repressive, fortschrittliche Erziehung gerade angesichts des sich verschärfenden Drucks auf die Kinder in den verschiedenen bürgerlichen Erziehungseinrichtungen zunehmend wichtiger.

Der Beginn der Kinderladenbewegung

In der Entwicklung der Kinderladenbewegung 1967/68 flossen zwei Entwicklungstendenzen der damaligen antikapitalistischen Bewegung zusammen:

1. In die damaligen Aktivitäten gegen die Repression an den Universitäten (und darüber hinaus) flossen sehr stark Analysen über Entstehung und Verewigung „autoritärer Strukturen“ durch die Schaffung „autoritärer Persönlichkeiten“ ein. Initiatoren der Kinderladenbewegung stellten die Auswirkungen dieser Analysen auf die Überlegungen der APO zum Problem der Kindererziehung so dar: „In der Erkenntnis, daß die bürgerlichen Erziehungsmethoden bei Kindern die Weichen stellen für angepasstes und damit autoritäres Verhalten und damit in einem Zirkelprozeß für die Beibehaltung gegebener Zustände und Verhältnisse sorgen, gewinnt der Erziehungsbereich wachsende Bedeutung“ (Kinderläden, Revolution der Erziehung oder Erziehung zur Revolution, im folgenden: „Kinderläden“, rororo 1340, Seite 115). Erstes Ergebnis dieser Überlegungen war der Versuch von SDS-Genossen, in Kommunen ihr „angepasstes Verhalten“ zu bearbeiten und damit verbunden alternative Kindererziehung zu entwickeln. Dabei tat sich den Genossen auch sehr bald der Widerspruch zwischen der von ihnen beabsichtigten Erziehung und der in den bürgerlichen Erziehungseinrichtungen auf, der organisatorische Schritte zum Aufbau alternativer Erziehungseinrichtungen nahelegte.

2. Eine zweite, wohl etwas in Vergessenheit geratene Quelle der Kinderladenbewegung waren die Probleme der SDS-Genossinnen, insbesondere derer, die Kinder hatten. Im Westberliner „Aktionarat zur Befreiung der Frau“ wurde die Auseinandersetzung darum geführt und sehr schnell die Forderung nach Einrichtungen kollektiver Erziehung erhoben.

Wir wollen uns deshalb zunächst einmal mit den Aktivitäten der Kommune 2 und des Aktionarates beschäftigen.

Kollektive Erziehung in der Kommune 2

Ansatzpunkt für die Entwicklung der Kommunen war der Widerspruch zwischen politischer Arbeit und politischen Ansprüchen der Genossen und ihrem „Alltagsleben“. Mitglieder der Kommune 2 beschreiben diesen Widerspruch so: „Während wir von einer befreiten Gesellschaft träumten und uns romantisch mit den Guerillas in Lateinamerika identifizierten, herrschten in unserem Alltagsleben kaum gebrochene die Normen und Zwänge der kapitalistischen Gesellschaft. Deutlich wurde das an der Situation der Frauen im SDS, die für die politischen Diskussionen der Männer den dekorativen Rahmen hergaben und im übrigen auf die Privatphäre verwiesen waren“ (Christel Bookhagen, Eike Hemmer, Jan Raspe, Eberhard Schulte, Kommune 2, Kindererziehung in der Kommune, in: Kursbuch 17, Seite 150 f.). Sehr realistisch beschreiben die Genossen im folgenden das mühsame Gefühl, das sie bei ersten Auseinandersetzungen mit Polizei, Staatsgewalt, Professoren etc. beschlich und setzen als in Beziehung zu ihrem Anspruch: „Aus unserer theoretisch erfassten Radikalität, alle bestehenden Verhältnisse umwälzen zu wollen, und der Notwendigkeit, unser eigenes Milieu zu schaffen, um uns psychisch fähiger zur Rebellion zu machen, entstand die Idee, in Wohnkollektiven zusammenzustehen“ (Kursbuch 17, Seite 151). Schon in der ersten Phase der Kommunegründung entwickelte sich eine Zweiteilung. Während die Kommune 1 um Fritz Teufel sich

mit ihren Aktionen mehr um die Lächerlichmachung der Justiz und anderer bürgerlicher Institutionen bemühten (siehe AK 104), wollte die Kommune 2 eher einen Beitrag zur „Revolutionierung des bürgerlichen Individuums“ leisten. Naturgemäß stellte sich dann auch diese Kommune als erste dem Problem einer kollektiven Kindererziehung.



Schwerpunkt der ersten Schritte in der Kindererziehung waren dabei:

Schwerpunkt der ersten Schritte in der Kindererziehung waren dabei: Abbau der Fixierung der Kinder auf eine bzw. zwei Bezugspersonen, Erweiterung des kindlichen Freiheitsraums, Bejahung der kindlichen Sexualität.

„In der ersten Zeit schwabte uns als Ziel unserer kollektiven Erziehung vor, allmählich die Fixierung der Kinder an ihre jeweiligen Eltern auflösen zu können. Die Kinder sollten die Möglichkeit erhalten, intensive Beziehungen zu mehreren Erwachsenen aufzunehmen und sich mit ihren Wünschen und Ängsten auch an andere als an ihre Eltern zu wenden. Leitbild war, die Kinder zur Selbstständigkeit zu erziehen“ (Kursbuch 17, Seite 156).

Schon dieser erste Schritt warf Probleme auf. Eine Reihe von Kommunemitgliedern gingen sehr schematisch an die Auflösung der Fixierung heran: „Wenn vor dem Einschlafen ein Kind nach einem bestimmten Erwachsenen verlangt, bekam es oft zu hören: „Der ist heute nicht dran!“ Das „Prinzip“ wurde über die Wünsche des Kindes gestellt.

Ein zweites Problem war das zunächst sehr „intellektuelle“ Herangehen, insbesondere der Genossen, auf anscheinend unverständliche Handlungen der Kinder auf: „Wenn die Kinder absichtlich Essen vom Tisch fegten oder ins Zimmer pinkelten, fragten die Männer ärgerlich: „Warum machst du das?“ oder: „Was soll denn das?“ Wir begriffen nur allmählich, daß das scheinbar murwellige Zerstreuen von Essen Signalcharakter hatte, daß uns die Kinder etwas damit zeigen wollten, daß wir während des Essens immer nur unter uns Erwachsenen gesprochen und sie nicht beachtet hatten“ (Kursbuch 17).

„Schließlich bemühte sich die Kommune 2, den Kindern „einen weitaus größeren Spielraum als in der bürgerlichen Familie“ zu gewähren,

„Wir versuchten, ihre Spiele so wenig wie möglich zu beeinflussen und uns ihnen nicht mit gekauftem Spielzeug und Geschichtenerzählen aufzudrängen“ (Kursbuch, Seite 160). Dies ist sicherlich ein „klassisch“ antiautoritärer Standpunkt: Das Kind lernt und entwickelt sich am besten, wenn es allein gelassen wird in seinem Freiheitspielraum. Wo diesem Freiheitspielraum Grenzen zu setzen waren, wehrte sich die Kommune 2, dies durch irgendwelche Tricks den Kindern nahe zu bringen: „Wir (haben) dann lieber klare Verbote ausgesprochen (und versucht, sie zu begründen)...“ (Kursbuch, Seite 160).

Was die kindliche Sexualität anbelangte, versuchte die Kommune 2 – zumindest verbal – die Sexualität des Kindes zu bejahen, d.h. das sexuelle Interesse der Kinder nicht durch Einschüchterungen und Verbote zu hemmen. Die Kinder beschäftigten sich so mit lebhaftem Interesse mit den eigenen Ge-

aufen, „um die Diskussion über die Probleme der Kleinkindererziehung zu intensivieren“ (Kursbuch, Seite 171).

Der Aktionarat zur Befreiung der Frau

Der Westberliner „Aktionarat zur Befreiung der Frau“ wurde im Januar 1968 gegründet. In ihm durften zunächst keine Männer mitarbeiten. Die Frauen begründeten diesen Schritt damit, daß es für sie Probleme gibt, „die bisher von keiner Partei, von keiner linken Organisation artikuliert, geschweige denn ernst genommen worden sind. Frauen haben das Bedürfnis, endlich nicht mehr benachteiligt zu werden, sie können sich nicht so uneingeschränkt für ihre Karriere einsetzen wie der Mann. Der individuelle Rettungsversuch, keine Kinder zu kriegen, überbrückt auch nicht das gesellschaftliche Bild von der Frau mit Kind und deren allgemein gesellschaftliche Diffamie-

Diese positive Erfahrung armuterte zur Gründung von zunächst drei Kinderläden in Westberlin, denen bald weitere folgten. Insgesamt soll es seitdem in der BRD und Westberlin ca. 1.000 Kinderladenkollektive gegeben haben.

In Westberlin übernahm zunächst der Aktionarat zur Befreiung der Frau die Koordinierung der entstehenden Projekte, was allerdings nicht heißt, daß nur Frauen in den Kinderläden arbeiteten. Die Zielsetzung wurde so zusammengefaßt:

„1. Erarbeitung revolutionärer Erziehungsmethoden und Schaffung eines emanzipatorischen Gegenmodells, das zum Kampf gegen die Institutionen benützt und später weniger privilegierten Frauen zugänglich gemacht werden sollte.“ Also eine eindeutige Konzeption als Alternative zu den bürgerlichen repressiven Erziehungseinrichtungen. Von dieser Alternative erwartete man sich (und erhielt ihn teilweise auch) Zustimmung und Zustrom aus anderen Teilen der Bevölkerung. Dahinter steckt sicherlich die Annahme der damaligen Bewegung, die Schaffung von Gegeninstitutionen (Kinderläden, Kommunen usw.) würde die Bevölkerung über die APO hinaus erfassen.

„2. Aufhebung der Isolation der Frauen mit Kindern.“ Also die wesentliche Forderung des Aktionarates.

„3. Die Kinder sollen sich im Kollektiv emanzipieren, wodurch auch ihre Isolation beendet wird.“ Also der Schritt über die „kollektive Erziehung“ in der Kommune hinaus (alle Zitate nach „Kinderläden“, Seite 27).

... gegen pädagogische Inseln

Der gesellschaftsverändernde, antikapitalistische Ansatz der Kinderläden hebt sich sehr deutlich gegenüber dem ab, was in hoher Auflage von bürgerlichen Verlagen als „anti-autoritäre Erziehung“ propagiert worden ist, gegen das Modell „Summerhill“ des englischen Pädagogen A.S. Neill. Neills Schriften wurden wohl in den meisten Kinderladenkollektiven gelesen. Bei denjenigen, die ihre Meinung dazu veröffentlicht haben, fand er wenig Freunde. Exemplarisch sei hier nur die Meinung eines Westberliner Kinderladens dargestellt:

„1. Neill-Kinder kommen fast ausschließlich aus privilegierten Schichten und haben begüterte Eltern, denn nur diese sind in der Lage, das hohe monatliche Schulgeld aufzubringen. 2. Summerhill-Kinder leben in einer nahezu konfliktfreien Welt. Es werden kaum Kategorien zur Bewältigung von Konflikten angeboten... 3. Neills Begriff von Freiheit hat da ein Ende, wo durch das Verhalten der Kinder die Schule in die Gefahr gerät, vom zuständigen Ministerium geschlossen zu werden... 4. Neill erzieht zur totalen Anpassung, denn nur um diesen Preis ist sein versprochenes Glück zu verwirklichen“ („Kinderläden“, Seite 47 f.).

Der gesellschaftsverändernde Anspruch der Kinderläden war natürlich untrennbar verbunden mit der Entwicklung der damaligen antikapitalistischen Bewegung und der in ihr vertretenen Positionen. Insofern spiegelt sich in der Entwicklung der Kinderladenbewegung 1968/69 die Entwicklung der APO wieder.

... zwischen „Selbstregulierung“

Dem breiten Raum entsprechend, den in der APO psychoanalytische Vorstellungen einnahmen, war die Kinderladenbewegung zunächst sehr stark orientiert auf die Verhinderung der Bildung „autoritärer Charaktere“, auf die Befreiung der kindlichen Sexualität, die Bewältigung der Aggressivität der Kinder. Entsprechend der Absicht, eine Gegeninstitution zu schaffen, befaßte man sich zunächst mit der Entwicklung „im Kind“, d.h. psychoanalytischen Fragen, während die Frage einer Erziehung zur Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Umwelt vernachlässigt wurde.

So ist z.B. der Erfahrungsbericht des Westberliner Kinderladens S., gegründet Anfang 1968, gespickt mit Zitaten von Sigmund und Anna Freud, Wilhelm Reich etc. („Kinderläden“, Seite 51 ff.).

Den Einfluß solcher Theorien macht der Journalist Gerhard Bött, selbst einige Zeit Anhänger der Kinderladenbewegung (und deshalb massiver Hetze ausgesetzt) deutlich,

schlechtsteilen und denen der Erwachsenen (wobei die Hemmungen

schlechtsteilen und denen der Erwachsenen (wobei die Hemmungen

schlechtsteilen und denen der Erwachsenen (wobei die Hemmungen

schlechtsteilen und denen der Erwachsenen (wobei die Hemmungen

schlechtsteilen und denen der Erwachsenen (wobei die Hemmungen

schlechtsteilen und denen der Erwachsenen (wobei die Hemmungen

schlechtsteilen und denen der Erwachsenen (wobei die Hemmungen

schlechtsteilen und denen der Erwachsenen (wobei die Hemmungen

schlechtsteilen und denen der Erwachsenen (wobei die Hemmungen

schlechtsteilen und denen der Erwachsenen (wobei die Hemmungen



wenn er schreibt: „Wilhelm Reich (von der linken Studentenbewegung wiederentdeckt und heute von einer wachsenden Zahl von Experten als bedeutendster Psychoanalytiker neben Freud anerkannt) verdanken die Kinderläden die Erkenntnis, daß autoritäre ebenso wie totalitäre Gesellschaft eine lustfeindliche Sexualmoral verordnen, um den Lebensfeindlichen Zwang des Systems aufrechtzuerhalten“ („Erziehung zum Ungehorsam“, Seite 11).

Wie sich diese Position im Kontext ausformt, zeigt die Analyse des Westberliner Kinderlädens: Die Genossen kritisierten die repressive Methode der frühkindlichen „Sauberkeits- und Disziplinierung“ in der herkömmlichen bürgerlichen Pädagogik und beschreiben die Bedeutung des Widerstandes des Kindes. Weiter: „Wegen der tatsächlichen Übermacht der Erzieher wird der Analbedürfnis werden ... verdrängt, später im Unterbewußtsein mit den Verboten der prägenitalen und genitalen Phase (d.h. dem Verbot der Beteiligung von Kleinkindern an ihren Geschlechtsorga-

nen, d.h. d.h.) verbunden, wodurch gleichseitig die Verbindung von Sexualität und Schmutz hergestellt ist“. Das Ergebnis: „Der so entstandene Anal- oder Zwangscharakter wird im Kapitalismus zum vorherrschenden Typus“.

Und die Eigenschaften dieses Charakters „werden für die Ziele des um sich greifenden Kapitalismus eingesetzt, wie Eroberungskriege, Rassendiskriminierung etc.“ („Kinderläden“, Seite 53).

An dieser Analyse ist sicherlich richtig, daß die Unterdrückung natürlicher Bedürfnisse und Äußerungen des Kindes diesem über Jahre verunmöglicht bzw. schwer macht, mit aufrechten Gang durch die Welt zu gehen, es sehr leicht geneigt macht, sich Druck zu fügen. Es ist das wesentliche Verdienst der Kinderläden, den Zusammenhang zwischen kindlicher Bedürfnisbefriedigung und der Fähigkeit des Kindes zu Widerstand in und gegen seine Umwelt deutlich gemacht zu haben.

Falsch ist es allerdings, die freie Befriedigung der Bedürfnisse zum wesentlichen Schlüssel einer Erzie-

hung zum Widerstand zu erklären, die Auseinandersetzung der Kinder mit der kapitalistischen Umwelt hinten an zu stellen. Beispielsweise sei hier das Konzept der „Selbstregulierung“ eines Frankfurter Kinderlädens erwähnt:

„Unser Erziehungsprojekt, beruht auf dem Prinzip der Selbstregulierung der kindlichen Bedürfnisse, d.h. das Kind soll in jedem Alter und auf allen Lebensgebieten (wie Essen, Schlafen, Sexualität, Sozialverhalten, Spielen, Lernen usw.) seine Bedürfnisse frei äußern und selbst regulieren können, es soll Gelegenheit haben und darin unterstützt werden, seine Interessen individuell und kollektiv zu erkennen und angemessen zu vertreten“ (Erziehung zum Ungehorsam, Seite 47).

Was den Zusammenhang zwischen „Selbstregulierung“ und Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Umwelt angeht, vertritt das Kollektiv die Ansicht, daß erst „die im Kollektiv gewonnene Erfahrung, die erlernte Fähigkeit, Interessen wahrzunehmen und Bedürfnisse zu befrichtigen“ die Kraft gibt, „dafür zu kämpfen, daß ein solches Verhalten für alle möglich wird“ (Erziehung zum Ungehorsam, Seite 60). D.h.: Erst sollen die Kinder im Kollektiv zur (mehr oder weniger solidarisches) Befriedigung ihrer Bedürfnisse befähigt werden, und danach erst zur Auseinandersetzung mit der Umwelt. Zwei Dinge, die in fortschrittlicher Erziehung untrennbar zusammengehören, wurden getrennt.

Zum zweiten waren die meisten Kinderläden von der falschen Annahme geprägt, die Selbstregulierung der kindlichen Bedürfnisse werde sich im Selbstlauf durchsetzen, man solle möglichst weitgehend auf pädagogische Eingriffe verzichten. So wurde erst die Auseinandersetzung mit den Kindern ermöglicht, wenn es besonders unangenehm zugeht, z.B. ein größeres Kind auf ein kleineres brutal einschlug. – Ein zielgerichtetes Eingreifen der Erzieherinnen in die Aggressivität, Sozialverhalten etc. der Kinder wurde weitgehend abgelehnt.

Die Folgen dieser Fehleinschätzungen zeigten sich sehr bald und sollten zu einer Änderung des Konzepts führen: „Es bestand die große Gefahr, daß die einzelnen Läden zur reinen Selbstorganisation verregredierten (d.h. herunterkamen, d. Red.), ihr pädagogisches Konzept über den psychoanalytischen Ansatz nicht hinausgingen und den Zusammenhang zur politischen Realität damit verlore“ („Kinderläden“, Seite 35). Hinzu kam, daß mit der Entwicklung von Kinderladenprojekten bei vielen Eltern die Isolation in der Kleinfamilie aufbrach: „Alte Ehen und Zweierbeziehungen brachen auseinander, Wohnkollektive und neue Beziehungen brachten für die einzelnen neue Schwierigkeiten und Belastungen mit sich, die nur sanft und weise gelöst werden konnten“.

Hier zeigte sich, daß die Kollektivierung der Kindererziehung auch massiv Kleinfamilie, Zweierbeziehung usw. in Frage stellte und auch für die Eltern die Frage alternativer Lebensformen auf die Tagesordnung stellte. Die Bewältigung dieser Frage

ging teilweise zu Lasten der Arbeit in den Kinderläden, was zur Fluktuation von Erziehern bzw. Bezugspersonen, Rationalität der Eltern etc. führte.

Der „Aktionstag zur Befreiung der Frau“, der in Westberlin die Kinderladenbewegung vereinte, sollte, hatte diese Aufgabe offenbar nicht lösen können. Einerseits war eine gemeinsame Diskussion und Vereinheitlichung der Kinderläden auf pädagogische und politische Positionen ausgefallen, was zur oben beschriebenen Isolation der Projekte voneinander geführt hatte.

Andererseits wurden insbesondere die Frauen von der Arbeit in den Kinderläden derartig in Anspruch genommen, daß für andere politische Auseinandersetzungen kaum noch Raum blieb – ganz im Gegensatz zur erklärten Absicht des Aktionsrates, durch die Kollektivierung der Kindererziehung die Möglichkeiten der Frauen zur politischen Auseinandersetzung zu vergrößern.

All diese Probleme setzten 1968/69 eine Umorientierung der Bewegung auf die Tagesordnung.



... und wie es weiterging: Die sozialistischen Kinderläden

Die Antwort auf die Schwierigkeiten der ersten Kinderläden war das Konzept „sozialistischer Kinderläden“, das sich verstärkt seit Sommer 1968 entwickelte.

Diese Kinderläden rückten zunächst ab von der starken psychoanalytischen Orientierung der autoritären Kinderläden und ergänzten die dort praktizierte freie Form des Umgangs mit den kindlichen Bedürfnissen durch eine politische Erziehung, die die Kinder zur Auseinandersetzung mit und zum Widerstand gegen die kinderfeindliche kapitalistische Umwelt befähigen sollte.

Darüber hinaus stellten sie sich die Aufgabe, die Kinderläden zu einer politischen Bewegung zu machen, d.h. Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch der einzelnen Projekte wurde organisiert, um die Kinderläden in den Zusammenhang der antikapitalistischen Bewegung zu stellen.

Dieses richtige Ansätze fanden insbesondere nach einer Arbeitskonferenz im April 1969 eine Zuspitzung in die falsche Richtung. Im Zuge der verstärkten Orientierung der APO auf die Kämpfe der Arbeiter rückte allerdings die Bemühung um die Festigung der Basis der Kinderladenbewegung (Eltern, Erzieher, Kinder etc.) in den Hintergrund gegenüber Projekten, die ohne Basis in diversen Arbeiterbezirken versuchten, Kinder- und Schülerläden zu Kernen einer Arbeiterjugendbewegung und Ausgangspunkt der Politisierung von Arbeiterkindern zu machen.

Auf pädagogischer Ebene schlug sich diese Entwicklung darin nieder, daß das konkrete Ansetzen an den Bedürfnissen, Interessen und Erfahrungen der Kinder ersetzt wurde durch eine aufgesetzte „Erziehung zum Klassenkampf“.

Die Kinderladenbewegung zur Bewegung machen!

Die Umorientierung der Kinderläden begann Mitte 1968 mit der Gründung des Zentralrates der Sozialistischen Kinderläden in Westberlin, der in Nachfolge des Aktionsrates zur Befreiung der Frau die Verantwortung für die Kinderläden übernahm.

In seinen ersten Erklärungen legte er das Schwergewicht darauf, die Kinderladenbewegung als politische Bewegung zu verstehen – in Abgrenzung zu aufkommenden Positionen, die Kinderläden als Selbstzweck bzw. als reine Selbsthilforganisationen betrachteten: „Die Aufgabe einer Bewegung, die versucht, die Massen zu erreichen, wäre es, an den unmittelbaren Interessen, Wünschen und Hoffnungen anzuknüpfen. Das bedeutet, daß weite Bereiche, die heute noch zur Privatsphäre zählen, in die politische Arbeit mit aufgenommen werden müssen“ (Anleitung für eine revolutionäre Erziehung, Nr. 1). Kinderläden wurden begriffen als Versuche, „die vorhandenen gesellschaftlichen Tendenzen zum kollektiven Leben und Arbeiten bewußt fruchtbar zu machen“ (ebenda, S. VII).

Dieser Anspruch steht durchaus im Einklang mit dem erklärten Ziel der Gründer der ersten Kinderläden, das Problem der Kindererziehung aus der Privatsphäre der Frauen bzw. der Kleinfamilien herauszuholen.

Entsprechend wertete der Zentralrat die bisherige Arbeit der Kinderläden durchaus positiv. Kritisiert wurde, daß die Arbeit jedoch immer in Gefahr stand (durch Isolation etc., s. o.), „vom System integriert zu werden“ (ebenda, S. VII). Dieser Gefahr, so der Zentralrat, kann die Bewegung nur entgegen, „wenn die politisch bewußtesten Gruppen immer wieder den Zusammenhang zu allen anderen Bereichen der Gesellschaft herstellen“ (ebenda, S. VII). Durch den Zentralrat sollte eine gemeinsame Diskussion und Organisation der Kinderläden geschaffen werden und der Zusammenhang mit der gesamten antikapitalistischen Bewegung hergestellt und gesichert werden.

Diese niedrige Orientierung fand ihren Niederschlag in den ersten Aktivitäten des Zentralrates. Es wurde mit den „Anleitungen für eine revolutionäre Erziehung“, die der Zentralrat herausgab, ein Organ geschaffen, in dem pädagogische Erfahrungen der Bewegung veröffentlicht wurden.

Des weiteren forderte der Zentralrat für alle Westberliner Kinderläden

eine über ihn zu verteilende finanzielle Unterstützung in Höhe von DM 80.000,-. Als der Senat dies ablehnte und stattdessen (als Spaltmanöver) die Unterstützung einzelner ausgewählter Projekte unter Umgehung des Zentralrates anbot, wurde dies abgelehnt.

Politische Erziehung in den Kinderläden

Die neue pädagogische Orientierung der Kinderläden beschreibt der Sozialistische Kinderläderrat Berlin-Kreuzberg in Abgrenzung zur bürgerlichen Praxis so: „Die Arbeit der Kinderläden darf sich nicht allein an der Phase frühkindlicher Sozialisation orientieren. Man muß diese Arbeit als erste Stufe eines das ganze Leben umfassenden kritischen Sozialisationsprozesses begreifen ... Die Kinderläden können deshalb nicht nur psychoanalytisch begründet, sondern müssen ihre Arbeit auch auf ihre gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen hin verstehen und umwerfen. Die Erziehung in den Kinderläden kann deshalb nicht neutral sein. Sie muß politisch sein. Erziehung zur „freien Sexualität“ allein wird die von der Gesellschaft produzierten autoritären Charaktere nicht verhindern“ (Erziehung und Klassenkampf, Nr. 3, 1969).

Die praktischen Konsequenzen dieser Orientierung schlugen sich in vier Prinzipien der Erziehung nieder:

1. „Antiautoritäre Erziehung und gegenbürgerliche Erziehung“. Dies heißt zum einen die radikale Absage an die bürgerliche repressive bürgerliche Pädagogik, zum anderen aber auch an das Prinzip der Selbstregulierung, das bisher in den Kinderläden angewandt wurde. „Erziehung hat es mit der Sicherung, Beeinflussung einer bestimmten körperlichen, geistigen und sozialen Entwicklung des Kindes zu tun“. D. h. für den Erzieher steht die Aufgabe, sich mit dem Kind bewußt um dessen Bedürfnisse auseinanderzusetzen.
2. „Lernen aus Liebe gegen technokratisches Leistungsprinzip“. Gemeint ist damit die „Entsorgung von Lust am Denken und Sprechen, am

Beobachten und Erkennen, am Arbeiten und Konstruieren, am Zählen und Messen, am Singen, Malen und Tanzen“.

3. „Sozialistische Kollektivierung gegen kapitalistische Anpassung“. Dies heißt für die Kinderläden, daß den Kindern die Wirklichkeit um sie herum vermittelt wird: „Am Mörsers, am Fabrikator, am Hinterhof, an der Dählwille Villa, am Trümmergrundstück, an der Vietnam-Demonstration, am brüllenden Parkwächter, am Kind, das geschlagen wird, kommt ein sozialistischer Kinderladen ohne historisch-materialistische Erklärung nicht vorbei. Spekulation und idealistische Märchen helfen da nicht. Allein die nüchterne Aufklärung über das, was ist, und die Ermunterung zu kollektivem Widerstand gegen Herrschaft und Unterdrückung“.
4. „Erziehung der Erzieher gegen Autoritätsfimmel und pädagogische Selbstüberschätzung“. Gemeint ist damit die ständige Anforderung an die Erzieher, selbst im Kinderladen zu lernen und ihre Praxis zu verändern (alle Zitate: Erziehung zum Ungehorsam).

Bedrohte Existenzgrundlage

Begleitet war diese erste Phase der politischen und pädagogischen Umorientierung mit dem Versuch, die finanzielle Grundlage der Kinderläden zu sichern. Bisher hatten sich diese Läden wesentlich aus Beiträgen der Eltern finanziert, entsprechend der Konzeption als Selbsthilfsprojekte. Dabei trugen „Liberalen“ und etwas betuchteren Eltern offenbar den größten Anteil.

Die ersten Versuche, von den Behörden finanzielle Unterstützung zu bekommen, waren nur in einzelnen Bezirken erfolgreich. Was über den Tisch kam, waren einmalige Zuschüsse von DM 700,- oder 800,-.

Die in Westberlin zwischen dem Zentralrat und dem Senat geführten Verhandlungen um einen Zuschuß von DM 80.000,- für alle Läden stellte vorerst für die Kinderläden eine etwas längerfristige Perspektive der Existenzsicherung dar.

Als sich immer deutlicher abzeichnete, daß der Senat darauf aus war, nur einzelne Projekte, aber nicht alle Kinderläden zu fördern, erklärte ein Großteil der Kinderläden in einer

Resolution: „Die unterzeichnenden Läden sehen sich deshalb gezwungen, ihre Arbeit nicht als radikale zu verstehen und gegen die Interessen der Herrschenden und ohne ihre Unterstützung zu organisieren. Sie werden deshalb den am Senat gerichteten Unterstützungsantrag zurückziehen und das den einzelnen Läden von den Bezirksämtern zugewiesene Geld zentral verteilen“ (West-Berliner Kinderläden, S. 230).

Für die Kinderläden blieb also mithin das Problem der Finanzierung ungelöst. Sie waren im wesentlichen allein und allein darauf angewiesen, was sie aus eigenen Mitteln oder denen von Sympathisanten bzw. auf Schleichwegen von Behörden, Unis etc. aufbringen konnten.

Die Arbeitskonferenz des SDS vom April 1969

In diese Situation (beginnende Umorientierung der Kinderläden, Unklarheit über die materielle Grundlage der Projekte) fällt die Arbeitskonferenz des SDS vom April 1969, die sich mit Fragen der Kindererziehung befaßte.

Ausgangspunkt für die Konferenz waren der Mangel an politischer Erziehung in den bisherigen Kinderläden und die Isolierung einiger Projekte, die ja schon beschrieben wurde.

Für die sozialistische Erziehung setzte die Konferenz folgende Ziele: „Sozialistische Erziehung will dem Kind ebenso wie die antiautoritäre das bürgerliche Triebgeschick ersparen ... Allerdings beruht sie nicht auf dem Faktum, daß eine veränderte Umwelt verändert die Kinder schafft, sondern sie will diese Kinder befähigen, die Umwelt nach gesellschaftlichen Interessen selbst zu verändern“. Schwerpunkt dieser verändernden Auseinandersetzung der Kinder mit der Umwelt sollte der Schulkampf sein, d. h. „die Auseinandersetzung mit autoritär erzeugten Schülern und repressiven Lehrern“.

Um dies zu erreichen, sollten die Kinderläden – wie schon seit Mitte 1968 begonnen (s. o.) mit dem „bürgerlichen(n) Tabu der Apolitizität der Kinder“ aufräumen, indem die Kin-

Fortsetz. Seite 3

Fortsetzung von S. 2

der befähigt werden, „mit Sexualaufklärung und Verbreitung politischer Information die Auseinandersetzung unter den ‚Kindermaxen‘ in staatlichen Kinderläden, auf Kinderspielflächen und Hinterhöfen aufzunehmen“.

Ziel dieser Erziehung: „Im sozialistischen Kinderkollektiv muß das Kind in der gemeinsamen Arbeit an Agitations- und Informationsmaterial im politischen Kindertheater und -spiel sozialistische ‚Kampfformen‘ lernen, die sich in ändernden Kampfphasen als vom Ich modifizierbar erweisen“ (West-Berliner Kinderläden, S. 225 f.).

Gerade die letzte Aussage macht deutlich, daß es den Genossen (noch) nicht darum ging, den Kindern irgendwelche Vorstellungen vom Klassenkampf aufzusetzen, sondern Erfahrungen über die Klassenrealität zu vermitteln, mit denen die Kinder etwas anfangen können – nichts anderes ist damit gemeint, daß das „Ich“, das Kind Positionen „modifizieren“, d. h. entsprechend der realen Entwicklung verändern, können soll.

Im Rahmen dieses Konzeptes wurde dann sehr starkes Gewicht auf die Entwicklung praktischer Ansätze gelegt, durch die den Kindern Klassenrealität vermittelt werden konnte, z. B. Fabrikbesichtigungen, Gerichtsbesuche, Invasion von Hinterhöfen etc.

Das eigentliche Problem, daß aus dieser Umorientierung folgte, lag woanders: Es war gerade nicht diskutiert worden, wie man, anknüpfend an den Erfahrungen, Bedürfnissen und Interessen der Kinder, gesellschaftliche Realität vermittelt, sondern es war diskutiert worden, was ein Kind über die Klassenrealität wissen muß – und von daher die politischen Inhalte der Erziehung bestimmt worden. Dies war der Ansatzpunkt für eine „sozialistische Erziehung“, die den Kindern zunehmend links „Lernziele“ aufsetzte.

Dieses Herangehen schlug sich auch darin nieder, wie die SDS-Konferenz die Probleme der Elternarbeit der Kinderläden behandelte. Es wurde festgestellt, daß sich bei der Aufarbeitung der Probleme der Kinder in den Kollektiven gezeigt hatte, daß diese in der Regel „auf Ehekrisen und psychische Probleme der Eltern zurückgehen“. Diese Erkenntnis hatte verstärkt zu „Ehekrisen und Massenflucht in die Kommunen“ geführt. Dabei habe sich gezeigt, daß viele Eltern lediglich den Anspruch entwickeln, ihre psychischen Probleme zu lösen.

Aus dieser Erfahrung entwickelte die Konferenz die Forderung, die Elternkollektive bzw. die Kommunen, in denen viele Eltern zusammengezogen waren, sollten parallel zur Kinderarbeit „allgemeinpolitische Fragen“ bearbeiten und „Aktionen, die über das unmittelbare Elterninteresse hinausgehen“, kollektiv vorbereiten (alle Zitate: (West-) Berliner Kinderläden, S. 228).

„Interesse hinausgehen“, kollektiv vorbereiten (alle Zitate: (West-) Berliner Kinderläden, S. 228).

So richtig es ist, daß links Eltern nicht nur in ihrem Kinderladen vor sich hin erziehen können, von daher auch für sie die Beteiligung an anderen Ecken des antikapitalistischen Kampfes notwendig ist, ergte die Konferenz diese Stoßrichtung sehr schnell auf die Zusammenarbeit mit den „Betriebsbezugsgruppen“, die von der APO angestrebt wurden, ein.

Folgerichtig forderte die Konferenz dann auch die „Trennung von den liberalen Eltern in den Läden“ ((West-) Berliner Kinderläden, S. 229), ein Beschluß, der neben den politischen Konsequenzen für die Bewegung vor allen Dingen auch die finanziellen Möglichkeiten der Läden, zu deren Unterhalt gerade besser werdende „liberale Eltern“ einen wesentlichen Teil beigetragen hatten, weiter einschränken sollte.



„Das ist ein Vietkong mit MG. Sie werden hinterlistig ermordet. Die Amis sind faule. Das vietnamesische Volk ist fleißig. Der Ami zerstört immer wieder die Felder, die Krankenhäuser und Schulen in Vietnam. Die sollen ihren Mut nicht verlieren. Sie sollen sich gut verstecken und gut verbarrikadieren. Die Amis schießen mit Napalmbomben. Das ist grausam. Die Vietnamesen bekommen Waffen aus der DDR.“ (Junge, 13 Jahre)

... und die Folgen

Wie diese Beschlüsse der Arbeitskonferenz des SDS umgesetzt wurden, wollen wir an zwei Beispielen verdeutlichen.

Der oben schon zitierte Sozialistische Kinderladen Berlin-Kreuzberg, der sich um die Entwicklung einer politischen Erziehung in den Kinderläden durchaus verdient gemacht hatte, kam nach der Arbeitskonferenz zu der Ansicht, „daß eine Kinderladeneinzel in einem bürgerlichen Viertel Berlin-Schöneberg keine politische Zukunft“ habe (Erziehung zum Ungehorsam, S. 64), und entschloß sich zum Umzug nach Kreuzberg, einem Arbeiterviertel. Für die dort zu beginnende Arbeit stellte er sich sechs Aufgaben:

„1. Es gilt, Stützpunkte in den Arbeitervierteln zu gründen, um besten durch die Verlagerung der schon bestehenden Kinderläden in Arbeiterbezirke.“

„1. Es gilt, Stützpunkte in den Arbeitervierteln zu gründen, um besten durch die Verlagerung der schon bestehenden Kinderläden in Arbeiterbezirke.“

2. Diese Stützpunkte müssen – politische Arbeit unter den Kindern beginnen.

3. Die Formen der Organisation der Arbeiterkinder sind: freie Kindergruppen, Kinderclubs, proletarische Kindergärten, proletarische Schulzellen.

4. Unser Ziel ist die Politisierung der Arbeiterfamilie und die Entfaltung des Volkschulkampfes.

5. Wo müssen unsere Kinder zu disziplinierten kommunistischen Intellektuellen entfalten, die bereit sind, sich den Zielen der Arbeiterklasse unterzuordnen.

6. Die Arbeit unter den Elternmassen muß zusammengehen mit der Elternarbeit (Erziehung zum Ungehorsam, S. 65).

In der Praxis war keines dieser Ziele zu verwirklichen, so daß der

Kinderladen selbst feststellte, daß es ihm lediglich gelungen sei, „eine zwischen 10 und 60 Arbeiterkindern fluktuierende Gruppe zu betreuen“ (ebenda, S. 70). In einer Analyse ihrer Erfahrungen kommen die Genossen zu dem Schluß, den Hauptfehler gemacht zu haben, „die Grundfragen der Arbeit mit Arbeiterkindern nicht aus der Lage des Proletariats im Kapitalismus und aus der politischen Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung selbst abgeleitet zu haben – Wir überschätzten die Macht des Bewußtseins der Kinder und negierten zu sehr die Macht der Verhältnisse, die der Produktionsprozeß vermittelt Schule und Familie für das proletarische Kind ständig reproduziert“ (ebenda, S. 71).

Schülerladen „Rote Freiheit“

Die Orientierung auf die Gewinnung von Arbeiterkindern durch die Kinderläden insbesondere für den

Schülerladen „Rote Freiheit“

Die Orientierung auf die Gewinnung von Arbeiterkindern durch die Kinderläden insbesondere für den „Schulkampf“ ließ ab 1969 eine Reihe von Schülerladenprojekten entstehen, die sich die gezielte Arbeit mit Schülern zur Aufgabe stellten.

Der bekannteste dieser Schülerläden ist sicherlich der Schülerladen „Rote Freiheit“ in Kreuzberg, der um die Jahreswende 1969/70 arbeitete. Seine Arbeit ist sicherlich exemplarisch für die einer Reihe von Schülerläden am Ende der Kinderladenbewegung.

Der Schülerladen begann als Projekt einer Reihe von Psychologiestudenten der FU Westberlin (mit etwas finanzieller Unterstützung der Uni und „wissenschaftlicher Begleitung“ durch einen fortschrittlichen Professor). Die Gruppe setzte sich vor Gründung des Ladens zwar mit der bisherigen Kinderladenbewegung auseinander, gibt aber selbst zu, daß

„sie nicht in der Lage war, diese Ansätze kritisch folgerichtig aufzuarbeiten“ (Schülerladen „Rote Freiheit“, S. 18). Weder vor Gründung des Schülerladens noch zur Zeit seines Bestehens hat ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch, ein gegenseitiges Lernen von den verschiedenen Gruppen und Initiativen in Westberlin stattgefunden – was deutlich auf die gegenseitige Isolation der Projekte gegen Ende der Kinderladenbewegung hinweist.

Ziel der Arbeit im Kinderladen sollte es sein, „modellhaft-exemplarisch eine politische Didaktik der Agitation von Arbeiterkindern zu schaffen“. Die Studenten verstanden dies als „wissenschaftlichen Beitrag zur Politisierung der Arbeiterklasse und zur Rekonstruktion des Klassenbewußtseins“ (ebenda, S. 40). Der dahinter stehende Gedanke war, durch die Schaffung von „vielen Grundeinheiten nach Art der Kinder, Schüler- oder Lehrlingsläden ... kontinuierlich eine sozialistische Jugendorganisation“ zu entwickeln (ebenda, S. 49).

Dieses Ziel sollte dadurch erreicht werden, daß den Kindern konkret vermittelt wird, was Kapitalismus ist. Geplant waren u. a. Besuche von Villenvierteln, um den Unterschied zwischen arm und reich zu verdeutlichen, Besuche in Eingangshallen von Banken, um zu zeigen, wo das Geld ist, Besuche von Gerichtsverhandlungen, um ihnen die Klassenjustiz zu verdeutlichen u. v. m. (ebenda, S. 43). Hinzu sollte die Vorbereitung auf den „Schulkampf“ kommen. Dabei sollten die Kinder „gegen repräsentative Behandlung und Verhaltensvorschriften zu protestieren in der Lage sein, sollten gegen sinnlos restriktive und verdummende Unterrichtsformen und Zensurmaßnahmen gehen können, sollten den Lehrern, wenn sie reaktionär und autoritär sein sollten, Kritik und kollektiven Widerstand leisten können“ (S. 49/50).

Eine Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit den Eltern war vom Schülerladen nicht geplant. Zur Begründung heißt es: „Der in Berlin zeitweilig propagierte Familienkampf verkann einen subjektiven und vortextuellen Interessengegensatz zwischen erwachsenem und jugendlichem Proletariat als Klassenantagonismus im Proletariat selbst; die objektive Interessensidentität der in derselben Klassenlage Unterdrückten wird damit bürgerlich übersehen; die Arbeiterklasse wird sogar zwanghaft einheitlich sozialistischer Kampffunktion mindestens in zwei Hälften gespalten“ (ebenda, S. 51). Ein sehr schön wissenschaftlich ausgedrückter Standpunkt des heutigen KBW: Der Kampf gegen die Unterdrückung der Kinder (bzw. der Frau) in der Familie spaltet die Arbeiterklasse ...

... und die Praxis

Der Schiffbruch des Schülerladens mit diesem Konzept war total. Zunächst zeigte sich, daß die Betreuer im Schülerladen kaum in der Lage waren, auf die Beteiligungswünsche der Kinder einzugehen: „selbst

mit diesem Konzept war total. Zunächst zeigte sich, daß die Betreuer im Schülerladen kaum in der Lage waren, auf die Beteiligungswünsche der Kinder einzugehen: „... selbst auf dem oberflächlichen Niveau des Handwerks, Malens, Spielens, Beschäftigens der Kinder blieben wir anfänglich hinter den gestellten Ansprüchen pädagogischer Art zurück, denn wir waren zum Teil handwerklich und technisch nicht geschickt genug, etwas phantastisches, oft unbeholfen und konnten Aktivitäten nach dem Wunsch der Kinder nicht hinreichend unterstützen“ (ebenda, S. 39).

Die nächsten Schwierigkeiten taten sich auf, als es um das Sozialverhalten der Kinder ging. Die Betreuer vernachlässigten immer wieder, in „ruhiger Atmosphäre“ politische Gespräche am gedeckten Kaffeeisch mit den Kindern zustande zu bringen. „Aber auch diese Versuche schlugen meist fehl: die Kinder stritten sich um die beste Tasse, sie wollten weniger re-

den und zuhören, als sich rumbalgen oder rauchen“ (ebenda, S. 63).

Hier schlägt sich deutlich nieder, daß die Gründer des Schülerladens eben bei der ganzen Konzeption des Ladens von ihrer Vorstellung einer „Politisierung der Arbeiterkinder“ ausgegangen sind, nicht aber von dem „Gegenstand“, mit dem sie sich beschäftigen wollten, von den Kindern, ihren Bedürfnissen, Interessen, Problemen und Erfahrungen.

Dies wird auch deutlich an den Punkten, auf die sich das Schülerladenskollektiv sehr gezielt vorbereitet hatte: der Vermittlung gesellschaftlicher Realität. So sollten mit den Kindern andere Wohnbezirke, insbesondere Villenviertel besichtigt werden, „um ihnen durch die Wohnsituation Klassengegenstände ähnlich erfahrbar zu machen ... Als es daran ging, konkret zu planen, wohin wir fahren wollten, hatten wir keinerlei genaue Vorstellungen anzubieten, die Kinder machten aber jede Menge Vorschläge: Sie wollten in den Zoo, auf die Sternwarte, zur Gedächtniskirche und auf den Kreuzberg. Das schien uns alles nicht so günstig, weil es politische Vermittlung kaum zuläßt“ (ebenda, S. 66).

Das Ende der Kinderladenbewegung

Diese letzten Erfahrungen der Kinderladenbewegung endeten mit der Schließung der meisten Läden. In den meisten Fällen waren schlichtweg die finanziellen Mittel erschöpft, um in den isolierten Projekten weiterzumachen. Projekte, die sich die Existenzgrundlage gesichert hatten, z. B. durch Unterstützung als Uni-Kinderlagestätte, haben weitermachen können.

Das Ende der Kinderläden steht allerdings darüber hinaus in engem Zusammenhang mit dem Versacken der Studentenrevolte, der antikapitalistischen Bewegung, die 1967 be-

Die Umorientierung der Kinderladenbewegung nach der Arbeitskonferenz des SDS 1969 war nichts anderes gewesen als der Niederschlag der grundsätzlichen Umorientierung der APO auf die Betriebsarbeit, auf die Entwicklung des Klassenbewußtseins der westdeutschen Arbeiter zu einem sozialistischen Bewußtsein, später auf den „Parteiaufbau“. So kommt der schon mehrfach zitierte Kinderladen in Kreuzberg zu der Schlußfolgerung: „Proletarische Erziehung kann sich als eine Erziehung zum Klassenkampf nur im Zusammenhang revolutionärer Organisationen des Proletariats selbst entfalten“ (Erziehung zum Ungehorsam, S. 71). In dem Maße, in dem sich zeigte, daß die Praxis der sozialistischen Kinder- und Schülerläden wenig Einfluß auf die Gewinnung von Arbeiterkindern geschweige denn Arbeitereltern hatte, andererseits die Kosten der Projekte kaum zu bestreiten waren, wurden sie aufgegeben.

Der erste Versuch linker Erziehung in der BRD, die Kinderladenbewegung, war noch keine Bewegung, der es innerhalb ihrer „Lebenszeit“ gelingen konnte, sich sowohl eine materielle Basis als auch eine kontinuierliche politische und pädagogische Basis zu schaffen. Die Bewegung bewegte sich materiell immer am Existenzminimum, bei der inhaltlichen Arbeit entwickelte sie sich widersprüchlich, ohne jemals die bisher gemachten Erfahrungen auszuwerten zu können, wie der Forderung der Bewegung 1968/69 von der psychoanalytischen Orientierung zur „Erziehung zum Klassenkampf“ sehr deutlich zeigt.

Aberdings: Diese Bewegung hat unzählige Erfahrungen gemacht und eine Tradition linker Erziehung in der BRD begründet, an der es anknüpfen gilt!

Hetze aus allen Rohren

Die Kinderladenbewegung hat sich während ihres gesamten Bestehens einer Hetzkampagne erwehren müssen, die in breiten Kreisen der Bevölkerung den Eindruck erweckte, die Kinderläden seien eine Kombination von „Roter Kaderschmiede“ und Kinder-Puff. Bei dieser Hetze lassen sich zwei Linien erkennen: Die Springer-Presse, CDU und andere Reaktionen galten unter dem Motto: „Die Kommunisten erziehen unsere Kinder durch freie Liebe zu Anarchisten“. Demgegenüber steht die etwas wis-

senchaftlich verbrämte Hetze „liberaler“ Presseorgane etc., die darauf abfährt, daß die Kinderläden die Kinder zu psychisch deformierten Krüppeln erziehen würden.

Die Reaktion hetzt plump und braun

Die Hetze der Reaktion gegen die Kinderladenbewegung läßt sich am besten am Beispiel der konzertierten Aktion von Springer-Presse, CDU,

reaktionären Professoren etc. gegen den Schülerladen „Rote Freiheit“ dokumentieren.

Die Kampagne gegen den Schülerladen begann damit, daß Mitglieder reaktionärer Kreise an der FU die Protokolle der Arbeit im Schülerladen schlichtweg klandeten. Den publizistischen Startschuß gab die „Notgemeinschaft für eine Freie Universität“, ein rechtsextremes Professorenkollektiv, mit einem Pamphlet, in dem es heißt: „In diesem von Prof. Holzkamp geleiteten Projekt kam es

u. a. für die zehn- bis zwölfjährigen Kinder zu einer Fickstunde“ (zit. nach: Schülerladen „Rote Freiheit“, S. 394). Diese „Fickstunde“ taucht in keinem der inzwischen veröffentlichten Protokolle auf!

Nächster Aktivist der Hetzkampagne war ein „Demokratisches Zentrum“, ebenfalls ein rechter Klüngel, der Protokolle des Ladens, teilweise gefälscht, an die Presse weitergab. Im Begleitschreiben stand u. a., man habe sich zur Verschärfung der Protokollauszüge entschlossen, „um ih-

nen zu zeigen, was für ein Saustall aus den Stewertroschen der Berliner Werktätigen betrieben wird. Unter der Anleitung und dem ständigen Druck sogenannter ‚Erzieher‘ werden hier Kinder verdorben, um aus ihnen rote Revolutionäre zu machen“ (u. a. O., S. 396).

In trauter Arbeitsteilung bringt die CDU die Hetze gegen den Schülerladen in das Westberliner Abgeordnetenhaus ein, und die Presse zieht vom Leder. Dabei rückt einerseits die Sexualerziehung des Ladens ins

Schlussfeld: „Ob die bekanntgewordenen Protokolle bereits ausreichen, den Nachweis des Verbrechens unzweifelhafter Handlungen mit abhängigen Kindern zu führen, dürfte wohl sehr zweifelhaft sein. Für die Erfüllung vieler Straftatbestände des Sexualstrafrechts ist der Nachweis erforderlich, daß der Täter in wollüstiger Absicht gehandelt hat“ („Berliner Morgenpost“, 9.4.70). Zweck dieser angeblichen „Sexualverbrechen“ im Schülerladen – so die braune Hetze – sei die „Bolschewisierung“ unserer Kinder! So heißt es in der Stellungnahme des Präsidenten des westdeutschen „Kinderschutzbundes“ (Becker): „Wir wenden uns mit Nachdruck gegen alle Versuche, Kinder systematisch zu bolschewisieren, ihnen Widerstand gegen Staat und Gesellschaft zu indoktrinieren und sie zu sexueller Libertinage zu führen“ (Becker, zit. nach „Tagesspiegel“ vom 14.4.1970).

Nur folgerichtig erhob dann im Westberliner Abgeordnetenhaus der CDU-Abgeordnete Klein die Forderung nach Berufsverboten für die Betreuer des Kinderladens: „Es sind dieser eine ganz neue Sorte, so sage ich, von Kriminellen, es sind Schreibtischtäter, genauer gesagt, es sind Studierstammtische. Vor diesen Leuten sollte die Staatsaufsicht sehr vorsichtig sein, sie sollte sie genau beobachten und sie sollte unter Umständen mit dem Mitteln zunächst einmal gegen sie vorgehen, die das Beamtenrecht ihr an die Hand gibt“ (zit. nach: Schülerladen „Rote Freiheit“, S.448).

Die „Liberalen“ machen auf wissenschaftlich

Neben dieser plumpen Hetze steht die etwas feinere Methode von Blättern wie „Stern“, „Spiegel“ usw., die

ja gerade zu Zeiten der Kinderladenbewegung sich zum „Fürsprecher“ von Liberalisierungsprozessen machten und entsprechend natürlich nicht dumm dreist und dämlich Sexualerziehung zum bolschewistischen Teufelswerk erklären konnten.

Ihre Hetze gegen die Kinderladen fußte im wesentlichen darauf, die Initiatoren der Bewegung zu Spinners und die Praxis der Erziehung für das Kind schädlich zu erklären. Wie das läuft, zeigt eine Titelgeschichte des „Stern“ aus dem Jahre 1969. Über einen Kinderladerversuch in Westberlin-Neukölln heißt es u.a.: „Jim Kruse und seine Genossen sind mit ihrem Kinderladen bewußt bis Arbeiterkinder Neukölln gegangen. Sie wollten ihre Kinder zusammen mit Arbeiterkindern erziehen, um endlich eine Verbindung zu den Werktätigen zu bekommen. Aber heute gibt es zu: Politisch sind wir gescheitert – Die Arbeiter schicken ihre Kinder lieber in den Senatskindergarten. Ihnen ist es bei uns zu dreckig“. Auch legen gerade die Arbeiter, so mußte er erkennen, großen Wert auf artige Kinder“ („Stern“, 9/69).

Oder es wird die abenteuerliche Behauptung aufgetischt, die Kinderladeneltern hätten „Partnertausch“ betrieben, weil „die Kinder nicht auf ein bestimmtes Elternpaar fixiert werden sollen“. Alles unter dem Motto: Ein paar komische Leute haben da etwas Irres ausgekocht.

Und das, was da ausgekocht worden ist, wird dann im zweiten Schritt als ungemein schädlich für die Kinder heruntergemacht: „Ein fünfjähriger Junge nahm ... ein dreijähriges Mädchen mit auf die Toilette und sog sie dort an“ (Beim „Stern“ ist immer der Mann der Aktive, auch wenn er erst fünf ist!). „Bei Geschlechtspielen verletzt er sie“. Angesichts der Verletzungen, die sich so manches herkömmlich erzogene



Kind schon bei Spielplatzauferzelen holt, ein ziemlich absurdes Beispiel für „Kinderschädigung“.

Und so hat der „Stern“ dann auch noch seinen Wissenschaftler in Hinterhand, der, angeblich

schon mit der angeknacksten Psycho von APO-Leuten befaßt, schon 1969 Kinder aus Kinderladen als Patienten gehabt haben soll: „Mißtrauischer als der Senat betrachtet der Psychiater Dr. Günter Ammon, bei dem viele APO-Leute ihr Seelenheil wiedererlangen wollen, die Kinderladen, die Kinderladen-Idee ... Dr. Ammons jüngste Patienten sind Kinder aus antiautoritären Kinderladen, mit seelischen Störungen“ (alle Zitate aus „Stern“, 9/69).

1977: die Methoden sind geblieben

Die von der bürgerlichen Presse 1967-70 eingeübten Methoden der Hetze gegen linke Erziehung sind bis heute geblieben, wenn auch die Hetzkampagne mangels geeigneter Ansätze noch nicht das damalige Ausmaß hat.

Bekannt sind die allwöchentlichen „Enthüllungen“ der Springerpresse über Kinderläuser, Lehrer, Erzieher etc., die irgendwo Kinder indoktrinieren sollen, bekannt der Sturm auf den Sexualkundeunterricht an den Schulen, mit dem unsere Kinder angeblich „bolschewisiert“ werden sollen.

Und auch Organe wie „Spiegel“, „Stern“, „Eltern“ sind ihrer Tradition treu geblieben. So läßt sich Peter Brügge im „Spiegel“ aus: „Wo aber das antiautoritäre Prinzip bloß die Kleinfamilie benebelt, als wätriges, grenzenloses, unkontrolliertes Gewährenlassen, muten die wehrlosen Objekte häufig nicht nur benachteiligt an, sondern beschädigt“ („Spiegel“, 18/77).

Als der „Stern“ 1969 seine Angriffe losließ, besuchte ihn ein Kinderladen in den Redaktionsräumen. Der „Spiegel“ bekam „nur“ einen wütenden Leserbrief aus einer „antiautoritären“ Schule. Aber das muß ja nicht so bleiben!

Aus den Erfahrungen der Kinderladenbewegung lernen



Erfahrungen des Kindes mit ihm politische Erfahrungen organisieren kann. Das heißt z.B., daß ich nicht auf jede Demonstration mit dem Kind gehe egal ob es nun wirklich weiß, warum demonstriert wird, in welchem Zusammenhang diese Demonstration zu seinen eigenen Interessen steht. Alles andere eine Beteiligung des Kindes an jedem Stück Klassenkampf egal ob das Kind diese Sache schon durchschaut hat – wäre in der Tat „Indoktrination“. Und das Ergebnis wäre sicherlich nicht ein Kind, das den eigenen Kopf gebraucht.

Linke Erziehung – und die Folgen für die „Familie“

In der Kinderladenbewegung hat sich sehr eindeutig gezeigt, daß eine kollektive, linke Kindererziehung auch wesentliche Konsequenzen für die Kleinfamilie, für Zweierbeziehungen etc. hat.

Nicht umsonst ist diese Bewegung entstanden aus der Unzufriedenheit von Leuten mit ihrer Wohnsituation, die sie in die Gründung einer Kommune wandelten, und mit der Erfahrung vieler Frauen, daß ihnen die Kindererziehung als Privatsache und zusätzliche Unterdrückung aufs Auge gedrückt wird.

Es zeigte sich einerseits, daß die Kinderläden die Kinder ermutigten, sich gegen die „Behandlung als Kind“, die es durch Erwachsene erfährt, zu wehren, z.B. Vernachlässigung dadurch zu kritisieren, daß Lärm gemacht oder das Essen vom Tisch gefegt wurde. Es zeigte sich andererseits im wesentlichen über Diskussionen in den Elternkollektiven – welche Rückwirkungen Schwierigkeiten der Eltern auf die Kinder haben, daß oftmals für das Kind unerträgliche Verhältnisse geschaffen werden.

Hier wurde – „selbst“ bei damals linken Eltern – ein ungleichberechtigtes Verhältnis zwischen Erwachsenen und Kind deutlich: Die Kinder werden permanent damit konfrontiert, daß Erwachsene eben „Erwachsenen-gespräche“ führen, daß aus heiterem Himmel, oder zumindest undurchschaubar, zu Hause Widersprüche auftreten etc.

Die Beschäftigung mit diesem Problem der Rückwirkung der kollektiven Erziehung auf die Familie ist von der Kinderladenbewegung sehr schnell fallengelassen worden, als sich zeigte, daß viele Eltern versuchten, die bei ihnen auftretenden Probleme individuell bzw. in Kommunen mit mehr oder weniger psychologischen Methoden zu lösen. Am Ende der Kinderladenbewegung fällt unter Einwirkung auf die Familie nur noch die „Politisierung“ der Arbeitereltern.

Genauso fallengelassen wurde die Frage nach der Bedeutung kollektiver Kindererziehung für die Emanzipation der Frau, nachdem in der Anfangsphase der Bewegung der Aufbau der Kinderläden gerade nicht dazu geführt hatte, den Frauen mehr Raum für andere politische Tätigkeit zu geben.

Auf der Begründung für dieses Fallengelassen wichtiger Fragen tritt heute – immerhin sieben Jahre danach – der KBW immer noch rum: Die Beschäftigung mit diesen Problemen trägt Spaltung in die Elternhäuser und Familien und schadet dem antikapitalistischen Kampf.

Für uns heißt es demgegenüber, daß eine kollektive, linke Erziehung gerade die bisherigen Formen der Erziehung in der Familie und damit auch die Funktion dieser Erziehung in Frage stellt und deshalb auch Gegenstand der Auseinandersetzung sein muß. Von daher ergibt sich die Notwendigkeit, die Diskussion um Verhaltensweisen in der Familie zum Gegenstand der Elternarbeit zu machen, um zu verhindern, daß die Kinder zwischen kollektiver Erziehung und ev. entgegengerichteter Erziehung im Elternhaus hin- und hergerissen werden.

Linke Erziehung – Bestandteil der antikapitalistischen Bewegung

Die Kinderladenbewegung war seit Beginn ein fester Bestandteil der antikapitalistischen Bewegung der Jahre 1967-70.

Ihr Problem als Bewegung lag im wesentlichen darin, daß die Auseinandersetzung zwischen den Projekten häufig abbrach und damit verbunden auch der Zusammenhang zu den anderen Kämpfen dieser Jahre.

Die Bewegung hatte sich zunächst darauf orientiert, durch die bloße Schaffung antiautoritärer „Gegeneinrichtungen“ immer mehr Menschen zu gewinnen und zu einer breiten Strömung zu werden. Zwar wurden in der Folgezeit eine Reihe von Kinderläden eingerichtet, die aber im Wesentlichen im Rahmen ohnehin schon politisch interessierter Menschen blieben. Dieses Vertrauen auf raschen Zufluß ließ für die Kinderläden die Aufgabe der gemeinsamen Diskussion um die Praxis in den Läden etc. und gemeinsamen Handelns in den Hintergrund treten, was sich in der relativen Isolierung der Projekte im Sommer 1968 zeigte.

Die folgenden Schritte zur Behauptung dieser Misere brachten zunächst einmal positive Veränderungen: Es wurde – zumindest in Westberlin – ein zentrales Koordinationsgremium der Läden gegründet, es wurde eine pädagogische Zeitschrift herausgege-

ben und das Problem der schmalen finanziellen Decke der Initiativen angegangen. Diese Ansätze wurden allerdings sehr schnell überholt, als in der Kinderladenbewegung die Frage danach einsetzte, welche gesellschaftliche Basis Kinderläden eigentlich hätten und entsprechend der zunehmenden Orientierung der APO auf eine Überwindung der Uni, Schule etc. durch „Betriebsarbeit“ den Kinderläden die Aufgabe gestellt wurde, die Arbeiterkinder und -eltern zu gewinnen. Abhängig davon, inwieweit Arbeiterkinder und Arbeitereltern überhaupt angesprochen werden konnten, mußten die meisten Projekte unter chronischem Geldmangel leidend bald aufgeben.

Diese Erfahrungen drängen für Initiativen linker und fortschrittlicher Erziehung unserer Meinung nach einige Konsequenzen auf:

– Es gilt, den Erfahrungsaustausch (sowohl im pädagogischen Hinsicht als auch was die finanziellen Probleme der meisten Projekte angeht) zwischen allen Initiativen, die sich mit fortschrittlicher Erziehung befassen, oder Menschen, die sonstwie Interesse an fortschrittlicher Pädagogik haben, zu organisieren.

– Es gilt, verstärkt dafür zu sorgen, daß die Erfahrungen fortschrittlicher Erziehung verbreitet werden, der repressiven und reaktionären Praxis der bürgerlichen Erziehung entgegenzusetzen werden. Nur damit wird man mehr Menschen für eine linke Erziehung gewinnen.

– Es gilt, den Initiativen linker Erziehung eine materielle Basis zu schaffen. Gerade die Erfahrung der Kinderladenbewegung zeigt, daß die finanzielle Sicherung der Projekte die einzige Grundlage für eine längerfristige und kontinuierliche pädagogische und politische Arbeit ist. Heute schon ist festzustellen, daß die bestehenden Initiativen unterschiedener als die Kinderläden ihre finanziellen Forderungen – insbesondere an den bürgerlichen Staat – erheben und auch – auf verschiedensten Wegen – durchsetzen. (Auch ein Punkt, in dem die einzelnen Projekte einiges voneinander lernen können).

Tatsache ist, daß die meisten der Kinderläden der Bewegung 1967-70 haben schließen müssen. Tatsache ist aber auch, daß durch das Beispiel der Kinderläden etc. viele Menschen für eine fortschrittliche Kindererziehung gewonnen worden sind. Einige unwichtige Initiativen (bzw. solche, die sich Geld für ihre Arbeit beschaffen konnten) haben weitergemacht, neue sich in den letzten Jahren gegründet. Für diese Initiativen steht die Aufgabe, fortschrittliche Erziehung in der BRD wieder zur Bewegung zu machen. Wir sind dabei! Kinderkommission

Mit der Kinderladenbewegung wurden zum ersten Mal in der BRD auf breiter Ebene Erziehungseinrichtungen geschaffen, die versuchten, eine Alternative zur repressiven bürgerlichen Erziehung im herkömmlichen Heim, in der Schule und in vielen Elternhäusern zu schaffen.

Die vielfältigen Erfahrungen dieser Bewegung, ihre ganze Entwicklung werfen eine Reihe von Fragen auf, die für eine alternative, linke Erziehung in der BRD, die ja verstärkt wieder von Initiativen betrieben wird, von Interesse sind.

Linke Erziehung – gegen die Repression gegen Kinder!

Die Kinderläden haben erkannt, welche Bedeutung die Unterdrückung kindlicher Bedürfnisse, wie sie in der gängigen bürgerlichen Erziehung betrieben wird, für die Entwicklung des Kindes hat: Frühzeitig wird ihnen Selbstbewußtsein, selbständiges Handeln und offensives Vortreten der eigenen Interessen verunmöglicht.

Entsprechend muß sich eine linke Erziehung die Aufgabe einer sehr weiten Ermöglichung der Bedürfnisbefriedigung bei Kindern stellen. Dabei können die Kinder allerdings nicht – wie vom „Urvater“ der bürgerlichen „antiautoritären Erziehung“, A.S. Neffl, propagiert, aber auch mit dem Prinzip der „Selbstregulierung“ in diversen Kinderläden praktiziert – bei der Bedürfnisbefriedigung allein gelassen werden im Vertrauen, sie würden Interessenkonflikte und Widersprüche schon von sich aus lösen. Gerade ein solches Alleinlassen führt dazu, daß sich in Kinderkollektiven zunächst einmal der Stärkere durchsetzt, und der Unterlegene kaum Möglichkeiten

erlernt, sich zur Wehr zu setzen – kurz, daß solidarisches Sozialverhalten nicht oder schwer entwickelt werden kann.

Linke Erziehung – Erziehung zum Widerstand!

Im Verlauf der Kinderladenbewegung wurde sehr deutlich, daß linke Erziehung sich nicht allein mit dem Problem kindlicher Bedürfnisbefriedigung auseinandersetzen muß, sondern daß diese Bedürfnisse in einer bestimmten gesellschaftlichen Realität befriedigt werden, mit der das Kind sich auseinandersetzen muß.

Dabei geht es einerseits um die Vermittlung sehr vieler Erfahrungen mit dieser Umwelt und damit von Wissen um die Realität des Kapitalismus (und insbesondere seiner Kinderfeindlichkeit). Andererseits darum, den Kindern deutlich zu machen, daß Widerstand gegen diese Zustände notwendig und möglich ist, daß er praktiziert wird und daß das Kind selbst mit dem, was es gelernt hat, mit seiner Selbstständigkeit und Kritikfähigkeit, auch Widerstand leisten kann, daß es andere Kinder überzeugen kann etc., ob es sich nun um eine so hautnahe Sache wie anstehende Schulgesetze oder zunächst etwas entferntere wie den Kampf gegen Atomkraftwerke handelt.

Eine solche politische Erziehung unterscheidet sich von der Praxis der „Erziehung zum Klassenkampf“, wie sie am Ende der Kinderladenbewegung praktiziert wurde. Im Mittel punkt kann nicht ein Katalog stehen: Ein linkes Kind muß gegen ... kämpfen, sondern die Frage, an welchen Punkten ich ausgehend von den